# Die Pfalz in der Nachkriegszeit

Herausgegeben von Gerhard Nestler und Hannes Ziegler

Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde

Dieses Buch gibt zum ersten Mal einen detaillierten Überblick zur Nachkriegsgeschichte in der Pfalz. Wir erfahren von dem totalen militärischen und politischen Zusammenbruch nach 1945, dem Wiederaufbau und dem kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Neubeginn in der Pfalz.

Gerhard Nestler / Hannes Ziegler (Hrsg.)

# Die Pfalz in der Nachkriegszeit

Gerhard Nestler / Hannes Ziegler (Hrsg.)
Die Pfalz in der Nachkriegszeit

BEZIRKS
VERBAND
PFALZ
INSTITUT FÜR PFÄLZISCHE
GESCHICHTE UND VOLKSKUNDE

# Beiträge zur pfälzischen Geschichte

Herausgegeben vom
Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde
Band 22

Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde
Kaiserslautern

2004

# Die Pfalz in der Nachkriegszeit

## Wiederaufbau und demokratischer Neubeginn (1945-1954)

Herausgegeben
von
Gerhard Nestler / Hannes Ziegler

Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde
Kaiserslautern

2004

*Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme*

Ein Titelsatz für diese Publikation ist bei Der Deutschen Bibliothek erhältlich.

ISBN 3-927754-52-8
ISSN 0936-7640

© 2004 by Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde
Alle Rechte, einschließlich der fotomechanischen Wiedergabe, des auszugsweisen Nachdrucks und der publizistischen Auswertung aller betrieblichen Angaben vorbehalten.

Titelgestaltung und Satz: WerbeWerkstatt, Kaiserslautern
Druck: Kerker GmbH, Kaiserslautern

# Vorwort

Schon 60 Jahre, etwa ein Menschenleben, sind mittlerweile seit dem Bankrott des nationalsozialistischen Terrorregimes vergangen. Adolf Hitler hatte die Deutschen in die Diktatur und den Zweiten Weltkrieg geführt. Mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht und der vernichtenden Niederlage des Bismarckreiches endete für Europa eine Epoche der Kriege und Katastrophen, die 1914 mit den Schüssen von Sarajewo begonnen hatte. Der Zusammenbruch von 1945 markierte eine tiefe Zäsur, bedeutete aber Ende und Anfang zugleich . Niemand von den Zeitgenossen hätte sich angesichts der bitteren Not der Nachkriegsgesellschaft wohl träumen lassen, dass im Gegensatz zu den dauernden Krisen der Weimarer Republik nach 1918 diesmal zumindest im Westen ein demokratischer Neubeginn und ein äußerst erfolgreicher wirtschaftlicher Wiederaufbau gelingen würde. Aus den politischen Trümmern und moralischen Ruinen, die das Dritte Reich nach nur zwölf Jahren hinterlassen hatte, sind unter der alliierten Besatzungsherrschaft doch relativ rasch zunächst die Länder und 1949 die Bundesrepublik auferstanden. Auch in der Pfalz ergriffen führende Persönlichkeiten beherzt die Chance auf demokratische Freiheit. „Je bereitwilliger wir Deutsche uns zeigen, unter Militarismus und Nationalsozialismus einen endgültigen dicken Strich zu ziehen, und je entschlossener wir an unsere Wiedergutmachungsverpflichtungen herangehen, desto eher wird sich unser Schicksal zum Besseren wenden," schrieb 1946 in einem Zeitungskommentar der Hambacher Christdemokrat Dr. Albert Finck, der die Pfalz dann zusammen mit dem Ludwigshafener SPD-Politiker Friedrich-Wilhelm Wagner im Parlamentarischen Rat vertrat und nicht nur zum Kultusminister von Rheinland-Pfalz aufstieg, sondern insbesondere zum Initiator der bundesrepublikanischen Nationalhymne wurde: „Wir gründen unser neues Deutschland auf Einigkeit und Recht und Freiheit." Dabei verstand sich die junge Bonner Demokratie unter ihrem alten Kanzler Konrad Adenauer von Anfang an als westlicher Kernstaat, der die gleichzeitig errichtete Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der sowjetischen Zone überwinden wollte. Dazu kam es allerdings erst 1989/90 nach dem Fall der Mauer, als die Sowjetunion ihre kommunistische Vorherrschaft über Osteuropa aufgab und damit die bipolare Teilung der Welt unerwartet glücklich ausklang.

Aus heutiger Sicht stellt die zeitgeschichtliche Entwicklung nach 1945 also den Anfang einer langen, bis heute anhaltenden Ära des Friedens und der Wohlfahrt dar. Daher betrachtet es das Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde, getragen vom Bezirksverband Pfalz, als eine wichtige

Aufgabe, über diese prägende Phase eine umfangreiche Publikation zur Regionalgeschichte vorzulegen. Das Institut knüpft damit an seine früheren Veröffentlichungen, beispielsweise die wissenschaftlichen Arbeiten von Heinrich Thalmann über die Pfalz im Ersten Weltkrieg, von Helmut Gembries über die Weimarer Zeit, oder den von Jürgen Keddigkeit betreuten Sammelband über das Kriegsende 1945 an.

Trotz zahlreicher, meist lokaler Studien zu Einzelaspekten, diverser Bildbände und der Reihe des rheinland-pfälzischen Parlaments zur Geschichte des Bundeslandes, fehlte bisher ein wissenschaftlich fundierter Überblick über die Nachkriegsperiode in der Pfalz. Hier war die katastrophale Lage von 1945 nur vergleichbar mit den Schrecken, die die Landesbewohner während der Kriegszüge im 17. Jahrhundert erleiden mussten. Die seit 1816 bayerische Provinz konnte sich nun aber von einem Randgebiet an der Grenze zum französischen „Erbfeind" allmählich zu einer aufblühenden Region in der Mitte Europas wandeln. Wie spannend der Neubeginn verlief, wie schwierig und mühsam der Weg aber auch war, wollen 21 anerkannte Historiker in diesem Buch untersuchen. Ihnen gilt der Dank für ihre Mitarbeit an dem nicht einfachen Projekt, ebenso wie den beiden Herausgebern, die neben mannigfachen Schwierigkeiten auch einen Verlagswechsel zu bewältigen hatten. Der Bezirksverband Pfalz sowie das Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde wünschen dem vorliegenden Werk eine gute Aufnahme in der Öffentlichkeit.

Frankenthal und Kaiserslautern im November 2004

Theo Wieder
Bezirkstagsvorsitzender

Dr. Theo Schwarzmüller
Institutsdirektor

# Einleitung

**Gerhard Nestler / Hannes Ziegler**

Als Mitte März 1945 amerikanische und französische Truppen in die Pfalz vordrangen, um vierzehn Tage später bei Frankenthal, Ludwigshafen, Speyer, Germersheim und Wörth den Rhein zu erreichen, war für die Bewohner dieses Gebietes der Zweite Weltkrieg zu Ende. Die meisten Pfälzer werden diese Märztage, die mit ihrer auserlesenen natürlichen Pracht im grotesken Widerspruch zur alltäglichen Zerstörung standen, vor allem als das Ende von Bombenterror und Kriegsleid empfunden haben, nicht wenige aber auch als Zeit der Befreiung von einer menschenverachtenden Diktatur.

Tatsächlich bedeutete das Ende des Zweiten Weltkrieges das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft, die noch wenige Jahre zuvor fast ganz Europa in ihrem Würgegriff hatte. Im Unterschied zu 1918 war die Niederlage Deutschlands 1945 total. So konnte in den Köpfen selbst der verblendetsten Nationalsozialisten bei Kriegsende die Legende eines „Dolchstoßes" keinen Platz finden. Auf den totalen Krieg folgte die totale Niederlage. Seit Mai 1945 gab es keine deutsche Staatsgewalt mehr. Das Deutsche Reich war in vier Besatzungszonen aufgeteilt, die sich in den folgenden Jahren zu einer neuen Souveränität zusammenfinden sollten.

Im vorliegenden Buch wird der Versuch unternommen, einen Überblick über die Geschichte dieser „Nachkriegszeit" in der Pfalz zu geben. Damit schließen die Herausgeber zeitlich an ihr vor zehn Jahren erschienenes Buch „Die Pfalz unterm Hakenkreuz" an. Das Buch „Die Pfalz in der Nachkriegszeit" kann keine Gesamtdarstellung dieses Zeitabschnitts in der Pfalz liefern. Die Herausgeber legen einen Sammelband vor, dessen Beiträge viele Aspekte dieser facettenreichen Zeit einfangen. Einige Themenbereiche mussten vakant bleiben, sei es, dass sich hierfür kein Referent fand, sei es, dass die Forschungs- und Quellenlage noch zu dürftig ist. So fehlt ein Beitrag zur Rolle der Frau in dieser Zeit und eine Gesamtdarstellung der pfälzischen Nachkriegswirtschaft.

Dennoch – viele Themengebiete werden behandelt: Die Besatzungszeit (Anne Martin), die Zeit der Not und des Hungers (Karl-Heinz Rothenberger), der Wiederaufbau der Verwaltung (Stefan Schaupp), die Diskussion um die Rolle der Pfalz im neugegründeten Retortenland Rheinland-Pfalz (Hans Fenske), der pfälzische Neoseparatismus (Hans-Jürgen Wünschel), die Entnazifizierungspolitik (Rainer Möhler), der Wiederaufbau der Justiz

die Entnazifizierungspolitik (Rainer Möhler), der Wiederaufbau der Justiz (Paul Warmbrunn), der gewerkschaftliche Wiederaufbau (Günter Braun), der Neuaufbau der Presse (Stephan Pieroth), die katholische (Hans Ammerich) und evangelische Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg (Christophe Baginski), der Schulbeginn nach 1945 (Hannes Ziegler), die Kultur und Kulturpolitik der Sieger (Wolfgang Diehl), das Nachkriegskino (Peter Gleber), die Anfänge der CDU (Anne Martin), der SPD (Eris Keim), der FDP (Roland Paul) und der KPD (Klaus J. Becker) nach dem Krieg, die Ludwigshafener Chemieindustrie (Christiane Pfanz-Sponagel), die südwestpfälzische Schuhindustrie (Michael Wagner) und die Hungerstreiks in den Jahren 1947 und 1948 (Gerhard Nestler).

Diese Themen bestimmten und prägten einen Zeitabschnitt, den die Historiker als „Nachkriegszeit" bezeichnen. Es ist nicht einfach, die zeitlichen Grenzen der „Nachkriegszeit" zu bestimmen, verlief doch in den oben genannten Bereichen das Tempo der prozessualen Entwicklungen recht unterschiedlich. Die Herausgeber sind sich im Klaren darüber, dass der Ausdruck „Nachkriegszeit" zumindest fragwürdig ist, signalisiert er doch mit seiner semantischen Orientierung an den Weltkrieg und die „Zeit danach", dass er nur als Ersatz für einen anderen Begriff fungiert und nichts Eigenständiges aussagt. Ist es überhaupt möglich, die Jahre von 1945 bis 1953, welche unser Buch umfasst, mit einem Begriff abzudecken? Stellte diese Ära tatsächlich etwas Eigenes dar? Gab es eine „Stunde Null", nach der auf den oben aufgezählten Gebieten wirklich Neues und Andersartiges begann? Wir glauben dies nicht. Es gab keinen Neuanfang „bei Null". Der Aufbau nach '45 vollzog sich auf den Trümmern einer zusammengebrochenen Welt, die für viele Menschen zwölf Jahre lang Heil und Macht bedeutet hatte. Im Chaos des Überlebens und Aufbaus musste die Auseinandersetzung mit dem Vergangenen auf der Strecke bleiben. Die Menschen dieser zusammengebrochenen Welt hatten andere Sorgen. „Die 'Zusammenbruchsgesellschaft'[1] war eine Gesellschaft im Ausnahmezustand. Sie brachte keine neue Ordnung hervor, sondern die tiefe Sehnsucht, so rasch wie möglich zu irgendeiner Art von 'Normalität' zurückzukehren."[2] Wir denken, dass diese Normalität mit der Währungsreform im Juni 1948 erreicht war. Dieser markante Einschnitt bedeutete das Ende der frühen Nachkriegszeit. Und mit dem Deutschlandvertrag Ende Mai 1952, der das Besatzungsregime beendete und der Bundesrepublik weitgehende Souveränität

1 Vgl. Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich" bis zur Wiedervereinigung. Bd. II. München 2002 (2000), S. 116.

2 Ebd., S. 122.

verlieh, spätestens aber mit den Pariser Verträgen vom Oktober 1954, die der Bundesrepublik die volle Souveränität brachten, war die Nachkriegszeit wirklich zuende.

Der Krieg Hitlers hatte auch die Pfälzer an Leib und Seele getroffen. Die Angst um das Schicksal der Väter, Söhne und Ehemänner, die verschollen oder in Kriegsgefangenschaft waren, die Angst vor den Besatzungstruppen, die tiefe Verzweiflung über den Verlust des Liebsten, mischten sich mit bangen Erwartungen vor der Zukunft. Der Alltag ließ für diese Gefühle kaum Zeit. Denn zunächst musste das Allernötigste – Essen, Brennstoff, Kleidung – organisiert werden. Bei Kriegsende war in der Pfalz ein Viertel aller Wohngebäude zerstört. Vor allem Ludwigshafen, Frankenthal und Zweibrücken zeigten schwerste Kriegsschäden. Die Hauptarbeit in dieser frühen Phase nach dem Zweiten Weltkrieg wurde von Frauen geleistet. Viele von ihnen waren zudem Alleinerzieher. Und tatsächlich wuchs ein Großteil der älteren pfälzischen Jugendlichen – die einen für kürzere, die anderen für längere Zeit – in einer „vaterlosen Gesellschaft" auf. Das war für keinen der Beteiligten einfach und die Schwierigkeiten wurden nicht weniger, wenn die „Väter" dann plötzlich zurückkamen, in die Erziehung der Kinder eingriffen und die alten Geschlechterrollen wiederherstellten. Blieben die Väter aus, trugen die Frauen weiterhin die Hauptlast der Arbeit und Verantwortung in ihrem Alltag. Nicht wenige Frauen arrangierten sich in einer „Onkelehe", die ihnen Schutz und Wärme gab – und die Kriegerwitwenrente nicht gefährdete. Was manche Zeitgenossen häufig moralinsauer abstraften, erwies sich im Alltag nicht als die schlechteste Verbindung, auch wenn die staatliche Billigung und der kirchliche Segen fehlten. Vieles veränderte sich in jener frühen Nachkriegszeit. Im Kampf ums Überleben wurden manche Moralvorstellungen über Bord geworfen und sogar Kardinäle zeigten Verständnis dafür, wenn vom Hunger geplagte Menschen gegen das 7. Gebot („Du sollst nicht stehlen!") verstießen.

Aus dieser frühen Aufbauphase wuchs notgedrungen eine Energie, die auf allen Gebieten relativ rasch ganz Erhebliches leistete. Man war „noch einmal davongekommen" und begriff diese Zeit nach dem Krieg als zweite Lebenschance. Wer verstanden hatte, dass jetzt, nach dem Wegfall einer totalitären Macht und dem Ende der Zerstörungen durch den Krieg, alles machbar war, ja dass diese totale Niederlage auch die Chance eines umfassenden Neuanfangs auf allen Gebieten einschloss, der sparte weder mit Energie, Kraft noch mit Arbeit.

So dokumentiert die Auftragslage in der Bauindustrie und dem Baugewerbe einerseits die unmittelbare Dringlichkeit der alltäglichen Not, andererseits aber auch den frühen Erfolg pfälzischen Einsatz- und Aufbauwillens. In der Pfalz gewann – zum Beispiel in der Landwirtschaft und auf

dem industriellen Sektor – relativ schnell eine Dynamik Raum, die dermaßen effektiv wirkte, dass bereits 1950 der Produktionswert der pfälzischen Industrie den Stand von 1938 übertraf. Auch auf anderen Gebieten griff eine Entwicklung, die sich aus einem ungeheuren Einsatz- und Arbeitswillen speiste und der Ära ihren ganz eigenen Stempel aufdrückte: Die notdürftige Instandsetzung der Gebäude und die Organisation des alltäglichen Lebens, das Erstarken des politischen Lebens, der Aufbau von Schule und Verwaltung – all das war nur möglich, weil das Bewusstsein überlebt zu haben, Energien frei setzte, die – gepaart mit Zuversicht und einer erfrischenden Hemdsärmeligkeit – wirklich Eindrucksvolles und Bewundernswertes leisteten. Es ist wohl richtig, dass uns die Alliierten die Demokratie „brachten", doch die meisten von uns erwiesen sich als willige und fleißige Schüler, die – das gilt zumindest für die älteren – vieles noch nicht vergessen hatten. Vergessen darf man nicht, dass die Jahre der Diktatur allen frei denkenden und empfindenden Menschen jede Möglichkeit genommen hatten, Eigenständiges zu leisten. Und bestimmt empfanden nicht wenige Menschen die Restriktionen der Besatzungsmacht als einschränkend. Aber gerade deshalb hatten jene Jahre etwas Unwiderstehliches und Unbezwingbares: Niemals sonst zeigte sich die Zukunft so offen und so grenzenlos, genossen die Menschen so das gefahrlose Agieren in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Und noch ein Charakteristikum jener Nachkriegsjahre sollte beachtet werden: der Hunger nach Geistigem, nach Kultur war immens und packte vor allem die Schüler- und Soldatengeneration. Auf einmal durfte alles gelesen werden. Und man las! Autoren, die bis dahin verboten waren, Autoren, die man nie zuvor gehört hatte: Thomas und Heinrich Mann, Kurt Tucholsky, Siegmund Freud, Bertolt Brecht, Stefan Zweig, Hans Fallada, Lion Feuchtwanger, Hermann Hesse, Ricarda Huch, Leonhard Frank, Ernst Wiechert. Man las und entdeckte die ausländischen Autoren: die Romane von André Gide, Ernest Hemingway, John Dos Passos und Henry Miller, die Dramen von Jean Paul Sartre und Albert Camus. Vor allem aber stürzte man sich auf die Geschichten und Gedichte der jungen deutschen Kriegsautoren, auf Heinrich Böll, Wolfgang Borchert, Ilse Aichinger, Günter Eich und Hans Werner Richter. Das Buch war der Schlüssel zu einer neuen Welt. Zu keiner Zeit hatte der Ausdruck „Wissen ist Macht" mehr Bedeutung als nach der nationalsozialistischen Diktatur.

Der Schritt zum politischen Neubeginn kam relativ rasch. Die ersten – zunächst noch illegalen – Parteiorganisationen wurden noch im Sommer 1945 ins Leben gerufen. Schon im August 1946 entstand das Bundesland Rheinland-Pfalz, eine „Retortengeburt auf Zeit", wie schnell geunkt wurde, „nicht aus dem Willen des Volkes geboren", wie Peter Altmeier, 1947

vorwurfsvoll registrierte, „sondern das Ergebnis der Zonen- und Besatzungspolitik".[3] Die Pfalz, seit 1816 Teil Bayerns, fand sich damit wieder einmal in einem neuen staatsrechtlichen Rahmen. Die Gründung des neuen Landes fiel in eine Zeit schlimmer Not. Vor allem der Winter 1946/47 traf die Menschen in der Pfalz ganz schwer. Es waren wirklich „Hungerjahre", aber auch sie gingen vorüber – dank der Hilfe von Millionen amerikanischer Familien, die mit ihren Care-Paketen verhinderten, dass aus der Hungersnot in Deutschland eine Hungerkatastrophe wurde. Mit dem Beschluss der US-Regierung vom April 1948, Europa großzügigste Wirtschaftshilfe („Marschallplan") zu gewähren, gewannen die Amerikaner die Herzen (und Mägen) der Menschen und prägten ein neues, strahlendes Amerikabild, dessen Glanz bis Mitte der 60er Jahre hielt.

Mit der Währungsreform begann im Juni 1948 eine neue Zeit. Heute kam die Währungsreform und übermorgen waren die Regale voll. Die Reichsmark war endgültig passé. Vorbei war der Tausch mit Chesterfield, Pall Mall, Nylonstrümpfen und Naturalien. Und mit den Lebensmittelkarten verschwand auch der „Schwarze Markt", ein Sinnbild der frühen Nachkriegszeit. Es verschwanden die Schlagbäume und die Passierscheine, die ebenfalls das Bild der frühen Nachkriegszeit geprägt hatten.

Die neue Zeit brachte auch in der Pfalz neue Regeln, neue Gesetze. Der Wettbewerb lief in geordneten Bahnen ab. Die Gewerkschaften zeigten sich brav und hielten sich mit Arbeitskämpfen und Lohnforderungen zurück. Forderungen nach Sozialisierung und planwirtschaftlichen Elementen standen zwar in manchen Programmen und Papieren, blieben aber von Anfang an ohne Chance. Die politischen Mehrheiten waren anders. Die Wirtschaft wuchs und gedieh. Die Löhne verdoppelten sich und die Arbeitslosigkeit verschwand.

In den 50er Jahren begann die Zeit, die als „Wirtschaftwunder" in die Geschichte einging. Wirtschaftsminister Erhard versprach Wohlstand für alle und bilanzierte später vollmundig: „Wir sind wieder wer!" Wen die Gegenwart so in Anspruch nimmt, findet keine Zeit sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen. War in der Aufbau-Phase der Nachkriegszeit einfach kein Platz für das, was später als „Vergangenheitsbewältigung" bezeichnet wurde, hatten die Wirtschaftswunderkinder jetzt kein Interesse mehr an dem, was gestern geschehen war. Man hatte es schließlich zu etwas gebracht. Und so hätte man – so pochten viele – ein Recht darauf, das

3 Vgl. Hannes Ziegler: Politiker in Rheinland-Pfalz. Unsere Ministerpräsidenten. Landau 2003, S. 13f.

Vergangene endlich zu vergessen. Mit diesem kollektiven Verdrängungsmechanismus ging die „Unfähigkeit zu trauern"[4] einher. Beide Verweigerungen provozierten Ende der 50er Jahre bei vielen Jugendlichen kritische Fragen, die sich schließlich zu einer ganz konkreten Wertediskussion auswuchsen, die bei dem politischen Bereich nicht Halt machte, sondern gesellschaftliche und pädagogische Fragekomplexe einbezog. Aber damit verlassen wir schon die Nachkriegszeit.

4 Vgl. Alexander Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. München 1968 (1976).

# Inhaltsverzeichnis


| | | |
|---|---|---|
| Gerhard Nestler / Hannes Ziegler | Einleitung | 5 |
| Anne Martin | Kulturelle Eigenständigkeit und nationale Orientierung. Die Pfalz während der französischen Besatzung | 13 |
| Karl-Heinz Rothenberger | Hungerjahre. Die pfälzische Nachkriegsgesellschaft als Zwei-Klassen-Gesellschaft | 31 |
| Stefan Schaupp | „Eine Reform der Gesinnung". Der Wiederaufbau der pfälzischen Verwaltung | 55 |
| Hans Fenske | Regierungsbezirk oder Provinz mit Sonderrechten? Das Ringen um den Status der Pfalz 1945-1947 | 77 |
| Hans-Jürgen Wünschel | „Noch drei Tage, dann ist die Pfalz weg vom Reich..." Der pfälzische Neoseparatismus nach dem Zweiten Weltkrieg | 99 |
| Rainer Möhler | „Politische Christenverfolgung" in der Pfalz? Französische Entnazifizierungspolitik und der Verlauf der politischen Säuberung | 123 |
| Paul Warmbrunn | „Die schreckliche, die rechtslose Zeit ist zu Ende!" Zum Wiederaufbau der Justiz | 149 |
| Günter Braun | „Speck und Sozialisierung"? Gewerkschaftschaftlicher Wiederaufbau im Schatten der Not | 177 |
| Stephan Pieroth | „Schluß mit den Goebbels-Zeitungen" Der Neuaufbau der Presse in der Pfalz ab 1945 | 201 |
| Hans Ammerich | Eintracht und Übereinstimmung? Die katholische Kirche in der Pfalz nach 1945 | 221 |
| Christophe Baginski | Aus der Isolation zum Neubeginn. Die Evangelische Kirche der Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg | 243 |

| | | |
|---|---|---|
| Hannes Ziegler | Von alten Mächten umerzogen. Schulbeginn und Schulentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg | 263 |
| Wolfgang Diehl | Hunger nach Geistigem. Kultur nach 1945 | 293 |
| Peter Gleber | „Civilisation Française" und „Überlebensmittel". Nachkriegskino in der Pfalz | 321 |
| Anne Martin | Pfälzische Landestreue – Koblenzer Dominanz? Die Anfänge der CDU in der Pfalz | 345 |
| Eris J. Keim | Errichtung in Weimarer Traditionen. Die pfälzische Sozialdemokratie | 357 |
| Roland Paul | Vom Sozialen Volksbund zur F.D.P.-Pfalz. Die Entwicklung der liberalen Parteien nach 1945 | 387 |
| Klaus J. Becker | Im Strudel innerparteilicher Zerwürfnisse. Der pfälzische Nachkriegskommunismus | 401 |
| Christiane Pfanz-Sponagel | Neuaufbau im Geflecht von Demontage und Entnazifizierung. Die Ludwigshafener Chemieindustrie 1945-1949 | 435 |
| Michael Wagner | Aus der Krise zu den „goldenen Jahren". Die südwestpfälzische Schuhindustrie in der Nachkriegszeit | 453 |
| Gerhard Nestler | „Getrieben von Entbehrung, Hunger und Not". Die Hungerstreiks in den Jahren 1947 und 1948 | 465 |
| Personenregister | | 487 |
| Ortsregister | | 501 |
| Bildnachweis | | 506 |
| Die Autoren | | 507 |

# Kulturelle Eigenständigkeit und nationale Orientierung. Die Pfalz während der französischen Besatzung

**Anne Martin**

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges stand die Pfalz nach einer kurzen Episode amerikanischer Besatzung von Juli 1945 an unter französischer Militärverwaltung und damit unter der Herrschaft eines Landes, von dessen wechselvoller Geschichte sie von jeher in besonderer Weise beeinflusst und mitgeprägt worden war. Seit dem 17. Jahrhundert hatten die territorialen Ambitionen des großen Nachbarn im Westen die Region am Mittelrhein in ihrer Entwicklung immer wieder schwer beeinträchtigt. Mit der Grenzlandsituation wurden aber auch positive Erfahrungen verbunden: Stärker als das übrige Deutschland hatte das zwei Jahrzehnte zu Frankreich gehörende linke Rheinufer und damit auch die linksrheinische Pfalz teil an den gesellschaftlichen Wandlungen im Gefolge der Französischen Revolution von 1789 und der napoleonischen Herrschaft sowie später dann der französischen Julirevolution von 1830[1].

Bestimmend wurde der französische Einfluss erneut nach dem Ersten Weltkrieg, als die Franzosen zwölf Jahre lang die Pfalz besetzt hielten und in dieser Zeit die Bewegung zur Bildung einer „Pfälzischen Republik" begünstigten. Die Erinnerung daran führte in den Anfängen zu einem nicht unerheblichen Misstrauen zwischen den auf deutscher Seite am politischen Wiederaufbau des Landes Beteiligten und zu einem von Argwohn geprägten Verhalten gegenüber der Militärregierung.[2]

Es war also für die Pfälzer keine gänzlich neue Erfahrung, als sie sich beim Wiederaufbau nach Ende des Zweiten Weltkrieges stark an französischen Vorstellungen und Interessen orientieren mussten. Die Besatzungsmacht bestimmte die Rahmenbedingungen und Richtlinien für die Wiedergründung von Parteien und Gewerkschaften, für das kirchliche und kulturelle Leben sowie für den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Neuanfang. Auch bei der Entnazifizierung und in der Flüchtlingspolitik hatten französische Stellen zunächst das Heft fest in der Hand. Die nachhaltigste Wirkung, die sich aus der Zonengrenzziehung und der französischen Politik für die Pfalz ergab, war das Ende ihrer 130 Jahre alten Zugehörigkeit zu Bayern und

1 Jürgen Voss, Geschichte Frankreichs, Bd II. München 1980, S. 94.

2 Dazu ausführlicher Anne Martin, Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz, Mainz 1995, S. 68ff.

ihre Eingliederung in das von den Franzosen am 30. August 1946 neugeschaffene Land Rheinland-Pfalz. Infolge des Zusammenschlusses mit dem Südteil der ehemaligen preußischen Rheinprovinz wurde die Region mehrere Jahre lang von Koblenz aus regiert, bis 1950 entsprechend der französischen Forderung die Landesregierung nach Mainz umzog. Die Gründung des Landes empfanden viele Pfälzer als willkürlich und den Interessen ihrer Heimat kaum förderlich; sie wollten lieber an alten kulturellen und landsmannschaftlichen Traditionen und Verbindungen festhalten. Auch Unzufriedenheit mit den politischen Kräfteverhältnissen in Rheinland-Pfalz führte dazu, dass noch bis Mitte der 1950er Jahre immer wieder über die Möglichkeiten einer Neugliederung und die Vorteile eines Anschlusses an Bayern oder an Baden bzw. Württemberg nachgedacht wurde. Gleichwohl hat die französische Weichenstellung das Verhältnis der Pfälzer zu Frankreich keineswegs nachhaltig belastet. Während die von der sowjetischen Besatzungsmacht im Osten Deutschlands vollzogenen territorialen Veränderungen von der Bevölkerung dort nie wirklich angenommen, sondern, als sich die Chance dafür bot, sofort rückgängig gemacht wurden, ist das einst als „künstliches Gebilde" oder „Zwangsgeburt" abgelehnte Rheinland-Pfalz für die Pfälzer schon lange eine Selbstverständlichkeit, ebenso wie die engen und freundschaftlichen Beziehungen des Landes zu Burgund.

Noch bevor die Pfalz zu einem wesentlichen Glied des Landes Rheinland-Pfalz wurde, war sie Teil der Nordhälfte der französischen Besatzungszone. Maßnahmen und Entscheidungen der Besatzungsmacht galten im Allgemeinen für das gesamte Gebiet des späteren Landes und nur in seltenen Fällen für die Pfalz im Besonderen. Die im folgenden mitgeteilten Beobachtungen treffen daher meist auch auf die Regierungsbezirke Koblenz und Trier zu. Zwei Entscheidungen seien hier genannt, die nicht im Blick auf die Pfalz gefällt wurden, wohl aber auch für diese Bedeutung erlangten: 1. Weil die französischen Behörden ihre Zone gegen die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen zunächst weitgehend absperrten, nahm auch die Pfalz nur sehr begrenzt an der durch den Krieg und seine Folgen bewirkten Bevölkerungsverschiebung teil.[3] So fragwürdig die französische Haltung in dieser Frage gewesen sein mag: dass sie die Überwindung der Not in der ersten Nachkriegszeit für die Einheimischen erleichterte, ist kaum zu bestreiten. 2. Die im Frühjahr 1946 von den Franzosen entscheidend geförderte Gründung der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz - sicher die wichtigste kulturpolitische Maßnahme der Besatzungs-

3 Dazu Michael Sommer, Flüchtlinge und Vertriebene in Rheinland-Pfalz. Aufnahme, Unterbringung und Eingliederung. Mainz 1990. S. 302ff.

macht - hatte zur Folge, dass für Pfälzer die bis dahin bevorzugte Universität Heidelberg an Anziehungskraft verlor. Dies trug später mit zur Entstehung eines Landesbewusstseins bei und war ein wichtiger Faktor, die Bedeutung der Stadt Mainz als Zentrum des neuen Landes auch für die Pfalz zu unterstreichen.

Ein Blick auf die Entwicklung in der französischen Zone lässt zunächst nach den damaligen deutschlandpolitischen Maximen Frankreichs fragen. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges ging die Pariser Führung bei der Gestaltung ihrer Außenpolitik zunächst von Überlegungen aus, die sich in entscheidenden Punkten an den Maximen der französischen Politik nach 1918 orientierten und Ergebnis des aus einer ungebrochenen Großmachtideologie gespeisten Führungsanspruchs der „Grande Nation" auf dem europäischen Kontinent waren.[4] Das Verlangen nach Sicherheit vor Deutschland - ein konstantes Anliegen der französischen Politik, das durch die Erfahrung des Juni 1940 und durch die bitteren Jahre nationalsozialistischer Besatzung noch verstärkt worden war - und der Wunsch, deutsches Wirtschaftspotential für den Wiederaufbau Frankreichs einzusetzen, führten zu dem Ziel, die Wiederentstehung eines Deutschen Reiches an der Ostgrenze des eigenen Landes zu verhindern. Paris strebte daher, ohne dass dem detaillierte Pläne zugrunde lagen,[5] nicht nur die Herauslösung der Saar aus Deutschland sowie die Internationalisierung des Ruhrgebietes an, sondern hoffte darüber hinaus auf eine möglichst weitgehende politische Selbständigkeit des linksrheinischen Gebietes. Was die staatsrechtliche Zukunft des übrigen Deutschland betraf, so wollte man eine ausgeprägt föderalistische Ordnung erreichen: Die deutschen Länder sollten ohne den Zusammenhalt durch übergeordnete Regierungs- und Verwaltungseinrichtungen weitgehend unabhängig voneinander werden. Dieses Konzept erwies sich bald als unrealistisch, da die Anti-Hitler-Koalition das Kriegsende nicht lange überdauerte und Deutschland, dessen Großmachtpolitik die Allianz hervorgerufen hatte, zum Hauptstreitpunkt zwischen den Siegermächten wurde. Durch die mehr und mehr als Bedrohung empfundene Politik der Sowjetunion und durch die sich abzeichnende Zweiteilung Europas wuchs in Paris die Einsicht, dass das Land eine Isolierung nicht riskieren durfte. Die Verfechter des „Dominanzkonzepts" verloren an Boden, während sich die Position derer stärkte, die für ein Einschwenken Frankreichs auf die Linie der westlichen Verbündeten stimmten. Ein Zeichen der

4 Ausführlich dazu u.a.: Raymond Poidevin, Die französische Deutschlandpolitik 1943-1949, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1983, S. 15-27.

5 So Poidevin (wie Anm. 4), S. 21.

Angleichung an den angelsächsischen Kurs war die Bildung von Rheinland-Pfalz, durch die Paris einen deutlichen Bruch mit bislang gültigen Grundsätzen seiner Deutschlandpolitik dokumentierte; konnte man doch aus dieser Maßnahme die Aufgabe der de Gaullschen Sicherheitskonzeption und die Bereitschaft zur Hinnahme einer westdeutschen Staatsgründung ablesen.[6] Wie umstritten der Wandel der Pariser Deutschlandpolitik innerhalb der französischen Diplomatie und in der Öffentlichkeit war, zeigte sich noch im Juni 1948, als sich in der französischen Nationalversammlung nur eine schwache Mehrheit für die „Londoner Empfehlungen" zur Errichtung einer westdeutschen verfassungsgebenden Versammlung fand.

Zwischen dem 10. und 15. Juli 1945 übernahmen die Franzosen die Militärregierung in der ihnen zugefallenen Zone, die sich aus der Pfalz, den Regierungsbezirken Koblenz und Trier, Rheinhessen, dem Saargebiet, je einem Teil Württembergs und Badens sowie dem ehemals preußischen Bezirk Hohenzollern-Sigmaringen und dem bayerischen Landkreis Lindau zusammensetzte. Der Besatzungsbeginn hatte provisorische Züge. Dies lag daran, dass man in Paris aufgrund der späten, erst auf der Konferenz von Yalta getroffenen Entscheidung der Alliierten, Frankreich ein Besatzungsgebiet in Deutschland zuzuerkennen, dessen Verwaltung längst nicht in dem Maße vorbereitet hatte, wie dies Angelsachsen und Sowjets möglich gewesen war. Die Probleme, die sich aus der mangelnden Planung ergaben, wurden noch verschärft durch unklare Befehlsstrukturen und inhaltliche Differenzen zwischen dem Pariser Außenministerium und der von General Pierre Koenig geführten Oberkommandantur in Baden-Baden. Hinzu kamen Gegensätze innerhalb des Besatzungsapparats, die sich aus unterschiedlichen politischen Positionen sowie persönlichen Rivalitäten ergaben.

In der Folgezeit spiegelte die französische Besatzungspolitik außerdem die inneren Probleme Frankreichs in den ersten Nachkriegsjahren wider. Die in dieser Zeit heftig geführten Auseinandersetzungen um die Prinzipien der staatlichen Neuordnung zeigten tief greifende Gegensätze innerhalb der französischen Gesellschaft und lähmten die politische Gestaltungskraft. Auf die Stimmungslage in der Bevölkerung wirkten sich in starkem Maße die psychologischen Belastungen aus, wie sie sich durch die Erfahrung der militärischen Niederlage von 1940 und die Erinnerung an Vichy, an die Zeit der Kollaboration mit Hitler-Deutschland, ergaben. Bedrückung verursachte außerdem der sich anbahnende Verlust des Kolonialreiches. Berücksichtigt man diese besonderen Probleme und Begleiterscheinungen des französischen Wiederaufbaus, so wird verständlich, warum es für die Fran-

6 Heinrich Kuppers, Staatsaufbau zwischen Bruch und Tradition. Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1946-1955, Mainz 1990, S. 41ff.

zosen, im Vergleich etwa zu den Amerikanern, sehr viel schwieriger war, eine unverkrampfte und allgemein verbindliche Vorstellung davon zu entwickeln, wie gegenüber den besiegten Deutschen aufzutreten sei. So waren auch bei den Repräsentanten des Besatzungsapparates, die ja unmittelbar gefordert waren, einen modus vivendi zu finden, die Gefühle gegenüber der deutschen Bevölkerung zwiespältig. Der Wunsch, die Zone möglichst erfolgreich zu verwalten - und das hieß auch durch massive Kontrolle die nationalsozialistische Gefahr endgültig zu bannen und durch Reparationen und Demontagen einen Ausgleich für die Frankreich von Deutschland zugefügten Schäden zu erreichen - , war oftmals verbunden mit einem geradezu missionarisch anmutenden Eifer, die Weltanschauung der Deutschen grundlegend zu verändern.[7] Die Aufgabe Frankreichs, die Deutschen durch Erziehung kulturell, sittlich und politisch auf ein höheres Niveau zu heben, wurde häufig beschworen. Damit wollte man wohl auch von der Zerrissenheit der eigenen Gesellschaft, wie sie durch den Gegensatz zwischen den Anhängern der Résistance und denen einer Zusammenarbeit mit Hitler-Deutschland entstanden war, ablenken oder den inneren Konflikt so verdrängen. Das psychologische Moment wird auch durch die Tatsache bestätigt, dass zahlreiche Mitglieder der Besatzungsverwaltung politisch belastet waren und dass gerade die ehemaligen Kollaborateure zu einer besonders harten Linie gegenüber den Deutschen tendierten.[8]

Durch den im Verlauf der Besatzungspolitik gewonnenen tieferen Einblick in die Mentalität der Zonenbevölkerung wurde den Vertretern der Militärregierung offenbar, dass in zentralen Fragen die Gemeinsamkeiten zwischen Siegern und Besiegten die Gegensätze bei weitem überwogen. Zur Ablehnung, wenn nicht gar kompromisslosen Verurteilung des Preußentums als dem angeblichen Vorläufer des Nationalsozialismus, zur Verteidigung föderalistischer Prinzipien beim Neuaufbau Deutschlands und zum Gefühl der Zugehörigkeit zum Westen musste der überwiegende Teil der Bevölkerung im französischen Besatzungsgebiet nicht mehr „erzogen" werden. Hier deckten sich die Vorstellungen der Deutschen weithin mit denen der Franzosen. Dies führte bei einigen französischen Entscheidungsträgern bald zu der Einsicht, dass die lückenlose Überwachung und rigide

7 Zu den französischen Versuchen, die "mentalité" der Deutschen zu verändern, siehe Angelika RUGE-SCHATZ, Umerziehung und Schulpolitik in der französischen Besatzungszone 1945-1949, Frankfurt/M. 1978.

8 Rainer HUDEMANN, Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945-1953, Mainz 1988, S. 6.

Einengung des öffentlichen Lebens in ihrer Einflußsphäre überflüssig, wenn nicht kontraproduktiv sei, da sie die Gefühle der Deutschen verletze und dadurch die Zusammenarbeit erschwere.[9] Zu diesem grundsätzlichen Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch der Franzosen, Lehrmeister der Deutschen zu sein, und ihrer Bereitschaft zum partnerschaftlichen Miteinander kam die Schwierigkeit, bei den konkreten besatzungspolitischen Maßnahmen den kurzfristigen wie auch den langfristigen Interessen Frankreichs gerecht zu werden. So war etwa die Absicht, aus der Zone schnellstmöglich wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen, nicht immer mit dem Ziel vereinbar, auf Dauer Vorteile zu erlangen.

Auf die Stimmungslage der Deutschen in dem von Frankreich besetzten Gebiet wirkte sich, wie bereits angedeutet, stark die Erinnerung an die französische Unterstützung separatistischer Bewegungen Anfang der 1920er Jahre aus. So fürchteten viele in der Pfalz, dass die Franzosen die Kontrolle über den Raum nun zur Verwirklichung lang gehegter Wünsche nutzen wolle. Dieses Misstrauen blieb lange Zeit lebendig, obgleich nach 1945 von offizieller französischer Seite die vergleichsweise schwachen separatistischen Gruppen und ihre Umtriebe nicht gefördert wurden. Der erste Gouverneur von Hessen-Pfalz, General Bouley, erklärte bereits im August 1945 in einer Studie, die separatistischen Kräfte, auf die die französische Politik einst gesetzt habe, seien jetzt nur noch eine Minderheit ohne Ansehen und Einfluss. Einige französische Dienststellen hätten unverantwortlich gehandelt, als sie in den vergangenen Wochen vor allem in den dem Saarland benachbarten pfälzischen Gebieten versucht hätten, an alte Zeiten wiederanzuknüpfen.[10] Alle entsprechenden Äußerungen Bouleys aus den folgenden Monaten zeigen, dass er keine Förderung oder gar Bevorzugung separatistischer Elemente wünschte, sicher auch aus der Überlegung heraus, dass mangelnde französische Zurückhaltung in diesem Punkt nur zu einer Stärkung der „zentralistisch" und dies hieß bei den Franzosen der national ausgerichteten Kräfte führen müsse.

Neben den also überzogenen Ängsten waren die objektiv vorhandenen Belastungen, wie sie die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Franzosen, die Ernährungsauflagen, Reparationen und Demontagen darstellten, für das Verhältnis der südwestdeutschen Bevölkerung zur Besatzungsmacht ausschlaggebend. Besonders die massiven Eingriffe in die Waldbestände und

9 Siehe dazu: Archives Centrales de l'Occupation Francaise en Allemagne et en Autriche Colmar (im folgenden: AOFAA), Best. Direction Générale des Affaires Politiques, Baden-Baden, Direction de l'Intérieur et des Cultes, C. 231 P. 40 Dos. 54: Schreiben General Bouleys an Emile Laffon v. 14.1.1946.

10 Ebd., Best. CCFA: Cabinet Civil. P. 38: Studie Bouleys v. 20.8.1945.

die Beschlagnahmungen von Vieh sowie von landwirtschaftlichen Erzeugnissen erschienen den notleidenden und hungernden Deutschen überwiegend als von Rachegefühlen bestimmte Schikanen. Dass Frankreich, abgesehen von der Sowjetunion, die deutschen Kriegsgefangenen am längsten festhielt, trug ebenso zur Verbitterung bei wie tatsächliche oder angebliche Übergriffe von Angehörigen der Besatzungstruppen und bei Zusammenstößen verhängte drakonische Strafen. Bei der deutschen Bevölkerung herrschte der Eindruck vor, dass die Besatzungspolitik Frankreichs ungleich härter und restriktiver sei als die der angelsächsischen Länder - eine Beurteilung, die aufgrund inzwischen gewonnener Erkenntnisse nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Wir wissen heute, dass die französische Besatzungsmacht „in einem außerordentlichen Maße um die Bewältigung der Ernährungskrise besorgt war",[11] dass das Verhalten der Franzosen teilweise weniger rigide als das der Briten und Amerikaner war und dass die Deutschen in einzelnen Entscheidungsfeldern wie etwa im Bereich der Sozialpolitik oder der Entnazifizierung durchaus Freiräume hatten.[12]

Eine der ersten die Pfalz betreffenden Maßnahmen der französischen Militärregierung bestand darin, die vier südpfälzischen Kreise Speyer, Germersheim, Bergzabern und Landau, die Anfang April 1945 der 1. französischen Armee unterstellt worden waren, verwaltungsmäßig wieder mit der übrigen Region zu verbinden. Noch im Juli folgte dann die Aufteilung des zuvor von den Amerikanern geschaffenen Verwaltungsgebietes „Mittelrhein-Saar" mit dem Zentrum Neustadt, indem zunächst die Ablösung des Saarlandes angeordnet wurde. Kurze Zeit später verlor Neustadt auch die Zuständigkeit für die Regierungsbezirke Koblenz und Trier und wurde Mittelpunkt der neugebildeten Provinz „Hessen-Pfalz". Auch die für das Gebiet zuständige Oberste Delegation der Franzosen hatte hier ihren Sitz. Als Gouverneur für die Pfalz agierte nach General Jean-Claude Bouley von Juni 1946 an André Brozen-Favereau. Erwähnenswerten Einspruch von deutscher Seite gegen die von den Franzosen vorgenommene Dezentralisierung gab es offenbar nicht, während zuvor die Gründung von „Mittelrhein-Saar" auf Protest gestoßen war.[13]

---

11 Karl-Heinz ROTHENBERGER, Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Ernährungs- und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz 1945-1950, Boppard am Rhein 1980, S. 202.

12 HUDEMANN (wie Anm. 8), S. 208; vgl. auch Rainer MOHLER, Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952, Mainz 1992.

13 MARTIN (wie Anm. 2), S. 27.

Das Bemühen der Franzosen, alle Bereiche des öffentlichen Lebens in ihrer Zone zu kontrollieren, richtete sich in besonderer Weise auf die Parteien.[14] Deren Konstituierung erfolgte spät: Erst am 13. Dezember 1945 verwirklichte Frankreich als letzte der vier Besatzungsmächte die Übereinkunft von Potsdam, in Deutschland demokratische Parteien wiederzuzulassen. Der anhaltenden Unbeweglichkeit der Führung stand allerdings ein in vielen Fällen recht tolerantes Vorgehen der örtlichen französischen Dienststellen gegenüber. Vielerorts konnten politische Gruppierungen bereits Wochen vor der offiziellen Genehmigung der Parteien ungehindert vorbereitende Organisationsarbeiten aufnehmen, wozu u.a. das Verteilen von Aufnahmeformularen und die Veranstaltung erster Versammlungen gehörten. Zu Aufbau und Wirken der Parteien wurden dann von der Besatzungsmacht zahlreiche Richtlinien erlassen, die hier im einzelnen nicht aufgeführt werden können. In der Konsequenz der französischen Politik lag es, sich einer Organisation der deutschen Parteien über die jeweiligen Landes- bzw. Zonengrenzen hinaus entgegenzustellen. Den Parteien wurde zur Auflage gemacht, sich auf ihre jeweilige Region zu beschränken und ihre vom übrigen Deutschland losgelöste Entwicklung durch die Streichung des „D" im Parteinamen auch äußerlich deutlich zu machen - eine Vorschrift, die offiziell nie aufgehoben wurde, an die sich aber kaum jemand hielt. Auch der Versuch, die Parteien durch das Verbot innerzonaler- und überzonaler Verbindungen und Kontakte zu isolieren, hatte nur begrenzt Erfolg: General Koenig musste in wiederholten Schreiben die Landes- und Provinzgouverneure an diese Bestimmung erinnern.

Schwer wiegender als derartige Vorschriften und Kontrollmaßnahmen war die Entschlossenheit der französischen Militärbehörden, nur eine begrenzte Anzahl von Parteien zuzulassen. Besonders in der Pfalz hatte diese Haltung erhebliche Auswirkungen auf das politische Leben und betraf dort in erster Linie die christlichen Gruppierungen. Als General Bouley bestimmte, dass sich in der Provinz Rheinhessen-Pfalz nur eine einzige „christliche" Partei bilden dürfe, die zudem überkonfessionell sein müsse, entzog er damit den evangelischen Christen, die sich auf die Wiederbelebung des „Christlich-Sozialen Volksdienstes" geeinigt hatten, ebenso die Grundlage wie ehemaligen Zentrumsmitgliedern, die eine Restauration ihrer alten Partei wollten. Vor allem letztere waren in der Pfalz im Vorfeld der offiziellen Parteigründungen vielerorts in Erscheinung getreten und hatten mit den Anhängern der nach dem Zweiten Weltkrieg überall in Deutschland aufgekommenen Unionsidee konkurriert, bis sie sich - unter französischem Druck - mit diesen zu einer Partei, der überkonfessionellen CDU, zusammen-

14 Siehe ausführlich dazu: ebd., S. 42ff.

schlossen. Ausschlaggebend für das Verbot des Zentrums war höchstwahrscheinlich das Anliegen der Franzosen, den ohnehin großen Einfluss der katholischen Kirche im Norden ihrer Zone nicht noch durch Begünstigung einer Wiedergründung der Partei des politischen Katholizismus zu verstärken.[15]

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass ausgerechnet Protagonisten einer Zentrumserneuerung, deren Option durch die französische Einflussnahme chancenlos war, von Unionsfreunden der Willfährigkeit gegenüber der Besatzungsmacht verdächtigt wurden. Ursächlich dafür waren voneinander abweichende Überlegungen über die anzustrebende Staatsform Deutschlands und die Zukunft der linksrheinischen Gebiete. Während engagierte Verfechter der Unionsidee, wie etwa der katholische Pfarrer Johannes Finck aus Limburgerhof oder der Landauer Bürgermeister Gustav Wolff einen betont nationalen Standpunkt vertraten und keine vom übrigen Deutschland losgelöste Entwicklung der Pfalz wünschten, zeigten einige ihrer Widersacher, unter ihnen Prälat Martin Walzer aus Ludwigshafen, Sympathie für die französischen Vorstellungen einer weitreichenden Dezentralisierung. Dies belastete das Klima außerordentlich. Während Finck und Wolff vorgehalten wurde, nicht die richtige Konsequenz aus den Lehren der Vergangenheit zu ziehen, bezichtigten diese ihre Widersacher einer peinlich devoten Anbiederung an die Militärregierung. Über Walzer schrieb Wolff noch Jahre später, dieser habe zu denjenigen gehört, „die sich von Anfang an der französischen Besatzungsmacht zur Mitarbeit zur Verfügung stellten, die Wünsche erfüllten, deren Erfüllung nicht im deutschen Interesse lag, die bei der politischen Abteilung der Militärregierung Stellung nahmen gegen Persönlichkeiten, die sich aus nationalen Beweggründen in Abwehr gegen alle separatistischen Bestrebungen stellten ..."[16]

Die mangelnde Transparenz der französischen Politik, die entgegen allen Vermutungen eben nicht auf die Unterstützung pfälzischer Loslösungsbestrebungen ausgerichtet war, machte die Anfänge der CDU in der Pfalz also mühevoll. Eine weitere Erschwernis war die französische Auflage, die neue Partei müsse auch den Bezirk Rheinhessen umfassen. Sie führte dazu, dass die offizielle Zulassung der CDU erst Anfang 1946 erfolgen konnte. Dass sich die Idee einer überkonfessionellen Partei in der Pfalz aber durchsetzte, war nicht zuletzt eine Folge französischer Einmischung. Und nachdem sich die verschiedenen Richtungen auf eine Linie geeinigt hatten, setzten die Spitzen der Besatzungsverwaltung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eindeutig auf den Erfolg der Christdemokraten. Der Beweggrund da-

15 Ebd., S. 62ff.
16 Ebd., S. 71f.

für war deren regionale Verwurzelung sowie die föderalistische Grundausrichtung, die Frankreichs deutschlandpolitischen Zielen entgegenkam. Das Bekenntnis zu einer föderalen Neuordnung Deutschlands war zwar in der pfälzischen CDU verhaltener als etwa in der Koblenzer CDP; für die französischen Beobachter hob es sich aber immer noch positiv von der sozialdemokratischen und der kommunistischen Position ab.

Die pfälzischen Sozialdemokraten verstanden sich nämlich - gleich ihren Parteifreunden im Rheinischen und Rheinhessischen - von Anfang an als Teil einer gesamtdeutschen Partei und sahen keinen Anlass, sich durch eigene programmatische Entwürfe zu profilieren.[17] Daher traf sie auch die Kritik an Kurt Schumacher, dessen ungebrochenes Nationalbewusstsein und dessen Forderung nach deutscher Einheit und Selbstbestimmung für die französische Seite eine ständige Provokation darstellte. Die Klage über die antiföderale Haltung der SPD - der Chef der Militärregierung in Neustadt General Bouley beschrieb deren Ausrichtung im November 1945 mit Begriffen wie „centralisateur" und „bismarckien" - wurde zu einem stereotypen Bestandteil der für die Oberkommandantur in Baden-Baden regelmäßig verfassten Stimmungsbilder. Gleichzeitig stellte man seitens der Franzosen in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik und vor allem der Schulpolitik eine größere Übereinstimmung mit den Sozialdemokraten als mit den Christdemokraten fest. Das grundsätzliche Dilemma der Militärregierung bestand darin, dass Föderalismus und „Fortschritt" im deutschen Parteienspektrum aus ihrer Sicht nicht auf der gleichen Seite standen.[18]

Die Kommunisten, die in den ersten Nachkriegsjahren in der Pfalz noch über einen relativ bedeutenden Anhang verfügten, diskreditierten sich für den Neustadter Gouverneur durch ihren an den Interessen Moskaus orientierten Einheitswillen und ihre Propaganda zugunsten des Regimes in der sowjetischen Besatzungszone. Zwar gestand Bouley zu, dass es innerhalb der Partei auch Strömungen für mehr Unabhängigkeit von der Sowjetunion gebe; zentralistisch seien aber auch diese.[19] Die von anderen Angehörigen des Besatzungsapparats geteilte Erkenntnis, dass die KP in Fragen der Deutschlandpolitik für Beeinflussungen im Sinne Frankreichs besonders unzugänglich war, hinderte die Militärregierung aber nicht daran, Mitglieder der Partei in den Prozess der Demokratisierung einzuspannen und ih-

17 Katrin Kusch, Die Wiedergründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1951), Mainz 1989, S. 97ff.

18 Ebd., S. 100.

19 AOFAA, Best. CCFA, Cabinet Civil, C. 38 Pol III G 2a, S. 4: Monatsbericht Bouleys v. 15.11.1945.

nen die loyale Mitarbeit, vor allem auf den Gebieten der Entnazifizierung und der Verwaltung, zu attestieren.

In ihrer Beurteilung der Parteien in der Pfalz sahen sich die französischen Behörden dann bei der Landesgründung bestätigt: Während eine Mehrheit in der CDU das neue staatliche Gebilde Rheinland-Pfalz zumindest als eine Übergangslösung akzeptierte und sich mit nachdrücklichem Eifer an der Ausarbeitung seiner Verfassung beteiligte, lehnten Sozialdemokraten und Kommunisten das Land und seine Verfassung kategorisch ab. Die SPD Hessen-Pfalz protestierte damals mit einer scharf formulierten Note gegen das Kunstgebilde Rheinland-Pfalz: „Die jetzige Organisation der Länder", so lautete der Vorwurf, „schafft Staatengebilde, die der deutschen Reaktion im Vorhinein die politische Mehrheit in der Gesamtgestaltung der deutschen Politik und Wirtschaft sichern."[20] Seitens der Besatzungsmacht wurde diese Kritik zum Anlass genommen, die SPD ein weiteres Mal einer generellen antifranzösischen Haltung und nationalistischer Tendenzen zu bezichtigen.

Die Gewerkschaften, die am 10. September 1945 noch vor den Parteien zugelassen worden waren, wurden entgegen einer landläufigen These von den Besatzungsbehörden nicht generell vor anderen Gruppen und Verbänden bevorzugt und nicht überall zu den wichtigsten Garanten eines demokratischen Neuanfangs gezählt.[21] Gegen sie richtete sich das zunächst allen Deutschen entgegengebrachte tiefe Misstrauen um so mehr, da sie einst Massenorganisationen gewesen waren. Grundsätzlich wollten die Franzosen keinen Sonderstatus für die Gewerkschaften, zumal sie auch diesen eine gewisse Mitschuld am Scheitern der Weimarer Demokratie gaben. Offiziell war die Haltung der Militärregierung von folgenden Grundsätzen bestimmt: Erstens wollte man - in Übereinstimmung mit den meisten deutschen Gewerkschaftlern - keine konfessionell oder parteipolitisch eingefärbten Richtungsorganisationen, zweitens lehnte man einheitliche Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten ab, und drittens entschied man in der Frage, ob eine zentralistische Einheitsgewerkschaft oder autonome Industriegewerkschaften gebildet werden sollten, zugunsten letzterer. Die französischen Anordnungen betonten die Notwendigkeit eines stufenweisen, ständig kontrollierten Aufbaues von der Orts- über die Bezirkshin zur Landesebene. Wie bei den Parteien sollten innerzonale und überzonale Kontakte und Zusammenschlüsse verhindert werden. Tatsächlich aber

20 Peter Brommer (Bearb.), Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz während der französischen Besatzung März 1945 bis August 1949, Mainz 1985, S. 200f.

21 Dazu ausführlich: Alain Lattard, Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945-1949, Mainz 1988.

wurden diese Prinzipien nicht von allen in der Besatzungshierachie mitgetragen, und man hielt an ihnen auch nicht kontinuierlich fest - eine Folge sowohl von der offiziellen Linie abweichender Überzeugungen als auch von durch die äußeren Umstände bedingten pragmatischen Überlegungen. Bouley beispielsweise, der vorrangig auf die katholischen Kräfte zählte und sich in diesem Sinne auch für die Zulassung von Konfessionsschulen aussprach, erklärte im August 1945 gegenüber der Baden-Badener Zentrale, die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Freiheit vertrüge sich durchaus mit den französischen Interessen.[22]

In allen Teilen des späteren Rheinland-Pfalz war die Militärregierung bemüht, die Anwendung der strengen Bestimmungen erträglich zu machen. In der Provinz Rheinhessen-Pfalz wurde in diesem Sinne der Sozialdemokrat Adolf Ludwig als Gewerkschaftsbeauftragter eingesetzt. Seine Aufgabe war, die lokalen Verwaltungsarbeiten auf Bezirksebene zu koordinieren und zwischen den französischen Behörden und der deutschen Arbeitnehmerschaft zu vermitteln. Auch die zunächst von der Militärregierung angestrebte Abschottungspolitik wurde nicht durchgehalten, da sie sich nicht mit dem Ziel vertrug, leistungsfähige deutsche Organe zu schaffen. Trotz eines gewissen Entgegenkommens der Militärregierung gelang es aber nur bedingt, die durch die französischen Bestimmungen errichteten Hürden abzubauen, wobei Ludwig erfolgreicher war als seine Kollegen in Rheinland-Hessen-Nassau. Der Rückstand war derart auffällig, dass Baden-Baden Ende 1946 die pfälzischen Gewerkschaften bat, den Aufbau ihrer rheinischen Schwesterorganisationen in die Hand zu nehmen. Da sich Ludwigs Wirken als besonders effizient erwies, wurde im Januar 1947 mit dem Sozialdemokraten Michael Hennen auch für das Rheinland ein Gewerkschaftsbeauftragter berufen.

Die Politik der französischen Militärregierung gegenüber den Kirchen musste vom Grundansatz her ambivalent sein, ergab sich doch für die Vertreter Frankreichs der Zwiespalt zwischen dem eigenen laizistischen Standpunkt und der Einsicht, dass man beim Aufbau der Demokratie im westlichen Deutschland auf die Mithilfe der Geistlichkeit nicht werde verzichten können.[23] Dies führte zu Brüchen im französischen Verhalten, zu einer eigentümlichen Mischung aus Achtung, Argwohn und Geringschätzung. Für Emile Laffon, dem „Generalverwalter" in Baden-Baden, beispielsweise waren die Kirchen in der französischen Zone genauso wie die Parteien oder die Gewerkschaften potentielle Störenfriede; dementsprechend drängte

22 AOFAA, Best. CCFA, Cabinet Civil P. 38: Schreiben v. 20.8.1945.
23 Vgl. Kusch (wie Anm.17), S.176.

er anfänglich auf Überwachung der kirchlichen Aktivitäten.[24] Bei Unstimmigkeiten mit einzelnen Geistlichen mahnte Laffon gleichwohl die zuständige französische Behörde, die Angelegenheit mit Fingerspitzengefühl zu behandeln, damit es nicht zu einem grundsätzlichen Konflikt mit der Kirche komme. Erst im März 1947 sprach sich Laffon gegenüber Koenig für den Abbau der Kontrollen aus: Die Hirtenbriefe sollten nicht mehr vorzensiert werden und die Bischöfe das im Reichskonkordat von 1933 verankerte Recht erhalten, ungehindert Verbindung zum Vatikan aufzunehmen. General Bouley hingegen setzte von Beginn seiner Tätigkeit in Neustadt an auf die Kirchen als wichtigste Stützen der französischen Politik und würdigte sie, die katholische und kaum weniger auch die evangelische, als Hort des Anti-Nazismus. Bouley war der Überzeugung, einem resoluten und couragierten Klerus sei zu verdanken, dass die deutschen Katholiken im Dritten Reich am geschlossensten Widerstand geleistet hätten. Dies französischerseits nicht zu berücksichtigen, hieße, den eigenen Interessen zuwiderhandeln. Der zentralen kirchlichen Forderung, der nach Wiedereinführung der Konfessionsschulen, müsse unbedingt stattgegeben werden. Wenn die Besatzungsmacht durch Beharren auf der Gemeinschaftsschule die nationalsozialistische Politik gleichsam fortführe, versperre sie sich den Zugang zu den Kirchen und damit zur deutschen Bevölkerung.[25] Besonders respektierte Bouley den Speyerer Bischof Joseph Wendel. Dieser hatte sich für den Gouverneur dadurch ausgezeichnet, dass er, den Gründungsprozess der CDU mitgestaltend, bei einer Zusammenkunft mit Prälaten und Priestern seiner Diözese für die Position der Gruppe um Walzer geworben hatte.[26]

Es war eine zwangsläufige Folge des Zusammenbruchs des Deutschen Reiches und des damit gegebenen Endes aller staatlichen bzw. verwaltungsmäßigen Eigenständigkeit selbst der kommunalen Gebietskörperschaften, dass es zunächst keine eigenständige Geschichte der Teilbereiche gab. Auch die Pfalz wurde zum bloßen Objekt vor allem der französischen Politik, und es war zunächst keineswegs sicher, ob und in welcher Form sie eine gewisse Eigenständigkeit würde wiedergewinnen können. Die Antwort auf diese Frage musste von den politischen Kräften gefunden werden, bei denen die gestaltende Macht lag, also bei den Besatzungsbehörden und bei der Regierung der französischen Republik.

---

24 AOFAA, Best. Direction Générale des Affaires Politiques, Baden-Baden, Direction de l'Intérieur et des Cultes. C. 33303 P. 95 Dos. 3: Laffon an Koenig, 16.11.1945.

25 So Bouley in einem Bericht vom 20.8.1945, ebd., Best. CCFA. Cabinet Civil P. 38.

26 Ebd., Best. Direction Générale des Affaires Politiques, Baden-Baden, Direction de l'Intérieur et des Cultes. C. 231 P. 40 Dos. 54: Bouley an Laffon, 14.1.1946.

Innerhalb der Militärverwaltung begann man frühzeitig, an der Zweckmäßigkeit der zunächst für günstig gehaltenen kleinen Einheiten zu zweifeln.[27] Verschiedene Faktoren führten zu einem Umdenken. Die Ländergründungen in der amerikanischen Zone im September 1945 gehörten wohl dazu, ebenso die Einsicht, dass ein extremer Partikularismus nicht durchzuhalten und überdies den wirtschaftlichen Interessen Frankreichs abträglich sei. Um die Jahreswende 1945/46 wurden die Regierungsbezirke Trier und Koblenz zur Provinz „Rheinland-Hessen-Nassau" zusammengefasst. Im Januar 1946 kam dann aus dem Stab General Koenigs der Vorschlag, den Norden der Zone zu einem Land mit dem Namen „Rheinlande" und der Hauptstadt Mainz, den Süden zu dem Land „Südschwaben" mit der Hauptstadt Freiburg zusammenzufassen. Dabei stellte man sich die „Rheinlande" als ein möglichst starkes administratives Gebilde vor, das losgelöst vom übrigen Deutschland lebensfähig sein sollte. Diese Überlegungen gaben den Anstoß zu internen französischen Diskussionen, die sich bis August 1946 hinzogen und von denen deutsche Stellen keine Kenntnis hatten. Französischerseits stand seit Februar 1946 fest, dass das Saarland, dessen politische Annexion in jenen Monaten noch für möglich gehalten wurde, auf keinen Fall ein Teil des ins Auge gefassten rheinischen Staates sein werde. Am 8. April 1946 wurde im Pariser Außenministerium die Einrichtung einer gemeinsamen Verwaltung für Rheinland-Hessen-Nassau und Hessen-Pfalz beschlossen; vom Mai 1946 an bereitete dann ein eigens gegründeter Ausschuss in der Baden-Badener Oberkommandantur den Zusammenschluss der beiden Provinzen zu einem Land vor. Diese Chronologie lässt erkennen, dass die Gründung von Rheinland-Pfalz, über die die endgültige Entscheidung - wiederum in Paris, aber unter Beteiligung der Spitzen der Zonenverwaltung - am 12. August fiel, nicht die Reaktion auf die Gründung von Nordrhein-Westfalen war, mit der allen etwaigen Plänen Frankreichs in Richtung auf eine „Rheinische Republik" die Grundlage entzogen war. Durch General Koenigs am 30. August 1946 veröffentlichte Verordnung Nr. 57 erfuhr die deutsche Öffentlichkeit von der Existenz des „Staates" Rheinland-Pfalz. Gut zwei Monate später nahm die Besatzungsmacht noch eine weitere Strukturänderung vor: Am 8. Oktober 1946 wurde Rheinhessen verwaltungsmäßig von der Pfalz getrennt und zu Rheinland-Hessen-Nassau geschlagen, was eine weitere Stärkung von Koblenz auf Kosten Neustadts bedeutete.

Interessant ist, dass der Pariser Entscheidung vom August 1946 nicht nur Auseinandersetzungen um die Prinzipien der französischen Deutschlandpolitik vorausgegangen waren, sondern dass auch sehr persönliche Rivali-

27 Ausführlich dazu auch KÜPPERS (wie Anm. 6).

täten zwischen den Spitzen der Besatzungsmacht sich hindernd bemerkbar machten. Der Nachfolger Bouleys im Amt des Obersten Delegierten von Hessen-Pfalz, André Brozen-Favereau, fürchtete nicht zu Unrecht, seinem für Rheinland-Hessen-Nassau zuständigen Kollegen Hettier de Boislambert untergeordnet zu werden, und versuchte, allerdings erfolglos, die Bildung und dann den Fortbestand des Landes mit Störmanövern und Alleingängen in Frage zu stellen.[28]

Das Landesgründungsdekret enthielt sechs Artikel, die im einzelnen folgendes besagten: Das neue Land umfasste die Bezirke Trier, Koblenz, Mainz und Montabaur sowie das Gebiet der Pfalz. Regiert werden sollte es von Mainz aus, sobald dort die materiellen Voraussetzungen geschaffen waren. Einer noch zu bildenden „Gemischten Kommission", bestehend aus Mitgliedern der Oberregierungspräsidien Rheinland-Hessen-Nassau und Hessen-Pfalz, war es aufgegeben, die Arbeit der Beratenden Landesversammlung vorzubereiten. Die Beratende Landesversammlung, deren Abgeordnete nach einem noch zu regelnden Verfahren nach den für den 13. Oktober 1946 festgesetzten Kreistagswahlen zu bestellen waren, sollte Vorschläge zur Zusammensetzung der provisorischen Regierung (deren Sitz Koblenz sein würde) machen und im Einvernehmen mit dieser die Landesverfassung entwerfen. Auf deren Inhalt ging die Verordnung nur insofern ein, als die Regelung der Beziehungen zwischen den verschiedenen Teilen des Landes verlangt wurde. Über die Annahme der Verfassung sollte die rheinland-pfälzische Bevölkerung entscheiden. Die Bildung der Übergangsregierung kündigten die Franzosen für spätestens den 30. November an. Beigegeben war der Verordnung eine kurze Erklärung General Koenigs, in der es lapidar hieß, durch die Entscheidung des 30. August seien der rheinischen und pfälzischen Bevölkerung die Mittel an die Hand gegeben, ihre Freiheiten und ihr wirtschaftliches Leben harmonisch zu entwickeln. Die Modalitäten der Landesgründung ermöglichten es, das neue Land auf demokratischer Grundlage und unter Beachtung der regionalen Besonderheiten, wie etwa die der Pfalz, einzurichten.

Mit dem Unbehagen der Pfälzer über die Zusammenführung mit Teilen der früheren Rheinprovinz hatte man französischerseits gerechnet. Um dieses nicht zum latenten Unsicherheitsfaktor für den Bestand des neuen Landes werden zu lassen, ordnete General Koenig an, bei der Ausarbeitung der Verfassung den historisch gewachsenen Eigenheiten der Region Rechnung zu tragen. Der Oberkommandierende handelte dabei in Übereinstimmung mit Außenminister Bidault, der ebenfalls um die Kluft zwischen dem rheinland-pfälzischen Norden und dem Süden wusste und mit pfälzischen Pro-

28 Ebd., S. 72f.

testen „contre les fonctionnaires prussianisés de Coblence" rechnete.[29] Die von Koenig in der Folge präzisierte Aufforderung, der Pfalz in Anlehnung an ihr gewisses Eigenleben als Teil Bayerns auch im Rahmen des Landes Rheinland-Pfalz eine Sonderstellung zu geben, und zwar die einer Provinz mit einem Staatssekretär und einem eigenen Landtag, wurde auf deutscher Seite irrigerweise als vorbereitende Maßnahme für die Abtrennung der Region von Deutschland verstanden. Die Herauslösung des Saarlandes aus der französischen Zone im Dezember 1946, der Gebietsumgliederungen auf Kosten von Rheinland-Pfalz vorausgegangen waren, gab den Ängsten Nahrung. Und in der Tat wurde dann in der Beratenden Landesversammlung die Sonderstellung der Pfalz von allen Parteien als Verfassungsziel verworfen. Gebilligt wurde lediglich ein Passus über ein zu schaffendes Selbstverwaltungsgesetz, aufgrund dessen die Pfalz 1949 als einziger Landesteil einen bis heute bestehenden höheren Kommunalverband erhielt.

Es bleibt die Frage, was viele Pfälzer veranlasste, immer wieder mit der Angliederung ihrer Heimat an ein süddeutsches Land zu liebäugeln, während sie sich allem Anschein nach niemals mit dem Gedanken an einen eigenen Staat trugen.[30] In den Quellen und in der Literatur wird häufig vorgebracht, die Sorge vor französischen Annexionsplänen wie auch vor separatistischen Bestrebungen in der pfälzischen Bevölkerung habe zu dem Wunsch nach einer stärkeren rechtsrheinischen Verankerung der Region geführt. Dieser Zusammenhang leuchtet ein, reicht aber als Erklärung nicht aus. Zum einen erkannten die führenden Köpfe der Parteien bald, dass die Gefahr einer Abspaltung der Pfalz von Deutschland in Wahrheit nicht gegeben war, und gründeten ihre Zuversicht sowohl auf entsprechende Beteuerungen seitens der Besatzungsmacht als auch auf die Gewissheit, dass Großbritannien und die USA eine Einverleibung der Pfalz durch Frankreich nicht dulden würden. Zum anderen waren Gerüchte über deutschlandfeindliche Umtriebe in der Pfalz weit eher dazu angetan, die pfälzischen Parteien zum Schulterschluss mit der Koblenzer Regierung zu bewegen, denn als Sprengsatz für das Land zu wirken. Dies zeigte sich beispielsweise im November 1947. Ministerpräsident Peter Altmeier teilte damals dem Landtag mit, Abgeordnete aus der Pfalz hätten ihm berichtet, dass es in ihrer Heimat Kräfte gebe, die autonomistische und separatistische Ziele verfolgten und ihre Absichten durch Propaganda gegen das Weiterbestehen von Rheinland-Pfalz kaschierten. Derartige Machenschaften seien als Verfassungsbruch und Verrat zu werten und könnten von der Regierung nicht geduldet werden. Obgleich Altmeier zugab, bislang über

29 AOFAA, Best. SEAAA. C. 34: Bidault an Koenig, Kopie ohne Datum.

30 Ausführlich zum folgenden MARTIN (wie Anm. 2), S. 343ff.

keine genauen Informationen zu verfügen, fühlten sich allein durch seinen warnenden Ruf alle vier im Parlament vertretenen Parteien veranlasst, ihre patriotische Gesinnung und ihre Treue zu Rheinland-Pfalz zu bekennen. „Als guter Pfälzer und Wortführer pfälzischer Eigenart und Heimatliebe" sprach der Neustadter CDU-Politiker Hans Haberer von der Sendung des Landes, als Gliedstaat Deutschlands „Vorwerk des Gedankens europäischen Aufbaues und Bollwerk des europäischen Friedens und damit Garant der Freundschaft mit dem französischen Volke" zu sein.[31] In einer einstimmig angenommenen Erklärung wandte sich der Landtag „gegen solche Bestrebungen, die unter Berufung auf sogenannte Selbstverwaltungs- oder Sonderrechte der Pfalz eine Zerreißung unseres Landes beabsichtigen, um damit dem Separatismus Vorschub zu leisten". Jede Verwaltungsmaßnahme, die geeignet sei, „das Verhältnis der Pfalz zum Gesamtland Rheinland-Pfalz zu lockern", sei strikt abzulehnen.[32] Der Vorsitzende der pfälzischen CDU, Jakob Ziegler, gab noch im gleichen Monat auf einer Tagung in Neustadt der Überzeugung Ausdruck, dass seine Partei geschlossen hinter der Resolution des Landtages stehe und bei der Abwehr separatistischer Strömungen mit der SPD zusammenarbeite.[33]

Demonstrierten pfälzische Politiker einerseits bei tatsächlichen oder vermeintlichen Gefährdungen des Landes ihre Verfassungstreue, so reagierten sie andererseits höchst allergisch auf jede Bevormundung durch Koblenz. Als solche empfanden sie beispielsweise die Verfügung der Landesregierung, dass kein Beamter in der Öffentlichkeit für die Auflösung von Rheinland-Pfalz eintreten dürfe, sowie die vom Landesvorstand der CDU am 6. Dezember 1949 in Koblenz gefasste Entschließung, dass das Land Rheinland-Pfalz „als Träger einer großen politischen und kulturellen Tradition eine notwendige Funktion im Rahmen der deutschen Bundesrepublik dauernd zu erfüllen" habe.[34] Die pfälzischen Christdemokraten erklärten hierzu, kein Land habe einen Rechtsanspruch auf die Pfalz, die über ihre endgültige staatliche Eingliederung allein entscheide. Im übrigen habe jeder Pfälzer das Recht, sich über die Zukunft seiner Heimat seine eigenen Gedanken zu machen und diese auch kundzutun. Auch von Beamten könne „über ihre beamtenmäßigen Verpflichtungen hinaus ein besonders gearteter politischer Gehorsam nicht verlangt werden".[35]

---

31 Landtag Rheinland-Pfalz, 1. Wahlperiode, Drs. Abt. I, Nr. 12, S. 190.

32 Ebd., S. 193.

33 Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Best. III-001-015: Sitzung des Vorstandes der CDU Pfalz in Neustadt, 14.11.1947.

34 Ebd. Best. I-139-005/5.

35 Rhein-Zeitung v. 21.12.1949: "Hambacher Entschließung der CDU-Pfalz".

Dass Pfälzer die Zweckmäßigkeit ihrer Verbindung mit dem südlichen Rheinland in Frage stellten, war also sicher nicht allein eine Folge ihres Misstrauens gegen den siegreichen Nachbarn Frankreich oder einer übergroßen Sympathie für Bayern, Baden oder Württemberg. Zu den Faktoren, die auch zum Tragen kamen, gehörte die Unsicherheit, ob sich bei der wirtschaftlichen Gesamtlage Deutschlands ein so kleines Land wie Rheinland-Pfalz werde halten können, oder ob nicht vielmehr die Schaffung größerer Einheiten unumgänglich sei. Besonders viel Gewicht aber muss dem konfliktreichen Verhältnis der Pfälzer zum Norden des Landes beigemessen werden. Dafür spricht nicht zuletzt die Tatsache, dass nach dem Umzug der Regierung von Koblenz nach Mainz die pfälzischen Schläge gegen das Land kraftloser wurden und schließlich ganz ohne Wirkung blieben. 1956 waren die beiden Volksbegehren, die entweder die Angliederung an Bayern oder an Baden-Württemberg erstrebten, erfolglos.

Im Blick auf die Entwicklung der Pfalz während der französischen Besatzung wird man feststellen können, dass die politischen Kräfte in dieser Region durchaus eine eigene Politik verfolgt haben, und zwar mit dem doppelten Ziel vor Augen, die Zugehörigkeit zu Deutschland zu sichern und gleichzeitig den Raum zu kultureller Eigenständigkeit zu bewahren. Die Voraussetzungen lagen nicht nur in dem sich unter den weltpolitischen Aspekten wandelnden Interesse Frankreichs, sondern auch in dem lebendigen landsmannschaftlichen und kulturellen Bewusstsein der Pfälzer.

*Parade französischer Truppen nach der Einnahme des ersten pfälzischen Ortes (Steinfeld) am 15. März 1945. Général Monsabert (r), Général Lattre de Tasigny (l)*

# Hungerjahre. Die pfälzische Nachkriegsgesellschaft als Zwei-Klassen-Gesellschaft

**Karl-Heinz Rothenberger**

In einer Zeit, in der nicht mehr die Pfarrer, sondern die Ärzte das Fasten verordnen, in der nicht mehr Unter-, sondern Überversorgung und Überernährung zum Problem geworden sind, mag vielen das Erinnern an die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg als sinnlose Geisterbeschwörung erscheinen. Eine solche Abwendung von der Geschichte verkennt aber, wie sehr diese Zeit das Selbstverständnis der Deutschen lange geprägt hat. Und zwar in einem doppelten Sinne: einmal als kummervolle Erfahrung existentieller Not, zum anderen als stolze Erfahrung, eben diese Not bewältigt zu haben. „Auferstanden aus Ruinen ...", wie es in der Hymne der ehemaligen DDR hieß, das meinte auch: ... und den Hunger überwunden! Man kann keine Nachkriegsgeschichte schreiben, ohne die Versorgungsnot jener Zeit zu berücksichtigen.[1]

Es war eine Zeit mit einer gedrückten Grundstimmung. Die Sorge um die ständig bedrohte Existenz beherrschte das alltägliche Denken, und zwar in einem solchen Maße, dass politische Fragen weitgehend in den Hintergrund traten und zum Beispiel die Neugründung des Landes Rheinland-Pfalz im August 1946 von der Bevölkerung kaum wahrgenommen wurde. Stattdessen kreisten die Gedanken um das Schicksal der vermissten Väter und Söhne, um das Dach über dem Kopf, um Kleider und Schuhe, um Kartoffeln und Brot. Lässt man einmal den Kummer um den Verlust der Angehörigen beiseite, dann haben die meisten Zeitgenossen die Folgen des Krieges in keinem Lebensbereich empfindlicher gespürt als in dem der Ernährungsfrage. Dabei war der Hunger keineswegs das einzige Problem der Zeit, wohl aber das zentrale.

---

1 Der Verfasser hat die Ernährungsverhältnisse in seinem 1980 erschienenen Buch: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Ernährungs- und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz 1945-1950, Boppard 1980 eingehend dargestellt. Der vorliegende Aufsatz greift darauf zurück. Ausführliche Literaturhinweise in dem Buch. Außerdem ist zu verweisen auf: Rainer HUDEMANN, Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945 – 1953. Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen der französischen Besatzungspolitik, Mainz 1988. Außerdem sei genannt: Gabriele STÜBER: Zwischen Trümmern und Wiederaufbau 1945 – 1950. Nachkriegsalltag aus Frauenperspektive. in: Frau und Geschichte. Ein Reader, hrsg. von Heide GIESEKE und Hans-Jürgen WUNSCHEL, Landau 1995, S. 229 – 249.

Die Not hat sich nicht gleichmäßig verteilt. Die Nachkriegsgesellschaft trug deutliche Züge einer Zwei-Klassen-Gesellschaft. Auf der einen Seite die Ausgebombten, auf der anderen jene, die Hab' und Gut weitgehend über den Krieg gerettet hatten. Hier die hungernden Städter, dort die bäuerliche Bevölkerung, die von der Ernährungskrise im Kern nicht betroffen wurde. Es gab die Couragierten, Cleveren und Skrupellosen, die die Not sehr viel besser bewältigten als die Ängstlichen, Zaghaften und Sensiblen. Die Alten und die kinderreichen Familien waren ihr weniger gewachsen als die Jungen und die Ledigen. Die Not hat die Menschen nicht gleich gemacht, sondern die Unterschiede noch stärker hervortreten lassen. Der traditionelle Gegensatz zwischen Stadt und Land brach wieder schroff auf. Das verbreitete Verdikt der Städter, den „habgierigen" Bauern fehle nur noch der Teppich im Kuhstall, brachte diese Spannungen zum Ausdruck. Sicher wurden die Bauern von der Ernährungskrise nicht ernstlich berührt, aber sie waren keineswegs frei von Nöten und Sorgen. Ihren Betrieben wurden Leistungen abverlangt, die sie aufgrund fehlender Betriebsmittel nicht erbringen konnten.

Es gibt nicht eine einzige, gleichsam für jedermann gültige Alltagsgeschichte der Nachkriegszeit. Die Wirklichkeit des Alltags sah sehr unterschiedlich aus. Dieser Bericht wählt aus und beschränkt sich auf die Grundbedürfnisse des Lebens, auf Wohnung, Kleidung und Ernährung. Dabei liegt das Schwergewicht auf der städtischen Bevölkerung, wo die Not größer war als auf dem Land. Das gilt nicht für alle Dörfer, am wenigstens für jene entlang der pfälzisch-französischen Grenze, in der sogenannten Roten Zone. Durch schwere Kriegszerstörungen und zwei- oder dreimalige Räumung waren die Menschen dort vom Krieg und seinen Nachwirkungen ebenso hart getroffen worden wie die der Städte. Ihr Schicksal hat Johannes Nosbüsch 1982 in seinem Buch „Damit es nicht vergessen wird ..." eindrucksvoll geschildert.[2]

## Die Wohnung

Günther Volz hat in seiner Untersuchung der Kriegsschäden in der Pfalz[3] ermittelt, dass von den Wohngebäuden im Regierungsbezirk Pfalz bei Kriegsende 40 475 (= 25,8% des Bestandes) zerstört oder beschädigt waren. Schadensschwerpunkte bildeten die Städte Ludwigshafen (79,4 % beschädigt oder zerstört), Zweibrücken (77,6 %) und Landau (50,9 %), unter den Landkreisen Bad Bergzabern (40,0 %), Zweibrücken (34,6 %) und

2 Johannes Nosbusch, Damit es nicht vergessen wird... Pfälzer Land im Zweiten Weltkrieg: Schauplatz Südpfalz, Landau 1982.

Pirmasens (32,3 %). Hingegen hatten die Stadt Speyer (8,0 %) und die meisten nord- und westpfälzischen Landkreise mit Schadensquoten unter 10 % den Krieg weitgehend heil überstanden. Schon während des Krieges waren zahlreiche Einwohner von Ludwigshafen in die Landkreise ausquartiert worden, so dass auch dort der Wohnraum eingeengt war. In den Städten beanspruchte die Besatzungsmacht Wohnraum zur Unterbringung der Offiziere und ihrer Familien sowie der französischen Verwaltung.

Rein statistisch gesehen, standen den Menschen in den am meisten zerstörten pfälzischen Städten nur 5 – 8 qm Wohnraum pro Kopf zur Verfügung, in den Landkreisen 10 – 12 qm. Das bedeutet, dass sich z. B. in Ludwigshafen durchschnittlich 3,2 Personen ein Zimmer teilten, zwei oder drei Kinder in einem Bett schliefen.[4] Wo sich zwei Familien eine Wohnung teilten, entstanden durch die räumliche Enge und die gemeinsame Benutzung der Küche Reibereien, die aggressiv machten. In Kasernen bewohnten oft zwei Familien einen einzigen Raum, voneinander nur durch einen Vorhang getrennt. Alle Gerüche und Geräusche drangen ungehindert hindurch und machten das Leben zur Qual. Andere hausten in feuchten Kellern, Bunkern, Eisenbahnwaggons, Baracken oder Gartenlauben. Die Tuberkulose griff wieder um sich. Gemessen an diesen Wohnverhältnissen schätzten sich viele glücklich, im eigenen Haus zu wohnen, auch wenn das Obergeschoss zerstört war oder durch das notdürftig reparierte Dach der Regen lief. Wiederum andere lebten in ihren unbeschädigten Häusern leidlich gut, wenn auch durch die Belegung mit ausgebombten Städtern eingeschränkt. Zwei zeitgenössische Berichte verdeutlichen die Wohnverhältnisse.

Im Wochenbericht des Oberbürgermeisters von Kaiserslautern vom 16. September 1945 hieß es: „Fast jede verfügbare Wohnung wird von den Besatzungsmächten in Anspruch genommen. Wohnungen und Häuser müssen geräumt werden, um die Bedürfnisse der Besatzungsmitglieder und ihrer Familien zu erfüllen. Möblierte Zimmer mit Wohnzimmerbenutzung werden am laufenden Band von der Besatzungsbehörde beschlagnahmt. Die beigeschafften Möbel, Büroeinrichtungen, Radiogeräte, elektrischen

3 Günther Volz, Kriegsschäden und Kriegseinwirkungen 1939 – 1945, in: Pfalz-Atlas, Textband III, hrsg. v. Willi Alter, Speyer 1981, S.1609 – 1622 und Karten Nr. 124 und 125.

4 Über die Lebensverhältnisse in dem stark zerstörten Ludwigshafen sind wir durch den zeitgenössischen Bericht von Karl Moll, Not und Elend in Ludwigshafen am Rhein, Juli 1947, unterrichtet. Moll war städtischer Beamter und mit den hier angesprochenen Fragen dienstlich betraut. Der Bericht befindet sich im Stadtarchiv Ludwigshafen.

Einrichtungen, Installationsmaterial, Küchengeschirr, Essbestecke, Wäscheausstattungen mussten fast ausnahmslos aus den Haushaltungen der Stadt und des Landkreises genommen werden...".[5]

Die Erinnerung von Georg Steigner aus Pirmasens vermittelt ein Bild von den Wohnverhältnissen in den beschädigten Häusern: „Anstatt mit Ziegeln einzudecken, nagelte man alte Bretter auf die Dächer oder Blech oder Pappe. Bei Regenwetter saßen die Bewohner unter dem Dach mit Kübeln und Eimern, um das durchdringende Wasser aufzufangen. Dann die Fenster! In der ganzen Stadt war nach dem verheerenden Bombardement kaum eine Scheibe heil geblieben. Wieder mussten Bretter, Blechstücke, Pappe her, um die Fensterhöhlen zu füllen. Wer noch ein bisschen Glas auftreiben konnte, brachte an diesen ‚Fenstern' kleine Gucklöcher an, durch die spärliches Licht in die Zimmer fiel. Zimmer waren das! Der Verputz hing von den Decken und Wänden, der Fußboden war unbrauchbar, das Mauerwerk zerrissen. Und aus den ‚Fenstern' oder irgendwo aus dem demolierten Mauerwerk schoben sich Ofenrohre."[6]

Kohlezuteilungen erfolgten in den beiden ersten Nachkriegsjahren an private Haushalte keine, wenn man von den geringen Zuteilungen an Briketts im Winter 1946/47 an die Rote Zone und an Ludwigshafen absieht; sie trugen den schönen Namen „Winterfreude". Das Heizmaterial bestand während fast drei Jahren ausschließlich aus Holzzuteilungen von 1,5 bis 2 Ster pro Jahr. Teils organisierten die Stadtverwaltungen Baumfäll-Kolonnen, die das Holz in den umliegenden Wäldern schlugen und in die Städte transportierten, teils mussten die Menschen es selbst fällen, sägen, spalten und mit Handwagen heimfahren. Wer dazu nicht in der Lage war, hatte sich mit der geringen Zuteilung von fünf Zentnern Brennholz pro Haushalt zu begnügen.

In den ersten Monaten nach Kriegsende barg die Stadt Ludwigshafen einige Tausend Tonnen Kohlen aus den im Hafen versenkten Rheinkähnen. Aufgrund der besonders schwierigen Verhältnisse wurde ihr auch erlaubt, im Nord-Schwarzwald 10 000 Ster Holz im Austausch gegen Stickstoff-Düngemittel von der BASF zu schlagen. Die Stadtverwaltung Frankenthal

5 1983 rief die „Rheinpfalz" ihre Leser auf, für ein geplantes Buch über den Nachkriegsalltag Berichte und Tagebuchaufzeichnungen einzusenden, die in dem geplanten Buch verarbeitet werden sollten. Dem Verfasser des vorliegenden Aufsatzes oblag die Aufgabe, die zahlreich eingesandten Berichte auszuwerten. Er hat dazu umfangreiche Exzerpte angefertigt. Leider hat sich das Buchprojekt damals zerschlagen. Um so erfreulicher, dass die Augenzeugenberichte jetzt in diesem Band doch noch die verdiente Publizität erlangen. Den Einsendern sei herzlich gedankt.

6 Wie Anm. 5.

ließ im März 1946 im Stadtgebiet 500 Bäume fällen und von 2 243 Bäumen die Kronen abschlagen, um den dringenden Heizbedarf zu decken. Die Allee von Frankenthal nach Mörsch verschwand in einem harten Winter von der Bildfläche, als die frierenden Menschen über sie herfielen. Besser helfen konnten sich die Menschen in den Gemeinden des Pfälzerwaldes.

Vor allem alte Menschen litten unter der Kälte, weshalb die Städte öffentliche Wärmestuben einrichteten. Wer aus Mangel an Brennmaterial das Essen nicht mehr zubereiten konnte, war auf Volksküchen oder Volks-Speisegaststätten angewiesen. Die allgemeine Kohlenknappheit bewirkte auch ständige Ausfälle bei der Gas- und Stromversorgung. Es zehrte an den Nerven, wenn das Kochen unterbrochen wurde oder man beim Nachtessen plötzlich für unbestimmte Zeit im Dunkeln saß. An manchen Tagen gab es überhaupt kein Gas, an manchen nur zwei Stunden am Vormittag und am Abend. In den größeren Städten wechselte die Strom- und Gasversorgung stundenweise nach Stadtteilen.

Im Allgemeinen war es im Winter nicht möglich, mehr als einen Raum der Wohnung zu heizen. Das war die Küche. Im Winter 1946/47, als die Temperaturen wochenlang nicht über den Null-Punkt anstiegen und die Fenster tagelang mit Eisblumen belegt waren, trugen die Menschen alles am Leibe, was sie besaßen. Die Mütter ließen ihre Kinder tagsüber im Bett, dem wärmsten Ort der Wohnung. Mancher hat aus Verzweiflung die Möbel verheizt. Elke Meyer aus Pirmasens, mit Mutter und Geschwistern nach Herxheim bei Landau evakuiert, erinnert sich an eine solche Begebenheit. Als sie, damals 15 Jahre alt, das Wimmern der jüngeren Geschwister wegen der Kälte nicht mehr ertragen konnte, zerschlug sie in Abwesenheit der Mutter das Klavier und verheizte es. Als die Mutter von der Hamsterfahrt zurückkehrte, empfing sie wohlige Wärme, und eine Stimmung wie an Weihnachten breitete sich in der Familie aus.[7]

## Die Kleidung

Neben den Ernährungssorgen fand in den Verwaltungsberichten der Mangel an Schuhen häufigste Aufmerksamkeit. Die in der Presse veröffentlichten Angaben lassen die Not gut erkennen Nennen wir wieder als Beispiel Ludwigshafen: Von den 12 335 Schülern der Stadt hatten im Herbst 1946 12% überhaupt keine Schuhe, 15% Schuhersatz und 24% sehr schlechte Schuhe. Im selben Jahr wurden der Stadt zugeteilt: 1 622 Paar Straßenschuhe aus Leder, 7 483 Paar Stoffschuhe, 2 339 Paar Schuhe mit Holzsohle und 119 Paar Hausschuhe. Statistisch gesehen, hatten Jungen und Männer alle

7 Mitteilung an den Verfasser.

17 Jahre, Mädchen und Frauen alle sechs Jahre mit einer Zuteilung rechnen.[8] Am 18. Mai 1946 berichtete die „Rheinpfalz" von einer Zuteilung von 44 500 Paar Stoffschuhen mit Holzsohlen für die gesamte Provinz Hessen-Pfalz.

Schuhe waren Mangelware – entsprechend hoch waren die Schwarzmarktpreise. 1946 kostete ein Paar Lederschuhe auf dem Schwarzen Markt zwischen 80 und 150 RM, 1947 bereits 500 bis 800 RM. Aus Mangel an Schuhen behielten bei Frost Eltern ihre Kinder zu Hause, andere fuhren ihre Kleinkinder mit dem Kinderwagen zur Schule. Sandalen aus Holz oder Autoreifen, Holzschuhe mit Stulpnägeln und mit kleinen Hufeisen bestückte Schuhe gehörten zur Zeitmode. Vor allem Jugendliche litten unter der Schuhnot. Schuhe wurden ständig repariert und geflickt, zu klein gewordene vorne aufgeschnitten, gelöste Sohlen mit Draht befestigt.

Ähnlich waren die Verhältnisse bei der Kleidung. Städte von 30 000 – 50 000 Einwohnern erhielten jährliche Zuteilungen von 50 – 80 Mänteln, 500 – 800 Hemden, einigen hundert Socken, Hosen und Jacken. Geschickte Schneider waren sehr gefragt. Schäbige Kleider wurden gefärbt, aus Erwachsenen-Kleidern entstanden Kinderkleider, aus Uniformen Hosen und Jacken, aus Hakenkreuz-Fahnen Mädchenröcke.

Die Stadt Ludwigshafen hat ausführlich Statistik über die Zuteilung von Kleidern geführt. Danach hatte jeder Einwohner alle 23 Jahre Anspruch auf eine Unterhose, alle 35 Jahre auf eine Hose, ein Hemd oder ein Paar Socken, die Frauen alle hundert Jahre auf ein Kleid. 1946 wurden für 1 300 Säuglinge 871 Windeln ausgegeben.[9] Manchmal bestand die Möglichkeit, verschlissene Wollkleidung gegen Lumpenwolle einzutauschen, die sich sehr in die Länge zog und kaum wärmte. Sie war dennoch begehrt. Elsbeth Jung aus Wolfstein erinnert sich: „Wir fuhren mit alten Woll-Lumpen nach Erfenstein ins Elmsteiner Tal. Dort war eine kleine Fabrik, die Lumpen gegen Wolle tauschte. Als der Zug in Erfenstein anhielt, entstand ein großes Gedränge und Rennen, denn jeder wollte der erste sein. Hatte man Glück, konnte man die Wolle gleich mitnehmen. Andernfalls gab es einen Gutschein und man musste nochmals kommen. In unserem Städtchen (Wolfstein) ist eine Bandagenfabrik (die Karl Otto Braun KG), wo sich die Leute die Webkanten holten. Diese wurden eingefärbt und allerhand Nützliches wie Pantoffel und Taschen daraus gemacht."[10]

---

8 Moll (wie Anm. 4).
9 Ebd.
10 Wie Anm. 5.

## Möbel und anderes

Auch hier wieder das Beispiel Ludwigshafen. Den Einwohnern wurden 1946 an Möbeln zugeteilt: 31 Schlafzimmer, 473 Bettstellen, 15 Betten, 55 Kleiderschränke, 11 Küchen, 60 Küchenschränke, 311 Tische, 1 150 Stühle, 7 Geschirrschränke und 3 komplette Wohnzimmer. 1947/1948 erhielt die Stadt aufgrund ihrer besonders schwierigen Verhältnisse Sonderzuteilungen von 130 Zimmereinrichtungen. Die Zahlen lassen sich der Tendenz nach auf die gesamte Pfalz übertragen.

Die Mangellage erstreckte sich auch auf andere Bedarfsgüter des täglichen Lebens. Der chronische Mangel an Seife und Waschmitteln förderte die Ausbreitung der Krätze. Läuse waren häufig, so dass Schulklassen öfters zur Entlausung der Kinder geschlossen wurden. In mehrmonatigen Abständen erhielten die Haushalte 250 g Seifenpulver, hin und wieder kleine Zuteilungen des Zusatzwaschmittels „Rasonit" oder Flüssigseife der Marke „Luwa". Schmierseife war das häufigste Waschmittel für Wäsche, Toiletteseife war so gut wie unbekannt. Was als „Einheitsfeinseife" ausgegeben wurde, war eine Art Kernseife, die nicht schäumte und die Haut roh behandelte. Damit wurden auch die Haare gewaschen. Um sie wieder geschmeidig zu machen, wusch man sie mit verdünntem Essig aus.

Wer kann heute das Glück nachempfinden, als im Januar 1947 erstmals eine Ration Schuhcreme von 24 g/Kopf ausgegeben wurde. Ein Indiz für den Mangel und die Bedürfnisse der Menschen ist die nachfolgende Liste der Tauschgesuche.[11] Saatkartoffeln gegen Brennholz; junge, frischmelkende Ziege gegen zwei Einlegeschweine; Kreissäge, Bandsäge, E-Motor gegen je nach Angebot oder Kohlenwagen; 2 weingrüne Fässer gegen Brennholz; Zweispänniger Kuhwagen gegen Mähmaschine; 1 Paar Goldfasanen gegen 2 P. Wellensittiche; 2 Fahrraddecken gegen 1 Motorraddecke; Einjährige Häsin gegen Herrenhose; Nutz- Fahrkuh gegen Braves Pferd; Stroh gegen Läuferschwein; Holzzufuhr gegen Kleeheu; Kesselschieber gegen Futterartikel; Zimmerteppich gegen Akkordeon; Rasiermesser, Brille oder Jacke gegen Brennholz; Anzug für 15- Jährigen gegen Anzug f. 21 – Jährigen; Brennholz gegen Zuchthühner; Tischwäsche gegen Mantel; Kleiderschrank gegen Brennmaterial; Fahrstier gegen Trächtige Kuh; Gasherd gegen Teppich; Smoking gegen Straßenanzug; Kastenwagen oder Milchschwein gegen Pferdewagen; Dickrüben gegen Holz; Kreissäge gegen Stroh; Dezimalwaage gegen Nähmaschine; Zuchtrind gegen Schlachtschwein.

11 Die Rheinpfalz, Ausgabe Landau - Neustadt v. 18.5.1946

## Post-, Bahn- und Straßenverkehr

In den Wochen unmittelbar nach der Besetzung war die Ausgehzeit auf wenige Stunden am Tag beschränkt. Im Juli 1945 wurde die Grenze der Französischen Zone gegenüber den anderen Besatzungszonen geschlossen. Innerhalb der Französischen Zone waren die Bezirke Pfalz, Rheinhessen, Rheinland-Hessen/Nassau (Koblenz, Trier) autark. Nach und nach hat die Besatzungsmacht die Freizügigkeit erleichtert, ab Herbst 1945 auf den Nordteil der Französischen Zone, ab 1946 auf die französisch besetzten Gebiete von Baden, Württemberg und Hohenzollern ausgedehnt. Reisen in die britische, amerikanische und sowjetische Besatzungszone bedurften noch einer Sondererlaubnis.

Die ersten Omnibuslinien liefen nach Ludwigshafen, um Arbeiter zur BASF zu bringen. Früh verkehrten auch Busse für die Arbeiter aus der Westpfalz zu den Bergwerken an der Saar. Der Eisenbahnverkehr auf der Strecke Ludwigshafen – Saarbrücken kam im Sommer 1945 wieder in Gang, bald auch auf den Nebenlinien. Bei der Knappheit an Benzin und Diesel wurden zahlreiche LKWs und auch PKWs auf Holzvergasung umgestellt. Es waren urtümliche Gefährte: außen seitlich am Fahrzeug war ein Kessel angebracht, in dem unter Luftabschluss Holz vergast wurde. Das Gas diente als Treibstoff.

Im Gegensatz zu den Amerikanern requirierten die Franzosen auch Autos. Wenn die geforderte Zahl von den deutschen Behörden nicht aufgebracht werden konnte, sperrten sie notfalls die Ausfallstraßen der Städte und beschlagnahmten so lange, bis der Bedarf gedeckt war. Die noch vorhandenen privaten Fahrzeuge erhielten nur bei besonderen Bedürfnissen eine Fahrerlaubnis; das galt z.B. für Ärzte. Aus Mangel an Ersatzteilen wurden die Autos ständig mit Teilen aus Altfahrzeugen repariert. Ein auf das Fahrzeug aufgemalter roter Punkt zeigte die Berechtigung zu Fahrten an Sonntagen an, Fahrzeuge mit blauem Punkt durften nur an Werktagen fahren. Benzin war rationiert.

Auch der Briefverkehr kam langsam wieder in Gang. Ab 1. September 1945 durften innerhalb des Nordteils der Französischen Zone Postkarten (aber noch keine Briefe) versandt werden; sie mussten in lateinischer, nicht deutscher Schrift abgefasst sein. Bald darauf wurde der Briefverkehr innerhalb der Französischen Zone zugelassen, ab 1. November 1945 schließlich zwischen den drei Besatzungszonen. Um die gleiche Zeit wurden der Telegramm- und Telefon-Verkehr eröffnet. Der Brief-Auslandsverkehr begann erst im Februar 1946, war aber auf Anfragen nach verschollenen Angehörigen beschränkt.[12]

12 Wie Anm. 5.

Die Eisenbahnzüge waren mit Rückkehrern aus den Evakuierungsgebieten, Flüchtlingen und Hamsterern überfüllt. Ein Auszug aus den Tagebuch-Aufzeichnungen von Franz Friedel aus Kaiserslautern vermittelt ein anschauliches Bild von einer Reise nach Bad Dürkheim im Dezember 1947: „Die Hinfahrt bot nichts Besonderes. Die meisten Abteile ohne Fensterverschluss oder mit Brettern vernagelt, ab und zu mit einem kleinen Glasstreifen versehen, der spärliches Licht eindringen lässt, ungeheizt und überfüllt, daran sind wir gewöhnt. Die Rückfahrt von Dürkheim trat ich 13.40 Uhr an, da ich den Schubkarren zu tragen hatte und außerdem einen Koffer mit Kartoffeln. Bis Neustadt war es erträglich. Der Zug hatte Verspätung, so dass der Ludwigshafener Anschlusszug schon auf uns wartete... Wie Trauben hingen die Menschen an den Abteilungstüren, Kampf aller gegen alle. Keine Möglichkeit unterzukommen, keine Möglichkeit auch für das Bahnpersonal, Ordnung zu schaffen. Der Zug fuhr schließlich ab, ohne dass die Wagentüren geschlossen werden konnten. Auf den Puffern saßen Männer und Frauen, manche stehend und sich am Gestänge haltend. Wer in einem Bremserhäuschen Unterkunft fand, schaute stolz auf die weniger Glücklichen herab. Ein besonders ‚Schlauer' hatte sich ein Brett ‚organisiert' und zwischen die beiden Puffer gelegt und strahlte uns ob seiner Findigkeit an. Keine Möglichkeit für mich mitzukommen, da durch das Gepäck die Hände nicht frei waren. Wozu auch das Leben aufs Spiel setzen, wenn zwei Stunden später wieder ein Zug geht! Also warten... Der Zug lief ein. Oh Graus, auf den Trittbrettern Menschen, auf den Plattformen, alles total überfüllt... Eine Frau, die auf meine Frage ihr Alter mit 65 Jahren angab, jammerte, sie sei seit Sonntag unterwegs, sie habe am Bodensee – das diesjährige Apfelparadies – 1/2 Zentner Äpfel geholt. Aus Stelzenberg war die Frau. Um einen halben Zentner Äpfel für die Enkelkinder..."[13]

## Die Ernährungskrise

Die alte Formel: „Krieg bedeutet Hunger" trifft nicht auf unsere Zeit zu. Denn während des Krieges haben die Deutschen, von Engpässen abgesehen, nicht gehungert. Die Ernte 1943 war die bis dahin zweitbeste in diesem Jahrhundert. Die Hungersnot setzte erst nach dem Kriege ein und erreichte 1947 ihren Höhepunkt. Wie kam es zu dieser atypischen Ent-

13 Franz Friedel, Kaiserslauterns Notzeit 1940 – 1948 und was früher war, hrsg. von Heinz Friedel, Otterbach (Pfalz) 1979, S. 109 f. Das ausführlichere Manuskript trägt den Titel: Familienkunde, aufgezeichnet für die Sippe Friedel durch Franz Friedel (Kaiserslautern) 1946 – November 1947 und befindet sich im Landesarchiv Speyer, Nachlass Friedel. Im Folgenden wird aus dem gedruckten Exemplar zitiert.

wicklung? [14] Die Versorgungskrise war keine genuin deutsche Erscheinung. Mit Ausnahme von Großbritannien, Skandinavien und der Schweiz hatten alle europäischen Länder, selbst das Siegerland Frankreich, mit Versorgungskrisen zu kämpfen, wenn auch nicht in dem Umfange wie Deutschland. Ursache war der zusammengebrochene Weltgetreidemarkt. Zwar hatten die USA und Kanada während des Krieges ihre Weizenanbauflächen kräftig ausgeweitet, aber witterungsbedingt trafen erst 1947 die erhofften Ernteteigerungen ein. In dem traditionellen Getreideexportland Argentinien war die Getreideanbaufläche während des Krieges zurückgegangen. Und den australischen Weizenüberschuss lenkte die britische Regierung 1945 nach Indien, um die unruhigen politischen Verhältnisse dort zu stabilisieren. Es stand also Europa nicht genügend Getreide zur Verfügung.

Soweit die Ursachen der Ernährungskrise in Deutschland lagen, spielten neben dem Verlust der ostdeutschen Roggenanbaugebiete vor allem die unzureichende Versorgung der Landwirtschaft mit Handelsdünger, Saatgut und Geräten eine Rolle. Schon seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert war Landwirtschaft in hohem Maße auf dem Acker in Nahrungsmittel umgewandelte Industrieproduktion. Die deutsche Industrie aber hatte sich zu einem Konglomerat von Zuliefererindustrien entwickelt. Durch die Zonengrenzen wurden nun die früheren Geschäftsverbindungen unterbrochen. Die Saatzuchtanstalten lagen in Thüringen und Pommern, die Kaligruben in Sachsen- Anhalt, Phosphorsäure kam von der Saar und der Ruhr. Lediglich die Stickstofferzeugung hatte einen Schwerpunkt in der Französischen Zone, nämlich in der BASF. Aber diese war bei Kriegsende ein Trümmerhaufen. Mithin sank die landwirtschaftliche Erzeugung in Deutschland, das schon vor dem 2. Weltkrieg nur einen Autarkiegrad von 70 % gehabt hatte, 1945 um ein Drittel bis ein Viertel. In der Provinz Hessen-Pfalz fehlten 35 000 t Getreide jährlich. Unter diesen Umständen war also die Ernährungskrise unvermeidbar. Insofern erweist sich der damals verbreitete Vorwurf, die Hungersnot sei eine gezielte Strafaktion der Sieger gegen die Deutschen gewesen, als haltlos. Allerdings waren die Verhältnisse in der Französischen Zone schlechter als in der englischen und der amerikanischen. Das führt zu der zweiten Frage: War der Hunger die Folge französischer Ausbeutung?

Unbestreitbar hat Frankreich das Wirtschaftspotential seiner Zone (z.B. durch Abholzen der Wälder) in hohem Maße für seinen Wiederaufbau genutzt. Durch Verkauf unter Welthandelspreisen verschaffte es sich zudem große Überschüsse, die es aber nicht seiner Zone zukommen ließ, sondern

14 Rothenberger (wie Anm.1), S. 35 ff, passim.

als Devisenkredite für sich selbst in Anspruch nahm. Aus diesem Grund hat Theodor Eschenburg die Französische Besatzungszone 1946 als „Ausbeutungskolonie" bezeichnet und damit den Beifall der Zeitgenossen gefunden. Aber galt dies auch für den Ernährungssektor? Hätte Frankreich die Ernährungsverhältnisse in seiner Zone spürbar bessern können, wenn es die Devisen zum Einkauf von Getreide verwendet hätte? Nach dem oben gesagten sind Zweifel angebracht. Eine andere Frage ist, in welchem Umfange die Französische Besatzung die Versorgungslage ihrer Zone belastet hat? Zunächst die rechtliche Seite. Nach der Haager Landkriegsordnung hat eine Besatzungsmacht das Recht, ihre Truppen aus den Ressourcen des besiegten Landes zu versorgen. Nun hat aber der Begriff Besatzung nach dem Zweiten Weltkrieg im Hinblick auf Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung, die eine langjährige Besetzung geboten, eine Sinnerweiterung erfahren. Langjährige Umerziehung erforderte neben dem Besatzungsheer den Aufbau einer eigenen Verwaltung und hatte den Zuzug von Zehntausenden von Familienangehörigen zur Folge. 1946 unterhielt Frankreich in seiner Zone 200 000, 1947 noch 75 000 Soldaten und etwa gleich viele Beamte, Frauen und Kinder und zeitweise 40 000 Erholung suchende französische Kinder.

Das hat den Nahrungshaushalt der Zone zweifellos stark belastet, insgesamt um etwa 10 % der Normalverbraucher-Rationen. Bei der Knappheit der Lebensmittel darf das nicht gering geschätzt werden, vor allem nicht im Hinblick auf die besonders knappen Lebensmitteln Fleisch, Fett und Milch, bei denen die Besatzungsmacht hohe Ansprüche stellte. Andererseits ist aber auch sicher, dass ein Verzicht auf Lebensmittel die Verhältnisse nicht durchschlagend gebessert hätte.[15] Warum Frankreich seine Zone so stark beanspruchte, hing mit den Verhältnissen im Mutterland zusammen. Den Franzosen ging es selbst schlecht. Ende 1945 brachen in Lyon Hungerunruhen aus. Die Brotrationen lagen in Frankreich bis1949 nicht über denen in seiner Besatzungszone. Die Lebensmittelversorgung sank um 20 % unter den Vorkriegsstand. Darum schob Frankreich so viele Menschen als möglich in seine Zone ab, um sich Luft zu verschaffen.

Fairerweise muss man auch die großen Anstrengungen der Militärregierung für die Sicherstellung der deutschen Ernährung in Rechnung stellen. Alle Brücken an Rhein, Mosel, Lahn und Nahe lagen mit einer Ausnahme der Römerbrücke in Trier, im Wasser; kein Zug fuhr mehr; alle Telefon und Postverbindungen waren unterbrochen; die Staatsautorität war schwer beschädigt. In Anbetracht der zusammengebrochenen Infrastruktur war es

15 Ebd., S. 199 ff.

lebensrettend, dass die Militärregierung die Verwaltung des Landes übernahm und dass die örtlichen und regionalen Ernährungsoffiziere mit großem Einsatz die Ernährung ihrer Zone sicherstellten. Es gilt immer noch das Wort von Hans von Schlange-Schöningen: „Was wäre geschehen, wenn die Besatzungsmächte nach dem letzten Schuss Schluss gemacht hätten und umgehend in ihre Länder zurückgekehrt wären?" In dem Chaos wären viele Deutsche verhungert.

Die Militärregierung hat das bei Kriegsbeginn in Deutschland eingeführte Rationierungssystem weitergeführt. Danach war die Bevölkerung in zwei Großgruppen eingeteilt: Selbstversorger und Normalverbraucher. Unter Selbstversorgern war die bäuerliche Bevölkerung zu verstehen. Für die Gesamtbewertung ist wichtig, dass sie 30 % der Bevölkerung von Rheinland – Pfalz ausmachte. Um die Neigung der Bauern abzuschwächen, den Abgabezwang zu unterlaufen, wurden ihre Lebensmitteldeputate auf das Doppelte der Normalverbraucher angehoben. Darum sind die Bauern im Kern von der Ernährungskrise nicht betroffen worden. Über die Besserstellung hinaus fanden die Bauern Wege und Mittel, zusätzlich Mehl, Kartoffeln und Fleisch einzubehalten. Wie wollte die Militärregierung die 220 000 Bauernhöfe in Rheinland – Pfalz auf Einhaltung ihrer Abgabepflichten kontrollieren?

Die Normalverbraucher bildeten mit rund 70 % der Bevölkerung die Hauptgruppe der Verbraucher. Dem unterschiedlichen Kalorienbedarf entsprechend, unterteilten sie sich nach Alter (Säuglinge, Kleinkinder, Kinder, Jugendliche, Erwachsene) und Beanspruchung im Beruf (Schwerarbeiter Stufe I – IV) in zehn Untergruppen. So trocken das Rechnen mit Kalorien ist, sie sind doch ein unbestechlicher Gradmesser für den Umfang der Ernährung. Sieht man von Kleinkindern ab, beträgt der Kalorienbedarf des Menschen etwa 2 000 – 3 200 Kalorien. Die Untergrenze gilt für ältere Menschen, die obere für Jugendliche und Schwerarbeiter. Vergleichen wir diesen Bedarf mit den Rationen der Normalverbraucher. Sie umfassten: 1945 rund 900, 1946 rund 1 000, 1947 rund 1 100 Kalorien und im ersten Halbjahr 1948 rund 1 200 Kalorien pro Tag.[16] Sie deckten demnach den Bedarf von älteren Menschen zu rund 50 %, von Erwachsenen zu rund 40 %, von Jugendlichen zu rund 30 %. Das Rationierungssystem hat also nur die Hälfte bis ein Drittel des Normalverbrauchs gesichert. Es hat auch nicht die großen Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen ausreichend berücksichtigt. Besonders hart betroffen waren Alte und Kranke, die wegen mangelnder Mobilität keine Möglichkeit zum Hamstern hatten. Die hohe Sterblichkeit in geschlossenen Krankenanstalten wie der Kli-

16 Ebd., Anhang.

nik Landeck (bis zu 36 % Todesfälle in den Jahren 1945 und 1946) ist Indiz für die unzureichenden Rationen. Starke Unterernährung galt auch für Jugendliche und Heranwachsende. Zwar haben die Eltern das Defizit ihrer Kinder vielfach durch einen Lebensmittelausgleich innerhalb der Familie gemildert, aber das war nur begrenzt möglich.

Hunger macht egoistisch, gereizt und aggressiv. Oft haben die einzelnen Familienmitglieder ihre Brotrationen voreinander verborgen oder sind über das Brot der anderen hergefallen. Oft haben die Mütter die Tagesrationen auf dem Rücken des Brotlaibes eingekerbt, um das Maß einzuhalten. Misslang das, dann war die Not in den nächsten Tagen um so größer.

Die Lebensmittelrationen waren eintönig und bestanden überwiegend aus Kartoffeln (12-15 kg/Monat) und Brot (200-250 g/Tag), daneben Butter, Margarine oder Öl (300g/Monat), Käse (125g/Monat) und Fleisch (400-500 g/Monat). Teigwaren (220-300g/Monat) wurden erstmals 1947 zugeteilt, Mehl ab Ende desselben Jahres. Zuckerzuteilungen erfolgten bis Ende 1947 nur sporadisch 6 – 8 mal im Jahr. „Vollmilch" stand nur für Kleinkinder zur Verfügung. Die geringen Kalorienwerte von 900 – 1 100 pro Tag sind also vor allem auf das Fehlen hochkalorischer Lebensmittel zurückzuführen. Man darf sich durch die für heutige Verhältnisse erstaunlichen Mengen von 12 Pfund Brot und 20 – 30 Pfund Kartoffeln im Monat nicht täuschen lassen.

Untersucht man die Ernährung im Hinblick auf ihre Hauptnährwertträger Eiweiß, Fett und Kohlenhydrate, dann wird auch die geringe Qualität deutlich. Gegenüber der Norm von 65 g Eiweiß pro Tag enthielt die Nachkriegsernährung nur 25 – 30 g, gegenüber der Norm von 55 g Fett sogar nur 12 – 13 g. Vor allem der Mangel an Eiweiß, dem Vitalitätsträger und hauptsächlichen Baumaterial für die Körperzellen, war ein gravierender Mangel. Hungerjahre – das war nicht nur ein Hunger nach Kalorien, sondern ebenso ein Eiweißhunger. Die Hungerjahre waren auch – für die Menschen noch direkter spürbar – ein Hunger nach Fett, das für die Ausbildung einer guten Widerstandsfähigkeit, z.B. gegen Tbc, unerlässlich ist. Fett vermittelt den höchsten Sättigungsgrad, ohne Fett will sich selbst bei vollem Kartoffelmagen kein Sättigungsgefühl einstellen. In ihrer Fettnot haben die Hausfrauen die Pfannen mit Kaffee-Ersatz ausgerieben, um ein Anbrennen der Kartoffeln zu verhindern.

Es drängt sich die Frage auf, wie viele Menschen nach dem Kriege verhungert sind. Nachweislich hat es Hungertode in Berlin und Hamburg gegeben, vor allem bei alten Menschen. In den Akten für die Pfalz findet sich dafür kein Nachweis. Und für das von den Zeitgenossen verbreitete Gerücht, die Regierung vertusche die Hungersterblichkeit, gibt es keinen Be-

leg. Ist dann, so muss man fragen, der Hungertod mittelbar aufgetreten, unter der Maske von Krankheiten, etwa der Tbc. Die Entwicklung der Sterblichkeitskurve liefert dafür auch keinen Beweis, zumal wenn man auch andere Faktoren wie schlechte Wohnverhältnisse und mangelnde medizinische Versorgungen mit in Betracht zieht. Die Sterblichkeit auf 1 000 Einwohner hatte im Jahr 1938 11,3 betragen; 1946 stieg sie auf 13,1 an, fiel aber dann auf 12,9 (1947), 11,7 (1948) und schließlich 11,1 (1949) ab. Diese Zahlen stiften Verwirrung, weil sie mit der oben geschilderten Versorgungslage nicht vereinbar sind. Was ist die Lösung? Hier sind zwei Faktoren in Betracht zu ziehen: ein physiologischer und ein ökonomischer. Zunächst zum physiologischen. In Notzeiten tritt ein lebensrettender Mechanismus im menschlichen Körper ein. Denn mit der Gewichtsabnahme wird zugleich der Grundbedarf gesenkt, und zwar um mehr, als dem Gewichtsverlust entspricht. Paradox ausgedrückt, ein abgemagerter Mensch benötigt weniger Lebensmittel. So kann eine Bevölkerung Unterernährung über längere Zeit durchstehen, vorausgesetzt, dass die Absenkung nicht plötzlich erfolgt. Diese Voraussetzung war durch die langsame Verringerung der Rationen während des Krieges gegeben.

## Die Schattenwirtschaft

Es hat nach dem Krieg nicht ein, sondern zwei Versorgungssysteme gegeben: Das offizielle, das die Rationen grammweise verteilte und den Ernährungssockel bildete, auf dem jedermann stand. Daneben gab es den Schwarzen Markt, modern ausgedrückt: die Schattenwirtschaft, die es ermöglichte, auf den Sockel noch ein Deputat darauf zu stellen.[17] Gemeint sind der Grüne Markt, der innerstädtische Tauschhandel, das Hamsterwesen, Schmuggel und Diebstahl. Mit dem Grünen Markt sind Selbstanbau von Gemüse, Obst und Kartoffeln sowie das Halten von Hühnern, Stallhasen, einer Geiß oder einem Schwein gemeint, mit denen die Normalverbraucher ihre Versorgung verbesserten. Ein Gartengrundstück von 10 x 15 m erbringt 2 – 3 Zentner Kartoffeln, die Jahresration eines Normalverbrauchers. Die private Hühnerhaltung (einschließlich der städtischen „Balkonhühner") war so verbreitet, dass die Ernährungsämter bei Eiern 45 % der Bevölkerung für autark hielten. Gleiches dürfte für Stallhasen gelten. Nach offiziellen Schätzungen hielten sich in der Pfalz ca. 40 000 Normalverbraucher ein Schwein, ironisch als „Kellerschwein" bezeichnet.

Der innerstädtische Tauschhandel lebte von den eigenen Vorräten, vom Schmuggel- und vom Hamstern. Geschmuggelt wurde vor allem an den

17 Ebd., S. 125-140.

Anlegeplätzen der Rheinschiffe und in den Grenzgebieten. Zigaretten der Marken Chesterfield, Camel und Lucky Strike bildeten eine neue Währung. Die offizielle Monatsration betrug 40 Zigaretten für Männer und 20 für Frauen. Wer nicht rauchte, gewann wertvolles Kompensationsgut. Umgekehrt verschärfte sich die Not, wenn die Raucher auf den Schwarzen Markt angewiesen waren.

Für die Ernährung kam dem Hamsterwesen die Hauptbedeutung zu. Für seine weite Verbreitung waren zwei Faktoren maßgebend: zum einen die für die Pfalz typische kleinbäuerliche Wirtschaft mit ihren Handtuchfeldern, die sich exakter Kontrolle entzogen, zum anderen die innige Stadt-Land-Beziehung. Wer hatte nicht Verwandte auf dem Land? Viele von diesen hatten einen Bauernhof. Und das „Land" war nicht weit. Im Umkreis von 30 km Radius befanden sich in Kaiserslautern 378 Dörfer, in Ludwigshafen 157. Hinzu kam, dass die verwandtschaftlichen Beziehungen noch intakt waren, ja in der Notzeit neu belebt wurden. Die Ausgangslage für das Hamsterwesen war also günstig. Täglich zogen Tausende von Städtern zu Fuß in die Dörfer der Umgebung. Für die Hamsterstrecken in fernere Regionen fand der Volkswitz treffende Formulierungen. Aus der Pfalz an den Bodensee fuhr der „Äppelexpress", vom Rheinland in die Vorderpfalz die „Nikotinbahn", von Dortmund nach Freiburg der „Vitaminzug".

Die nachfolgende Liste der Schwarzmarkt-Preise in der französischen Besatzungszone spiegelt das Missverhältnis von Angebot und Nachfrage am besten wieder. Die Schwarzmarkt-Preise gewinnen Aussagekraft durch den Vergleich mit den Monatslöhnen der Industriearbeiter von 150 – 200 RM.[18]

**Preise auf dem Schwarzen Markt 1946/47**

| Ware | Offizieller Preis | Schwarzmarkt-Preise |
|---|---|---|
| 1 kg Fleisch | 2,20 RM | 60 – 80 RM |
| 1 kg Brot | 0,37 RM | 20 – 30 RM |
| 1 kg Kartoffeln | 0,12 RM | 4 RM |
| 1 kg Kartoffeln | 0,12 RM | 12 RM |
| 1 kg Zucker | 1,07 RM | 120 – 180 RM |
| 1 l Speiseöl | 2,50 RM | 150 – 180 RM (1946) |
| 1 kg Butter | 4,00 RM | 350 – 550 RM |

18 Ebd., S. 140.

Drei Grundformen des Hamsterns bildeten sich heraus: Die einfachste bestand im direkten Kauf oder Tausch beim Bauern; die nächste verlief über zwei Stationen mit Zwischenhandel: z.B. Kauf von für die bäuerliche Wirtschaft wichtigen Eisenwaren im Saargebiet und Eintausch gegen Lebensmittel beim Bauern. Die dritte Form war ein Ringtausch. In idealtypischer Konstruktion konnte er so aussehen: Arbeit beim Winzer wird mit drei Flaschen Wein pro Tag entlohnt. Eine Flasche Wein wird beim Bauern gegen zehn Pfund Mehl eingetauscht. Für 30 Pfund Mehl bekommt man in Pirmasens ein Paar Schuhe, diese erbringen wiederum beim Bauern 50 Pfund Mehl. Es verbleibt ein Überschuss von ca. 20 Pfund, der teils dem Unterhalt der Familie dient, teils den Ringtausch weiter unterhält.

Der Erfolg des Hamsterns hing nicht nur von Geld und Sachmitteln ab, sondern auch von der Person. Es gab die Charismatiker, die ihre Not so überzeugend darzustellen wussten, dass sie niemals leer ausgingen. Aber es gab auch die Sensiblen und Schamhaften, denen es schwer fiel zu betteln. Zwei Berichte sollen das Hamstern veranschaulichen.

Unter dem 30. Juni 1946 trug Franz Friedel aus Kaiserslautern in sein Tagebuch ein: „Luises Versorgungsfahrt hatte Erfolg. Sie hat mitgebracht: 1 Laib Brot, 60 Pfund Kartoffeln, etwas Mehl, eine Tüte Reisflocken, eine Tüte Kaffee-Ersatz. Aber unter welchen Strapazen! Als ich sie am Bahnhof abends 9 Uhr – sie war unterwegs von morgens 5 Uhr – abholte und sie die Sperre passieren sah, bin ich erschrocken: um Jahre gealtert sah sie aus. Kein Wunder, in der Hitze zu Fuß von Dorf zu Dorf auf der Landstraße, von Haus zu Haus, von Hof zu Hof. Alles überlaufen von Männern, Frauen, meist aber Frauen und Kindern; alle mit demselben Anliegen, mit derselben Begründung: Hunger. Hier der Zugang zum Hof durch bissige Hunde versperrt, dort unfreundlich abgewiesen, misstrauisch behandelt, einige Male aber auch mit einer Tasse Milch oder Kaffee oder einem Stück Brot beschenkt. Schließlich im Tauschhandel doch etwas erhalten. Die Fahrt ging in die Nordpfalz: Mannweiler Anfangsstation, von dort kreuz und quer zu den umliegenden Dörfern und Höfen, um schließlich in Dielkirchen zu enden. Alles zu Fuß, den ‚Volkswagen' ziehend. ‚Volkswagen' nennt der Volkswitz, Göhrings Volksauto parodierend, die kleinen niederen Behelfswägelchen, die zum Tragen mit der Hand eingerichtet sind.... Tragen kann man aber bei den Bettelgängen von Dorf zu Dorf – bei denen man hier mal fünf Pfund Kartoffeln erhält, dort nur eine oder zwei, dort abgewiesen wird – das so im wörtlichsten Sinne des Wortes im Schweiße seines Angesichtes Zusammengebrachte nicht."[19]

19 Friedel (wie Anm. 13), S. 59 f.

Edmund Heringer aus Rodalben berichtet: „Ab Donnerstag war man mit der Bahn unterwegs, um etwas zu hamstern. Mit Hunderten von Menschen waren die Züge ab Pirmasens-Nord besetzt bis nach Kaiserslautern. Hier war die erste Station der Hamsterfahrt. Im Caritas-Heim saß man auf den Betten oder auf dem Boden die Nacht ab. Von dort aus fuhren die Züge in den Hunsrück oder in Richtung Alzey... Die nahen Fahrten auf die Sickinger-Höhe brachten wenig Erfolg, da das Gebiet überlaufen war. Mit dem Handwagen wurde für zwei Zentner Kartoffeln eine „Rückkehrer-Zuteilung" nach Reiffenberg und zurück gelaufen. Mit dem Fahrrad ging es für eine Tasche Äpfel auf die Höh'. Für ein Paar Schuhe erhielt man im Hunsrück 80 Pfund Weizen. Ich selbst erhielt für ein Paar Schuhe 40 Pfund Weißmehl und drei Pfund Speck. Auch einen Zentner Korn trug man im Rucksack und in Taschen zur Bahn und nach Hause... Es wurden wahre Schwergewichtsleistungen vollbracht."[20]

## Humanitäre Hilfe aus dem Ausland

Ende 1945 trafen die ersten Spenden aus Irland ein, Kleider und Speck. Im Frühjahr 1946 wurden die ersten „Schweizer Dörfchen" eingerichtet, kleine Blockhäuser, in denen unterernährte Kinder verpflegt wurden. 1946 nahm die Schweiz 25 200 Pfälzer Kinder für einige Wochen zur Erholung in ihr Land auf. Es sei an die Spendenpakete von Care-Amerika erinnert: 531 000 in vier Jahren für die Französische Zone; an die Lebensmittelspenden von Cralog-Amerika: 11 000 t. Darüber hinaus haben US – Amerikaner privat auf dem Postwege 235 000 t Lebensmittel und Kleider nach Deutschland geschickt, vornehmlich an Angehörige von Vorfahren und Anverwandte. Das hat materiell geholfen und seelisch beeindruckt. In der Pfalz hat man die Hilfe der amerikanischen Mennoniten an Alte und Kinder nicht vergesse. Auf dem Höhepunkt der Hilfe im Winter 1947/48 wurden in der Französischen Zone täglich 140 000 Menschen gespeist. Bezahlt wurde die Aktion durch einen freiwilligen Einkommensverzicht der Mennoniten. Aus privater Initiative von Tom und Trudie Hunt aus Pasadena/Kalifornien entstand die Quäker-Hilfe für Kinder in Ludwigshafen. Im Juni 1947 wurde an 12 000 Kinder je ein Päckchen mit einem Pfund Haferflocken, Zucker und Butter ausgegeben. Hinzu kamen Heizmaterial, Textilien und anderes mehr.[21]

20 Wie Anm. 5.

21 Berichte im Stadtarchiv Ludwigshafen.

## Eine Chronik im Zeitraffer

Die Übergangszeit soll einmal konkret am Beispiel von Landau dargestellt werden. Eine geordnete Ernährungswirtschaft bestand hier wie anderswo auch in den ersten Wochen nicht. Aber die Bevölkerung hatte durch Plündern von Wehrmachtsdepots vorgesorgt. Der Landauer Lagermeister Willy Hauck beschrieb das so: „Am 20. März 1945 bekam ich den Befehl von meiner Dienststelle, freie Ausgabe an die Truppen zu gewähren, wovon reichlich Gebrauch gemacht wurde. Nachdem keine Truppen mehr zum Empfang von Verpflegung kamen, wurde von meinen Vorgesetzten befohlen, dass an die Zivilbevölkerung ausgegeben werde. Dies war am 21. und 22. März der Fall. Am 22. März 1945 kamen zum ersten Mal amerikanische Soldaten in das Magazin. Sie verteilten an die Bevölkerung wahllos Lebensmittel und Rauchwaren, und der Zustrom wurde immer stärker. Letzten Endes war es nur noch ein Plündern. In dieser Lage war ich machtlos. Dem Zustand wurde nachmittags um 15 Uhr ein Ende bereitet, indem ein amerikanischer Lautsprecherwagen in den Hof einfuhr und aufforderte, die geplünderten Lebensmittel stehen zu lassen. Die wurde sofort befolgt..."[22]

Im Winter 1944/45 hatte die Stadt größere Mengen Lebensmittel in die umliegenden Dörfer ausgelagert, in Ranschbach und beim Raiffeisenverband in Göcklingen z. B. 24 Sack Zucker. Sie wurden von der Verwaltung sichergestellt. Hingegen war ein Zuckerlager von 400 Zentnern im Bereich der Stadt bereits geplündert. Die Versorgung mit Brot war auf die Mehlvorräte der Bäcker und die unter den Trümmern liegenden Mehlbestände zerstörter Bäckereien angewiesen. Sie wurden von städtischen Arbeitern ausgegraben. Die Versorgung mit Fett erfolgte durch Ausgraben eines verschütteten Lagers von 2 t Margarine. Die ersten Fleisch-Rationen stammten aus den verlassenen Metzgereien und aus Restbeständen im Schlachthof. Wegen der warmen Jahreszeit wurde es pfundweise ausgegeben. Kartoffelnot bestand keine, weil große Mieten am Ebenberg rechtzeitig gesichert worden waren. Dringendstes Problem war die Versorgung der Kleinkinder mit Milch, die aus geretteten Beständen von Kondensmilch erfolgte. Trinkwasser floss keines mehr. Zur Verfügung standen lediglich einige private Brunnen und die Quelle im Tiergarten. Für das Lebensmittelgewerbe wurde Wasser mit Pferdefuhrwerken aus dem nahe gelegenen Wollmesheim herangeschafft.

Im Herbst 1945 kam der Bahnverkehr wieder in Gang. In offenen Viehwagen fuhren die Hamsterer vom Saargebiet an den Rhein und umgekehrt.

---

22 Stadtarchiv Landau, Best. 044, Nr. 20.

Der Zugverkehr war unregelmäßig, darum die Bahnhöfe gefüllt von wartenden Menschen. Die Stadtverwaltungen organisierten Arbeitskolonnen zum Schlagen von Brennholz: für Speyer im Bienwald, für Ludwigshafen im Elmsteiner Tal. Die Städte richteten für den kommenden Winter öffentliche Wärmestuben ein.

Auch wenn sich die Verwaltung inzwischen konsolidiert hatte, gelang es noch nicht, die vorhandenen Lebensmittel gleichmäßig über das Land zu verteilen. Als Folge bildeten sich Hamsterer-Straßen aus. Hauptsorge bereitete der Wintervorrat an Kartoffeln. In den Dörfern musste mehrfach Polizei die Ordnung aufrecht erhalten, wenn Hamsterer über die Felder oder die Ernte der Bauern herzufallen drohten. Der Schwarzmarkt-Preis für Kartoffeln stieg auf 8,- RM pro Zentner an bei einem offiziellen Preis von 3,50 RM. Im August fuhren Prälat Walzer, Prof. Damm und Karl Pallmann zum päpstlichen Nuntius Orsenigo nach Eichstätt, um auf die Notlage der Pfalz aufmerksam zu machen. Es fehlten 10 000 t Kartoffeln und 35 000 t Getreide. Dennoch konnten vorerst 300 g Brot pro Person pro Tag ausgegeben werden. Bei Kartoffeln wurde die Einkellerung zu 85 % erfüllt, wobei Ludwigshafen die meisten Probleme bereitete.

Am 1. Oktober wurden die Schulen wieder eröffnet. Die Klassenräume waren im Winter oft unbeheizt, so dass der Unterricht ausfiel. Es fehlte an Schreibzeug, Papier und Büchern.

An Weihnachten wurde kein Mehl ausgegeben, wohl aber eine Sonderration von 200 g Zucker und 2/10 l Wein pro Erwachsenen. Die Väter bastelten Spielzeug für die Kinder oder die Familien tauschten gebrauchtes Spielzeug untereinander aus. Christbäume wurden auf dem Markt angeboten. Viele verzichteten aus Trauer darauf. Karl Hofmann aus Pirmasens erinnert sich: „Keine Kriegs- und Frontweihnacht war so hoffnungslos wie diese erste Nachkriegsweihnacht. Hinzu kam die unstillbare Trauer um die Toten und Vermissten, die in Kriegsgefangenschaft Lebenden und das schmerzliche Erinnern an das verloren gegangene Leben des Glücks und der Zufriedenheit. Am frühen Nachmittag fand in einem unfertigen Raum des im Rohbau stehen gebliebenen HJ-Heimes am Messplatz die Christmette statt. Mit Einbruch der Dunkelheit war Sperrstunde. Bewaffnete Besatzungssoldaten patrouillierten durch die unbeleuchteten Straßen. Am Christabend saßen wir zusammen: Großeltern, Tanten, meine Mutter, Kinder und ich. Es gab keinen Christbaum mit Kerzen und Kugeln, keine Geschenke und kein Festmahl. Auch Weihnachtslieder wollte niemand singen. Die Armut und die Trauer standen groß im Raum."[23]

23 Wie Anm. 5.

Als sich im Februar 1946 die Hoffnungen auf Weizenlieferungen aus den USA zerschlugen, wurde die tägliche Brotration auf 200 g gekürzt. Die Kartoffelvorräte verbrauchten sich darum schneller. Sauerrüben, Dickrüben und Erdkohlrabi wurden ausgegeben. Unter dem 15. Februar 1946 trug Franz Friedel aus Kaiserslautern in sein Tagebuch ein: „Alle Menschen sind magerer geworden; Bekannte, die man einige Wochen nicht gesehen hat, erkennt man manchmal kaum wieder. Ich selbst habe zeitweise noch hundert Pfund gewogen... Wie leben wir eigentlich: Morgens zum Frühstück zwei messerrückendicke Scheiben trockenes Mischbrot (Gerste- und Schwarzmehl). Dazu schwarzen Ersatzkaffee (zwei Kaffeelöffel auf einen Topf Wasser), manchmal mit etwas entrahmter Milch. Mittags eine Gemüsebrühe als Suppe, manchmal mit einem bisschen Fett geschmälzt, meist aber nicht. Dann Pellkartoffeln und irgendein Gemüse, meist Rotrübensalat oder Rotrüben als Gemüse gekocht. Abends: dasselbe, ergänzt manchmal durch eine dünne Scheibe Brot. Wenn es wieder grünes Gemüse gibt, tritt dieses an die Stelle der Rotrüben. Samstags gibt's etwas Bluntz und sonntags eine Knochenbrühesuppe und 100 g Fleisch und abends 100 g Wurst. Das geht nun seit vielen Monaten so..."[24]

Nach Ende der Frostperiode zogen die Hamsterer wieder aufs Land. Nun waren auch bettelnde Kinder darunter. Das Oberregierungs-Präsidium in Neustadt warnte vor der Gefahr der Verwahrlosung. Ein Plakat zeigte ein in Lumpen gehülltes, abgemagertes, weinendes Kind vor den Trümmern eines Hauses. Unterschrift: „Rettet die Kinder!". Ein zweites trug die Aufschrift: „Spendet zum Sozialen Hilfswerk! Gebt Säuglingswäsche, Kinderkleidung, Schuhe, Lebensmittel und Geld!". Ein drittes zeigte eine verhärmte Mutter vor leerem Tisch in der kahlen Wohnung, ein weinendes Kind auf den Knien. Das Plakat forderte zum Kampf gegen den Schwarzhandel auf.[25] Der Leiter des Städtischen Wirtschaftsamtes Landau, Weber, beschrieb im Juni 1946 die Verhältnisse so: „Täglich sprechen Hunderte von Personen beim städtischen Wirtschaftsamt vor, die flehendlichst bitten, sie doch nicht verhungern zu lassen... Sie versichern, dass sie schon wochenlang ohne Kartoffeln und tagelang ohne ein Stückchen Brot sind und sich von durchgemahlenem Salat und ebenso behandelten Kartoffelschalen ernähren. Das Durchsuchen der Müllkästen nach Abfällen ist eine tägliche Beschäftigung hungernder Kinder..."[26]

Mit einer Sonderaktion zwang die Militärregierung die Bauern zur einmaligen Abgabe von jeweils einem halben Zentner Kartoffeln und Getrei-

24 Friedel (wie Anm. 13), S. 56 und 59.
25 Ebd. S. 65 f.
26 Stadtarchiv Landau, Best. 044, Nr. 22.

de pro Betrieb und stellte so mit Mühe den Anschluss an die neue Ernte her. Auf dem Schwarzen Markt, auf dem die Bevölkerung in Vorahnung der Währungsreform nun in größerem Maße ihre Ersparnisse einsetzte, stieg der Kartoffelpreis auf 200 RM/Zentner. Das entsprach einem Monatslohn.

Die Ernte 1946 fiel schlechter aus als 1945 und machte nur noch die Hälfte der Vorkriegsernten aus. Wohl und Wehe der Städter hingen von der Versorgung mit Winterkartoffeln ab. Das gelang bei den kleineren Städten ganz gut. Anders in Ludwigshafen. Hier herrschte im Winter Kartoffelnot. Darüber wurde die Stadt zum politischen Unruheherd. Am 21. November protestierten 30 000 Menschen.

Gegen die Fettnot sammelte die Bevölkerung in den Wäldern Buchekkern (Bucheln). Für 6 kg tauschten die offiziellen Sammelstellen 1 l Öl ein. Die Stimmungslage wurde bedrückend als feststand, dass auch in diesem Winter keine Kohlenzuteilungen zu erwarten waren. Wegen Kohlenmangel still liegende Bäckereien zeigten die Notlage deutlich an. Dann setzte ein Winter ein, der zu den härtesten in diesem Jahrhundert zählt. Drei Monate Frost mit Temperaturen bis zu minus 20 Grad. Auf dem Rhein bildete sich bei St. Goar eine bis nach Mannheim reichende Eisbarriere. Sie legte die Schifffahrt still. Die Kälte erlaubte auch keine Hamsterfahrten mehr, Kartoffelmieten konnten nicht geöffnet werden. In die beschädigten Häuser mit ihren rissigen Mauern und zugigen Fenstern und Türen drang der Frost ein und sprengte die Wasserleitungen. Die Wohnungen kühlten nachts unter null Grad ab. Im Dezember-Bericht 1946 berichtete der Leiter des Wirtschaftsamtes Landau: „Die in Notwohnungen und Baracken untergebrachten Personen leiden entsetzlich unter der Kälte. Dort erstarren auch die Kartoffeln zu Eisklumpen, so dass sich zu der Kälte noch der Hunger gesellt. Da die Holzzuteilungen nicht reichen, verfeuern diese Menschen jetzt ihre Möbel".

Am 15. Februar 1947 schrieb der Landauer Studienrat Dr. Friedrich Griesbach an das städtische Wirtschaftsamt: „Meine Familie besteht aus acht Köpfen. Ich habe sechs Kinder im Alter von 18, 17, 13, 11 und 6 Jahren und eine bald 4 - jährige Tochter. Die Ernährungsgrundlage bildeten bisher die Kartoffeln. Obwohl es davon täglich nur eine Mahlzeit gab und die Kartoffeln gezählt bzw. gewogen wurden, ist der auf Einkellerungsschein bezogene Kartoffelvorrat nunmehr aufgebraucht. In der Hauptsache deshalb, weil die Kartoffeln so schlecht waren, dass mindestens ein Drittel davon als Abfall verloren ging. Außerdem litten die Kartoffeln wegen der schlechten Kellerverhältnisse sehr stark unter dem Frost. Womit sollen wir nun, nachdem die Kartoffeln aus den angegebenen Gründen zu Ende sind, täglich einigermaßen satt werden? Ich bitte deshalb das städtische Wirtschaftsamt, mir einen Weg anzugeben, wie ich zu Kartoffeln kommen kann.

um meine Kinder vor dem zunehmenden Hunger und Verhungern zu bewahren."[27]

Erst in der zweiten Märzhälfte ließ der strenge Frost nach. Danach besserte sich die Versorgungslage etwas, weil die Kartoffeltransporte wieder aufgenommen werden konnten. Aber die Vorräte waren nicht mehr groß. Der Militärregierung gelang ein größerer Import von Hülsenfrüchten. Sie wimmelten aber von Maden und Würmern, was manche als absichtliche Demütigung der Deutschen deuteten. Die für die Brücke zur neuen Ernte wichtige Frühkartoffelernte blieb hinter den Erwartungen weit zurück. Mit einem Import von 52 000 t Mais verhinderte die Militär-Regierung den Zusammenbruch der Ernährungslage. Das Brot wurde mit Maismehl gestreckt. Der Volksmund witzelte: „Der Mais ist gekommen, die Bäuche schwellen an!".

In einer Resolution rechneten die Betriebsräte von Annweiler der Landesregierung vor, welche Lebensmittel sie im Juli pro Person erhalten hatten: 15,5 Pfund Brot, 340 g Fleisch, 125 g Fett und 200 g Linsen, aber keine Kartoffeln. Das seien 689 Kalorien pro Tag, Das Ernährungsamt überprüfte die Angaben und kam zu dem Ergebnis, dass es sich höchstens um 594 Kalorien gehandelt haben könne. Die Monate Juni – Oktober 1947 stellten mit 700 – 900 Kalorien den Tiefpunkt der Nachkriegsernährung dar. Im Juli traten die Steinbrucharbeiter von Rammelsbach bei Kusel in den Streik, im August gingen in Kaiserslautern und Ludwigshafen die Menschen auf die Straße. Die Unruhe wuchs, die Neigung zum schuldbewussten Gedulden wich zunehmend der Drohung mit Gewalt. Betriebe meldeten Abwesenheitsquoten bis zu 30 %, weil die Menschen es für nutzbringender hielten, ihre Kräfte für Hamsterfahrten zu verwenden als am Arbeitsplatz. Gewichtsmessungen in Betrieben ergaben Untergewichte bis zu 10 kg.

Die Hoffnungslosigkeit hatte noch einen anderen Grund: Der Sommer 1947 war der heißeste und trockenste seit einem Vierteljahrhundert. Er verbrannte die Weiden und zwang zum Abschlachten des Viehs. Und er ließ die Kartoffeln nur zur Größe von Tischtennisbällen gedeihen. Die Ernte 1947 erreichte nur noch 40 % des Umfanges der Vorkriegsernten. In einem halben Jahr würden sie aufgezehrt sein. Um Lebensmittelhinterziehungen der Bauern zu unterbinden, wendete die Militärregierung rigorose Methoden an. 40 pfälzische Dörfer wurden in einer Sonderaktion von französischen Soldaten und deutschen Polizisten umstellt und durchgekämmt. Das Ergebnis entsprach aber nicht den Erwartungen, einige Bürgermeister wurden

27 Ebd., Nr. 35.

in das Internierungslager Landau eingeliefert. Das beruhigte die Städter, löste aber die Probleme nicht.

Dass es dennoch nicht zur Katastrophe kam, hing mit der Weizen-Rekordernte in den USA zusammen. In Erwartung zukünftiger Lieferungen gab die Militärregierung ab Oktober zusätzlich 800 – 1 000 g Mehl im Monat aus. Die Kalorien stiegen auf 1 200 an.

Die Importe aus den USA nahmen durch den Marshallplan zu. Mehl, Brot und Teigwaren standen nun in größerem Umfange als früher zur Verfügung, Zucker, Hülsenfrüchte und Fleisch wurden jetzt regelmäßig zugeteilt. Im Mai stiegen die Rationen auf 1 400, im Juni auf 1 600 Kalorien an. Um so überraschender war, dass eben zu diesem Zeitpunkt die Proteststimmung ihren Höhepunkt erreichte. Am 15. Mai veranstalteten die Arbeiter und Angestellten der BASF eine Hungerdemonstration. Eine Woche später traten in Frankenthal die Arbeiter von Klein, Schanzlin & Becker, Kühnle, Kopp & Kausch und Albert & Cie in einen Sitzstreik. Am 7. Juni blieben in Ludwigshafen die Straßenbahnen im Depot und traten 15 000 Arbeiter und Angestellte in den Ausstand. Generalstreik. Würden auch die Aniliner streiken, war ein landesweiter Generalstreik zu befürchten. Es ist Ministerpräsident Altmeier in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gelungen, dies abzuwenden.

Die Ernte 1948 übertraf die des Vorjahres um das Doppelte. Um an das neue Geld zu gelangen, boten zudem die Bauern ihre Waren nun großzügig an. Die Zeit des Tauschhandels war vorbei. Hinzu kam in den USA eine zweite Rekordernte in Folge, die größere Exporte erlaubte. Im Juli stieg die Kalorienzahl auf über 2 000 an. Mit Ausnahme von Zucker und Fleisch waren nun alle Grundnahrungsmittel ausreichend vorhanden, Kartoffeln bereits im Überfluss. Sorgen bereiteten hingegen die stark steigenden Preise. Das war auch der Grund dafür, dass die Regierung noch bis Anfang 1950 an dem Rationierungssystem festhielt. Endgültig im März 1950 schlossen die Ernährungsämter ihre Pforten. *Otto Normalverbraucher* wurde zur historischen Figur, wie ihn Gert Fröbe im Film so eindrucksvoll dargestellt hat.

# Oberregierungspräsidium
## Mittelrhein-Saar

---

Mitteilung Nr. 1

### An die Bevölkerung der Regierungsbezirke Pfalz Saarland, Rheinhessen, Trier und Koblenz!

Landsleute!

Unser Land ist besiegt, verwüstet und besetzt. Die Naziverbrecher haben sich kläglich davon gemacht. Hitler ist tot. Er hat uns in den Krieg getrieben und im Elend zurückgelassen. Wir haben einen ungeheuren Preis gezahlt und werden noch weiter leiden müssen, aber wir sind von der Tyrannei befreit. **Darum atmet auf!**

Jetzt aber müssen wir uns selbst helfen. Es gilt zu erhalten, was uns geblieben ist, zu flicken, was zerrissen und zerbrochen ist, zu beleben, was gelähmt ist. **Packt an!**

Es gilt, das göttliche Gesetz zu achten und das menschliche Recht wieder herzustellen. Es wird kein Unschuldiger mehr gequält noch getötet werden. Es fallen keine Bomben mehr. Die Zeiten der Angst sind vorüber. **Habt Zuversicht!**

In Neustadt an der Haardt ist ein Oberregierungspräsidium „Mittelrhein-Saar" errichtet und von der Militärregierung bestätigt worden. Die neuen Männer stehen vor Ruinen, aber sie nehmen die Last auf sich und gehen an die Arbeit. Unterstützt sie! **Wir brauchen alle, die reine Gesinnung und guten Willen haben.**

**Das Oberregierungspräsidium**
**Mittelrhein-Saar**
Dr. Heimerich

# „Eine Reform der Gesinnung". Der Wiederaufbau der pfälzischen Verwaltung

**Stefan Schaupp**

Die historische Forschung unterscheidet bei der Auseinandersetzung mit Nachkriegszeiten zum einen eine „Wahrnehmungsebene", die die Verarbeitung der Folgen sowie Fragen der Schuld und Ursachen beinhaltet, zum anderen eine „Handlungsebene", die auf „Überwindung der Nachkriegszeit und auf Rückkehr zu einem Zustand der Normalität ... gerichtet ist"[1]. Für die Bevölkerung im Jahr 1945 dürfte der Verwaltungsaufbau eine vordergründig unspektakuläre Angelegenheit gewesen sein, tatsächlich aber gehört dieser Aspekt wohl zu den zentralen Aufgaben der Bewältigung der Nachkriegszeit, um den oben genannten Zustand der Normalität – sofern dies 1945 überhaupt möglich war – zu erreichen.

Der vorliegende Beitrag richtet sein Augenmerk im Sinne der obigen Definition auf die Handlungsebene und versucht einen Überblick zur Neuorganisation der Verwaltung in der Pfalz nach 1945 zu geben. Nach einer kurzen Rückschau auf die Verwaltungsstrukturen in der Zeit vor 1945 liegt der Schwerpunkt dieser Darstellung auf der Entstehung und Tätigkeit der sogenannten ‚Regierung Heimerich' während der amerikanischen Besatzungszeit. Die darauf folgende französische Besatzungszeit bis zur Gründung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz wird knapper behandelt, da ein Großteil des Wiederentstehens einer geregelten Verwaltung in die Amtsperiode der ‚Regierung Heimerich' fällt. Die nun folgenden Ausführungen sind kein Ergebnis neuer Forschungen, sondern basieren auf bereits erfolgten Arbeiten bzw. Quelleneditionen zu diesem Thema.

In der Folge des Wiener Kongresses kam die Pfalz bekanntermaßen am 1.Mai 1816 zu Bayern[2] und wurde als Verwaltungseinheit einer von acht bayerischen Kreisen. Die in Speyer ansässige Kreisregierung, der ein Regierungspräsident vorstand, gliederte sich in zwei Kammern, nämlich die des Inneren und die der Forsten. Der Kreis als solcher war nochmals in Bezirke unterteilt. Diese wurden von einem Bezirksoberamtmann geleitet.

---

1 Gottfried Niedhart, „So viel Anfang war nie" oder: „Das Leben und nichts anderes" – deutsche Nachkriegszeiten im Vergleich, in: Lernen aus dem Krieg? Deutsche Nachkriegszeiten 1918 und 1945, hrsg. von dems./Dieter Riesenberger, München 1992, S. 11-38, hier S. 13.

2 Vgl. hierzu Martin Matheis, Die Entstehung der Pfalz als Entschädigung für Bayern auf dem linken Rheinufer, in: Pfälzer Heimat 48 (1997), S. 97-110.

Als kommunale Selbstverwaltungsorgane existierten der jeweils von der Bevölkerung gewählte Kreistag bzw. die Bezirkstage.[3]

Aus dem Kreis Pfalz wurde am 8.April 1940 die Saarpfalz, die die bisherige Kreisregierung der Pfalz und das Reichskommissariat Saarland umfasste. Als Reichskommissar fungierte mit Sitz in Kaiserslautern Gauleiter Josef Bürckel. Bedingt durch den Frankreichfeldzug fiel 1940 die Zivilverwaltung in Lothringen in Bürckels Hände. Aus der Saarpfalz wurde im März 1941 die Westmark und verschaffte dem besagten Gauleiter den Rang eines „Reichsstatthalters in der Westmark und Chef der Zivilverwaltung in Lothringen".[4] Offenbar aus logistischen Gründen wurde Saarbrücken zum Hauptort dieser Verwaltungseinheit. Für die Pfalz bedeutete dies, faktisch aus der bayerischen Verwaltung herausgelöst zu sein, lediglich „haushaltsrechtlich (existierte sie) weiterhin als bayerische Mittelbehörde", wobei es Bürckel jedoch sukzessive gelang, die Befugnisse des dafür zuständigen Reichsstatthalters in Bayern zu unterlaufen.[5]

Nach Bürckels Tod am 28. September 1944 folgte diesem im Amte des Gauleiters Willy Stöhr; Karl Barth jedoch, der Regierungspräsident der Westmark, „führte (...) praktisch die Verwaltung alleinzuständig".[6] Das Herannahen der alliierten Truppen im September 1944 veranlaßte Barth, die Verlegung der Regierung von Saarbrücken nach Speyer anzuordnen. Während man einen Großteil des Behördenapparates nun wieder in der ehemaligen Kreishauptstadt Speyer ansiedelte, wurden einzelne Behörden auch auf andere Orten der Pfalz verteilt. So wechselten etwa im Januar 1945 die Reichsbahndirektion Saarbrücken nach Neustadt, die Reichspostdirektion nach Landstuhl oder die Stadtverwaltung Saargemünd nach Bad Dürkheim. Die Verteidigungsbemühungen in der Endphase des Krieges wurden ebenso wie die Verwaltungsentscheidungen jedoch nicht von Speyer, sondern von Landstuhl aus koordiniert bzw. getroffen, da dort seit dem 6. Dezember 1944 „ein Führungsstab mit den wichtigsten Beamten ... amtierte".[7] Landstuhl sollte jedoch nicht der letzte Ort der Dienststelle blei-

3 Vgl. zum Vorangegangenen: Ulrich SPRINGORUM, Entstehung und Aufbau der Verwaltung in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1947), Berlin 1982, S. 25f.

4 Vgl. ebd., S. 48f. sowie Volker RODEL, 1945. Auflösung und Neuaufbau der zivilen Verwaltung in der Pfalz, in: Pfälzer Heimat 36 (1985), S. 158-166, hier S. 158; und Georg KRATZ, Mittelrhein-Saar, Stuttgart 1954, S. 9. Kratz und Springorum zitieren für die Entstehung der Westmark beide einen „Führererlaß", unterscheiden sich jedoch im Datum (11.3.1941 bzw. 25.3.1941).

5 RODEL (wie Anm. 4), S. 158.

6 Vgl. hierzu ebd., S. 159.

7 Ebd.; siehe auch KRATZ (wie Anm. 4), S. 10.

ben. Am 21. März 1945 erklärte Barth die Dienststelle für aufgelöst und ging am 23. März nach Würzburg, wohin bereits Akten gebracht worden waren. Gauleiter Stöhr floh ebenfalls nach Bayern. Von dort aus und in Bad Wimpfen erfolgten die letzten Amtsgeschäfte dieser Behörde, so daß die Pfalz spätestens seit diesem Zeitpunkt über keine funktionstüchtige Verwaltung und Regierung mehr verfügte.

## Die „Regierung Heimerich"

Am 28. März 1945 war die Besetzung der Pfalz durch amerikanische Truppen abgeschlossen. Bis zum 11. April übergaben die Amerikaner die vier südpfälzischen Landkreise Speyer, Germersheim, Landau, Bergzabern sowie die Stadt Speyer den verbündeten französischen Besatzungstruppen,[8] was zur Folge hatte, daß dieses Gebiet zunächst nicht zu der unter amerikanischer Ägide geschaffenen Verwaltungseinheit gehörte.

Nachdem die Kampfhandlungen in der Pfalz ein Ende gefunden hatten, wurden die daran beteiligten US-Armeen (1., 3. und 7. US-Armee) von der 15. US-Armee, die unter dem Oberbefehl von General Leonard T. Gerow stand, abgelöst. Das zu dieser Armee gehörige XXIII. Korps, angeführt von General Hugh J. Gaffey, erhielt die Zuständigkeit für die Regierungsbezirke Koblenz, Trier, Saarland, Rheinhessen und Pfalz. Am 10. April 1945 erteilte Gerow den Auftrag, im Zuge der Besetzung auch die Verwaltung zu übernehmen. Somit war Gaffey der erste Militärgouverneur im besetzten Deutschland; sein Korps bestand am Anfang seines Wirkens aus 7000 Soldaten, am 30. April war es bereits auf 36000 angewachsen und zum Zeitpunkt des Abzuges vom linken Rheinufer war die Zahl nochmals auf knapp 56000 angestiegen.[9]

Das Hauptquartier von Gaffeys Militärregierung wurde in Idar-Oberstein errichtet, ihr unterstanden drei regionale Militärregierungen, von denen die für das Saarland, die Pfalz und Rheinhessen verantwortliche in Kaiserslautern ihren Sitz nahm. Die für die Verwaltung vorgesehenen Soldaten und Offiziere des XXIII. Korps waren schon im Herbst 1944 auf ihre

8 Vgl. zu diesem Abschnitt RÖDEL (wie Anm. 4), S. 159; SPRINGORUM (wie Anm. 3), S. 50 bzw. 56, KRATZ (wie Anm. 4), S. 10 sowie Hans-Jürgen WUNSCHEL, Schicksalsjahre der Pfalz 1945-1947, Neustadt 1979, S. 10. Über den Fluchtort der Verwaltung unmittelbar vor dem endgültigen Einmarsch der Alliierten bestehen in der Literatur unterschiedlichen Angaben. Wünschel gibt lediglich Bad Wimpfen an, Rödel nur Würzburg, während Springorum und Kratz beide Orte nennen.

9 Vgl. Hans-Jürgen WUNSCHEL, Die erste deutsche Regierung in Neustadt/Weinstraße im Mai 1945, in: Gudrun SCHAFER (Hrsg.), Nachbar Amerika. Verwandte – Feinde – Freunde in drei Jahrhunderten, Landau 1996, S. 317-342, hier S. 318f.

Aufgaben vorbereitet worden und hinsichtlich ihres späteren Standortes zu Militärverwaltungseinheiten (detachements) zusammengefaßt worden. Hierbei wurden fünf verschiedene Arten, und zwar E-, F-, G-, H- sowie I-detachements unterschieden. Den E-detachements wurden Verwaltungsaufgaben auf Provinz- bzw. Länderebene übertragen, die F-detachements waren für größere Regierungsbezirke zuständig, den G-detachements oblag die Organisation kleinerer Verwaltungseinheiten, während schließlich die H- und I-detachements als Verwaltung von (z.T. auch mehreren) Stadt- und Landkreisen fungierten.

In Kaiserslautern wurde für die Pfalz das detachement H1A2 errichtet, während seit dem 30. April 1945 das detachement E1A2 in Neustadt ansässig war und neben der Pfalz auch für die Bezirke Saarland und Rheinhessen zuständig war. Als oberste Besatzungsverwaltung auf Länder- bzw. Provinzebene versah das Neustadter E-detachement Regierungs- und Verwaltungsaufgaben und enthielt u.a. Abteilungen für Rechts- sowie Gesundheitswesen, Öffentliche Sicherheit, Handel, Verkehr, Ernährung und Landwirtschaft. Leiter dieser Militärverwaltungseinheit wurde Oberstleutnant James R. Newman, an den der Befehl erging, eine deutsche Zivilregierung zu errichten. Newman, ein promovierter Erziehungswissenschaftler, wurde nach seinem Abzug aus Neustadt im Juli 1945 in Wiesbaden tätig und gilt seither als der „Geburtshelfer" Hessens.[10] Die Gründe, warum die Wahl für die Provinzhauptstadt auf Neustadt fiel, scheinen vielfältig. Zum einen schied Speyer, eigentlich der traditionelle Hauptort der Pfalz, sowohl wegen seiner Randlage als auch aufgrund der französischen Besetzung aus, zum anderen war Neustadt weitgehend unzerstört. Hinzu kam, daß Neustadt in der Zeit nach 1933 die Gauverwaltung der Westmark beheimatete, wenngleich es, abgesehen von der Gestapo, nie Sitz von Regierungsstellen war.[11]

Oberstleutnant Newman und seiner Militärregierung in Neustadt stellte sich zunächst die schwierige Aufgabe, nach geeigneten und vor allem unbelasteten Personen zum Aufbau einer zivilen Provinzialregierung zu suchen. Da in der Region die aufgrund ihrer Qualifikation in Frage kommen-

10 Zu Newman vgl. Wunschel, Regierung (wie Anm. 9), S. 322.

11 Vgl. zu den vorangegangenen Ausführungen Hans-Jürgen Wunschel, Wiederaufbau der staatlichen Organisation und des politischen Lebens, in: Pfalzatlas, Textband III, 44. Heft, Speyer 1987, S. 1659-1678, hier S. 1659f sowie Springorum (wie Anm. 3), S. 55ff und Rödel (wie Anm. 4), S. 160f. Die Gründe für Neustadt als Sitz der regionalen Militärregierung unterscheiden sich ansatzweise bei Rödel, der darauf hinweist, daß mehrere Gründe existierten, von denen man nicht weiß, welcher den Ausschlag gab, und bei Wünschel, der mitteilt, die Gründe seien „nicht genau festzustellen" (S. 1660).

den Personen überwiegend politisch belastet waren, wandte sich der seit Mitte April mit der Suche beauftragte Hauptmann Landin, ein Historiker, aufgrund eines Hinweises aus der 6. US-Armee nach Heidelberg und nahm dort mit den Professoren Karl Jaspers und Alfred Weber Kontakt auf. Aufgrund deren Hinweise konnte aus einem Kreis von über 200 Personen eine Auswahl getroffen werden, wobei ein Kriterium für die Eignung die Bereitschaft war, „sich uneingeschränkt für das Wohl Deutschlands einzusetzen".[12] Ferner gehen aus einer Anordnung der Militärregierung Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen amerikanischer Besatzungsmacht und deutscher Verwaltung hervor. Im Gegensatz zur zentralistischen Verwaltungsstruktur der Nationalsozialisten „stützt sich die Militärregierung auf ein lokales Verwaltungssystem." Bei der Auswahl der in Frage kommenden Beamten wurde von der Besatzungsmacht betont, auf den bisherigen Beamtenapparat zurückzugreifen, aber gleichzeitig die „Ausschaltung der nationalsozialistischen Partei, ihres Einflusses, ihrer Mitarbeiter und anderer unerwünschter Gefolgschaftsmitglieder" zu gewährleisten. Ferner konnten Beamten entlassen werden, wenn sie entweder „die Zusammenarbeit mit der Militärregierung außer acht gelassen haben" oder den Grundsätzen und Interessen der Alliierten widersprechen".[13] Insbesondere auf der Kreis- und Ortsebene, wo bereits wenige Tage nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen Ortsbürgermeister bestimmt werden mußten, scheint die Besetzung der Verwaltungsposten nicht immer einfach gewesen zu sein. Inwieweit die Militärregierung gezwungen war, von ihren eigenen Vorsätzen abzuweichen, läßt sich nicht hinreichend klären. Es besteht jedoch die Vermutung, daß „in Notfällen auch einmal ein NSDAP-Mitglied vorübergehend auf eine Stelle ernannt wurde"[14], dennoch läßt es sich nicht belegen, daß „die Amerikaner leichtfertig die örtlichen Verwaltungsleiter benannten", wenngleich häufige Wechsel der Amtsinhaber gerade auf Ortsebene eine gewisse Unsicherheit der Amerikaner bei der Stellenbesetzung erkennen lassen.[15]

---

12 Rödel (wie Anm. 4), S. 161. Vgl. zu den Bemühungen Landins auch Wunschel, Regierung (wie Anm. 9), S. 324, Springorum (wie Anm. 3), S. 61 und Wunschel, Wiederaufbau (wie Anm. 11), S. 1660.

13 Die vorangegangenen Zitate stammen aus einer Anordnung der Militärregierung vom 11. Mai 1945, hier zitiert nach: Quellen zum Neubeginn der Verwaltung im rheinisch-pfälzischen Raum unter der Kontrolle der amerikanischen Militärregierung April bis Juli 1945, bearb. v. Hans-Jürgen Wunschel, Mainz 1985, Dok. Nr. 2, S. 23f.; ebenso bei Kratz (wie Anm. 4), S. 81f.

14 Rödel (wie Anm. 4), S. 161.

15 Peter Heil, „Gemeinden sind wichtiger als Staaten". Idee und Wirklichkeit des kommunalen Neuanfangs in Rheinland-Pfalz 1945-1957, Mainz 1997, S. 36.

Als Ergebnis der oben genannten Auswahl wurden aus den über 200 vorgeschlagenen Personen fünf ausgewählt. Schließlich stieß Hermann Heimerich (1885-1963)[16], der von 1928-1933 Oberbürgermeister von Mannheim war, zu den Verhandlungen in Heidelberg hinzu und erhielt von den Amerikanern das Angebot, die Leitung der neu zu gründenden Behörde zu übernehmen. Aufgrund seiner früheren Tätigkeit verfügte er über die notwendigen fachlichen Qualifikationen und war als SPD-Mitglied auch politisch geeignet. Am Nachmittag des 9. Mai 1945 wurden im Rahmen eines Empfangs in Neustadt bei Oberstleutnant Newman Heimerich und seine Mitarbeiter in mündlicher Form als Provinzialregierung eingesetzt; der schriftliche Auftrag hierzu erfolgte mittels eines Memorandums vom 10. Mai 1945. Aus dem Militärregierungsbezirk Westmark-Südhessen wurde nun die Provinz ‚Saarland-Pfalz-Südhessen'. Heimerich wurde als Oberpräsident mit der Leitung der neuen Behörde betraut, seine Regierung in der Folge auch als ‚Regierung Heimerich' bezeichnet.[17]

Der ‚Regierung Heimerich' kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, da sie die erste Zivilregierung der Nachkriegszeit darstellt, die auf deutschem Boden errichtet wurde.

## Zusammensetzung und Aufgaben der „Regierung Heimerich"

In einer der ersten Besprechungen zwischen Vertretern der Militärregierung und den Angehörigen der Provinzialregierung am 10. Mai 1945 werden bereits Grundzüge der Zusammenarbeit deutlich: „Grundsätzliche Anweisungen werden von der Militärregierung ausgehen. ... Die von den deutschen Herren vorgelegten Entwürfe werden der Militärregierung vorgelegt, die sich die Entscheidung über den einzuschlagenden Weg vorbehält. Die Ausführung des Beschlusses der Militärregierung geschieht durch

16 Vgl. zu Heimerich die Festschrift zu seinem 75. Geburtstag: Hermann Heimerich. Eine Freundesgabe zum 21. Dezember 1960. Frankfurt 1960. Speziell zum Thema Verwaltungsaufbau darin: Ernst WALZ, Die "Regierung Heimerich" in Neustadt a.d.W. vom 10.5.1945 bis 8.7.1945, S. 59-70.

17 Vgl. hierzu: Quellen zum Neubeginn (wie Anm. 13), S. 26; RÖDEL (wie Anm. 4), S. 161; sowie SPRINGORUM (wie Anm. 3), S. 62ff.; das Memorandum vom 10. Mai befindet sich bei KRATZ (wie Anm. 4), S. 13f. Die Bezeichnung Saarland-Pfalz-Südhessen wurde während einer Besprechung von Angehörigen der Provinzialregierung und Hauptmann Landin am 10.5.1945 in Neustadt festgelegt, vgl. hierzu: Quellen zum Neubeginn (wie Anm. 13), S. 29. Hans-Jürgen Wünschel verweist darauf, daß die erste deutsche Regierung „keinen regionalen Charakter haben, sondern durchaus als *Reichsregierung* arbeiten sollte", zitiert nach Hans-Jürgen WUNSCHEL, Alexander Mitscherlich als „Minister" der ersten deutschen Regierung nach dem Ende der Diktatur, in: Pfälzer Heimat 46 (1995) S. 81-82.

die deutschen Herren". Ferner wünschte Hauptmann Landin zur „Vermeidung von Reibung und Unstimmigkeiten (...) über alle Dinge, auch Spezialfragen (z.B. juristischer Art) unterrichtet zu werden", weshalb eine morgendliche Lagebesprechung anberaumt wurde. Auf Heimerichs Einwand, die „deutsche Initiative, nicht in zu starkem Maße zu beschneiden, erklärte (Hauptmann Landin), daß dieser Initiative genügend Raum gelassen wird". Besondere Bedeutung maßen beide Seiten der Suche nach Fachleuten für den Ernährungssektor sowie die Land- und Forstwirtschaft zu, ebenso wurde die Wichtigkeit der Energieversorgung hervorgehoben, womit die zentralen Aufgaben der neuen Regierung umrissen sein dürften.[18]

Am 18. Mai 1945 erließ die Militärregierung die „Civil Administration Directions. German Personnel Nr.1". Dieses Dokument gilt als die offizielle Ernennung Heimerichs („... is hereby effected to the position of Oberpräsident of Regional Civil Government ..."). Ferner wurde der Oberpräsident durch diese Anordnung zur Einrichtung folgender Dezernate bevollmächtigt[19]: Amt des Stellvertreters des Oberpräsidenten; Dezernat für Wirtschaft; Dezernat für öffentliche Gesundheitspflege; Dezernat für Arbeitsfragen; Dezernat für Post-, Telefon- und Telegrafenwesen; Dezernat für Erziehung und religiöse Fragen; Dezernat für öffentliche Sicherheit; Dezernat für Personalangelegenheiten; Dezernat für Justiz; Dezernat für öffentliche Wohlfahrt

Die erste „Regierungsmannschaft" bestand neben Heimerich aus dem Juristen Wilhelm Zutt als Stellvertreter des Oberpräsidenten und Leiter des Wirtschaftsdezernats, dem Arzt und Universitätsdozenten Alexander Mitscherlich als Dezernent für öffentliche Gesundheitspflege, dem ehemaligen Sozialdezernenten der Stadt Heidelberg Adolf Rausch, der die Dezernate für Arbeitsfragen und öffentliche Wohlfahrt leitete, Emil Henk als Dezernent für Erziehung und religiöse Fragen, Paul Machold als Dezernent für Post-, Telefon- und Telegrafenwesen sowie dem Juristen Hans Anschütz, dem die Dezernate für öffentliche Sicherheit und Justiz unterstanden.[20] Darüber hinaus gelang es, den ehemaligen Ministerialrat im badischen Innenministerium, Ernst Walz, sowie den ehemaligen badischen Finanzminister Wilhelm Mattes als Finanzreferenten zu gewinnen. Ferner stießen Dolf Sternberger als Leiter des Presseamtes, der Jurist Hugo Swart als Leiter des Personalamtes sowie Dr. Michael Venedey zur Regierung des Oberpräsidiums. Versuche, den späteren Außenminister der Bundesrepu-

18 Quellen zum Neubeginn (wie Anm. 13), Dok. Nr. 5, S. 28f.

19 Ebd., Dok. Nr. 18, S. 47.

20 Ebd., Dok. Nr. 17, S. 47. Kurze biographische Angaben zu den Regierungsmitgliedern finden sich bei SPRINGORUM (wie Anm. 3), S. 61.

blik, Heinrich von Brentano sowie den späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss für eine Mitarbeit in der Regierung zu gewinnen, scheiterten jedoch.[21]

Die Tatsache, daß einzelne Mitglieder der Regierung Heimerich zwei Dezernate betreuten, zeigt, daß der Kreis der in Frage kommenden Personen zum Aufbau der Verwaltung zunächst sehr klein war. Überdies kamen alle Mitglieder der ersten Provinzialregierung aus dem rechtsrheinischen Bereich, im Falle Macholds sogar aus Österreich. Macholds war 1938 aus Linz nach Saarbrücken strafversetzt worden und gehörte nicht zu den in Heidelberg ausgewählten Personen. Heimerich schlug ihn am 14. Mai 1945 in einer Besprechung der Militärregierung als geeignet vor.[22]

Alle wiesen jedoch die erforderliche fachliche Qualifikation auf und waren auch politisch nicht belastet. Diese beiden Kriterien sind auch dafür verantwortlich, daß zunächst keine aus der Pfalz stammenden oder mit ihr in enger Verbindung stehenden Männer in die Regierung Aufnahme fanden. Darüber hinaus verfügten die Mitglieder der Regierung Heimerich aufgrund ihrer Herkunft auch über wenig Kontakte zu potentiellen Kandidaten aus der Pfalz. Erst im Juni stieß mit dem ehemaligen Kaiserslauterer Stadtbaurat Hermann Hussong als Leiter der Abteilung Bau und Wiederaufbau der erste Pfälzer zum Kreis der leitenden Mitarbeiter. Der Personalmangel wird auch in Besprechungen der Provinzialregierung mit Vertretern der Militärregierung immer wieder deutlich. Es mangelte zunächst an Fachleuten für den Finanzbereich sowie für die Besetzung der Polizei. Überdies beklagte Heimerich, die Regierung sei „ohne jegliche Information und Wissen" und bat deshalb, „französische, englische und schweizerische Zeitungen zugestellt zu bekommen".[23]

Trotz der schwierigen Personalsituation konnte die Regierung Heimerich einige bedeutende Persönlichkeiten aufweisen. Hier sind in erster Linie Dolf Sternberger (1907-1989) und Alexander Mitscherlich (1906-1982) zu nennen. Der Neurologe Mitscherlich war vor 1945 als Oberarzt und Dozent an der Universität Heidelberg tätig und wurde 1966 Leiter des Sigmund-Freud-Institutes für Psychoanalyse in Frankfurt. In den sechzi-

21 Vgl. zu Walz und Mattes: Quellen zum Neubeginn (wie Anm. 13), Dok. Nr. 12, S. 40 bzw. Dok. Nr. 16, S. 45. Zu Swart, Sternberger und Venedey: SPRINGORUM (wie Anm. 3), S. 65. Zu Brentano und Heuss: WUNSCHEL, Regierung, (wie Anm. 9), S. 330 sowie Quellen zum Neubeginn (wie Anm. 13), S. 20.

22 Quellen zum Neubeginn (wie Anm. 13), Dok. Nr. 12, S. 38 sowie WUNSCHEL, Schicksalsjahre (wie Anm. 8), S. 63.

23 Vgl. zu Hussong, SPRINGORUM (wie Anm. 3), S. 66. Die vorangegangenen Zitate und Ausführungen stammen aus: Quellen zum Neubeginn (wie Anm. 13), Dok. Nr. 12, S. 39.

ger Jahren erlangte Mitscherlich durch seine Werke „Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft" sowie „Die Unfähigkeit zu trauern" (gemeinsam mit seiner Frau Margarete verfaßt) größere Bekanntheit.

Bei seiner Amtseinführung am 18. Mai 1945 äußerte er in Anbetracht der zu bewältigenden Arbeiten und im Hinblick auf die heikle Frage, wie mit bisherigen Nationalsozialisten zu verfahren sei: „Es wäre unrichtig, daß Nationalsozialisten arbeitslos auf der Straße herumlaufen und wir alle Arbeit allein zu verrichten hätten. (...) Sie müssen ihre Fähigkeiten zeigen, ob sie die Berechtigung haben, nach dieser Katastrophe, in die sie uns geführt haben, weiterhin mit uns zusammenzuarbeiten." Neben der schwierigen Personallage beschäftigte Mitscherlich als Referent für die öffentliche Gesundheitspflege insbesondere die Ernährungslage der Bevölkerung. Hierzu legte er am 15. Juni einen Rechenschaftsbericht vor, in dem er darauf verweist, daß der „Ernährungssatz pro Kopf der Bevölkerung dem Verbrauch eines Menschen, der untätig im Bette liegt", entspreche, die Menschen „aber im Augenblick schwerste Aufbauarbeit zu leisten" haben. Im weiteren konstatiert er körperliche und seelische Belastungen der Bevölkerung, die „die körperliche und psychische Stabilität der Bevölkerung schwerstens erschüttert haben". Da die Provinz „sich ernährungsmäßig nicht selbst versorgen kann", appellierte Mitscherlich an die amerikanische Militärregierung, „einmalig für mehrere Monate einen Zuschuß an Fetten und Fleisch (zu) gewähren".[24]

Dolf Sternberger war bis 1943 Redakteur der Frankfurter Zeitung und wurde 1955 Professor für Politikwissenschaft in Heidelberg. In der ‚Regierung Heimerich' leitete er als Präsidialdirektor das Presseamt. In dieser Funktion verfaßte Sternberger im Mai 1945 einen „Vorschlag für eine deutsche Zeitung im besetzten Gebiet", worin er auf die Unentbehrlichkeit einer Zeitung verweist, „durch die einerseits Regierung und Verwaltung vornehmlich zur Bevölkerung sprechen, sich ihr bekannt und vertraut machen, und in der andererseits die allgemeinen und besonderen Fragen, die dieses zerrüttete Volk erhebt, ausgedrückt werden können". In seinen Ausführungen begründet Sternberger die Wichtigkeit einer Zeitung vor allem mit der Notwendigkeit, „daß die Deutschen gewissenhaft und selbständig denkende, ihres Rechts wie ihrer Pflicht bewußte Personen werden, die nicht bloß Befehlen gehorchen, sondern das Wahre selbst einsehen". Im weiteren hob er die Bedeutung von Bildung sowohl für Jugendliche als auch für Erwachsene hervor, die durch eine Zeitung vermittelt werden können, zumal

24 Zitiert nach: WÜNSCHEL, Mitscherlich (wie Anm. 17), S. 82. Mitscherlichs Rechenschaftsbericht in: Quellen zum Neuanfang (wie Anm. 13), Dok. Nr. 70, S. 160ff. Vgl. zu Mitscherlich auch: SPRINGORUM (wie Anm. 3), S. 61.

„Bücher, Schulen und Theater" noch nicht existierten oder sich im Aufbau befanden. Schließlich müsse, so Sternberger, eine „allgemeinere Einsicht in die konkrete Situation nach der Niederlage" verbreitet werden. Da das „Gerücht ... Erbfeind von Vernunft und Ordnung" darstelle, „müssen die Leute erfahren, wie es ringsum in Stadt und Land aussieht".[25] Bis zum ersten Erscheinen einer Zeitung in der Pfalz gingen jedoch noch einige Monate ins Land. Am 27. September 1945 erschien in Neustadt erstmals „Die Rheinpfalz", während zuvor die Amerikaner bis zum August 1945, in dem von ihnen besetzten Gebiet sogenannte „Heeresgruppenzeitungen" herausgaben.[26] Am Beispiel von Mitscherlichs und Sternbergers Arbeit wird deutlich, daß die neue Verwaltungsbehörde mit Kompetenz, Überblick und Sensibilität ihre Aufgaben wahrnahm und dabei die Bedürfnisse der Bevölkerung wie auch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Besatzungsbehörde berücksichtigte.

Ein weiteres Regierungsmitglied, das hier Erwähnung finden soll, ist Michael Venedey. Zu seinen direkten Vorfahren zählen Michael Venedey, der aktiv an der Errichtung der „Mainzer Republik" im Jahr 1793 mitwirkte sowie Jakob Venedey, der beim Hambacher Fest als Redner auftrat und 1848 Abgeordneter der Paulskirche wurde. Venedeys Vater schließlich war langjähriger badischer Landtagsabgeordneter und 1919 für kurze Zeit badischer Außenminister. Michael Venedey selbst studierte 1945 in Heidelberg Medizin. Dort lernte er Alexander Mitscherlich kennen und stieß aufgrund dieser Bekanntschaft zur Regierung Heimerich.[27] Gerade 24 Jahre alt fungierte er als Sekretär in dem von Mitscherlich geleiteten Ressort für öffentliche Gesundheitspflege.[28] Eine Aktennotiz vom 8. Juni 1945 läßt vermuten, daß Venedeys Mitarbeit in der Regierung umstritten war, da in

---

25 Vgl. zu Sternberger: SPRINGORUM (wie Anm. 3), S. 65; KRATZ (wie Anm. 4), S. 15. Die Zitate aus Sternbergers Text sind entnommen aus: Quellen zum Neuanfang (wie Anm. 13), Dok. Nr. 64, S. 132-139. Der Text befindet sich auch in: WUNSCHEL, Schicksalsjahre (wie Anm. 8), S. 67-75.

26 Vg. Zum Wiederentstehen der Presse den Beitrag von Stephan PIEROTH in diesem Band sowie als Überblick Jürgen WILKE, Massenmedien, in: Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, hrsg. v. Heinz-Günther BORCK unter Mitarbeit von Dieter KERBER, Koblenz 1997, S. 345-368.

27 Vgl. zu Michael Venedey den Artikel "Familie mit langer demokratischer Tradition", in: Die Rheinpfalz, Nr. 146 v. 29.6.1985.

28 Landesarchiv Speyer (im weiteren LA Sp), Best. H 14, Nr. 2177 (Personalakten der Regierung Heimerich). Michael Venedey wird in den Personalakten der Regierung Heimerich als Sekretär geführt. Außer seinem Geburtsdatum und dem von ihm bezogenen Gehalt enthält der Akt keine weiteren Auskünfte über ihn. Die diesem Akt entnommenen Informationen wurden freundlicherweise von Herrn Dr. Joachim Kermann übermittelt, da der besagte Akt noch gesperrt ist.

einer Besprechung zwischen Heimerich und Hauptmann Landin der „Fall Venedey ... kurz besprochen und gegebenenfalls auf eine Rücksendung des Herrn Venedey nach Heidelberg hingewiesen" wurde.[29] Michael Venedey scheint die Regierung Heimerich bereits am 19. Juni 1945 verlassen zu haben[30], Mitglieder der amerikanischen Besatzungsmacht nahmen ihn mit nach Hessen, wo er in deren Auftrag nach politisch unbelasteten Personen suchen sollte. 1947 beendete er seine Tätigkeit in der Politik und praktizierte nach seinem Medizinstudium als Arzt, ehe er in den 80iger Jahren als Sprecher der Friedensbewegung in Berlin auftrat.[31] Nicht zu verwechseln ist er jedoch mit seinem älteren Bruder Hans, einem Rechtsanwalt, der nach 1945 in Hessen als Innenminister fungierte. Aufgrund eines von ihm erfolglos initiierten Versuches SPD und KPD zu vereinigen, wurde er aus der SPD ausgeschlossen und als Innenminister im Juli 1946 entlassen.[32]

Am 18. Mai 1945 erfolgte in Neustadt die offizielle und feierliche Einführung der Regierung Heimerich. Im Beisein von drei amerikanischen Generälen, den leitenden Offizieren der amerikanischen Militärregierung sowie den Landräten und Oberbürgermeistern des Provinzgebietes[33] hielt Oberpräsident Heimerich eine programmatische Rede, in der er zunächst den Opfern des Krieges und der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten gedachte. Unter Verweis auf „Terror und Rechtlosigkeit, Lüge und Korruption", die das Dritte Reich kennzeichneten, äußerte er: „Es wäre falsch, wenn wir das je vergessen oder übersehen wollten". Im Folgenden mahnte er an, „den Blick nach vorwärts (zu) richten" und „nach fast sechs Jahren Krieg und Zerstörung endlich wieder eine positive Arbeit" zu leisten, um „beim Wiederaufbau unseres Vaterlandes die Hand anlegen (zu) können". Heimerich referierte den gegenwärtigen Stand des Verwaltungsaufbaus, stellte die bisher vorhandene Regierung vor und betonte die Wichtigkeit der „Ernährungsfrage" sowie des „Wiederaufbau(s) der zerstörten Städte". Mit Blick auf die politische Zukunft Deutschlands warnte er davor, die Schwächen der Weimarer Republik bei der Neugestaltung Deutschlands zu übersehen.

29 Ebd., Best. V 10, Nr. 3, Bl. 16.

30 Ebd., Bl. 74: Aktennotiz v. 19. Juni 1945.

31 Vgl. "Familie mit langer demokratischer Tradition" (wie Anm. 27).

32 Vgl. ebd. sowie SPRINGORUM (wie Anm. 3), S. 65. Sowohl Springorum als auch WÜNSCHEL, Regierung bzw. Quellen zum Neubeginn (wie Anm. 9 bzw. 13) scheinen Michael Venedey mit seinem Bruder Hans verwechselt zu haben, da im Zusammenhang mit der Regierung Heimerich stets von Hans Venedey die Rede ist. Der oben in Anm. 28 zitierte Personalakt sowie der Artikel aus der „Rheinpfalz" machen aber deutlich, daß es sich um Michael Venedey handeln muß.

33 Vgl. KRATZ (wie Anm. 4), S. 17. Die teilnehmenden Personen sind aufgelistet in: Quellen zum Neuanfang (wie Anm. 13), Dok. Nr. 19, S. 48ff.

denn „Gruppenegoismus" und Verhältniswahlsystem schadeten dem Weimarer Staat ebenso wie „seine übertriebene Toleranz. Man darf nicht so tolerant sein, daß man gegen die Intoleranz tolerant ist". Daher forderte Heimerich „eine Reform der Gesinnung", damit eine „neue Zeit und ein neues Deutschland" kommen können. Ein „neuer Idealismus und eine wirkliche Ehrfurcht vor den ewigen Werten des menschlichen Lebens und den göttlichen Gesetzen" müssen im Volk wieder aufgerichtet werden. Schließlich schloß Heimerich seine Rede mit dem „Wappenspruch" der Provinzialregierung: „Freundschaft und Arbeit".[34]

### Die Verwaltungseinheit Mittelrhein-Saar entsteht

Auch nach der offiziellen Vorstellung der Provinzialregierung blieb der genaue Zuständigkeitsbereich der Neustadter Regierung noch ungeklärt. Heimerich hatte bereits in seiner Rede vom 18. Mai die „Frage der Eingliederung von Mannheim, Heidelberg und des badischen Baulandes in den Bereich des Oberpräsidenten ... aufgeworfen" und dabei „auf die historische und wirtschaftliche Verflechtung der alten Kurpfalz verwiesen".[35] Neben Heimerichs Plänen, eine „Provinz Kurpfalz" zu errichten, wurde auch eine Einbeziehung der Kreise Kreuznach und Birkenfeld diskutiert. Zwar scheint die amerikanische Militärregierung Heimerichs Absicht nicht prinzipiell ablehnend gegenübergestanden zu sein, „aus Rücksichtnahme auf die verbündeten Franzosen" begegneten sie jedoch diesen Plänen offenbar mit einer gewissen Vorsicht.[36] Am 24. Mai 1945 setzten Vertreter der amerikanischen Militärregierung Heimerich von einer Neuordnung der Verwaltungsgrenzen in Kenntnis. Auslöser hierfür waren Umgruppierungen der amerikanischen Besatzungseinheiten in Folge des seit Mitte Mai stattfindenden Truppenabzugs der Amerikaner. Die Zuständigkeit des XXIII. Korps der 15. Armee, nämlich das bisherige Gebiet Saarland, Pfalz und Südhessen, wurde nun noch um die Bezirke Koblenz und Trier erweitert. „Unter Südhessen ist dabei nur Rheinhessen, nicht aber Starkenburg zu verstehen".[37] Als Ergebnis der Neuordnung wurde am 1. bzw. 3. Juni 1945

34 Die vorangegangenen Zitate sind entnommen aus: Quellen zum Wiederaufbau (wie Anm. 13), Dok. Nr. 19, S. 53-60. Heimerichs Rede befindet sich auch bei KRATZ (wie Anm. 4), S. 17ff und bei WUNSCHEL, Schicksalsjahre (wie Anm. 8), S. 53ff.

35 Quellen zum Neubeginn (wie Anm. 13), Dok. Nr. 18, S. 55.

36 SPRINGORUM (wie Anm. 3), S. 70, berichtet, daß aus diesen Gründen das Wort „Großpfalz" aus einem Manuskript Heimerichs gestrichen wurde. Vgl. zu den Erweiterungsplänen auch RODEL (wie Anm. 4), S. 162. Zu den Vorstellungen Heimerichs bezüglich einer neuen Kurpfalz siehe auch WALZ (wie Anm. 16), S. 64.

37 Quellen zum Neubeginn (wie Anm. 13), Dok. Nr. 30, S. 93f.

die bisherige Provinzialregierung „Saarland-Pfalz-Südhessen" aufgehoben und durch eine neue Verwaltungseinheit mit dem Namen „Mittelrhein-Saar" ersetzt. Dr. Heimerich wurde vorläufig zum Oberregierungspräsidenten dieses Gebietes ernannt, das wiederum in fünf Regierungsbezirke (Saarland, Pfalz, Rheinhessen, Koblenz, Trier) aufgeteilt war. Hauptort der neuen Provinz blieb Neustadt, das auch gleichzeitig Sitz des Regierungsbezirkes Pfalz wurde. Jeder der fünf Regierungsbezirke unterstand der Leitung eines Regierungspräsidenten.[38]

Ein Organisationserlaß des Oberregierungspräsidenten vom 11. Juni 1945 regelte auf der Grundlage der amerikanischen Anordnung Nr. 7 die Zuständigkeitsbereiche der Regierungsbezirke über bestimmte Stadt- und Landkreise. Besagte Anordnung befugte Heimerich als Oberregierungspräsident, „die ihm obliegenden Aufgaben an die Regierungspräsidenten zu übertragen". Indem die deutsche Verwaltung nun Zuständigkeiten erteilen konnte, war sie „nicht mehr nur vollziehende Behörde der amerikanischen Militärregierung", vielmehr „wurde den deutschen Stellen in begrenztem Umfang wieder deutsche Staatsgewalt zurückgegeben".[39] Der Organisationserlaß legte zunächst das Gebiet des Oberregierungspräsidiums fest. Der Regierungsbezirk Pfalz umfaßte demnach das Gebiet des ehemaligen bayerischen Rheinkreises mit Ausnahme der von den Franzosen besetzten südpfälzischen Kreise und der Stadt Speyer.

Für die fünf Regierungsbezirke wurden Regierungspräsidenten eingesetzt. Im Einzelnen waren dies für das Saarland Hans Neureuther, für Rheinhessen Jakob Steffan, für Koblenz Wilhelm Boden, für Trier Wilhelm Steinlein und schließlich für die Pfalz der bisherige Ludwigshafener Oberbürgermeister Hans Hoffmann. Während für die Regierungsbezirke Saarland, Koblenz und Trier „die Zuständigkeit der bisherigen preußischen Regierungspräsidien" bestehen blieb, regelte der eben angesprochene Organisationserlaß eigens die Zuständigkeiten der Bezirke Rheinhessen und Pfalz. Darunter fielen die „Aufsicht über ... Anstalten des öffentlichen Rechts ... innerhalb des Regierungsbezirks", „Aufgaben der höheren Polizeibehörde", „Enteignungssachen, Standesamtssachen, Pass-Sachen" sowie Aufsich-

38 Vgl. hierzu die Anordnung Nr. 7 der amerikanischen Militärregierung v. 3. 6. 1945, abgedruckt bei KRATZ (wie Anm. 4), S. 34f. Vgl. ebenso WUNSCHEL, Quellen zum Neubeginn (wie Anm. 13), Dok. Nr. 23, S. 83f; SPRINGORUM (wie Anm. 3), S. 82; RÖDEL (wie Anm. 4), S. 162; WUNSCHEL, Wiederaufbau (wie Anm. 11), S. 1661 sowie Georg Friedrich BÖHN, Wiederaufbau der Verwaltung, in: Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945-1951, hrsg. v. Franz-Josef HEYEN, Boppard 1984, S. 1-22, hier S. 9.

39 WUNSCHEL, Regierung (wie Anm. 9), S. 335.

ten über Gesundheitsämter, Schulen und die Regierungshauptkasse. Somit änderte sich an den Zuständigkeiten der unteren Behörden im Vergleich zur Situation vor dem Zusammenbruch nichts mit Ausnahme der Zuständigkeit für die Polizei, da die amerikanische Besatzungsbehörde eigens darauf bestand, daß die Polizei dem kommunalen Bereich zugeordnet wurde.[40]

Dem Informationsbedürfnis und auch -recht der Bevölkerung wurde Rechnung getragen, indem die „Verkündung der Verordnungen ... durch Veröffentlichung im Amtsblatt" bzw. bis zu dessen Herausgabe „durch Anschlag am Verkündungsbrett des Hauptgebäudes des Oberregierungspräsidiums" angeordnet wurde.[41]

Die oben angesprochene Übertragung der staatlichen Gewalt an das Oberregierungspräsidium erfolgte zwischen dem 25. Mai und 14. Juni 1945 in einer Reihe von Anordnungen bzw. Anweisungen der amerikanischen Besatzungsbehörde. Die stets von Oberstleutnant Newman unterzeichneten Dokumente ermächtigten die Zivilverwaltung „Mittelrhein-Saar" zur Errichtung von Behörden in den Bereichen Wirtschaft, Finanz-, Bankwesen, zur Eröffnung eines Landesarbeitsamtes, einer Landesversicherungsanstalt sowie einer „Abteilung Bau und Wiederaufbau". Des weiteren sahen die Anordnungen die Einsetzung von Dezernaten in den Bereichen „Post-, Telefon- und Telegrafenwesen wie auch „Gesundheits- und Sanitätswesen" vor. Schließlich erfolgten Ermächtigungen, ein Landesforstamt sowie einzelne Abteilungen für öffentliches Wohlfahrtswesen, für öffentliche Sicherheit sowie für Transportwesen zu errichten.[42] Vergleicht man diese Kompetenzen mit dem Inhalt der ersten Gespräche zwischen Heimerich und Hauptmann Landin am 10. Mai 1945, so fällt auf, daß die deutsche Zivilregierung innerhalb weniger Wochen zu einer bemerkenswerten Selbständigkeit in ihren Entscheidungsbefugnissen gelangte; durch den bereits erwähnten Organisationserlaß war das „Oberregierungspräsidium „Mittelrhein-Saar" ... für sein Gebiet die höchste deutsche Verwaltungsspitze" und „vereinigte in sich Zuständigkeiten der Reichsregierung, der obersten Reichsbehörden (sowie) der Regierungen der früheren Länder dieses Bezirks".[43]

---

40 Organisationserlaß des Oberregierungspräsidenten, in: Quellen zum Neubeginn (wie Anm. 13), Dok. Nr. 41, S. 108f. Vgl. zu den Zuständigkeiten der verschiedenen Behördenebenen, vor allem bzgl. der Polizei, SPRINGORUM (wie Anm. 3), S. 87; RÖDEL (wie Anm. 4), S. 162 und KRATZ (wie Anm. 4) S. 39.

41 Hier zitiert nach KRATZ (wie Anm. 4), S. 42; vgl. auch RÖDEL (wie Anm. 4), S. 162f.

42 Vgl. zum Vorangegangenen: Quellen zum Neubeginn (wie Anm. 13), Dok. Nr. 43-49, S. 110-121.

43 KRATZ (wie Anm. 4), S. 42

Die neu geschaffene Verwaltungseinheit „Mittelrhein-Saar" zog auch eine Neugliederung der Regierungsabteilungen nach sich. Das Oberregierungspräsidium war fortan in zehn Abteilungen untergliedert:[44]

Dem Oberregierungspräsidenten Heimerich waren das Personalamt (Leitung Swart), das Nachrichten- und Presseamt (Leitung Sternberger) sowie das Post-, Telegraphen- und Telefonwesen (Leitung Machold) direkt unterstellt. Desweiteren gab es die Abteilung für Wirtschaft und Verkehr (Präsidialdirektor Zutt), die Abteilung für Bau und Wiederaufbau (Oberbaurat Hussong), die Abteilung für innere Verwaltung (Präsidialdirektor Walz), die Abteilung für Finanzen und Forstwesen (Präsidialdirektor Mattes), die Abteilung für Unterricht und Kultus (Präsidialdirektor Henk), die Abteilung für Arbeit und soziale Angelegenheiten (Präsidialdirektor Rausch), die Abteilung für Justiz und Polizei (Präsidialdirektor Anschütz), die Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft (Präsidialdirektor Mitscherlich) und die Abteilung für Gesundheitswesen (Präsidialdirektor Mitscherlich).

Im Rahmen einer am 3. Juni 1945 in Idar-Oberstein stattgefundenen Konferenz mit Vertretern der Militärregierung und der deutschen Zivilbehörden gab der amerikanische General Balmer bekannt, im Gebiet der 15. Armee das Amt eines Oberpräsidenten der Rheinprovinz geschaffen zu haben. Diese Rheinprovinz sollte unterteilt sein in die Gebiete des XXII. Korps (Aachen/Köln/Düsseldorf) und des XXIII. Korps (Mittelrhein-Saar), denen dann jeweils ein Oberregierungspräsident vorstehen sollte.[45]

An der Spitze der Rheinprovinz stand als Oberpräsident Hans Fuchs, der bereits in der Weimarer Republik Minister für die besetzten Gebiete war. Für die ‚Regierung Heimerich' bedeutete dies, nun einer in Bonn ansässigen Zentralbehörde unterstellt zu sein, da das Ernennungsschreiben Fuchs' vom 24. Mai 1945 beinhaltete, daß sich seine Funktion als Oberpräsident der Rheinprovinz auch auf die Gebiete des Oberregierungspräsidiums „Mittelrhein-Saar" erstrecke. Von dieser Neuerung erfuhr Heimerich auf der besagten Konferenz in Idar-Oberstein, in deren Folge er seine Bedenken gegenüber der Neugliederung zum Ausdruck brachte. U.a. verwies er dabei auf den Personalmangel sowie die Gefahr eines aufgeblähten Verwaltungsapparates. In der Realität jedoch wirkte sich die Überordnung eines Oberpräsidenten für die Regierung in Neustadt lediglich in einem Erlaß vom 15. Juni 1945 aus. Außerdem wurde am Tage der Zustellung dieses Erlasses (21. Juni 1945) Heimerich mitgeteilt, daß Fuchs fortan nicht mehr

---

44 Hier zitiert nach ebd., S. 47f.

45 Quellen zum Neubeginn (wie Anm. 13), Dok. Nr. 34, S. 97f.; ebenso bei KRATZ (wie Anm. 4), S. 49f.

berechtigt sei, Befehle oder Weisungen an ihn und seine Regierung zu erteilen.[46]

Die Tatsache, daß das Oberregierungspräsidium in Neustadt nun doch oberste Verwaltungsbehörde blieb, scheint ihre Ursache in der ebenfalls am 21. Juni 1945 erfolgten Übergabe des Gebietes des XXII. amerikanischen Korps (nördlicher Teil der Rheinprovinz) an den 1. britischen Korps zu haben. Das Bonner Oberpräsidium der Rheinprovinz lag also nun in britischem Besatzungsgebiet, wo Fuchs von der britischen Militärregierung zum Oberpräsidenten der nördlichen Rheinprovinz ernannt wurde.[47]

Trotz des nach wie vor virulenten Personalmangels, der sich vor allem auf der mittleren und gehobenen Verwaltungsebene zeigte, sowie Erschwernissen durch fehlende Post- und Telefonverbindungen gelang es der ‚Regierung Heimerich' in der Zeit ihres Bestehens, Maßnahmen zu ergreifen, die die Rückkehr zur Normalität beschleunigten. Dazu gehörten u.a. die Behebung der wirtschaftlichen und sozialen Not der Bevölkerung. Diesbezüglich wurde durch die Einrichtung des Landesernährungsamtes Kaiserslautern ein organisatorischer Rahmen geschaffen, der nun eine einheitliche Verteilung von Lebensmittelkarten ermöglichte. Dennoch blieb die Ernährung der Bevölkerung oft unzureichend, was auch an den oben zitierten Ausführungen Mitscherlichs deutlich wurde. Darüber hinaus kam es zur Wiedereröffnung der ersten Amtsgerichte und Vorbereitungen zur ‚Inbetriebnahme' von Schulen.[48] Ein besonderes Verdienst erwarb sich die ‚Regierung Heimerich' bei der Konsolidierung des Steuer- und Finanzwesens. Aufgrund ihrer Vorarbeiten existierten bereits 1945 und 1946 Haushaltspläne, die „eine einigermaßen solide Finanzplanung erlaubten".[49]

## Besatzungswechsel und Ablösung der „Regierung Heimerich"

Daß der unter den damaligen Bedingungen gedeihlichen und erfolgreichen Arbeit der ‚Regierung Heimerich' nur eine kurze Blüte beschieden war, hatte seine Ursache in den Verhandlungen der Alliierten über eine Neuaufteilung der westlichen Besatzungszonen. Da Frankreich erst auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 eine eigene Besatzungszone zugebil-

46 Vgl. Wunschel, Regierung (wie Anm. 9), S. 333f; Springorum (wie Anm. 3), S. 85f sowie Kratz (wie Anm. 4), S. 50ff.

47 Wunschel, Regierung, (wie Anm. 9), S. 334; Bohn, Wiederaufbau der Verwaltung (wie Anm. 40), S. 12. Die Vermutung des Zusammenhangs zwischen Übergabe der nördlichen Rheinprovinz an Großbritannien und der Weisung an Heimerich, von Fuchs keine Befehle entgegen zu nehmen, äußert Kratz (wie Anm. 4), S.54.

48 Vgl. Wunschel, Regierung (wie Anm. 9), S. 335f, sowie Walz (wie Anm. 16), S. 68.

49 Springorum (wie Anm. 3), S. 89.

ligt bekam, waren diese Verhandlungen nötig geworden. Als Ergebnis der Neustrukturierung läßt sich festhalten, daß Frankreich Württemberg-Hohenzollern, das linksrheinische Gebiet um Mainz, Teile des Westerwaldes, den südlichen Teil der Rheinprovinz (Koblenz und Trier) sowie die Pfalz und das Saargebiet als Besatzungszone erhielt. Der bezüglich der Übergabe der Pfalz vereinbarte Vertrag zwischen den USA und Frankreich wurde am 22. Juni 1945 unterzeichnet, am 10. Juli 1945 fand der Besatzungswechsel statt.[50] Aufgrund der schlechten Nachrichtenlage blieb die Regierung in Neustadt über diese Veränderungen zunächst in Unkenntnis, wenngleich Gerüchte über einen bevorstehenden Besatzungswechsel Heimerich am 27. Juni zu einem Rundschreiben veranlaßten, in dem er unter Berufung auf die amerikanische Militärregierung – die wohl ihrerseits ebenfalls noch nicht informiert war - mitteilte, daß „eine endgültige Entscheidung über die Zoneneinteilung im Rheingebiet noch nicht getroffen und auch für die allernächste Zeit nicht zu erwarten" sei. Statt dessen gelte es, „die Arbeit in unveränderter Weise fortzusetzen und dafür Sorge zu tragen, daß zum Wohle der Bevölkerung unserer Provinz eine möglichst gut funktionierende deutsche Zivilverwaltung gemäß den Anweisungen der Militärregierung aufgebaut wird".[51]

Nachdem Anfang Juli 1945 die ‚Regierung Heimerich' vom Besatzungswechsel unterrichtet worden war, gab der Oberregierungspräsident in einer Präsidialsitzung am 4. Juli 1945 sowohl die Übernahme des Gebietes durch die französische Besatzungsmacht als auch den Rücktritt seiner Regierung bekannt. Heimerich äußerte sich zufrieden über die von seiner Behörde in den letzten Wochen geleistete Arbeit und forderte alle aus dem Gebiet „Mittelrhein-Saar" stammenden Behördenmitarbeiter auf, ihre Tätigkeit beim Oberregierungspräsidium fortzusetzen. Hingegen sollten alle aus dem Rechtsrheinischen kommenden Regierungsangestellten die Möglichkeit erhalten, in dieses Gebiet zurückzukehren und mit Wirkung vom 10. Juli 1945 aus der Regierung auszuscheiden. Daß hierdurch bedingt alle Mitarbeiter Heimerichs mit Ausnahme des Oberbaurates Hussong ihre Ämter niederlegten, geschah auf Wunsch bzw. „unter starkem Druck der amerika-

50 Vgl. hierzu SPRINGORUM (wie Anm. 3), S. 99ff. In den dortigen Fußnoten ist auf die einschlägige Literatur zur Besatzungspolitik der Alliierten verwiesen. Paradoxerweise vereinbarten die USA und Frankreich bereits am 2.5.1945 – also noch vor der Einsetzung der ‚Regierung Heimerich' - , daß die Pfalz zum französischen Besatzungsgebiet gehören sollte. Aufgrund der französischen Weigerung, dieses Angebot anzunehmen, verzögerte sich die Unterschrift des Vertrages.

51 Quellen zum Neubeginn (wie Anm. 13), Dok. Nr. 104, S. 234; vgl. hierzu auch RODEL (wie Anm. 4), S. 163 und SPRINGORUM (wie Anm. 3), S. 93f.

nischen Dienststellen".[52] Um jedoch eine kontinuierliche Verwaltungsarbeit zu gewährleisten, wurde als Ergebnis einer am 4. Juli stattgefundenen Besprechung zwischen Heimerich und Hauptmann Landin der bisherige Regierungspräsident der Pfalz, Hans Hoffmann, zu Heimerichs Nachfolger ernannt. Die acht frei werdenden Abteilungsleiterstellen wurden überwiegend an bereits in der Behörde tätige Mitarbeiter vergeben. Im Gegensatz zu Heimerichs Regierung stammten nun die Regierungsmitglieder zum größten Teil aus der Pfalz, was als Ursache dafür angesehen wird, daß es Hoffmann innerhalb kurzer Zeit gelang, seine Regierungsmannschaft auf 200 Personen auszudehnen.[53]

Am 8. Juli 1945 verließen Heimerich und seine aus dem rechtsrheinischen stammenden Regierungsmitglieder und Regierungsmitarbeiter die Pfalz; zwei Tage später erfolgte in Idar-Oberstein durch General Gaffey die Übergabe der Besatzungsmacht an den französischen General de Montsabert. In territorialer Hinsicht bedeutete dies, daß nun auch die vier südpfälzischen Kreise und die Stadt Speyer zum Gebiet von „Mittelrhein-Saar" gehörten. Hoffmann wurde noch am Tag von dessen Abreise von der amerikanischen Militärbehörde zum Oberregierungspräsidenten der Provinz „Mittelrhein-Saar" berufen und darüber hinaus aufgefordert, die Abteilungen des Oberregierungspräsidiums neu zu besetzen, was zur Folge hatte, daß einige der wenige Tage zuvor berufenen Abteilungsleiter (Präsidialdirektoren) wieder ausgetauscht wurden. Die von Hoffmann zusammengestellte und von der französischen Besatzungsbehörde anerkannte Regierung setzte sich wie folgt zusammen:[54] Hans Hoffmann: Chef der Regierung; Karl Zimmermann: Leiter des Personalamtes; Fritz Kausch: Abteilungsleiter Wirtschaft und Verkehr; Hermann Hussong: Abteilungsleiter Bau und Wiederaufbau; Rudolf Schneller: Abteilungsleiter Innere Verwaltung; Hans-Georg Dahlgrün: Abteilungsleiter Finanzen und Forstwirtschaft; Ernst Kilb: Abteilungsleiter Kultus und Unterricht; Wilhelm Bökenkrüger: Abteilungsleiter Arbeit und Wohlfahrt; Johannes Bärmann: Abteilungsleiter Justiz und Polizei; Otto Jerratsch: Abteilungsleiter Ernährung und Landwirtschaft und Albert von Brochowski: Abteilungsleiter Gesundheitswesen.

---

52 Walz (wie Anm. 16), S. 61. Vgl. zum Vorangegangenen Kratz (wie Anm. 4), S. 60f. sowie Rodel (wie Anm. 4), S. 163.

53 Rodel (wie Anm. 4), S. 163; vgl. ebenso Kratz (wie Anm. 4), S. 61; Springorum (wie Anm. 3), S. 95 sowie Waldemar Gollan, Vom Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar zur Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz, in: IHK-Magazin 1975, Nr. 7, S. 26.

54 Übernommen nach Kratz (wie Anm. 4), S. 63. Zu den einzelnen Personen vgl. die kurzen biographischen Angaben bei Springorum (wie Anm. 3), S. 95f. Vgl. zum Vorangegangenen auch ebd., S. 97 und Rodel (wie Anm. 4), S. 163f.

Hoffmanns Regierung unterschied sich im Hinblick auf ihre Qualifikation kaum von derjenigen Heimerichs. Der überwiegende Teil wies ein Universitätsstudium und entsprechende Verwaltungskenntnisse bzw. Erfahrungen aus bisherigen Tätigkeiten im Verwaltungsbereich auf, wenngleich die Juristen in der Minderzahl waren. Da Hoffmann vor 1933 Mitglied der SPD war, fanden sich auch jetzt wieder einige SPD-Politiker in den Reihen der neuen Regierung.[55]

Die französische Besatzungspolitik war im Sinne ihres Sicherheitsbedürfnisses einerseits auf eine Dezentralisierung Deutschlands ausgerichtet, andererseits aber war die französische Militärverwaltung in Deutschland mit dem in Baden-Baden amtierenden Oberkommandierenden General Koenig und dem ihm direkt unterstehenden Generalverwalter Laffon als Chef der gesamten Besatzungsverwaltung zentralistisch organisiert. Die französische Besatzungszone wurde nochmals in fünf Provinzen mit je einem Obersten Delegierten an der Spitze unterteilt. Die streng hierarchische Gliederung der französischen Besatzungsverwaltung ließ jedoch den Obersten Delegierten in den Provinzen sowie den ihnen nachgeordneten Kreis- und Bezirksdelegierten kaum Handlungsspielraum, so daß die französische Besatzungspolitik zumindest in ihrer Anfangsphase als schwerfällig und wenig effektiv beschrieben wird. Hinzu kamen Rivalitäten zwischen Koenig und Laffon hinsichtlich ihrer Auffassung über die anzustrebende Deutschlandpolitik, was sich ebenfalls erschwerend auf die Arbeit der Militärverwaltung auswirkte.[56]

Die genannten Dezentralisierungstendenzen der französischen Besatzungspolitik bedeuteten im Verlauf des Sommers 1945 das Ende der Verwaltungseinheit „Mittelrhein-Saar". Am 7. Juli 1945 erklärte der Regierungspräsident des Saarlandes Hans Neureuther in einem Rundschreiben, vor dem Hintergrund des Besatzungswechsels und des erfolgten Rücktrittes der ‚Regierung Heimerich' „die gesamten Befugnisse der Staatsverwaltung bis auf weiteres selbst übernommen" zu haben. In einem Gespräch mit Hoffmann äußerten schließlich Neureuthers Mitarbeiter Obé und Heim, man sei in Saarbrücken von einem Staatsnotstand ausgegangen und habe deshalb besagtes Rundschreiben publiziert. Auf Hoffmanns Hinweis, ein Staatsnotstand habe nie vorgelegen, da die Neustadter Behörde ja weiter existierte, erklärten Obé und Heim das Rundschreiben als gegenstandslos. Dennoch ließ sich die Abtrennung des Saarlandes nicht abwenden, da mittlerweile der französische General Morlière den Saarbrücker Regierungspräsidenten

55 Vgl. Springorum (wie Anm. 31), S. 96.
56 Ebd., S. 104-110.

wissen ließ, daß „alle Machtbefugnisse, welche seither der Herr Oberregierungspräsident in Neustadt innegehabt hat, Ihnen für das Saargebiet übertragen sind".[57]

Schließlich erfolgte auch die Abtrennung der Regierungsbezirke Koblenz und Trier, wobei der Koblenzer Regierungspräsident Boden in einem Schreiben vom 14. Juli 1945 an die französische Militärregierung den Wunsch nach Loslösung von „Mittelrhein-Saar" mit der „historischen Verbundenheit" Koblenz' mit der Rheinprovinz begründete und ferner für den Zusammenschluß Koblenz mit Rheinhessen, dem Saarland und der Pfalz „weder historische noch politische, noch wirtschaftliche oder kulturelle Gründe vorlagen", weshalb sich „in der gesamten Bevölkerung der Bezirke Koblenz und Trier ... eine große Unruhe, ich darf wohl sagen Empörung geltend gemacht" hat.[58] Nachdem sich auch Trier und Koblenz verabschiedet hatten und nun selbst eine oberste deutsche Verwaltungseinheit bildeten, wurde das bisherige Oberregierungspräsidium „Mittelrhein-Saar" am 28. Juli 1945 aufgelöst und mit Wirkung vom 31. Juli 1945 in das Oberregierungspräsidium „Pfalz-Hessen", seit 29. August 1945 in „Hessen-Pfalz" umbenannt. Für die drei neu entstandenen Verwaltungsbezirke im französischen Besatzungsbereich erfolgte in Saarbrücken, in Bad Ems sowie in Neustadt die Einsetzung von Obersten Delegierten als Vertreter der französischen Militärregierung in Baden-Baden. Für „Hessen-Pfalz" war dies General Boulay, der in der Folge insbesondere auf die Personalpolitik der Regierung Hoffmanns starken Einfluß zu nehmen begann, was diesen wiederum veranlaßte, bei der französischen Militärregierung gegen die seiner Meinung nach überhand nehmende Überwachung und Bürokratie sowie die immer geringer werdende Entscheidungsfreiheit und Selbständigkeit seiner Regierung zu protestieren.

Hoffmann wurde Anfang Oktober von den Franzosen seines Amtes enthoben und durch den bisherigen Leiter des Presseamtes Otto Eichenlaub ersetzt. Zu seinem Stellvertreter ernannte die Besatzungsbehörde den Bürgermeister von Edenkoben Carl Felix Koch, der sich u.a. wegen seiner Nähe zu separatistischen Gruppen wenig Freunde in der Pfalz machte.

Daß die oben angeführten Proteste Hoffmanns seine Absetzung provozierten, liegt nahe. Genaue Gründe für seine unfreiwillige Demission sind nicht bekannt. Eine weitere Ursache für Hoffmanns Entlassung wird jedoch in dem bevorstehenden Besuch de Gaulles gesehen, da man von fran-

---

57 Kratz (wie Anm. 4), S. 65ff sowie Wunschel, Wiederaufbau (wie Anm. 11), S. 1662f.

58 Quellen zum Neubeginn (wie Anm. 13), Dok. Nr. 91, S. 213.

zösische Seite befürchtete, Hoffmann würde sich gegen de Gaulles Deutschlandpolitik aussprechen. Darüber hinaus wagte man es nicht, Hoffmann als ehemaligen Mitarbeiter der Zivilverwaltung Lothringen dem französischen General als Oberregierungspräsidenten zu präsentieren. Hoffmanns Entlassung zog bis Ende Januar 1946 auch die Entlassung von acht der neun Abteilungsleiter nach sich, die nun, so Eichenlaub, durch „Kräfte, die ihren politischen Einfluß auf ihre Abteilungen ausüben im Sinne einer loyalen, reibungslosen Zusammenarbeit mit der Französischen Militärregierung bzw. mit Frankreich", ersetzt wurden. [59]

Das insgesamt gespannte Verhältnis zwischen französischer Militärbehörde und deutscher Zivilregierung dürfte auf zweierlei Gründen beruhen. In der Pfalz erinnerte man sich höchst ungern an die französische Besatzungszeit (1918-1930) nach dem Ersten Weltkrieg, die aus pfälzischer Sicht vor allem von den separatistischen Bewegungen überschattet war, die auch nun, wenn auch in abgeschwächter Form, wieder aufkeimten. Umgekehrt sah man sich aus französischer Perspektive schon zum zweiten Mal veranlaßt, ein Land teilweise zu besetzen, das die eigenen Sicherheitsbedürfnisse aufs gröbste verletzt hatte.

Der „Regierung Eichenlaub" wird trotz eines Personalanstiegs auf über 800 Mitarbeiter im Sommer 1946 eine insgesamt unzureichende Arbeit attestiert, die zum einen in der fehlenden Erfahrung der leitenden Beamten, zum anderen in dem hohen bürokratischen Aufwand bei der Zusammenarbeit mit der französischen Besatzungsbehörde ihre Ursache hat.[60] „Hessen-Pfalz" erfuhr am 8. Oktober 1945 die nächste Verkleinerung, als nämlich die rheinhessischen Kreise Mainz, Bingen, Alzey und Worms aus dem Verwaltungsbereich herausgenommen wurden und das verbleibende Gebiet nun als Oberpräsidium Pfalz mit Sitz in Neustadt weiter von Eichenlaub und Koch regiert wurde. Die von General Koenig am 30. August 1946 in der Verfügung Nr. 57 vorgenommene Schaffung des Landes Rheinland-Pfalz und die damit verbundene Bildung einer vorläufigen Landesregierung bedeuteten den Wegfall der Oberpräsidien als höchste Verwaltungsbehörden, so daß in Neustadt fortan eine Provinzialregierung der Pfalz als staatliche Mittelinstanz fungierte.[61]

---

59 Springorum (wie Anm. 3), S. 120; zum Vorangegangenen vgl. ebd. S. 117ff. sowie Rodel (wie Anm. 4), S. 164; Wunschel, Wiederaufbau (wie Anm. 11), S. 1663; Gollan (wie Anm. 53), S. 26.

60 Springorum (wie Anm. 3), S. 122f.

61 Vgl. Wunschel, Wiederaufbau (wie Anm. 11), S. 1664 sowie Gollan (wie Anm. 53), S. 26.

**Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Dr. W. Boden vom 5. Dezember 1946**

---

"Von dem Willen beseelt, der rheinischen und pfälzischen Bevölkerung Gelegenheit zu geben, ihre Freiheiten und ihr wirtschaftliches Leben harmonisch zu entwickeln", hat der Oberkommandierende der französischen Zone, General K o e n i g , durch Deklaration vom 30. August 1946 das Land Rheinland-Pfalz ins Leben gerufen.

Im Zuge der Durchführung dieser Deklaration ist nunmehr eine vorläufige Regierung für das neue Land gebildet worden, als deren Ministerpräsident ich berufen worden bin.

Die Regierung setzt sich im übrigen wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| Inneres: | Regierungspräsident Jacob STEFFAN, Mainz, |
| Justiz: | Rechtsanwalt Dr. Adolf SÜSTERHENN, Unkel, |
| Erziehung und Kultus: | Oberstudiendirektor Dr. Ernst Albert LOTZ, Bingen, |
| Finanzen und Wirtschaft: | Landrat Dr. HABERER, Neustadt a.d.Haardt, |
| Arbeit: | Präsidialdirektor Paul RÖHLE, Koblenz, |
| Wohlfahrt: | Hans JUNGLAS, Koblenz, |
| Verkehr und Wiederaufbau: | Willy FELLER, Ludwigshafen, |
| Ernährung und Landwirtschaft: | Landwirt Oskar STÜBINGER, Drohhof bei Landau. |

Das neugebildete Land umfasst eine Fläche von rund 20.000 qkm mit rd. 2,8 Mill. Einwohnern und besteht im wesentlichen aus den Kernland dreier deutscher Kurfürstentümer: Kur Mainz, Kur Trier und Kur Pfalz. Das Land ist altes deutsches Kulturland, dessen Geschichte umschattet ist von den und mit den Konflikten zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn. Die Regierung betrachtet es als ihre geschichtliche Aufgabe, das Land zu einem Bindeglied und nicht zu einer Schranke gegenüber den westlichen Nachbarn werden zu lassen.

# Regierungsbezirk oder Provinz mit Sonderrechten? Das Ringen um den Status der Pfalz 1945-1947

Hans Fenske

## Die Lösung der Pfalz von Bayern

Kaum waren die Nationalsozialisten 1933 an die Macht gelangt, wurde die Zugehörigkeit der Pfalz zu Bayern in Frage gestellt. Im ersten Heft der neugegründeten Zeitschrift 'Die Westmark' fand sich im Oktober 1933 ein Plädoyer dafür, mit der bisherigen deutschen Staatenwelt Schluß zu machen und das Reich in „eine natürliche Föderation der gewachsenen Landschaften" umzugestalten[1]. Eine dieser Landschaften sollte die räumlich kräftig - auf jeden Fall um das Saarland - zu erweiternde Pfalz sein. Zäh und zielstrebig war Gauleiter Josef Bürckel in der Folge bemüht, die Pfalz von Bayern zu lösen und sie zum Kern eines südwestdeutschen Territoriums zu machen. Dabei stützte er sich vor allem auf seine Stellung als Reichskommissar für das Saarland, die er ab 1935 innehatte. 1940 erreichte er die Zusammenlegung der Dienststelle des Reichskommissars und des Speyerer Regierungspräsidiums mit Sitz in Saarbrücken, wenig später, nach dem Frankreich-Feldzug, wurde er Chef der Zivilverwaltung in Lothringen und erhielt im März 1941 die Amtsbezeichnung 'Reichsstatthalter in der Westmark'[2]. Anfang 1942 erklärte der bayerische Innenminister sogar, der „Herauslösung der Pfalz aus Bayern und ihrer Vereinigung mit der Westmark" stehe nichts im Wege[3]. Bürckel konnte hoffen, bei Kriegsende sein Ziel zu erreichen. Dieses Kriegsende erlebte er freilich nicht mehr. Er starb im September 1944, zu einem Zeitpunkt, als klar abzusehen war, daß das Reich einer schwere Niederlage entgegenging und bedingungslos kapitulieren müsse. Ende März 1945 wurde die Pfalz von amerikanischen Truppen besetzt, ihre Südostecke - die Städte Speyer und Landau und die Kreise Speyer, Germersheim, Landau und Bergzabern - freilich kurz darauf den Franzosen überlassen. Es zeigte sich sehr schnell, daß der territoriale status quo ante nicht wiederhergestellt werden, die Pfalz von Bayern getrennt bleiben würde. Die während des Krieges in den Vereinigten Staaten angestellten Planungen sahen für jedes größere Land und für jede preußische Provinz

1 Emil Franz Rasche, Westmark und Reich, in: Die Westmark. Monatsschrift des Volksbildungsverbands Pfalz-Saar 1 (1933/34), 1. Heft, S. 41-44, Zitate S. 43f.

2 Vgl. Hans Fenske, Josef Bürckel (1895-1944), in: Pfälzer Lebensbilder, Bd.6, Speyer 2001, S. 321-350.

3 HStA München, MA 105 291: Wagner an Bürckel, 7.1.1942.

einen Militärregierungsbezirk vor. Freilich wurden die alten Verwaltungsgrenzen nicht überall strikt berücksichtigt. Neben Bayern war ausdrücklich auch ein Bezirk Westmark-Südhessen vorgesehen[4]. Das hier für die Militärverwaltung zuständige Detachment nahm Mitte April seinen Sitz in Neustadt an der Haardt. Unmittelbar nach der Gesamtkapitulation wurde am 9. Mai der frühere Oberbürgermeister von Mannheim, der Sozialdemokrat Hermann Heimerich, an die Spitze der deutschen Verwaltung in Westmark-Südhessen berufen. Die Region hieß nunmehr amtlich Saarland-Pfalz-Südhessen, und die Behörde firmierte als 'Der Oberpräsident'[5].

Die Ernennung gerade dieses Mannes mußte alle diejenigen ermutigen, die eine Änderung der innerdeutschen Grenzen am Oberrhein für sinnvoll hielten, und diejenigen befremden, die zu den früheren territorialen Verhältnissen zurückwollten. Heimerich hatte, nachdem er im April 1928 seinen Dienst an der Spitze der Stadtverwaltung Mannheim aufgenommen hatte, sehr schnell die Überzeugung gewonnen, daß Mannheim durch seine Lage im äußersten Nordwesten Badens und unmittelbar an den Grenzen zu Hessen und der bayerischen Pfalz wirtschaftlich schwer geschädigt würde und daß überdies die badischen Zentralbehörden in Karlsruhe dazu neigten, seine Stadt zu benachteiligen. Diese Eindrücke hatten ihn zu einem eifrigen Befürworter der Reichsreform in unitarischem Sinne gemacht und ihn veranlaßt, wenigstens für mehr Durchlässigkeit der Grenzen zu kämpfen, wenn sie schon nicht aufgehoben werden konnten[6]. Jetzt, im Mai 1945, sah er die Stunde gekommen, seine früheren regionalpolitischen Bestrebungen wieder aufzunehmen. Schon in der Rede während seiner Amtseinführung am 18. Mai kam er auch auf dieses Thema zu sprechen: „Die uns allen bedeutsam erscheinende Frage der Eingliederung von Mannheim, Heidelberg und des badischen Baulandes in den Bereich des Oberpräsidenten wurde von uns natürlich aufgeworfen, indem wir auf die historische und wirtschaftliche Verflechtung der Gebiete der alten Kurpfalz verwiesen

4 Conrad F. Latour/Thilo Vogelsang, Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944-1947, Stuttgart 1973, S. 37.

5 Ulrich Sprengorum, Entstehung und Aufbau der Verwaltung in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1947), Berlin 1982, S. 53ff.

6 Hermann Heimerich, Lebenserinnerungen eines Mannheimer Oberbürgermeisters, aus dem Nachlaß hrsg. u. bearb. v. Jörg Schadt, Stuttgart 1981, S. 65; Manfred Peter Heimers, Unitarismus und süddeutsches Selbstbewußtsein. Weimarer Koalition und SPD in Baden in der Reichsreformdiskussion 1918-1933, Düsseldorf 1992, S. 278-281.

haben", aber zur Zeit könne diese Frage nicht diskutiert werden[7]. Gleichwohl warb er auch weiterhin für die Idee, das Saarland, die Pfalz, das südliche Hessen und Nordbaden einheitlich zusammenzufassen. Mit Ludwig Bergsträsser, der von den Amerikanern mit dem Wiederaufbau der Verwaltung in Hessen beauftragt worden war, knüpfte er deshalb Verhandlungen an. Auf amerikanischer Seite fand er für sein Konzept zunächst Interesse, dann aber wurden die Militärregierungsbezirke neu abgegrenzt und das von Neustadt aus verwaltete Gebiet um die preußischen Regierungsbezirke Koblenz und Trier erweitert. Das neue Gebilde erhielt den Namen Mittelrhein-Saar, die Spitzenbehörde hieß fortan Oberregierungspräsidium, dem Regierungspräsidenten in Trier, Koblenz, dem Saarland, der Pfalz und Rheinhessen nachgeordnet sein sollten[8]. Formell wurde die Neuorganisation am 1. Juni vollzogen, Heimerich zum Oberregierungspräsidenten bestellt. Regierungspräsident in Neustadt sollte der Ludwigshafener Oberbürgermeister Hans Hoffmann werden, ein Sozialdemokrat, der vor 1933 als hauptamtlicher Stadtrat in Kiel kommunalpolitische Erfahrungen gesammelt hatte. Da er in Ludwigshafen aber nicht abkömmlich war und es aus technischen wie personellen Gründen unmöglich schien, eine neue Mittelbehörde zu errichten, hatte das Regierungspräsidium nur eine papierene Existenz.

Zu diesem Zeitpunkt war es auf amerikanischer Seite längst klar, daß die soeben getroffene Regelung nur interimistisch gelten würde. Nachdem im Februar in Jalta beschlossen worden war, auch den Franzosen eine eigene Besatzungszone zuzuweisen und das amerikanisch und britisch okkupierte Gebiet entsprechend zu verkleinern, hatten Besprechungen zwischen den drei Westmächten darüber in der European Advisory Commission in London stattgefunden; sie waren am 2. Mai im wesentlichen beendet. Daß es mit der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen Amerikanern und Franzosen über die Resultate der Verhandlungen dann noch bis zum 22. Juni dauerte, ergab sich aus dem Wunsch des französischen Staatschefs de Gaulle, zu einem für Frankreich günstigeren Ergebnis zu kommen. Erst die Einstellung von Hilfslieferungen aus den Vereinigten Staaten bewirkte schließlich sein Einlenken und ermöglichte den Vertragsabschluß[9]. Verein-

7 Quellen zum Neubeginn der Verwaltung im rheinisch-pfälzischen Raum unter der Kontrolle der amerikanischen Militärregierung April bis Juli 1945, bearb. v. Hans-Jürgen WUNSCHEL, Mainz 1985, Dok. 19, S. 48-77: Konferenz der Angehörigen der Provinzialregierung... am 18.5.1945, das Zitat S. 55f.

8 SPRINGORUM (wie Anm. 5) S. 80ff.; Georg KRATZ, Mittelrhein-Saar, Stuttgart 1954, S. 32.

9 LATOUR/VOGELSANG (wie Anm. 4), S. 74, SPRINGORUM (wie Anm. 5), S. 97-102.

barungsgemäß wurde die Provinz Mittelrhein-Saar am 10. Juli an die Franzosen übergeben. Die schon seit März französisch verwalteten südöstlichen Gebietskörperschaften der Pfalz wurden ihr nun wieder eingegliedert.

## Zur ‚Vorgeschichte' von Rheinland-Pfalz

Die französische Deutschlandpolitik ging zu diesem Zeitpunkt davon aus, daß Deutschland sich für geraume Zeit nicht selbst regieren könne und deshalb entsprechend lange besetzt bleiben müsse. Während dieser Zeit sollte es beträchtliche Reparationen an die Siegermächte leisten und darüber hinaus durch vielerlei Maßnahmen so umstrukturiert werden, daß es machtpolitisch ganz erheblich an Bedeutung verlor und dem europäischen Frieden künftig nicht mehr gefährlich werden konnte. Unmittelbar vor der französischen Ostgrenze wollten die maßgeblichen Politiker in Paris eine Sicherheitszone bilden, einmal durch eine langwierige Besetzung des linksrheinischen Deutschland, zum anderen durch die Herauslösung dieser Gebiete aus dem deutschen Gesamtverband, und zwar unter Einbeziehung der rheinisch-westfälischen Industrieregion. Das Saarland sollte an Frankreich fallen. Das übrige Deutschland zwischen Rhein und Oder sollte nur locker föderiert werden[10].

In seiner ersten Sitzung am 20. Juli 1945 befaßte sich das Comité interministériel des Affaires Allemandes et Autrichiennes, in dem alle von Besatzungsfragen berührten Ministerien zusammenarbeiten sollten, mit der künftigen Gliederung der Französischen Zone. De Gaulle unterstrich, daß man unter Beachtung der bestehenden Verwaltungsgrenzen Einheiten wie Hessen, die Pfalz, die Region um die Mosel, das Saargebiet, Baden und Württemberg wiederbeleben solle[11]. So beschloss man fünf Provinzen. Im Süden wurden die südlichen Teile der alten Länder Baden und Württemberg jeweils zu einer Verwaltungseinheit zusammengefaßt, letztere einschließlich des früher preußischen Hohenzollern unter dem Namen Württemberg-Hohenzollern. Im Norden wurde Mittelrhein-Saar ab Ende Juli in drei Teile zerschlagen. Die Regierungsbezirke Trier und Koblenz wurden unter Einbeziehung der vier nassauischen Kreise um Montabaur als Rheinland-Hessen-Nassau organisiert. Das Saargebiet wurde ein besonderer Verwaltungsbereich. Der weiterhin unter dem Oberregierungspräsidium in Neustadt stehende Süden von Mittelrhein-Saar erhielt zunächst den Namen

10 Heinrich Kuppers, Staatsaufbau zwischen Bruch und Tradition. Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1946-1955, Mainz 1990, S. 34-41.

11 Rainer Hudemann, Entstehung des Landes und seiner Verfassung, in: Peter Haungs (Hrsg.), 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde, Mainz 1986, S. 65-92, hier S. 66.

Pfalz-Hessen und hieß ab Ende August Hessen-Pfalz. An der Spitze des Oberregierungspräsidiums stand von Anfang Juli bis Ende September Hans Hoffmann. Ihn hatte vermutlich Heimerich vorgeschlagen, den die Amerikaner kurz vor dem Wechsel der Besatzungsmacht zum Amtsverzicht gedrängt hatten, wohl, weil sie ihn an anderer Stelle einsetzen wollten. Die Ablösung Hoffmanns schon nach wenigen Monaten kam überraschend. Sie könnte damit zusammenhängen, daß er sich allzu beharrlich für die Erweiterung der deutschen Kompetenzen eingesetzt und sich auch sonst den Franzosen gegenüber „als wenig gefügig" gezeigt hatte, der entscheidende Grund für den neuerlichen Wechsel dürfte jedoch die bevorstehende Reise de Gaulles in die Französische Zone gewesen sein. Da Hoffmann während des Krieges beim Reichsstatthalter Westmark/Chef der Zivilverwaltung Lothringen gearbeitet hatte, glaubte man, ihn „de Gaulle bei seinem Besuch in Neustadt am 3. Oktober als deutschen Verwaltungschef nicht vorstellen zu können"; zudem war ein öffentlicher Widerspruch Hoffmanns gegen de Gaulles politische Vorstellungen nicht auszuschließen[12].

Neuer Oberregierungspräsident wurde am 1. Oktober „der grundsatztreue Katholik" Otto Eichenlaub, ein promovierter Volkswirt, der nach dem Studium zunächst als Journalist und während des Dritten Reiches bei der Industrie- und Handelskammer Ludwigshafen gearbeitet hatte. Auf Anregung des Speyerer Bischofs Josef Wendel hatte ihn Heimerich zur Mitarbeit herangezogen, und Hoffmann hatte ihn Mitte Juli zum Pressechef gemacht. Er stand dem politischen Katholizismus nahe, der sich gerade zur Wiederherstellung der alten Rivalität von Zentrum und Bayerischer Volkspartei anschickte. Dabei gehörte er zur bayerischen Fraktion. Er war einer derjenigen, die im Winter 1945/46 die Gründung einer Christlich-Sozialen Union betrieben. Als das nicht genehmigt wurde, trat er der später in CDU umbenannten Christlich-Demokratischen Partei bei[13]. Zu seinem Stellvertreter wurde von der Besatzungsmacht ohne Anhörung der deutschen Seite der zuletzt als Bürgermeister von Edenkoben tätige Journalist Carl Felix Koch berufen.

In der Folge deutete alles darauf hin, daß sich Hessen-Pfalz, territorial fast identisch mit dem heutigen Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, zu einem Land entwickeln sollte. Schließlich waren Rheinland-Hessen-Nas-

12 SPRINGORUM (wie Anm. 5), S. 172.

13 Werner SCHINELLER, Dr. Otto Eichenlaub, in: DERS., Die Regierungspräsidenten der Pfalz, Speyer 1980, S. 80f., das Zitat S. 80; SPRINGORUM (wie Anm. 5), S. 119, Anm. 21; zu Eichenlaubs Bemühungen um die CSU Heinrich KUPPERS, Die Entstehung und Selbstbehauptung von Rheinland-Pfalz als Bundesland, in: Jb.f.westdt. Landesgeschichte 12 (1986), S. 213-260, hier S. 229, Anm. 56.

sau und Hessen-Pfalz verwaltungsmäßig nur noch durch eine für beide Gebiete zuständige Reichsbank-Filiale in Kaiserslautern verbunden[14]. Dieser Prozeß der Ausbildung eines Liliputstaates[15] stieß auf deutscher Seite keineswegs auf Begeisterung. Man vollzog ihn nur sehr zögernd mit, und viele fürchteten, daß am Ende eine gänzliche Trennung von Deutschland stehen könnte. Der sich regende Neoseparatismus, mit dem auch Carl Koch sympathisierte[16], wurde nach Meinung vieler deutscher Beobachter von der Besatzungsmacht gefördert. Bei seiner retardierenden Politik konnte sich das Oberregierungspräsidium auf den im Dezember 1945 gebildeten Überparteilichen Ausschuß stützen, in dem jeweils zwei Vertreter der zugelassenen Parteien mit leitenden Angehörigen der Administration zur Beratung wichtiger Fragen zusammentraten. Mitte April 1946 schien die Errichtung des Landes Hessen-Pfalz vor dem Abschluß zu stehen. Die Militärregierung in Neustadt wies das Oberregierungspräsidium an, ein Kabinett zu bilden, sich in eine oberste Verwaltungsbehörde umzuwandeln und das Regierungspräsidium Pfalz wiederherzustellen. Eichenlaub behandelte auch dieses Ansinnen dilatorisch[17].

In Paris und in Baden-Baden, dem Sitz des Zonenbefehlshabers Pierre Koenig und der französischen Verwaltungsbehörden für die gesamte Zone, wurde seit Monaten darüber diskutiert, wie weit man bei der Dezentralisierung gehen könne. Insbesondere wirtschaftliche und finanzielle Argumente sprachen gegen sehr kleine Länder. So gewann die Auffassung zunehmend an Boden, daß es im Nordteil des Besatzungsgebietes nur ein Land geben solle. Bedenken dagegen trug vor allem der Gouverneur für Rheinland-Hessen-Nassau, Claude Hettier de Boislambert, vor. Er verwies darauf, daß ein solches an Mittelrhein-Saar anknüpfendes Gebilde zu heterogen sein werde, um lebensfähig sein zu können. Auch Koenig meinte, daß die verschiedenen Regionen in der Nordzone zu wenig Gemeinsames hät-

---

14 SPRINGORUM (wie Anm. 5), S. 172.

15 Hans J. WUNSCHEL, Drei Dokumente zur Geschichte der pfälzischen Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Mitt.d.Hist.Vereins d.Pfalz 72 (1974), S. 97-119, dort S. 105-117; Friedrich Profit, Ein politischer Lagebericht aus der Pfalz, Ende 1946; der Ausdruck Liliputstaat S. 111.

16 Er war bei der ersten Großkundgebung der Separatisten am 26. Mai 1946 in der Fruchthalle Kaiserslautern einer der Hauptredner, vgl. Hans-Jürgen WUNSCHEL, Der Neoseparatismus in der Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Hansmartin SCHWARZMAIER (Hrsg.), Landesgeschichte und Zeitgeschichte: Kriegsende 1945 und demokratischer Neubeginn am Oberrhein (Oberrheinische Studien, Bd.V), Karlsruhe 1980, S. 249-327, hier S. 278-281.

17 SPRINGORUM (wie Anm. 5), S. 127f.; zum Überparteilichen Ausschuß ebd., S. 134-138.

ten, um zusammengefaßt werden zu können[18]. Am 8. April 1946 fiel im Pariser Außenministerium jedoch die Vorentscheidung für die Gründung von Rheinland-Pfalz, und ab Mai trat in Baden-Baden wiederholt eine Kommission zur Vorbereitung des Landes zusammen. Auch jetzt noch hielt Generalverwalter Emile Laffon weiter an der Ansicht fest, daß eine territoriale Kleingliederung besser sei als ein einziges Land. Auch Koenig tat sich schwer damit, den Wandel der Auffassungen am Quai d'Orsay nachzuvollziehen. Bis in das Jahr 1947 hinein blieb er der Ansicht, daß Rheinland-Pfalz eine besondere Stellung zu Deutschland haben müsse und Frankreich besondere Rechte in Rheinland-Pfalz. Der Errichtung des Landes aber widersprach er nicht mehr. Gemäß der am 12. August in Paris getroffenen definitiven Entscheidung erklärte er knapp drei Wochen später, er habe „die Schaffung eines Landes beschlossen, dessen Hauptstadt Mainz sein und das die gegenwärtig zu den Oberpräsidien Hessen-Pfalz und Rheinland-Hessen Nassau gehörenden Regierungsbezirke umfassen wird". Die Deklaration verwies sodann auf die beigefügte (und wie die Erklärung in Paris formulierte) Verordnung Nr. 57 und schloß mit der Bemerkung, die Bevölkerung solle dieses neue Land, „auf demokratischer Grundlage unter Beachtung der heimischen Überlieferungen und Bestrebungen, z.B. in der Pfalz", organisieren[19]. Die Verordnung Nr. 57 definierte Rheinland-Pfalz territorial und kündigte eine beratende Versammlung an, die im Einvernehmen mit der spätestens am 30. November zu bildenden vorläufigen Regierung die einem Volksentscheid zu unterwerfende Verfassung ausarbeiten würde. Die Verfassung sollte „insbesondere die Beziehungen zwischen den verschiedenen Teilen des neuen Landes festlegen". Eine Gemischte Kommission aus Angehörigen der beiden Oberpräsidien sollte die Arbeit der beratenden Versammlung vorbereiten und über die Verwaltung in der Übergangszeit bis zum Inkrafttreten der Verfassung entscheiden[20].

---

18 Kuppers, Staatsaufbau (wie Anm. 10), S. 18; Hudemann, Entstehung (wie Anm. 11), S. 70.

19 Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz während der französischen Besatzung März 1945 bis August 1949, bearb. v. Peter Brommer, Mainz 1985, S. 193f.; Erklärung bezüglich der Schaffung eines rhein-pfälzischen Landes; das Zitat S. 194; Springorum (wie Anm. 5), S. 229. Sehr prägnant zur Landesgründung Hudemann, Entstehung (wie Anm. 11), S. 71-75. Die entsprechende Darstellung bei Springorum (wie Anm. 5), S. 170-174 sieht den Gründungsakt unter Ausklammerung der Vorgeschichte vornehmlich als Reaktion auf die Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen wenige Wochen vorher.

20 Verordnung Nr. 57 bei Brommer, Quellen (wie Anm. 19), S. 195; Springorum (wie Anm. 5), S. 230.

Erklärung und Verordnung überraschten die deutsche Öffentlichkeit und stießen kaum auf Zustimmung. Bei der am 3. September in Koblenz vollzogenen Bildung der Gemischten Kommission verzichteten die Deutschen freilich auf jeden Widerspruch. Die SPD Hessen-Pfalz jedoch überreichte wenige Tage später der Militärregierung in Neustadt eine Erklärung, in der sie feststellte, daß Rheinland-Pfalz ohne Fühlungnahme mit deutschen Politikern gebildet worden sei. Weiter hieß es, die politische Gestaltung Deutschlands solle durch den Friedensvertrag und in Zusammenarbeit mit den deutschen demokratischen Kräften geregelt werden. Die jetzige Organisation der Länder schaffe Staatengebilde, „die der deutschen Reaktion im Vorhinein die politische Mehrheit in der Gesamtgestaltung der deutschen Politik und Wirtschaft sichert". Die Zusammensetzung der Gemischten Kommission wollte die SPD nicht anerkennen[21]. Ein entsprechender Protest der SPD Rheinland-Hessen-Nassau wurde aus irriger Lageeinschätzung sogleich wieder zurückgezogen.

Als der Staatssekretär des französischen Außenministeriums Schneiter in Anwesenheit Koenigs und des Anfang Juni ernannten Militärgouverneurs für Hessen-Pfalz, André Brozen-Favereau, am 7. September in Neustadt je einen Vertreter der Parteien empfing, nutzte Franz Bögler, einer der beiden SPD-Vorsitzenden des Bezirks Pfalz, die Gelegenheit auch zu einem mündlichen Protest. Die Länderbildung dürfe nicht auf der Grundlage der mehr oder minder zufällig oder aus militärischen Gründen entstandenen Besatzungszone vollzogen werden. „Die Zonengrenzen könnten nicht ohne weiteres zu politischen Grenzen gemacht werden". Schneiter wies diese Haltung als antifranzösisch zurück[22]. Auf Drängen Brozen-Favereaus nahm die SPD ihre Eingabe schon am 9. September zurück.

## Die Gemischte Kommission

Die Gemischte Kommission überging den Hinweis auf die Pfalz in der Erklärung Koenigs vom 30. August zunächst stillschweigend. Ihr am 3. September gebildeter, aus sechs Personen bestehender Verfassungsausschuß folgte der Anregung von Adolf Süsterhenn, der zusammen mit seinem Parteifreund Ernst Biester einen zunächst nicht ganz vollständigen Vorentwurf

21 Erklärung des SPD-Bezirks Hessen-Pfalz zur Schaffung des Landes Rheinland-Pfalz, v. 5.9.1946 bei Brommer, Quellen (wie Anm. 19), S.200f. Von den 12 Angehörigen der Kommission sollte die CDU 6 stellen, die SPD nur 4, die KPD und der Soziale Volksbund jeweils einen, vgl. ebd. S. 196-200: Niederschrift Eichenlaubs über die Bildung der gemischten Kommission.

22 Ebd., S. 202f.: Niederschrift Böglers über das Gespräch der pfälzischen Parteivertreter mit Schneiter.

erarbeitet hatte, und beschloß, daß alle Regierungsbezirke Selbstverwaltung erhalten sollten, da der Gedanke der Autonomie von der Bevölkerung aller anderen Landesteile ebenso bejaht werde wie in der Pfalz. Der Verwaltungsausschuß war anderer Ansicht. Er hielt Selbstverwaltung auf Provinz- und Bezirksebene nicht für erforderlich. Beide Gremien waren sich darüber einig, daß eine zweite Mittelinstanz unnötig sei[23]. Diese Ansichten wurden von Boislambert kritisiert. Bei der Kommissionssitzung am 11. November in Koblenz wies er darauf hin, daß der Anregung Koenigs bisher nicht Rechnung getragen worden sei, und beharrte darauf, daß die Pfalz den Charakter einer Provinz behalte. An ihrer Spitze solle ein Staatssekretär stehen, der „auf Vorschlag des Provinzial-Landtags durch den Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz ernannt werden" sollte. Damit waren die französischen Wünsche klipp und klar bezeichnet. Boislambert erteilte der Gemischten Kommission den Auftrag, sich erneut mit der Frage zu befassen und entsprechende Formulierungen zur Einfügung in die Landesverfassung vorzulegen. Einige Tage später fand bei Oberst Magniez von der Militärregierung in Neustadt eine weitere Sitzung zum Thema Pfalz statt. Dort wurde die Weisung Laffons ausgesprochen, daß „sofort die Konstituierung des Staatssekretariats Pfalz zu erfolgen hätte" und daß Eichenlaub als Staatssekretär fungieren solle. Zudem ließ Laffon mitteilen, daß der I. Abteilung, Inneres, ein Sozialdemokrat, der II. Abteilung, Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung, ein Angehöriger des Sozialen Volksbundes, in dem sich die Liberalen gesammelt hatten, der III. Abteilung, Soziales, ein Kommunist, und der IV. Abteilung, Entnazifizierung, Oberregierungsvizepräsident Dr. Koch vorstehen sollte[24]. Darüber hielt Eichenlaub Rücksprache mit führenden Persönlichkeiten der CDU und meldete danach für seine Partei weitere Personalforderungen an. Vor allem gegen Koch als Kommissar für Entnazifizierung machte er Front. Dies sei „der bestgehaßte Mann in der Pfalz", er werde von weiten Kreisen der Bevölkerung abgelehnt. Abschließend stellte er unter Hinweis auf das Resultat der Kommunalwahlen fest, daß die Besetzung der Position des Staatssekretärs und der

23 Franz-Josef HEYEN, Der Vorentwurf einer Verfassung von Adolf Süsterhenn und dessen Beratung in der Gemischten Kommission sowie in deren Unterausschuß für Verfassungsfragen, in: Helmut KLAAS (Bearb.), Die Entstehung der Verfassung für Rheinland-Pfalz. Eine Dokumentation, Boppard 1978, S. 71-128, dort S. 105-108 das Protokoll der Sitzung des Verfassungsausschusses am 21.9.1946, S. 108-112 dasjenige der Sitzung am 4.10.1946, die Bemerkungen über die Selbstverwaltung S. 107 und S. 110. Das Protokoll der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 26.9.1946 bei BROMMER, Quellen (wie Anm. 19), S. 218f.

24 Ebd., S. 285-287: Denkschrift Eichenlaubs für die Militärregierung in Neustadt, 27.11.1946, die Zitate S. 286.

Abteilung Inneres durch Mitglieder der CDU die conditio sine qua non für eine Beteiligung an der Konstituierung des Staatssekretariats Pfalz sei. Werde den Wünschen der Partei nicht stattgegeben, „sähe sie sich außerstande, die politische Verantwortung im Staatssekretariat Pfalz mit zu übernehmen und zu tragen und müßte ihre Vertreter aus der Regierung zurückberufen"[25].

Bei der von dem Koblenzer Oberpräsidenten Wilhelm Boden geleiteten Sitzung der Gemischten Kommission am 28. November stand das Thema Pfalz erneut auf der Tagesordnung. Eichenlaub sprach über die besondere Stellung des Regierungsbezirks im Rahmen Bayerns und verwies auf die seit langem bestehenden Selbstverwaltungsrechte. Daraus könne die Pfalz den Anspruch auf eine gewisse Sonderstellung auch in Rheinland-Pfalz ableiten. Sie müsse den Charakter einer Provinz mit einem Staatssekretär, drei oder vier Provinzialdirektoren und einem Provinziallandtag erhalten, letzterer habe bei der Bestellung des Staatssekretärs und der Provinzialdirektoren mitzuwirken. Im einzelnen forderte Eichenlaub Sonderrechte auf dem Gebiete des Polizeiwesens ausschließlich der Kriminalpolizei, des Straßenbaus, der öffentlichen Gesundheitspflege, der Finanzverwaltung und des Bildungswesens. Dem pflichteten die pfälzischen Kommissionsmitglieder, die beiden Präsidialdirektoren Karl Zimmermann und Ludwig Ritterspacher, bei, aber ihre rheinischen Kollegen widersprachen, weil „durch die Bewilligung der geforderten Sonderrechte der einheitliche Aufbau und die Geschlossenheit des neuen Landes in Frage gestellt sei" und dann auch andere Regierungsbezirke ihre Wünsche anmelden könnten. Mit seinem Verlangen nach Abstimmung drang Eichenlaub nicht durch - die Pfälzer waren in der Kommission in der Minderheit. Nach längerer Aussprache[26] einigte man sich auf eine Formulierung des Protokolls, die die großen Meinungsverschiedenheiten aussparte. Es wurde das grundsätzliche Einverständnis auch der rheinischen Kommissionsmitglieder konstatiert und die entsprechende Änderung des inzwischen weit fortgeschrittenen Verfassungsentwurfs in Aussicht genommen[27]. Am wichtigsten waren dabei

25 Ebd., S. 287.

26 Die Mitteilungen über Eichenlaubs detaillierte Forderungen sind in der von Boden bei der Sitzung der Gemischten Kommission am 7.12.1946 in Neustadt verlesenen, von Eichenlaub, Zimmermann und Ritterspacher beantragten Ergänzung des Protokolls der Sitzung vom 28. November enthalten, ebd., S. 317-319, hier S. 317.

27 Der Vorentwurf Süsterhenns bei KLAAS (wie Anm. 23), S.83-103. Ebd. S.355-359 Synopse der Entwürfe einer Verfassung für Rheinland-Pfalz. Hier werden nebeneinander der Vorentwurf der Gemischten Kommission, der Text nach der ersten Lesung im Verfassungsausschuß der Beratenden Landesverfassung (Entwurf I) und nach der zweiten Lesung (Entwurf II) sowie die schließlich verabschiedete Landesverfassung abgedruckt.

Ergänzungen zu den Art. 181 und 182. Art. 181 sollte ein Absatz 3 hinzugefügt werden: „Die Pfalz behält die Aufgaben, die ihr als staatlicher Verwaltungsbezirk und Selbstverwaltungskörperschaft von Bayern in der Vergangenheit eingeräumt waren, und übernimmt dazu die Verwaltung der Domänen und Forsten als weitere Selbstverwaltungsaufgabe." Der in Art. 182 hinzuzusetzende Absatz 8 sprach sich über den zu schaffenden Provinziallandtag und über die Bestellung des Staatssekretärs und der Provinzialdirektoren aus. Ersterer solle vom Staatspräsidenten auf Vorschlag des Provinziallandtags, letztere vom Staatssekretär mit Zustimmung des Provinziallandtags ernannt werden. Die Kommission billigte diese Formulierungen einstimmig[28].

Wenige Tage später wurde der vorläufige Ministerrat gebildet. Boden übernahm das Präsidium. Das Kabinett befaßte sich am 5. Dezember mit der Materie und war einmütig der Ansicht, „daß der Pfalz keine Sonderrechte, sondern nur eine Sonderstellung einzuräumen sei". Dem stimmten auch die aus der Pfalz kommenden Minister Hans Haberer und Oskar Stübinger, beide CDU, und Willy Feller, KPD, zu[29]. Sehr dezidiert äußerte sich Stübinger. Er wollte sein Amt nur unter der Bedingung führen, daß eine Sonderstellung der Pfalz nicht in Frage komme und Rheinland Pfalz ein Ganzes bilde. Wegen dieses Votums wurden die Minister aus der Pfalz am nächsten Tage von Offizieren des französischen Sicherheitsdienstes aufgesucht und nochmals auf die in der Deklaration Koenigs und der Verordnung Nr. 57 ausgesprochenen Anregungen hinsichtlich der Pfalz aufmerksam gemacht, ohne daß das einen Sinneswandel bewirkt hätte. Stübinger gehörte an sich zu denjenigen, die die Eigenarten der Pfalz berücksichtigt wissen wollten. Wenn er sich ganz auf die Seite der Landesregierung stellte, so tat er das „notgedrungen", weil er den Separatismus fürchtete[30].

In der Gemischten Kommission führte die Pfalzfrage am 7. Dezember erneut zu einer lebhaften Debatte. Ministerpräsident Boden, der die Sitzung leitete, machte Bedenken gegen die Errichtung eines pfälzischen Staatssekretariats geltend und hielt es auf jeden Fall für untunlich, die der Pfalz

28 Brommer, Quellen (wie Anm. 19), S. 290-295: Sitzung der Gemischten Kommission in Koblenz, 28.11.1946, Zitat S. 293.

29 Ebd., S. 316-319: Sitzung der Gemischten Kommission, 7.12.1946, hier S. 317, Mitteilung von Innenminister Steffan.

30 Ebd., Aktenvermerk von Direktor Hennrich über ein Gespräch mit Stübinger am 14.12.1946; vgl. Hans-Jürgen Wunschel, Der Versuch Frankreichs, eine Sonderstellung der Pfalz in der rheinland-pfälzischen Verfassung zu verankern, in: Pfälzer Heimat 29 (1978), S. 142f.

zu gewährenden Rechte jetzt schon näher zu bestimmen. Das könne nur deklaratorisch in der Form geschehen, wie es die Kommission am 28. November getan habe. Alles weitere müsse einem besonderen Ausführungsgesetz vorbehalten bleiben. Ebenso hatte er sich am Tag zuvor bei einem zusammen mit Eichenlaub geführten Gespräch mit Vertretern der Militärregierung geäußert, und in diesem Sinne bestätigte die Kommission nun ihren Beschluß von Ende November. Erst nach Inkrafttreten der Verfassung „könnten nach Anhörung des Provinziallandtags der Pfalz und mit Zustimmung des endgültigen Landtags durch ein Ausführungsgesetz die Rechte der Pfalz im einzelnen festgelegt werden"[31]. Besondere Aufmerksamkeit wurde während dieser Erörterungen den finanziellen Beziehungen zwischen der Pfalz und dem Land gewidmet. Man konnte nicht ausschließen, daß die Pfalz ihr Steueraufkommen, das höher war als das der anderen Regierungsbezirke, für sich selbst verwenden wollte. Dazu sagt Boden, daß die Einheitlichkeit der Finanzverwaltung eine nicht aufzugebende Bedingung für die Herstellung des Landes sei. Darüber herrschte Einmütigkeit. Immerhin wollte man der Pfalz, wie schon am 28. November mit Art. 181,3 zum Ausdruck gebracht, bei der Verwaltung der Forsten gewisse Rechte einräumen. Am Schluß der Sitzung wurde Eichenlaub auf Vorschlag Bodens mit der Ausarbeitung einer bis zur Überleitung der pfälzischen Verwaltung auf das Land geltenden Geschäftsordnung für die Provinzialregierung beauftragt.

## Eichenlaubs Pfalzpläne und deren Resonanz

Diesem Wunsch kam Eichenlaub innerhalb kurzer Zeit nach. Schon am 21. Dezember legte er der Militärregierung in Neustadt seinen Entwurf vor, und am 24. Dezember leitete er ihn auch dem Ministerpräsidenten zu. Beigefügt waren Abänderungsvorschläge zur Landesverfassung und einige erläuternde Materialien. Er wollte die Sonderstellung seines Bezirks in der Verfassung deutlicher zum Ausdruck bringen als die Gemischte Kommission. So sollte Art. 128 bestimmen, daß „Gesetze und sonstige Rechtsvorschriften, die eine Abänderung des vor dem Jahre 1933 in der Pfalz geltenden Rechtes enthalten, der Zustimmung des Pfälzischen Provinzial-Landtags" bedürfen, ebenso alle grundlegenden Rechtsvorschriften, „die den Aufbau und die Befugnisse der Provinzialverwaltung der Pfalz sowie der pfälzischen Kreis- und Gemeindeverwaltungen betreffen". Über den Provinzialhaushalt sollten die Organe der Pfalz im Rahmen der von der Landesregierung zur Verfügung gestellten Mittel selbständig entscheiden. Be-

31 Brommer, Quellen (wie Anm. 19), S. 318f.

amte in Stellungen bis zum Gehobenen Dienst sollten ausschließlich von der Provinzialregierung, Beamte des Höheren Dienstes vom Ministerpräsidenten auf ihren Vorschlag ernannt werden. Nur die Provinzialregierung sollte Disziplinarverfahren gegen Provinzial-, Kreis- und Gemeindebeamte einleiten dürfen. Das Eigentum an allem beweglichen und unbeweglichen Vermögen des bayerischen Staates in der Pfalz, des Regierungsbezirks Pfalz und des bisherigen Bezirksverbandes sollte ausschließlich der Pfalz zustehen. Eichenlaub reklamierte des weiteren Gendarmerie und Polizei (mit Ausnahme der Kriminalpolizei) sowie das Recht zum Erlaß von Verordnungen und Polizeivorschriften, so wie es nach bisherigem bayerischen Landesrecht den Bezirksregierungen eingeräumt war. Schließlich verlangte er die Aufsicht in Kultusangelegenheiten und über sämtliche Schulen sowie über die Kranken- und Heilanstalten der Provinz Pfalz. In Art. 183 sollte es heißen: „Die alte Sonderstellung der Pfalz in der bayerischen Verfassung wird in dem neuen Staate Rheinland-Pfalz beibehalten. Die Provinz Pfalz übt die ihr zustehenden Rechte in der gleichen Weise aus, wie sie für das Land Bayern in der Weimarer Verfassung bereits vorgesehen waren"[32]. Auch im Entwurf der Geschäftsordnung wurde die besondere Stellung der Pfalz nachdrücklich unterstrichen. Der § 1 lautete: „In der Pfalz wird eine Provinzialregierung errichtet, die die oberste Verwaltungsbehörde in diesem Gebiet bildet"[33].

Argumentation und Forderungen Eichenlaubs gingen mit den historischen Realitäten sehr eigenwillig um. Anders als in der Reichsverfassung von 1871 gab es in der von 1919 für Bayern keinerlei Reservatrechte mehr. Nur in Art. 79 hieß es, daß die Wehrverfassung des deutschen Volkes unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Eigenarten durch ein Reichsgesetz einheitlich zu regeln sei. Dementsprechend sah das Wehrgesetz von 1921 Landeskommandanten vor, die nach § 12.1 innerhalb ihres Dienstbereichs auf Berücksichtigung des Landesinteresses hinzuwirken hatten[34]. Auch bei seiner Einschätzung des pfalz-bayerischen Verhältnisses vor 1939 ging Eichenlaub von manchen irrigen Annahmen aus. Als die Pfalz 1816 nach einer mehr als anderthalb Jahrzehnte währenden Zugehörigkeit zu Frankreich und einer gut zweijährigen Interimsverwaltung an Bayern fiel, hatte sie einen ganz erheblichen Modernisierungsvorsprung vor dem übrigen Königreich, da für sie das französische Recht galt. Dem König und seinem

32 Ebd., S. 328-330, das Zitat S. 330.
33 Ebd., S. 326-238, das Zitat S. 326.
34 Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI. Die Weimarer Reichsverfassung. Stuttgart 1981, S. 605f.

leitenden Minister Graf Montgelas war klar, daß an dieser Situation nichts geändert werden durfte. So wurde in einer Entschließung vom 16. Juni 1816 festgestellt: „Wir wollen an der bisherigen Verfassung, den Einrichtungen und den bestehenden Gesetzen dieser Provinz... durchaus keine Abänderung verfügen. Auch wollen wir die Verwaltung der überrheinischen Lande nach den dort bisher eingeführten Normen fortbestehen lassen"[35]. Das geschah, aber im Laufe der Jahrzehnte wurde der Unterschied zwischen dem rechts- und dem linksrheinischen Bayern durch vielerlei Reformmaßnahmen immer geringer. Dabei diente die Pfalz häufig als Vorbild. Schon 1817 wurden die Generalkreiskommissariate, die Vorläuferbehörden der Regierungspräsidien, in ganz Bayern nach dem pfälzischen Modell reorganisiert. 1828 wurde auch der Landrat, der als beratendes Gremium in Fortführung des von den Franzosen geschaffenen Departementsrats seit 1816 bestand, auf die gesamte Monarchie übertragen. 1852 wurde die Selbstverwaltung landeseinheitlich erheblich gestärkt. In jedem der damals noch Kreise genannten Regierungsbezirke wurden Kreisgemeinden gebildet, die diejenigen nötigen Einrichtungen schaffen und unterhalten sollten, die die unteren Verwaltungsbezirke, die Bezirksämter und die unmittelbaren Städte, nicht selbst tragen konnten. Die Landräte wurden Vertretungsorgane dieser Kreisgemeinden, die Ausführung der von ihnen gefaßten Beschlüsse oblag den Kreisregierungen. Die Mitglieder der Landräte wurden fortan nicht mehr vom König berufen, sondern nach einem Wahlrecht in Anlehnung an das für die Abgeordnetenkammer geltende gewählt. Das gleichzeitig erlassene Distriktratsgesetz gab auch den Bezirken kommunale Wahlkörperschaften. 1919 wurde die Selbstverwaltung neu geordnet. Die 1852 geschaffene Rechtslage wurde nicht beseitigt, sondern um das ergänzt, „was dem Geist der Zeit entsprechend als notwendig erachtet wurde"[36], wobei es nicht überall zu einer sorgfältigen Abstimmung der alten und der neuen Texte kam. Das Wahlrecht wurde modernisiert, die Staatsaufsicht reduziert. Der Aufgabenbereich war weit gesteckt. Der Selbstverwaltung war „die Pflege des geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Wohles der Einwohner und deren Erziehung zur Gemeinschaft des ganzen Volkes" zugewiesen[37]. In Stadt und Land war die Verwaltung

35 Heiner Haan (Bearb.), Hauptstaat-Nebenstaat. Briefe und Akten zum Anschluß der Pfalz an Bayern 1815/17, Koblenz 1977, S. 243-245; Entschließung Königs Maximilian I. Josef v. 16.6.1816, die Verfassung und Verwaltung der Pfalz betreffend, das Zitat S. 245.

36 Heinrich von Jan, Verfassung und Verwaltung in Bayern 1919-1926, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart XV, 1927, S. 1-50, das Zitat S. 27.

37 Art. 12 des Selbstverwaltungsgesetzes vom 22.5.1919, ebd. S. 27.

jetzt einheitlich geregelt, und zwar für beide Teile Bayerns gemeinsam[38]. Auch an der Modernisierung der Rechtspflege wurde im 19. Jahrhundert kontinuierlich gearbeitet. Die Reichsjustizgesetze von 1879 vereinheitlichten den Aufbau des Gerichtswesens für ganz Deutschland, und mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches am 1. Januar 1900 war die Pfalz vollends in ein einheitliches deutsches Rechtssystem eingefügt. Fortan gab es nur noch wenige regionale Eigentümlichkeiten, die kein besonderes Gewicht hatten.

Eichenlaubs Entwurf der Geschäftsordnung wurde von der Gemischten Kommission am 3. Januar 1947 als „völlig unbrauchbar" angesehen. Auch wurde, nach lebhafter Aussprache, sein Vorgehen und seine gesamte Haltung „einmütig mißbilligt". In der Vorabinformation der Militärregierung in Neustadt sah man einen Versuch, Landesregierung und Gemischte Kommission unter Druck zu setzen. Statt des Eichenlaubschen Vorschlags wurde ein neuer Entwurf der Geschäftsordnung zur Vorlage bei Boislambert verabschiedet; er wurde einige Wochen später genehmigt. Die Einstimmigkeit der Beschlüsse erklärt sich daraus, daß die Vertreter des Oberregierungspräsidiums wegen der schlechten Witterungsverhältnisse nicht an der Sitzung in Koblenz hatten teilnehmen können[39]. Wenig später wies Boden Eichenlaub in scharfer Form telegraphisch an, alle Beamtenernennungen sofort einzustellen und alle eingehenden Zahlungen unverzüglich der Landeshauptkasse in Koblenz zu überweisen[40]. Am 7. Januar erörterte der Ministerrat Eichenlaubs Verhalten, verurteilte es scharf als Versuch, die Einheit des neuen Landes zu zerreißen, und stellte fest, „daß das Oberregierungspräsidium Neustadt die Arbeit der Landesregierung sabotiert". Das Kabinett beschloß, „gegen diese Machenschaften mit den schärfsten Maßnahmen vorzugehen", und ermächtigte den Wirtschaftsminister Haberer, „als Beauftragter des Ministerpräsidenten in Neustadt alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Durchführung der Anordnungen der Landesregierung

38 Kurze Zusammenfassung der pfälzischen Rechtsentwicklung bei Karl Mockl. Der moderne bayerische Staat. Eine Verfassungsgeschichte vom aufgeklärten Absolutismus bis zum Ende der Reformepoche. München 1979, S. 243-250: Überblick über die Entwicklung der pfälzischen Kreisverwaltung bis 1921 bei Helmut Gembries, Verwaltung und Politik in der besetzten Pfalz zur Zeit der Weimarer Republik, Kaiserslautern 1992, S. 21-53. In der Verfassungsurkunde des Freistaates Bayern vom 14.8.1919 wird die Pfalz überhaupt nicht erwähnt.

39 Brommer, Quellen (wie Anm. 19), S. 330-334: Sitzung der Gemischten Kommission am 3.1.1947 in Koblenz.

40 Ebd., S. 333, Anm. 1: Telegramm Bodens an Eichenlaub, 4.1.1947.

erforderlich sind, insbesondere die notwendigen personellen Veränderungen zu veranlassen"[41].

Am Nachmittag dieses Tages führte Eichenlaub auf Wunsch Bodens in Koblenz mehrere Besprechungen, um die schwere Krise beizulegen. Er verhandelte zuerst in größerem Kreise mit Boden, den Ministern Steffan und Stübinger, den Regierungspräsidenten des Landes und dem Koblenzer Präsidialdirektor Rick. Die ihm gemachten Vorwürfe wies er mit Entschiedenheit zurück. Er betonte, daß er schon bei der Abtrennung Rheinhessens von der Pfalz - dieser Schritt war am 15. Oktober 1946 vollzogen worden, weil die Franzosen Mainz schon jetzt Boislambert unterstellen wollten - Vorbereitungen zur Neuordnung der pfälzischen Verwaltung getroffen und dabei klar herausgearbeitet habe, welche Abteilungen in Zukunft der Landesregierung unterstellt sein sollten. Auch habe er mit den aus der Pfalz kommenden Ministern über ihre Geschäftsbereiche gesprochen und dabei zugestanden, daß das Oberregierungspräsidium Pfalz „auf das Maß der ehemaligen pfälzischen Landesregierung" zurückgeführt werden solle; mit diesem ungenauen Terminus meinte er offenbar das alte Regierungspräsidium. Seine Erläuterungen hatten die gewünschte Wirkung. Nach Ansicht Eichenlaubs mußte Boden sich davon überzeugen, „daß alle Vorwürfe unbegründet waren"[42].

Abends waren Boden, Haberer und Eichenlaub bei Boislambert. Hier wurde über Eichenlaubs Entwurf der Geschäftsordnung verhandelt. Boden bezeichnete die §§ 1 und 8 als im Widerspruch zur rheinland-pfälzischen Verfassung stehend, wiewohl diese Verfassung noch gar nicht in Kraft war und die Geschäftsordnung nur für die Übergangszeit gelten sollte. § 1 bezeichnete, wie schon zitiert, die Provinzialregierung als oberste pfälzische Verwaltungsbehörde, § 8 gab ihr in allen Angelegenheiten des Vollzugs und in den ihr durch Gesetz und Rechtsvorschriften jeder Art zugewiesenen Entscheidungen das Recht zum selbständigen Handeln, zur Aufstellung des

41 Abdruck des Kabinettsbeschlusses ebd., S. 334, Anm. 2. Angesichts des hier gewählten scharfen Tons ist die knappe und ruhige Antwort erstaunlich, die Boden am gleichen Tage in der Beratenden Landesversammlung gab, als der SPD-Abgeordnete Ludwig aus Pirmasens anfragte, wie es zu verstehen sei, daß Eichenlaub die SPD „kürzlich" um Personalvorschläge für eine pfälzische Regierung gebeten habe. Boden zeigte sich verwundert, gab zu, über den Vorgang nichts zu wissen, bezeichnete es als Irrtum, daß die Bildung einer Provinzialregierung schon in die Wege geleitet werden solle, und verwies auf die nötige Einheit des Landes, Beratende Landesversammlung Rheinland-Pfalz, Drucksache 3, S. 3, 7.1.1947.

42 Ebd., S. 333-338; Eichenlaub an die Militärregierung in Neustadt, 9.1.1947, das Zitat S. 336.

Haushaltsplans der Pfalz und zu einer von Koblenz unabhängigen Personalpolitik. Boislambert stimmte den Bedenken Bodens zu und billigte den Koblenzer Gegenentwurf. So nahm auch Eichenlaub ihn an. Im Anschluß daran wies er auch hier die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück. Entschieden verwahrte er sich gegen die Entsendung eines Kommissars nach Neustadt und meinte, daß im Gegenteil „ein Beauftragter für Interessenwahrung der Pfalz bei der Regierung in Koblenz notwendig" sei. Halte das Kabinett an seiner Absicht fest, werde er zurücktreten. Diesen Streit erklärte Boislambert für eine innerdeutsche Angelegenheit, und Boden „gab zu verstehen, daß der Ministerrat einen neuen Beschluß herbeiführen würde"[43]. Am folgenden Tage rechtfertigte Eichenlaub sich vor der CDU-Fraktion der Beratenden Landesversammlung und erreichte ein einstimmiges Votum dahin, daß die Entsendung eines Sonderbeauftragten in die Pfalz überflüssig sei. Auch die Regierung befand nach den Erklärungen Eichenlaubs, daß seine künftige loyale Verwaltungstätigkeit gewährleistet sei. So verzichtete sie darauf, Haberer als Kommissar nach Neustadt zu schicken[44].

Damit war die jäh entstandene Spannung zwischen Koblenz und Neustadt in der Pfalzfrage beigelegt. Zur Demonstration der Einheit des Landes machte das Kabinett wenige Tage später, am 13. Januar, dem Oberregierungspräsidium in Neustadt einen Besuch und hielt dort auch eine Sitzung ab. Dabei erklärte Boden, daß der Pfalz keine Sonderrechte eingeräumt werden könnten, und Eichenlaub sagte, daß er keine Schritte beabsichtige, die die Einheitlichkeit von Rheinland-Pfalz berührten[45].

Als die von Boislambert gebilligte Geschäftsordnung am 31. Januar in Kraft trat, „unterschied sich das Oberregierungspräsidium, was seine Kompetenzen im staatlichen Verwaltungsbereich anging, kaum mehr von einem Regierungspräsidium"[46]. Eichenlaub wurde deshalb auch der Titel Oberpräsident versagt. Er mußte den ganzen Vorgang als Niederlage werten. Alle Bestrebungen, der Pfalz für die Übergangszeit bis zum Inkrafttreten der Verfassung eine herausgehobene Stellung zu verschaffen und damit womöglich auch die Weichen für die weitere Zukunft zu stellen, waren gescheitert. Wenig Grund zur Zufriedenheit mit dem Ausgang des Streites hatte auch Brozen-Favereau, der auf französischer Seite zu den entschiedensten Anhängern deutscher Kleinstaaterei gehörte und deshalb gegen die Schaffung von Rheinland-Pfalz war. Mit diesem Schritt, so meinte er am

43 Ebd., S. 337.

44 Ebd. S. 338, Anm. 8: Boden an Boislambert, 14.1.1947.

45 Wunschel, Versuch (wie Anm. 30), S. 143.

46 Springorum (wie Anm. 5), S. 215. Der Text der definitiven Geschäftsordnung bei Brommer, Quellen (wie Anm. 19), S. 366.

6. November 1946 in einem Schreiben an Generalverwalter Laffon in wagemutiger Interpretation, werde das Werk Bismarcks vollendet[47]. Seine Abneigung gegen Rheinland-Pfalz hatte ihn dazu veranlaßt, Eichenlaub den Rücken zu stärken. Möglicherweise hatte er ihn nach dem 28. November auch zum nochmaligen Vorpreschen ermuntert. Es ist jedenfalls bemerkenswert, daß Eichenlaub zunächst ihn über die geplante Geschäftsordnung und die gewünschten Verfassungsänderungen informierte und erst dann den Ministerpräsidenten. Auch fällt die Eile auf, mit der Brozen-Favereau auf die Vorlage reagierte. Schon am 28. Dezember ordnete er an, daß das Oberregierungspräsidium gemäß der von Eichenlaub entworfenen Geschäftsordnung mit Wirkung vom 1. Januar 1947 umstrukturiert werden sollte[48].

## Die Pfalzfrage in der Beratenden Landesversammlung

Inzwischen war die Beratende Landesversammlung in indirekter Wahl bestimmt worden - die Kommunalvertretungen hatten vier Wahlkörper von insgesamt 1655 Personen gebildet, diese wiederum am 17. November 1946 die 127 Mitglieder der Landesversammlung gewählt, darunter 48 Pfälzer[49]; sie hatte ihre Arbeit am 22. November aufgenommen und sogleich einen Verfassungsausschuß bestellt[50]. Er beriet seit dem 18. Dezember unter Vorsitz von Ludwig Ritterspacher den von der Gemischten Kommission vorgelegten Entwurf in erster Lesung.

Hier kam die Frage der Selbstverwaltung am 6. Februar 1947 zur Sprache. Der Ausschuß war sich einig, daß „eine Aufbauschung des Verwaltungsapparates sowohl bei den zentralen Instanzen wie bei den Selbstverwaltungskörperschaften in personeller und finanzieller Hinsicht verhindert werden müsse[51]. Die Abgrenzung von Staats- und Selbstverwaltung wurde eingehend erörtert, über diese Aussprache ging das Protokoll jedoch mit einem Satz hinweg. Mit einer pfälzischen Sonderstellung konnte der Ver-

47 Kuppers, Staatsaufbau (wie Anm. 10), S. 72f., ders., Entstehung (wie Anm. 13), S. 230f.

48 Spitzgorum, Entstehung (wie Anm. 5), S. 212.

49 Mitgliederverzeichnis bei Klaas, Enstehung (wie Anm. 23), S. 209. Die CDU hatte 70 Abgeordnete (23 aus der Pfalz), die SPD 41 (18), die KPD 9 (4), auf die Liberalen entfielen 7 (3).

50 Mitgliederliste ebd., S. 216f. Auf die CDU entfielen 8, auf die SPD 5 Abgeordnete, auf KPD und Liberale jeweils einer. Die Pfalz war hier mit Jakob Ziegler, Ludwig Ritterspacher (beide CDU), Hans Hoffmann, Valentin Bauer und Ella Weiß (SPD) sowie Fritz Neumeyer (SV) vertreten.

51 Protokoll der Ausschußsitzung am 5. und 6.2.1947 in Bad Kreuznach bei Klaas, Entstehung (wie Anm. 23), S. 141-143, das Zitat S. 143.

fassungsausschuß aber von Anfang an nichts anfangen, zumal, wie ein zur Klärung angefordertes Gutachten nachwies, „von eigentlichen Sonderrechten wenig übrig geblieben war"[52]. Die SPD war ohnehin gegen spezielle Regelungen für die Pfalz, da sie darin eine Tendenz zum Separatismus sah. Schließlich machte Hubert Hermans, Landgerichtsdirektor in Koblenz, den Vorschlag, die Grundgedanken der Artikel 53, 56, 181 und 182 durch eine einheitliche Neufassung zu ersetzen. Als Modell dafür verwies er auf Art. 137 der hessischen Verfassung vom 11. Dezember 1946. Dort war freilich nur von Gemeinden und Gemeindeverbänden die Rede. So empfahl er, einen Ausdruck zu wählen, „der allenfalls auch größere Selbstverwaltungskörperschaften umfaßt"[53]. Diese zuletzt ausgesprochene Anregung blieb folgenlos. Man verständigte sich darauf, in Art. 50,1 und 50,2 den Gemeindeverbänden das Recht zur Selbstverwaltung zu gewährleisten.

Am 14. März führte Ritterspacher ein längeres Gespräch mit Boislambert über den Stand der Verfassungsarbeit. Dabei mußte er sich den Vorwurf anhören, daß von Sonderrechten für die Pfalz keine Rede sei. Der Gouverneur verlangte „auf jeden Fall, daß die Pfalz Provinz bleibe, denn sie sei bevölkerungsmäßig und wirtschaftlich ein bedeutend wichtigerer Teil des Landes als ein Bezirk". Zwar wolle die Militärregierung keine Einzelheiten diktieren, aber sie müsse darüber wachen, daß die Anordnungen Koenigs durchgesetzt würden. Die Separatistenfurcht bezeichnete er als „eine absolute Dummheit"; wäre es den Franzosen darum gegangen, derartige Bestrebungen zu stützen, so hätten sie das Land Rheinland-Pfalz nicht geschaffen[54].

Die neuerliche Mahnung Boislamberts veranlaßte den Verfassungsausschuß bei der zweiten Lesung nur zu einer geringfügigen Konzession. Er strich Art. 81,2 - „Die Unversehrbarkeit des Staatsgebietes wird durch die Verfassung gewährleistet." - und setzte stattdessen: „Über Selbstverwaltungsrechte der einzelnen Landesteile, insbesondere der Pfalz, befindet das Selbstverwaltungsgesetz"[55].

---

52 Vgl. Beratende Landesversammlung von Rheinland-Pfalz. Protokolle der Ausschüsse, bearb. v. Peter Brommer Koblenz 1981, S. 50-59, hier S. 55 die nichtgezeichnete Niederschrift über das Gespräch zwischen Boislambert und Ritterspacher am 14.3.1947.

53 Klaas, Entstehung (wie Anm. 23), S. 143: Verfassungsausschuß, 6.2.1947.

54 Brommer, Landesversammlung (wie Anm. 52), S. 57. Vgl. zur Furcht vor dem Separatismus den Hinweis von Kuppers, Staatsaufbau (wie Anm. 10), S. 134f., die im Juni 1946 begonnene Veränderung der rheinland-pfälzischen Grenze zugunsten des Saarlandes habe die Sorge wachgerufen, ob nicht irgendwann auch noch andere Gebietsteile verloren gehen könnten.

55 Klaas, Entstehung (wie Anm. 23), S. 175-179, hier S. 176: Protokoll der Ausschußsitzung am 18.4.1947; vgl. dazu die Synopse, S. 428f.

Das Plenum der Beratenden Landesversammlung begann seine Debatte über den Verfassungsentwurf in der nunmehrigen Gestalt am 23. April. Der CDU-Abgeordnete Wuermeling erstattete in Vertretung Ritterspachers den Ausschußbericht. Er erklärte, daß über eine Sonderstellung der Pfalz wiederholt gesprochen worden sei, nur sei die Kommission einstimmig zu der Auffassung gekommen, „daß im Interesse der Einheit und Einheitlichkeit des neuen Landes und zur Ausschaltung unerwünschter politischer Wirkungen der Pfalz keine Sonderrechte, sondern nur diejenigen Selbstverwaltungsrechte einzuräumen seien, die sie schon früher besaß, und die in einem noch zu erlassenden Selbstverwaltungsgesetz zu regeln seien". Der Ausschuß halte es für unerwünscht, zwischen der Pfalz und Koblenz eine Mainlinie zu ziehen. Um den Wünschen der Militärregierung entgegenzukommen, habe man die Pfalz aber eigens genannt[56]. In der anschließenden Debatte spielte die Pfalzfrage keine Rolle. Nur Hoffmann ging kurz auf sie ein. Er bezeichnete den Gedanken einer Aufgliederung des Landes „in mehr oder weniger verselbständigte Regierungsbezirke" als Versuch, den Föderalismus ad absurdum zu führen, und unterstrich, daß das Verlangen nach einer Sonderstellung der Pfalz bei der pfälzischen Bevölkerung keinerlei Resonanz finde. Sie habe „im Gegenteil den dringenden Wunsch, unter möglichster Abkürzung dieses Rheinland-Pfälzischen Intermezzos im Zusammenschluß mit Baden, Württemberg oder Hessen oder auch allen dreien" in einen größeren staatlichen Rahmen eingefügt zu werden[57].

Schon in der Diskussion über die Regierungserklärung Bodens in der ersten Arbeitsphase der Beratenden Landesversammlung hatte Hoffmann erklärt, daß Rheinland-Pfalz ein unhomogenes Gebilde der Zonengeographie sei und daß die endgültige Gestaltung der deutschen Gliedstaaten nicht auf dieser Basis erfolgen dürfe. Am Ende der Beratungen verwies er mit einer Resolution seiner Fraktion neuerlich auf die schweren Bedenken: Zonenbedingte und zonenbegrenzte staatsrechtliche Lösungen würden die innerdeutschen Schwierigkeiten nur verschärfen[58]. So lehnten die Sozialdemokraten die Verfassung bei der Schlußabstimmung am 25. April ab, und ebenso taten das die Kommunisten. Mit 'ja' votierten 70 Abgeordnete von CDU und Liberalen, mit 'nein' 31 der beiden Linksparteien. 26 Abgeordnete fehlten, mit einer Ausnahme, Ritterspacher, alle unentschuldigt[59].

---

56 Ebd., S. 227: Beratende Landesversammlung, 23.4.1947.

57 Ebd., S. 247: Beratende Landesversammlung, 24.4.1947.

58 Ebd., S. 336: Beratende Landesversammlung, 25.4.1947. Hoffmanns Stellungnahme zur Regierungserklärung in: Beratende Landesversammlung Rheinland-Pfalz, Drucksache Nr. 1, S. 18-21, hier S. 20, 6.12.1946.

59 Klaas, Entstehung (wie Anm. 23), S. 341f.

Die Landesleitung der KPD hatte schon am 29. März ausführlich gegen die Verfassung Stellung genommen: Sie sei ihrem Wesen nach reaktionär und kein Baustein für ein neues Deutschland. Die pfälzische und die rheinhessische SPD folgten am 26. und 27. April; dabei wurde die von Hoffmann vorgetragene Resolution bestätigt und zugleich scharf Stellung gegen partikularistische und separatistische Bestrebungen genommen[60]. Bei der anstehenden Volksabstimmung über das Werk der Landesversammlung war deshalb mit einem positiven Votum in der Pfalz kaum zu rechnen.

In der Tat stimmten der Verfassung am 18. Mai 1947 hier nur 156 909 Wahlberechtigte zu, während 232 472 sie ablehnten. Das waren 40,29 % resp. 59,70 % der gültigen Stimmen. Auffallend war die hohe Zahl der ungültigen Stimmen: 48 595 - auch dies wird man als Entscheidung gegen die Verfassung werten müssen. Bezieht man die Hundertsätze auf die Zahl der Wahlberechtigten, so ergibt sich, daß nur gut jeder vierte von ihnen für die Verfassung war (27,46 %), zwei von fünf aber dagegen (40,69 %), während jeder zwölfte (8,5 %) mit einer ungültigen Stimme protestierte. Ein knappes Viertel (23,35 %) blieb den Urnen fern. In den anderen Regierungsbezirken waren die Resultate nicht sehr viel günstiger[61]. Schwerlich hätte die Entscheidung der Pfälzer anders ausgesehen, wenn die Beratende Landesversammlung, dem französischen Verlangen folgend, ihrer Heimat eine bevorzugte Stellung eingeräumt hätte. Die meisten Pfälzer wollten, wenn sie nicht zu Bayern zurückstrebten, ein anderes, großräumigeres und wirtschaftlich kräftigeres Land, das nicht am Rhein seine Grenze fand. Wenn Hoffmann von der erwünschten schnellen Überwindung des rheinland-pfälzischen Intermezzos sprach, so traf er damit die dominierende Tendenz in der öffentlich Meinung sehr genau. In der Folge blieb die SPD bei dieser Beurteilung. Sie meinte, daß die Mehrheit der Bevölkerung für die Verbindung mit Württemberg-Baden sei[62]. Das mag dahingestellt bleiben. Die Zahl der Bayernfreunde war gewiß nicht klein. Doch eine Unter-

60 Brommer, Quellen (wie Anm. 5), S. 416f.: Erklärung der Landesleitung der KPD, April 1947; S. 430f.: Bericht über die Bezirksparteitage der SPD in Speyer und Ingelheim, 26. und 27.4. 1947.

61 Vgl. das Tabellenwerk bei Klaas, Entstehung (wie Anm. 5), S. 48-51; die Ergebnisse der gleichzeitigen Landtagswahl ebd. S. 47; diese Tabelle ist leider nicht ganz fehlerfrei. Daß die ungültigen Stimmen beim Entscheid über die Verfassung als 'Nein' gewertet werden dürfen, ergibt sich daraus, daß dort, wo die Ablehnung der Verfassung besonders deutlich war, die Zahl der ungültigen Stimmen relativ niedrig lag, während sie dort hoch war, wo weniger Nein-Stimmen abgegeben wurden.

62 Vgl. etwa: Die Freiheit. Organ der Sozialdemokratischen Partei, Nr. 27 v. 10.7.1948, S. 1: Um das Schicksal der Pfalz; ebenso Nr. 27 a v. 14.7.1948, S. 1: Kein linksrheinischer Staat möglich.

suchung dieser konkurrierenden Interessen wäre ein anderes und ohne Frage reizvolles Thema[63].

## Ergebnis

'Viel Geschrei um wenig Wolle', so könnte man beim Rückblick auf die ganze Angelegenheit sagen, wenn es denn viel Geschrei gegeben hätte. Indessen handelte es sich nicht um eine öffentlich breit diskutierte Frage, das Ringen um die Stellung der Pfalz fand vielmehr im kleinen Kreis statt. Der französische Wunsch nach Wahrung des provinzähnlichen Status, den der Regierungsbezirk bei Kriegsende erhalten hatte, entsprang einmal dem Bestreben, einen Kompromiß zwischen den verschiedenen Konzeptionen der Deutschlandpolitik in Paris und Baden-Baden zu fördern, er hatte seinen zweiten Grund darin, der Pfalz das Einleben in ihrem neuen staatlichen Rahmen zu erleichtern. Auf deutscher Seite ließ sich nur Eichenlaub auf das Ansinnen der Besatzungsmacht ein. Ihm ging es darum, das bayerische Erbe seines Bezirks zu erhalten und damit womöglich eine Brücke für die Rückkehr nach Bayern zu bauen; vom Umfang der in Frage stehenden Rechte machte er sich freilich falsche Vorstellungen. Die anderen deutschen Politiker waren strikt gegen die französische Forderung, vermieden aber eine Konfrontation. Sie schoben das Thema zunächst vor sich her und verstanden sich schließlich nur zu einer beiläufigen Berücksichtigung der Pfalz in der Verfassung, noch dazu als Wechsel auf die Zukunft. Die Franzosen nahmen das hin. Auch sie wollten keinen ernstlichen Konflikt. Das in Art. 78.2 der rheinland-pfälzischen Verfassung verheißene Selbstverwaltungsgesetz erging erst im November 1949. Die jetzt verabschiedete Bezirksordnung beließ der Pfalz ihre überkommenen Selbstverwaltungsrechte und ermächtigte die Landesregierung zudem, auch in den Regierungsbezirken Trier, Koblenz, Montabaur und Rheinhessen höhere Kommunalverbände einzurichten. Dazu sah die Regierung keinen Anlaß.

---

63 Zu diesem Komplex gibt es inzwischen eine erfreulich reichhaltige Literatur: KUPPERS, Entstehung (wie Anm. 13), S. 241ff.; DERS., Staatsaufbau (wie Anm. 10), S. 187ff.; Hans FENSKE, Rheinland-Pfalz und die Neugliederung der Bundesrepublik, in: HAUNGS (wie Anm. 11), S. 103-130; DERS., Um die Neugliederung am Oberrhein: Die Pfalz im Schnittpunkt der Interessen (1948-1956), in: Pfälzer Heimat 42 (1991), S. 25-32; Karl-Ulrich GELBERG, Die bayerische Pfalzpolitik 1945-1956, mit einem Quellenanhang, in: ZBLG 58 (1995), S. 637-672; Jürgen ZIEHRER, 'Der Rhein darf keine Grenze sein!' Die Kurpfalz-Frage 1945-1976, in: Mannheimer Geschichtsblätter NF 3 (1996), S. 415-454.

# „Noch drei Tage, dann ist die Pfalz weg vom Reich..." Der pfälzische Neoseparatismus nach dem Zweiten Weltkrieg

**Hans-Jürgen Wünschel**

Als nach dem Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen im Juli 1945 französische Armeeinheiten in die Pfalz einmarschierten, tauchten auch aus ihrer Tätigkeit vor 1933 bekannte pfälzische Separatisten[1] auf, die nun versuchten, ihr 1924 auch am Widerstand der Bevölkerung gescheitertes Programm zu verwirklichen[2]. Die in Neustadt ansässige französische Militärregierung verhielt sich diesen Neo-Separatisten gegenüber zwiespältig. Offiziell wurden Kontakte französischer Dienststellen zu den verschiedenen „francophilen" Personen und Organisationen nicht erlaubt, ja es kam sogar zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Gouverneur Bouley und dem den Separatisten nahestehenden französischen Offizier für politische Angelegenheiten in Hessen-Pfalz, Oberstleutnant Magniez.

Aber schon während der letzten Kampfhandlungen im März 1945 waren französische Offiziere in Zivil zum Studium der deutschen Verhältnisse in die Süd- und Westpfalz gekommen. Sie sollten persönliche Beziehungen zu Pfälzern aufnehmen und die Gründung verschiedener „francophiler" Vereinigungen vorbereiten. Im April 1945 war ein solcher französischer Offizier in Pirmasens erschienen, der geeignete Personen zur Gründung einer kulturellen Vereinigung suchen sollte. Der gerade aus der Schweiz und Frankreich zurückgekehrte Pirmasenser Zahnarzt Dr. Xaver Müller bot sich an, eine solche Vereinigung zu leiten. Im Juni 1945 rief er die „Union des Amis de la Litterature française" ins Leben. Das Sekretariat dieses „Klubs der Freunde französischer Literatur" wurde in der Gärtnerstraße 63 eingerichtet. Diese erste in der Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg gegründete „francophile" Vereinigung bemühte sich um die Verbreitung französischer Literatur und Musik. Sie hatte aber auch ein politisches

1 Siehe Gerhard GRABER/Matthias SPINDLER, Revolverrepublik am Rhein. Die Pfalz und ihre Separatisten, Bd. 1 November 1918 - November 1923, Landau 1992.

2 Auf umfangreiche Fußnoten wird verzichtet. Seit meiner Darstellung Der Separatismus in der Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg, masch. Diss. Heidelberg 1974 gibt es keine neuen Erkenntnisse. Siehe auch die Zusammenfassung, Der Neoseparatismus in der Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Kriegsende 1945 und demokratischer Neubeginn am Oberrhein, hrsg. v. Hansmartin SCHWARZMAIER (Oberrheinische Studien Band V), Karlsruhe, 1980, S. 249-327; in beiden Beiträgen auch umfangreiche Hinweise auf weiterführende Literatur und Quellen.

Ziel. Den Überlegungen Müllers hinsichtlich der politischen Neugestaltung Deutschlands und Europas lag die *Idee eines Europa nach Schweizer Muster* zugrunde. Als eine „Zelle" dieser europäischen Föderation sollten *die Pfalz, das Elsaß und das Saargebiet eine politische Einheit* bilden.[3]

Als zweite zum Teil sektiererische Vereinigung in der Pfalz wurde am 24. September 1945 die „Christlich-soziale, autonome Bewegung links des Rheins für Arbeiter, Bauern und Geschäftsleute" gegründet.[4] Das in Neustadt, Kaiserstraße 6, eingerichtete Büro der „Bewegung" wurde von Jakob Becker, der gleichzeitig auch stellvertretender Vorsitzender des Gründers Jakob Mehlem aus Deidesheim war, geleitet. Aus den fragmentarischen Unterlagen ist nicht genau ersichtlich, welche Zielsetzung die Organisation gehabt hatte. Sie wollte *der Heimat mit all den (ihr) zur Verfügung stehenden Kräften zur Seite stehen, um den klaren Pfälzer Kopf zum Ausdruck zu bringen*. Mit Hilfe der französischen Besatzungsmacht sollten die „Nazis" aus den deutschen Verwaltungsstellen entfernt werden. Dem Oberregierungspräsident Dr. Otto Eichenlaub wurde jede Unterstützung bei seiner Arbeit zugesichert. Er wurde ermahnt, an die *geliebte Heimat* zu denken und das *Erbe der Väter* zu verwirklichen. Die „Bewegung" löste sich allerdings nach wenigen Wochen bereits wieder auf.

## Union des Amis de la France

Im September 1945 beschlagnahmte die französische Ortsverwaltung in Kaiserslautern die Räume einer in der Bleichstraße Nr. 75 gelegenen Gaststätte und richtete dort ein „Informationsbüro" ein. Dieses wurde dem aus der Separatistenzeit der Weimarer Republik bekannten Karl Steiner, einem Freund des 1924 ermordeten „Präsidenten der autonomen Pfalz", Franz Josef Heinz, zur Verfügung gestellt.[5]

Als im März 1945 die Amerikaner die Pfalz besetzten, stellte sich Steiner unter Hinweis auf seine frühere Mitgliedschaft in der KPD als Antifaschist vor, wurde jedoch von dem Ortskommandanten, Oberleutnant Rognon, abgewiesen. Kaum hatten die Amerikaner die Pfalz geräumt, und die Franzosen in Kaiserslautern eine Kreisdelegation errichtet, sprach Steiner dort vor und renommierte mit seinen „Verdiensten" aus der Separatistenzeit vor über 20 Jahren. Offenbar hatte er beim französischen Lieutnant Colonell

3 Siehe Gustav Wolff, Die Pfalz in den Schicksalsjahren 1945/46, in: Pfälzische Heimatblätter 2 (1954), S. 57.

4 Siehe Hans-Jürgen Wunschel, Ein vergessenes Kapitel. Deidesheim nach dem Ende der Diktatur. 1945-1952. Landau 1995, S. 112.

5 Siehe Paul Kaps, Die Presse ist an allem schuld, Neustadt/Weinstraße, 1974.

Vincenes einen guten Eindruck hinterlassen, denn dieser übertrug Steiner die Leitung des „Informationsbüros". Seine Aufgabe erstreckte sich zunächst darauf, Informationen in der Bevölkerung zu sammeln, die für die Kreisdelegation von Nutzen waren. In erster Linie sollte Steiner Angaben für die geplante Entnazifizierungsaktion liefern. Er sammelte systematisch Beweis- und Belastungsmaterial über ehemalige aber auch angebliche Nationalsozialisten. Durch diese Tätigkeit gelang es Steiner, sich eine einflußreiche Stellung bei der französischen Kreisdelegation zu verschaffen. Er arbeitete auch eng mit dem für die Entnazifizierung in Hessen-Pfalz zuständigen Oberregierungsvizepräsidenten Dr. Carl Felix Koch zusammen. Als dessen rechte Hand war er in der Bevölkerung Kaiserslauterns gefürchtet. Für viele Kaiserslauterer Bürger war Steiner ein gefährlicher Mann. Er meldete den Franzosen nicht nur ehemalige Nationalsozialisten oder Anhänger der nationalsozialistischen Ideologie, sondern denunzierte auch unschuldige Bürger, was ihn in der Bevölkerung immer unbeliebter machte. Andererseits war er aber auch bereit, gegen materielle Zuwendungen von einer Meldung abzusehen. Selbst innerhalb der französischen Ortskommandantur Kaiserslautern kam es zu Auseinandersetzungen über diese Art der „Entnazifizierung". Die französische Zeitung „France d'Abord" griff die Verhältnisse in Kaiserslautern in ihrer Ausgabe vom 3. Juli 1946 auf und kritisierte die *unverständliche Milde, die die Behörden gegenüber den Nazis an den Tag legen ... Erwähnt sei dieses verdächtige Individuum Karl Steiner, wohnhaft Kaiserslautern, Bleichstr. 75, der als Spitzel für unseren Sicherheitsdienst gebraucht wird.* Steiner unterhielt in der Tat sehr gute Beziehungen zu dem Leiter des Deuxième Bureau, dem Stützpunkt der Sûreté in Kaiserslautern, Oberleutnant Münster. Dessen Dienststelle war in der ehemaligen Buchhandlung Lincks-Crusius untergebracht und nannte sich offiziell „Service de Documentation". Als rein nachrichtendienstliche Einrichtung verfolgte sie zwei Ziele: 1. Die Erfassung von Kriegsverbrechern und Nationalsozialisten, 2. Aufbau eines Netzes von Vertrauensleuten, die für den Anschluß der Pfalz an Frankreich werben sollten. Karl Steiner ging in diesem Büro ein und aus und erhielt mannigfaltige Unterstützung in Form von Geld, Zigaretten und Lebensmitteln. Diese materielle Grundlage ermöglichte ihm, in der Öffentlichkeit auch als „Politiker" aufzutreten.

Von Kaiserslautern aus schrieb Steiner im Laufe der Wintermonate 1945/46 an die Vorsitzenden der Parteien, Vertreter der Kirchen, der Wirtschaft, an Bürgermeister und Landräte in der Pfalz.

In einem Schreiben an den Bürgermeister von Fußgönheim, einem Dorf in der Nähe von Ludwigshafen, ist u.a. zu lesen: *Um das in weitem Maße*

*bekundete Interesse wahrzunehmen und in konkrete Form zu bringen, haben wir uns bereit erklärt, alle kulturell nach dem Westen neigenden, also die abendländische Zivilisation bejahenden Kreise und solche Personen, welche sich mit dem Gedanken an einen föderativen Rheinstaat befreundet haben, zusammenzufassen und in einer namentlich noch festzulegenden Organisation - etwa 'Der Rheinische Kulturkreis' zu vereinigen. ... Wir wenden uns zu diesem Zwecke zunächst an Sie mit dem Ersuchen, uns Persönlichkeiten in Ihrer Gemeinde zu nennen, mit welchen wir in obigem Sinne in Verbindung treten werden.*

Im gleichen Monat, in dem die französische Regierung Pläne für eine Volksabstimmung im besetzten linksrheinischen Gebiet entwickelte, gründete Karl Steiner im November 1945 die „Union des Amis de la France". Das der „Union" zur Verfügung gestellte Papiermaterial schien keiner Beschränkung unterworfen zu sein, denn die monatliche Auflage der Flugblätter betrug zwischen 15 000 und 20 000 Exemplaren. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Tageszeitung „Rheinpfalz" immer wieder ihre Leser darauf hinweisen mußte, daß sie aufgrund Papiermangels nur alle drei oder vier Tage erscheinen könnte. Am 7. Dezember 1945 wurde dem Bürgermeister von Landau, Gustaf Wolff, von einem Mitarbeiter Karl Steiners ein Päckchen mit Flugblättern und Aufnahmeerklärungen der „Union" mit der Bitte übergeben, *zuverlässige Personen zu nennen, die bei der Vereinigung mitarbeiten* wollten. Gleichzeitig betonte er, daß *ein hoher Herr des Oberregierungspräsidiums in Neustadt der Schutzherr* der *Vereinigung* sei. Dieser *hohe Herr* war kein anderer als der Oberregierungsvizepräsident Koch.

Wie es auf dem Aufnahmeformular[6] der „Union" hieß, erklärte der Unterzeichner sich bereit, durch *seine Unterschrift in Wort und Schrift für die Ziele der Union zu kämpfen.* Das Mitglied verpflichtete sich, *unter Ablehnung jeder Gewalt in wahrer Selbstbestimmung des eigenen Volkes, die Loslösung der Pfalz und Saar von Preußen und Reich und die Angliederung an Frankreich zu unterstützen.* Zu einer Zeit, in der die Parteien noch nicht wie in den anderen Zonen zugelassen waren, konnte die „Union" eine rege Versammlungstätigkeit in ihren zwei Hauptzentren Kaiserslautern und Landau entfalten. Innerhalb weniger Wochen zählte die Mitgliederkartei der „Union" in Kaiserslautern nahezu 200 und in den Kreisen Landau und Bergzabern 192 Namen.

---

6 Ein Aufnahmeformular der „Union des Amis de la France" befindet sich im Nachlaß Finck, im Bischöflichen Archiv Speyer.

Ende Dezember 1945, Anfang Januar 1946 knüpfte Steiner Kontakte zu der im Raum Köln/Aachen von Dr. Erich Opitz gebildeten „Rheinischen Volkspartei" (RVP). Der Kontakt zur „RVP" wurde über Dr. Klingelschmitt, dem ehemaligen „Kultusminister" der im Juni 1919 von Dr. Dorten verkündeten „Rheinischen Republik" hergestellt. Dieser ehemalige „Minister" war auf Anordnung des Leiters der Inneren Abteilung bei der französischen Militärregierung in Mainz, Armand, im Februar 1946 von Oberregierungspräsident Eichenlaub als Leiter des Amtes für Denkmalschutz in Hessen-Pfalz ernannt worden. Eichenlaub hatte sich zwar gegen dessen Berufung ausgesprochen und seine Ernennung um einige Wochen verzögern können, mußte sich aber schließlich dem Druck des von Armand eingeschalteten Oberstleutnant Magniez beugen. Beide Franzosen kannten Klingelschmitt aus der Zeit der rheinisch-pfälzischen Separatistenbewegung der Jahre 1919-1924.

## Die Rheinisch Demokratische Union

Aus der Verbindung der „Union des Amis de la France" und der „Rheinischen Volkspartei" erwuchsen Pläne zur Gründung einer sowohl die Pfalz als auch das Rheinland umfassenden Organisation.[7] Am 15.1.1946 wurde das Programm der „Rheinisch Demokratischen Union" (RDU) auf einem Parteitag in Kaiserslautern beschlossen. Die Führung der „RDU" lag in den Händen von Karl Steiner und Erich Opitz. Wie viele Mitglieder sie zählte, läßt sich nicht mehr feststellen. Die „RDU" forderte: *Die Rheinisch-Demokratische Union erstrebt einen selbständigen rheinischen Volksstaat auf nationaldemokratischer Grundlage.* Dieser rheinische Volksstaat habe sich außenpolitisch nach *Westen* zu orientieren. Mit dem deutschen Reich werde er in *freundschaftlichster Verbindung stehen, ohne jedoch jemals wieder Verpflichtungen einzugehen, die ihn zum Ausgangspunkt aggressiver Pläne des Reiches* machen könnten. Zu den anderen Staaten wolle sich der rheinische Volksstaat bemühen, die *saubersten Beziehungen zu pflegen.*

Im Frühjahr 1946 schien die Zeit für die Anhänger der von Karl Steiner ins Leben gerufenen Vereinigungen gekommen zu sein, mit einer Großkundgebung in die Öffentlichkeit zu gehen und mit einem großen Aufwand von Flugblättern und Plakaten für ihre Ziele zu werben. Nachdem sich der Termin zu einer ersten öffentlichen Veranstaltung immer wieder durch Streitigkeiten innerhalb der Vorstandschaft der „RVP" verschoben hatte, entschloß man sich endlich, im Mai 1946 vor die Öffentlichkeit zu treten. In der Woche vom 19. bis 26. Mai 1946 wurden in fast allen pfälzi-

7 Siehe F. Roy Willis, The French in Germany 1945-1949, Stanford 1962, S. 285.

schen Städten und Dörfern Plakate an Mauern und Bäumen befestigt und Handzettel verteilt. Die Plakate waren in der weiß-grün-weißen Farbe der separatistischen Organisationen der Weimarer Republik gehalten. Zehntausende von Flugblättern und dazu Anzeigen in der „Rheinpfalz" und in der „Pfälzischen Volkszeitung" forderten die *Rheinländer und Rheinpfälzer* auf, zu der *öffentlichen Großkundgebung am Samstag, dem 26. Mai 1946 vormittags 10 Uhr 30 in der Städtischen Fruchthalle zu Kaiserslautern in Massen* zu erscheinen. Als Veranstalter zeichnete das von Karl Steiner eigens für diese Aktion gegründete „Komitee für ein Eigenstaatliches Rheinland" verantwortlich.

Als Redner über das Thema „Warum ein Eigenstaatliches Rheinland" waren angekündigt: Erich Opitz, Präsident der „RVP", Karl Steiner, Vizepräsident der „RVP" und Oberregierungsvizepräsident Koch. Damit wurde der Bevölkerung zum ersten Mal die Verbindung zwischen Koch und den Separatisten offenkundig.

Obwohl am 25. Juni 1946 die Vertreter der pfälzischen Parteien energisch gegen diese geplante Kundgebung beim französischen Gouverneur Bouley protestiert und auch erreicht hatten, Opitz, Redeverbot erhielt, da er aus einer anderen Besatzungszone kam, versammelten sich wie geplant am nächsten Tag gegen 10 Uhr etwa 2 000 Personen in der Fruchthalle zu Kaiserslautern, denen in ausreichendem Maße Rotwein und Weißbrot serviert wurde. Bereits Stunden zuvor war um das Versammlungslokal ein „Schutzwall" aus Stacheldraht gelegt worden. Überall standen *uninteressierte* Herren in Zivil, denen man *auf einige Entfernung schon ansah, daß sie zu irgendwelchen Sicherheitsdiensten*[8] gehörten. Diese Sicherheitsmaßnahmen waren ungewöhnlich. Offenbar befürchteten die französischen Behörden handgreifliche Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der zugelassenen Parteien und den Veranstaltern.

Die Versammlung wurde von einem Mitarbeiter Karl Steiners, dem Leiter des Referates Gewerkschaft bei der Abteilung III Arbeit und soziale Angelegenheiten beim Oberpräsidium in Neustadt, Hermann Forsch, eröffnet. Er legte dar, daß diese Veranstaltung Auftakt zu einer Reihe von Kundgebungen sei, die den Wunsch des rheinischen Volkes ausdrücken wollten, sich *endgültig und für immer von dem Preußen-Joch zu befreien*. Der nächste Redner, Oberregierungsvizepräsident Koch, richtete *herzliche Worte der Begrüßung an die Männer der Einheitsgewerkschaft, die mit so vielen ihrer Mitglieder unserer Arbeit weitestgehendes Verständnis entge-*

8 Horst Ludwig Graf, Separatisten, Generale, Pfälzer, in: Stimme der Pfalz 7 (1956), S. 8.

*gen bringt*. Seine Ausführungen schloß Koch mit einem Appell an die Bevölkerung, Verständnis für die französische Besatzungspolitik zu zeigen. Er beendete seine Rede mit den Worten: *Es lebe unser schönes Land, es lebe das großzügige Frankreich, es lebe die Freiheit und der Friede*. Als nächster Redner stellte Karl Steiner fest, nach dem *staatlichen Untergang* des deutschen Volkes sei es notwendig, daß die deutsche Geschichte in Zukunft einen anderen als den *preußisch-deutschen* Verlauf nehmen sollte, um im Zeitalter der Atombombe nicht auch noch den *geologischen Untergang* zu erleiden. Karl Steiner verglich dann die derzeitige Situation der Pfalz mit den Verhältnissen in den zwanziger Jahren. Die damalige Bewegung der autonomen Pfalz sei Separatismus gewesen, weil das *Reich und die Länder* bestanden hätten. Er hoffe, daß die Errichtung eines autonomen Rheinstaates in der *politischen Konzeption der Alliierten* liege. Zum Schluß seiner Rede ging Steiner auf die Ziele des „Komitees" ein. Es erstrebe einen *Föderalismus, eine Selbständigmachung der Rheinländer.* Um diese Selbständigkeit zu erreichen, rief er die Pfälzer auf, in allen *Städten und Dörfern der Pfalz Aktionsausschüsse für das eigenstaatliche Rheinland zu bilden*. Nach diesem Appell wurde die Versammlung von Forsch mit dem Hinweis geschlossen, daß die *Pfälzer genau so gut in der Lage seien, sich zu behaupten, wie die Schweiz, Holland, Belgien und Luxemburg*. Die Ausführungen der drei Redner Forsch, Koch und Steiner wurden von den Anwesenden unterschiedlich aufgenommen. Das Protokoll verzeichnet *Pfiffe* und *Johlen* sowie die Rufe *Vaterlandsverräter, Landesverräter*. Der Beifall dagegen hielt sich in Grenzen. Die Kundgebung selbst hinterließ innerhalb der Bevölkerung kaum Resonanz.

## Die Wirtschaftsinteressengemeinschaft Saar-Pfalz-Rhein

Das Bemühen der französischen Süreté-Offiziere mit der pfälzischen Industrie in Kontakt zu kommen, hatte zur Folge, daß sich im Herbst 1946 der Oberregierungsrat beim Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz, Dr. Summerer, bemühte, in Grünstadt eine „Wirtschaftsinteressengemeinschaft Saar-Pfalz-Rhein" ins Leben zu rufen. Mit Datum vom 24. Oktober 1946 hatte die „Wirtschaftsinteressengemeinschaft" die „Lizenz" bei der französischen Militärregierung in Baden-Baden beantragt. Als Vorsitzender wurde der Gastwirt Adolf Gehrein aus Ludwigshafen ausersehen. Der im Jahre 1904 geborene Gehrein richtete in Grünstadt, Weinstraße Nr. 71 ein Sekretariat der „Wirtschaftsinteressengemeinschaft" ein. Ihr Programm war darauf ausgerichtet, *den totalen wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich anzustreben*. Grundlage dieses Anschlusses sollte eine *Zollunion und die Einführung des Francs als Zahlungsmittel für den neuen „Rheinstaat" sein*.

Außerdem wurde die *Einführung der französischen Steuergesetzgebung* in diesem Staat, der sich von der *Saargrenze bis über Koblenz hinaus* erstrekken sollte, gefordert. Der allzu offenen Absicht der „Wirtschaftsinteressengemeinschaft", die CDU der Pfalz für ihre Ziele zu gewinnen, erteilte die Partei in einem öffentlichen Aufruf eine klare und deutliche Absage.

### Die Bewegung für den Anschluß der Pfalz an Frankreich

Im Jahre 1946 hatte sich im Saargebiet eine Organisation, das „Mouvement pour Rattachement de la Sarre" (MRS); gebildet, die nicht nur den Anschluß des Saargebietes an Frankreich, sondern auch der angrenzenden pfälzischen Gebiete an das Saargebiet forderte. Umworben waren die westpfälzischen Kreise, die nach den Artikeln 48 und 49 des Versailler Vertrages im Jahr 1919 vom Landkreis Homburg abgetrennt worden waren.[9] Die Festsetzung der Grenzen des Saargebietes nach dem Ersten Weltkrieg hatte zur Folge gehabt, daß ein Teil des Kreises Homburg der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt wurde, während der andere Teil unter deutscher Verwaltung geblieben war. Diese Maßnahmen hatten zur Auflösung des Landkreises Homburg geführt. Da der neue Grenzverlauf nicht mit den gemeindlichen Verwaltungsgrenzen zusammengefallen war, wurden damals die Vororte Bruchhof und Sanddorf von der Stadt Homburg abgetrennt. Durch die im Juli 1945 erfolgte Abtrennung des Saargebietes von der im Mai 1945 von den Amerikanern geschaffenen Provinz „Mittelrhein-Saar" wurde der 1919 festgelegte Grenzverlauf bestätigt. In den folgenden Monaten war also Homburg von den benachbarten Kreisen Kusel, Zweibrücken und Kaiserslautern abgesperrt, so daß es sehr an Brot- und Fleischlieferungen mangelte.

Die Forderung des „MRS" nach Wiederherstellung des alten Kreises Homburg fand deshalb in der Bevölkerung starke Zustimmung. Schon im Juni 1945 hatte der Landrat des Kreises Homburg in einem Schreiben an das Oberregierungspräsidium in Neustadt zu bedenken gegeben, daß die *Bevölkerung beiderseits der unnatürlichen Kreisgrenzen den lebhaften Wunsch auf die baldigste Wiedervereinigung dieser beiden auseinandergerissenen Gebiete hat und die Übernahme der Verwaltung durch das Landratsamt Homburg sehnlichst erwartet.*

Damit hatte der Landrat nur eine Bitte weitergereicht, die ihn knapp eine Woche nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht und dem Ende des Dritten Reiches am 15. Mai 1945 erreicht hatte. Die Bürgermeister der im

9 Vgl. Der Vertrag von Versailles. Amtlicher Text der Entente und amtliche deutsche Übertragung. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes, Berlin 1924, S. 55-59.

ehemaligen Kreis Homburg gelegenen pfälzischen Orte hatten in einem Schreiben an den Landrat die Eingliederung ihrer Dörfer in den Kreis Homburg gefordert. Maßgebend für diesen Schritt war die Tatsache, daß sich die Bevölkerung der Bürgermeistereien überwiegend aus Berg- und Hüttenarbeitern zusammensetzt. Auf einer am 4. Mai 1946 nach Homburg einberufenen Konferenz, an der zahlreiche Bürgermeister aus westpfälzischen Gemeinden teilnahmen, erklärte der Sprecher des „MRS", Dr. Sender, daß man die Haltung der Bevölkerung hinsichtlich ihres Wunsches nach Anschluß an das Saargebiet durch eine Umfrage feststellen wolle. In den Gemeinden Kirchberg, Käshofen und Bechhofen seien bereits Unterschriftensammlungen vorgenommen worden. Wie es in dem Bericht der Gendarmeriestelle Zweibrücken heißt, scheint die Umfrage jedoch nicht die *richtige Volksmeinung darzustellen*, denn die *Bevölkerung befürchte, daß man ausgewiesen werden könnte, wenn der Anschluß doch käme und man sich nicht eingetragen habe.*[10]

Der auf der Konferenz der „MRS" geäußerte Wunsch einzelner westpfälzischer Gemeinden, aus wirtschaftlichen Gründen dem Saargebiet angeschlossen zu werden, veranlaßte im Sommer des Jahres 1946 die Leitung des „MRS", auch in der Pfalz eine Bewegung aufzubauen, die den Anschluß der Pfalz an Frankreich zum Ziel haben sollte. Das „Mouvement pour Rattachement de la Palatinat à la France" (MRP), wurde von zwei Pfälzern ins Leben gerufen. Der in Neustadt lebende Dr. Masloh war der Verbindungsmann des „MRP" zur saarländischen Schwesterorganisation. Er blieb während der wenigen Monate der politischen Aktivität des „MRP" im Hintergrund. Als die Bewegung scheiterte, zog er sich, inzwischen zum Schwiegersohn des saarländischen Innenministers Hector avanciert, ins Saargebiet zurück. Sein Mitarbeiter, Heinrich Glässner, gelang nach dem Scheitern der Bewegung kein glänzender Abgang. Er wurde sogar von der französischen Kommandantur in Kirchheimbolanden ermahnt, unter Androhung von Strafe, seine politischen Aktivitäten einzustellen.

Bei diesen beiden Personen ist festzustellen, was bei den anderen Organisationen nur schwer beweisbar ist. Der vorsichtige, klügere „Separatist" bleibt im Hintergrund, um beim Scheitern des Vorhabens eine „weiße Weste" vorweisen zu können. Der andere, der die Arbeit machen mußte, in der Öffentlichkeit auftrat und aus Überzeugung sich der Sache annahm, wurde beim negativen Ausgang von den Hintermännern fallengelassen.

---

10 Über den politischen Druck, den das MRS auf die Bevölkerung ausübte, vgl. Herbert Beckmann, Wahlmanöver an der Saar. Die Landtagswahl vom 6. Oktober 1947, Köln 1952, S. 37.

Der Organisator des „MRP", Heinrich Glässner, wurde 1907 in dem nordpfälzischen Dorf Standenbühl geboren. Nach Beendigung einer kaufmännischen Lehre war er als Arbeiter bei der Baufirma Stilgenbauer und Faber in Kirchheimbolanden tätig. Im Jahre 1941 erhielt diese den Auftrag, Flugplätze in Frankreich zu bauen. Glässner wurde zum Leiter der Zivilverwaltung des Flugplatzes bei Atisse sous Laone berufen. Im Frühjahr 1945 kehrte er aus Frankreich zurück und erhielt im Saarbrücker Zweigwerk seiner Firma erneute Anstellung.

Hier in Saarbrücken nahm Glässner Verbindung zum „MRS" auf. Er wurde angewiesen, sich mit Dr. Alo Masloh in Neustadt an der Haardt zwecks *Gründung einer Bewegung der Pfalz für den Anschluß an Frankreich* in Verbindung zu setzen. Dr. Masloh war zu dieserm Zeit Vertrauensmann der Süreté in Neustadt. Zur Vorbereitung des organisatorischen Aufbaus sollte er zunächst versuchen, pfälzische Frauen und Männer für einen kulturellen Verein, den „Pfälzischen Heimatbund", zu interessieren. Wie es in einem mit dem Briefkopf der Firma Stilgenbauer und Faber versehenen Schreiben an den ehemaligen Bürgermeister von Landau, Gustav Wolff, heißt, stehe er, *Glässner, mit einigen pfälzischen Antifaschisten wegen Gründung des 'Pfälzischen Heimatbundes' in brieflicher Unterhandlung; ... die Aufgabe des Heimatbundes ist dieselbe wie das MRS im Saargebiet.*

Gleichzeitig mit der Organisierung eines „Pfälzischen Heimatbundes" knüpfte Glässner Verbindungen an zu dem Bürgermeister von Weißenburg, Dr. Schuhmacher, der maßgeblich an dem Beschluß seines Stadtrates vom 8. Februar 1946 beteiligt war, die Pariser Regierung zu veranlassen, die *elsässische Grenze nach Norden* zu verschieben.[11] In regelmäßigen Treffen im Büro von Dr. Masloh wurden zwischen den drei Personen die Chancen für eine pfälzische Schwesterorganisation des „MRS" diskutiert. Am 21. Februar 1947 legte Glässner die Statuten und das Programm der „Bewegung für den Anschluß der Pfalz an Frankreich" dem französischen Gouverneur zur Genehmigung vor. Über den Bescheid des Gouverneurs ist heute nichts mehr auszumachen. Anfang des Jahres 1947 siedelte Glässner in seine Heimatgemeinde Standenbühl über, wo er im Februar in seinem Wohnhaus, Kaiserstraße 5, ein Büro des „MRP" einrichtete. Zusammen mit einem Freund aus der Nachbargemeinde Steinbach unternahm Glässner *Vortragsreisen* in die nähere Umgebung. Er warb für den Gedanken eines Anschlusses der Pfalz an das Saargebiet bzw. Frankreich. Im Vordergrund seiner Überlegungen standen wirtschaftliche Gründe. Der Aufbau der pfäl-

11 Siehe Hans-Jürgen WUNSCHEL, Ein Plan zur Verlegung der deutsch-französischen Grenze im Jahre 1946, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 2 (1976), S. 375-382.

zischen Wirtschaft könne im Verband mit Frankreich rascher vollzogen werden, als wenn sie auf sich allein gestellt wäre.

Durch seine Tätigkeit kam Glässner in Kontakt mit Karl Steiner. Dieser verschaffte ihm die notwendige Unterstützung beim Drucken von Flugblättern und Handzetteln. Aufgrund der geänderten Deutschlandpolitik der französischen Regiuerung wurde im Sommer 1947 Glässner wiederholt auf die französische Ortsverwaltung in Kirchheimbolanden vorgeladen und ihm aufgetragen, seine Propagandatätigkeit für das „MRP" einzustellen. Sein Helfer und Verbindungsmann zum „MRS", Dr. Masloh, hatte sich zu dieser Zeit schon ins Saargebiet abgesetzt. Die „Bewegung für den Anschluß der Pfalz an Frankreich" wurde von der Bevölkerung nicht unterstützt. Sie war genau so wie alle anderen Vereinigungen schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen, denn mit Beginn des Winterhalbjahres 1946/47 hatten sich die pfälzischen Parteien gefestigt. Dadurch war eine demokratische Vertretung der Bevölkerung gewährleistet. Zudem hatten sich die Interessen der französischen Deutschlandpolitik verlagert; das Land Rheinland-Pfalz war gegründet, und die Pfälzer fühlten zudem in ihrer überwiegenden Zahl eher als Deutsche, denn als Franzosen. Heinrich Glässner schloß sich im Juli 1947 dem aus Kreisen der Industrie gegründeten, aber schon vor wenigen Monaten von ihm in die Diskussion gebrachten „Pfälzischen Heimatbund" an. Diese Vereinigung wurde bald das Sammelbecken für alle gescheiterten Separatisten. Als im September 1947 im Raum Kusel Hugo Müller versuchte, eine „Sozialistische Rheinunion" zu gründen, bot sich Glässner als Verbindungsmann zum „Pfälzischen Heimatbund" und dem „MRS" an. Der Versuch, in pfälzischen Ortschaften, ähnlich wie im Saargebiet, französische Sprachvereine zu gründen, blieb im Ansatz stecken.

## Die Sozialistische Rheinunion

Im Sommer 1947 wurde die Bevölkerung der West-Pfalz von Flugschriften einer Organisation überrascht, die den *Zusammenschluß aller Deutschen der Gebiete Ruhr, Rheinland, Hessen-Nassau, Saar Pfalz und Baden auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einer Sozialistischen Rhein-Union* forderte. Als Vorsitzender zeichnete Hugo Müller aus Ulmet, einem kleinen Dorf in der Nähe der westpfälzischen Stadt Kusel, verantwortlich. Müller, der gleichzeitig Mitglied des „Pfälzischen Heimatbundes" war, verbreitete die Handzettel und Flugschriften seiner Organisation hauptsächlich auf Parteiversammlungen der SPD im westpfälzischen Raum.

Der Gründer dieser „Sozialistischen Rheinunion" (SRU) wurde am 14. Februar 1893 als Sohn des Maschinenfabrikanten Friedrich Müller in Ul-

met geboren. Nach dem Besuch der Volksschule war er als Bürogehilfe auf dem Bürgermeisteramt Ulmet tätig. Bevor er im Jahre 1922 auf die Ingenieurschule in Bingen ging, begann er eine kaufmännische Lehre bei der Firma Steinmann in Kaiserslautern. Ab Mitte der zwanziger Jahre war Hugo Müller als Maschinenbauingenieur im elterlichenBetrieb tätig.

In seiner Freizeit beschäftigte er sich gern mit populärwissenschaftlicher Literatur. Interesse an politischen Ereignissen war bis Ende des Zweiten Weltkrieges, den er wie auch den Ersten Weltkrieg wegen einer verkrüppelten Hand zuhause erlebt hat, nicht zu verspüren. Während des Dritten Reiches trat er auch nicht in die NSDAP ein. Er galt im Dorf als *Sonderling, Einzelgänger und Phantast*. Nachdem er im Sommer 1945 beim Landratsamt in Kusel eine Anstellung als Bürogehilfe gefunden hatte, er aber nach etwa einem Jahr diese Stelle *wegen seines frechen Maules* gekündigt bekam, erwachte sein politischer Ehrgeiz. Mit Hilfe der sozialdemokratischen Partei wollte er ein wichtiges Amt erreichen, um *denen, die ihn zeitlebens nach seiner Meinung schikanierten, zu zeigen, was er wirklich konnte*. Zusammen mit dem Bürgermeister von Ulmet sowie dem Bürgermeister der Gemeinde Otterberg, beide Mitglieder der SP Hessen-Pfalz, gründete er im Sommer 1947 die „Sozialistische Rheinunion". Hinweise auf die ihm mögliche Denunziation von ehemaligen Mitgliedern der NSDAP an den französischen Ortskommandanten verschafften Müller in Form von Schweigegeldern eine gewisse finanzielle Unterstützung durch die Bevölkerung. Als er schließlich einsehen mußte, daß seine Bemühungen um eine neue Partei kein nachhaltiges Echo in der Bevölkerung hatten, gab er sein Vorhaben auf.

In den folgenden Jahren lebte der „Präsident", wie er sich nannte, von sporadischen Zuwendungen eines Bruders, der als Bankkaufmann in den USA tätig war, und von gelegentlicher Unterstützung durch seinen anderen Bruder Edmund, in dessen Haus er ein Zimmer bewohnte. Im Jahre 1954 verstarb Hugo Müller im Alter von 61 Jahren.

Es ist notwendig, sich mit einem interessanten Detail des Programmes der „Sozialistischen Rheinunion" befassen. Dieses war nämlich fast wörtlich vom Programm der NSDAP[12] abgeschrieben worden. Wie aus der folgenden Gegenüberstellung hervorgeht, wurden Teile aus dem Programm der NSDAP wörtlich in das Programm der „Sozialistischen Rheinunion" (SRU) übernommen.

---

12 Siehe Programm der NSDAP, in: Walter Hofer, Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945, Frankfurt 1957, S. 28-30.

SRU: Programmpunkt 1: *Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen der Gebiete Ruhr, Rheinland, Hessen-Nassau, Saar.Pfalz und Baden auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einer sozialistischen Rhein-Union.* NSDAP: Programmpunkt 1: *Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen ... auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Großdeutschland.*

SRU: Programmpunkt 6: *Alle Bürger müssen gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben.* NSDAP: Programmpunkt 9: *Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und gleiche Pflichten genießen.*

SRU: Programmpunkt 7: *Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die der Krieg vom Volke gefordert hat ...* NSDAP: Programmpunkt 12: *Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert ...*

SRU: Programmpunkt 9: *Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.* NSDAP: Programmpunkt 14: *Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.*

SRU: Programmpunkt 13: *Um jedem fähigen und fleißigen Union-Bürger das Erreichen höherer Bildung und somit das Einreihen in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat der Union für einen gründlichen Ausbau des Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Das Erfassen des Staatsgedankens zu einer demokratischen Union muß durch eine gute Schulung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf - gefördert werden.* NSDAP: Programmpunkt 20: *Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen ... Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.*

SRU: Programmpunkt 14: *Wir fordern die Freiheit sämtlicher Religionsbekenntnisse in der Sozialistischen Rheinunion.* NSDAP: Programmpunkt 24: *Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat ...*

SRU: Programmpunkt 18: *Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung eines Vertrauensrates.* NSDAP: Programmpunkt 25: *Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt.*

Punkt 3 des Programmes der SRU wurde wörtlich aus Punkt 3 des Programmes der NSDAP übernommen, jedoch mit einem Zusatz erweitert: *„Zur Aufrechterhaltung der Ernährung, Ruhe und Ordnung erfolgt Aussie-*

*delung (politische Ausweisung) unseres Bevölkerungs-Überschusses auf ein von den verbündeten Mächten zur Verfügung gestelltes Kolonial-Gebiet.*" Der Bevölkerungsüberschuß sollte jedoch nicht nur wie im NSDAP-Programm ausgewiesen werden zur Aufrechterhaltung der Ernährung, sondern auch zugleich, um *Ruhe und Ordnung* im Staat zu garantieren. Diese Forderung wurde im Jahre 1947 verbreitet, zwei Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur. Gehörte nicht eine Menge Unverfrorenheit dazu, zwei Jahre nach der von der NSDAP herbeigeführten Katastrophe mit diesen Programmaussagen die Bevölkerung gewinnen zu wollen? Erstaunlich ist es, daß der französische Kommissar von Ulmet nicht gegen diese von Müller verbreiteten Vorstellungen vorgegangen ist. Warum hatte nun Hugo Müller für seine Bewegung ausgerechnet Programmpunkte der NSDAP übernommen? Der Grund für die Übernahme des NSDAP-Programmes lag darin, daß Müller davon überzeugt war, daß der *Nationalsozialismus eigentlich ganz gut war, nur die führenden Leute des Dritten Reiches die ganze Sache verkehrt angefaßt hätten*". Er meinte, wenn erst einmal die *richtigen* Leute das Programm verwirklichen würden, dann müßten dessen *positive* Seiten in der ganzen Bevölkerung begeistert aufgenommen werden. Nachdem Müller aber einsehen mußte, daß er in der Bevölkerung und schließlich auch bei den Sozialdemokraten seiner Heimat keinen Zuspruch fand, gab er seine politische Tätigkeit auf.

## Der Pfälzische Heimatbund

Am 18. Juni 1947 wurde im Winzerverein zu Diedesfeld bei Neustadt in Anwesenheit französischer Offiziere der „Pfälzische Heimatbund" gegründet. Als Vertretung der in Kaiserslautern von Karl Steiner ins Leben gerufenen Vereinigungen war der inzwischen aus dem Amt geschiedene Oberregierungsvizepräsident Dr. Koch erschienen. Das „Mouvement pour le Rattachement de la Palatinat a la France" hatte Dr. Masloh geschickt. Adolf Bley vertrat die pfälzischen Bauern und Dr. Summerer die „Wirtschaftsinteressengemeinschaft Saar-Pfalz-Rhein". Außerdem war ein Vertreter des „Rheinisch-fränkischen-Kulturkreises" aus Mainz anwesend. Unter dem Vorsitz des beim Regierungspräsidium der Pfalz beschäftigten Oberregierungsrates Summerer wurde eine Vereinigung gegründet, die den *kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau der Pfalz auf demokratischer Grundlage* zum Ziel hatte. In den folgenden Wochen trafen sich die Mitglieder noch mehrere Male im Forsthaus Heldenstein.

Im „Pfälzischen Heimatbund" hatten sich noch einmal alle „Größen" der separatistischen und francophilen Vereinigungen der Pfalz versammelt. Eine materielle Unterstützung durch die französische Besatzungsmacht kann nicht

festgestellt werden. Offenbar waren auch die bei der Gründung anwesenden französischen Offiziere eher als Beobachter denn als Förderer aufgetreten. Dies könnte als Anzeichen für die Tatsache gewertet werden, daß die französische Besatzungsmacht mit der Gründung des Landes Rheinland-Pfalz und mit den Wahlen zum Landtag Abstand genommen hatte, sogenannte francophile Organisationen zu unterstützen. Vielleicht hatte man eingesehen, daß eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Pfalz und Frankreich, zwischen der Besatzungsmacht und den politisch einflußreichen Gruppen nur durch eine freie Diskussion zwischen den betroffenen Gruppen möglich ist. Die im „Pfälzischen Heimatbund" versammelten Personen waren jedoch der Bevölkerung entweder schon aus der separatistischen Vergangenheit der Pfalz oder aus ihren jüngsten Äußerungen so gut bekannt, daß auch die im Programm enthaltene Zielsetzung für den *kulturellen Aufbau der Pfalz* keinen Anklang mehr fand.

## Abwehrmaßnahmen der pfälzischen Parteien

Nach dem Ende des Dritten Reiches und der Besetzung des linken Rheinufers durch französische Truppen im Sommer 1945 erinnerten sich viele Pfälzer noch gut an die Zeit des Separatismus der zwanziger Jahre. Für die Generation, die erneut die Last der politischen Verantwortung nach einem verlorenen Krieg übernahm, war es klar, daß in den Monaten der Besetzung durch französische Truppen *nunmehr auch die Stunde der Separatisten gekommen war.* Die meisten politischen Persönlichkeiten der Pfalz, die 1945/46 in den neu bzw. wiedergegründeten Parteien an führender Stelle tätig wurden, hatten bereits während der ersten Besatzungszeit 1918/30 in politischer Verantwortung gestanden. Es war deshalb verständlich, daß sie schon im Sommer 1945 begannen, Abwehrkreise gegen mögliche separatistische Bestrebungen zu organisieren.

Der erste Abwehrkreis wurde bereits Ende Mai 1945 unter der Führung der beiden christlich-demokratischen Politiker Gustav Wolff, Landau, und Johannes Finck, Limburgerhof, gebildet. Wenig später formierte sich eine zweite Gruppe um den ehemaligen Vorsitzenden der pfälzischen SPD, Friedrich Profit, und den Kommunisten Herbert Müller. Diese im Raum Vorderpfalz bekannten Pfälzer trafen sich gemeinsam, da politische Vereinigungen noch nicht erlaubt waren, im Pfarrhaus von Pfarrer Johannes Fink in Limburgerhof. Der Kreis stand in Verbindung mit den in Kaiserslautern wirkenden Gruppen um Eugen Hertel (SPD) und Professor Dr. Damm (Zentrum).

Ihnen war bewußt, daß sie allein auf sich selbst gestellt, wenig ausrichten konnten. Sie suchten deshalb Hilfe in anderen Besatzungszonen. Der ka-

tholische Prälat Walzer, Ludwigshafen, vermittelte Anfang September 1945 eine Reise, die Friedrich Profit und den Pressereferenten des Oberregierungspräsidiums, Dr. Otto Eichenlaub, nach München führte. Sie hofften, *Unterstützung zu erhalten, in der Annahme, daß von dort aus eine Einwirkung auf englische und amerikanische Staatsmänner bzw. auf deren Verbindungsmänner möglich sei, um diese von dem Willen des pfälzischen Volkes, mit Deutschland in Schicksalsverbundenheit zu bleiben, unterrichten zu können.* Der Staatsrat bei der bayerischen Regierung, Dr. Anton Pfeiffer, selbst ein Pfälzer, sagte ihnen jegliche Hilfe der Regierung Schäffer zu.

Nachdem Ende November 1945 die französische Militärregierung einen überparteilichen Ausschuß genehmigt hatte, konnten die Vertreter der politischen Gruppen „legal" tagen. Auf einer Ausschußsitzung am 13. Dezember 1945 unterrichtete der Oberregierungspräsident Eichenlaub die Anwesenden über ein Gespräch mit dem französischen Gouverneur für Hessen-Pfalz, General Bouley, der der Auffassung war, daß auf linksrheinischem Gebiet „Föderativstaaten" entstehen sollten. Gustav Wolff konnte diese Mitteilung durch eine am Tage zuvor an ihn ergangene Nachricht des Generals ergänzen, in der Bouley dargelegt hatte, daß er *keine unitarischen Bestrebungen dulden werde.* Für den Fall eines sich außerhalb der Pfalz konstituierenden einheitlichen deutschen Staates dürfe mit diesem keine Verbindung aufgenommen werden. Die Teilnehmer der Konferenz waren der Meinung, daß sie sich einer Abtrennung des pfälzischen Gebietes nur dann fügen wollten, wenn eine Friedenskonferenz es so beschließen würde. In diesem Fall aber hätten sie als *deutsche Menschen das Recht und die Pflicht, auch in diesem Gebiet unser Deutschtum zu erhalten.* Beim Besuch des Gouverneurs wenige Tager später in Ludwigshafen fand zwischen den Parteien und General Bouley eine Aussprache über die politische Zukunft der Pfalz statt, in deren Verlauf die Pfälzer den General warnten, die Pfalz vom übrigen Reichsgebiet trennen zu wollen. Bouley sollte keine *Politik mit Quislingen* machen, sonst würden sich die Pfälzer wie damals in den zwanziger Jahren gegen die französische Besatzungsmacht erheben.

Zu ihrer einzigen Großkundgebung hatten die Separatisten um Karl Steiner und Oberregierungsvizepräsident Koch auf Sonntag, den 26. Mai, nach Kaiserslautern eingeladen. Eine Woche zuvor war in vielen pfälzischen Gemeinden mit einem *ungewöhnlichen Aufwand von Druckpapier* für diese Veranstaltung geworben und Plakate in der Separatistenfarbe weiß-grünweiß angeschlagen worden.

Beim CDU-Sekretariat in Landau trafen daraufhin Anfragen ein, wie man sich in den einzelnen Orts- und Kreisverbänden gegenüber der angekündigten Versammlung verhalten sollte. Der Kreisverband der CDU-Speyer

regte in einem Schreiben ein Memorandum an, daß sich die CDU *einmütig und entschieden zum deutschen Charakter der von der alten Reichsgrenze umschlossenen linksrheinischen Gebiete* bekennen sollte. Zur Erörterung dieser Frage lud der Geschäftsführer der CDU-Hessen-Pfalz, Gustav Wolff, für den 24. Mai 1946 die Vertreter der anderen Parteien nach Neustadt ein. Man einigte sich auf folgende gemeinsame Resolution: *Als Antwort auf zahlreiche Anfragen und um Gerüchten entgegenzutreten, erklären die vier im Oberregierungsbezirk Hessen-Pfalz zugelassenen Parteien, daß sie mit der am 26. Mai 1946 in Kaiserslautern stattfindenden öffentlichen Kundgebung für ein eigenstaatliches Rheinland nichts zu tun haben. Um keinen Anlaß der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu geben, wird unseren Anhängern dringend empfohlen, von der Kundgebung fernzubleiben.* Sie wurde von Wolff mit einem längeren Begleitschreiben, das die Dringlichkeit des Vorgehens begründete, an die Redaktion der „Rheinpfalz" geschickt. Der französische Presseoffizier, Captaine Flunkert, erhob gegen die Veröffentlichung Einspruch und reichte die beiden Schriftstücke an Gouverneur Bouley weiter. Dieser befahl die Vertreter der vier Parteien zu sich nach Neustadt. Das Tagebuch von Gustav Wolff gibt über den Verlauf der Unterredung Auskunft: *Samstag, den 25. Mai 1946 in Neustadt. Gemeinsame politische Aussprache der vier Parteien bei dem Militärgouverneur. Teilnehmer: Von der Militärregierung: General Bouley und Oberst Magniez. Vom Oberregierungspräsidium: Oberregierungspräsident Dr. Eichenlaub, Vizepräsident Dr. Carl Felix Koch. Von der CDU: Engelbert Lang, August Candidus, Gustav Wolff. Von der SPD: Franz Bögler, Maxim Kuraner. Vom SV: Franz Zapf, Dr. Dr. Adolf Müller. Von der KPD: Herbert Müller, Georg Weiler.*

General Bouley, der auf seinem Schreibtisch die Resolution der vier Parteien vom 23. Mai und das Begleitschreiben Wolffs an die „Rheinpfalz" liegen hatte, erklärte, daß das, was Vizepräsident Dr. Koch mit seiner Kundgebung in Kaiserslautern wolle, *kein Separatismus sei, er dulde auch keinen Separatismus. Das Vorgehen der vier Parteien am 23. Mai sei gesetzwidrig gewesen. Er habe nur vier Einzelparteien genehmigt, keine Überpartei. Gemeinsame Konferenzen und Versammlungen der vier Parteien seien nicht erlaubt.*

Für die SPD antwortete Franz Bögler. Er wies auf die politische Lage in der Pfalz hin und betonte, daß es tatsächlich separatistische Bestrebungen gäbe, und daß nach Meinung der Parteien auch die geplante Kundgebung in Kaiserslautern separatistische Ziele verfolgen würde. Die Parteien stünden geschlossen gegen jegliche Loslösungsbestrebungen. Gustav Wolff wies an Hand von schriftlichen Aufzeichnungen aus der ersten Separatistenzeit nach, daß zwei Redner der Kundgebung, Steiner und Opitz, bekannte Se-

paratisten seien und *heute wiederum die gleichen Ziele verfolgten*. Die Plakate seien in der gleichen Aufmachung angefertigt wie damals. General Bouley unterbrach Wolff und erklärte, daß Opitz Redeverbot erhalten würde. Für die „Rheinische Volkspartei" dürfe keine Propaganda gemacht werden. *Koch dürfe nur als Privatperson, nicht als Vertreter der Regierung sprechen, sein Titel „Oberregierungsvizepräsident" sei zu überkleben.*

Obwohl es zeitlich nicht möglich war, die Plakate zu ändern und auch Koch sich nicht an diese Auflagen gehalten hatte, werteten die Parteien die Erklärung Bouleys als beachtlichen Erfolg. Es ging ihnen bei ihrem Auftreten in erster Linie darum, auf den Separatismus hinzuweisen. Entscheidend dabei war die Demonstration, gemeinsam vor der Besatzungsmacht aufzutreten, eine Tatsache, welche in der Zeit nach dem Krieg und der Hitlerdiktatur von nicht zu unterschätzendem Wert für das Selbstbewußtsein der Parteien gewesen war. Daß sich im Anschluß an die Unterredung ein Teilnehmer beim Gouverneur für das allzu forsche Auftreten der Parteien entschuldigt hatte, beleuchtete am deutlichsten die Situation. Hatten die Parteien bei der Unterredung mit General Bouley wenigstens einen „moralischen" Erfolg zu verzeichnen, so mußten sie aber auch zur Kenntnis nehmen, daß ihnen ab sofort die gemeinsamen Zusammenkünfte im überparteilichen Ausschuß verboten waren. Trotz dieses Verbotes trafen sie sich am Montag, dem 27. Mai 1946, wieder in Neustadt. Anlaß war der Verlauf der Kundgebung, bei der Koch als Oberregierungsvizepräsident öffentlich entgegen der Weisung des Generals Bouley aufgetreten war. Die Parteien verfaßten eine gegen ihn gerichtete Mißtrauenserklärung. Prof. Dr. Damm aus Kaiserslautern teilte das Ergebnis der Sitzung General Bouley mit. Das Oberregierungspräsidium wurde durch Präsidialdirektor Dr. Ritterspacher unterrichtet. Wolff, Finck, Bögler, Gerhart Müller und Dr. Müller suchten den Oberregierungspräsidenten Dr. Eichenlaub auf und überbrachten ihm die Erklärung. Dieser distanzierte sich von den Äußerungen seines Stellvertreters. In der anschließenden Aussprache zwischen den Parteien und den Präsidialdirektoren erklärten diese sich mit dem Vorgehen der Parteien solidarisch.

Im Herbst 1945 war es dem „Büro Schumacher" unter großen Schwierigkeiten gelungen, eine Konferenz der Sozialdemokraten der westlichen Besatzungszonen zu organisieren. Die Einladung dazu legte der frühere Vorsitzende der pfälzischen SPD, Friedrich Profit, seinen Parteifreunden auf einer Besprechung am 16. September 1945 vor. Die pfälzischen Sozialdemokraten brachen Ende September auf, um rechtzeitig über alle möglichen Schleichwege aus der streng bewachten französischen Zone zum Tagungsort Wennigsen bei Hannover zu gelangen. Vor ihrer Abreise enthob nun die französische Militärregierung den bisherigen Oberregierungs-

präsidenten Hoffmann (SPD) seines Amtes. Der bisherige Pressereferent Dr. Eichenlaub (CDU) wurde sein Nachfolger. Da diese Maßnahme Gerüchte bestärkte, Frankreich wolle die Pfalz ähnlich wie die Saar vom Deutschen Reich trennen und man französischerseits der, wie sich bald herausstellen sollte, irrigen Meinung war, in Eichenlaub einen willfährigeren Partner zu finden, nutzte Profit als Leiter der pfälzischen Delegation am zweiten Tag der ersten sozialdemokratischen Reichskonferenz nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur die Gelegenheit, um in einer leidenschaftlichen Erklärung gegen die Abtrennung der Pfalz von den übrigen deutschen Gebieten und gegen die Machenschaften der Franzosen in der Pfalz zu protestieren: *Die Sozialdemokraten der Rheinpfalz erklären laut und deutlich, daß sie wie bisher, auch in Zukunft Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein wollen. ... Hiervon ausgehend ist es der Wunsch eines jeden Sozialdemokraten, daß von unserem zur Zeit französisch besetzten Gebiet keine Abtretung erfolgt und auch sonst kein Staatsgebilde geschaffen wird, was eine zukünftige Entwicklung zur großen europäischen Völkerfamilie verbauen müßte. Wir pfälzischen Sozialdemokraten sehen daher mit großer Sorge, daß in ihrem Gebiet schon wieder Kräfte am Werk sind, die wie 1919 und den folgenden Jahren separatistische Ideen propagieren.* Profit hatte diese Erklärung, die er als *Alarmruf an die Weltmächte* verstand, in Anwesenheit hoher amerikanischer und britischer Offiziere abgeben können.[13]

Die ersten Auswirkungen seines Protestes zeigten sich schon bald. In der ältesten deutschen Emigrantenzeitung der Vereinigten Staaten, der „Neuen Volkszeitung", veröffentlichte der Sozialdemokrat Friedrich Stampfer unter der Überschrift *Frankreich auf Irrwegen - Die pfälzischen Sozialdemokraten wollen bei Deutschland bleiben* einen Artikel, der eingehend über die Verhältnisse in der Pfalz berichtete und Teile der von Friedrich Profit in Wennigsen abgegebenen Erklärung zitierte.

Auf Grund des Ergebnisses der ersten Wahl zum Landtag von Rheinland-Pfalz im Mai 1947, bei der die Sozialdemokratische Partei in der Pfalz einen eindeutigen Stimmenvorsprung vor der CDU erhalten hatte[14], wurde der bisherige Oberregierungspräsident Eichenlaub vom Vorsitzen-

---

13 Hans-Jürgen WUNSCHEL, Drei Dokumente zur Geschichte der pfälzischen Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz 72 (1974), S. 97-119.

14 Ders., Die Pfalz in der Nachkriegszeit, in: Pfälzische Geschichte, Bd. 2, hrsg. v. Karl-Heinz ROTHENBERGER/Karl SCHERER/Franz STAAB/Jürgen KEDDIGKEIT, Kaiserslautern 2001, S. 219-247, hier S. 232.

den der Sozialdemokratischen Partei, Franz Bögler, abgelöst. Gleichzeitig mit Eichenlaub schied auch Oberregierungsvizepräsident Koch, der Schirmherr der pfälzischen Separatisten, aus seinem Amt. Im Laufe des Sommers antichambrierte er nun bei der französischen Militärregierung in Neustadt, traf sich regelmäßig mit Oberstleutnant Magniez und unternahm Reisen nach Baden-Baden, dem Sitz des Oberkommandierenden der französischen Besatzungszone, General Koenig. Schließlich unterhielt er ausgezeichnete Beziehungen zu General Andlauer, dem Vorsitzenden der „Association française de la Sarre" und ehemaligen Befehlshaber der französischen Truppen im Saargebiet nach dem Ersten Weltkrieg. Wieweit die französischen Stellen über die politischen Kräfteverhältnisse in Rheinland-Pfalz, besonders aber in der Pfalz, unterrichtet waren, läßt sich nicht sicher feststellen. Daß sie ungenau informiert gewesen waren, ist jedoch aus der Tatsache zu schließen, daß sie Koch, der sich als *Führer der pfälzischen Bevölkerung* vorstellte, immer wieder Gelegenheit gegeben haben, seine Pläne einer Autonomen Pfalz darzulegen. Vielleicht spielte man bei den Franzosen in Baden-Baden insgeheim trotz aller anderslautender Beteuerungen immer noch mit dem Gedanken, für die Pfalz einen eigenen Status schaffen zu können.

Im Anschluß an einen Besuch bei General Koenig verkündete Koch, daß *er in Sachen der Umgründung des Landes Rheinland-Pfalz* von Herrn General Koenig empfangen worden war. Dabei sei vereinbart worden, daß *Oberstleutnant Magniez als künftiger pfälzischer Gouverneur und Koch sowie Adolf Bley als Regierungspräsidenten der Pfalz eingesetzt werden sollten. Die Übernahme der Regierungsgewalt in der Pfalz sei ohne Schwierigkeiten durchzuführen, da etwa 80 seiner Anhänger schon Angestellte und Beamte des Oberregierungspräsidiums in Neustadt seien.*

Die Aktivitäten Kochs blieben den pfälzischen Parteien nicht verborgen. Auch wenn man nicht so recht an einen gewaltsamen, von französischer Seite aus unterstützten Umsturz in der Pfalz glauben wollte, war man doch auf Grund der in der Zeit der Weimarer Republik gewonnenen Erfahrungen, als die französischen Truppen die Separatisten mit Waffengewalt unterstützt hatten, nicht sicher. Vermutungen wurden angestellt, ob nicht jetzt, nachdem jeder einsehen mußte, daß die separatistische Bewegung in der Bevölkerung keinen Rückhalt gefunden hatte, mit anderen, mit gewaltsamen Mitteln doch noch versucht wurde, wenigstens die Pfalz aus dem Gebiet von Rheinland-Pfalz zu lösen und in französische Abhängigkeit, ähnlich wie das Saarland, zu bringen. Die Vertreter der pfälzischen Parteien, von Gerüchten eines nahen Umsturzes beunruhigt, trafen sich während der Sommermonate des Jahres 1947 regelmäßig, um die unübersichtliche Lage zu erörtern und eventuelle Maßnahmen zu ergreifen. Nach ausführlichen

Besprechungen einigten sie sich zu einem ungewöhnlichen Schritt. Sie wollten das Problem des pfälzischen Separatismus im Landtag von Rheinland-Pfalz in aller Öffentlichkeit zur Sprache bringen. Damit wollten sie einmal sämtliche Abgeordneten zwingen, deutlich ihre Haltung zum Ausdruck zu bringen, denn es gab in jeder pfälzischen Partei einige Mandatsträger, die mit den Ideen der Separatisten sympathisierten, zum anderen erhofften sich die pfälzischen Parteien eine klare Stellungnahme der französischen Militärregierung. Auch wollte man die Unterstützung der Separatisten durch französische Kreise kritisieren. Doch darüber war man sich nicht ganz einig. Während die Sozialdemokraten eine solche Anschuldigung ganz offen vorbringen wollten, waren die Vertreter der CDU der Meinung, man müsse vorsichtig dieses Thema behandeln und dürfe die Franzosen nicht verärgern. Aufgeschreckt von einem durch Zufall von dem Leiter der Zentralen Säuberungskommission für Rheinland-Pfalz, Dr. Gerhart Wolf, mitgehörten Telefongespräch, in dem Koch über eine Unterredung mit General Koenig berichtete und behauptete, daß *es nur noch drei Tage dauern würde, dann sei die Pfalz weg vom Reich*, lud der pfälzische Oberregierungspräsident und SPD-Vorsitzende Franz Bögler, von diesem Gespräch unterrichtet, die Vertreter der Parteien zu einer gemeinsamen Konferenz nach Rhodt ein. Wie dem Protokoll der Zusammenkunft zu entnehmen ist, einigte man sich darauf, auf der nächsten Sitzung des Landtages den pfälzischen Separatismus zur Sprache zu bringen. Am 6. November 1947 nahm Ministerpräsident Altmeier vor dem Landtag von Rheinland-Pfalz in einer langen Erklärung zur politischen und wirtschaftlichen Lage Stellung. Dabei gab er auch einen Ausblick über die von der Landesregierung und vom Landtag zu bewältigenden Aufgaben. Beide Gremien müßten sich in den kommenden Wochen mit dem Auftrag der rheinlandpfälzischen Verfassung auseinandersetzen, die in Artikel 50 und 78 vorschreibe, ein Selbstverwaltungsgesetz für die fünf Regierungsbezirke zu verabschieden. Dieses Gesetz sollte, über die Eigenart der in der Verfassung festgelegten Bezirke befinden. Altmeier legte jedoch eindeutig klar, daß diese *Rechte nichts zu tun haben mit Bestrebungen, die darauf abzielen, die Pfalz aus dem deutschen Verbande herauszulösen*. Unter dem Beifall des gesamten Plenums fuhr der Ministerpräsident fort, die Landesregierung sei nicht gewillt, irgendwelche Tendenzen zu dulden, die als Verfassungsbruch und Verrat zu werten seien: *Jeder, der durch eine unklare autonomistische oder gar separatistische Propaganda der Zerreißung unseres Landes Vorschub leisten will, muß sich darüber im klaren sein, daß er damit weder den Interessen des deutschen Volkes noch dem Gedanken eines westeuropäischen Ausgleichs dient und sich außerhalb unsere Gemeinschaft stellt.*

Nach dieser Rede Altmeiers hielt der Vizepräsident des Landtages, der pfälzische Oberregierungspräsident Franz Bögler, eine scharfe Abrechnung mit den Separatisten, *deren entscheidende Stärke genau so groß ist wie die Menge der französischen Waffen, die sie als Unterstützung ihrer Pläne zu gewinnen hoffen*. Er verwies dann auf die separatistische Bewegung der zwanziger Jahre und unter Anspielung auf das blutige Ende der Separatisten im Jahre 1924 in Pirmasens rief er aus: *All den Leuten aber, die nicht wagen, in demokratischen Formen ihre Ziele zu verfechten, kann angekündigt werden, daß jeder Versuch, mit Mitteln der Gewalt den Bestand der jetzigen Ordnung anzugreifen, auf eine sofortige Abwehr mit gleichen Mitteln stoßen wird. Pirmasens würde dieses Mal nicht am Schluß, sondern am Anfang der Aktion stehen.* Sowohl die Abgeordneten Dr. Haberer (CDU) als auch Dr. Neubronner (DP) und Herbert Müller (KPD) lehnten entschieden jede Form des Separatismus in der Pfalz ab. Sie zeigten auch die Hintergründe für diese Bewegung auf. Neubronner meinte, daß diese Menschen *den Maschen des Entnazifizierungsgesetzes vielleicht entgehen wollen, ... ihre im Dritten Reich zusammengegaunerten Kriegsgewinne in Sicherheit* zu bringen glaubten. Nach Meinung Müllers waren die pfälzischen Separatisten *politische Abenteurer und rücksichtslose egoistische Elemente*. Auch für Haberer waren die Separatisten nur eigennützige Personen, die sich aus der *historisch begründeten und fundamentierten Eigenart* der Pfalz lösen wollten.

Im Anschluß an die Erklärung der Parteien verabschiedete der Landtag einstimmig eine von allen pfälzischen Abgeordneten unterschriebene Resolution. Wie in den Ausführungen der Abgeordneten, wurde darin festgestellt, daß der Separatismus eine schwere Belastungsprobe für alle ehrlichen Verständigungsbemühungen zwischen Frankreich und dem pfälzischen Volk bedeute, und der Hoffnung Ausdruck gegeben,daß die *Militärregierung die Spekulation dieser Clique von Abenteurern enttäuschen wird*. Die Erklärung stellte die Entrüstung des Landtages über die Umtriebe separatistischer Landesverräter in der Pfalzfest, wandte sich auch gegen solche Bestrebungen, die unter Berufung auf sogenannte Selbstverwaltungs- und Sonderrechte der Pfalz eine Zerreißung des Landes beabsichtigten. Sie forderte alle *ehrenamtlich in Gemeinderäten und Kreisversammlungen tätigen Pfälzer* auf, diesen Bestrebungen Widerstand zu leisten. Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes, die sich zu *aktiver oder auch nur passiver Förderung dieser landesverräterischen Pläne mißbrauchen* ließen, würden *unnachsichtlich zur Rechenschaft gezogen* werden.

Die deutliche Sprache der Abgeordneten des rheinlandpfälzischen Landtages verfehlte nicht ihre Wirkung. Die „Rheinpfalz" berichtete in großer

Aufmachung auf der Titelseite über die Sitzung.[15] Auch außerhalb der französischen Zone fand der Protest des Landtages in Presseveröffentlichungen Beachtung.[16] Aber auch bei der französischen Besatzungsmacht war man von der Erklärung der Abgeordneten beunruhigt. Gouverneur Brozen-Favereau wurde vom französischen Oberkommando in Baden-Baden angewiesen, so schnell wie möglich einen umfassenden Bericht abzugeben. Er zitierte deshalb Oberregierungspräsident Bögler zu sich und verlangte, daß dieser ihm *raschestens das möglicht vollständige Aktenmaterial über die Machenschaften* vorlegte. Bögler trug nun seine zahlreichen Unterlagen zusammen und diktierte ein vierseitiges Manuskript[17], das er wenige Stunden später Brozen-Favereau überreichte. Dieser fuhr am Abend des 11. November 1947 nach Baden-Baden und übergab General Koenig das Schriftstück. Eine Stellungnahme der französischen Militärregierung in Neustadt oder gar eine Verlautbarung General Koenigs erfolgte jedoch nicht.

Weder Bögler noch alle anderen Abgeordneten, die gegen den Separatismus Stellung bezogen und die französische Besatzungsmacht der Mitwisserschaft und Unterstützung geziehen hatten, wurden zur Rechenschaft gezogen. Offenbar hatten die französischen Stellen jetzt erkannt, daß der Separatismus der falsche Weg war, zu einer Verständigung mit der pfälzischen Bevölkerung zu gelangen.

15 Die Rheinpfalz v. 8.11.1947: Pfälzische Fragen vor dem Landtag.

16 Wiesbadener Kurier v. 18.11.1947: Separatismus in der Pfalz. Die Großpfalz als zweites Saargebiet?

17 Das Schreiben Böglers ist abgedruckt in: Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz während der französischen Besatzung. März 1945 bis August 1949, bearb. v. Peter Brommer, Mainz 1985, S. 536-542.

# GOUVERNEMENT MILITAIRE EN ALLEMAGNE

## QUESTIONNAIRE / Fragebogen

AVERTISSEMENT — En cas de doute, c'est la sorte française qui prévaut. A chaque question il doit être répondu comme indiqué. Les omissions, les indications inexactes ou incomplètes entraîneront des poursuites pour violation des ordonnances militaires. Une limite rapprochemente devrait être observée si la place qui est en questionnaire est insuffisante.

Warnung. In Zweifelsfällen ist der französische Text maßgeblich. Jede Frage muß so beantwortet werden, wie sie gestellt ist. Unterlassung der Beantwortung, unrichtige oder unvollständige Angaben werden wegen Zuwiderhandlung gegen militärische Verordnungen gerichtlich verfolgt. Falls mehr Raum benötigt ist, sind weitere Seiten anzuhängen.

### A. ETAT CIVIL / A. Persönliche Angaben

1. Répon se vos — 2. Nom (nom de famille) (prénoms) — 3. Autres noms sous lesquels vous êtes connu, ainsi que les changements de noms (écrit et prénoms) — 4. Date de naissance — 5. Lieu de naissance. — 6. Taille. — 7. Poids. — 8. Couleur des cheveux. — 9. Couleur des yeux. — 10 Signes particuliers, cicatrices, tatoos (le connaître, déformations, etc. — 11. Adresse actuelle (ville, rue, No). — 12. Domicile précédent (ville, rue, No). — 13. Carte d'identité (Ausweis) (No). — 14. Passeport (No). — 15. Nationalité. — 16. Nationalité précédente. — 17. Si vous n'êtes pas allemand, indiquez la date et le lieu où vous avez été naturalisé. — 18. Deuxième nationalité ou une autre qui pourrait vous appartenir en vertu de vos origines ou de votre parenté. — 19 Religion. — 20. A quelle église appartenez vous? — 21. A-vous-vous actuellement ou en fait privé vous-même avec une église? — 22. Si oui, donnez des détails et le nom). — 23. Quelles religions avez vous vous-même ou vos parents pratiquées depuis la guerre, le tribunal et la date de la peine.

1. Pér Sie in Frage kommende Stellung: [redacted] Jurgermeister

2. Name: [redacted] 3. Andere von Ihnen benutzte Namen
(Familien-) Name Vor-name
oder solche, unter welchen Sie bekannt sind, euch Namenswechsel angeben (Datum und Grund): .....

4. Geburtsdatum: [redacted] 5. Geburtsort: [redacted] Rheinpfalz

6. Größe 175 7. Gewicht: 70 kg 8. Haarfarbe: schwarz

9. Farbe der Augen: braun 10. Narben, Geburtsmale oder Entstellungen: keine

11. Gegenwärtige Anschrift: Kaiserslautern,
Straße, Hausnummer) Kaiserslautern

12. Ständige Wohnstize ab 1945: Kaiserslautern

13. Art der Ausweiskarte: Personalausweis Nr.: [redacted] 14. Wehrpaß Nr.: keinen

15. Reisepaß Nr.: keinen 16. Staatsangehörigkeit: deutsch

17. Falls naturalisierter Bürger, geben Sie Datum und Einbürgerungsort an: nein

18. Aufzählung aller Ihrerseits oder seitens Ihrer Ehefrau oder Ihrer beiden Großeltern innegehabten Adelstitel: keine

19 Religion: evangelisch 20. Welcher Kirche gehören Sie an? der evangelischen

21. Haben Sie je öffentlich oder inoffiziell Ihre Verbindungen mit einer Kirche gelöst? nein Falls ja, geben Sie Einzelheiten und Gründe an, auch Austrittsdatum: .....

23. Welche Religionszugehörigkeit haben Sie bei der Volkszählung 1939 angegeben? evangelisch

24. Führen Sie alle Vergehen oder Verbrechen an, wegen deren Sie je verurteilt worden sind, mit Angaben des Datums, der Verurteilung, des Gerichtes und der Strafe: keine

### B. FORMATION SCOLAIRE ET UNIVERSITAIRE / B. Grundschul- und höhere Bildung

| Noms et genre d'écoles (si c'est une école spéciale, notez ce que vous avez étudié, le cycle (Jahrgang) suivi et l'année scolaire (Schuljahr) fréquentée pour chaque école. | Lieu<br>Ort | Date d'entrée et de sortie<br>Wann besucht? | Certificat, Diplômes ou degré universitaire<br>Zeugnis, Diplom oder akademischer Grad | Date<br>Datum |
|---|---|---|---|---|
| Volksschule | Kaiserslautern | 1900 - 1904 | | |
| Humanistisches Gymnasium | Kaiserslautern | 1904 - 1914 | Einj. Zeugnis | 1914 |

25. A quelles associations allemandes d'étudiants avez-vous appartenu? A quel Verband appartenait votre association? — 26. Appartenez-vous au NS-Altherrenbund? Si oui à quelle? — 27. A quelles écoles Ordens, A. Hitler, NS-Führerschule ou académies militaires allemandes avez-vous personnel? Indiquez avec précision tous et écrivez — 28. Vos enfants ont-ils fréquenté une de ces écoles? Laquelle, où et quand? — 29. Indiquez toutes les écoles susspectes vous être employé comme Vertrauenslehrer (ermal Jugend-walter) ou précédent le fait et les dates.

25. Welchen deutschen Studentenverbindungen (auch Kameradschaften) haben Sie angehört? Welchem Verband gehörte Ihre Verbindung an? keinen

26 Gehören Sie dem NS-Altherrenbund an? nein Von wann bis wann? nein

27. In welchen Napola, Adolf-Hitler-, NS-Führerschulen oder Militärakademien waren Sie Lehrer? Angaben mit genauer Orts- und Zeitbestimmung: nein

28. Haben Ihre Kinder eine der obengenannten Schulen besucht? nein Welche, wo und wann? nein

29 Führen Sie (mit Orts- und Zeitbestimmung) alle Schulen an, in welchen Sie je Vertrauenslehrer (vormalig Jugendwalter) waren: nein

### C/EXAMENS PROFESSIONNELS / C. Berufs- oder Handwerksprüfungen

| Titre de l'examen<br>Name der Prüfung | Lieu<br>Ort | Résultat<br>Ergebnis | Date<br>Datum |
|---|---|---|---|

*Fragebogen zur Entnazifizierung*

# „Politische Christenverfolgung"? Französische Entnazifizierungspolitik und der Verlauf der politischen Säuberung in der Pfalz nach 1945

**Rainer Möhler**

Der im Jahr 1896 in St. Ingbert (damals bayrische Rheinpfalz) geborene Karl Barth wurde als Sechzigjähriger 1956 zum Landrat in Saarbrücken ernannt; 1962 in Ruhestand getreten, übte er bis zu seinem Tod im gleichen Jahr die Funktion eines hauptamtlichen Vorsitzenden des Sparkassen- und Giroverbandes im Saarland aus. Zu Beginn der NS-Herrschaft war der damalige Oberregierungsrat und Oberkirchenrat bei der Pfälzischen Landeskirche in Speyer noch Referent des Saarbeauftragten der Hitler-Regierung mit Sitz in Neustadt gewesen; seine (erfolgreiche) Tätigkeit wurde ihm nach der Rückgliederung des Saargebietes mit der Ernennung zum Regierungsdirektor gedankt. Zunächst Abteilungsleiter beim Reichskommissar in Saarbrücken, erklomm er die Karriereleiter in großen Sprüngen: 1939 Regierungspräsident der Pfalz, 1940 bis Kriegsende Vertreter des Gauleiters Josef Bürckel in der Westmark und im besetzten Lothringen. Obwohl erst seit Mai 1935 NSDAP-Mitglied, wurde ihm angesichts seiner Verdienste für die NS-Bewegung 1939 das „Goldene Parteiabzeichen" verliehen. Die Spruchkammer Heidelberg stufte ihn im August 1948 als „Mitläufer" ein, die saarländische Spruchkammer übernahm diesen Urteilsspruch ein Jahr später. Der Weg für die zweite berufliche Karriere, diesmal im demokratischen Staat, war damit frei[1]. Seinem ehemaligen Partei- und Jahrgangsgenossen, dem „Alten Kämpfer" („Pg" seit 1920) und stellvertretenden Gauleiter der pfälzischen NSDAP seit 1927, Ernst-Ludwig Leyser, erging es nicht schlechter: Nach dem Zusammenbruch seines Staates 1945 zunächst unter falschem Namen in Bayern untergetaucht, stellte er sich erst 1948 in Wiesbaden den Behörden. Als früherer NSDAP-Gaube-

1 Karl Barth (*23.3.1896 St. Ingbert †2.8.1962) war von April 1945 bis Februar 1948 in verschiedenen Lagern der US-Zone interniert gewesen. Zu seiner Person: Bernhard H. Bonkhoff u.a., "Dienst mit vollem Einsatz in der jeweiligen Ordnung seines Volkes". Der 1946 geschriebene Lebenslauf des Karl Barth (1896-1962). Oberkirchenrat, Regierungspräsident und Landrat, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte und religiöse Volkskunde 66/67 (1999/2000), S. 197-236; s.a. Landesarchiv Saarbrücken, Best. OSR 1-396/49. Ich möchte an dieser Stelle Herrn Oberarchivrat Dr. Wolfgang Müller, Saarbrücken, für seine wertvollen Hinweise zum aktuellen Forschungsstand der pfälzischen Zeitgeschichte danken!

auftragter für Kirchenfragen war er mit kirchlichen Problemen vertraut - dies kam ihm seit Beginn der 1960er Jahre als Mitglied der Landessynode zugute. Sein erneutes parteipolitisches Engagement in Bergzabern ermöglichte ihm darüber hinaus bis 1971 die Leitung des Volksbildungswerks, später der Volkshochschule[2]. - Angesichts dieser beiden Biographien ist die Frage nach einem Scheitern der Entnazifizierung durchaus berechtigt. Wodurch war dieses Kapitel der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte, das anscheinend so wenig (Nach-)Wirkung hatte, aber trotzdem bis heute starke negative Emotionen weckt, gekennzeichnet? Gab es überhaupt so etwas wie eine politische Säuberung in der Pfalz nach 1945?

Eine Geschichte der Entnazifizierung in der Pfalz, eine Beschreibung ihrer Grundlagen, ihres Verlaufs und Ergebnisses bliebe nur bruchstückhaft, solange sie nicht als Teil der allgemeinen Geschichte der Entnazifizierung in der französischen Besatzungszone gesehen wird[3]. Viele zeitgenössische Missverständnisse und bis heute wachgehaltene Vorwürfe an die damals beteiligten Personen haben ihre Ursache in einer regional- bzw. lokal-verengten Sichtweise auf die pfälzische Nachkriegsgeschichte. Als besondere Belastung kamen in dem Gebiet der ehemaligen bayerischen Rheinpfalz die nur wenig mehr als zwei Jahrzehnte zurückliegenden Erfahrungen der „Separatistenzeit" hinzu[4].

---

2 Ernst Ludwig Leyser (*10.9.1896 Homburg †6.12.1973), der sich lediglich vom Sommer 1948 bis Ende 1949 in Internierungshaft befunden hatte, wurde im Spruchkammerverfahren zum Reichsbahnrat zurückgestuft. Er hatte durch sein Untertauchen bei Kriegsende erfolgreich eine härtere Ahndung seiner NS-Belastung umgangen. Er war damit aber kein Einzelfall: Die Zahl der "U-Boote", wie die Namenswechsler in den 1950er Jahren genannt wurden, wird auf 80.000 bis 100.000 geschätzt, vgl. Wilfried LOTH und Bernd-A. RUSINEK in ihrer Einleitung zum Sammelwerk: Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt/Main 1998. Zur Person von Leyser s. die biographische Skizze von Dieter WOLFANGER, Ernst Ludwig Leyser: stellvertretender Gauleiter der NSDAP in der Saarpfalz, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 14 (1988), S.209-217.

3 Der Aufsatz basiert aus den Recherchen zu meiner Dissertation Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952, Mainz 1992.

4 Zur pfälzischen Geschichte in der Weimarer Republik: Helmut GEMBRIES, Verwaltung und Politik in der besetzten Pfalz zur Zeit der Weimarer Republik, Kaiserslautern 1992; speziell zur "Separatistenzeit" die Dokumentation: 1923/24. Separatismus im rheinisch-pfälzischen Raum, bearb. v. Joachim KERMANN und Hans-Jürgen KRÜGER, Koblenz 1989. Siehe auch Gerhard GRABER/Matthias SPINDLER, Revolver-Republik am Rhein. Die Pfalz und ihre Separatisten, Bd. 1, Landau 1992.

## Entnazifizierung unter französischer Anleitung und Kontrolle: die Ära Koch (Herbst 1945 - Frühjahr 1947)

Charakter und Verlauf der Entnazifizierung im deutschen Südwesten waren durch die Vorgaben der französischen Sicherheits-, Demokratisierungs- und Dezentralisierungspolitik bestimmt[5]. Im Gegensatz zur amerikanischen Besatzungsmacht hatte die französische Regierung unter General de Gaulle kaum Zeit gehabt, detaillierte Konzepte für ihre künftige Politik als vierte Besatzungsmacht auszuarbeiten. Das Ziel der französischen Politik war jedoch klar: Paris wollte endlich eine dauerhafte Sicherheit vor der „deutschen Gefahr" erlangen. Dies sollte jedoch jetzt, anders als nach dem Ersten Weltkrieg, nicht allein durch territoriale Veränderungen und machtpolitische Faktoren, sondern auch durch einen - von der französischen Militärregierung angeleiteten - politischen und kulturellen Wandel im deutschen Volk erreicht werden. Der Leiter der französischen Besatzungsverwaltung in Baden-Baden, Generalverwalter Emile Laffon, maß in diesem allgemeinen Rahmen der Entnazifizierung eine hohe Bedeutung für das Gelingen der französischen Demokratisierungspolitik bei. In seinem Kabinett wurde ab Spätsommer 1945 das Konzept für eine eigenständige Entnazifizierungspolitik entwickelt: Das deutsche Volk wurde darin zwar für die Verbrechen des NS-Regimes verantwortlich gemacht, aber nicht der Kollektivschuld angeklagt. Die - im Vergleich zur amerikanischen Politik[6] - realistischere Einschätzung der Möglichkeiten einer Entnazifizierung und der weitge-

---

5 Der aktuelle Forschungsstand wird dargestellt bei: Rainer HUDEMANN, Reparationsgut oder Partner? Zum Wandel in der Forschung über Frankreichs Deutschlandpolitik nach 1945, in: APuZG B 6/1997, S. 31-40; Ulrich LAPPENKÜPER, Neue Quellen und Forschungen zu den deutsch-französischen Beziehungen zwischen "Erbfeindschaft" und "Entente Elémentaire" (1944-1963) und ihren internationalen Rahmenbedingungen, in: Francia 24/3 (1998), S. 133-151. Siehe auch die knappen und instruktiven Beiträge im Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Vis-à-vis: Deutschland – Frankreich, Redaktion Petra ROSGEN, Köln 1998.

6 Allgemein zur Geschichte der Entnazifizierung: Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, hrsg. v. Klaus-Dietmar HENKE/Hans WOLLER, München 1991; Clemens VOLLNHALS, Entnazifizierung. Politische Säuberung unter alliierter Herrschaft, in: Ende des Dritten Reiches - Ende des Zweiten Weltkriegs: eine perspektivische Rückschau, hrsg. v. Hans-Erich VOLKMANN, München 1995, S. 369-392; von demselben Autor auch die Dokumentation: Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949, Frankfurt/Main 1991. Neueren Datums: Damian van MELIS, Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945-1948, München 1999; Armin SCHUSTER, Die Entnazifizierung in Hessen 1945-1954. Vergangenheitspolitik in der Nachkriegszeit, Wiesbaden 1999.

hende Verzicht auf einen moralischen Rigorismus bildeten die Grundlagen für die französische Säuberungspolitik vom Herbst 1945 bis Frühjahr 1947, die durch die frühzeitige Beteiligung deutscher antifaschistischer Kräfte und die Betonung eines individuellen Überprüfungsverfahrens charakterisiert war.

Die Baden-Badener Rahmenrichtlinien zur Entnazifizierung waren für alle Länder der Besatzungszone identisch. Die Vorgaben der französischen Dezentralisierungspolitik, die den Aufbau starker Ländereinheiten zum Ziel hatte, ermöglichten jedoch die Entwicklung regionalspezifischer Eigenheiten[7]. Nachdem in der ersten Phase der Entnazifizierung nach Beendigung der Kampfhandlungen bis Herbst 1945 Deutsche lediglich als Hilfskräfte herangezogen worden waren, bildeten die Baden-Badener Direktiven zur Entnazifizierung der öffentlichen Verwaltung vom 19. September und der Privatwirtschaft vom 31. Oktober 1945 die Grundlagen für eine eigenverantwortliche Mitarbeit von deutscher Verwaltung und Antifaschisten bei der Entnazifizierung. Es handelte sich dabei um ein politisches Verwaltungsverfahren zur Feststellung einer politischen Schuld; die juristische Ahndung politisch motivierter Verbrechen wurde den Militärgerichten bzw. schrittweise den neu konstituierten deutschen Gerichten überlassen[8]. Die automatischen Entlassungskategorien des angloamerikanischen „SHAEF-Handbooks", die die politisch schwer belasteten Nationalsozialisten betra-

7 Hierzu Rainer MOHLER, Entnazifizierung, Demokratisierung, Dezentralisierung - französische Säuberungspolitik im Saarland und in Rheinland-Pfalz, in: Vom "Erbfeind" zum "Erneuerer": Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, hrsg. v. Stefan MARTENS, Sigmaringen 1993, S. 157-173.

8 Zu den gerichtlichen Verfahren auf der Grundlage des alliierten Kontrollratsgesetzes Nr. 10 v. 20.12.1945 betr. der "Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben" (Amtsblatt des Kontrollrates (im folgenden ABl-KR), S. 50): Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943-1952, hrsg. von Gerd R. UEBERSCHAR, Frankfurt/Main 1999; Ruth Bettina BIRN, Die Strafverfolgung nationalsozialistischer Verbrechen und deren politische und moralische Folgen für die beiden Deutschlands, in: Ende des Dritten Reiches (wie Anm. 6), S. 393-418.

9 Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Forces (SHAEF): Handbook for Military Government in Germany, Prior to Defeat or Surrender, Dezember 1944. Automatisch entlassen werden sollten u.a. alle Mitglieder der Gestapo und des SD, alle NSDAP-Mitglieder vor 1933 und Parteibeamte, alle SS-Mitglieder vor 1933 und ab dem Rang eines Unterscharführers; vgl. Volker DOTTERWEICH: "Arrest" und "Removal". Die amerikanische Besatzungsdirektive JCS 1067 und die Entnazifizierungskonzeption der Westmächte in: Deutschland in den internationalen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Festschrift für Josef Becker zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Walther L. BERNECKER/Volker DOTTERWEICH, München 1996, S. 287-316.

fen[9], wurden beibehalten. Diese ehemaligen NS-Aktivisten oder in exponierter Stellung tätig gewesenen hohen Beamten sollten erst nach Abschluss der Entnazifizierung der politisch geringer Belasteten die Möglichkeit erhalten, ihre automatisch erfolgende Entlassung in einem Einspruchsverfahren anzufechten. Dadurch sollte vermieden werden, dass der administrative und wirtschaftliche Wiederaufbau der Zone durch noch ausstehende Entscheidungen für die Millionen „kleiner Pgs" länger als unbedingt notwendig hinausgezögert werden würde.

Die eigentliche Aufgabe der deutschen Säuberungsorgane bestand also zunächst darin, über diese politisch geringer belasteten Nationalsozialisten individuell abgestufte Sanktionen zu verhängen. Der Sanktionsrahmen reichte dabei von der „Entlassung ohne Pension" bis zur „Beibehaltung im Dienst". Die Untersuchungsausschüsse auf Kreisebene als erste Instanz und die Säuberungskommissionen auf Regierungsbezirks- bzw. Länderebene als zweite Instanz setzten sich aus Vertretern des betreffenden Verwaltungs- oder Wirtschaftszweiges sowie aus Repräsentanten des politischen, konfessionellen und gewerkschaftlichen Milieus zusammen, die von den deutschen Verwaltungschefs vorgeschlagen wurden; alle Mitglieder sollten eine antifaschistische Vergangenheit vorweisen können. Das politische Primat sollte gegenüber technischen Sachzwängen zwar gewährleistet sein, ohne jedoch diese völlig zu vernachlässigen. Die Militärregierung übte ihre Kontrolle durch die Genehmigung der Mitglieder der Säuberungsorgane sowie deren Sanktionsvorschläge aus. In jedem Land der französischen Zone wurde hierzu ein „Service Epuration" der Militärregierung eingerichtet, der mittels vorgefundener Unterlagen - der Militärregierung in Neustadt waren zum Beispiel ein umfangreiches Parteiarchiv der NSDAP und die Akten der Staatspolizei in die Hände gefallen - und eigener Ermittlungen die Ergebnisse der deutschen Kommissionsarbeit überprüfte. Nachdem die Militärregierung ihren Beschluss gefasst hatte - sie konnte den deutschen Sanktionsvorschlag auch abändern - hatte die Verwaltung den Sanktionsbescheid unter ihrem Namen im jeweiligen Amtsblatt, in der Pfalz in den „Amtlichen Mitteilungen", zu veröffentlichen. Ihr oblag auch die Durchführung der Sanktionen.

Im Gebiet des Oberregierungspräsidiums Hessen-Pfalz[10] wurde der Oberregierungsvizepräsident Carl Felix Koch von der Militärregierung zum Leiter

10 Der Regierungsbezirk Rheinhessen wurde am 8.10.1946 aus der Zuständigkeit des Oberregierungspräsidiums Neustadt herausgelöst und dem Oberpräsidium Rheinland-Hessen-Nassau angegliedert; bis zum Inkrafttreten der Säuberungsverordnung im April 1947 blieb jedoch in Fragen der Entnazifizierung weiterhin Neustadt zuständig.

der Entnazifizierung ernannt. Die Baden-Badener Entnazifizierungsdirektiven wurden in Hessen-Pfalz am 10. Oktober für die Verwaltung und am 20. November 1945 für die Privatwirtschaft[11] in Kraft gesetzt. Koch, der sich keiner der pfälzischen politischen Parteien zugehörig fühlte, besaß als Antifaschist[12] und Frankreich-Freund das besondere Vertrauen der Militärregierung. In enger Zusammenarbeit mit dem Elsässer Réné Schneider vom „Service Epuration" gelang ihm und seinen Mitarbeitern der Aufbau einer effektiv arbeitenden Entnazifizierungsorganisation mit den „Zentralen Säuberungskommissionen" (ZSK) an der Spitze.

Nachdem die ersten Entnazifizierungssanktionen in den „Amtlichen Mitteilungen" am 25. Januar 1946 veröffentlicht worden waren, regten sich allerorts Widerstand und Proteste gegen diese Maßnahmen: Vertreter der neu zugelassenen Parteien und Amtsträger der beiden großen Kirchen verdächtigten die jeweiligen „Konkurrenten", mittels der Entnazifizierung andere Ziele zu verfolgen. Die einzelnen Verwaltungen beklagten die Zuspitzung des ohnehin schon bestehenden Mangels an qualifizierten Arbeitskräften. Die Erteilung befristeter Weiterbeschäftigungsgenehmigungen konnte das Problem zwar nicht lösen, aber zumindest vertagen. Eine wichtige Neuerung - und pfälzische Besonderheit - brachte jedoch im Sommer 1946 die Einrichtung einer Einspruchsinstanz, des Politischen Säuberungsrats (PSR); angesichts des raschen Fortschreitens der Entnazifizierung hatte der Leiter der Militärregierung in Neustadt, Délégué Supérieur André Brozen-Favereau, hierzu seine Erlaubnis erteilt. Koch gab am 21. September 1946 die Bildung des PSR öffentlich bekannt: „Das Überprüfungsverfahren für von den „Zentralen Säuberungskommissionen" gefällte

---

11 Landesarchiv Speyer, Best. H 13, Nr. 731 und 473; siehe auch: Pfälzische Volkszeitung v. 23.10.1945.

12 Über die Person von Carl Felix Koch, geb. am 3.5.1901 in Lauterbourg (damals Reichsland Elsaß-Lothringen), liegen nur spärliche Informationen vor; im Landesarchiv Speyer befindet sich von ihm keine Personalakte. Koch studierte Rechtswissenschaft und Kunstgeschichte in Zürich und München, promovierte zum Dr. phil. und arbeitete als freier Journalist; während seiner Studienzeit war er in einer pazifistischen Studentenorganisation tätig gewesen. Nach seinen eigenen Angaben im Anerkennungsschreiben als "Opfer des Faschismus" vom Dezember 1948 und nach einem Zeitungsartikel in der Pfälzischen Volkszeitung vom 26.10.1945 wurde er in München zweimal von der Staatspolizei in Schutzhaft genommen (April bis August 1933 und erneut im Februar 1937); von Januar bis März 1943 war er einer Bewährungseinheit der Marine zugeteilt; dies endete durch seine Verurteilung wegen "Wehrkraftzersetzung" und "Heimtücke". Nach seiner Entlassung als Oberregierungsvizepräsident scheiterte der Plan der Militärregierung, ihn als Professor für Kunstgeschichte an der Universität Mainz unterzubringen, am Widerstand der Studenten. Koch ließ sich als Privatier in Edenkoben nieder.

Fehlurteile und offensichtliche Härtefälle entlassener Beamter, Angestellter und Arbeiter der öffentlichen Dienste ist genehmigt. Ein zur Bearbeitung dieser und anderer der Bevölkerung als entschieden zu milde erscheinenden Fälle bestimmter Ausschuß ... ist eingerichtet"[13]. Vorsitzender wurde Senatspräsident Karl Matheis vom Oberlandesgericht Neustadt, Mitglieder waren für die SPD zunächst Karl Hartmann, später Maxim Kuraner, für die CDU Fritz Breier, für die KPD zunächst Karl Breyer, später Ludwig Schlenz, und als Vertreter des Sozialen Volksbundes Heinrich Kohlhage; zwei Parteilose ergänzten den PSR. Zunächst auf die auf „Entlassung" lautenden rechtsgültigen ZSK-Bescheide begrenzt, konnten bis Ende 1946 bereits über 1.200 Fälle verhandelt werden; der KPD-Vertreter Schlenz hatte an manchen Tagen das Gefühl, „das ehemalige Korps der Politischen Leiter (sei) en bloc wieder aufmarschiert"[14].

Für die Militärregierung in Neustadt rückte im Frühjahr des Jahres 1947 der Abschluss der politischen Säuberungsmaßnahmen in greifbare Nähe; allein die Entnazifizierung der in der Fortkaserne in Landau internierten Nationalsozialisten[15] stand noch aus. Bis Ende Mai 1947 waren 137.021 ZSK-Bescheide erlassen worden, einschließlich des Regierungsbezirks Mainz. In der Pfalz hatten von insgesamt 97.535 ZSK-Bescheiden für den Verwaltungsbereich 32% eine Sanktion enthalten; für den Bereich der Pri-

13 Amtliche Mitteilungen des Oberregierungspräsidiums Hessen-Pfalz (im folgenden AM) v. 21.9.1946, S. 531.

14 Ende Januar 1947 erschienen die ersten revidierten ZSK-Bescheide in den "Amtlichen Mitteilungen"; MOHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 3), S. 160f.

15 In der Pfalz hatten bis Juni 1946 zwei Internierungslager bestanden: neben der Fort-Kaserne in Landau noch ein ehemaliges Arbeitsdienstlager bei Wörth. Anlässlich einer Inspektion durch das Internationale Rote Kreuz im März 1946 wurden 293 Lagerinsassen in Wörth und 1.064 in Landau gezählt. Während in den ersten Monaten nach Kriegsende noch zahlreiche Unschuldige in den Lagern festgehalten worden waren, sorgten Untersuchungskommissionen der Militärregierung seit Ende des Jahres 1945 für eine Sichtung des Gefangenenbestandes und veranlassten zahlreiche Freilassungen. Allgemein zur Frage der Internierungslager: Lutz NIETHAMMER, Alliierte Internierungslager in Deutschland nach 1945. Vergleich und offene Fragen, in: Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995, hrsg. von Christian JANSEN u.a., Berlin 1995, S. 469-492; Rainer MOHLER, Die Internierungslager in der französischen Besatzungszone, in: Speziallager - Internierungslager. Internierungspolitik im besetzten Nachkriegsdeutschland. Tagung in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen am 25. Oktober 1996, hrsg. von Gabriele CAMPHAUSEN, Berlin 1997, S. 50-60; Bertram RESMINI, Lager der Besatzungsmächte in Rheinland-Pfalz. Kriegsgefangene, Internierte und Verschleppte im Rheinland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 19 (1993), S.601-621.

vatwirtschaft waren bislang 19.311 ZSK-Bescheide (26,4% mit Sanktionen) erlassen worden[16]. In der Privatwirtschaft hatte das führende Personal von 283 Firmen, darunter allein 61 Schuhfabriken aus Pirmasens und Umgebung, sowie von Handwerks-, Industrie- und Handelskammern, Großkaufleuten und Viehhändlern, den politischen Fragebogen ausfüllen müssen. Zwischenzeitlich hatte es sogar den Versuch gegeben, die Entnazifizierungsmaßnahmen auch auf „juristische Personen" (vor allem Aktiengesellschaften und G.m.b.H.s) zu erweitern und „Nazi-Firmen" bei schwerer politischer Belastung der Besitzer bzw. Anteilseigner zugunsten eines Wiederaufbaufonds zu beschlagnahmen. Eine spezielle Sonderkommission der ZSK-Wirtschaft stellte hierfür im Oktober 1946 eine Liste von 26 Firmen zusammen, die bis März 1947 auf 65 erweitert wurde; bei sechs Firmen befürwortete die Militärregierung in Neustadt die Beschlagnahmung: Es handelte sich dabei um die Pfalzwerke in Ludwigshafen, die Firmen Gehlen und Eisenwerke in Kaiserslautern, die Firmen Schönung, Gebr. Mann und Deutsche Metallwerke in Neustadt sowie Gummi Mayer in Landau. In den „Amtlichen Mitteilungen" erschienen von März 1947 bis Januar 1948 die Listen der entnazifizierten Firmenmitarbeiter; das Personal der I.G. Farben Nachfolge B.A.S.F. in Ludwigshafen war bereits zuvor im September 1946 gesäubert worden[17].

Die Entnazifizierung der Privatwirtschaft stellt sowohl den Höhepunkt als auch den Endpunkt der „Ära Koch" dar. Während in den anderen Landesteilen des Ende August 1946 geschaffenen Landes Rheinland-Pfalz bis zum Auslaufen der zweiten Phase der Entnazifizierung kein einziger Bescheid für die Privatwirtschaft veröffentlicht wurde und damit in Kraft treten konnte, zeigten sich im weit fortgeschrittenen Stadium der pfälzischen Entnazifizierung bereits die Grenzen einer entschlossenen Durchführung der politischen Säuberung. Um einen völligen Kollaps der Privatwirtschaft abzuwenden, wurde zunächst die Veröffentlichung der ZSK-Bescheide für die Privatwirtschaft zurückgehalten. Weiterbeschäftigungsgenehmigungen überbrückten dann die Zeitspanne bis die ZSK-Bescheide durch das neue Spruchkammerverfahren einer erneuten Prüfung unterzogen werden konnten. Dies geschah dann aber nicht mehr unter dem Oberregierungsvizepräsidenten Koch, sondern im Namen der seit dem 19. Juli 1947 in der Pfalz regierenden neuen Provinzialregierung unter dem

16 Angaben nach der veröffentlichten allgemeinen Leistungsbilanz der Neustadter Militärregierung: Le Palatinat en 1948, edité par la Délégation Provinciale du Palatinat, Neustadt a.d. Weinstraße 1948.

17 AM v. 10.9.1946, S. 491ff.; v. 25.1.1947, S. 35ff., und v. 23.7.1947, S. 308ff.

18 Bögler weigerte sich, seine Unterschrift unter ZSK-Bescheide zu setzen. Da ihre Rechtskraft jedoch Voraussetzung für die Einlegung eines Einspruchs vor den Spruch-

Sozialdemokraten Franz Bögler[18]. An einem Beispiel kann der abrupte Wandel dargestellt werden: Während der Direktor der Gienanthwerke Hochstein A.G., Oskar Freiherr von Gienanth, mit ZSK-Bescheid vom 4. Juni 1947 entlassen werden sollte und zusätzlich das Verbot einer künftigen leitenden Stellung in der Wirtschaft ausgesprochen wurde, stufte ihn die Spruchkammer im Dezember 1949 als Mitläufer ein und legte ihm lediglich eine Geldbuße von DM 1000.- auf; bei seiner Firma wurde jetzt von einer Beschlagnahmung abgesehen[19].

Die positive Würdigung der schnellen und entschlossenen Durchführung der pfälzischen Entnazifizierung durch die Militärregierungen in Neustadt und Baden-Baden stand im Gegensatz zum Bild der politischen Säuberung in der Bevölkerung und bei den politischen Parteien. Oberregierungsvizepräsident Koch war bereits früh zur Zielscheibe der Kritik geworden. Das Verdikt des späteren Ministerpräsidenten Peter Altmeier (CDP) von einer „politischen Christenverfolgung"[20] blieb nur eines unter vielen. Koch avancierte in den eineinhalb Jahren seiner Amtstätigkeit zum „Feind Nr. 1" in der pfälzischen Öffentlichkeit. Die Gründe hierfür sind zum einen in seiner Persönlichkeit zu sehen, die, wie es das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" im November 1947 der deutschen Öffentlichkeit zu berichten wusste, nicht der eines höheren Beamten im herkömmlichen Sinne entsprach: Koch sei „zu feierlichen Veranstaltungen mit weißer Tennishose, kaffeebraunem Sakko und knallroter Krawatte erschienen"; außerdem bekenne er sich offen zu seiner frankophilen Einstellung[21]. Der Hauptvorwurf an Koch lautete, dass er die Entnazifizierung für seine angeblichen „separatistischen" Ziele missbrauchen würde. Dies trifft aber in dieser Allgemeinheit - einzelne Ausnahmen mag es gegeben haben - nicht zu. Erstens war Koch nicht der Alleinverantwortliche in Fragen der Entnazifizierung; mehrere seiner engsten Mitarbeiter wurden später in die rheinland-pfälzischen Spruchkammerbehörden unter Ministerpräsident Altmeier übernommen. Noch wichtiger ist aber festzustellen, dass weder Generalverwalter Laffon in Baden-Baden

---

kammern war, wurde der Privatier Koch noch bis Ende 1947 wiederholt darum gebeten, diese Bescheide zu unterschreiben. Kurze Informationen zur Nachkriegsgeschichte von Rheinland-Pfalz und einzelnen Sachthemen bietet das Handbuch: Deutschland unter alliierter Besatzung: 1945-1949/55, hrsg. von Wolfgang Benz, Berlin 1999.

19 AM v. 4.6.1947, S. 237; Gesetz- und Verordnungsblatt Rheinland-Pfalz (im folgenden GVBl) So.-Nr. 29, S. 718. Nach § 15 der Säuberungsverordnung vom 17.4.1947 konnte gegen eine juristische Person eine Vermögensbeschlagnahme und die Auflösung des Betriebes ausgesprochen werden.

20 Beratende Landesversammlung von Rheinland-Pfalz, Drs. Nr. 1, Sitzungsprotokoll v. 6.12.1946, S. 16f.

21 Der Spiegel Nr. 46/47 v. 15.11.1947, S. 3.

noch General Brozen-Favereau oder sein Vorgänger in Neustadt, General Bouley, eine Wiederholung der „expériences malheureuses" der Zwischenkriegszeit wollten. Eine Abtrennung der Pfalz stand nach 1945 für die französische Militärregierung nicht zur Diskussion.

Insgesamt konnte sich in der französischen Zone die Entnazifizierung bis Mitte 1947 kontinuierlich entwickeln. Der abrupte Wechsel in der amerikanischen Säuberungspolitik vom Frühjahr 1946, der zur frühen Entstehung von „Mitläuferfabriken"[22] führte, konnte in der französischen Zone vermieden werden. Gleichzeitig wuchs jedoch seit Herbst 1946 die Kritik von deutscher Seite, die vor allem die nicht vorhandene gesetzliche Grundlage des Verfahrens, die fehlenden Rechte für die Betroffenen und vor allem die Überprüfung und Freilassung der in den Internierungslagern festgehaltenen Personen einklagte. Auch in der französischen Militärregierung wurde zunehmend die Notwendigkeit einer Reform des Verfahrens erkannt, die außerdem dem erreichten Stand der Demokratisierung des besetzten Landes Rechnung tragen sollte. Der Erlass der alliierten Kontrollratsdirektive Nr. 38 über die „Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen" am 12. Oktober 1946[23], durch die im besetzten Deutschland ein einheitliches Kategorien- und Sühnesystem geschaffen werden sollte, wurde von Generalverwalter Laffon zum Anlass genommen, eine neue, dritte Phase der Entnazifizierung einzuleiten. Die künftige Hauptaufgabe sah er in der Entnazifizierung der Internierten, für die die seit 1945 bestehenden deutschen Organe bislang weder die Kompetenz noch den dazu notwendigen Sanktionsrahmen besessen hatten. Durch neue deutsche Säuberungsverordnungen sollten zugleich die sich ständig vergrößernden regionalen Eigenheiten wieder auf ein erträgliches Maß reduziert und damit die Einheitlichkeit der Maßnahmen innerhalb der Zone gewahrt werden.

## Die „geistig-moralische Wende": Justizielle Spruchkammerverfahren unter deutscher Verantwortung (Sommer 1947 bis 1952/54)

Die „Landesverordnung zur politischen Säuberung" vom 17. April 1947[24] übernahm das Kategorien- und Sühnesystem der Kontrollratsdirektive Nr.

22 Dieser Begriff wurde von Lutz NIETHAMMER in die wissenschaftliche Diskussion eingeführt: Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt 1972.

23 ABl-KR, v. 31.10.1946, S. 184.

24 Verordnungsblatt Rheinland-Pfalz v. 21.4.1947, S. 121; AM v. 3.7.1947, S. 283.

38. Fünf „Gruppen der Verantwortlichen" wurden geschaffen: I: Hauptschuldige, II: Belastete (unterteilt in Aktivisten, Militaristen und Nutznießer), III: Minderbelastete, IV: Mitläufer[25] und V: Nichtschuldige. Je nach Eingruppierung sah die Säuberungsverordnung ein gestaffeltes Sühnesystem vor, das vom Freispruch ohne Sanktionen bis zur Verhängung einer Freiheitsstrafe (Gefängnis oder Internierung) bis zu zehn Jahren reichte. Durch das neue, justizförmige Spruchkammerverfahren sollten vor allem zwei Gruppen von Betroffenen entnazifiziert werden: die Internierten sowie diejenigen, die gegen ihren ursprünglichen ZSK-Bescheid Einspruch einlegen wollten. Dieser Einspruch war an die Höhe der Sanktionsmaßnahme geknüpft: Mindestvoraussetzungen waren Freiheitsstrafe von einem Jahr (entsprach der Einstufung als „Hauptschuldiger"), Beschlagnahme von 40% des gesamten Vermögens, Geldbuße von RM 15.000 oder Entlassung bzw. Berufsverbot („Belasteter"). Um einen vollständigen Kollaps der Entnazifizierung zu verhindern, wurde die politische Säuberung gegenüber den politisch geringer Belasteten durch die französische Militärregierung mittels einer Jugendamnestie vom 2. Mai 1947 (Verordnung Nr. 92, Stichdatum 1.1.1919) und zwei Mitläuferamnestien vom 17. November 1947 und 13. Juli 1948 (Verordnung Nr. 133 und 165)[26] für beendet erklärt.

Behördenchef der neuen Entnazifizierungsorgane und damit „Landeskommissar für die politische Säuberung" wurde der Christdemokrat und Minister für Gesundheit und Wohlfahrt Johann Junglas; de facto leitete seit 1948 sein Vertreter, der pfälzische SPD-Politiker Maxim Kuraner, die Verwaltungsarbeit - im ständigen Kompetenz- und Richtungskonflikt mit dem Präsidenten der Spruchkammer Rheinland-Pfalz, Valentin Wallauer[27]. In

25 "Mitläufer ist: wer nicht mehr als nominell am Nationalsozialismus teilgenommen oder ihn nur unwesentlich unterstützt und sich auch nicht als Militarist erwiesen hat" (§ 9 LVO).

26 Commandement en Chef Français en Allemagne ( im folgenden CCFA), Verordnung Nr. 92: Jugendamnestie v. 2.5.1947 im Journal Officiel du CCFA v. 5.5.1947, S. 700f.; Verordnung Nr. 133: Mitläuferamnestie v. 17.11.1947, ebd., 21.11.1947, S. 1244f.; Verordnung Nr. 165: Erweiterte Mitläuferamnestie v. 13.7.1948, ebd., 16.7.1948, S. 1588.

27 Johann Junglas (*12.2.1898 Wirfus/Kreis Cochem): Gärtnerlehre, nach einer schweren Verwundung im 1. Weltkrieg hauptamtlicher Sekretär der Christlichen Gewerkschaften, vor 1933 politisch aktiv, u.a. Mitglied des Provinziallandtages der Rheinprovinz, 1933 entlassen, 1935-1940 Angestellter in der Privatwirtschaft, seit 1940 im Arbeitsamt Koblenz tätig. Nach 1945 Mitbegründer der CDP im Bezirk Koblenz, Vorstandsmitglied des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes in Rheinland-Pfalz, 1946/47 Mitglied der BLV, MdL 1947-50, MdB 1949-53, Minister für Gesundheit und Wohlfahrt im Kabinett Boden und 1. Kabinett Altmeier (Ende 1947 bis 1950), dann Staatssekretär im Sozialministerium. Maxim Kuraner (*16.12.1901 Metz): kaufmännische Lehre, in der Weimarer Republik KPD, 1933 Emigration, Spanienkämpfer,

der Pfalz vertrat der bisherige ZSK-Mitarbeiter Gerhard Wolf (SPD) in seiner Funktion als Öffentlicher Kläger an der Spruchkammer II Neustadt die Koblenzer Säuberungsbehörde; zum Vizepräsidenten der Spruchkammer Rheinland-Pfalz mit Sitz in Neustadt wurde Oberlandesgerichtsrat Otto Eberhard ernannt[28]. Die Praxis der politischen Säuberung lief zunächst nur sehr schleppend an. Landeskommissar Junglas stand vor dem Problem, genügend politisch-unbelastete, entbehrliche und dazu noch willige Juristen für den Vorsitz in den Spruchkammern zu finden. Auch die politischen Parteien stellten nur noch zögerlich die erforderlichen Beisitzer. Der in der Säuberungsverordnung vorgesehene „Politische Landesbeirat", der paritätisch mit pfälzischen und rheinländischen Politikern besetzt worden war, blieb völlig bedeutungslos. Nachdem er erst auf Drängen der Militärregierung eingerichtet worden war, kamen seine Mitglieder nur einige Male zusammen; die letzte Sitzung fand im August 1948 statt[29]. Erst ein halbes Jahr nach Inkrafttreten der Säuberungsverordnung und unter der Drohung einer speziellen Dienstpflichtverordnung konnte endlich die Entnazifizierungsarbeit wieder beginnen. Der immense Umfang der Arbeit machte bald eine Ausweitung des Säuberungsapparates erforderlich: Die pfälzischen Spruchkammern in Neustadt bestanden im Mai 1949 aus drei Abteilungen der ersten und zwölf Abteilungen der zweiten Instanz.

Die ersten Urteile der neuen Spruchkammern lösten bei der Militärregierung Empörung aus: der Koblenzer Gouverneur Hettier de Boislambert sprach gegenüber Ministerpräsident Altmeier von einer „entreprise de blanchissage", einer Weißwäscherei, die dem politischen Auftrag der Entnazifizierung in keinster Weise entspreche. Die Gründe für die milden Urteile lagen zum einen in dem geänderten Charakter des Verfahrens, das jetzt stark einem Gerichtsverfahren glich. Betroffene wurden im Zweifel eher freigesprochen und an die Glaubwürdigkeit von Beweisen und Zeugenaussagen jetzt schärfere Kriterien gelegt. Vor allem aber hatte sich der „Zeit-

Internierung in Frankreich. Nach Kriegsende in der Pfalz Redakteur bei der Zeitung "Die Rheinpfalz", SPD-Mitglied, 1946-48 Stadtrat in Neustadt, 1950-59 Vorsitzender des SPD-Bezirks Pfalz und Mitglied des SPD-Landesausschusses, MdL 1950-59; 1966 Pensionierung als Oberregierungsrat. Valentin Wallauer (*18.3.1899): Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht 1947, Landgerichtsdirektor 1948.

28 Dr. Gerhart Wolf (*16.1.1912): Chemiker bei der BASF, SPD. Dr. Otto Eberhardt (*28.10.1903): Jurist, Oberlandesgerichtsrat in Neustadt 1946, 1958 Präsident des Landessozialgerichts.

29 Die Zusammensetzung des Politischen Landesbeirats im Juli 1947: CDU: Josef Brenner, Koblenz (Vertreter Jakob Jahn, Neustadt); SPD: Maxim Kuraner, Neustadt (Vertreter Hans Becker, Neuwied); KPD: Alfons Theby, Biebernheim (Vertreter Karl Breyer, Neustadt); DP: Hans Jungbluth, Ravensbeuren (Vertreter Eugen Stichter, Simmern); AGB: Michael Hennen, Oberlahnstein und Karl Vollmershaus, Koblenz.

geist" verändert: Trotz öffentlicher Aufrufe fanden sich auch bei bekannten Nationalsozialisten kaum noch Belastungszeugen, frühere Aussagen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden vor Gericht widerrufen. Die örtlichen politischen Parteienvertreter und Geistlichen stellten für fast jeden Betroffenen einen positiven „Persilschein" aus. Selbst der Oberste Ankläger der rheinland-pfälzischen Entnazifizierungsbehörden, Oberregierungsrat Janssen, forderte im September seine Mitarbeiter auf, „das Vertrauen der Bevölkerung in die gerechte und liebevolle Abwägung des Verhaltens der Betroffenen in der Nazizeit sicherzustellen"[30].

Die Säuberungsverordnung hatte zwar erstmals landeseinheitliches Recht geschaffen, sie wurde jedoch in den beiden Landesteilen unterschiedlich durchgeführt. Der für das gesamte Land Rheinland-Pfalz verantwortliche Landeskommissar Junglas musste dies im Großen und Ganzen akzeptieren. Während Gesetze und Verordnungen zentral von Koblenz aus erlassen wurden, und Gouverneur Hettier de Boislambert die letztendliche Entscheidungsgewalt inne hatte, konnten Junglas' Stellvertreter in der Pfalz, Gerhard Wolf, und die Militärregierung in Neustadt die Verordnungen in ihrem Sinne durchführen. Da eine grundlegende Infragestellung der bisherigen Säuberungsergebnisse für sie nicht in Frage kam, waren die pfälzischen Spruchkammerurteile auch nach 1947 in vielen Fällen härter als die in den anderen Landesteilen. In einem vertraulichen Schreiben schilderte Wolf diese Situation im Juni 1948 dem Oberregierungspräsidenten Bögler: „In der Pfalz gilt auf Anordnung der Militärregierung nur meine Unterschrift in allen Entscheidungen, was die politische Bereinigung angeht. Als oberster Leiter der Anklagebehörde der Pfalz hätte ich keinerlei Möglichkeit, den Vorsitzenden, d.h. den Richtern, Direktiven zu erteilen. In Wirklichkeit geschieht dies aber bereits seit dem ersten Tage. Das weiß auch Herr Minister Junglas selbst. Diese Tatsache, daß die Pfalz praktisch eine eigenes Staatskommissariat besitzt, ist nicht von mir hervorgerufen; sachlich bedingt ist sie durch die verschiedenen Vorgeschichten der politischen Bereinigung in der Pfalz und im übrigen Lande"[31]. Anfang der 1950er Jahre wurden jedoch diese nur noch graduellen Unterschiede durch die Abschlussgesetze der Landesregierung[32] aufgehoben.

---

30 Runderlass des Obersten Öffentlichen Anklägers in Rheinland-Pfalz, Janssen, 20.9.1947, vgl. MOHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 3), S. 351.

31 Ebd., S. 331f.

32 Rheinland-Pfalz: 1. Landesverfügung zur Durchführung der LVO v. 2.12.1947 im GVBl Rheinland-Pfalz v. 25.5.1948, S. 232-234; 1. Abschlussgesetz v. 19.1.1950, ebd., 25.1.1950, S. 11f.; 1. Abschlussergänzungsgesetz und 2. Abschlussgesetz v. 4.4.1951, ebd., 11.4.1951, S. 89f.; 3. Abschlussgesetz v. 31.5.1952, ebd., 9.6.1952, S. 93f.

Profitieren konnten von dieser gewandelten Einstellung zur NS-Vergangenheit vor allem die politisch schwer belasteten Nationalsozialisten, die in den rheinland-pfälzischen Internierungslagern Diez und Landau, später auch Trier, auf ihr Entnazifizierungsverfahren warteten[33]. Die Militärregierung versuchte zunächst noch, diesen Trend aufzuhalten und wies die ersten Spruchkammerurteile gegen Internierte zur erneuten Verhandlung an die deutschen Organe zurück. Gerhard Wolf äußerte Junglas gegenüber Verständnis für diese Haltung: „Die Begründung zur Ablehnung von seiten der Militärregierung war meist stichhaltig ... Der größte Teil der Urteile war so mild, daß auch Sie die Vorlage bei der Militärregierung als bedenklich angesehen hätten"[34]. Schon bald jedoch musste die Militärregierung erkennen, dass der allgemeine Trend zur Beendigung dieses Kapitels der Nachkriegszeit nicht mehr aufzuhalten war. Jean Morin, leitender Beamter im französischen Außenministerium, fasste im Februar 1948 nach einer Deutschlandreise seine Eindrücke folgendermaßen zusammen: „On a tendance à laisser mourir l'épuration de sa belle morte"[35].

Während beim Inkrafttreten der Säuberungsordnung im Mai 1947 in Landau noch 2.488 (Diez: 1.595) Personen interniert waren, reduzierte sich dieser Bestand durch Freilassungen (vereinzelt auch durch Überführung in Untersuchungshaft) bis Ende des Jahres in Landau auf 1.732 Personen. Anlässlich des französischen Nationalfeiertages entließ Brozen-Favereau am 14. Juli 1948 rund 500 Internierte. Der Bischof von Speyer, Wendel, und der Präses der protestantischen Landeskirche der Pfalz, Stempel, nahmen dies zum Anlass, weitere Maßnahmen zur beschleunigten Auflösung der Internierungslager zu fordern. Sie kamen der Aufforderung der Militärregierung, einen eigenen Beitrag dazu zu leisten, insofern nach, als sie um die Genehmigung kirchlicher Rechtsberatungsstellen im Lager baten. Während das Justizministerium das Schreiben der Kirchenführer vorbehaltlos unterstützte, äußerte Kuraner gegenüber dem stellvertretenden Landeskommissar Wolf sein Unverständnis: „Vertraulich weise ich Sie darauf hin, daß mich das Schreiben der Kirchen insofern überrascht hat, als es nicht meinen Erwartungen entspricht... (Er habe vielmehr erwartet, dass) die beiden Kirchen nun bereit seien, in der politischen Säuberung - unter

33 NS-Aktivisten und Repräsentanten des NS-Staates, die aufgrund der Listen des anglo-amerikanischen SHAEF-Handbooks automatisch verhaftet und interniert worden waren; dies betraf u.a. alle Beschäftigten der Gestapo und des SD, NSDAP-Beamte bis zur Ebene Ortsgruppenamtsleiter, alle Offiziere der Allgemeinen- und Waffen-SS, von den anderen NS-Gliederungen Offiziere ab dem Majorsrang einschließlich sowie alle höheren Beamten bis zu den Landräten und Oberbürgermeistern.

34 Mohler, Entnazifizierung (wie Anm. 3), S. 390.

35 Ebd., S. 296.

Gestellung von öffentlichen Klägern und Vorsitzenden - mitzuwirken, während in diesem Schreiben nur die Rede von der Verteidigung ist"[36]. Die Zahl der Landauer Internierten reduzierte sich bis Oktober 1948 weiter auf 300; Anfang April 1949 befanden sich in Rheinland-Pfalz noch 164 Personen in Internierungshaft, davon 89 in Trier und 75 in Landau. Die letzten neun Internierten des Lagers Landau wurden auf Weisung des Baden-Badener Zonenkommandeurs Pierre-Marie Koenig am 8. Juni 1949 nach Trier überführt; unter ihnen befanden sich die pfälzischen NSDAP-Kreisleiter Emil Gauer und Richard Mann sowie der erst kurz zuvor aus der US-Zone überstellte stellvertretende NSDAP-Gauleiter Ernst Leyser. Das Lager Trier-Petrisberg wurde am 29. Dezember 1949 geschlossen; gegen sieben der zwölf zuletzt freigelassenen Internierten wurden auf Wunsch der französischen Militärregierung von der Staatsanwaltschaft strafrechtliche Ermittlungsverfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit eröffnet[37]. Das 3. Abschlussgesetz vom 31. Mai 1952, das bei einer Gegenstimme im Landtag angenommen wurde, sah vor, dass auch die noch verbliebenen Sühnemaßnahmen gegen „Hauptschuldige" und „Belastete" - ausgenommen waren lediglich die vermögensrechtlichen und beamtenrechtlichen Maßnahmen - im Jahr 1954 wegfielen. Die Koblenzer Säuberungsbehörde wurde zum 30. September 1952 endgültig aufgelöst, nachdem die Abteilung Pfalz unter Gerhard Wolf bereits Ende März 1950 ihre Arbeit eingestellt hatte[38].

---

36 Ebd., S. 388; passend hierzu der Aufsatz von Ernst KLEE, Wo die Täter Opfer spielten, war für die wirklichen Opfer kein Platz. Über die Strafverfolgung von Nazi-Verbrechen, in: Vom Guten, das noch stets das Böse schafft. Kriminalwissenschaftliche Essays zu Ehren von Herbert Jäger, hrsg. von Lorenz BOLLINGER/Rüdiger LAUTMANN, Frankfurt/Main 1993, S. 15-32.

37 Das Ergebnis dieser Verfahren konnte nicht ausfindig gemacht werden. Von den neun nicht aus der Pfalz stammenden Internierten wurden von der Spruchkammer sieben als "Belastete" und einer in die Kategorie III eingeordnet; bis auf den NSDAP-Kreisleiter Karl Gewohn aus Treis (S. 1069) handelte es sich - soweit aus den Akten zu schließen - eher um NS-Aktivisten aus den Reihen der SA und SS, die lokale Bedeutung gehabt hatten (bei Georg B. (*1902) liegen keinerlei Angaben vor). Die "Belasteten": der gelernte Koch und Unterscharführer der Allgemeinen SS August B. (*1906) aus Oppenheim (S. 1100), der Eisenbahner Jakob B. (*1897) aus Simmern (S. 737, 842 u. 1017), der Postsekretär und Hauptsturmführer der SA Karl D. (*1901) aus Bergnassau (S. 1085), der Landwirt und Sturmbannführer der SA Theodor G. (*1907) aus Offenheim (S. 1057), der Reichsbahnsekretär Wilhelm K. (*1909) aus Riesweiler (S. 842) und der Verwaltungsangestellte Hans W. (*1897) aus Bad Ems (S. 1005); alle Seitenangaben aus GVBl-Rheinland-Pfalz, So.-Nr. 30-47; siehe auch MOHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 1), S. 392f.

38 Die letzte Sondernummer des GVBl-Rheinland-Pfalz (Nr. 48) erschien am 31.7.1951, unterschrieben von Junglas, Staatsminister a.D., Ministerium für Inneres und Wirtschaft/Abt. Abwicklungsstelle für die politische Säuberung in Rheinland-Pfalz.

## Bilanz und Einzelfälle pfälzischer NS-Aktivisten

Insgesamt gesehen verlief die Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz ohne große „Schauprozesse" und ohne größere Skandale. Welchen immensen Verwaltungsaufwand sie erfordert hatte, zeigen vorliegende Zahlen aus der Pfalz: Das Archiv des Landeskommissariats in Neustadt umfasste 46.126 allgemeine Verfahrens- und 20 Firmenakten sowie 163.000 Karteikarten. Die Entnazifizierungsorgane der Jahre 1945 bis Mitte 1947 (ZSK und PSR) hatten 116.846 Personen überprüft, davon 87.061 ohne und 29.785 mit einer Sühnemaßnahme. Durch die Spruchkammerorgane wurden nochmals 71.724 Personen überprüft, so dass insgesamt 188.570 Personen, das heisst 19,4% der Bevölkerung in der Pfalz (bei einer Gesamtbevölkerung von 961.750 Ende 1946) entnazifiziert worden waren. Die Spruchkammerorgane hatten 12.626 Wiederaufnahmeanträge gegen ZSK-Bescheide, 71.724 Neuanträge und 2.361 Berufungen zu verhandeln; die erstinstanzliche Spruchkammer entschied 8.785 Fälle im mündlichen Verfahren. 29.465 Nichtbetroffenen-, 11.939 Jugendamnestie-, 6.808 Mitläuferamnestie- und 33.312 erweiterte Mitläuferamnestiebescheide wurden ausgestellt. Von 2.451 Anträgen auf Anerkennung zonenfremder Entnazifizierungsbescheide wurden 1.715 entsprochen. Nach dem Inkrafttreten des 1. Abschlussgesetzes wurden 3.537 Verfahren eingestellt[39]. Anlässlich der Vorbereitungen zum Entwurf des 3. und letzten Abschlussgesetzes fertigte der ehemalige Landeskommissar Junglas im Herbst 1951 für den Ministerrat eine Übersicht für den Stand der Entnazifizierung an: bis zum Juli 1951 waren acht Personen rechtskräftig als „Hauptschuldige" (davon vier in der Pfalz) und 713 als „Belastete" (127 in der Pfalz) eingestuft worden; bei 200 Belasteten waren bis zum August 1951 die wesentlichen Sühnemaßnahmen auf dem Gnadenwege erlassen worden[40].

Die Interpretation der Ergebnisse der Entnazifizierung aufgrund statistischen Zahlenmaterials enthält mehrere unsichere Elemente: Obwohl aus heutiger Sicht - im aktuellen Vergleich zur DDR-"Nachgeschichte" - in einem überschaubaren Zeitraum (1945 bis 1952/54) stattgefunden, hatte die politische Säuberung vom Inhalt und Charakter her einen rapiden Wandel durchlaufen. Die Härte der ersten, noch unter unmittelbaren Eindruck des „Dritten Reiches" gefällten Entnazifizierungsentscheidungen steht in keinem Verhältnis zu den späteren Spruchkammerurteilen gegenüber den politisch schwer Belasteten. Hinzu kommt, dass in der französischen Zone die politische Säuberung primär nicht als moralische Abrechnung, sondern

39 Mohler, Entnazifizierung (wie Anm. 3), S. 355; siehe auch Pirmasenser Zeitung v. 20.2.1950.

40 Mohler, Entnazifizierung (wie Anm. 3), S. 342.

als Teil der allgemeinen Demokratisierungspolitik angesehen wurde. Daher mussten in der französischen Zone nicht sämtliche Erwachsene, sondern nur die Angehörigen bestimmter Berufsgruppen, nämlich öffentliche Verwaltung, Kulturleben und das Führungspersonal in der Privatwirtschaft, den politischen Fragebogen ausfüllen. Auch das von Landeskommissar Junglas im März 1948 eingeführte Meldeverfahren sollte lediglich diejenigen Personen erfassen, die als „Hauptschuldige" oder „Belastete" galten[41]. Die Auswirkungen der verschiedenen Amnestien, Abschlussgesetze und die seit Erlass des Besatzungsstatuts möglich gewordenen individuellen Gnadenentscheidungen der Landesregierung veränderten ständig die zahlenmäßige Zusammensetzung der einzelnen Entnazifizierungskategorien. Anhand von Einzelfällen soll deshalb hier eine erweiterte, personalisierte Sichtweise auf das Problem der Entnazifizierung gegeben werden[42]. Die Ergebnisse der zweiten Phase der pfälzischen Entnazifizierung sind in den „Amtlichen Mitteilungen" vom 21. Januar 1946 bis 31. Januar 1948 dokumentiert; die Urteile der Spruchkammern wurden ab dem 23. Juli 1948 bis zum 31. Juli 1951 in 48 Sondernummern des Gesetz- und Verordnungsblattes der Landesregierung Rheinland-Pfalz in einer Auflagenhöhe von 850 Exemplaren veröffentlicht[43].

---

41 Meldepflichtig waren u.a. alle "Pgs" gewesen, die vor dem 1.4.1933 der NSDAP beigetreten waren, alle Amtsinhaber ab Ortsgruppenleiter aufwärts, alle Ranginhaber in den NS-Gliederungen ab Sturmführer sowie alle Eigentümer und Betriebsführer von Firmen mit mehr als 50 Beschäftigten. GVBl-Rheinland-Pfalz v. 18.3.1948, S. 101f.

42 Die Literatur zur pfälzischen Zeitgeschichte ist quantitativ - gerade im Vergleich zum Saarland - eher gering. Zur NS-Zeit sind die einzelnen Beiträge im Sammelwerk: Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Eine deutsche Provinz während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, hrsg. von Gerhard NESTLER/Hannes ZIEGLER Landau 1993, 2. Auflage 1997 sowie die Dissertation von Hans-Joachim HEINZ, NSDAP und Verwaltung in der Pfalz. Allgemeine innere Verwaltung und kommunale Selbstverwaltung im Spannungsfeld nationalsozialistischer Herrschaftspraxis 1933-1939, Mainz 1994, hervorzuheben; siehe auch Michael SCHEPUA, "Der Gau Pfalz marschiert" - der Weg der NSDAP von der Splittergruppe zur Staatspartei (1921-1933), in: Jahrbuch zur Geschichte von Stadt und Landkreis Kaiserslautern 34/35 (1996/97), S. 41-74. Eine die politische Zäsur von 1945 überschreitende, Kontinuitätslinien hervorhebende Darstellung fehlt bislang. Innovativ diesbezüglich die Schriftenreihe: Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Südwestdeutschland, hrsg. von Dieter LANGEWIESCHE/Klaus SCHÖNHOVEN, München 1993ff.

43 Ein Exemplar dieser Sondernummern befindet sich in der pfälzischen Landesbibliothek Speyer. Die folgenden Ausführungen basieren auf einer zwar intensiven, aber nicht systematischen Auswertung dieser zeithistorisch bedeutsamen Quelle. Zum quantitativen Umfang siehe die bereits geschilderten Zahlen zur Entnazifizierung in der Pfalz.

Neben dem Namen des Betroffenen bieten diese Kurzmeldungen jedoch nur folgende Informationen: Geburtsdatum, Berufsbezeichnung und Wohnort, Einstufung und Sühnemaßnahme; eine inhaltliche Begründung der Maßnahmen fehlt. Nur vereinzelt finden sich Hinweise auf ein konkretes Verhalten des Betroffenen in der NS-Zeit: der Schreiner Carl B. aus Klingenmünster wurde im Juli 1950 in die Gruppe II eingestuft - „angesichts der Tatsache (so der Tenor des Sanktionsbescheid), daß er an der gegen Dr. Klüber durchgeführten Aktion wesentlich beteiligt war, sich als besonders roh und brutal gezeigt hat", verurteilte ihn die Kammer ergänzend zu den in jedem Fall zu erhebenden Sühnemaßnahmen zu dreimonatigen Reparations- und Wiederaufbauarbeiten[44]. Äußerst selten ist eine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe zu finden; wenn, dann war sie meist bereits durch die „erlittene", so die gängige Formulierung, Internierungszeit abgegolten. Eine der Ausnahmen war der Invalide Otto S. aus dem Kreis Landau, der im Februar 1950 als „Belasteter" zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten „zum Zwecke der Leistung von Wiederaufarbeiten" verurteilt wurde[45]. Als „Hauptschuldige" der Kategorie I konnten anhand der Auswertung der Sondernummern acht Personen festgestellt werden, darunter sechs aus der Pfalz, von denen wiederum zwei in der Berufungsverhandlung eine Herabstufung in die Kategorie II erreichten. Keiner von ihnen taucht als Name in historischen Abhandlungen zur NS-Zeit auf; aus dieser Tatsache kann geschlossen werden, dass sie vermutlich nicht der regionalen NS-Elite (vom Rang eines NSDAP-Kreisleiters und vergleichbar aufwärts) angehört hatten, sondern als NS-Aktivisten der unteren Ebene im lokalen Rahmen so „unangenehm" aufgefallen waren, dass sie auch noch in den Jahren 1950/51 als „Hauptschuldige" eingeschätzt wurden. Ein weiteres Indiz hierfür sind die Berufsbezeichnungen der Betroffenen: Gastwirt, Hausmeister, Monteur, kaufmännischer Angestellter, Kanzleiobersekretär, Konditormeister, Maschinenmeister. Die Geburtsjahrgänge liegen zwischen 1888 und 1904, mit eindeutigem Schwerpunkt in den späten 1890er Jahren, so dass sich die Mehrheit der Betroffenen im Jahr der „Machtergreifung" im 3. Lebensjahrzehnt befunden hatte[46].

44 GVBl-Rheinland-Pfalz So.-Nr. 41, S. 1024. Aus dem Regierungsbezirk Koblenz stammt das Spruchkammerurteil gegen den Friseur August D. aus Kastellaun, der im Dezember 1949 ebenfalls als "Belasteter" eingestuft wurde; die Kammer stellte ergänzend fest: "Die Bestrafung des Betroffenen bezüglich der Teilnahme an der Judenaktion und der Zerstörung der Synagoge in Kastellaun bleibt dem ordentlichen Gericht vorbehalten"; ebd. So.-Nr. 30, S. 737.

45 Ebd., So.-Nr. 34, S. 862. Für die strafrechtliche Verurteilung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit waren allerdings die ordentlichen Gerichte zuständig.

46 Bei den pfälzischen "Hauptschuldigen" handelt es sich um folgende Personen: Monteur Heinrich St. (*1896) aus Winnweiler/Krs. Rockenhausen (S. 996), Maschinen-

Das Fehlen einer geschlechtsspezifischen Unterteilung in den vorliegenden Statistiken lässt sich durch die durchweg von Männern ausgeübten Funktionen im NS-Staat und NSDAP erklären; politisch belastete Frauen in der Entnazifizierung stellen daher eher Ausnahmen dar. Während zur Hausfrau Else R. aus Landau, die im April 1951 als „Belastete" eingestuft wurde, keine weiteren Informationen vorliegen, handelt es sich bei der in Saarbrücken geborenen Handarbeitslehrerin Pauline Schwitzgebel um eine der bekanntesten weiblichen Nationalsozialisten der Pfalz. Nicht als Ehefrau des pfälzischen SA-Führers Fritz Schwitzgebel, sondern aufgrund ihrer Parteitätigkeit als pfälzische NS-Frauenschaftsführerin und „Kommissarin für die Gleichschaltung sämtlicher Frauenverbände" des Gaues Rheinpfalz war sie von Juni 1945 bis Juli 1948 im Saarland interniert gewesen. Die saarländische Spruchkammer stufte sie im Oktober 1948 als „Minderbelastete" ein und verhängte keine weitere Sühnemaßnahme. Zugute gehalten wurde ihr zum einen ihre ausgeprägte Religiösität, die sie allerdings zwischenzeitlich auch zu den „Deutschen Christen" geführt hatte, sowie einzelne „gute Taten" und vor Zeugen geäußerte Kritik an Gauleiter Bürckel; zudem hatte sie ihrem Mann die „jüdische Abstammung" des 1930 angenommenen Pflegesohnes verschwiegen[47].

Der prominenteste Nationalsozialist aus der Pfalz musste kein Entnazifizierungsverfahren mehr durchlaufen: Reichsinnenminister Wilhelm Frick aus Alsenz/Kreis Rockenhausen wurde am 16. Oktober 1946 als Hauptkriegsverbrecher hingerichtet; er hatte allerdings nach seiner zehnjährigen juristischen Tätigkeit beim Bezirksamt Pirmasens bereits 1917 die Pfalz verlassen und war nach München übergesiedelt[48]. Auch der NS-Aktivist und SS-Führer Theodor Eicke, der von 1923 bis 1932 den betrieblichen Sicherheitsdienst der I.G. Farben in Ludwigshafen geleitet hatte und ab Sommer 1933 als Kommandant des KZ Dachau und Inspekteur der SS-Totenkopfverbände sein Unwesen trieb, musste seine Verbrechen nicht mehr

---

meister Emil K. (*1904) aus Weisenheim a. Sand/Krs. Neustadt (S. 1008), Konditormeister Eduard O. (*1888) aus Germersheim (ebd.), kaufm. Angestellter Jakob R. (*1899) aus Landau (S. 1077f.), sowie die beiden zunächst als "Hauptschuldige", dann in der Berufungsverhandlung als "Belastete" eingestuften Pfalzer: Kanzleiobersekretär Michael P. (*1897) aus Iggelheim/Krs. Ludwigshafen (S. 988 u. 1049) und der Gastwirt Karl Sch. (*1898) aus Altenglan/Krs. Kusel (S. 1024 u. 1049), ebd., So.-Nr. 38-45, April 1950 bis Januar 1951.

47 Pauline Schwitzgebel (*6.4.1889): GVBl-Rheinland-Pfalz, So.-Nr. 47, S. 1102, zur Person: Heinz (wie Anm. 42), S. 53f., und LA SB, Best. THE 139/48.

48 Biographische Notizen und weiterführende Literaturangaben in: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hrsg. von Wolfgang Benz u.a., Stuttgart 1997.

sühnen: Sein Flugzeug stürzte im Februar 1943 an der Ostfront ab[49]. Der ehemalige Landesbischof der pfälzischen Landeskirche in Speyer, Ludwig Diehl, führender Deutsch-Christler und Träger des Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP, musste zwar auf Druck der Besatzungsmacht sofort seinen Bischofsstuhl räumen, konnte aber als einfacher Pfarrer in seine alte Gemeinde Mackenbach zurückkehren[50].

Nur für einen Teil der pfälzischen NS-Elite auf Kreisleiter- und Gauführerebene konnten Angaben zu ihrer Entnazifizierung gefunden werden[51]; andere waren - wie der NSDAP-Kreisleiter von Kaiserslautern und spätere Oberbürgermeister von Saarbrücken (1935-37), Ernst Dürrfeld[52] - bei Kriegsende bereits verstorben[53]. Auf den pfälzischen, lokalen Raum be-

49 Ebd.; zum Konflikt Eickes mit Gauleiter Bürckel s. Dieter WOLFANGER, Populist und Machtpolitiker. Josef Bürckel: Vom Gauleiter der Pfalz zum Chef der Zivilverwaltung in Lothringen, in: Die Pfalz unterm Hakenkreuz (wie Anm. 42), S. 63-86.

50 Zur Person: Hans L. REICHRATH, Ludwig Diehl 1894-1982. Kreuz und Hakenkreuz im Leben eines Pfälzer Pfarrers und Landesbischofs, Speyer 1995. Zur Zeitgeschichte der pfälzischen Kirchen: Thomas FANDEL, Konfession und Nationalsozialismus. Evangelische und katholische Pfarrer in der Pfalz 1930-1939. Paderborn 1997; DERS., Die Entnazifizierung der evangelischen Pfarrer in der Pfalz, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte und religiöse Volkskunde 63 (1996), S. 111-131; Christophe BAGINSKI, La politique religieuse de la France en Allemagne occupée (1945-1949), Villeneuve d'Ascq 1997.

51 Keine Angaben konnten z.B. zum Fall des ersten NSDAP-Gauleiters der Pfalz, des Lehrers Fritz Wambsganß (*15.8.1886 †1979), gefunden werden. Als Führer des pfälzischen NSDLehrerbundes hatte er sich für die Übernahme des Postens eines Regierungsdirektors im Reichskommissariat nach dem 1.3.1935 in Saarbrücken qualifiziert.

52 Die Witwe des Arbeiters Ernst Dürrfeld (*19.10.1898 Heiligenwald/Saar +23.4.1945), nach 1945 wohnhaft in Weingarten/Baden, scheiterte im Juli 1950 bei dem Versuch, Ansprüche auf Hinterbliebenen-Versorgung im Rahmen der beamtenrechtlichen Regelungen einzuklagen - die ihr nach dem Kriegsopfergesetz zustehende Rente aufgrund der Schwerkriegsbeschädigung Dürrfelds blieb ihr jedoch erhalten; ein Saarbrücker Bankkonto Dürrfelds in Höhe von RM 26.000.- wurde von der Spruchkammer eingezogen. GVBl-Rheinland-Pfalz, So.-Nr. 41, S. 1024.

53 Einen namentlichen Überblick über die pfälzische NS-Elite auf Gau- und Kreisebene gibt Hans-Joachim HEINZ, "...die Reihen fest geschlossen." Organisationsgeschichtliche Aspekte der pfälzischen NSDAP und ihrer Gliederungen, in: Die Pfalz unterm Hakenkreuz (wie Anm. 43), S. 87-117. Während des Krieges verstorben waren u.a. der NSDAP-Kreisleiter von Germersheim und SA-Sturmbannführer, Verwaltungsoberinspektor Karl Delobelle (+1944 in Italien); der NSDAP-Kreisleiter von Homburg und Kaiserslautern-Land, Angestellter Jakob Knissel (*6.11.1905 Neunkirchen/Saar +1940 in Frankreich); der NSDAP-Kreisleiter und spätere Oberbürgermeister von Pirmasens Dr. med. Rudolf Ramm (*23.11.1887 Dortmund +1945 in Berlin); der Initiator der NS-Betriebszellenbewegung (NSBO) in der Pfalz und spätere Organisationsleiter der DAF in München, der Schlosser Claus Selzner (*18.2.1899 Diedenhofen/Lothringen +1944).

schränkt blieb die Tätigkeit des NSDAP-Kreisleiters und SA-Führers Wilfried Lämmel, der im Januar 1951 als „Belasteter" eingestuft wurde, und seines gleichrangigen Parteigenossens aus Pirmasens, Richard Mann: Als einer der letzten zwölf Trierer Internierten Weihnachten 1949 freigelassen, erkannte die Spruchkammer wenig später in ihm lediglich einen „Minderbelasteten"[54]. Gleichzeitig war mit ihm der Pirmasenser Oberbürgermeister (1937-45) Emil Gauer freigekommen, der seit 1934 auf Gauebene den Vorsitz im NSDAP-Parteigericht ausgeübt hatte. Sowohl er als auch sein Kaiserslauterer Kollege (1938-45) Richard Imbt, einer der engsten Vertrauten Bürckels, wurden am 18. Januar 1950 von der Neustadter Spruchkammer als „Belastete" eingestuft; trotz seiner Tätigkeit in der Gauleitung, des von ihm zu verantwortenden Abrisses der Synagoge in Kaiserslautern wenige Wochen vor (!) der Reichspogromnacht 1938 und seiner Tätigkeit als Stadtkommissar von Metz im Jahr 1940, erreichte er im April 1950 in der Berufungsverhandlung, dass ihm jetzt die Hälfte seines Ruhegehaltes zugesprochen wurde[55]. Gaupropagandaleiter Rudolf Röhrig, Adjutant des pfälzischen SA-Führers Schwitzgebel, wurde ebenso wie der Leiter der Reichspropagandastelle Rheinpfalz und spätere Oberbürgermeister von Speyer (1943-45), Rudolf Trampler, als „Belasteter" eingestuft; die verhängten Sühnemaßnahmen wurden jeweils nach Inkrafttreten des 1. Abschlussgesetzes gemildert[56], „da das Verhalten des Betroffenen seit 8.5.1945 dies rechtfertigt"[57].

54 Forstbeamter Wilfried Lämmel (*29.11.1904 Sanddorf/Homburg): u.a. NSDAP-Mitglied 1923, Kreisleiter Zweibrücken 1927-30, 1938/39 Landau und Bergzabern; GVBl-Rheinland-Pfalz So.-Nr. 45, S. 1078. Kaufmann Richard Mann (*27.4.1893): u.a. NSDAP-Ortsgruppenleiter Pirmasens 1926, Kreisleiter ab 1935; ebd., So.-Nr. 31, S. 797.

55 Angestellter Emil Gauer (*12.11.1905 Becherbach/Glan): NSDAP-Mitglied 1927, Kreisleiter in Alsenz bis 1933, danach in der Gauleitung tätig, ebd., So.-Nr. 34, S. 862. Oberinspektor Richard Imbt (*26.4.1900 Kusel †10.10.1987) war von 1945 bis zum 16.4.1949 interniert gewesen; ebd., So.-Nr. 34, S. 861, Nr. 39, S. 996; Die Rheinpfalz v. 28.1.1950. Zur Person: Roland PAUL: "Hitlergeist im Herzen". Der Kaiserslauterer Oberbürgermeister und Kreisleiter Richard Imbt. Anmerkungen zu einer Biographie, in: Jahrbuch zur Geschichte von Stadt und Landkreis Kaiserslautern 34/35 (1996/97), S. 267-278.

56 Landwirt Rudolf Röhrig (*22.5.1903): GVBl-Rheinland-Pfalz, So.-Nr. 39, S. 997; Diplom-Landwirt Rudolf Trampler (*27.2.1898 Speyer), ebd. Nr. 12, S. 279, Nr. 39, S. 998.

57 Ähnliche Regelungen im Fall Gauer und Imbt; das 1. Abschlussgesetz vom 19.1.1950 sah im § 5 (1) die Möglichkeit vor, gegen "Hauptschuldige" und "Belastete" verhängte Sühnemaßnahmen, und zwar verhängte Freiheitsstrafen, Verlust des Rechtsanspruches auf ein aus öffentlichen Mitteln zahlbares Ruhegehalt oder Aufenthaltsbeschränkungen, aufzuheben, „soweit das Verhalten des Betroffenen seit dem 8. Mai 1945 dies rechtfertigt".

Wie bereits bei den beiden eingangs vorgestellten Fällen von Karl Barth und Ernst Ludwig Leyser erwähnt, blieben die Entnazifizierungsverfahren nicht auf pfälzische Säuberungsorgane beschränkt. Vor allem die administrativen Neuregelungen nach der Rückgliederung des Saarlandes[58] und die nationalsozialistische Expansionspolitik führten dazu, dass mehrere der „Alten Kämpfer" aus der „Gauclique" um Bürckel ihren „Arbeits"-Schwerpunkt nach 1935 zum Teil auch im Saarland bzw. der Westmark und dem besetzten Lothringen[59], aber auch im 1938 „angeschlossenen" Österreich[60] oder sogar im „Aufbaugebiet des Ostens", in der Ukraine unter dem berüchtigten Gauleiter und Reichskommissar Erich Koch[61], hatten. Das Spruchkammerverfahren gegen die Witwe des Gauwirtschaftsberaters Wilhelm Bösing, der nach der Rückgliederung 1935 zunächst im Reichskommissariat, ab 1936 als Vorstandsmitglied der Westmark-Werke, der VSE und der Saar-Ferngas AG in Saarbrücken tätig gewesen war, wurde im Oktober 1950 eingestellt; Ansprüche aus der Tätigkeit ihres Mannes während der

58 Zur NS-Zeit an der Saar sei vor allem auf die drei Bände von Gerhard PAUL und Klaus-Michael MALLMANN in der Schriftenreihe Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945, hrsg. von Hans-Walter HERRMANN, Bonn 1989-1995, und auf den Katalog des heutigen Historischen Museums der Saar: Zehn statt tausend Jahre. Die Zeit des Nationalsozialismus an der Saar (1935-1945), Saarbrücken 1988, verwiesen. Detaillierte Personenangaben finden sich in der Dissertation von Dieter MUSKALLA, NS-Politik an der Saar unter Josef Bürckel. Gleichschaltung - Neuordnung – Verwaltung, Saarbrücken 1995. Wertvolle Hinweise zum Thema auch bei Hans-Walter HERMANN, Saarbrücken unter der NS-Herrschaft, in: Geschichte der Stadt Saarbrücken, Bd. 1-2, hrsg. von Rolf WITTENBROCK, Saarbrücken 1999, Bd. 2, S. 232-338.

59 Die im Saarland von den Zeitgenossen und in der Literatur immer wieder gerne wiederholte Bezeichnung der NS-Machtübernahme 1935 als "pfälzische Fremdherrschaft" ("Uff die Bääm, die Pälzer kumme") kann nicht ohne weiteres gelten gelassen werden; nach ihren Geburtsorten waren aus Bürckels "Gauclique" Barth, Caspary, Dürrfeld und Leyser Saarländer, während nur Bösing, Schwitzgebel, Wambsganß und Bürckel selbst geborene Pfälzer waren; s. HERMANN, Saarbrücken (wie Anm. 58), S. 273f.

60 Gauleiter Bürckel nahm als neu ernannter "Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich" 1938/39 aus seiner "Gauclique" Barth, Caspary, Dürrfeld, Kleemann, Knissel, Merkle, Röhrig, Schwitzgebel und Selzner mit nach Wien. Allgemein zur Angliederung Österreichs: Hermann HAGSPIEL, Die Ostmark: Österreich im Grossdeutschen Reich 1938 bis 1945, Wien 1995.

61 Der Gauleiter von Ostpreußen, Erich Koch, hatte nach 1941 im "Reichskommissariat Ukraine" eine Schreckensherrschaft errichtet. Von den pfälzischen Nationalsozialisten waren ihm Leyser (1942/43 in Schitomir) und Selzner (ab 1941 in Dnjepropetrowsk) als Generalkommissare direkt untergeben; Schmelcher arbeitete als höherer SS- und Polizeiführer 1943 in Schitomir; ihre dortige Tätigkeit wurde aber von den Entnazifizierungsorganen nicht hinterfragt.

NS-Zeit wurden ihr aberkannt[62]. Beim NSDAP-Kreisleiter von Landau, später Ludwigshafen, Karl Kleemann, der zwischenzeitlich mit Bürckel nach Wien gegangen war und seit Ende 1940 auch als Oberbürgermeister und Kreisleiter von Metz fungiert hatte, fehlen genaue Kenntnisse über seine Entnazifizierung; nach der Freilassung aus der Internierung arbeitete er als Generalvertreter zweier großer Firmen[63]. Vor saarländische Entnazifizierungsorgane kamen weitere drei prominente Nationalsozialisten: Im Jahr 1950 der zunächst als Leiter der pfälzischen SA-Brigade 51 in Neustadt (1933-35), dann der saarländischen SA-Brigade 151 in Saarbrücken (1935-38) tätig gewesene, hochrangige SA-Führer Carl Caspary, und der Führer der pfälzischen SS-Standarte 10 Rheinpfalz (1932-35) und spätere Polizeipräsident von Saarbrücken (ab 1935) und Metz, Willy Schmelcher. Angesichts seiner fast vierjährigen Internierungszeit und guter Leumundszeugnisse wurde Caspary lediglich als „Minderbelasteter" ohne weitere Sühnemaßnahme eingestuft[64]. Auch Schmelcher galt als „minderbelastet"; der eifrige Leumundsschreiber Heinrich Welsch, vor 1945 Generalstaatsanwalt in Zweibrücken und Leiter der Justizabteilung in Metz, nach 1948 Präsident des Landesversicherungsamtes in Saarbrücken, hatte ihn als „anständig und fair" charakterisiert und lobte ihn für sein „schönes kameradschaftliches Verhältnis zu seinen saarländischen und lothringischen Beamten"; er habe eine „gewisse Volkstümlichkeit und Beliebtheit beim Volk" erlangt[65]. Härter bestraft wurde der SA-Brigadeführer der Pfalz und spätere Oberbürgermeister von Saarbrücken (1937-45) und Forbach (seit 1940), Fritz Schwitzgebel. Die saarländische Spruchkammer verurteilte ihn als „Belasteten" Ende 1948 zu vier Jahren Internierungshaft. Vor allem sein Verhalten in Forbach hatte sich strafverschärfend ausgewirkt: Die Kammer warf ihm vor, durch sein - völkerrechtswidriges - Drängen zum Parteieintritt die ihm untergebenen lothringischen Mitarbeiter nach Ende der deut-

62 Lehrer Wilhelm Bösing (*3.11.1902 Ludwigshafen), NSDAP-Mitglied 1927, seit 1929 Leiter des Wirtschaftspolitischen Referates in der Gauleitung; GVBl-Rheinland-Pfalz, So.-Nr. 43, S. 1050.

63 Lehrer Karl Kleemann (*15.6.1904 Kollweiler †1969), NSDAP-Mitglied 1926; hierzu: Paul (wie Anm. 56), S. 272ff.

64 Carl Caspary (*21.8.1898 Illingen/Saar †1977), promovierter, NSDAP-Mitglied 1920; u.a. hatte sein Nachbar aus Wien, ein Arzt, für ihn ausgesagt: Casparys Frau hatte trotz seiner "jüdischen Abstammung" zweimal bei ihm entbunden. LA SB, Best. OSR III 244/49.

65 Welsch war nach der Volksabstimmung vom 23.10.1955 und dem Rücktritt von Johannes Hoffmann bis Anfang 1956 für kurze Zeit Ministerpräsident des Saarlandes. Dipl. Ing. Willy Schmelcher (*25.10.1894 Eppingen/Baden †15.2.1974), LA SB, Best. OSR V 358/50.

schen Besatzung verschärfter Verfolgung ausgesetzt zu haben. Durch ein erfolgreiches Gnadengesuch beim Ministerpräsidenten Hoffmann erreichte er aber bereits im April 1949 seine vorzeitige Freilassung; er musste das Saarland verlassen. Im August 1951 wurde ihm der Pensionsanspruch eines Studienrates zugesprochen[66].

In der letzten Sondernummer des Gesetz- und Verordnungsblattes der Landesregierung Rheinland-Pfalz vom 31. Juli 1951 wurden abschließend zwei Spruchkammerurteile veröffentlicht, die nochmals NS-Prominenz betrafen. Zum einen wurde der ehemalige saarländische NSDAP-Gauleiter Jakob Aloys Spaniol, wohnhaft in Neuenbürg/Württemberg, als „Belasteter" eingestuft und aus dem Beamtenverhältnis ohne Pension entlassen; er war 1934 von seinem innerparteilichen Konkurrenten Bürckel ausgeschaltet und als Bürgermeister nach Andernach abgeschoben worden[67]. Zum zweiten wurde der Witwe Bürckels auf Antrag 70% des Witwengeldes zugesprochen, wie es sich aus der Tätigkeit ihres verstorbenen Ehemannes als Hauptlehrer errechnete; zu Gunsten des Landes wurden zwei Grundstücke in Neustadt und weitere in Wien sowie die Jagdhütte in Ramsen/Österreich eingezogen. Der Öffentliche Ankläger Fritz Breier hatte von einer Einstufung Bürckels als „Hauptschuldiger" wegen seines Verhaltens zu Kriegsende abgesehen, ihn jedoch als „Nutznießer" und „Aktivisten" eingestuft. Als hauptsächliche Belastungspunkte hatte er Bürckels Verhalten beim Kirchenkampf im Jahr 1937 und die Ausweisungspolitik in Lothringen angeführt[68].

---

66 Zum Spruchkammerverfahren gegen den Lehrer Fritz Schwitzgebel (*19.9.1888 Waldmohr †19.6.1957): Rainer MOHLER, Entnazifizierung und Ausweisungen im Saarland. Vergangenheitsbewältigung oder Zukunftssicherung?, in: Von der "Stunde 0" zum "Tag X". Das Saarland 1945-1959. Katalog zur Ausstellung des Regionalgeschichtlichen Museums im Saarbrücker Schloß. Saarbrücken 1990, S. 49-64; siehe auch LA SB, Best. THE 103/48.

67 Arbeiter Jakob Aloys Spaniol (*19.9.1904 Lisdorf/Saar †1959), GVBl-Rheinland-Pfalz, So.-Nr. 48, S. 1106.

68 GVBl-Rheinland-Pfalz, So.-Nr. 45, S. 1078, Nr. 48, S. 1106f.; Bistumsarchiv Speyer, Best. 12/4a. Über Gauleiter Josef Bürckel (*30.3.1895 Lingenfeld †28.9.1944) gibt es bislang noch keine ausführliche Biographie; unter der Aufsatzliteratur hervorzuheben sind die Beiträge von Gerhard PAUL, Josef Bürckel - Der rote Gauleiter, in: Die braune Elite II. 21 weitere biographische Skizzen, hrsg. von Ronald SMELSER u.a., Darmstadt 1993, S. 51-65, und Dieter WOLFANGER, Populist und Machtpolitiker. Josef Bürckel: Vom Gauleiter der Pfalz zum Chef der Zivilverwaltung in Lothringen, in: Die Pfalz unterm Hakenkreuz (wie Anm. 42), S. 63-86; neuerdings auch: Hans FENSKE, Josef Bürckel.Portrait eines Gauleiters, in: Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz, Bd. 1, hrsg. v. Hans Georg MEYER/Hans BERKESSEL, Mainz 2000, S. 120-137; DERS., Josef Bürckel, in: Pfälzer Lebensbilder. Sechster Band, hrsg. v. Hartmut HARTHAUSEN. Speyer 2001, S. 321-350.

## Ausblick: Re-Entnazifizierung statt Renazifizierung

„Nach seiner Internierung hörte man ab und zu die Meinung, er sei das Opfer seines Ehrgeizes geworden. Sicherlich war er ehrgeizig, aber nur in dem guten Sinne, daß er nur das Beste leisten wollte; daß er dafür den entsprechenden Lohn erwartete und erstrebte, kann man ihm nicht zur Last legen. M.E. wäre Herr Barth auch bei jedem anderen Regime in die gleiche Verwaltungsstelle aufgerückt. Er hatte die Qualifikationen und Fähigkeiten zu seinem Amt" - mit diesem Fazit beendete Ministerialdirektor a.D. und ehemaliger Behördenleiter im Reichskommissariat Saarbrücken, Dr. med. Max Obé, im Mai 1949 sein dreiseitiges Leumundszeugnis für Barth. Der Spruchkammer dienten dieser und andere gleichlautende „Persilscheine" ehemaliger Kollegen und „honoriger" Nationalsozialisten dazu, ein mildes Urteil über Barth zu fällen. Der Fall steht exemplarisch für den Stand der politischen Säuberung seit 1947: Es ging nicht mehr um politische Schuld oder um politische Verantwortung, sondern um gerichtsverwertbare „Beweise", um eindeutiges menschliches „Fehlverhalten" in Form von Nutznießerschaft oder Verleumdung. Ohne einen Barth oder einen Leyser hätte jedoch der NS-Staat nicht bestehen können, hätte der Expansionskrieg, hätte „Auschwitz" nicht stattgefunden. Die Spruchkammern konnten jedoch diese „Schuld"-Suche nicht durchführen. Sie waren Teil der nachkriegsdeutschen Gesellschaft, die die unmittelbare Vergangenheit (zunächst) erfolgreich verdrängte[69].

Der gewandelte Zeitgeist der späten 1940er/frühen 1950er Jahre, der alles unter dem Deckmantel der Milde und des Vergessens begrub, kam vor allem den politisch schwer belasteten ehemaligen NS-Aktivisten zugute. Frei von politischer Sühne konnten diese „Belasteten" Anfang der 1950er Jahre mit aller Kraft darum kämpfen, auch in den Genuss der „131er"-Regelung des Grundgesetzes zu kommen[70]. Das Wort von der „Renazifizierung" machte sich breit. Es kam zu verstärkten (Wieder-)Einstellungen ehemaliger „Nazis", während die öffentliche Verwaltung von Personen „gereinigt" wurde, die nach 1945 entgegen beamtenrechtlicher Vorschriften eingestellt worden waren. Die Ergebnisse vor Ort sprechen eine deutliche Sprache. Als Beispiel sei hier nur der öffentliche Dienst in Frankenthal genannt: In der Stadtverwaltung und im Landratsamt lag 1949 der Anteil

69 Hierzu: Ulrich HERBERT, Drei deutsche Vergangenheiten. Über den Umgang mit der deutschen Zeitgeschichte, in: Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990, hrsg. von Arnd BAUERKÄMPER u.a., Bonn 1998, S. 376-390.

70 Norbert FREI prägte durch seine Habilitationsschrift den Begriff der "Vergangenheitspolitik": Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.

ehemaliger NSDAP-Mitglieder höher als 1939, bei der Justiz und im Erziehungswesen war er nur geringfügig gesunken. Lediglich bei der Polizei arbeiteten deutlich weniger ehemalige „Pgs"[71]. Trotzdem verleitet der zeitgenössische Begriff „Renazifizierung" zu Missverständnissen. Auch wenn die Sühnemaßnahmen der unmittelbaren Nachkriegszeit zunächst für die „Mitläufer", dann für politisch schwerer belastete Nationalsozialisten wegfielen, die Ergebnisse der politischen Säuberung also „re-entnazifiert" wurden, kam es zu keiner ideellen Renazifizierung. Das alte NS-Gedankengut konnte sich nicht wieder aktiv ausbreiten, die Ergebnisse der Demokratisierungspolitik waren nie ernsthaft in Gefahr. Vor allem die Internierungen und Entlassungen zahlreicher NS-Aktivisten in den ersten Nachkriegsjahren hatten es den antifaschistischen Kräften ermöglicht, in der Politik Fuß zu fassen und, geschützt vor nationalsozialistischen Einflüssen, die Demokratie aufzubauen.

71 Am 23.3.1949 wurde in Rheinland-Pfalz das "Landesgesetz über die Rechtsstellung früherer Angehöriger des öffentlichen Dienstes" verabschiedet, dass allen durch die Entnazifizierung Entlassenen das Recht zusprach, einen Antrag auf Wiederverwendung zu stellen, über den das Innenministerium zu entscheiden hatte; hierzu: Möhler, Entnazifizierung (wie Anm. 3), S. 398ff.

# „Die schreckliche, die rechtslose Zeit ist zu Ende!"[1] Zum Wiederaufbau der Justiz in der Pfalz nach der NS-Zeit

**Paul Warmbrunn**

Mit dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft und dem Einmarsch der alliierten Truppen in die Pfalz war dort wie in den anderen besetzten Gebieten ein Zustand eingetreten, der bis dahin in § 245 der Zivilprozessordnung nur theoretisch vorgesehen war: der Stillstand der Rechtspflege[2]. In seiner Proklamation Nr. 1 ordnete der Oberste Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte, General Dwight D. Eisenhower, an: „Alle deutschen Gerichte (...) innerhalb des besetzten Gebietes werden bis auf

1 Zitat aus einem Artikel über die „Feierliche Einsetzung der Gerichte in Kaiserslautern" in den „Mitteilungen – Amtliches Organ der Militärregierung und kommunalen Behörden der Westpfalz", Nr. 19 v. 6.10.1945.

2 Während sich die Forschung zunehmend mit der systematischen Aufarbeitung der Rolle der Justiz in der NS-Zeit beschäftigt – beispielhaft sei hier für das Gebiet des heutigen Bundeslandes Rheinland-Pfalz die Dokumentation: Justiz im Dritten Reich. Justizverwaltung, Rechtsordnung und Strafvollzug auf dem Gebiet des heutigen Landes Rheinland-Pfalz, hrsg. v. Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1995, genannt – ist die Geschichte des Wiederaufbaus der Justiz nach dem Zweiten Weltkrieg bisher noch wenig erforscht. Zum Einstieg geeignet sind die Monographie von Hans Wrobel, Verurteilt zur Demokratie. Justiz und Justizpolitik in Deutschland 1945-1949, Heidelberg 1989; sowie die knappen Überblicke von Bernhard Diestelkamp/Susanne Jung, Die Justiz in den Westzonen und der frühen Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 13-14/89 v. 24.3.1989, S. 19-29; und von Michael Stolleis, Rechtsordnung und Justizpolitik 1945-1949, in: Norbert Horn (Hrsg.), Europäisches Rechtsdenken in Geschichte und Gegenwart, Bd. 1, München 1982, S. 383-407. Für die Pfalz vgl. jetzt Paul Warmbrunn, Wiederaufbau der Justiz nach Kriegsende, in: Beiträge zu 50 Jahren Geschichte von Rheinland-Pfalz, hrsg. v. Heinz-Günther Borck unter Mitarbeit von Dieter Kerber, Koblenz 1997, S. 201-218; Friedrich Diehl, Das pfälzische Oberlandesgericht in der Zeit von 1871 bis zur Gegenwart, in: Wilhelm Reinheimer (Hrsg.), Festschrift zum 150-jährigen Bestehen des Pfälzischen Oberlandesgerichts, Zweibrücken o. J. (1966), S. 58-68, hier: S. 65-68; gibt nur einen knappen Überblick. Vgl. auch für Frankenthal: Heinrich Weiler/Hermann Herboth, Die Geschichte des Landgerichts Frankenthal, Bd. 2, Frankenthal 1977, S. (285)-297; für Landau: Hans Ziegler, Das Justizwesen in Landau von der großen Französischen Revolution bis zur Gegenwart, in: Landau in der Pfalz, Teil 1, Landau 1974, S. 188-236, hier: S. 228-230.

weiteres geschlossen"[3]. Die Gerichtsbarkeit in den besetzten Gebieten wurde den Gerichten der Militärregierung übertragen[4].

Durch die Kriegshandlungen, insbesondere die Bombenangriffe in der Endphase des Zweiten Weltkrieges, waren viele Gerichtsgebäude teilweise oder völlig zerstört worden[5]. Besonders verheerend wirkten sich die Luftangriffe auf Frankenthal am 23./24. September 1943, auf Kaiserslautern am 27./28. September 1944, auf Landau am 22. Dezember 1944 und am 16. März 1945 und auf Zweibrücken am 14. März 1945 aus, durch die die wichtigsten Justizbehörden in der Pfalz praktisch ihrer Räumlichkeiten beraubt wurden[6]. Ein großer Teil der Justizbediensteten war zur Wehrmacht eingezogen worden; viele von ihnen waren im Krieg gefallen oder in Gefangenschaft geraten.

## Neubeginn unter amerikanischer und französischer Besatzungsherrschaft: Die Justizabteilungen im Oberpräsidium Saarland-Pfalz-Südhessen und in den Oberregierungspräsidien Mittelrhein-Saar und Pfalz-Hessen

Andererseits hatten Besatzungsmacht wie Bevölkerung gleichermaßen ein großes Interesse an der baldigen Wiederaufnahme der Tätigkeit der Gerichte, insbesondere auf den Gebieten der Strafgerichtsbarkeit – wegen des starken Anstiegs der Eigentumsdelikte seit Kriegsende – und der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, wo der Anfall an Nachlass- und Vormundschaftssachen ebenfalls kriegsbedingt erheblich zugenommen hatte. Die Wiedereröffnung der Justizbehörden wurde daher zu einem wichtigen Schwerpunkt in der Arbeit der von den Alliierten eingesetzten und unter ihrer Kontrolle stehenden deutschen Landesverwaltungen in der Zeit der amerikanischen und (seit 10. Juli 1945) französischen Besetzung der Pfalz.

---

3 Artikel III – Artikel I des Gesetzes Nr. 2 des Obersten Befehlshabers; abgedruckt im Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Nr. 2, S. 1.

4 Verordnung Nr. 2 der Militärregierung – Deutschland, ebd., S. 7-9; zum organisatorischen Aufbau der Militärgerichte s. u. S. 152ff.

5 Material hierzu im Landesarchiv Speyer (im folgenden LA Sp), Best. J 1 Nr. 1211-1212; vgl. auch Paul WARMBRUNN, Die Organisation der Gerichte in der Zeit des Dritten Reiches im Gebiet des südlichen Teils von Rheinland-Pfalz (Pfalz und Rheinhessen), in: Justiz (wie Anm. 2), S. 35-61, hier: S 46 f.

6 Einzelbelege hierzu bei WARMBRUNN, Organisation (wie Anm. 5), S. 46 f. Anm. 54-58; vgl. für Landau auch Hans ZIEGLER, Gerichtsgebäude und Gefängnisse in Landau. Eine bau- und rechtsgeschichtliche Studie, in: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz 59 (1961), S. 106-137, hier: S. 124 f.

Zum Präsidialdirektor und Leiter der Abteilung VII „Justiz und Polizei" in der am 10. Mai 1945 von der amerikanischen Besatzungsmacht eingesetzten Regierung Heimerich[7], die an der Spitze des Oberpräsidiums Saarland-Pfalz-Südhessen[8] bzw. ab 1. Juni 1945 des Oberregierungspräsidiums Mittelrhein-Saar[9] stand, wurde der frühere Heidelberger Landgerichtsrat Dr. Hans Anschütz[10] ernannt. Bereits frühzeitig versuchte dieser, den Notar Dr. Johannes Bärmann aus Kirchheimbolanden[11] einzubeziehen und als künftigen Verantwortlichen für die Justiz aufzubauen[12]. Am 11. Juni 1945 erklärte sich Bärmann „auf viermaliges Drängen der damaligen deutschen Regierung Dr. Heimerich"[13] zur Mitarbeit bereit und erlangte – seit dem 30. Juni im Rang eines Regierungsdirektors – die Zuständigkeit für den Wiederaufbau der Gerichtsbarkeit im Bereich des Oberregierungspräsidiums[14]. Anschütz blieb jedoch bis zum 7. Juli 1945 Abteilungsleiter[15].

---

7 Zur Person von Hermann Heimerich (1885-1963) vgl. Ulrich SPRINGORUM, Entstehung und Aufbau der Verwaltung in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1947), Berlin 1982, S. 62 Anm. 35. Sein Nachlass wird im LA Sp, Best. V 10 verwahrt.

8 Vgl. ebd., S. 63-71.

9 Vgl. ebd., S. 80-82; Georg KRATZ, Mittelrhein-Saar, Stuttgart 1954; sowie zum folgenden v. a.: Hans-Jürgen WÜNSCHEL (Bearb.), Quellen zum Neubeginn der Verwaltung im rheinisch-pfälzischen Raum unter der Kontrolle der amerikanischen Militärregierung April bis Juli 1945, Mainz 1985.

10 Vgl. zur Person von Anschütz (1906-1980), der der CDU angehörte, SPRINGORUM, Verwaltung (wie Anm. 7), S. 61, Anm. 31; sowie zu seiner Tätigkeit im Oberregierungspräsidium ein Interview v. 31.1.1976 mit Anschütz und Prof. Dr. Dolf Sternberger in der unveröffentlichten Schülerarbeit von Susanne ANSCHUTZ/Christiane FENGE/Friederike NUSSEL/Catharina ZUTT, Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar, Wettbewerb 1976: Gustav-Heinemann-Preis. Demokratischer Neubeginn 1945/46. Kurfürst-Friedrich-Gymnasium Heidelberg, 8. Klasse. Kopie im LA Sp. Dienstbibliothek, Sign. C 5315. Herrn Akad. Direktor Dr. Hans-Jürgen Wünschel von der Universität Koblenz-Landau ist der Verfasser für den Hinweis auf diese Arbeit wie für zahlreiche andere Ratschläge sehr zu Dank verpflichtet.

11 Zur Person Bärmanns (1905-1991) vgl. SPRINGORUM, Verwaltung (wie Anm. 7), S. 95, Anm. 14. Sein politischer Nachlaß wird im LA Sp, Best. V 108, verwahrt.

12 Als solcher amtierte er vom 5. April (Einsetzung durch die amerikanische Militärregierung) bis zum 10. Mai 1945.

13 So Bärmann selbst am 1. Januar 1946: LA Sp, Best. V 108, Nr. 4.

14 Eine wichtige Quelle zur Tätigkeit Bärmanns für den Wiederaufbau der Justiz sind seine Tagebücher (stenographische Bleistift-Niederschriften) im LA Sp, Best. V 108, Nr. 1 (1945 Juni 7-Aug. 5), Nr. 2 (1945 Okt. 4-Okt. 21) und Nr. 3 (Übertragung von Nr. 1 und 2 in Maschinenschrift).

15 LA Sp, Best. V 108, Nr. 3.

Am 10. Juli 1945 übernahm die französische Besatzungsmacht die Provinz Mittelrhein-Saar, unterteilte sie und trennte von dem südlichen Teil das Saarland ab[16]. Die neugebildete Verwaltungseinheit wurde als Oberregierungspräsidium „Pfalz-Hessen", ab 29. August 1945 „Hessen-Pfalz" bezeichnet. Heimerich war am 4. Juli 1945 als Oberregierungspräsident zurückgetreten[17]. Mit Heimerich schieden die knapp zwei Monate zuvor von den Amerikanern aus dem Rechtsrheinischen nach Neustadt geholten Regierungsmitglieder aus, darunter auch Anschütz. In einer von dem amerikanischen Verbindungsoffizier Captain Landin und Dr. Heimerich aufgestellten Liste war Bärmann, schon zuvor unter Anschütz im Oberregierungspräsidium tätig, als Leiter der Abteilung „Justiz und Polizei" genannt worden, ohne darüber befragt worden zu sein[18]. Da die Mitglieder der Regierung Heimerich schon am Freitag, den 6. Juli 1945, über den Rhein zurückkehrten, hätte Bärmann als einziger Verbleibender die Übergabe der Geschäfte an die neue Militärregierung übernehmen müssen. Er setzte sich deswegen auch mit dem französischen Verbindungsoffizier, Captain Ollivier, in Verbindung[19]. Am Samstag, den 7. Juli 1945 wurde jedoch der bisherige Regierungspräsident der Pfalz, Dr. Hans Hoffmann, mit der Führung der Verwaltung beauftragt. Bärmann[20] war damit der Aufgabe der Überleitung der Geschäfte entbunden, wurde aber am selben Tag „de facto" Leiter der Abteilung „Justiz und Polizei" in dem nun von Hoffmann geleiteten Oberregierungspräsidium. Wegen einer Erkrankung konnte er seine Arbeit erst am 16. Juli aufnehmen.

Am 23. Juli 1945, sechs Wochen nach Errichtung des französischen Oberkommandos in Deutschland, war General Pierre-Marie Koenig zum Zonenkommandeur (Commandant en Chef Francais en Allemagne) ernannt

16 Zur französischen Besatzungspolitik im späteren Land Rheinland-Pfalz allgemein: Peter Brommer (Bearb.), Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz während der französischen Bestzung März 1945 bis August 1949, Mainz 1985.

17 LA Sp, Best. V 10, Nr. 1, fol. 43, ediert bei Wunschel, Neubeginn (wie Anm. 9), S. 234 f.

18 Zum folgenden vgl. die Darstellung Bärmanns im LA Sp, Best. V 108, Nr. 6.

19 Hierbei verwahrte sich Bärmann gegen die ohne seine Zustimmung erfolgte Aufnahme in die Liste, erklärte sich aber grundsätzlich zur Mitarbeit unter der neuen Militärregierung bereit.

20 LA Sp, Best. V 108, Nr. 4: Protokoll der vertraulichen Sitzung v. 4.7.1945 im Landratshaus in Neustadt.

21 Vgl. zum folgenden Klaus-Dietmar Henke, Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die Französische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1983, S. 49-89.

worden[21]. Die von seinem Stellvertreter, dem Generalverwalter (Administrateur Général) Emile Laffon geleitete, für das gesamte Zonengebiet zuständige Militärregierung (Gouvernement Militaire pour la Zone Francaise d'Occupation = G.M.Z.F.O.) in Baden-Baden gliederte sich in die „Direction de la Sûreté" und drei Generaldirektionen, darunter die „Direction Générale de la Justice"[22], der von 1945 bis 1949 Furby, ein renommierter Jurist am Pariser Appellationsgericht, vorstand. Sie war ihrerseits in mehrere Direktionen untergliedert, von denen die für die deutsche Justiz (justice allemande) die Oberaufsicht über den Wiederaufbau der Gerichtsorganisation ausübte. Seit Ende 1945 war sie Charles Bourthoumieux, zuvor Leiter der Justizabteilung in der „Délégation Supérieure" in Neustadt, unterstellt[23]. Neben dem G.M.Z.F.O. und in Konkurrenz zu diesem bestand das sogenannte „Zivilkabinett" (Cabinet Civil) General Koenigs, in den ein eigenes „Bureau des Affaires Judiciaires" unter dem Vorsitz von Teyssiére eingerichtet worden war.

Als nächste untere Verwaltungseinheiten unter dem G.M.Z.F.O. wurden in den neugebildeten Ländern Südbaden, Württemberg-Hohenzollern, Hessen-Pfalz, Rheinland-Hessen-Nassau und im Saargebiet fünf „Délégations Supérieures" am Sitz der jeweiligen deutschen Landesverwaltungen, für Hessen-Pfalz also in Neustadt, eingerichtet. An ihrer Spitze stand ein „Délégué Supérieur", der gegenüber der Baden-Badener Zentrale über ein hohes Maß an Eigenständigkeit verfügte. In Hessen-Pfalz bekleidete dieses Amt bis Mitte Juni 1946 General Jean Claude Bouley, danach bis 1951 der Jurist André Brozen-Favereau. Die Baden-Badener Organisationsstruktur wurde auf die „Délégations Supérieures" übertragen. Der „Direction Régionale de la Justice" fiel bei der Wiedereröffnung der Gerichte eine Schlüsselrolle zu. Dagegen nahmen die den „Délégations Supérieures" untergeordneten Bezirksdelegationen und Delegationen auf Landkreisebene (Délégations de Cercles) auf das Justizwesen weniger Einfluss.

Bärmann behielt seine Stellung als für Justiz und Polizei zuständiger Abteilungsleiter im Oberregierungspräsidium zunächst auch unter Dr. Otto Eichenlaub, der Hoffmann nach dessen Absetzung am 3. Oktober 1945 im Amt folgte, bei[24]. Für die Durchführung der Entnazifizierung war künftig

---

22 Vgl. WROBEL, Demokratie (wie Anm. 2), S. 115; sowie die regelmäßige Berichterstattung der „Direction Générale de la Justice" im ab Mai 1946 monatlich herausgegebenen „Bulletin Mensuel du Commandement en Chef Français en Allemagne".

23 In dieser Eigenschaft war er der wichtigste Ansprech- und Verhandlungspartner Bärmanns bei der Wiedereröffnung der Gerichte, LA Sp, Best. V 108, Nr. 1-3.

24 Vgl. Hans-Jürgen WUNSCHEL, Schicksalsjahre der Pfalz. Dokumente zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, Neustadt a. d. W. 1979, S. 23 f.

der aus dem Elsaß stammende Kunsthistoriker und Journalist Carl Felix Koch als Vizepräsident und Stellvertreter Eichenlaubs sowie als Leiter der Zentralen Säuberungskommission (ZSK) verantwortlich[25]. Auf Wunsch Eichenlaubs und das Verlangen der französischen Militärregierung stellte Bärmann dann aber am 28. Dezember 1945 sein Amt zur Verfügung[26]. Vermutlich spielte dabei auch seine laufende Entnazifizierung[27] eine Rolle, denn schon im Januar 1946 wurde er wie drei ehemalige Präsidialdirektoren – Kausch, Dahlgrün und Jerratsch – durch ZSK-Entscheid ohne Pensionsanspruch entlassen[28]. Sein Nachfolger wurde Dr. Ludwig Ritterspacher[29], der von den Nationalsozialisten als politischer Gegner – er hatte sich in der Weimarer Zeit in den linksliberalen Parteien Deutsche Demokratische Partei (DDP) und Deutsche Staatspartei (DStP) engagiert – und wegen seiner Ehe mit einer Jüdin zum 31. Dezember 1937 als Landgerichtsrat in Frankenthal zwangsweise in den Ruhestand versetzt worden war. Nach dem Zweiten Weltkrieg schloss sich Ritterspacher, der zunächst mit der liberalen Richtung sympathisiert hatte[30], der pfälzischen CDU an, die er in den Stadträten von Neustadt und Zweibrücken, in der Beratenden Landesversammlung und während der 1. Legislaturperiode von 1947 bis 1951 im rheinland-pfälzischen Landtag vertrat.

## Wiedereröffnung der ersten Gerichte

Vordringlichste, zugleich aber auch besonders schwierige Aufgabe der Justizabteilung des Oberregierungspräsidiums war eine Bestandsaufnahme sachlicher und personeller Art und die Wiedereröffnung der durch Kontrollratsgesetz Nr. 2 geschlossenen Gerichte[31]. Bereits am 15. Mai 1945

25 Vgl. hierzu Rainer Mohler, Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952, Mainz 1992, S. 145 und 443; und Springorum, Verwaltung (wie Anm. 7), S. 119 f.

26 LA Sp, Best. V 108, Nr. 4.

27 Ebd., Nr. 6.

28 Vgl. Mohler, Entnazifizierung (wie Anm. 25), S. 145, Anm. 11.

29 Vgl. zu seiner Person Springorum, Verwaltung (wie Anm. 7), S. 121 Anm. 37; Paul Warmbrunn, Personalprofil der Richter und der Staatsanwälte in der Pfalz und in Rheinhessen im Dritten Reich, in: Justiz (wie Anm. 2), S. 116 f. und 168; sowie Mohler, Entnazifizierung (wie Anm. 25), S. 444.

30 Er gehörte zu den zehn Unterzeichnern des Genehmigungsgesuchs für einen „Christlich Sozialen Volksbund" an General Bouley v. 2.2.1946, zog aber später seine Unterschrift zurück, LA Sp, Best. H 13, Nr. 731, fol. 274 et passim; vgl. auch Kurt Wertzel, Vom Chaos zur Demokratie. Die Entstehung der Parteien in Rheinland-Pfalz 1945-1947, Mainz 1988, S. 97.

31 Vgl. hierzu den Bericht von Anschütz: „The functioning of police and the opening of courts" vom 15.6.1945, LA Sp, Best. V 10, Nr. 3, fol. 47.

fand eine erste Besprechung von Anschütz mit den Captains Potter und Landin von der amerikanischen Militärregierung statt[32]. Ihr zufolge sollten „zunächst nur die Amtsgerichte als Gerichte erster Instanz" wieder eingerichtet[33] und dabei der Wiederaufnahme der Strafgerichtsbarkeit und Freiwilligen Gerichtsbarkeit (Nachlass- und Vormundschaftssachen)[34] sowie der Jugendgerichte Priorität eingeräumt werden. Potter hatte bereits mit dem früheren Präsidenten des OLG's Zweibrücken, Dr. Karl Siegel[35], Kontakt aufgenommen, der jedoch durch dessen spätere Internierung und Pensionierung zu keinem greifbaren Ergebnis führte. Die personellen Schwierigkeiten, die sich einem raschen Wiederaufbau der Justiz entgegenstellten, wurden schon am folgenden Tag überdeutlich, als der von Potter empfohlene „unbelastete" Rechtsanwalt Dr. Emil Krauß[36] aus Neustadt im Gespräch mit Anschütz zunächst erklären musste, „dass er aus der Pfalz keinen geeigneten Richter oder Staatsanwalt benennen könne"[37]. Von zwei Anschütz noch nachträglich vorgeschlagenen Kandidaten war einer, der Neustadter Oberamtsrichter Christian Lehmann[38], schon über 70 Jahre alt, der andere, Gerhard Nadolny, noch Referendar!

Vielerorts nahmen die ordentlichen Gerichte schon vor dem offiziellen Wiedereröffnungstermin 1. Oktober 1945 ihre Tätigkeit wieder auf[39], wobei freilich oft sehr improvisiert werden musste. Im Oberregierungspräsidium widmete sich Bärmann seit seinem Amtsantritt am 11. Juni mit großem Einsatz dieser Aufgabe. Seine Tagebucheintragungen[40] zeugen von einer regen Reisetätigkeit. Als erste Gerichte in der Pfalz wurden die Amts-

32 Ebd., Best. J 1, Nr. 1996.

33 Ähnlich äußerte sich Heimerich in einer Rede v. 18.5.1945. LA Sp, Best. V 10, Nr. 2, fol. 9; vgl. WUNSCHEL, Neubeginn (wie Anm. 9), S 58; und DERS., Schicksalsjahre (Anm. 24), S. 59.

34 Der Stillstand der Freiwilligen Gerichtsbarkeit unterband die dringend notwendige Fürsorge für die Waisen, deren Zahl kriegsbedingt stark zugenommen hatte, die Geisteskranken, Geistesschwachen und Abwesenden, was eine zunehmende Verwahrlosung dieser Bevölkerungsgruppen befürchten ließ; zudem war angesichts der vielen Kriegstoten eine rasche Aufklärung zahlreicher Erb- und Nachlaßsachen vonnöten: vgl. Eingabe Bärmanns v. 31.7.1945 „an die Militär-Regierung im Hause", LA Sp, Best. J 1, Nr. 1996.

35 Zur Person Siegels (1884-1969) vgl. zusammenfassend WARMBRUNN, Personalprofil (wie Anm. 29), S. 118 f.

36 Krauß war am 31.1.1883 in Becherbach (Kreis Kusel) geboren worden. Später wurde er Amtsgerichtsdirektor in Neustadt.

37 LA Sp, Best. J 1, Nr. 1996.

38 Personalakten ebd., Best. J 3, Nr. 107 und 845.

39 Siehe dazu die Berichte der Gerichte aus den pfälzischen Landgerichtsbezirken im LA Sp, Best. J 1, Nr. 1994.

40 Ebd., Best. V 109, Nr. 1-3.

gerichte Frankenthal und Grünstadt bereits am 7. Juni 1945 wieder eröffnet[41], nachdem die beiden „unbelasteten", auf der Konferenz vom 18. Mai für diese Aufgabe vorgeschlagen[42] Landgerichtsdirektoren Dr. Karl Schmitgen[43] und Dr. Philipp Wernz[44] am 5. Juni von dem örtlichen Kommandanten der amerikanischen Besatzungsmacht in Frankenthal vereidigt worden waren und tags darauf bei Anschütz vorgesprochen hatten[45]. Am 16. Juni folgten Amts- und Landgericht Zweibrücken[46], am 18. Juni das Amtsgericht Ludwigshafen[47], am 20. Juni das Amtsgericht Neustadt[48], am 22 Juni die Amtsgerichte Pirmasens und Dahn[49], am 26. Juni das Landgericht Frankenthal[50] und am 2. Juli das Amtsgericht Kirchheimbolanden[51]. Es wirft ein Schlaglicht auf die Schwierigkeiten des Wiederaufbaus, dass das Landgericht Zweibrücken mit einem anstelle von früher 12 Richtern eröffnet wurde[52]! Andernorts verzögerte sich die Wiedereröffnung. So notierte Bärmann am 29. Juni 1945[53]: „Unterbrechung in Landstuhl, wo noch kaum etwas geschehen ist für die Wiedereröffnung des Gerichts." Im Dienstgebäude des am 30. Juli 1945 wieder eröffneten Amtgerichts Bad Dürkheim und im Gerichtsgefängnis fehlten noch über zwei Monate später zum größten Teil die Fensterscheiben, und zur Beschaffung von Brennmaterial wurde die gesamte Belegschaft dieses Gerichts zu Waldarbeiten abgestellt[54]!

Vielfach standen am Anfang technische Schwierigkeiten im Weg, musste doch beispielsweise gewährleistet sein, dass die Post funktionierte, die Staatsanwaltschaften wieder arbeiteten[55] und die vielen zerstörten Gerichtsgebäude, sofern keine Ersatzunterbringung möglich war, wenigstens notdürftig wieder hergerichtet waren. Das größte Hindernis aber, das einer raschen Wiederaufnahme der Tätigkeit der Gerichte im Wege stand, war der Man-

41 Ebd., Best. J 1, Nr. 1994; vgl. den Bericht von Anschütz am 15.6.1945, LA Sp, Best. V 10, Nr. 3, fol. 47.

42 Vgl. „Aktennotiz" von Anschütz v. 19.5.1945, LA Sp, Best. J 1, Nr. 1996.

43 Vgl. zu seiner Person Warmbrunn, Personalprofil (wie Anm. 29), S. 81-194, hier: S. 159; sowie Weiler/Herboth, Frankenthal (wie Anm. 2), S. 288-291.

44 LA Sp, Best. J 3, Nr. 600.

45 „Aktennotiz" Anschütz' v. 6.6.1945 im LA Sp, Best. V 10, Nr. 23.

46 Ebd., Best. J 1, Nr. 1994 und 1995 sowie Best. V 108, Nr. 3.

47 Ebd., Best. J 1, Nr. 1994.

48 Ebd., Nr. 1995.

49 Ebd.

50 Ebd.

51 Ebd.

52 Vgl. Diehl, Oberlandesgericht (wieAnm. 2), S. 65.

53 LA Sp, Best. V 108, Nr. 3.

54 Ebd., Best. J 1, Nr. 1994.

55 Vgl. Aktennotiz über eine Besprechung von Anschütz und Dr. Krauß mit Captain Potter am 30.5.1945, LA Sp, Best. J 1, Nr. 1996.

gel an Richtern und Staatsanwälten, der einerseits durch die hohen Verluste an Gefallenen und Kriegsgefangenen, andererseits durch die anfangs strengen Entnazifizierungsgrundsätze bedingt war. Nach einer Übersicht Bärmanns vom August 1945[56] waren zu diesem Zeitpunkt von 36 Amtsgerichten im Bereich des Oberregierungspräsidiums Hessen-Pfalz 13 „wieder in vollem Gang", 7 vorerst mit benachbarten größeren Gerichten vereinigt, aber 16 immer noch nicht wieder eröffnet. Zur Besetzung aller Gerichte wären „etatmäßig" 279 Richter erforderlich gewesen; zur Verfügung standen an Richtern, die nicht Mitglieder der Partei oder einer ihrer Formationen gewesen waren, jedoch lediglich 22! Noch ungünstiger waren die Verhältnisse bei der Staatsanwaltschaft.

Durch Verordnung (Ordonnance) des „Délégue Supérieur", General Bouley, vom 24. September 1945[57] wurden die fünf Landgerichte in Frankenthal, Kaiserslautern, Landau, Mainz und Zweibrücken sowie 31 Amtsgerichte der Provinz Hessen-Pfalz zum 1. Oktober 1945 offiziell[58] wieder eröffnet. Anfang Oktober fanden die Einweihungsfeiern der bis dahin noch geschlossenen Landgerichte und Staatsanwaltschaften statt[59], bis Ende des Monats hatten auch fast alle Amtsgerichte ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Am 23. November 1945 waren im „Justizdienst Hessen-Pfalz" schon wieder 909 Personen, darunter 95 Richter und 47 Notare, tätig[60].

Bis der normale Dienstbetrieb wieder eingesetzt hatte, konnte es allerdings noch mehrere Monate dauern; so fand die erste Strafsitzung am Landgericht Landau erst am 29. Januar 1946 statt[61]. Voraussetzung der Wiederaufnahme der vollen Gerichtstätigkeit in Zivil- und Strafsachen war hier wie andernorts die Vereidigung der örtlichen Rechtsanwaltschaft, die in Landau erst am 16. Januar 1946 erfolgte[62]. Die örtlichen Justizverwaltungen mussten Monatsberichte erstellen, die über das zuständige Landratsamt an die Militärregierung weitergeleitet wurden[63]. Zum 1. Januar 1946 nah-

56 Ebd., Best. V 108, Nr. 4.

57 Ebd., Best. J 1, Nr. 1994 und 1995.

58 Wie oben näher ausgeführt wurde, hatten diese Gerichte teilweise bereits zuvor provisorisch ihre Tätigkeiten aufgenommen.

59 Vgl. die ausführliche Darstellung für Kaiserslautern weiter unten.

60 LA Sp, Best. J 1, Nr. 1995.

61 Vgl. ZIEGLER, Justizwesen (wie Anm. 2), S. 229.

62 LA Sp, Best. J 1, Nr. 1994.

63 Vgl. hierzu auch die nach Abteilungen (darunter auch Justiz) gegliederten Wochen- bzw. Monatsberichte der Landratsämter an die Militärregierung, die sich in einigen Beständen des LA Sp erhalten haben (Bergzabern: Best. H 31, Nr. 39, 121; Kirchheimbolanden: Best. H 37, Nr. 2442; Landau: Best. H 39, Nr. 2122-2123, 2130, 2214; Neustadt: Best. H 41, Nr. 158; Zweibrücken: Best. H 46, Nr. 920).

men auf Anordnung der Militärregierung[64] auch die Grundbuchämter bei den Amtsgerichten, soweit sie nicht schon vorher eröffnet worden waren, wieder ihre Tätigkeit auf.

Zusammen mit den zugehörigen Gerichten wurden auch viele Amts- und Landgerichtsgefängnisse in der Pfalz wieder eröffnet; andernorts verzögerte sich die Wiederinbetriebnahme wegen der Kriegszerstörung der Haftgebäude. Das einzige Strafgefängnis im Rang einer Justizvollzugsanstalt in Zweibrücken war durch den Bombenangriff vom 14. März 1945 fast völlig zerstört worden[65]. Nur von dem Zellenbau (A 1) waren Reste erhalten geblieben, die von den am 20. März 1945 eingerückten amerikanischen Truppen übernommen wurden. Diese setzten den früheren Polizeibeamten Stubenbeck zum 1. April 1945 als kommissarischen Gefängnisvorstand ein, lösten ihn aber schon nach einigen Monaten wieder ab. Sein Nachfolger wurde der parteipolitisch unbelastete Angehörige der Schutzpolizei Albert Müller, der die Strafanstalt in anfangs starker Abhängigkeit von den französischen Kontrolloffizieren bis zum 31. August 1951 leitete. In seine Amtszeit fiel der Wiederaufbau der meisten Gebäude des Gefängnisses und die Erneuerung des Personalbestands. Mit Müllers Nachfolger Carl Hahn erhielt das Zweibrücker Strafgefängnis zum 1. September 1951 wieder einen Vorstand aus dem Höheren Dienst.

Parallel zum Wiederaufbau der deutschen Gerichtsbarkeit wurden die Gerichte der Militärregierung eingerichtet[66]. Für sie war in Verordnung Nr. 2 der Militärregierung[67] ebenfalls ein dreistufiger Aufbau in Obere (Tribunaux Généraux), Mittlere (Tribunaux Intermédiaires) und Einfache (Tribunaux Sommaires) Militärgerichte vorgesehen. Für Hessen-Pfalz wurde mit Entschließung (Décision) Nr. 13 vom 12. Oktober 1945[68] ein „Tribunal Général" mit Sitz in Neustadt eingerichtet, das am 20. November feierlich eröffnet wurde[69]. Ihre endgültige Gestalt gewann die Gerichtsorganisation der Militärregierung in der französischen Zone jedoch erst durch die Verfügung Nr. 43 vom 2. März 1946[70]. Demnach war künftig ein neu er-

64 LA Sp, Best. J 1, Nr. 1996: Schreiben von General Bouley an den Chef der deutschen Justiz in Neustadt v. 24.12.1945.

65 Vgl. zum folgenden: Paul Lohr, Vom königlich-bayerischen Bezirksgefängnis zur rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalt Zweibrücken, Zweibrücken 1985, S. 141-143.

66 Vgl. zum folgenden: Albert Hofstetter, Les Tribunaux du Gouvernement Militaire en Zone Francais en Allemagne, Freiburg i. Br. 1947.

67 Wie Anm. 4.

68 „Journal Officiel du Commandement en Chef Francais en Allemagne" (im folgenden: JO), Nr. 5 v. 30.10.1945, S. 30.

69 LA Sp, Best. V 108, Nr. 1-3.

richtetes „Tribunal Général" mit Sitz in Rastatt für die gesamte französische Zone zuständig. Alle bisherigen „Tribunaux Généraux" wurden aufgelöst; in Neustadt bestand künftig ein „Tribunal Intermédiaire" mit Zuständigkeit für ganz Hessen-Pfalz[71], dem sieben „Tribunaux Sommaires" in Kaiserslautern, Zweibrücken, Landau, Neustadt, Frankenthal, Worms und Mainz untergeordnet waren.

## Errichtung des OLG Neustadt als Nachfolgebehörde des OLG Zweibrücken

Dem mühsam wieder in Gang gekommenen Gerichtswesen in Hessen-Pfalz fehlte anfangs die Spitze. Das OLG Zweibrücken war beim Herannahen der alliierten Truppen schon im Dezember 1944 von Zweibrücken nach Kirchheimbolanden verlegt worden[72]. Dort wurde der Dienstbetrieb im Amtsgerichtsgebäude vom 19. Dezember 1944 bis zum Einrücken der amerikanischen Truppen Ende März 1945 notdürftig aufrechterhalten. Im April 1945 befahl der amerikanische Standortkommandant die Rückverlegung des OLG's an seinen angestammten Sitz. Da das ehemalige Herzogschloss in Zweibrücken bei einem Luftangriff am 14. März 1945 fast völlig zerstört worden war[73], war an eine Wiedererrichtung des OLG's in Zweibrücken in absehbarer Zeit aber nicht zu denken.

Auf der Grundlage des Kontrollratsgesetzes Nr. 4 vom 30. Oktober 1945[74], das die Gliederung der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Amts-, Land- und Oberlandesgerichte wiederherstellte, ordnete General Bouley am 8. Dezember 1945 an, dass ab 1. Januar 1946 das OLG für die Provinz Hessen-Pfalz eingerichtet werden und seine Tätigkeit in Neustadt wiederaufnehmen solle[75]. Die Besatzungsmacht folgte damit dem Vorschlag des Präsidialdirektors Bärmann vom 27. November 1945[76], der Neustadt gegenüber den ebenfalls ins Gespräch gebrachten Standorten Speyer[77] und Oppenheim[78] den Vorzug gegeben hatte. Die Unterbringung am Sitz der

70 JO, Nr. 17 v. 8.3.1946, S. 134-136.

71 Sie ersetzten die am 15.11.1945 für Hessen-Pfalz eingerichteten „Tribunaux Intermédiaires" in Landau, Mainz und Kaiserslautern, JO Nr. 7 v. 28.11.1945, S. 47.

72 Vgl. WARMBRUNN, Organisation (wie Anm. 5), S. 47.

73 LA Sp, Best. J 1, Nr. 1212.

74 JO Nr. 11 v. 9.1.1946, S. 76 f.

75 Vgl. DIEHL, Oberlandesgericht (wie Anm. 2), S 65 (mit falscher Datierung auf den 11. November!).

76 LA Sp, Best. J 1, Nr. 1994.

deutschen Zivil-Verwaltung und des – damals noch bestehenden – französischen „Tribunal Général" für die Pfalz gaben neben der zentralen Lage und dem unzerstörten Amtsgerichtsgebäude den Ausschlag für Neustadt[79].

Infolge des Inkrafttretens des Kontrollratsgesetzes Nr. 4[80] zum 9. Januar 1946 war mit einem raschen Anstieg der Rechtsmittel der Berufung und Revision zu rechnen, was den Zeitdruck erhöhte. Vor der Wiedereröffnung, die mehrfach verschoben wurde, mussten insbesondere die Raum- und Personalfrage geklärt werden. Konnte letztere durch die Ausquartierung von „Besatzungsangehörigen" aus dem Erdgeschoß des Amtsgerichtsgebäudes in Räume des benachbarten Gerichtsgefängnisses relativ rasch gelöst werden, so zwang die Forderung nach einer „unbelasteten" Richterschaft zu Kompromissen. So hieß es von einem der in Aussicht genommenen Kandidaten, er sei „vom Reichsjustizministerium unter der NS-Herrschaft einmal für 'politisch unzuverlässig' erklärt worden", ein anderer sei zwar noch 1941 in die NSDAP eingetreten, aber „kein Freund der NSDAP" und „ausgesprochen katholisch eingestellt".

Am 14. März 1946 wurden das OLG und die Generalstaatsanwaltschaft Neustadt in Anwesenheit des „Délégué Supérieur" von Hessen-Pfalz, General Bouley, des „Directeur Général de la Justice Allemande", Oberstleutnant Levy, des „Directeur Régional de la Justice", Oberstleutnant Bourthoumieux, sowie einer großen Anzahl von Vertretern des öffentlichen Lebens und der Rechtsberufe feierlich eröffnet[81]. In seiner Eröffnungsansprache[82] griff Präsidialdirektor Ritterspacher die aus seiner Geschichte herrührende Funktion des OLG Zweibrücken als Hüter des französischen Zivilrechts auf deutschem Boden und damit Mittler zwischen beiden Völkern auf, führte den Anwesenden aber auch die Probleme der Justiz im Bereich des Oberregierungspräsidiums, vor allem den gravierenden Personalmangel, drastisch vor Augen. Oberregierungspräsident Eichenlaub über-

77 Dort waren ca. 20 Räume im Gebäude der Oberpostdirektion in Aussicht genommen worden, jedoch wurde der Vorschlag wegen baulicher Mängel und dem möglichen Eigenbedarf der Behörde nicht weiter verfolgt, ebd.

78 Oppenheim hatte ein großes und unzerstörtes Amtsgerichtsgebäude aufzuweisen; da aber eine Errichtung des OLGs innerhalb des Regierungsbezirks Pfalz gewünscht wurde, schied das (rhein)hessische Städtchen als möglicher Unterbringungsort aus, ebd.

79 Ebd.

80 Nr. 11 v. 9.1.1946, S. 76 f.

81 LA Sp, Best. J 1, Nr. 1229 und 1996; vgl. Artikel „Oberlandesgericht Hessen-Pfalz feierlich eröffnet" in: Die Rheinpfalz Nr. 49 v. 23.3.1946.

82 LA Sp, Best. J 1, Nr. 1229 (zwei Fassungen, davon eine mit handschriftlichen Korrekturen).

reichte anschließend OLG-Präsidenten Schmitgen, Generalstaatsanwalt Doller, den Oberlandesgerichtsräten Maurer, Stabel und Eberhard sowie Justizamtmann Breyer ihre Ernennungsurkunden. Seinen Dank im Namen der neu ernannten Richter verband Schmitgen[83] mit grundsätzlichen Überlegungen über die Unabhängigkeit der Gerichte, den Richtereid und die Vorbildung und Auswahl der Richter. Für die Staatsanwaltschaften ergriff der neu ernannte Generalstaatsanwalt Ernst Doller[84], für die Rechtsanwaltschaft der Zweibrücker Anwalt Justizrat Dr. Heinrich Rau das Wort. Die Ansprachen von Bourthoumieux und Bouley als Vertretern der Militärregierung schlossen den Festakt ab.

Die erste öffentliche Sitzung des Zivilsenats wurde am 18. Juni, des Strafsenats am 7. August 1946 abgehalten.[85] Dem obersten Gericht de Pfalz wurden auch Entscheidungen in der Freiwilligen Gerichtsbarkeit übertragen. In den ersten Jahren seines Bestehens entschied das OLG Neustadt als letzte Instanz, da das Reichsgericht nicht mehr und Bundesgerichtshof noch nicht bestand. Erst mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts" vom 12. September 1950[86] wurde der Bundesgerichtshof als den Oberlandesgerichten im Instanzenzug übergeordnetes Gericht errichtet. Die Dienstaufsicht und Justizverwaltung, soweit sie nicht das OLG selbst betrafen, übte bis zur Schaffung des Landes Rheinland-Pfalz die Justizabteilung des Oberregierungspräsidiums aus.

Der erste Präsident des OLG Neustadt, Dr. Karl Schmitgen, kein NSDAP-Mitglied und in der Anfangsphase der NS-Herrschaft von Schweinfurt auf Betreiben der zuständigen Gauleitung in die Pfalz zurückversetzt[87], ver-

---

83 Text der Rede ebd.

84 Doller, geb. am 10.8.1891 in Horb/Neckar, war zuvor Oberstaatsanwalt beim Landgericht Mainz gewesen. Unter Bögler war er vom 20.7.1947 bis zum 25.3.1948 Oberregierungsvizepräsident in der Provinzialregierung der Pfalz, LA Sp, Best. H 14, Nr. 2119; zum 30.6.1949 kehrte er als Landgerichtspräsident nach Mainz zurück, vgl. Möhler, Entnazifizierung (wie Anm. 25), S. 441; Hans Ziegler, 175 Jahre Oberlandesgericht Zweibrücken 1815 bis 1990 – seine Richter und Staatsanwälte, in: Sven Paulsen (Hrsg.), 175 Jahre pfälzisches Oberlandesgericht. 1815 Appellationshof, Oberlandesgericht 1990. Festschrift, Neustadt a. d. W. 1990, S. 411-437, hier: S. 432.

85 Vgl. Diehl, Oberlandesgericht (wie Anm. 2), S. 66.

86 BGBl. S. 455.

87 Zu den Gründen vgl. Warmbrunn, Personalprofil (wie Anm. 29), S. 159.

starb bereits am 16. Juli 1946[88]. Nach längerer Sedisvakanz folgte ihm zum 1. Januar 1947 der bisherige Präsidialdirektor und Leiter der Abteilung Justiz beim Oberregierungspräsidium, Dr. Ludwig Ritterspacher, im Amt des OLG-Präsidenten, das er bis zu seiner Pensionierung zum 30. Juni 1949 beibehielt. Die nunmehrige „Abwicklungsstelle der Justiz" beim Regierungspräsidium Neustadt wurde von ihm bis zu ihrer endgültigen Auflösung weiter geleitet. Die längste Zeit, nämlich vom 1. Dezember 1949 bis zum 1. Juni 1963, stand Dr. Fritz Krüger, zuvor Ministerialdirigent im Ministerium der Justiz von Rheinland-Pfalz, an der Spitze des obersten Gerichts der Pfalz, das 1965 wieder an seinen angestammten Sitz nach Zweibrücken zurückverlegt wurde.

Die Bildung des Landes Rheinland-Pfalz warf hinsichtlich der Justizorganisation neue Fragen auf: Sollte für das neu zu schaffende Bundesland ein einheitliches Obergericht gebildet werden oder sollte es künftig zwei Obergerichte, neben dem OLG Neustadt auch eines für den Nordteil des Bundeslandes in Koblenz, geben? Seit Januar 1946 fanden deswegen Verhandlungen zwischen der Militärregierung und den Leitern der Justizabteilungen der Oberregierungspräsidien Hessen-Pfalz und Rheinland-Hessen-Nassau statt. Die französischen Militärbehörden favorisierten anfangs den Plan eines einheitlichen OLGs für ganz Rheinland-Pfalz mit Sitz in Koblenz.

Demgegenüber führten die Verfechter eines einheitlichen Obergerichts am Sitz des bestehenden OLG Neustadt, insbesondere Generalstaatsanwalt Doller[89] und Präsidialdirektor Ritterspacher[90], vor allem Kosten- und Personaleinsparungsgründe sowie den Gesichtspunkt einer einheitlichen Rechtsanwendung ins Feld. Sie konnten sich damit jedoch nicht durchsetzen. Mit Präsidialerlaß des Oberpräsidenten von Rheinland-Hessen-Nassau vom 25. November 1946[91] wurde die Errichtung eines eigenen OLG's und einer Generalstaatsanwaltschaft für diesen Landesteil und – als Folge der am 8. Oktober 1946 verfügten Ausgliederung des Regierungsbezirks Mainz aus dem Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz unter Anschluss an die Provinz Rheinland-Hessen-Nassau[92] - auch für den Landgerichtsbezirk Mainz

88 Vgl. Weiler/Herboth, Frankenthal (wie Anm. 2), S. 288-291. Vor seiner Tätigkeit als OLG-Präsident war Schmitgen, ebenfalls nur für kurze Zeit, der erste Landgerichtspräsident in Frankenthal gewesen.

89 LA Sp. Best. J 1, Nr. 1996: Eingabe an das Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz v. 26.9.1946.

90 Ebd.

91 Amtsblatt für das Oberpräsidium von Rheinland-Hessen-Nassau und für die Regierung in Koblenz, Jg. 1946, S. 227.

92 JO Nr. 41 v. 12.10.1946, S. 345.

mit Sitz in Koblenz angeordnet. Es wurde bereits am 27. November 1946 unter der Schirmherrschaft des „Délégué Général" Claude Hettier de Boislambert in Anwesenheit zahlreicher bedeutender Vertreter der deutschen und der Besatzungsbehörden, darunter des Oberpräsidenten und späteren Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Dr. Wilhelm Boden, als Festredner und des „Directeur Général" für die Justiz in der Baden-Badener Militärregierung, Furby, im Rathaussaal der Stadt Koblenz feierlich eröffnet[93].

Daß die Franzosen ihren Plan eines einheitlichen Oberlandesgerichts für ganz Rheinland-Pfalz nicht aufgegeben hatten, zeigt die zum 1. Januar 1947 erfolgte Ernennung des bisherigen Präsidialdirektors für die Justiz von Rheinland-Hessen-Nassau, Karl Haupt, zum „Präsidenten eines Oberlandesgerichts für Rheinland-Pfalz"[94]. Schließlich nahm das OLG Koblenz doch nur mit der Zuständigkeit für den um den Mainzer Sprengel erweiterten Nordteil des Bundeslandes zum 7. Februar 1947 seine Tätigkeit auf, während das OLG Neustadt weiter bestehen blieb.

## Entnazifizierung des Justizpersonals

Schon bald nach Kriegsende zeigte sich, dass die Entnazifizierung des Justizpersonals die eigentliche Schlüsselfrage beim Wiederaufbau des Gerichtswesens war[95]. Die Alliierten gingen zunächst von der Überzeugung aus[96], dass die Beamten und Richter das Funktionieren des NS-Regimes erst ermöglicht hätten und dadurch insgesamt in das im Dritten Reich begangene staatliche Unrecht mehr oder weniger tief verstrickt seien. Dieser Personenkreis sollte daher gar nicht oder nur in Ausnahmefällen am Wiederaufbau eines demokratischen Deutschlands beteiligt werden. In Artikel

93 LA Sp, Best. H 13, Nr. 27, fol. 87f.; vgl. jetzt auch Heinz Georg Bamberger/Johannes Kempf, Zur Geschichte und Vorgeschichte des Oberlandesgerichts Koblenz, in: 50 Jahre OLG und Generalstaatsanwaltschaft Koblenz, Festschrift, Frankfurt a. M. 1996, S. 21-61, hier: S. 22.

94 Ebd.

95 Die Erforschung der Entnazifizierung hat in jüngster Zeit gute Fortschritte gemacht, jedoch fehlt es noch an Spezialuntersuchungen über das Justizpersonal. Ein knapper Überblick bei Diestelkamp/Jung, Justiz (wie Anm. 2), S. 21-24; vgl. auch Wolfgang Benz, Die Entnazifizierung der Richter, in: Bernhard Diestelkamp/Michael Stolleis (Hrsg.), Justizalltag im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1988, S. 112-130; Bernhard Diestelkamp, Rechts- und verfassungsgeschichtliche Probleme zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. 3. Teil: Die Rekonstruktion des Verwaltungsapparats, in: Juristische Schulung 1981, Heft 6, S. 409-413, und Heft 7, S. 488-494; zur Entnazifizierung in der Pfalz allgemein jetzt grundlegend: Möhler, Entnazifizierung (wie Anm. 25).

96 Vgl. zum folgenden: Diestelkamp/Jung, Justiz (wie Anm. 2), S. 21.

IV des Kontrollratsgesetzes Nr. 4 vom 30. Oktober 1945 wurde bestimmt[97]: „Zwecks Durchführung der Umgestaltung des deutschen Gerichtswesens müssen alle früheren Mitglieder der Nazipartei, die sich aktiv für deren Tätigkeit eingesetzt haben, und alle anderen Personen, die an den Strafmethoden des Hitlerregimes direkten Anteil hatten, ihres Amtes als Richter und Staatsanwalt enthoben werden und dürfen nicht zu solchen Ämtern zugelassen werden". Beim Wiederaufbau der Justiz sollten möglichst nur völlig unbelastete Juristen verwandt werden; daher wurden in den ersten beiden Phasen der Entnazifizierung fast alle früher der NSDAP oder ihren Gliederungen beigetretenen Richter und Staatsanwälte, selbst wenn ihnen nur eine geringere politische Belastung oder eine einfache SA-Mitgliedschaft nachgewiesen werden konnte, entlassen.

Die anfangs rigorosen Entnazifizierungsrichtlinien führten zu einer gravierenden Personalnot im Justizbereich. Schon am 15. Juni 1945 musste Anschütz in seiner Denkschrift feststellen[98], dass bei einer Entlassung aller Parteimitglieder nur 10 % aller Richter für eine Wiederbeschäftigung zur Verfügung stünden, von denen obendrein viele das Ruhestandsalter bereits erreicht hätten oder noch in Kriegsgefangenschaft seien. Ein für den OLG-Bezirk Zweibrücken am 5. Mai 1948 erstelltes „Verzeichnis der politisch nicht belasteten Richter, Staatsanwälte und Notare"[99] enthielt auf einer DIN A 4-Seite nur 28 Namen – einschließlich mehrerer ehemaliger Rechtsanwälte! – davon 20 Richter und je vier Staatsanwälte und Notare! Bei der Eröffnung des OLG Neustadt am 14. März 1946 resümierte Präsidialdirektor Ritterspacher[100]: „Von der immer noch nicht abgeschlossenen Säuberung des öffentlichen Dienstes wurde bisher die Justiz am fühlbarsten getroffen". Die Unterbesetzung aller Gerichte fast ein halbes Jahr nach der Wiedereröffnung spiegelte sich in den von Ritterspacher vorgelegten Zahlen drastisch wider[101]: von 23 planmäßigen Richterstellen am Landgericht Mainz waren erst sechs wieder besetzt; größtenteils noch ungünstiger war die Relation an den anderen aufgeführten bedeutenderen Gerichten: Amtsgericht Mainz 20:4, Landgericht Frankenthal 24:3, Amtsgericht Ludwigshafen 16:3, Landgericht Zweibrücken 12:1 (!), Amtsgericht Frankenthal 6:1, Amtsgericht Pirmasens 10:3. Eine ähnliche Unterbesetzung bestand bei den Staatsanwaltschaften. So zielten die Überlegungen der amerikanischen Besatzungsbehörden schon bald nach Kriegsende darauf ab, nur „ak-

97 JO Nr. 11 v. 9.1.1946, S. 77.
98 LA Sp, Best. V 10, Nr. 3, fol. 47.
99 Ebd., Best. J 1, Nr. 1921.
100 Ebd., Nr. 1229.
101 Ebd.

tive Parteigenossen" zu entlassen und nicht wieder einzustellen und „so genannte (!) passive Parteimitglieder" nach entsprechender Prüfung weiterzubeschäftigen[102].

Für die politische Überprüfung der Justizbeamten, der Richter und der Notare wurde aufgrund eines Abkommens zwischen der Abteilung des Innern und der Abteilung Justiz des Oberregierungspräsidium am 18. November 1946 ein Ausschuss gebildet[103], dem je zwei Vertreter der Richter (Landgerichtspräsident Höffner, Landau, und Amtsgerichtsdirektor Wagner, Ludwigshafen) und der Rechtsanwälte (Dr. Heim und Dr. Schäffer, beide Neustadt), ein Vertreter der unteren und mittleren Beamten (Justizoberinspektor Bauer, Neustadt) sowie fünf ZSK-Mitglieder als Vertreter der politischen Kommission (Wulf, Deidesheim, CDU; Bitsch, Lambrecht, SP; Schlenz, Neustadt, KP; Dr. Müller, Miesenbach, SV; und Braun, Edenkoben, parteilos) angehörten. Unter dem Vorsitz des Präsidialdirektors der Abt. Justiz trat er wöchentlich zusammen, um die Neu-Einstellungsgesuche und alle noch nicht rechtskräftigen ZSK-Entscheide, bei denen sich neue Beweiselemente ergeben hatten, zu überprüfen.

Viele der in den ersten beiden Phasen der Entnazifizierung entlassenen Richter und Staatsanwälte[104] gerieten in wirtschaftliche Not und mussten sich als Fabrikarbeiter, Gärtner, Holzfäller, im Extremfall sogar als Minensucher durchschlagen. Eine Reihe von ihnen wurde auch in einem der nach Kriegsende von den alliierten Truppen eingerichteten Internierungslager[105] - auf dem Gebiet des heutigen Landes Rheinland-Pfalz bestanden solche in Idar-Oberstein, Diez, Wörth und Landau – festgehalten. 1946 befanden sich acht von 115 Beamten und Angestellten des OLG und der Generalstaatsanwaltschaft Zweibrücken, darunter der ehemalige Präsident des Gerichts Dr. Karl Siegel, „in politischer Haft" in Idar-Oberstein (7) und Zweibrücken[106], Interniert werden sollten Personen, die sich in der NSDAP und ihren Gliederungen, insbesondere der SS, besonders exponiert hatten. Tatsächlich befanden sich unter den Lagerhäftlingen aber zahlreiche relativ gering belastete Personen, die manchmal bis zu drei Jahren festgehalten

---

102 Aktennotiz über eine Besprechung von Anschütz mit Captain Potter v. 5.6.1945, LA SP, Best. J 1, Nr. 1996. In ähnliche Richtung zielten die Vorschläge Anschütz' in einer Eingabe an die amerikanische Militärregierung vom 13. Juni 1945, ebd.

103 Ebd., Best. V 52, Nr. 219.

104 Listen der entlassenen Justizpersonen im LA Sp, Best. R 18, Nr. 1051; abgedruckt in den „Amtlichen Mitteilungen".

105 Vgl. Mohler, Entnazifizierung (wie Anm. 25), S. 358-393.

106 LA Sp, Best. J 1, Nr. 1909.

wurden[107]. Das von Entbehrungen und Demütigungen bestimmte Lagerleben, die oft sehr willkürliche Auswahl der Inhaftierten und die zeitlich unbefristete Internierung – alles Punkte, die an die nationalsozialistischen Konzentrationslager erinnerten! – riefen nicht nur bei den Insassen selbst, sondern auch in weiten Bevölkerungskreisen Kritik hervor.

Um bei der Wiedereröffnung der Gerichte wenigstens die Spitzenämter im höheren Justizdienst besetzen zu können, griff man auf Angehörige anderer juristischer Berufe, bevorzugt auf Rechtsanwälte zurück. Diese waren dem nationalsozialistischen Staat, insgesamt gesehen, mit größerer Distanz begegnet als die Juristen im höheren Justizdienst[108], was sich auch in einem geringeren Anteil an NSDAP-Mitgliedern niederschlug. Die Verwendung von Rechtsanwälten aus dem jüdischen, demokratisch-liberalen, katholischen und sozialdemokratischen Milieu in den neu eröffneten Gerichten und Staatsanwaltschaften soll nachfolgend an einigen Beispielen aufgezeigt werden[109]:

- Der von den Nationalsozialisten entlassene und zeitweise in Dachau inhaftierte Frankenthaler Rechtsanwalt Richard Müller[110] wurde am 1. November 1946 zum Oberstaatsanwalt beim Landgericht Frankenthal ernannt und setzte sich während seiner Amtszeit erfolgreich gegen Pläne zur Verlegung des größten pfälzischen Landgerichts nach Ludwigshafen ein;

- Dem ehemaligen jüdischen Rechtsanwalt Dr. Paul Tuteur[111] aus Kaiserslautern wurden nach Kriegsende die Stellen eines Landgerichtsdirektors in Kaiserslautern (zum 16. Dezember 1946) und zuletzt (vom 1. Januar 1949 bis zu seiner Pensionierung zum 1. Juli desselben Jahres) eines Senatspräsidenten am OLG Neustadt übertragen;

---

107 Vgl. Reinhard Grohnert, Die Entnazifizierung in Baden 1945-1949. Konzeption und Praxis der „Epuration" am Beispiel eines Landes der französischen Besatzungszone, Stuttgart 1991, S. 163.

108 Vgl. hierzu Paul Warmbrunn, Rechtsanwälte im Nationalsozialismus. Anpassung, Widerstand und Verfolgung, aufgezeigt am Beispiel des OLG-Bezirks Zweibrücken, in: Pirmin Spieß (Hrsg.), Palatia Historica. Festschrift für Ludwig Anton Doll zum 75. Geburtstag, Mainz 1994, S. 595-626, bes. S. 624 f.

109 Vgl. ebd., S. 623 f.

110 Vgl. Sven Paulsen, Die Verfolgung jüdischer Richter, Beamter, Notare und Rechtsanwälte unter nationalsozialistischer Gewaltherrschaft in der Pfalz, in: Ders., Oberlandesgericht (wie Anm. 84), S. 277 f.; Heinrich Weiler, Advokatur und Anwaltschaft, in: Frankenthal einst und jetzt 1966, H. 2, S. 25 f.

111 Vgl. Paulsen, Verfolgung (wie Anm. 110), S. 279 f.

- Der als Vertreter des politischen Katholizismus profilierte Landauer Rechtsanwalt Theodor Höffner[112] prägte nach jahrzehntelanger Anwaltstätigkeit (1913-1945) als Landgerichtspräsident von der Wiedereröffnung am 1. Oktober 1945 bis zu seinem Tod am 20. Dezember 1953 die Landauer Justiz an führender Stelle[113];

- Als Oberlandesgerichtsräte in Neustadt amtierten seit der Wiedereröffnung am 14. Juni 1946 die ehemaligen Rechtsanwälte Peter Stabel[114] und Dr. Otto Eberhard[115], die beide auch bald zu den Entnazifizierungsgremien herangezogen wurden. Als Vizepräsident der Spruchkammer Rheinland-Pfalz war Eberhard, der in der NS-Zeit als „judenhörig" verunglimpft worden war[116], vom 1. Dezember 1947 bis zum 30. Juni 1949 in der politischen Säuberung oberster Spruchrichter für den Regierungsbezirk Pfalz. Zuletzt war er von 1954 bis Präsident des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz.

Nicht immer freilich waren politisch unbelastete Rechtsanwälte zur Aufgabe ihres Berufs bereit[117].

Durch die „Landesverordnung zur politischen Säuberung im Lande Rheinland-Pfalz" vom 17. April 1947[118] wurde die Entnazifizierung im neugebildeten Land Rheinland-Pfalz auf eine neue Grundlage gestellt[119]: an die Stelle der politischen Verwaltungsverfahren der 1. und 2. Phase trat das an die Gerichtsverfahren angelehnte justizförmliche Spruchkammerverfahren, für das, wie in den anderen Besatzungszonen, fünf Belastungskategorien (1. Hauptschuldige, 2. Belastete, 3. Minderbelastete, 4. Mitläufer, 5. Entlastete) eingeführt wurden. Vorsitzender der neugebildeten Spruchkammern, die erst im Herbst 1947 ihre Tätigkeit aufnahmen, musste ein Jurist sein,

112 Zu seiner Verfolgung durch die Nationalsozialisten vgl. Warmbrunn, Rechtsanwälte (wie Anm. 123), S. 623, dort auch Hinweise auf Quellen und Literatur. Kritischer zur Position Höffners gegenüber dem Nationalsozialismus: Gerhard Nestler, Die Landauer Notabeln-Versammlung vom 22. Februar 1919 und die pfälzische BVP, in: Pfälzer Heimat 46 (1995), S. 17-24, bes. S. 24, Anm. 15.

113 Vgl. Ziegler, Justizwesen (wie Anm. 2), S. 228.

114 LA Sp, Best. J 3, Nr. 290; nähere Angaben bei Warmbrunn, Rechtsanwälte (wie Anm. 108), S. 624, mit Anm. 158-160.

115 LA Sp, Best. R 18, Nr. 9463.

116 Ebd., Best. H 91, Gestapo-Karteikarte.

117 Die Ludwigshafener Rechtsanwälte Dr. Eduard Fichter und Dr. Joseph Fendrich sagten Anschütz am 6. Juni 1945 ab (LA SP, Best. V 10, Nr. 23).

118 GVBl. 1947, S. 121-129.

119 Vgl. Volker Rödel, Die Entnazifizierung im Nordteil der französischen Zone, in: Franz-Josef Heyen (Hrsg.), Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945-1951, Boppard 1984, S. 261-282, hier: S. 274-278; Mohler, Entnazifizierung (wie Anm. 25), S. 284-356.

was die Personalnot in den Justizbehörden vorübergehend noch vergrößerte.

In den Internierungslagern wurden eigene Lagerspruchkammern eingerichtet. In dem zuletzt noch in der Pfalz bestehenden Lager in Landau[120] konnte sie erst im Juni 1948 unter der Leitung des Landgerichtspräsidenten Theodor Höffner ihre Arbeit aufnehmen, da die Besetzung des Postens des öffentlichen Klägers erhebliche Schwierigkeiten verursachte. Nachdem die Personalvorschläge von SPD und KPD von der Militärregierung abgelehnt worden waren und die CDU niemanden vorgeschlagen hatte, stellte schließlich die Evangelische Landeskirche einen ihrer Beamten zur Verfügung[121].

Welcher Druck von Anfang an auf der Arbeit der Spruchkammern lastete, zeigen die vielen Eingaben an den Landeskommissar für die politische Säuberung in Rheinland-Pfalz um eine bevorzugte und beschleunigte Behandlung der Berufungsfälle aus der Justizverwaltung[122]. Noch zur Jahreswende 1947/48 hatte sich die personelle Lage bei fast allen Justizbehörden kaum entspannt. In zwei am 2. Dezember 1947[123] bzw. am 28. Januar 1948[124] von der „Abwicklungsstelle der Justizabteilung des Oberregierungspräsidiums Pfalz" veröffentlichten, weitgehend identischen Listen waren jeweils 253 Namen von Beamten und Angestellten im OLG-Bezirk Neustadt – darunter 50 Richtern und Staatsanwälten – aufgeführt, die aufgrund des Entscheids der „Zentralen Säuberungskommission" (ZSK) entlassen worden waren und sich noch nicht wieder im Dienst befanden. Die Verfahren liefen zunächst schleppend an; am 9. Mai 1948 war erst gegen 9 Richter und Staatsanwälte ein Spruchkammer-Bescheid erlassen worden, während bei 59 von ihnen die endgültige Entnazifizierung noch ausstand[125]. Selbst am 11. März 1949 hatten noch elf der zuvor in der Pfalz tätigen Justizjuristen keinen Säuberungsbescheid[126].

Die Spruchkammerurteile fielen, verglichen mit den vorangegangenen Entnazifizierungsbescheiden, milde aus, so dass bald das Wort von den „Mitläuferfabriken" die Runde machte. Auch von den zunächst oft hart gemaßregelten Justizjuristen kehrten aufgrund der Spruchkammerverfahren fast alle wieder in den höheren Justizdienst zurück[127]. Richter und Staats-

120 Quellenmaterial hierüber im LA Sp, Best. H 13, Nr. 89, 166 und 784/2.

121 Ebd., Best. H 13, Nr. 166; vgl. MOHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 25), S. 387.

122 LA Sp, Best. J 1, Nr. 1921.

123 Ebd., Nr. 1909.

124 Ebd., Nr. 1921.

125 Ebd.

126 Ebd.

127 Vgl. WARMBRUNN, Personalprofil (wie Anm. 29), S. 164-167; mit statistischem Material auf S. 165.

anwälte, die der NSDAP angehörten und an Sondergerichten mitgewirkt hatten, gelangten im rheinland-pfälzischen Justizdienst vielfach wieder in führende Positionen[128]. Im gesamten Bundesland wurden von 110 Richtern und Staatsanwälten, die an Sondergerichtsverfahren beteiligt waren, 47 nach dem Krieg in den Justizdienst übernommen und zumindest einmal befördert. Unter ihnen befanden sich ein Oberlandesgerichtspräsident, ein Generalstaatsanwalt, mehrere Landgerichtspräsidenten und Leitende Oberstaatsanwälte, Vizepräsidenten, Senatspräsidenten und Landgerichtsdirektoren[129].

## Wiederaufbau einer unabhängigen Rechtsanwaltschaft

Auch in der Anwaltschaft herrschte nach dem Zusammenbruch aufgrund der Kriegsverluste, der Entnazifizierung und der Verwendung vieler „unbelasteter" Anwälte in der allgemeinen oder Justizverwaltung ein erheblicher Personalmangel[130]. Daher verzögerte sich die Rekonstituierung einer unabhängigen Rechtsanwaltschaft.

Am 19. Mai 1946 waren an den Gerichten des OLG-Bezirks Neustadt wieder 83 Rechtsanwälte, davon 27 im Landgerichtsbezirk Mainz[131], gegenüber 141 und 138 allein in den pfälzischen Landgerichtsbezirken zu Beginn der beiden letzten Kriegsjahre[132] zugelassen. Am 28. Mai 1946 konstituierte sich ein vorläufiger Vorstand der „Anwaltskammer Hessen-Pfalz" neu[133]. Zum Vorsitzenden wurde Justizrat Dr. Heinrich Rau aus Zweibrücken, zu seinem Stellvertreter Justizrat Heinrich Bilabel aus Landau gewählt. Da der Vorstand von der Militärregierung nicht anerkannt wurde, amtierte er zunächst nur kommissarisch. Die eigentliche Geburtsstunde einer unabhängigen Rechtsanwaltskammer für die Pfalz und Rheinhessen schlug auf einer von 64 Rechtsanwälten dieses Gebietes besuchten Vollversammlung in Neustadt am 29. Juli 1946. Nur solche Rechtsanwälte durften in den neuen Vorstand gewählt werden, die weder Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen gewesen noch sonst politisch belastet waren. Die Zahl der wählbaren Anwälte betrug für die einzelnen Landgerichtsbezirke[134]: Frankenthal 11, Kaiserslautern 7, Landau 6 (1), Mainz 20 (1),

128 Vgl. hierzu jetzt ausführlich: Karl-Dieter BORNSCHEUER, Justiz im Dritten Reich. NS-Sondergerichtsverfahren in Rheinland-Pfalz. Eine Dokumentation, 3 Teile, Frankfurt a. M. 1994.

129 Ebd., S. 8 et passim.

130 Vgl. für den Justizbereich, S. 167 f.

131 LA Sp, Best. J 1, Nr. 1026; vgl. zum folgenden auch WARMBRUNN, Rechtsanwälte (wie Anm. 123), S. 624 f.

132 LA Sp, Best. J 1, Nr. 1026.

133 Ebd., Nr. 1990; sowie Best. H 13, Nr. 27.

134 LA Sp, Best. J 1, Nr. 1990 (in Klammern Fördernde Mitglieder der SS).

Zweibrücken 10 (2), zusammen 54 (4), also die überwiegende Mehrheit der Anwesenden, die Dr. Adolf Heim aus Ludwigshafen zum Vorsitzenden und Dr. Heinrich Winter aus Mainz zu seinem Stellvertreter bestimmten.

### Die pfälzische Justiz im neugebildeten Land Rheinland-Pfalz

Mit der Entstehung des Landes Rheinland-Pfalz[135] gingen die Aufgaben der Abteilung „Justiz" des Oberregierungspräsidiums auf das Justizministerium des neuen Landes in Koblenz, ab 1950 in Mainz über[136]. Die Neustadter Abteilung bestand als „Abwicklungsstelle der Justizabteilung des Oberregierungspräsidiums Pfalz" noch bis zu ihrer Auflösung am 16. Mai 1949[137] weiter[138].

Justizminister in der vorläufigen, am 5. Dezember 1946 vorgestellten Landesregierung von Dr. Wilhelm Boden[139] wurde Dr. Adolf Süsterhenn (CDU). Er blieb auch in den folgenden Kabinetten der 1. Wahlperiode des rheinland-pfälzischen Landtags – in der von Boden geleiteten Übergangsregierung ab 13. Juni 1947, im 1. Kabinett (Allparteienregierung) von Peter Altmeier ab 9. Juli 1947 und in der Koalitionsregierung CDU/SPD seit dem 14. Dezember 1949 – bis zum 13. Juni 1951 für das Justizressort, außerdem für Unterricht und Kultus verantwortlich. Danach folgte er Biesten im Amt des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts in Koblenz.

Das Besatzungsstatut, das mit der Gründung der Bundesrepublik am 21. September 1949 in Kraft trat, beendete die Militärherrschaft in der Französischen Zone. Der oberste Militärbefehlshaber wurde, wie in den anderen Zonen, durch einen zivilen Hohen Kommissar ersetzt; die Militärregierung in Baden-Baden mit allen nachgeordneten Militärdienststellen und sowie die Gerichte der Französischen Besatzungsmacht wurden aufgelöst.

Nach der Wiedererrichtung der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der zunächst Priorität eingeräumt wurde, entstanden in Rheinland-Pfalz auch andere Gerichtszweige wie die Verfassungs-, Verwaltungs-, Arbeits-, Sozial- und

---

135 Erklärung und Verordnung Nr. 57 General Koenigs v. 30.8.1946; JO Nr. 35 v. 30.8.1946, S. 291 f.; vgl. Kurt Weitzel, Die Gründung des Landes Rheinland-Pfalz am 30. August 1946, in: 1945-1947. Zwischen Trümmern und Aufbruch. Zur Entstehung von Rheinland-Pfalz, Mainz 1987, S. 61-69.

136 Vgl. Diehl, Oberlandesgericht (wie Anm. 2), S. 66.

137 Am gleichen Tag wurde auch die Oberjustizkasse Neustadt aufgehoben und mit der Oberjustizkasse in Koblenz vereinigt.

138 LA Sp. Best. H 13, Nr. 27.

139 Vgl. Peter Brommer, Die rheinland-pfälzische Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Boden im Spiegel der Ministerratsprotokolle, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 20 (1994), S. 485-561.

Finanzgerichtsbarkeit neu. Teilweise wurden sie neu eingerichtet, teilweise konnte man an eine Tradition vor dem Zusammenbruch anknüpfen[140].

### Rechtsprechung der wiedereröffneten Gerichte

Die Unterbesetzung der neu eröffneten Gerichte ging einher mit einem immensen und rasch wachsenden Geschäftsanfall[141] Die Rückkehr der Soldaten aus dem Krieg führte zu einem starken Anstieg der Scheidungsprozesse, und die Not der Nachkriegszeit schlugen sich im Anwachsen der Strafsachen, insbesondere der Eigentumsdelikte, nieder[142] In der Kontrollratsproklamation Nr. 3 vom 20. Oktober 1945[143] waren die „Grundsätze für die Umgestaltung der Rechtspflege" in Deutschland festgelegt worden. Die Gleichheit aller Personen vor dem Gesetz galt nun wieder uneingeschränkt. Die Unabhängigkeit der Richter und die Gewährleistung der Rechte der Angeklagten wurden garantiert. Alle nationalsozialistischen Sonder- und Ausnahmegerichte, darunter der berüchtigte Volksgerichtshof, wurden abgeschafft. Auf dieser Grundlage wurde durch das Kontrollratsgesetz Nr. 4 vom 30. Oktober 1945[144] das Gerichtswesen umgestaltet und unter Berücksichtigung besatzungsrechtlicher Bedürfnisse auf den Rechtszustand von vor 1933 zurückgeführt. Die nationalsozialistischen Elemente im Familien- und Arbeitsrecht sowie die an die nationalsozialistische Ideologie gebundenen Institutionen wie Erbgesundheits- oder Erbhofgerichte wurden beseitigt. Nähere Bestimmungen zu Gerichtsverfassung und –verfahren waren durch eine Rechtsanordnung des Oberregierungspräsidiums Hessen-Pfalz vom 1. September 1946[145] getroffen worden. Da der entsprechende Präsidialerlass vom 10. August 1946 versehentlich ohne Genehmigung der Militärregierung verkündet worden war, konnte er als Landesverordnung auf das neue Bundesland Rheinland-Pfalz erst ausgeweitet werden[146], nach-

---

140 Vgl. hierzu WARMBRUNN, Organisation (wie Anm. 5), S. 48 f. (Arbeits- und Verwaltungsgerichtsbarkeit).

141 Vgl. zum folgenden die Angaben Ritterspachers in seiner Rede zur Eröffnung des OLG Neustadt, LA Sp. Best. J 1, Nr. 1229.

142 Vgl. hierzu für die Pfalz: Karl-Heinz ROTHENBERGER, Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Ernährungs- und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz 1945-1950, Boppard 1980, S. 125-140.

143 Abgedruckt im „Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland" Nr. 2 v. 30.11.1945, S. 22 f.; sowie im JO Nr. 11 v. 9.1.1946, S. 75 f.

144 Ebd., S. 26 f. bzw. 76 f.

145 „Amtliche Mitteilungen des Oberregierungspräsidiums Hessen-Pfalz" Nr. 48 v. 14.9.1946, S. 520-523.

146 Am 11.4.1947: Verordnungsblatt der Landesregierung Rheinland-Pfalz 1947, Nr. 89, S. 155-158.

dem diese am 20. Januar 1947 nachträglich ihre Zustimmung erteilt hatte[147]. Von den ihr zustehenden Möglichkeiten des direkten Eingriffs in die Rechtspflege machte die französische Besatzungsmacht, wie die anderen Westalliierten auch, nur wenig Gebrauch. Aufhebungen von Gerichtsurteilen kamen selten vor[148].

Die Rechtsprechung der pfälzischen Gerichte nach der Wiedereröffnung kann hier nicht in aller Ausführlichkeit dargestellt werden. Es soll nur auf die Verfolgung nationalsozialistischen Unrechts, das von den Besatzungsmächten unter den Straftatbeständen „Kriegsverbrechen", „Verbrechen gegen den Frieden" und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zusammengefasst wurde, in der Strafgerichtsbarkeit eingegangen werden[149]. Zunächst war diese den von den Alliierten eingerichteten Militärgerichten vorbehalten. In der Französischen Zone fanden bis 1949 Verfahren gegen 2107 Personen statt, wobei 104 Todesurteile gefällt wurden[150]. Die wichtigsten Verfahren wurden an die „Tribunaux Généraux", vor allem an dasjenige in Rastatt, gezogen[151].

Allerdings räumte bereits das Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20. Dezember 1945[152] den Zonenbefehlshabern die Möglichkeit ein, die Strafverfolgung von „Verbrechen gegen die Menschlichkeit", die an Deutschen begangen worden waren, der deutschen Justiz zu übertragen. Damit waren deutsche Gerichte ermächtigt, die in dem Gesetz festgelegten, über das deutsche Strafrecht hinausgehenden Strafbestimmungen anzuwenden. Tatsächlich übergaben einzelne lokale Instanzen der Militärregierung schon ab Ende 1945 ehemalige NS-Funktionäre der deutschen Justiz zur Aburteilung. In der französischen Zone geschah dies zunächst nur durch interne Erlasse und ohne klare Rechtsgrundlage, gerade hier aber erregte die Einstellung des Verfahrens gegen den Erzbergermörder Tillessen durch das Landgericht Offenburg am 21. November 1946 besonderes Aufsehen, zumal sich die deutschen Richter in ihrem – am 6. Januar 1947 vom Rastatter Tribunal Général aufgehobenen – Urteil auf den Amnestieerlass Hindenburgs vom 21. März 1933 berufen hatten.

147 Vgl. Brommer, Landesregierung (wie Anm. 139), S. 525.

148 Vgl. Henke, Deutschlandpolitik (wie Anm. 21), S. 87.

149 Vgl. hierzu ausführlich: Martin Broszat, Siegerjustiz oder strafrechtliche „Selbstreinigung". Aspekte der Vergangenheitsbewältigung der deutschen Justiz während der Besatzungszeit 1945-1949, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29 (1981), S. 477-544.

150 Ebd., S. 478, Anm. 4.

151 Ebd.

152 Abgedruckt im „Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland" Nr. 3 v. 31.1.1946, S. 50-55.

Mit der „Landesverordnung zur Beseitigung nationalsozialsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege[153] vom 23. März 1948 wurde die Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen im Bundesland Rheinland-Pfalz auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurden durch das Gesetz Nr. 13 der Alliierten Hohen Kommission vom 25. November 1949[154] die meisten Beschränkungen der Zuständigkeit der deutschen Justiz aufgehoben. Die Zahl der Strafverfahren wegen nationalsozialistischen Unrechts vor deutschen Gerichten – meist den Strafkammern der Landgerichte – stieg daraufhin rasch an und erreichte ihren Höhepunkt in den Jahren 1949 und 1950. Ab dem 1. Januar 1950 übernahm die deutsche Justiz auch die Strafverfolgung von NS-Verbrechen, die an Nichtdeutschen begangen worden waren, womit ihr mit der Ahndung der Massenverbrechen vor allem in den ehemals besetzten Gebieten im Osten eine neue und besonders heikle Aufgabe erwuchs. Durch die Verfügung Nr. 171 des Französischen Hohen Kommissars vom 31. August 1951[155] wurde schließlich auch die Anwendung des Kontrollratsgesetzes 10 durch deutsche Gerichte aufgehoben. Diese ließen die Chance, nach Ende des Einflusses der Besatzungsmacht und des Besatzungsrechts die Bestrafung nationalsozialistischer Verbrechen selbst in die Hand zu nehmen und durch energische gesetzgeberische Maßnahmen und entschlossenes Handeln in der Strafverfolgung zu einer umfassenden juristischen Aufarbeitung der NS-Zeit beizutragen, jedoch ungenutzt verstreichen. Im Gegenteil, mit dem Ende der Besatzungsherrschaft ging auch die Tätigkeit der deutschen Justizbehörden bei der Verfolgung von NS-Verbrechen geradezu schlagartig zurück[156]. Erst als Ende 1958 mit der Errichtung der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen" in Ludwigsburg die Weichen für eine systematische Aufklärung noch unverfolgter nationalsozialistischen Massenverbrechen vor allem im Osten gestellt wurden, wurden in den 60er und 70er vermehrt auch diesbezügliche Verfahren vor den Landgerichten eröffnet. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaften litten jedoch von Anfang an darunter, dass wegen des zu langen Zeitabstandes die Möglichkeiten der Beweisführung anhand von Zeugenaussagen erschwert waren, so dass viele dieser Verfahren mit Freisprüchen mangels Beweisen endeten.

153 GVBl. 1948, Nr. 141, S. 244-246; zur Vorgeschichte vgl. Brommer, Landesregierung (wie Anm. 139), S. 525 f.

154 AHK-Amtsblatt, S. 54.

155 Ebd., 1137 f.

156 Vgl. Broszat, Siegerjustiz (wie Anm. 149), S. 541.

Diese Entwicklung lässt sich auch für die Pfalz nachvollziehen. Für das größte pfälzische Landgericht in Frankenthal verteilten sich die insgesamt 86 aktenmäßig nachweisbaren Strafverfahren mit nationalsozialistischem Hintergrund[157] wie folgt auf die einzelnen Jahrgänge von 1945 bis 1980: 1947: 9; 1948: 7; 1949: 20; 1950: 26; 1951: 9; 1952: 1; 1953: 1; 1965: 3; 1968: 1; 1969: 1; 1971: 1; 1976: 2; 1977: 2; 1978: 2.

Das Strafmaß stand oft in keinem Verhältnis zur Schwere der den Angeklagten zur Last gelegten Verbrechen. Von den insgesamt 73 Prozessen wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" endeten 25 mit Einstellung und 20 mit Freispruch, nur in einem knappen Drittel der Fälle (24 von 73) wurden die Angeklagten überhaupt verurteilt[158]. Der Durchschnitt der verhängten Freiheitsstrafen lag bei 1 Jahr 10 Monaten Gefängnis, ist jedoch durch mehrere hohe Einzelstrafen von 3 (viermal) bzw. 10 Jahren (einmal) künstlich überhöht. Die Mehrheit der verhängten Strafen lag unter einem Jahr (7) bzw. zwischen einem und zwei Jahren (11). Es passt auch in das oben gezeichnete Bild, dass alle seit 1964 vor dem Landgericht Frankenthal geführten Prozesse wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen eingestellt wurden!

Dass viele Strafprozesse wegen NS-Verbrechen mit Freisprüchen oder milden Urteilen endeten, hängt sicher mit der personellen Zusammensetzung des Richterkollegiums der beteiligten Strafkammern und der Anklagevertretung zusammen[159]. Eine Stichprobe anhand der Prozessakten von 10 Verfahren aus den Jahren 1948-1950 wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zeigt, dass von den insgesamt 30 an diesen Urteilen beteiligten Juristen, die bereits vor Kriegsende im pfälzischen bzw. rheinhessischen Justizdienst tätig waren, 25 mit Sicherheit der NSDAP angehört hatten; nur einer war nachweislich kein „Parteigenosse" gewesen. In einem der untersuchten Prozesse waren sogar der Vorsitzende und die beiden beisitzenden Richter vor Kriegsende Mitglieder des beim selben Landgericht eingerichteten Plünderungssondergerichts, das auch ein Todesurteil verhängt hatte, gewesen!

---

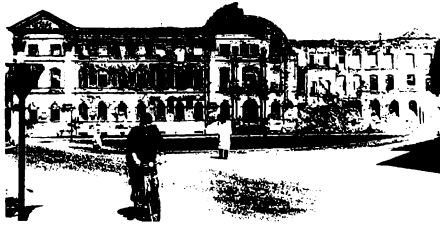
157 Bis 1953: Verbrechen gegen die Menschlichkeit; seit 1964: Mord (ns. Gewaltverbrechen). Zugrundgelegt wurde die Überlieferung im LA Sp, Best. J 72: Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankenthal.

158 In zwei Fällen ging das Strafmaß nicht aus der Akte hervor, in zwei weiteren wurde die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt.

159 Vgl. zum folgenden: Warmbrunn, Personalprofil (wie Anm. 29), S. 169f und Anm. 438.

## Bilanz zu Beginn der 50er Jahre

Zu Beginn der 50er Jahre stellte sich die Lage der Justiz in der Pfalz – äußerlich gesehen – konsolidiert dar. Die Institutionen der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der anderen Gerichtszweige waren wieder, in manchen Fällen auch neu eröffnet worden. Da die zunächst gravierenden Lücken im Personalbestand durch die aus dem Krieg heimgekehrten und die entnazifizierten Richten und Staatsanwälte nach und nach geschlossen worden waren, arbeiteten die Gerichte weitgehend wieder normal und konnten auch zusätzlich auftretenden Arbeitsanfall, z. B. im Zusammenhang mit Wiedergutmachungsverfahren und Prozessen wegen nationalsozialistischer Verbrechen, verkraften. Die Auseinandersetzung mit der wenig ruhmreichen eigenen Vergangenheit während der nationalsozialistischen Zeit war in dieser Aufbauphase freilich eindeutig zu kurz gekommen. Es sollte bis zum Ende der 80er Jahre dauern, bis die schlimmsten nationalsozialistischen Unrechtsurteile in einem Akt später Wiedergutmachung annulliert und eine vorurteilsfreie Aufarbeitung der pfälzischen Justiz in dieser Zeit in Angriff genommen wurde[160].



*Ruine des Zweibrücker Justizpalastes nach der Zerstörung im März 1945 (Pfälzisches Oberlandesgericht Zweibrücken)*

160 Vgl. hierzu die Dokumentation „Justiz im Dritten Reich" (Anm. 2) sowie PAULSEN, Oberlandesgericht (Anm. 99).

*1. Mai 1946 – Gewerkschaftsversammlung in Frankenthal*

# „Speck und Sozialisierung"? Gewerkschaftschaftlicher Wiederaufbau im Schatten der Not

Günter Braun

## Zum Forschungsstand

Rekonstruktion und Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland gehörten vor allem in den siebziger und achtziger Jahren zum Themenkatalog der zeithistorischen Forschung. Wurde das Interesse daran zunächst überwiegend von der Frage nach alternativen Gesellschaftsmodellen und Politikkonzepten sowie deren Scheitern unter der Besatzungsherrschaft bestimmt,[1] verlagerte sich der Untersuchungsschwerpunkt auf den organisatorischen Wiederaufbau und die gesellschaftlichen Tätigkeitsfelder der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit. Ansatzpunkte waren vor allem Fallstudien auf lokaler und regionaler Ebene. Dieser Zugriff folgte dem damaligen Trend zur Regional- und Alltagsgeschichte, bot sich aber ebenso aufgrund der spezifischen Nachkriegssituation an: Der politische Neubeginn unter der Besatzungsherrschaft vollzog sich zunächst lokal isoliert, wurde allmählich regionalisiert und konnte erst relativ spät länder- bzw. zonenübergreifend wirksam werden.

Von den Impulsen der sowohl an den Hochschulen als auch im Umfeld des DGB intensivierten Gewerkschaftsforschung profitierte auch die Regional- und Lokalhistoriographie der Pfalz. Teils angeregt von Verbandsjubiläen oder Bestrebungen, der ‚eigenen' Geschichte vor Ort nachzugehen, teils aus universitären Forschungsvorhaben hervorgegangen, liegt mittlerweile eine Reihe von Arbeiten vor, die eine zwar keineswegs lückenlose, aber insgesamt doch relativ dichte Beschreibung des nachkriegsgewerkschaflichen Lebens in der Pfalz ermöglichen.[2]

## Der gewerkschaftliche Start aus Trümmern

Der organisatorische Wiederaufbau der Gewerkschaften 1945 erfolgte „im Schnittpunkt zahlreicher divergierender inner- und außerdeutscher Ein-

1 Diese Diskussion zusammenfassend und bewertend: Jürgen Kocka, 1945: Neubeginn oder Restauration?, in: Carola Stern/Heinrich August Winkler (Hrsg.), Wendepunkte deutscher Geschichte 1848-1990, Überarbeitete und erweiterte Neuausgabe, Frankfurt am Main, 1994, S. 159-192.

2 Vgl. Gerhard Nestler, Adolf Ludwig und der Wiederaufbau der pfälzischen Arbeiterbewegung nach dem 2. Weltkrieg. Eine Dokumentation, in: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz, 92 (1994), S. 419-449, hier S. 420f.

flußfaktoren", die nicht auf einen Nenner zu bringen sind.[3] Unstrittig ist wohl, daß die strukturbestimmenden Eingriffe der alliierten Gewerkschaftspolitik die entscheidenden Rahmenbedingungen setzten. Weitere prägende Elemente waren die personellen Kontinuitätslinien von den Weimarer Verbänden zu den betrieblichen und gewerkschaftlichen Organisationskernen des Jahres 1945 sowie der Verzicht auf parteigebundene „Richtungs"-Gewerkschaften.

Anders als es die vielzitierte Formel von der „Stunde Null" suggeriert, war die Stunde des Zusammenbruchs zugleich eine Stunde des Aufbruchs, die Zeit des Chaos keine Zeit der Gestaltlosigkeit und nicht jede politische Aktivität unter den Trümmern verschüttet. Im Gegenteil: Noch in der Schlußphase des Krieges, hinter den Frontlinien der alliierten Truppen, entstanden „Antifaschistische Ausschüsse", spontan gebildete Betriebsräte wurden aktiv, Initiatoren eines parteipolitischen Neubeginns regten sich und ebenso fanden gewerkschaftliche Gründungsgruppen zusammen.

Allerdings wurden die Erwartungen der Gewerkschaftsgründer, als ausgewiesene Antifaschisten bei der Reorganisation der Arbeitnehmerverbände freie Hand zu haben und eine Führungsrolle im demokratischen Neuaufbau zu erlangen, durch die Politik der Besatzungsmächte oftmals bitter enttäuscht.

Aus Sicherheitsgründen auf strikte Anerkennung ihres uneingeschränkten Autoritäts- und Kontrollanspruchs bedacht, begegneten die Besatzer den betrieblichen Basisinitiativen und gewerkschaftlichen Reorganisationsversuchen zumindest mit großer Skepsis, wenn nicht mit schroffer Ablehnung. „Politische Betätigung jeder Art ist untersagt", lautete „der kategorische Imperativ der jungen Besatzungsverwaltung". Wer wollte es ihr verdenken? Das Mißtrauen gegenüber den Deutschen saß tief, und die Sorge vor nationalsozialistischen Rückfällen ließ ein großes Maß an Vorsicht walten. Eine unkontrolliert entstehende Massenbewegung, was Gewerkschaften nun einmal sind, schien den Besatzern allzu riskant, zumal Prognosen zur Lage und zum voraussichtlichen Verhalten der deutschen Arbeiter „von der Annahme einer überaus turbulenten Übergangsperiode zwischen dem Fall des NS-Regimes und der Etablierung der alliierten Besatzungsherrschaft ausgegangen waren. Gewissermaßen als „Reminiszenz an 1918/

3 So Siegfried Mielke, Gewerkschaften in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland (1945-1949), in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/89, S. 22-37, hier S. 22.

19" war „mit einer Welle spontaner und radikaler Aktionen gerade auch der Arbeitnehmerschaft" gerechnet worden.[4]

Zunächst trafen die spontanen gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen auf höchst unterschiedliche Reaktionen der Befehlshaber vor Ort. In den ersten Wochen der Okkupation hatten vor allem regionale und örtliche Militärkommandeure sowie die ihnen unterstellten Militärregierungs-Detachments die Besatzungspolitik kontrolliert. Da es zudem an einer klaren Linie in der US-amerikanischen Arbeits- und Gewerkschaftspolitik mangelte, lag es auch in der Pfalz vorerst im persönlichen Ermessen der zuständigen Offiziere, wie sie mit den Gründungsinitiativen der Gewerkschafter umgingen.

Eine charakteristische Momentaufnahme dieser Vorgänge vermitteln die 1950 verfaßten Aufzeichnungen von Louis A. Wiesner[5], einem hochrangigen Arbeitsoffizier aus dem Stab des US-Political Adviser. Bald nachdem Wiesner im Mai 1945 im regionalen Kommandobereich E1A2 der amerikanischen Militärregierung in **Neustadt an der Weinstraße** eingetroffen war, wurde er „von einem kleinen, alt aussehenden Mann angesprochen, der hinkend sein Büro betrat, sich als Hermann Zahm vorstellte und erklärte, zusammen mit einigen Freunden eine Gewerkschaft gründen zu wollen. Es stellte sich heraus", so Wiesner in seinen Aufzeichnungen „daß Zahm Sozialdemokrat und Gewerkschafter aus der Zeit vor 1933 war, in einem Konzentrationslager einsaß, wo er sich das Beinleiden zuzogen hatte, und nach seiner Entlassung keine feste Anstellung mehr finden konnte, solange die Nazis an der Macht waren."

Unmittelbar nach dem Einmarsch der Amerikaner (23.-25. März) hatte Zahm zusammen mit Freunden einen Antifaschistischen Ausschuß organisiert, der jedoch vom lokalen Detachment als politische Gruppierung angesehen wurde und aufgelöst werden sollte.[6] „Jetzt, beklagte Zahm, will der

4 Klaus-Dietmar HENKE, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995, S. 574.

5 Louis A. WIESNER, Organized Labor in Postwar Germany, Washington DC, 1950 (unveröffentl. Manuskript), das folgende Zitat auf S. 150f. Vgl. Michael FICHTER, Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944-1948, Opladen 1982, insbes. S. 108ff. Zur Rolle Wiesners vgl. auch HENKE (wie Anm. 4).

6 Am 6. Mai 1945 richtete der Antifaschistische Ausschuß Neustadt ein Schreiben an die Militärregierung, in dem "Aufbau und Aufgaben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes" kurz dargelegt wurden; vgl. Werner DIETRICH, In der Einigkeit liegt die Kraft. Geschichte der Arbeiterbewegung in der Region Neustadt, Südpfalz 1832-1984, Neustadt a.d. Weinstraße 1991, Dok. 80, S. 404f.; vgl. auch Gerhard NESTLER/Hannes ZIEGLER (Hrsg.), "Der Krieg war vorbei, aus, zu Ende!". Pfälzer erinnern sich an das Frühjahr 1945, Landau 1995, S. 266.

örtliche Befehlshaber auch keine Gewerkschaftsorganisation zulassen." „Daraufhin", berichtet Wiesner weiter, „ging ich selbst zur lokalen Militärbehörde, erklärte die diesbezügliche Politik des Allierten Oberkommandos der Expeditionsstreitkräfte (von der das lokale Detachment noch nie etwas mitbekommen hatte) und Zahm organisierte seine Gewerkschaftsgruppe."

Andere Erfahrungen hatten die Initiatoren des gewerkschaftlichen Neubeginns in den Kreisen Kusel und Rockenhausen gemacht: Der dort für die Arbeitspolitik zuständige Unteroffizier war früher Funktionär der Gewerkschaft CIO gewesen und gab den entstehenden Verbänden jegliche Unterstützung. Deshalb konnte im Kreis **Kusel** bereits am 13. Mai 1945 die erste Gewerkschaftsversammlung stattfinden. Unter dem Vorsitz von Jakob Grass wurde auf diesem Treffen „ein streng antinazistischer Ton angeschlagen und betont, daß das deutsche Volk eine Mitschuld an den Nazi-Verbrechen habe und Wiedergutmachung leisten müsse".

Wiesner, der für eine sofortige Gewerkschaftsbildung auf lokaler Basis eintrat, nutzte seinen Spielraum und veranlaßte das Detachment E1A2, eine eigene Direktive zur Arbeits- und Gewerkschaftspolitik herauszugeben. Demnach war die Gründung von Arbeitnehmerverbänden und Betriebsvertretungen zu genehmigen, sofern die sorgfältige Überprüfung der Initiatoren hinsichtlich einer möglichen NS-Vergangenheit keine Beanstandung ergab. Diese offizielle Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationskomitees vorausgesetzt, konnten Versammlungen abgehalten werden, für die ebenso wie in Wahlverfahren der Funktionäre bestimmte Grundsätze innerverbandlicher Demokratie einzuhalten waren. Eine „politische Betätigung" blieb den Gewerkschaftern und Betriebsräten hingegen untersagt, davon ausgenommen waren lediglich Propaganda und Aktivitäten gegen das Nazitum.

Dank Wiesners Einfluß entwickelte sich das u.a. für die Pfalz zuständige Detachment E1A2 zu einem der gewerkschaftsfreundlichsten im Besatzungsgebiet der Amerikaner, jedenfalls in der Frühphase der Okkupation, als andere regionale Besatzungseinheiten in puncto Gewerkschaften noch „eine Verzögerungstaktik verfolgten".[7]

Sehr gut nachvollziehen läßt sich die Wirkung dieser am 16. Mai 1945 unterzeichneten pro-gewerkschaftlichen Direktive am Beispiel der Stadt **Frankenthal**, zumal in den überlieferten Gründungsdokumenten des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB)[8] Passagen der Wiesnerschen

7 Fichter (wie Anm. 5), S. 109.

8 Sie befinden sich im Stadtarchiv Frankenthal, Best. III/310/1, den mir Gerhard Nestler freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat.

Richtlinien im Wortlaut zitiert wurden. Nachdem Oberbürgermeister Hermann Strasser in einer Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 17. Mai 1945 den grundsätzlich positiven Bescheid der Militärbehörde zur Bildung einer örtlichen Gewerkschaft bekannt gegeben hatte, rief man einen vorbereitenden Organisationsausschuß ins Leben, der am 22. Mai erstmals zusammen trat, einen Vorstand wählte und die kommenden Aufgaben besprach.

Ein ebenfalls auf dieser Sitzung vorgelegter „Plan zur Errichtung einer Gewerkschaft für den Stadt- und Landkreis Frankenthal" verdeutlicht, wie stark sich ihre Initiatoren an das Organisationsmodell und die Zielsetzungen des FDGB Aachen angelehnt hatten. In der früh befreiten und besetzten ‚Kaiserstadt' war am 18. März 1945 die erste deutsche Gewerkschaft genehmigt worden[9], und auf das in der Schlußphase des Krieges über Rundfunkmeldungen sowie alliierte Propaganda verbreitete Beispiel Aachen beriefen sich später zahlreiche Gründerzirkel – auch in der Pfalz. Diese Konzeption sah eine zentralistische Einheitsgewerkschaft mit insgesamt zehn Abteilungen für die ortsansässige Industrie sowie Landwirtschaft, Handel, Handwerk, Beamten- und Angestelltenschaft vor. Explizit bezog sich der Frankenthaler Entwurf auf die „Richtlinien der Aachener Gewerkschaft" bei der Formulierung seiner Forderungen und Ziele: Sie betrafen u.a. generelle arbeits- und tarifrechtliche Regelungen wie die Wiedereinführung von Streikrecht, Achtstundentag und 40-Stundenwoche, verlangten „Vertretungen der Gewerkschaft in allen Zweigen des öffentlichen Lebens", boten die „Mithilfe an der Entfernung der Nazis aus Wirtschaft und Verwaltung" an und propagierten den „Kampf gegen preussischen Militarismus und Faschismus". Nicht zuletzt sollte der „Erste Mai" wieder „als gesetzlicher Feiertag" begangen werden.[10]

Form und Inhalt der Frankenthaler Gründung deckten sich weitgehend mit dem Wiederbeginn des gewerkschaftlichen Lebens in **Ludwigshafen**, nur daß in der ‚Chemiestadt' die Organisationsbestrebungen offenbar früher aufgenommen und nachdrücklicher verfolgt wurden. Seit März 1945 hatten sich hier ehemalige Funktionäre der Gewerkschaftsbewegung heimlich getroffen, um die ersten Schritte des gewerkschaftlichen Neubeginns

9 Siehe Ulrich Borsdorf, "Die Einheitsgewerkschaft ist das Ziel aller, die guten Willens sind." Die Wiedergründung der Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel Aachens, in: Ilse Brusis (Hrsg.), Die Niederlage, die eine Befreiung war. Das Lesebuch zum 8. Mai 1945, Köln 1985, S. 267-280.

10 Auch der am 10. Juni 1945 gegründete FDGB Neustadt hat die 13 "Aachener Punkte" zu seinem Programm erhoben, siehe Dietrich (wie Anm. 6), Dok. 79 u. 81, S. 403-407.

zu beraten. Ebenfalls angeregt durch die Kenntnis der Aachener Verbandsbildung erarbeiteten sie ein Organisationsmodell samt Satzung. Diese Dokumente unterbreitete das vierköpfige Gründungskomitee Anfang Mai 1945 dem Stadtkommandanten Hoover und ersuchte um Erlaubnis, den FDGB in Ludwigshafen gründen zu dürfen. Nach Überprüfung der persönlichen Daten und des politischen Werdegangs der Antragsteller genehmigte der verantwortliche Offizier wenige Tage später die Bildung eines örtlichen Verbandes. War die frühe Anerkennung des FDGB Ludwigshafen offenkundig auf die positive Einstellung des örtlichen Befehlshabers zurückzuführen, beruht seine „weitere Entwicklung in nicht geringem Maße auf der von Wiesner ausgearbeiteten Direktive".[11]

Nach der Zulassung bemühte sich das Organisationskomitee um festere Verbindungen in die Betriebe und veranlaßte dort die Wahl von Ausschüssen, deren Mitglieder zugleich als Gewerkschaftsdelegierte wirken sollten. Am 22. Mai 1945 kamen schließlich 62 Betriebsdelegierte und das vorläufige Organisationskomitee zusammen, um den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund – Ortsausschuß Ludwigshafen – offiziell zu gründen.

Die enge Verknüpfung zwischen Betrieb und Gewerkschaft ermöglichte ein rasches Wachstum der Organisation. Zwei Monate nach der Gründung zählte der Bund bereits 5.600 Mitglieder, darunter 367 Frauen. Gemäß der überlieferten Statistik im Bericht der Militärregierung gehörten davon allein 3.219 Mitglieder zur Branche Chemie (2.375 bei der I.G. Farben), 683 waren Eisenbahner und 633 arbeiteten im Metallgewerbe. 1.065 Organisierte verteilten sich auf weitere acht Wirtschaftszweige bzw. den öffentlichen Dienst.

Auch in **Neustadt** erhielt der Wiederaufbau der Gewerkschaft mit der Bekanntgabe der Wiesnerschen Direktive neue Impulse. Am 7. Juni 1945 beantragten insgesamt 66 „alte Gewerkschafter und Betriebsräte" bei der örtlichen Militärbehörde die Genehmigung für eine Gründungsversammlung und zur Wahl eines vorbereitenden Ausschusses. Schon drei Tage später kamen die Neustadter Initiatoren im Lokal „Theodor" in der Rathausstraße zusammen, um die seit Wochen angestrebte Organisationsbildung endlich zu vollziehen. Gegründet wurde der FDGB Neustadt - eine Ein-

11 Fichter (wie Anm. 5), S. 110. Informationen über den Gründungsprozeß und frühe Aktivitäten des FDGB Ludwigshafen verdanken wir hauptsächlich einem weiteren Bericht Louis A. Wiesners, The Free German Trade Union League in Ludwigshafen a. Rh. A Preliminary Report, 26.7.1945, der im Bestand RG59 der National Archives (Washington DC) überliefert ist und von Michael Fichter ausgewertet wurde, vgl. Michael Seidl, Wiederentstehung und Entwicklung der Gewerkschaften in Mannheim und Ludwigshafen von 1945-1949, Neustadt a. d. Weinstraße 1990, S. 136ff.

heitsgewerkschaft, deren gewerbliche Mitglieder in 11 branchenbezogenen Fachgruppen organisiert werden sollten, während für Angestellte und Beamte sieben Fachgruppen vorgesehen waren. Die Interessen dieser auch als „Fachgewerkschaften" bezeichneten Abteilungen sollten durch gewählte Obleute in einem „erweiterten Vorstand" vertreten werden.[12]

Ebenfalls in die kurze Phase der amerikanischen Besetzung der Pfalz fielen die offiziell genehmigten Gewerkschaftsgründungen in Kaiserslautern, Landau, Zweibrücken und **Pirmasens**.[13] In der Schuh-Metropole soll Jakob Schunk, im April und Mai 1945 kommissarischer Leiter des Arbeitsamtes und anschließend Oberbürgermeister, der Motor des gewerkschaftlichen Neubeginns gewesen sein. Als am 23. Juni 1945 auf einer Versammlung im Schulungsraum der Firma Rheinberger AG die „Demokratische Gewerkschaft Pirmasens" konstituiert wurde, lagen ihr schon einige Tausend Aufnahmescheine vor. „Frei von politischen Einflüssen, unabhängig vom Staat", hatte das „Mitteilungsblatt der Militär-Regierung Pirmasens für Stadt und Land" im Vorfeld verkündet, „wird es nur noch eine Gewerkschaft geben. Arbeiter, Angestellte und Beamte, Frauen und Männer aller Berufsgruppen, sollen in ihr vereinigt werden. Die Aufnahme erfolgt freiwillig; ohne jeden Zwang kann jeder seine Aufnahme tätigen."[14]

In **Zweibrücken** fand die erste „Versammlung der Freien Gewerkschaften" am 8. Juli 1945 im Speisesaal der Firma Dorndorf statt. „Kollege Wittenmeier", so vermerkt es das Protokollbuch, „schilderte in seinen Ausführungen das von ihm selbst entworfene Statut, das die Genehmigung der Militärregierung gefunden hat." Desweiteren „behandelte er die Aufgaben der Gewerkschaften nach den bekannten Aachener 13 Punkten".[15]

Überblickt man die Formierungsphase der pfälzischen Lokal-Gewerkschaften in den ersten Nachkriegsmonaten, können - trotz der bruchstück-

12 Vgl. DIETRICH (wie Anm. 6), S. 170ff.; das Gründungsprotokoll auf S. 405ff.

13 Adolf MIRKES, Pirmasens. 100 Jahre Schuhmachergewerkschaften. Neugründung der Gewerkschaften 1945. Festschrift der Gewerkschaft Leder, Pirmasens (100jähriges Jubiläum), Pirmasens 1985, S.75, verlegt die Gründung der Gewerkschaft in Pirmasens irrigerweise in die französische Besatzungszeit.

14 Abgedruckt ebd. Nach dem Besatzungswechsel hatte die französische Militärregierung in einem "Rapport spécial" der "Demokratischen Gewerkschaft" Pirmasens 7.000 Mitglieder zugeschrieben, zit. nach LATTARD, Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 11, Mainz 1988. Original: Syndicalisme Ouvrier et Syndicalisme Patronal. Allemands Sous L'Occupation Française (1945-1949): L'Exemple de la Rhénanie-Palatinat, Paris 1983, S. 81, Fußnote 17.

15 Protokollbuch der Einheitsgewerkschaft Zweibrücken, Nachlaß Fritz Volkemer, Archiv der Gewerkschaft Leder, Stuttgart (im folgenden NL Volkemer).

haften Überlieferung – folgende gemeinsame Merkmale festgehalten werden: Organisationsprägend und vielfach Namensgeber war der Präzedenzfall FDGB Aachen. Die nach seinem Muster errichteten Einheitsgewerkschaften stellten die am weitesten verbreitete Form der Neugründungen dar. Vielerorts waren die Gründerzirkel davon ausgegangen, daß der Nachkriegskatastrophe nur mit einer einheitlich geführten und schlagkräftigen Organisation zu begegnen ist. Deshalb bevorzugten sie mehrheitlich ein zentralistisches Verbandsmodell: eine alle Arbeiter, Angestellten und Beamten umschließende „Allgemeine Gewerkschaft" mit zentraler Leitung sowie in Sparten und Berufsgruppen eingeteilt. Neben Effektivitätsgesichtspunkten sprachen auch pragmatische Überlegungen, etwa niedrigere Verwaltungskosten, bei dieser Wahl eine Rolle.

Gemeinsames Kennzeichen war aber ebenso der „einheitsgewerkschaftliche Wille zur Zusammenfassung aller Lohnabhängigen und Gehaltsempfänger in parteipolitisch unabhängigen Verbänden"[16]. Der verbreitete Wunsch nach organisatorischer Einheit, also der Überwindung der früheren richtungsgewerkschaftlichen Zersplitterung, resultierte vor allem aus den Einsichten von Sozialdemokraten und Kommunisten, die aus dem Erfahrungskontext der Niederlage 1933 sowie gemeinsam erlittener Unterdrückung und Verfolgung unter der NS-Diktatur gewonnen wurden.

Der zunächst auf die Lokalebene beschränkte gewerkschaftliche Reorganisationsprozeß knüpfte personell stark an Weimarer Zeiten an. Überall waren ehemalige hauptamtliche Funktionäre maßgeblich an den örtlichen Gewerkschaftsgründungen beteiligt und verantwortlich tätig.

Ein weiteres Charakteristikum der in den pfälzischen Städten neugegründeten Verbände war es, daß sie sich als Organisationskerne verstanden, die ihren Wirkungskreis möglichst rasch erweitern wollten, zunächst eine regionale Fusion anstrebten, sich letztlich aber – das zeigt bereits die Wahl des Namens „FDGB" – auf zentraler Ebene zusammenschließen wollten.

Als „Tätigkeitsbereich" hatten die genehmigten Lokalverbände in der Regel sowohl den Stadt- als auch den zugehörigen Landkreis definiert. „Wir haben nicht nur Neustadt, sondern den ganzen Landkreis mit 38 Gemeinden zu betreuen", erklärte Hans Braun auf der Gründungsversammlung seiner Gewerkschaft.[17] Ein halbes Jahr später, im Oktober 1945, unternahm er „eine Reise in Orte der Südpfalz, um dort beim Aufbau weiterer Organisationen behilflich zu sein". Landau, Annweiler, Bergzabern und

16 Klaus Schonhoven, Die Deutschen Gewerkschaften, Frankfurt am Main 1987, S. 199.

17 Dietrich (wie Anm. 6), S. 408.

Germersheim waren die wichtigsten Stationen, und überall „wo wir auch vorsprachen, wurde der Vorschlag zur Bildung der Gewerkschaft sehr begrüßt", berichtete Braun, der den – mittlerweile – französischen Militärbehörden vorschlug, „die ganze Südpfalz [...] in einer Organisation zusammenzufassen, die ihren Sitz in Landau haben sollte."[18]

Der Frankenthaler FDGB hatte schon Ende Mai 1945 „die Ausdehnung" seines Organisationsbereiches „auf den Bezirk Kirchheimbolanden [...] in Aussicht genommen"[19], doch der bedeutsamste Vorstoß, aus dem lokal isolierten Aktionsfeld auszubrechen, war von den Ludwigshafener Gewerkschaftsinitiatoren gemacht worden. Ende Juni 1945 begann der Vorstand mit der regionalen Militärverwaltung in Neustadt über die Zulassung einer Gewerkschaft für das Gebiet Hessen-Pfalz zu verhandeln.[20] Unterstützt wurde dieses Anliegen vom Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar, das es in einem Schreiben vom 29. dieses Monats an die amerikanische Militärregierung in Neustadt für „unerläßlich und zwingend notwendig" hielt, die Genehmigung zum „Aufbau der Gewerkschaften im gesamten Präsidialbezirk" zu erteilen.

Diese Fürsprache gründete vor allem auf wirtschaftlichen Erfordernissen. Ohne Gewerkschaften und ohne Arbeitnehmervertretungen seien Arbeitsleistung und Wirtschaftlichkeit der Betriebe nicht zu erhöhen. Den Gewerkschaften, so wurde argumentiert, „fällt [...] die Führung einer zielbewußten Arbeitnehmerpolitik innerhalb der Wirtschaft zu. [...] Ihre Einschaltung in die Wirtschaft ist für alle Beteiligten von großem Nutzen. Dies wird um so sicherer erreicht, gibt man neben der Genehmigung zum Wiederaufbau der Gewerkschaft die Gelegenheit, in Wort und Schrift bei ihren Mitgliedern und damit bei der gesamten Bevölkerung im oben dargelegten Sinne aufklärend und erzieherisch zu wirken."[21]

Der anstehende Besatzungswechsel befreite die amerikanischen Militärs vor einer Entscheidung in dieser Angelegenheit. Ein gleichgerichtetes Schreiben des Oberregierungspräsidiums vom 5. Juli 1945 war offenbar bereits an die zukünftige Besatzungsmacht adressiert.[22] Mit einem besonderen Hinweis auf wirtschaftliche Eigeninteressen der Militärregierung wollte man wohl schon im Vorfeld „bei den Franzosen nicht nur vorhandene generelle Widerstände gegen eine Wiederzulassung von Gewerkschaften

18 Ebd, S. 175.

19 StA Frankenthal, Best. III/310/1: Betreff: Einführung der Gewerkschaft, 26.5.1945.

20 Wiesner, The Free German Trade Union League (wie Anm. 11), S. 2.

21 Zit. nach Dietrich (wie Anm. 6), S. 416f.

22 Siehe Seidl (wie Anm. 11), S. 142, auch zum folgenden. Diesem Brief war ein Satzungsentwurf für die zukünftige Regionalgewerkschaft beigefügt.

zerstören, sondern gleichzeitig für einen starken, regionalen Zusammenschluß werben" – doch vergeblich.

## Gewerkschaftlicher Neubeginn unter französischer Besatzung

Nachdem die Franzosen am 10. Juli 1945 ihre endgültige Besatzungszone eingenommen hatten, bremsten ihre Befehlshaber in Hessen-Pfalz den Elan der gewerkschaftlichen Initiativgruppen erst einmal ab. Teils verordneten die lokalen Besatzungskommandos ein Betätigungsverbot für bestehende Verbände, teils verfügten sie deren Auflösung. So konnte beispielsweise auch die schriftliche Order interpretiert werden, die dem Vorstand des FDGB Frankenthal Ende August 1945 vom Oberbürgermeister übermittelt worden war. Das Gremium hatte seit der Genehmigung durch die amerikanische Militärregierung inzwischen mehrmals getagt, auch „eine größere Sitzung in Grünstadt und eine weitere Versammlung in der Aktiengesellschaft KSB" organisiert, als der Antrag für eine Zusammenkunft am 1. September 1945 vom zuständigen Détachement 5012 radikal abgelehnt wurde. Commandant Major Chandon ermahnte den Verwaltungschef, der das Anliegen befürwortet hatte, sich zu „erinnern, daß jede Versammlung, Vereinigung, Zusammenkunft, Gesellschaft, auch Gewerkschaftsverband, Ausschuß, gleich unter welchem Namen, streng verboten ist und bleibt. Ich kann also diese Vereinigung nicht für berechtigt erklären und bitte Sie, dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund mitzuteilen, jede Tätigkeit einzustellen."[23]

Als sich die Franzosen in ihrer Besatzungszone einzurichten begannen, stand auch ihrem Personal noch keine gewerkschaftspolitische Direktive zur Verfügung. Deshalb bestimmten zunächst regionale Besatzungschefs über das Für und Wider von Arbeitnehmerorganisationen, was abermals zu erheblichen Unterschieden in der Zulassungspraxis führte.

Beispiele für den ambivalenten Charakter der französischen Gewerkschaftspolitik finden sich auch in den folgenden Jahren der Besatzung, ebenso für teils beträchtliche Abweichungen zwischen verordnetem Gewerkschaftsrecht und seiner ebenso kompromißbereiten wie flexiblen Auslegung in der Praxis. Diese fiel immer dann besonders großzügig aus, wenn die Eigeninteressen der Besatzungsmacht nach praktikablen Formen der Kooperation und der Beteiligung der Besiegten verlangten.[24]

---

23 StA Frankenthal, Best. III/310/1: Der Chef des Détachments von Frankenthal an den Oberbürgermeister v. 26.8.1945; ebd.: Schreiben des Oberbürgermeisters an die Militärregierung v. 28.8.1945, Betreff: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund.

24 In besonderer Weise gilt dies für das Verhältnis von Besatzungsmacht und Bergbaubeschäftigten an der Ruhr, vgl. hierzu Günter Braun, Gewerkschaftlicher Wiederauf-

Die deutschlandpolitischen Leitlinien der französischen Regierung, die ihr ausgeprägtes Sicherheitsinteresse zu befriedigen suchte, indem sie jegliche Form von Zentralisierung blockierte, wirkten sich auf den gewerkschaftlichen Entwicklungsprozeß nachteilig aus. In ihrem Besatzungsgebiet wurde die überregionale Verbandsbildung am stärksten gehemmt. Da das ausgeplünderte Nachbarland aber zugleich hohen wirtschaftlichen Nutzen aus seiner Zone ziehen wollte, waren andererseits eine wirkungsvolle Gewerkschaftsbewegung und funktionierende Betriebsräte als Ordnungs- und Disziplinierungsfaktoren erwünscht. Unter diesen zwiespältigen Rahmenbedingungen wurde der Auf- und Ausbau von Arbeitnehmerverbänden in der französischen Zone mal verlangsamt, dann wieder gefördert, und er war vom Gewerkschaftsgeschehen in der Bizone bis 1948 weithin abgekoppelt.

Trotz des markanten Einschnitts beim Besatzungswechsel im Juli 1945 war es wohl für die meisten lokalen Gewerkschaften möglich, die in der kurzen amerikanischen Besatzungsphase aufgebauten Strukturen aufrecht zu erhalten, zumal das ausgesprochene Betätigungsverbot mancherorts bereits nach zwei Wochen aufgehoben wurde. So durfte der Gewerkschaftsbund in Ludwigshafen nach dem 23. Juli 1945 wieder aktiv werden – ohne konkrete Richtlinien, aber unter scharfer Kontrolle. Ähnlich lagen die Verhältnisse offenkundig in Pirmasens, wo am 11. August in der Zeitung zu lesen war, daß die Demokratische Gewerkschaft „gegenwärtig ihre Tätigkeit bei Wiederingangsetzung der Betriebe" entfalte.[25] Im Kreis Rockenhausen hat der „zuständige französische Offizier" sogar die Gründung einer Ortsgewerkschaft erlaubt, „die am 12. August 1945 eine erste Versammlung abhalten durfte".[26] Auch im seit März 1945 französisch besetzten Speyer konnte im August der Ortsausschuß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes gegründet werden.[27]

Drei Monate dauerte die ungewisse Lage an, bis die Militärregierung in Baden-Baden am 10. September 1945 mit der „Ordonnance No. 6" und einem Katalog von Einzelverfügungen einen verbindlichen gesetzlichen

---

bau in der Nachkriegszeit: Chemie- und Bergbaugewerkschaften in den westlichen Besatzungszonen 1945-1949, in: Ein neues Band der Solidarität: Chemie-Bergbau-Leder. Industriearbeiter und Gewerkschaften in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg, hrsg. v. Klaus TENFELDE, Hannover 1997, S. 63-85.

25 Pirmasenser Zeitung v. 11.8.1945, zit. nach MIRKES (wie Anm. 13) S. 76.

26 LATTARD, Gewerkschaften und Arbeitgeber (wie Anm. 14), S. 97.

27 René GETTO Der Wiederaufbau der Gewerkschaften in Speyer von 1945-1949, Wiss. Prüfungsarbeit, Universität Koblenz-Landau, Abt. Landau, 1991, S. 47.

Rahmen für den Gewerkschaftsaufbau erließ.[28] Jetzt begann für die pfälzischen Gewerkschafter der gewissermaßen normale, zahlreichen Beschränkungen unterliegende, durch umständliche Genehmigungsverfahren verzögerte und streng kontrollierte Nachkriegsgewerkschaftsalltag.

Das Genehmigungsverfahren sah zwei Kontrollinstanzen vor: Zuerst mußten die Gründungsmitglieder über den Bürgermeister bei der Militärregierung eine „Demande d'autorisation de réunir une assemblée Constitutive de Syndicat" einreichen - auf gut Behördendeutsch: ein „Gesuch um Genehmigung zur Einberufung einer Versammlung zwecks Gründung einer Gewerkschaft". Wurde die Genehmigung erteilt, so konnte die Gründungsversammlung mit der Wahl eines provisorischen Vorstandes und der Ausarbeitung einer Satzung stattfinden. Erst nach Billigung der Statuten und der Vorstandsliste erfolgte die endgültige Lizenzierung durch die Militärbehörde.

Zunächst durften in der französischen Besatzungszone nur fachlich gebundene, d.h. branchen- bzw. berufsbezogene Einzelgewerkschaften auf lokaler Ebene gebildet werden, nicht jedoch örtliche Zusammenschlüsse zu einem Kartell oder Bund. Genau genommen, hätten alle in der amerikanischen Besatzungszeit ins Leben gerufenen Ortsauschüsse der Gewerkschaften jetzt aufgelöst werden müssen. Strikt befolgt wurde diese Order von Major Chandon in Frankenthal. Am 20. September 1945 ließ der Commandant das Stadtoberhaupt wissen, er sei jetzt bereit, „die Gewerkschaft zu genehmigen, jedoch wird eine Verbindung nicht zugelassen. Es muß also jede Gewerkschaft für sich allein sein. Sobald eine Verbindung festgestellt ist, werden die Leiter bestraft und wird das Syndikat aufgelöst. Das ist die jetzige Auffassung, später wird es vielleicht anders."[29]

Flexibler reagierte der verantwortliche Besatzungsoffizier in Ludwigshafen. Er entschied, die bestehende Organisation unter Mithilfe des FDGB-Vorstandes umzustrukturieren. Dieser bildete daraufhin Gründungskommissionen für verschiedene Industriegewerkschaften und beantragte die Genehmigung von Versammlungen. Einfach übergangen hat man die Richtlinie in der pfälzischen Schuhmetropole: „Die Pirmasenser Gewerkschaft arbeitete [...] weiter, wie sie im Juni 1945 begonnen hatte, so als ob ihre ‚Demokratische Gewerkschaft' als Einheitsgewerkschaft unbestritten sei!"[30]

---

28 Veröffentlicht im Journal Officiel du Commandement en Chef Francais en Allemagne (Amtsblatt des französischen Oberkommandos in Deutschland), Nr. 2 v. 17.9. 1945; vgl. auch DIETRICH (wie Anm. 6) S. 173 u. Dok. 84, S. 418.

29 StA Frankenthal, Best. III/310/1.

30 MIRKES (wie Anm. 13) S. 77.

Selbstverständlich wollten die Gewerkschaftsinitiatoren in den pfälzischen Städten und Gemeinden ihre Arbeit gemäß jener Verordnung leisten. Dies versicherte Karl Fischer auf einer Konferenz der Gewerkschaften für das Gebiet Hessen-Pfalz, die dank besonderer Erlaubnis durch den Wirtschaftsoffizier im Oberkommando der französischen Militärregierung am 18. November 1945 in Neustadt stattfinden konnte. Da durch den Zwang, Fach- und Industriegruppen zu bilden, in der Praxis keine einheitliche Gewerkschaft bestehe, verlangte Fischer zugleich, „daß soviel wie möglich ein Zusammenhalt und Zusammenschluß aufrecht erhalten werden muß."[31]

Tatsächlich verlief das verordnete Gründungsprocedere anfangs sehr schleppend. Bei einer Sitzung der Gewerkschaftsvorstände am 18. Januar 1946 in Neustadt wurde bemängelt, „daß noch nicht eine einzige Gewerkschaft genehmigt ist".[32] Zwar ist diese Feststellung im Nachhinein zu korrigieren, denn tags zuvor hatte die Militärregierung der am 5. November 1945 gegründeten „Gewerkschaft Schuh und Leder Pirmasens" mit Fritz Volkemer als Vorsitzenden die erste definitive Lizenz erteilt.[33] Die Klage der Gewerkschafter war gleichwohl berechtigt.

Ende Februar 1946 hatten im Bezirk Hessen-Pfalz immerhin 68 örtliche Industrieverbände die Anfangshürde mit Gründungsversammlung, Vorstandswahl und Verabschiedung eines Statuts genommen, doch nur 24 von ihnen konnten sich bis dahin endgültig konstituieren.[34] Anfang Juni 1946 hatten insgesamt „90 Fachgruppen" die erforderlichen Unterlagen bei der Militärbehörde eingereicht, doch erst 50 waren offiziell zugelassen worden.[35]

Bürokratische Hemmnisse, lange Dienstwege, formale Mängel in den Anträgen und Organisationsprobleme in der Besatzungsverwaltung verzögerten die Lizenzierung oft Monate lang. Große Probleme bereitete zugleich das dezentralisierte Organisationsmodell. Die doppelte Beschränkung einerseits auf den lokalen Rahmen, andrerseits auf Fach- bzw.

---

31 Dietrich (wie Anm. 6), S. 418-420, Zitat S. 420: Protokoll über die Gewerkschaftskonferenz für das Gebiet Hessen-Pfalz in Neustadt.

32 NL Volkemer, Nr. 9: Sitzung der Gewerkschaftsvorstände am 18.1.46 im Arbeitsamt Zimmer 3.

33 Siehe Mirkes (wie Anm. 13), S. 65.

34 Lattard, Gewerkschaften und Arbeitgeber (wie Anm. 14), S. 102f.; vgl. auch die Gegenüberstellung der Daten von konstituierender Versammlung und endgültiger Genehmigung am Beispiel der in Ludwigshafen gegründeten Industrieverbände bei Seidl (wie Anm. 11), S. 472, Anm. 55.

35 NL Volkemer, Nr. 16: Schreiben des Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz, Abteilung VIII Arbeit und soziale Angelegenheiten, an die Einheitsgewerkschaften im Gebiet Hessen-Pfalz v. 4.6.1946.

Berufsgruppen, behinderte die Verbandsbildung vor allem in den weniger industrialisierten, also mitgliederschwächeren Gegenden. Vielerorts war das Potential zu gering, um als Einzelverband finanziell und in verwaltungstechnischer Hinsicht auf eigenen Füßen stehen zu können – ein wesentlicher Grund dafür, daß es in der unmittelbaren Nachkriegszeit häufig zu zentralgewerkschaftlichen Zusammenschlüssen gekommen war.

Trotz dieser offenkundigen, auch im Apparat der Besatzungsverwaltung durchaus registrierten Schwierigkeiten, wich die Militärregierung von dem diktierten Organisationsgrundsatz nicht ab, griff statt dessen vielfach mahnend und korrigierend ein, wenn ihren strengen Aufbauvorschriften nicht entsprochen wurde. Allerdings, und dies verdeutlicht das Interesse der französischen Besatzungsmacht an funktionsfähigen Gewerkschaften in ihrer Zone, sorgte sie mit verschiedenen Maßnahmen dafür, daß sich eine gewerkschaftsfördernde Infrastruktur auf lokaler, aber insbesondere regionaler Ebene herausbilden konnte.

Erleichterung vor Ort versprach eine Einrichtung, die Ludwigshafener Gewerkschafter vorgeschlagen hatten: ein gemeinsames Verwaltungsbüro für jeweils alle Fachgewerkschaften einer Stadt oder Gemeinde. Am 12. November 1945 von der Arbeitsdirektion in Baden-Baden zunächst nur für die ‚Chemiestadt' erlaubt, waren diese ‚Zentralbüros' zehn Tage später im ganzen Bezirk offiziell zugelassen.[36]

Jedoch achtete die Militärbehörde wiederum streng darauf, daß diese „gemeinsamen Buchhaltungs- und Verwaltungsbüros für sämtliche Ortsgewerkschaften nicht zu einer gesetzeswidrigen Organisation dieser Vereinigungen führen" – so Daniel Thibault, Chef der Abteilung Arbeit in der „Délégation Supérieure de Hesse-Palatinat", am 21. März 1946 in einem mahnenden Brief an die Abteilung Arbeit und Wohlfahrt des Oberregierungspräsidenten. Thibault blieb nicht verborgen, daß auf der Grundlage dieser ‚Geschäftsstellen' vereinzelt ortskartellähnliche Strukturen mit Präsident, Kassier oder amtlichen Sekretär entstanden waren.[37]

Neben erheblich verbesserten Kommunikationsmöglichkeiten, die durch gemeinsame Sitzungen oder Konferenzen mit Delegierten aus verschiedenen Städten geschaffen wurden, war es „von besonderer Bedeutung für die weitere organisatorische und programmatische Entwicklung der pfälzischen Gewerkschaften [...], daß im Mai 1946 die erste Ausgabe des ‚Gewerkschaftlers', eines gewerkschaftseigenen Mitteilungsblattes, erscheinen konnte. Bereits am 5. Dezember 1945 hatten Adolf Ludwig, Karl Fischer und

36 Lattard, Gewerkschaften und Arbeitgeber (wie Anm. 14), S. 104.
37 Überliefert im NL Volkemer, Nr. 7.

Fritz Braun mit französischen Offizieren in Edenkoben die Notwendigkeit eines solchen Blattes zum ersten Mal erörtert. Vierzehn Tage später, am 20. Dezember, wurde ihnen mitgeteilt, daß die französische Militärregierung zwei Gewerkschaftszeitungen in ihrer Besatzungszone zulassen werde. Diese sollten in Freiburg und in Neustadt erscheinen. Auf einer Konferenz der Gewerkschaftsvorstände, die am 18. Januar 1946 in Neustadt tagte, wurde der Titel der Zeitung festgelegt, Albert Müller zum verantwortlichen Schriftleiter gewählt und ein dreiköpfiges Redaktionskomitee bestimmt, das sich aus Adolf Ludwig (SPD), Karl Breyer (KPD) und Jakob Gable (CDU) zusammensetzte. Obwohl Adolf Ludwig bereits wenige Tage später bei der französischen Militärregierung eine offizielle Publikationsgenehmigung beantragte, verzögerte sich die Erteilung der Lizenz noch bis April."[38]

Wichtigstes Element der organisationsfördernden Infrastruktur auf regionaler Ebene war indessen der Gewerkschaftsbeauftragte für Hessen-Pfalz - eine Instanz, die den dezentralen Grundsätzen des Gewerkschaftrechtes in der französischen Zone eigentlich diametral entgegenstand. Am 18. November 1945, auf der bereits erwähnten Konferenz der Gewerkschaften für das Gebiet Hessen-Pfalz, wurde der erfahrene Gewerkschafter und Sozialdemokrat Adolf Ludwig aus Pirmasens in diese Position gewählt, kaum war er aus dem französischen Exil zurückgekehrt.

Wenn man so will, war Adolf Ludwig der Hans Böckler für die Nachkriegsgewerkschaften in Rheinland-Pfalz. Wie diesen zeichnete Ludwig „die praxisorientierte, zähe gewerkschaftliche Aufbauarbeit aus, die unermüdliche Organisationsarbeit, Effizienz, Sachkenntnis, kluges Taktieren und Verhandlungsgeschick erforderte".[39] Und dies benötigte er auf dem Feld des Gewerkschaftsbeauftragten ganz besonders. Seine Funktion war es fortan, die Verbandsbildung als Mittler zwischen Besatzungsmacht, deutscher Verwaltung und Gewerkschaftsbewegung zu koordinieren. Kein leichter Job, wie man sich denken kann.

Der Einsatz eines Gewerkschaftsbeauftragten zeigte an, daß die Besatzungsmacht einen Kurswechsel vollzogen hatte. In der zweiten Jahreshälfte 1946 sollte nun alles im Galopp geschehen, jetzt wurden die Gewerkschafter sogar zu größeren Aktivitäten angehalten. Seit 12. April diesen Jahres waren Ortskartelle erlaubt, außerdem die Verbandsbildung auf Kreis-

38 NESTLER (wie Anm. 2) S. 430f., dort auch biographische Hinweise zu den genannten Personen.

39 So die treffende Charakterisierung von Irmgard STEINISCH in einer Rezension des Buches: Ulrich BORSDORF, Hans Böckler. Arbeit und Leben eines Gewerkschhafters von 1874 bis 1945, in: Archiv für Sozialgeschichte 27 (1987), S. 728, zit. nach NESTLER (wie Anm. 2), S. 421.

und Bezirksebene angewiesen. Im Herbst hielt die bevorstehende Gründung des Landes Rheinland-Pfalz zur Eile an, also drängten die französischen Militärs auch auf landesweite („provinziale") Zusammenschlüsse.[40]

Das dezentrale Organisationsprinzip wurde jedoch damit nicht aufgegeben. Es sollte nach dem Willen der Besatzungsmacht dauerhaftes Strukturmerkmal sein. Selbständige Grundeinheit blieb die örtliche Industrie- oder Berufsgewerkschaft. Sie war finanziell autonom und besaß das Recht, dem Ortskartell in eigener Entscheidung beizutreten, aber ebenso wieder auszuscheiden. Sie konnte nicht Verwaltungsstelle eines zentralen Verbandes werden. „Die Schwierigkeit", so klagte diesbezüglich Adolf Ludwig gegenüber einem Freund, „besteht darin, daß die Franzosen mit ihren [syndikalistischen] Traditionen unsere Gewerkschaften zu beeinflussen versuchen [...] Das ganze Leben soll sich auf lokaler Basis abspielen [...] Selbstverständlich arbeiten unsere Leute automatisch nach unseren gewerkschaftlichen Gewohnheiten, woraus sich dann die Konflikte ergeben."[41]

Nicht zuletzt Adolf Ludwigs persönlichem Einsatz in der Neustadter Koordinationsstelle verdankten die Gewerkschaften in Hessen-Pfalz, daß der weitere Organisationsaufbau vergleichsweise rasch voranschritt. Die Zahl der zugelassenen Gewerkschaften stieg im Laufe des Jahres 1946 auf 120.[42]

Einen Zwischenstand für das pfälzische Organisationsgebiet vermitteln die folgenden Daten vom 1. Oktober 1946, wobei ein wichtiges Mitgliederpotential zu diesem Zeitpunkt noch kaum erfaßt war, nämlich die Beamten und Angestellten des öffentlichen Sektors. Diesen Berufsgruppen – nicht aber den Arbeitern der öffentlichen Betriebe – war mit Verweis auf Entnazifizierungsverfahren das Organisationsrecht zunächst abgesprochen worden. Erst am 11. Juli 1946 hob die Militärregierung nach einer Intervention des Gewerkschaftsbeauftragten Ludwig das Verbot auf. Entgegen den Vorstellungen der Besatzungsmacht, die separate Organisationen für Arbeiter, Angestellte und Beamte favorisiert hatte, entschieden sich die rheinhessisch-pfälzischen Initiatoren für den Aufbau eines Einheitsverbandes „Öffentliche Betriebe und Verwaltungen".[43]

---

40 Verfügung Nr. 54 des Administrateur Général über die Durchführung der Verordnung Nr. 6 vom 10. September 1945 hinsichtlich Bildung örtlicher und provinzialer Zusammenschlüsse von Gewerkschaften, abgedr. in: MIELKE, Quellen 6 (wie Anm. 3), Dok. 206, S. 674ff.

41 NESTLER (wie Anm. 2), S. 446: Adolf Ludwig an Dr. Gerhard Kreyssig, 11.12.1946.

42 Ein Jahr schwieriger Aufbauarbeit, in: Der Gewerkschaftler 1947, Nr. 1, zit. nach LATTARD, Gewerkschaften und Arbeitgeber (wie Anm. 14), S. 121.

43 Vgl. 100 Jahre ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Bd. 2: Eine Dokumentation vom 24. März bis 7. November 1997, von Klaus BECKER unter Mitwirkung v. Ludwig NELL u. Kurt SEIB, Ludwigshafen 2000, S. 7.

**Lokale Gewerkschaften in der Pfalz am 1. Oktober 1946**

| Ortskartell | Verbände | Mitglieder |
|---|---|---|
| Frankenthal | 3 | 5.272 |
| Kaiserslautern | 14 | 10.450 |
| Kusel | 5 | 2.781 |
| Ludwigshafen | 9 | 24.480 |
| Neustadt | 12 | 5.840 |
| Pirmasens | 9 | 11.485 |
| Speyer | 10 | 2.535 |
| Zweibrücken | 8 | 4.300 |
| Landau | 12 | 3.060 |
| Landstuhl | 2 | 400 |
| Zell | 1 | 60 |
| Pfalz insgesamt | | 70.663 |

Quelle: Die Rheinpfalz v. 11.12.1946

Struktur und fachliche Abgrenzung der zu bildenden „provinzialen Vereinigungen der Verbände" oblagen einer Studienkommission aus Vertretern der Lokal-Gewerkschaften. Am 4. Juli 1946 unterbreitete Adolf Ludwig ihren Vorschlag, der 15 Industrieverbände vorsah. Ihre konstituierenden Versammlungen wurden auf Drängen des Arbeitsdirektors Thibault auf die letzte Juli-Woche terminiert, doch waren zu diesem Zeitpunkt allein die Verbände Schuh und Leder, Holz, Graphisches Gewerbe sowie Textil und Bekleidung in der Lage, sich gemäß dem verordneten Gewerkschaftsrecht zu vereinigen. Während die Verbände Chemie, Metall, Bau-Steine-Erden sowie Nahrungs- und Genußmittel im August gegründet wurden, fehlte es beispielsweise in den Bereichen Transport, Kunstschaffende oder Handelsbetriebe zunächst an einer hinreichenden Zahl von Ortsgruppen.[44] Trotz dieser Probleme waren gegen Ende des Jahres die vorgesehenen Bezirksgewerkschaften konstituiert, und man wäre in Hessen-Pfalz somit in der Lage gewesen, einen Gewerkschaftsbund ins Leben zu rufen.

44 NL Volkemer, Nr. 9: Schreiben des Beauftragten der Gewerkschaften für Hessen-Pfalz v. 29.7.1946; zur Gründung der Gewerkschaft Holz in Hessen-Pfalz vgl. Walter Dorrich, Aufbau und Entwicklung der Gewerkschaft Holz in Rheinland-Pfalz 1945-1950, Magisterarbeit, Universität Mannheim 1988, S. 19ff.

Diese Organisationsstufe entfiel jedoch, weil inzwischen das Land Rheinland-Pfalz entstanden war. Die nunmehr erforderliche Fusion mit den Gewerkschaften des Bezirkes Rheinland-Hessen-Nassau sollte indessen mehr Zeit in Anspruch nehmen, als es dem Besatzungsregime lieb war. Da die organisatorische Entwicklung im Raum Trier-Koblenz-Montabaur nicht mit der rheinhessisch-pfälzischen hatte Schritt halten können, bedurfte es der Mithilfe der Kollegen aus Hessen-Pfalz, um die Voraussetzungen für die Verbandsbildung auf Landesebene möglichst rasch zu schaffen.[45]

Diese forcierten Organisationsbestrebungen mündeten dann in den Gründungskongreß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, kurz AGB Rheinland-Pfalz. Hierzu vereinigten sich am 2. Mai 1947 in Mainz siebzehn Landesgewerkschaften mit rund 168.000 Mitgliedern aus 28 Kreisausschüssen. Damit war die organisatorische Grundstruktur der zukünftigen Gewerkschaftslandschaft hergestellt. Vollendet wurde sie mit der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Oktober 1949 und der zum 1. Januar 1950 erfolgten Eingliederung des AGB als Landesbezirk des DGB.

Zum ersten Vorsitzenden des rheinland-pfälzischen Bundes hatten die Delegierten im Mai 1947 Adolf Ludwig gewählt. Sein Stellvertreter wurde Michael Hennen aus Koblenz, wie Ludwig Sozialdemokrat, und wie dieser als Gewerkschaftsbeauftragter tätig, allerdings für Rheinland-Hessen-Nassau. Gemessen an den Führungsposten dominierten die pfälzischen Gewerkschafter im neuen Bund. Sie standen in 10 der 17 Landesverbände an der Spitze, verfügten über sechs Sitze im Bundesvorstand (Rheinland drei, Rheinhessen zwei) und stellten, wie gesagt, den Vorsitzenden der Gesamtorganisation.

Um die Jahresmitte 1949 hatten sich in der Pfalz fast 110.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Gewerkschaften angeschlossen (vgl. Tabelle). Dies waren 47,4 Prozent aller gewerkschaftlich Organisierten in Rheinland-Pfalz.

## „Ratgeber für alles"

Woher rührte der Sinneswandel der Besatzungsmacht, warum der überraschende Tempowechsel beim Verbandsaufbau? Ein maßgeblicher Grund ist sicherlich in der Realisierung der ökonomischen Besatzungsziele zu sehen. Frankreich wollte zur Entschädigung erlittener Kriegsverluste den größmöglichen wirtschaftlichen Nutzen aus seiner Zone ziehen, und bald hatte man erkannt, daß eine wirkungsvolle, disziplinierte Gewerkschaftsbewe-

45 Vgl. Seidl (wie Anm. 11) S. 156ff.; Lattard, Gewerkschaften und Arbeitgeber (wie Anm. 14), S. 121ff.

gung, die Betriebsräte eingeschlossen, den hierzu erwünschten sozialen Frieden am ehesten garantieren würde. Die Gewerkschaften erwiesen sich einmal mehr als „unentbehrliche soziale Organisatoren".[46]

Das erklärt auch zum Teil, daß sie schon frühzeitig Aufgaben wahrgenommen haben, die weit über den offiziell festgelegten Rahmen hinausgingen. Demnach sollten sie nur in Entnazifizierungsausschüssen mitwirken und Beisitzer für Arbeitsgerichte ernennen. Arbeiterselbsthilfe ließ sich jedoch nicht besatzungsrechtlich reglementieren.

„Das Gewerkschaftsbüro war der Ratgeber für alles", hielt Adolf Ludwig in einem Bericht über „Ein Jahr schwieriger Aufbauarbeit" im Januar 1947 fest. „Von früh bis spät drängten sich die Menschen, um irgendwelche Auskunft oder eine Hilfe in ihrer Not zu erhalten. Man durfte nicht engherzig auf die Unzuständigkeit hinsichtlich verschiedener Anforderungen verweisen. Im Vordergrund stand natürlich das brennendste Problem, die Ernährung. Aber auch die Wohnungsnot (...) nahm die Zeit der Funktionäre stark in Anspruch. Zuzugsgenehmigungen der Evakuierten, Eingliederung der zurückgekehrten Kriegsgefangenen, Ankurbelung von Betrieben, Regelung der Arbeitszeit, Abmachungen zur Stromeinsparung, Demontage von Maschinen, Feiertags- und Urlaubsregelungen, Wiederingangsetzung der Sozialversicherung, Hilfe für die Kriegshinterbliebenen, für Sozialrentner, Wohlfahrtsempfänger usw., Entnazifizierung, Treuhänder für sequestrierte Betriebe, Betriebsrätewahlen und Vorbereitungen für die Anwendung des neuen Betriebsrätegesetzes des Kontrollrates, Neubildung der Arbeitsgerichte, Mitarbeit zur Erzielung von Betriebsvereinbarungen: Das sind einige der wichtigsten Probleme, die den Gewerkschaften viel Arbeit aufbürdeten."[47]

In Anbetracht dieses Tätigkeitskatalogs wird ein Manko früher Gewerkschafts- und Betriebsräte-Aktivität unmittelbar einsichtig: der Mangel an Funktionären. „Die fähigen Kräfte sind zu alt und mit der Jugend ist nichts anzufangen", lamentierte Ludwig im September 1946 in einem Brief an einen Freund.[48] Daß die relativ dünne Schicht der mittleren Weimarer Funktionärsgeneration dem in der NS-Zeit sozialisierten Nachwuchs vorerst reserviert gegenüberstand, ist durchaus verständlich. Im übrigen war die Jugend per Besatzungsrecht vorübergehend aus dem Gewerkschaftsleben der französischen Zone ausgeschlossen: Die Übernahme von Verwaltungs- und

46 Lattard, Gewerkschaftsfrage in Rheinland-Pfalz 1945-49, in: Franz-Josef Heyen (Hrsg.), Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945-51, Boppard a. Rhein 1984, S. 216.

47 Gewerkschaftszeitung (Rheinland-Hessen-Nassau), Januar 1947, zit. ebd., S. 216f.

48 Nestler (wie Anm. 2), S. 443: Adolf Ludwig an Dr. Gerhard Kreyssig, 10.9.1946.

Vorstandsämtern erforderten ein Mindestalter von 30, seit Mitte 1946 von 25 Jahren; und wer Gewerkschaftsmitglied werden wollte, mußte wenigstens 18 sein. Adolf Ludwig hatte Anfang 1946 in Verhandlungen mit der Militärregierung erreicht, daß in Hessen-Pfalz gewerkschaftliche Jugendgruppen gebildet werden konnten. In ihnen durften sich Arbeitnehmer unter 18 Jahren organisieren, ohne formell Gewerkschaftsmitglieder zu sein.

## Das Scheitern der Neuordnungsziele

Vielfalt und Umfang der tagespolitisch-praktischen Belastungen der Gewerkschafter im Besatzungsalltag ließen auch die Bemühungen um die Durchetzung der Neuordnungsziele oft in den Hintergrund treten. Dabei hatten die Gewerkschaften ihren Reformwillen immer wieder deutlich artikuliert, und sie standen mit ihren Forderungen anfangs keineswegs allein. Kurz nach dem Zusammenbruch der Nazi-Diktatur hätte wohl kaum jemand eine Wette auf das Fortbestehen des Kapitalismus abgeschlossen. Sozialistische Stimmungen und Bestrebungen waren weit verbreitet, wenn auch recht vage und wenig entschieden. Für irgendeine Form des Sozialismus plädierten Politiker und Gewerkschafter von den Kommunisten, über die Sozialdemokraten bis zum damals starken linken Flügel der entstehenden CDU.

Wie kam's, wie läßt sich diese antikapitalistische bzw. diffuse sozialistische Grundströmung erklären? Zunächst und vor allem damit, daß bei vielen Menschen durchaus ein Gespür dafür vorhanden war, wie stark zahlreiche Unternehmer von ihrer Symbiose mit der NS-Diktatur profitiert hatten. Und insbesondere auf seiten der politischen Linken waren nicht wenige davon überzeugt, „das Monopolkapital (habe) Hitler zur Macht verholfen und in seinem Auftrag (habe) er den großen Raubkrieg gegen Europa vorbereitet und geführt". So argumentierte im Sommer 1945 Kurt Schumacher, der erste Nachkriegsvorsitzende der westdeutschen SPD.

Doch Unternehmerwirtschaft war nicht nur deshalb diskreditiert. Viele glaubten überdies, wie Hans Böckler im März 1946, der Kapitalismus liege ohnehin „in seinen letzten Zügen".[49] Und dieser „sterbenskranke kapitalistische Patient" würde nicht in der Lage sein, die katastrophale wirtschaftliche und soziale Situation zu meistern - eine Meinung, die sich freilich rasch ins Gegenteil verkehrte, als eben dieser totgesagte Kapitalismus nach Währungsreform und Marshallplan-Hilfe zu demonstrieren begann, wie man Fleischtöpfe füllt.

---

49 Zit. nach SCHÖNHOVEN (wie Anm. 16), S. 208, auch zum Folgenden.

Nicht zuletzt gab es natürlich grundsätzlichere Argumente für eine Sozialisierung, und zu denjenigen, die eine antikapitalistische Tradition über die Jahre der Diktatur hinweg lebendig gehalten hatten, rechneten auch die alten Gewerkschafter. Ihr Zielkatalog zur Wirtschaftsplanung, Mitbestimmung und Überführung der Grundstoffindustrien und Großbanken in Gemeineigentum kann hier nicht im Detail ausgebreitet werden. Wenigstens ein Beleg soll angeführt werden: Er stammt aus der „Entschließung zur Wirtschaftsdemokratie und Sozialisierung", einstimmig angenommen auf dem Gründungskongreß des AGB Rheinland-Pfalz. Als „unerläßliche Vorstufen für die dringend notwendige Neuordnung" forderte sie im Mai 1947 „die Erweiterung" des Betriebsräterechts, „die Eingliederung der Gewerkschaften in die Wirtschaftskammern" und „die Überführung aller Schlüsselunternehmungen in Gemeineigentum". Die Begründung lautete kurz, aber entschieden: „Zwei Kriege in so kurzen Abständen, fortgesetzte Krisen und Störungen verbunden mit Massenarbeitslosigkeit, Not und Zerstörungen haben bewiesen, daß die bisherige Wirtschaftsform unhaltbar ist."[50]

Das sahen andere vor dem Hintergrund der entstehenden Ost-West-Spaltung bald zunehmend anders, und spätestens nach der Niederlage der sozialreformerischen Kräfte bei der ersten Bundestagswahl 1949 war abzusehen, daß die Republik restaurativ geprägt sein würde. Auf der Habenseite verbuchten die Gewerkschaften zwar schließlich die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie, ihre Sozialismushoffnungen aber waren unerfüllt geblieben.

Über die Frage, warum diese Neuordnungskonzepte nicht zum Zuge kamen, ist später heftig gestritten worden. Eine eindeutige Antwort gibt es nicht. Statt dessen ein Bündel erklärungsfähiger Faktoren, von denen die Machtkonstellation kraft Besatzungsherrschaft zumindest für die frühe Nachkriegsphase wohl das stärkste Gewicht beanspruchen kann.

„Die große Enttäuschung unserer Leute", schrieb Adolf Ludwig 1947, „ergibt sich aus der Tatsache, daß alle geglaubt haben, nach dem Zusammenbruch dieses Verbrecher-Regimes könne nur eine von den Widerstandskräften getragene Demokratie und sozialistische Wirtschaft in Frage kommen. Aber", so deutete er das Dilemma, „eine Militärregierung setzt sich naturgemäß aus Offizieren zusammen, die aus einem ganz anderen Milieu kommen. Sie sind belastet mit den Vorurteilen und Anschauungen ihrer Klasse und lassen dies bei ihren Handlungen sehr deutlich merken. Der Sozialist ihres Landes ist nun einmal ihr Gegner und dieses Gefühl haben sie

50 Zit. nach LATTARD, Gewerkschaften und Arbeitgeber (wie Anm. 14), S. 152.
51 NESTLER (wie Anm. 2), S. 448: Adolf Ludwig an Arthur Schweitzer, 10.4.1947.

auch gegenüber uns."[51] Zudem hätte ein struktureller Eingriff in bestehende Eigentumsverhältnisse und betriebswirtschaftliche Regelungen womöglich das umfassende Reparationsprogramm in Frage gestellt, und das war unter allen Umständen zu vermeiden.

Zweifellos kann man den Siegermächten nicht allein die Schuld am Scheitern der gewerkschaftlichen Forderungen anlasten, obwohl deren Wort stets das letzte war. Hausgemachte Probleme auf seiten der Linken kamen hinzu. Durch die zunehmende Konfrontation zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten - befördert von den Vorgängen bei der SED-Gründung in der SBZ - wurden die Durchsetzungschancen sozialistischer Konzepte noch weiter verringert.

Deuteten die in der Phase zwischen Befreiung und Besetzung entstandenen Kooperationsformen die Möglichkeit gemeinsamer Organisationen der Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem wie politischem Tätigkeitsfeld an, war die Einheitseuphorie der ersten Monate vorbei, nachdem die aus Moskau remigrierte KPD-Spitze ihrer Anhängerschaft einen separaten Parteiaufbau verordnet hatte. Dem gleichzeitig unterbreiteten Angebot zur „Aktionseinheit" folgten die westdeutschen Sozialdemokraten kaum. Und je mehr sich in ihren Reihen der distanzierende Kurs Kurt Schumachers durchsetzte, desto stärker traten auch in den entstehenden Gewerkschaftsorganisationen wieder Rivalitäten und Reibungsflächen hervor. Insbesondere die Verhältnisse in der SBZ nährten das Mißtrauen, das im sozialdemokratischen Lager in Erinnerung an die unüberbrückbaren Gegensätze zu den 'Weimarer' Kommunisten trotz allem Einheitswillen durchaus noch gegenwärtig war.[52]

Ob eine stärkere Mobilisierung des Betriebsrätepotentials zum Erfolg geführt hätte, ist eher unwahrscheinlich. Die Betriebsvertretungen waren insgesamt nicht das radikale Element, das es zur Durchsetzung der Neuordnungsziele wohl bedurft hätte. „Wiederaufbaupakt statt Klassenkampf" könnte die Formel lauten, mit der ihr Verhalten in der Besatzungszeit zu charakterisieren ist.[53] Ihr praktisches Engagement konzentrierte sich auf die vielfältigen Alltagsprobleme der Belegschaften, auf das Ingangsetzen der Produktion, auf die Beschaffung von Arbeitsplätzen und die Abwehr

52 Vgl. auch die von Adolf Ludwig und Albert Müller unterzeichnete Mahnung "Für die Einheit und Erhaltung der Gewerkschaften", in: Der Gewerkschaftler 1 (1946), Nr. 3, abgedruckt bei Dietrich (wie Anm. 6), S. 179.

53 Vgl. Michael Fichter, Aufbau und Neuordnung: Betriebsräte zwischen Klassensolidarität und Betriebsloyalität, in: Von Stalingrad zur Währungsreform, hrsg. v. Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, 2. Auflage München 1989, S. 469-549.

von Demontagevorhaben. All dies bedingte ein Miteinander mit den Unternehmensspitzen: sei es, um über den Kompensationshandel die Ernährungslage der Belegschaften zu verbessern; sei es, gegen die Besatzungs-Administration und ihre Reparationsverlangen zusammenzustehen. Auch Streiks und Demonstrationen in der Nachkriegszeit haben gezeigt, daß vorwiegend der Hunger und die schlechten Arbeitsbedingungen die Belegschaften auf die Straße trieben, nicht primär das Verlangen einer gesellschaftlichen Neuordnung.

„Speck *und* Sozialisierung"[54] waren nicht angesagt, unter den genannten Bedingungen wohl auch nicht zu bekommen. Noch weniger dann unter der bürgerlich-konservativen Vormacht der Adenauer-Zeit, in der die Arbeiterbewegung wieder in der Defensive war. Seit Mitte der fünfziger Jahre nahm die Entwicklung gewerkschaftlicher Interessenvertretung ihren traditionellen tarifpolitischen Gang. Hauptziel war es nunmehr, für die Arbeitnehmerschaft ein möglichst großes Stück vom Wirtschaftswunder-Kuchen abzuschneiden. Und dies gelang mit beachtlichem Erfolg.

Zumindest eine weitere, wenn nicht die wesentlichste Leitvorstellung der Gründungsväter, selten Gründungsmütter[55], hatte sich ebenfalls langfristig durchgesetzt. Obwohl durch parteipolitische Polarisationen vor erhebliche Belastungsproben gestellt, überstand die Einheitsgewerkschaft auch die innenpolitischen Scharmützel des Kalten Krieges.

---

54 Schonhoven (wie Anm. 16), S. 213.

55 Ende 1948 waren im AGB Rheinland-Pfalz 24.000 Frauen (=10,4 Prozent der Gesamtmitgliederschaft) organisiert. Dem Bundesvorstand des AGB gehörte 1948 mit Käthe Hartmann aus Pirmasens nur eine Frau als Beisitzerin an.

*Titelsignets von Zeitungen 1945-1949*

# „Schluß mit den Goebbels-Zeitungen". Der Neuaufbau der Presse in der Pfalz ab 1945

**Stephan Pieroth**

„In dieser Zeitung sollen alle politischen Tendenzen vertreten sein. Die Herren, die hier die Zulassung bekommen haben, sollen sich als Treuhänder der deutschen Presse betrachten." Freitag, 21. September 1945: In Neustadt an der Haardt war ein kleiner Kreis von Deutschen und Franzosen zusammengekommen, um die Gründung der ersten pfälzischen Nachkriegszeitung, „Die Rheinpfalz" zu besprechen.[1] Major Botigelli, Repräsentant der Informationsabteilung der Militärregierung in Baden-Baden, erläuterte die Vorgaben. Mit am Tisch saßen Camille Flunkert, designierter Zensuroffizier des neuen Blattes, Dr. Otto Eichenlaub, der Chef des Nachrichten- und Presseamtes beim Oberregierungspräsidium Neustadt, und die wichtigsten Mitarbeiter der Zeitung: Edmund Kroneberger, ein Katholik mit guter Verbindung zur Speyerer Bistumsleitung, sollte das Amt des Chefredakteurs übernehmen. Das politische Spektrum vervollständigten der Sozialdemokrat Paul Selbach, der Kommunist Herbert Müller und Oswald Dobbeck, ein parteiunabhängiger Journalist, der als „Vertreter der liberaldemokratischen Tendenz" vorgestellt wurde.

„Sie haben nun die Möglichkeit, eine deutsche Presse zu veröffentlichen", sagte Botigelli laut Protokoll, „aber diese Zulassung gilt nur insofern, als sie Schluß macht mit den Goebbels-Zeitungen und den Anfang zu einer demokratischen Presse bildet. Hoffentlich werden bald die politischen Parteien wieder zu Wort kommen können; damit wird die deutsche Presse auf eine breitere Grundlage gestellt werden können. In der jetzigen Lage aber soll die Presse zur Umerziehung des deutschen Volkes dienen, es soll eine Umerziehung zur demokratischen Presse sein, zu Sachlichkeit und Objektivität." Ein halbes Jahr war es her, dass die für den „Endsieg" trommelnde „Goebbels-Presse" ihr Erscheinen hatte einstellen müssen.

Wie im gesamten Deutschen Reich, so hatte die NSDAP auch in der Pfalz einen radikalen Strukturwandel zu ihren Gunsten erzwungen. Die „NSZ Westmark", ihre Gauzeitung, war mit einem Marktanteil von zuletzt 85 Prozent in eine Quasi-Monopolstellung hineingewachsen. Von mehr als 50

1 Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche, Colmar (im folgenden: AOFAA), Best. Commissariat pour le Land Rhénanie-Palatinat (RP), Affaires Politiques, Caisse (C.) 3196, paquet (p.) 97, dossier (d.) Presse, sous-dossier (s/d.) "Rheinpfalz": Protokoll über die Gründungssitzung der pfälzischen Zeitung "Die Rheinpfalz" v. 21.9.1945.

verlegerisch selbstständigen Tageszeitungen der Weimarer Zeit waren neben der „NSZ" am Ende nur noch fünf vollständig „gleichgeschaltete" Lokalblätter übrig geblieben.[2]

## Presse unter Aufsicht: Zur Rolle der französischen Besatzungsmacht beim Neuaufbau

Mit einer Mischung aus Faszination und Entsetzen hatten die Alliierten beobachtet, wie stark die staatlich dirigierte Presse die Deutschen bis zum Kriegsende hatte beeinflussen können. Demokratische „Umerziehung" war nun das Hauptziel der neuen Medienpolitik; alle noch bestehenden Presseorgane wurden verboten.[3] Die wichtigste Vorschrift für den Neuaufbau publizierte das Alliierte Oberkommando im Mai 1945: „Nur auf Grund einer schriftlichen Zulassung der Militärregierung" - Lizenz genannt - „und in Übereinstimmung mit den Vorschriften dieser Zulassung und den Bestimmungen und Anweisungen der Militärregierung" sollten Presseorgane künftig erscheinen können. Dieses System der unter Aufsicht arbeitenden Lizenzpresse blieb bestehen bis Ende September 1949.

Frankreich, das den Nordteil seiner Zone am 10. Juli 1945 von den Amerikanern übernahm, hatte sich auf die Rolle als Besatzungsmacht nur unzureichend vorbereiten können. Es fehlte an qualifiziertem Personal, an Geld, an Material und Rohstoffen aller Art. Zudem hatte die Besatzungsverwaltung lange mit erheblichen internen Organisations- und Kommunikationsproblemen zu kämpfen. Betroffene konnten nur noch den Kopf schütteln, wenn - wie in der Pfalz geschehen - Demontagetrupps Druckmaschinen nach Frankreich abtransportierten, während sich parallel dazu andere Dienststellen bemühten, solche Maschinen für den Neuaufbau der Presse sicherzustellen. In der Zielsetzung ihrer Medienpolitik waren sich die französischen Stellen einig: Die neue deutsche Presse sollte abrechnen mit den Verbrechen der NS-Zeit, ihre Leserschaft schrittweise zur Demokratie hinführen und die französische Besatzungs- und Außenpolitik möglichst verständnisvoll darstellen.

Um diese Botschaften zu transportieren, setzte man alle verfügbaren Mittel zunächst für die Gründung großer Regionalzeitungen ein. Diese Regionalpresse sollte - Beispiel „Rheinpfalz" - überparteilich sein, aber Vertreter verschiedener politischer Richtungen zu Wort kommen lassen. Erst als diese Blätter mit ihren Lokalausgaben etabliert waren, genehmigte die Besat-

2 Stephan Pieroth, Parteien und Presse in Rheinland-Pfalz 1945-1971 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 18), Mainz 1994, S. 99ff., sowie Datenübersicht S. 719-753.

3 Dazu und zum Folgenden: ebd., S. 129ff.

zungsmacht ergänzend dazu im Frühjahr 1947 vier landesweit verbreitete Parteizeitungen. Die sogenannten Altverleger, die während der NS-Zeit Zeitungen herausgegeben hatten, konnten erst nach dem Fall der Lizenzschranken Ende 1949 wieder aktiv werden. Ohne festes Schema ging die Besatzungsmacht bei der Rekrutierung von Verlags- und Redaktionspersonal vor. Zwar wollte man frühere aktive Nazis grundsätzlich aus der Branche heraushalten; die frühere Mitgliedschaft in der NSDAP war jedoch kein Problem, wenn man einen Bewerber für kompetent hielt und ihm loyale Zusammenarbeit zutraute.

Die inhaltliche Pressekontrolle war äußerst streng. Für die überparteiliche Presse galt in der französischen Zone bis zum Sommer 1948 das Regime der Vorzensur: Der gesamte oder doch zumindest der politisch relevante Inhalt jeder Ausgabe musste vor dem Druck einem Presseoffizier zur Genehmigung vorgelegt werden. Diese mit umfassenden Kompetenzen ausgestatteten „Zensurkommissare" (später „Presseinspektoren" genannt) hatten eigene Büros bei den Zeitungen und waren entsprechend stark in die Tagesarbeit involviert. Sie sollten nicht nur „negative" Veröffentlichungen verhindern, sondern auch für die Behandlung erwünschter Themen sorgen.

Die Parteipresse unterlag von Beginn an, die überparteiliche Presse ab dem Herbst 1948 der Nachzensur. Zwar konnten die Redaktionen nun selbst bestimmen, was ins Blatt kam; bei Verstößen gegen Vorgaben der Besatzungsmacht riskierten sie jedoch noch bis über das Ende der Lizenzära hinaus Sanktionen. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht waren die Verlage während der Lizenzzeit in hohem Maße abhängig von der Besatzungsmacht: Sie war es, die rationierte Güter zuteilte, sie sorgte dafür, dass Verlage technische Betriebe pachten konnten, und sie vergab oder vermittelte Druckaufträge, mit denen diese Betriebe ausgelastet werden konnten.

## Der Aufbau der überparteilichen Regionalpresse: „Die Rheinpfalz" und „Pfälzische Volkszeitung"

Unter amerikanischer Besatzung konnten in der Pfalz keine Zeitungen erscheinen, sondern nur einige Mitteilungsblätter, die auf lokaler Ebene Bekanntmachungen und ein Minimum an sonstiger Information verbreiteten. Beispiele dafür sind der „Stadt-Anzeiger" in Ludwigshafen (ab dem 12. Mai 1945)[4] und die „Mitteilungen" in Kaiserslautern (ab dem 5. Mai 1945).[5]

4 Stefan Mörz, Vom Westboten zur Rheinpfalz. Die Geschichte der Presse im Raum Ludwigshafen von den Anfängen bis zur Gegenwart (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen, Bd. 19), Ludwigshafen 1994, S. 130-132.

5 Pierotti (wie Anm. 2), S. 167.

Zum Zentrum der Presseplanungen wurde auf deutscher Seite in den ersten Nachkriegsmonaten das Oberregierungspräsidium in Neustadt. Bereits unter amerikanischer Besatzung waren dort unter Federführung des Chefs des Nachrichten- und Presseamtes, Dolf Sternberger, Überlegungen für den Neuaufbau der Tagespresse angestellt worden.[6] Sternbergers Mitarbeiter Dr. Otto Eichenlaub, ein früherer Redakteur aus Ludwigshafen, wurde zu einer Schlüsselfigur des weiteren Geschehens. Er, der Anfang Juli an die Spitze der Amtes aufrückte und im Oktober die Leitung der Behörde übernahm, entwickelte in Abstimmung mit den Franzosen Konzepte, die zu zwei Zeitungsgründungen führten. Die Militärregierung sorgte zunächst dafür, daß an ihrem Amtssitz Neustadt ab dem 25. August 1945 ein zweisprachiges „Bulletin d'Information du Gouvernement Militaire du Hesse-Palatinat" als „Vorläufiges Nachrichtenblatt zweimal wöchentlich bis zum Erscheinen von Zeitungen" (Untertitel) erschien.

Zum Betriebsleiter des „Bulletin" berief Eichenlaub einen persönlichen Bekannten: den Verlagskaufmann Josef Schaub, der bis 1936 bei der von den Nazis geschlossenen „Neuen Pfälzischen Landes-Zeitung" in Ludwigshafen gearbeitet hatte. Eichenlaubs Vorschläge liefen - so der Stand von Anfang September 1945 - darauf hinaus, eine Zeitung für die Vorderpfalz am Verlagsort Neustadt zu gründen, die den Namen „Die Rheinpfalz" tragen sollte, und eine zweite mit dem Titel „Die Westpfalz" in Kaiserslautern. Redaktionen und Verlagskommissionen sollten den französischen Vorstellungen entsprechend mit Vertretern von Zentrum, Sozialdemokraten, Liberalen und Kommunisten besetzt werden. Nicht „einzelne Interessenten, Parteien oder Private" sollten nach Eichenlaubs Vorstellung Träger der Verlage sein, sondern die öffentliche Hand über eine vom Regierungspräsidenten dirigierte „Pfälzische Kultur-GmbH". Letzteres wollten jedoch die auf Trennung von Staat und Presse bedachten Franzosen nicht.

Ansonsten aber vollzog sich die „Rheinpfalz"-Gründung wie skizziert: Am 10. September beriefen französische Offiziere in Neustadt Josef Schaub, den Drucker des „Bulletin", zum Verlagsleiter und legten die Zusammensetzung des Redaktionsausschusses fest. In der früheren Druckerei der „NSZ" in Lambrecht und in der Pfälzischen Verlagsanstalt in Neustadt liefen die Vorbereitungen an. Am Samstag, 29. September 1945, erschien die Nummer 1 der „Rheinpfalz". Die Startauflage betrug 52.000 Exemplare, das Blatt erschien zunächst zweimal wöchentlich. Die Losung für die nächsten

6 Dazu und zum Folgenden: ebd., S. 153-170.

Jahre formulierten die Mitglieder des Redaktionsausschusses so: „Über Trümmer und Not, durch Elend und Chaos zu Ordnung und Leben!"[7]

Die Aufbaugeschichte der „Rheinpfalz" verlief, wie bei vielen Blättern der Gründerzeit, turbulent: Es gab wiederholte Führungswechsel in der Redaktion und Konflikte um Verlagsstruktur und Kurs der Zeitung. Zum ersten Opfer dieser Auseinandersetzungen wurde der 36-jährige Chefredakteur Edmund Kroneberger. Er hatte zusätzlich den Posten eines Präsidialdirektors beim Oberregierungspräsidium übernommen. Kollegen warfen ihm im März 1946 vor, seine Amtspflichten nur unzureichend zu erfüllen, und forderten bei der Besatzungsmacht seine Ablösung. Gegen diese Entlassung sperrte sich die CDU Rheinhessen-Pfalz, die Kroneberger als ihren Vertrauensmann in der Redaktion betrachtete. Zugleich forderte die Partei mehr Einfluss auf die Zeitung. General Boulay, der Oberste Delegierte, wollte ebenfalls an Kroneberger festhalten, vertrat seine Position in der Auseinandersetzung mit übergeordneten Stellen in Baden-Baden jedoch so aggressiv, daß er seinen Posten verlor.

André Brozen-Favereau, der Nachfolger, setzte dann im Juli 1946 die Lösung durch, die die Redaktion - unterstützt von Zensuroffizier Flunkert - vorgeschlagen hatte: Kroneberger ging, an seiner Stelle übernahm Dr. Ernst Johann (36) aus Schifferstadt die Redaktionsleitung. Ihm zur Seite stand Hugo V. Seib als Stellvertreter und Vertrauensmann der CDU; er ging später als Chef vom Dienst zur „FAZ". Im Frühjahr 1947 kam es zur lange erwarteten Pressereform. Die Parteien durften nun eigene Zeitungen herausgeben. Die Militärregierung ordnete deshalb die Auflösung der paritätischen Redaktionsausschüsse an. Das bedeutete: Parteivertreter hatten aus den überparteilichen Blättern auszuscheiden oder ihren Status als politische Lobbyisten aufzugeben. Gehen mussten deshalb bei der „Rheinpfalz" SPD-Vertreter Maxim Kuraner, der für Paul Selbach nachgerückt war, und Herbert Müller von der KPD. Im Mai 1947 übernahm die „Rheinpfalz" die Abonnenten der eingestellten „Pfälzischen Volkszeitung" und dehnte ihr Vertriebsgebiet auf die Westpfalz aus; mehr dazu weiter unten.

Am 18. Dezember 1947 wurde mit französischer Genehmigung die Rheinpfalz-Verlag und Druckerei-GmbH gegründet. Das Stammkapital von 20.000 Reichsmark teilten sich acht Gesellschafter: Verlagsleiter Josef Schaub (5100 RM), Hauptbuchhalter Arthur Lenk (2000), Rotationsmaschinenmeister Michael Nagel, Metteur Hans Wipprecht, Maschinensetzer Franz

7 Die Rheinpfalz Nr.1 v. 29.9.1945: "An unsere Leser". Einen Überblick über die Verlagsgeschichte bis zur Gegenwart gibt die Jubiläumsbeilage der Rheinpfalz Nr. 227 v. 29.9.1995, S. 3-6.

(KPD) waren viel beschäftigte Parteifunktionäre, die Pressearbeit nur nebenbei machten. Insofern war ihr Einfluss auf die Zeitung noch geringer als der der festangestellten Parteileute bei der „Rheinpfalz". Front gegen den Verleger Rohr machte in Eingaben an die Besatzungsmacht schon ab Januar 1946 der Oberregierungspräsident Otto Eichenlaub. Dazu stieß eine Kaiserslauterer Interessentengruppe, die aus Chefredakteur Le Maire und örtlichen Parteipolitikern bestand. Ziel ihrer Vorstöße bei Oberst Magniez in Neustadt war es, Rohr als Lizenzträger zu entmachten. Eine Verlagsgesellschaft „Neue Pfälzische Volkszeitung", der neben Le Maire je zwei Vertreter von SPD (darunter Oberbürgermeister Alex Müller), CDU und KPD angehörten, wollte das Blatt übernehmen. Rohr, so lautete ihr Vorwurf, habe von der Zusammenarbeit mit der NSDAP profitiert und maße sich nun Besitzrechte an einer Druckerei an, die in Wahrheit ordnungsgemäß an die Partei verkauft worden sei.

Der Angegriffene hatte zu diesem Zeitpunkt jedoch offenbar noch den besseren Draht zur Besatzungsmacht. Nicht er verlor im Frühjahr 1946 seine Stellung, sondern der rebellierende Chefredakteur Le Maire: Er wurde zunächst beurlaubt, dann entlassen. Anfang Juli verschwand sein Name aus dem Impressum. Zudem sorgte Rohr dafür, daß nun ein Verlag gegründet wurde, dessen Struktur scheinbar den Erwartungen der Besatzungsmacht Rechnung trug: Betriebsbeschäftigte wurden Teilhaber. Die Buchdruckerei und Verlag Heinz Rohr GmbH, die sich am 30. Juli 1946 in Kaiserslautern konstituierte, gehörte fünf Anteilseignern: Heinz Rohr hielt die Hälfte des Stammkapitals von 20.000 Reichsmark, Dr. Otto Rohr 2500 Mark. Anteile von je 2500 Mark übernahmen drei Verlagsangestellte. De facto behielt die Familie Rohr schon aufgrund ihrer Kapitalmehrheit alle Fäden in der Hand, und schon Anfang 1949 endete diese Phase der „Mitarbeiterbeteiligung": Alle Anteile gingen in den Besitz der Verlegerfamilie über.

Bereits im Mai 1947 war die „PVZ" als einzige Tageszeitung des Landes wieder von der Bildfläche verschwunden. Der Grund: Für die neu zugelassene Parteipresse sollten Papierkontingente freigemacht werden. Die Militärregierung wählte zwischen den beiden pfälzischen Zeitungen und votierte gegen das Kaiserslauterer Blatt. Am 13. Mai erfuhr Rohr, dass ihm kein Papier mehr zugeteilt würde. Damit hatte die „PVZ", ohne dass es eines Lizenzentzuges bedurfte, keine Existenzchance mehr. Der „Rheinpfalz"-Verlag bekam den Auftrag, die mittlerweile 100.000 westpfälzischen Abonnenten zum 20. Mai zu übernehmen. Der Kaiserslauterer Verlag erhielt dafür keine Entschädigung. Die „Rheinpfalz" übernahm nicht nur die Leser, sondern auch die meisten Beschäftigten der westpfälzischen Zei-

tung. Da ihr Papierkontingent nicht entsprechend aufgestockt wurde, musste sie zunächst einmal 65.000 vorderpfälzischen Abonnenten kündigen, um die Westpfalz einigermaßen versorgen zu können. Mittel- und langfristig war die Ausweitung des Vertriebsgebiets allerdings von unschätzbarem Wert. Zu ihren besten Zeiten, noch vor der Währungsreform, erreichte die „Rheinpfalz" nun eine Druckauflage von bis zu 274.000 Stück.

## Die Parteipresse

Im Frühjahr/Sommer 1947 erweiterte sich das Angebot für die pfälzischen Zeitungsleser beträchtlich: CDU, Liberale, SPD und KPD begannen mit der Herausgabe landesweit verbreiteter Parteiorgane.[11]

Als einzige Partei schaffte es die CDU, noch mit einer eigenen Zeitung in den Landtagswahlkampf einzugreifen.[12] „Der Westen" erschien ab dem 13. Mai 1947 am Druck- und Verlagsort Neuwied. Die Startauflage dürfte bei 80.000 Exemplaren gelegen haben; der katholisch geprägte Norden des Landes war eindeutiger Vertriebsschwerpunkt. Die Redaktion arbeitete in Koblenz. Chefredakteur wurde Dr. Karl Klein (48), der sein Handwerk in der alten rheinischen Zentrumspartei gelernt hatte. Hinter dem Verlag des „Westen" standen sechs prominente CDU-Politiker des Landes als Gesellschafter; dazu gehörten Ministerpräsident Peter Altmeier und als einziger Pfälzer der Landauer Oberbürgermeister Dr. Alois Krämer.

Der „Westen", ein loyaler, aber recht farbloser Sachwalter der Koblenzer CDU-Landespolitik, war in der Pfalz von Beginn an ein ungeliebtes Kind. Die regionale Parteispitze strebte die Gründung eines eigenen Organs an; im „Westen" sah sie ihre Anliegen nur unzureichend berücksichtigt. Nicht anders klangen die Urteile der Mitgliedschaft. So ging die Auflage des „Westen" schon vor der Währungsreform auffällig zurück; im Juli 1948 lag sie landesweit bei 50.000. Nach dem Währungsschnitt beschleunigte sich die wirtschaftliche Talfahrt des Verlages. Im Frühjahr 1949 war die Lage so aussichtslos, daß Altmeier fürchtete, zum Konkursrichter gehen zu müssen.

In letzter Minute erklärte sich Franz Albert Kramer, Verleger des „Rheinischen Merkur" in Koblenz und CDU-Mitglied, zu einer Auffanglösung bereit. Sein Verlag übernahm die Schulden des „Westen", der am 12. April 1949 bei einem Auflagenstand von 31.000 eingestellt wurde. Die Besat-

11 Zu den Rahmenbedingungen: ebd., S. 233-240.

12 Zum Folgenden: ebd., S. 523ff. Vgl. auch Anne Martin, Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 19), Mainz 1995, S. 186-191.

zungsmacht übertrug die Lizenz auf ein neues Objekt: Kramers „Rheinisch-Pfälzische Landeszeitung", die am 16. April 1949 die Nachfolge des CDU-Organs antrat. In der Pfalz fand auch dieses CDU-nahe, nun privat geführte Blatt kaum Anklang. „Unser einmütiges Mißfallen" gab Vorstandsmitglied Dr. Albert Finck im Mai 1949 zu Protokoll. Allzu unzulänglich waren die Mittel, mit denen die kurzfristig aus der „Merkur"-Redaktion abkommandierte „Landeszeitungs"-Mannschaft auskommen musste. Am 31. März 1950 war auch dieses Blatt am Ende; dem Verlag blieb ein Defizit von über 500.000 Mark.

Im März 1951 schaffte es die Pfalz-CDU dann doch noch, ein eigenes Organ herauszubringen: Ihre Wochenzeitung „Der Pfälzer" führte mit Auflagen von maximal 10.000 zwar ein Schattendasein, konnte sich aber bis zum März 1962 als Parteiblatt behaupten.[13] Regelmäßige Subventionen machten es möglich; sie kamen nicht nur von der CDU der Pfalz, sondern auch vom Bischöflichen Ordinariat in Speyer und dem Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen in Bonn.

Die liberale Hochburg Bad Kreuznach war Geburtsort der zweiten Parteizeitung des Landes, der „Rheinisch-Pfälzischen Rundschau".[14] Das „Demokratische Organ für Politik, Wirtschaft und Kultur" (Untertitel) erschien ab dem 3. Juli 1947; die Startauflage belief sich vermutlich auf 23.000 Exemplare. Redaktionsleiter Dr. Josef Ungeheuer, Jahrgang 1909, kam aus Trier; er engagierte sich auch an führender Stelle beim Parteiaufbau. Der Strom-Verlag, Träger des Unternehmens „Rundschau", wurde von führenden Parteimitgliedern des Landes getragen; dazu gehörte auch der pfälzische Bezirksvorsitzende Dr. Leonhard Völcker (Mußbach).

Zentrales Anliegen der „Rundschau"-Redaktion war die Bewahrung der deutschen Einheit. Unter anderem deshalb geriet sie wiederholt in Konflikt mit den französischen Zensoren. Im Umgang mit der deutschen Vergangenheit gebärdete sich die „Rundschau" ausgesprochen „national"; das Blatt fand deshalb guten Anklang gerade bei rechtsstehenden Leserkreisen. Die Währungsreform brachte auch für die „Rundschau" den wirtschaftlichen Absturz: die Auflage sank in den Bereich zwischen 12.000 bis 15.000, das Unternehmen schrieb rote Zahlen. Am 26. September 1949 musste die FDP-Zeitung vom Markt genommen werden.

Das „unerschöpfliche Gedankengut des Sozialismus" wollte „Die Freiheit" ihren Lesern nahebringen.[15]

---

13 Im April 1962 übernahm der katholische Würzburger Naumann-Verlag den "Pfälzer" von der CDU und führte ihn noch bis Mitte September 1969 weiter.

14 Pieroth (wie Anm. 2), S. 561-572.

15 Ebd., S. 241ff.

Das Blatt der rheinland-pfälzischen SPD kam am 11. Juli 1947 zum ersten Mal heraus. Von 25.000 kletterte die Auflage bis auf etwa 60.000; rund die Hälfte davon wurde in der Pfalz abgesetzt. Die Redaktion arbeitete in Mainz, gedruckt wurde in Ingelheim. Chefredakteur Günter Markscheffel (38) hatte NS-Zeit und Krieg im französischen Exil überstanden, war Verbindungssekretär der SPD für die französische Zone gewesen und verfocht, unbeeindruckt von gelegentlichen Pressionen der Besatzungsmacht, den Kurs Kurt Schumachers. Mit Luise Herklotz (28) gehörte von Beginn an eine Pfälzerin zur Redaktion. Die drei SPD-Bezirke des Landes stellten die Lizenzträger und Gesellschafter des SPD-Verlags Rheinland-Pfalz; der Bezirksvorsitzende Franz Bögler nahm diese Funktionen für die Pfalz wahr. Durch ihre couragierte, kritische Auseinandersetzung mit der Besatzungspolitik gewann die „Freiheit" in den ersten Jahren besonderes Profil. Französische Sanktionen, darunter ein zweiwöchiges Publikationsverbot Anfang 1948, hatten eher werbende als hemmende Wirkung für das Blatt.

Andererseits gab es in dem Parteiunternehmen kaum lösbare Schwierigkeiten, die denen bei der CDU ähnelten. Bögler und sein Bezirk akzeptierten die gemeinsame SPD-Landeszeitung nur als Provisorium, sahen pfälzische Belange unzureichend berücksichtigt und versuchten in den kommenden Jahren mehrfach erfolglos, sich publizistisch selbstständig zu machen. Die Konflikte zwischen den SPD-Bezirken verschärften sich, als auch der Verlag der „Freiheit" nach der Währungsreform in eine Existenzkrise geriet. Die Leser wanderten in Scharen ab. Ende 1949 hatte sich die Auflage halbiert, Anfang 1950 stand der Verlag vor dem Konkurs. Nur mit der Drohung, zum Amtsgericht zu gehen, konnte der Aufsichtsrat die Bezirke noch einmal bewegen, Geld nachzuschießen. 1951, bei der nächsten Krise, vermittelte Parteischatzmeister Alfred Nau dann eine Lösung, die das Weitererscheinen der „Freiheit" bis 1966 möglich machte: Die gut verdienende Frankfurter Union-Druckerei, ein Gemeinschaftsunternehmen von SPD und Gewerkschaften, übernahm den Mainzer Verlag und deckte künftig dessen Verluste ab.

„Nur die Wahrheit künden" wollte noch eigener Aussage die Zeitung „Neues Leben".[16] Das Organ der KPD Rheinland-Pfalz erschien ab dem 8. August 1947 am Redaktions- und Druckort Lambrecht in 17.000 Exemplaren. In dieser Größenordnung bewegte sich die Auflage auch in den nächsten Jahren. Der erste Chefredakteur Arno Freiberg, Jahrgang 1909,

16 Ebd., S. 573-610. Vgl. auch Christa Hempel-Kutter, Die KPD-Presse in den Westzonen von 1945 bis 1956 (Hamburger Beiträge zur Germanistik, 17), Frankfurt am Main [u.a.] 1993.

war Kreisvorsitzender der KPD in Kaiserslautern. Im Juni 1948 verdrängte ihn Willy Feller, Ludwigshafener und erster Wiederaufbauminister des Landes, von dieser Position. Der zur Herausgabe der Zeitung gegründete Rheinverlag hatte seinen Sitz in Ludwigshafen; treuhänderische Gesellschafter waren unter anderem KPD-Landesleiter Herbert Müller (Ludwigshafen) und der Pirmasenser Kreissekretär Adolf Betz.

Als dogmatisches Parteiorgan, das die Politik der Westmächte beharrlich und aggressiv attackierte, geriet „Neues Leben" häufig in Konflikt mit französischen Zensoren. Die Zeitung wurde mehrfach verwarnt und mit Papierkürzungen bestraft. Wirtschaftlich ging es auch diesem Parteiverlag nach der Währungsreform schlecht; bedingt auch durch Boykottaufrufe brach das Anzeigengeschäft 1950 völlig zusammen. Im Zuge einer konzertierten Aktion der westlichen Besatzungsmächte gegen die KP-Presse wurde „Neues Leben" am 21. Juni 1950 „auf unbestimmte Dauer" verboten. Mit dem ursprünglich in Südbaden lancierten Organ „Unser Tag" schuf sich die aus der DDR subventionierte Partei ein Nachfolgeblatt, das ab November 1950 bis zum KPD-Verbot 1956 auch in der Pfalz verbreitet wurde.

### Die Wochenzeitungen: „Hausfreund" und „Schlüssel"

Zwei Wochenzeitungen gemehmigte die Besatzungsmacht während der Lizenzära in der Pfalz.[17] Der Speyerer Klambt-Verlag konnte ab dem 6. November 1948 wieder sein Wochenblatt „Der Hausfreund für Stadt und Land" herausgeben. Verziehen war zu diesem Zeitpunkt offenbar, dass der „Hausfreund" bis zur kriegsbedingten Einstellung im August 1944 die übliche „Endsieg"-Propaganda verbreitet hatte. In dem wiederbelebten Blatt unter Chefredakteur Erich Ledertheil spielte Politik nur eine untergeordnete Rolle. Der inhaltliche Schwerpunkt lag bei unterhaltenden Beiträgen; insofern ist der „Hausfreund" eher als Familienzeitschrift denn als Zeitung einzustufen. Die Auflage von über 70.000 Exemplaren wurde in allen drei Westzonen verbreitet.[18]

Eine politisch wesentlich profiliertere Publikation, die über die Pfalz hinaus Aufsehen erregte, erschien ab dem 13. Juli 1947 mit einer Startauf-

17 Die konfessionelle Presse mit ihrem eingeengten Themenspektrum wird in diesem Überblick nicht zu den Zeitungen gerechnet und bleibt deshalb ebenso wie die vielen Mitteilungsblätter der Pfalz unberücksichtigt.

18 AOFAA, Best. Palatinat, Service Information, C. 1067, p. 3: Monatsrapport der Militärregierung Neustadt, Bereich Information, für Februar 1949.

lage von 80.000 Stück in Frankenthal. „Der Schlüssel", die „Wochenzeitung für demokratische Politik und christliche Kultur", setzte Schwerpunkte bei den im Untertitel genannten Themenkreisen und wurde für die Herausgeber zunächst zu einem großen Erfolg. Die Zeitung geriet jedoch durch ungewöhnlich enge Beziehungen zur Besatzungsmacht ins Gerede und ging 1950 in einem Konkurs-Skandal unter. Der aggressive Tonfall, in dem die örtliche Presse 1954 über den sogenannten „Schlüssel-Prozess" berichtete, lässt ahnen, wie stark dieser Fall die Gemüter der Zeitgenossen bewegt haben muss.[19]

Die französische Lizenz zur Herausgebe des „Schlüssels" und zur Gründung eines gleichnamigen Verlages war Rudolf Praml erteilt worden.[20] Der 25-jährige Frankenthaler hatte nach dem Krieg als Französischlehrer gearbeitet und verfügte über gute Kontakte zur Neustadter Militärregierung. Theodor Karl Reidel (40) aus Pirmasens, der zweite Zeitungsgründer, schrieb ausschließlich unter dem Pseudonym „Gert Steller" und renommierte mit angeblich langjährigen Erfahrungen im Widerstand gegen das NS-System.[21] Dass Reidel eine zweifelhafte Vergangenheit hatte,[22] bekamen deutsche und französische Beobachter erst im Frühjahr 1949 mit. Praml und Reidel waren mit weiteren Partnern Gesellschafter der im März 1947 in Frankenthal gegründeten Schlüssel-Verlag GmbH.[23] Chefredakteur des „Schlüssel" wurde Alfred Riemenschneider. Der Frankfurter, Jahrgang 1915, war vor dem

19 Fortlaufende Prozessberichterstattung in der "Rheinpfalz", Lokalausgabe Frankenthal vom 13.1 bis zum 3.5.1954.

20 Zum folgenden: Lizenzantrag Pramls vom 2.2.1947 mit beigefügter Probenummer der Zeitung; Empfehlungsschreiben des Speyerer Kreisdelegierten de Lamezan an Brozen-Favereau, 12.2.1947; Exposé, Pramls "sur les societaires de la maison d'édition Schlüsselverlag GmbH", 28.7.1947; Brozen-Favereau an Hochkommissariat Baden-Baden, 2.9.1949, alles AOFAA, Best. RP, Affaires Politiques C. 3191 p. 83/84 d. "Schlüssel"; Brozen-Favereau an Service Information Koblenz, 11.6.1947; Brozen-Favereau an Service Information Baden-Baden, 20.6.1947; Hettier de Boislambert an Brozen-Favereau, 16.7.1947, mit beigefügter Genehmigung der Zeitung (Abschrift) durch die Section de Presse in Baden-Baden, 30.6.1947, alles ebd., Best. RP, Service Information C. 3065 p. 2 d. "Schlüssel".

21 Vgl. die Angaben zu "Stellers" Person in dem Artikel "Feigheiten, die Verrat sind" im "Schlüssel" Nr. 14 v. 4.4.1948.

22 AOFAA, Best. RP, Service Information C. 3065 p. 2 d.: "Schlüssel", Mitteilung des Service Information der Militärregierung Neustadt an Service Information Koblenz, 2.4.1949; vgl. auch Landesarchiv Speyer, Best. V 52, Nr. 433: "Vertrauliche Information" des Professors Thieme, München, für den pfälzischen Oberregierungspräsidenten Bögler, 12.4.1949.

23 AOFAA, Best. RP, Consulat de France, Mayence p. 33 d. 3201/09: Gesellschaftsvertrag v. 6.3.1947 (Abschrift).

Krieg Berufssoldat gewesen. Als freie Mitarbeiter konnten renommierte Autoren gewonnen werden; genannt sei Walter Henkels (später „FAZ"), der aus der Britischen Zone viele Beiträge lieferte, zum Teil unter seinem Pseudonym Richard von Leysiepen.[24] Praml, der geistige Motor des Projekts, wollte die Zeitungsgründung als Beitrag zur „geistigen Neuorientierung" verstanden wissen.[25]

Er beschrieb seinen Lizenzgebern das deutsche Problem so, wie es viele Franzosen sahen. Es gebe eine unselige Traditionsline des Militarismus und Nationalismus von Friedrich dem Großen bis zu Hitler; damit müsse nun radikal gebrochen werden. Die beste Orientierung biete künftig das „fortschrittlichen Christentum Frankreichs". Antinationalistisch und antimilitaristisch, für deutsch-französische Annäherung und Überwindung nationaler Grenzen in einer europäischen Union argumentierten die Autoren des „Schlüssel".[26] Kritik an der Besatzungsmacht übte die Zeitung so gut wie nie; als Schuldige des verbreiteten Nachkriegselends prangerte sie vielmehr in fast jeder Ausgabe Schieber und Spekulanten, Bürokraten und Politiker an.[27] Den Pauschalvorwurf an die Parteien, versagt und abgewirtschaftet zu haben, trug der „Schlüssel" mitunter mit derartiger Häme vor, daß man sich an die NS-Agitation gegen das Weimarer „System" erinnert fühlt.[28] Bei den Betroffenen löste diese Haltung Erbitterung aus. Ein ungenannter Informant des SPD-Oberregierungspräsidenten Bögler nannte den Schlüsselverlag einen „Dreckladen".[29] Das Mainzer Regierungspräsidium ließ die Zeitung wegen eines polizeikritischen Artikels im Januar 1948 sogar beschlagnahmen.

Die Besatzungsmacht stoppte diese Verfolgungsaktion mit dem Hinweis, die deutsche Behörde überschreite ihre Kompetenzen.[30] Die Eindrücke,

---

24 Ebd., Best. RP, Service Information C. 3065 p. 2 d: "Schlüssel". Liste des collaborateurs du Schlüsselverlag, 22.10.1947.

25 wie Anm. 20: Lizenzantrag Pramls vom 2.2.1947 mit beigefügtem Memorandum "Die geistige Ausrichtung des Schlüssel-Verlages".

26 Beispiele: Schlüssel Nr. 14 v. 30.11.1947: "Notwendige Erkenntnis: Verständigung mit den Franzosen"; ebd. Nr. 13 v. 28.3.1948: "Ex occidente lux"; ebd. Nr. 3 v. 16.1.1949: "Frankreichs Weg". Vgl. auch die Propagierung des neu zu bildenden "Landes Rheinfranken" als "Brücke zu Frankreich" im Schlüssel Nr. 24 v. 13.6.1948 sowie den folgenden Ausgaben.

27 Vgl. etwa ebd. Nr. 5 v. 28.9.1947: "Schluß damit!"; ebd. Nr. 11 v. 9.11.1947: "So geht's nicht weiter"; ebd. Nr. 6 v. 8.2.1948: "Wir klagen an".

28 Beispiele: ebd., Nr. 10 v. 2.11.1947: "Parteien ohne Maske"; ebd. Nr. 13 v. 23.11.1947: "Ihr faulen Bäuche!"; ebd. Nr. 9 v. 29.2.1948: "Über allen Banken ist Ruh".

29 LA Sp, Best. V 52, Nr. 697: Undatierte Mitteilung eines Frankenthaler Informanten über den Schlüsselverlag, vermutlich Juli 1948.

30 Landeshauptarchiv Koblenz, Best. 860, Nr. 1009, Bl. 339-359.

die französische Presseaufseher von dem Blatt gewannen, waren durchaus zwiespältig. Man stufte den „Schlüssel" als „eine der besten Zeitungen der Zone"[31] ein, ja sogar als das „lebendigste und am wenigsten konformistischste Blatt".[32] Andererseits fiel den professionellen Lesern der „demagogische Ton" auf, den der „Schlüssel" häufig anschlug. Das Blatt kritisiere fortlaufend Missstände, ohne seriöse Verbesserungsvorschläge zu machen, notierte ein Neustadter Beobachter im September 1948; insofern spiegle der „Schlüssel" anschaulich den verbreiteten „Nihilismus" der jungen Generation wider.[33]

Was für die Besatzungsmacht letztlich vor allem zählte, waren jedoch die „francophile" Tendenz der Zeitung und der damit verbundene propagandistische Effekt, der über die eigene Zone hinausreichte.[34] Etwa zwei Drittel der Auflage wurden in der Bizone abgesetzt, damit war der „Schlüssel" eines der erfolgreichsten publizistischen Exportprodukte. Praml und Reidel argumentierten ganz offen mit dieser Funktion ihres Blattes, wenn sie die Hilfe der Besatzungsmacht brauchten.[35]

Nach der Währungsreform geriet der Schlüssel-Verlag in wirtschaftliche Schwierigkeiten, die sich stetig verschärften. Die Kette der Auseinandersetzungen mit den Gläubigern sollte nicht mehr abreißen.[36] Als das Ende schon absehbar war, bat Praml die Besatzungsmacht, wiederum mit politischen Argumenten, um finanziellen Beistand.[37] Tatsächlich flossen Ende

31 AOFAA, Best. Palatinat, Service Information C. 1067 p. 3 d. Rapports mensuels: Monatsrapport der Militärregierung Neustadt, Bereich Information, Februar 1948.

32 wie Anm. 20: Brozen-Favereau an Hochkommissariat Baden-Baden, 2.9.1949

33 AOFAA, Best. Palatinat, Service Information C. 1067 p. 3 d. Rapports mensuels: Monatsrapport der Militärregierung Neustadt, Bereich Information, September 1948.

34 Ebd., Best. Direction Générale des Affaires Politiques, Service Information, C. 1890, p. 207, d. Rapports mensuels: Rapporte der Militärregierung Neustadt, Bereich Information, für Dezember 1947 und April bis Juni 1949.

35 So erreichte es Praml unter anderem mit der Drohung, aus der Zone abzuwandern, daß sein Verlag ab Juli 1948 mit Papierkontingenten versorgt wurde: AOFAA, Best. RP, Affaires Politiques C. 3191 p. 84 d: Praml an Brozen-Favereau, 5.2.1948 und Brozen-Favereau an das Kabinett von General Koenig, 12.4.1948; ebd. Best. Palatinat, Service Information C. 1823 d. 5: "Schlüssel"; Memo "La presse allemande en ZFO" aus dem Schlüsselverlag, Februar 1948; ebd., Best. RP, Service Information C. 3065 p. 2 d. „Schlüssel": Hettier de Boislambert an Division de l'Information Baden-Baden, 24.11.1949.

36 Die Rheinpfalz, Ausgabe Frankenthal, Nr. 19 v. 23.1.1954.

37 Zum folgenden vor allem: : AOFAA, Best. RP, Consulat de France, Mayence p. 33 d. 3201/09: Praml an Militärregierung Neustadt, M. Neurohr, 23.11.1949; Rapport sur la situation du Schlüssel-Verlag, 10.2.1950; Note [Neurohr] pour M. le Gouverneur, 26.4.1950; Note des Services Presse-Information, Mainz, 21.1.1954; weitere Quellen im Best. RP, Service Information C. 3065 p. 2 d. "Schlüssel".

Januar und Anfang Februar 1950 aus französischen Kassen insgesamt 20.000 Mark, als „Darlehen" deklariert, in den maroden Verlag. Der hatte gelobt, die französische Position in der Südweststaat-Frage zu unterstützen. Chefredakteur Riemenschneider schied am 24. Februar nach Differenzen mit den Zeitungsgründern aus. Am 1. März 1950 ging der Schlüssel-Verlag in Konkurs. Die formal aus dem Pleite-Unternehmen herausgelöste Zeitung erschien, umdeklariert zum Organ eines obskuren „Schutzverbandes der Steuerzahler", noch bis zum 1. Dezember 1950 an wechselnden Druckorten, zuletzt in Frankfurt am Main. Letzte Auflage: 35.000.

Im Jahr 1954 hatte der Konkursfall „Schlüssel" für mehrere Ex-Verlagsmitarbeiter ein strafrechtliches Nachspiel: Nach fast 50 Verhandlungstagen verurteilte die I. Große Strafkammer des Landgerichts Frankenthal den Hauptangeklagten wegen betrügerischen Bankrotts, Betruges, Untreue und weiterer Delikte zu einer Haftstrafe von vier Jahren. Drei Mitangeklagte erhielten mehrmonatige Bewährungsstrafen.[38]

## Konkurrenzkampf und Konzentration: Die Presse nach dem Fall der Lizenzschranken

Am 24. September 1949 strahlte Radio Koblenz eine Bekanntmachung des Gouverneurs für Rheinland-Pfalz, Claude Hettier de Boislambert, aus: „In Ausführung des Gesetzes Nummer 5 der Alliierten Hohen Kommission, das am 23. September 1949 im Alliierten Mitteilungsblatt erschienen ist, gibt der Gouverneur und Generaldelegierte bekannt, daß die Pressefreiheit in Rheinland-Pfalz in Kraft tritt. Damit ist das Erscheinen aller Veröffentlichungen ohne besondere Formalitäten gestattet".[39]

Mit dieser sogenannten Generallizenz begann auch in der Pfalz die Zeit der härtesten Konkurrenzkämpfe. Die weitaus besten Chancen, sich in den Auseinandersetzungen zu behaupten, hatte die Regionalzeitung „Die Rheinpfalz": Kurz vor der Freigabe des Wettbewerbs, im Juli 1949, beherrschte sie mit einer Auflage von 208.000 Exemplaren 82 Prozent des Marktes. Die schwindsüchtigen Parteiblätter „Freiheit" (Pfalzauflage etwa 20.000), „Pfälzische Landeszeitung" (12.000), „Rheinisch-Pfälzische Rundschau" (5000) und „Neues Leben" (9000) waren keine ernstzunehmenden Konkurrenten.[40]

---

38 Die Rheinpfalz, Ausgabe Frankenthal, Nr. 101 v. 3.5.1954.

39 AOFAA, Direction Générale des Affaires Politiques, Service Information, C. 1891, p. 212, d: Orientation et organisation de la presse allemande 1945/49; darin die deutsche Übersetzung der Bekanntmachung Boislamberts v. 24.9.1949.

40 Ebd., Best. Direction Générale des Affaires Politiques, Service Information, C. 1892, p. 221, d: Liste des demandes de licence d' édition. Auflagenübersicht der Militärre-

Sicher war es diese ungemein starke Stellung der „Rheinpfalz", die führende Altverleger der Pfalz bewegte, nach dem Fall der Lizenzschranken zunächst einmal die Schützenhilfe der Militärregierung zu suchen.[41] Die Verleger Baisch (Pirmasens), Rohr (Kaiserslautern), Dr. Liesenberg (Neustadt), Sommer (Grünstadt), Perron (Frankenthal) und Dr. Waldkirch (Ludwigshafen) wandten sich am 9. Oktober 1949 als „Pfälzische Arbeitsgemeinschaft für Pressefragen" an Gouverneur Brozen-Favereau. Zur „vergleichsweisen Regelung" der Interessen von Altverlegern und Lizenzpresse schlugen sie vor, man möge ihnen 60 Prozent der Anteile an der „Rheinpfalz" übertragen. Im Gegenzug wollten sie ihre stillliegenden Verlagsrechte in den Rheinpfalz-Verlag einbringen und auf die Herausgabe eigener Zeitungen verzichten. Diesem Vorstoß fehlte jede Erfolgsaussicht: Weder war er hinreichend begründet, noch war die Militärregierung willens, zu diesem Zeitpunkt noch strukturverändernde Pressepolitik zu treiben. „Rheinpfalz"-Verleger Schaub, um Stellungnahme gebeten, lehnte selbstverständlich ab. Danach setzte eine Gründungswelle kleinerer Tageszeitungen ein, die Auflagen von einigen tausend, manchmal sogar nur einigen hundert Stück erreichten.[42]

Bis zur Jahresmitte 1950 kamen in der Pfalz insgesamt 18 neue Titel auf den Markt:
1.10.1949 „Vorderpfälzer Tageblatt", Landau;
1.11.1949 „Dürkheimer Rundschau";
1.11.1949 „Neue Landstuhler Zeitung";
1.11.1949 „Pfälzische Volkszeitung", Kaiserslautern;
2.11.1949 „Kuseler Tageblatt";
2.11.1949 „Pirmasenser Zeitung";
11.11.1949 „Oppau-Edigheimer Lokalanzeiger";
12.11.1949 „Schifferstadter Tagblatt";
17.11.1949 „Neuer Ludwigshafener Lokalanzeiger";
1.12.1949 „Frankenthaler Zeitung";
1.12.1949 „General-Anzeiger", Ludwigshafen;
1.12.1949 „Waldmohrer Zeitung";
13.12.1949 „Nordpfälzer Anzeiger", Kirchheimbolanden;
2.1.1950 „Grünstadter Zeitung";

---

gierung im "Journaux paraissant en ZFO, le 1-7-1949". Die anteiligen Pfalzauflagen der Parteiblätter sind vom Verfasser geschätzt.

41 Pieroth (wie Anm. 2), S. 624f. Vgl. zum Hintergrund auch die sogenannten "Koblenzer Richtlinien für alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für Pressefragen", in: Jürgen Benedikt Hüffer, Vom Lizenzpressesystem zur Wettbewerbspresse (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 54), München [u.a.] 1995, S. 258.

42 Zum Folgenden Pieroth (wie Anm. 2), S. 611ff.

20.2.1950 „Talpost", Lambrecht;
1.4.[?] 1950 „Haßlocher Rundschau";
1.7.1950 „Pfälzischer Merkur", Zweibrücken.

Dazu war 1949 noch eine Südpfalzausgabe der „Badischen Neuesten Nachrichten" aus Karlsruhe gekommen; der Tag des ersten Erscheinens ist in diesem Fall nicht mehr feststellbar. Pressefreiheit, Rückzug der französischen Kontrollmacht und kräftige Belebung des Stellenmarktes hatten einen personellen Nebeneffekt: Auch ehemalige Goebbels-Propagandisten, die bisher ausgesperrt gewesen waren, konnten nun in den Beruf zurückkehren.[43]

Die kleineren Verlage versuchten, durch Zusammenarbeit Kosten zu sparen und akzeptable inhaltliche Qualität zu erreichen. So nutzten sie häufig die Angebote sogenannter Redaktionsgemeinschaften, die die allgemeinen Zeitungsteile (in der Fachsprache „Mantel" genannt) mit Ausnahme der Lokalseiten zentral herstellten und täglich an die angeschlossenen Mitglieder lieferten. Vor Ort wurden dann jeweils noch die lokalen Nachrichten und Anzeigen ergänzt.

Die wichtigsten Mantellieferanten waren die „Redaktionsgemeinschaft deutscher Heimatzeitungen" (RdH), die zum Teil aus einem Zeitungskreis um den Bad Kreuznacher „Oeffentlichen Anzeiger" hervorging, und die „Zentralredaktion Süddeutscher Heimatzeitungen" (ZSH) mit Sitz in Stuttgart. In der Pfalz selbst waren es die Blätter in Kaiserslautern und Landau, die Anschlusszeitungen mit redaktionellem Material versorgten. Zunächst lieferte Heinz Rohrs wiederstandene „Pfälzische Volkszeitung" ihren Zeitungsmantel an Partnerverlage in Bad Dürkheim, Frankenthal, Kirchheimbolanden, Ludwigshafen („General-Anzeiger"), Pirmasens und Zweibrücken. Als die Kaiserslauterer Redaktion wegen finanzieller Probleme im Mai 1952 aufgelöst werden musste, übernahm das „Vorderpfälzer Tageblatt" in Landau die Aufgaben der Redaktionszentrale für die „Arbeitsgemeinschaft Pfälzer Presse".

Schon in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, auf die sich dieser abschließende Überblick beschränkt, musste ein halbes Dutzend der Kleinzeitungen wieder aufgeben. Der Rheinpfalz-Verlag schaffte es zudem, zwei der namhaftesten Konkurrenten auszumanövrieren. Gegen den Ludwigs-

43 Nur drei Beispiele von vielen: Josef Hünerfauth, "alter Kämpfer" der NSDAP seit "Eisenhammer"-Zeiten, wurde Chefredakteur der "Pfälzischen Volkszeitung", Dr. Julius Ganser, früher Chef vom Dienst der Gauzeitung "NSZ", ging zur "Pirmasenser Zeitung", Dr. Robert Oberhauser, letzter Hauptschriftleiter der "NSZ", schrieb künftig für die "Rheinpfalz".

hafener Traditionsverlag Waldkirch brachte er vorsorglich den „Ludwigshafener Neuen Lokalanzeiger" in Stellung. Waldkirchs wiederbelebter „General-Anzeiger" kam zu spät, traf auf einen blockierten Markt und musste schon im Juni 1950 an den Rheinpfalz-Verlag verkauft werden.

Wenig Glück hatte auch Heinz Rohr mit seiner 1949 erneut auf den Markt geworfenen „Pfälzischen Volkszeitung". Trotz eines beinhart geführten Konkurrenzkampfes[44] konnte die „PVZ" der „Rheinpfalz" in Kaiserslautern nur ein Fünftel der Abonnenten abnehmen. Mit Spitzenauflagen um 11.000 erreichte sie nicht mehr ihre frühere Bedeutung. Nach anhaltenden Verlusten musste Rohr sein Blatt zum 1. August 1953 in einen Gemeinschaftsverlag Pfälzische Volkszeitung GmbH einbringen - und damit unter das Dach des Rheinpfalz-Konzerns, der drei Viertel des Stammkapitals übernahm. Zieht man Bilanz zum 3. Quartal 1954, dann zeigt sich, dass der führende Regionalverlag zwar Marktanteile eingebüßt, seine beherrschende Position aber klar behauptet hatte.[45] Bei einer verbreiteten Pfalz-Gesamtauflage der Tagespresse von rund 255.000 kamen gut 186.000 Exemplare (die übernommene „PVZ" mitgerechnet) aus dem Rheinpfalz-Verlag; das sind 73 Prozent. Unter den verbliebenen unabhängigen Konkurrenten war das „Pfälzer Tageblatt" in Landau mit gut 20.000 Auflage der bedeutendste. Die Parteipresse (Marktanteil: 6 Prozent) spielte keine nennenswerte Rolle mehr.

## Fazit

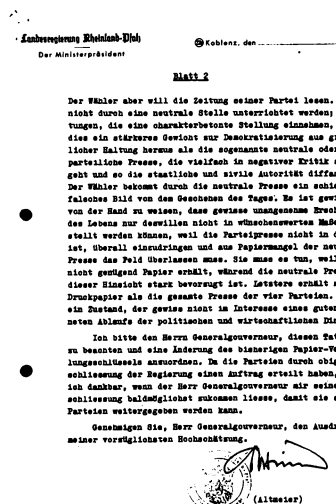
Eine „Stunde Null" im Sinne eines völligen Neuanfangs gab es 1945 im pfälzischen Pressewesen nicht. Das gilt schon für das Personal: Die pragmatisch agierende französische Besatzungsmacht bezog Deutsche jeder Couleur in den Neuaufbau ein: Opfer des NS-Systems, Indifferente, aber auch solche, die früher im Sinne der herrschenden Ideologie gearbeitet hatten. Formal erinnerte die zunächst etablierte Regionalpresse mit ihren Lokalausgaben an das bekannte Modell der großen NS-Gauzeitung. Nun aber wurde dieses Modell mit neuem, demokratischem Geist erfüllt: Staatsfrei und unabhängig sollte die privatwirtschaftlich organisierte Presse sein. Nicht Gesinnungsjournalismus, sondern zuverlässige Darstellung der Fakten war gefordert. Nachrichten und Meinung sollten für den Leser klar erkennbar getrennt werden - Grundsätze, die auf angelsächsische, von der

---

44 Vgl. etwa die Ausgaben der Rheinpfalz Ausgabe Kaiserslautern Nr. 136 v. 22.10.1949, Nr. 145 v. 3.11.1949, Nr. 147 v. 5.11.1949 und die "Pfälzische Volkszeitung" Nr. 1 v. 1.11.1949, Nr. 4 v. 4.11.1949 und Nr. 7 v. 8.11.1949.

45 Berechnet nach der Übersicht in Pieroth (wie Anm. 2), S. 816-819.

Besatzungsmacht übernommene Traditionen zurückgehen. Insgesamt war dies ein Erfolgsmodell: Weder die später zugelassene Gesinnungspresse der Parteien noch die Altverleger-Blätter konnten sich zu ernsthaften Konkurrenten entwickeln. Das Quasi-Monopol einer großen Tageszeitung, mit dem wir es heute zu tun haben, zeichnete sich in den fünfziger Jahren schon am Horizont ab. Die Grundlage dafür hatte die Besatzungsmacht mit ihrer Pressepolitik gelegt.



Landesregierung Rheinland-Pfalz
Der Ministerpräsident

Koblenz, den ____ 194_

Blatt 2

Der Wähler aber will die Zeitung seiner Partei lesen. Er will nicht durch eine neutrale Stelle unterrichtet werden; die Zeitungen, die eine charakterbetonte Stellung einnehmen, sind Überdies ein stärkeres Gewicht zur Demokratisierung aus grundsätzlicher Haltung heraus als die sogenannte neutrale oder überparteiliche Presse, die vielfach in negativer Kritik sich ergeht und so die staatliche und zivile Autorität diffamiert. Der Wähler bekommt durch die neutrale Presse ein schiefes, ja falsches Bild von dem Geschehen des Tages. Es ist gewiss nicht von der Hand zu weisen, dass gewisse unangenehme Erscheinungen des Lebens nur deswillen nicht in wünschenswerten Maße abgestellt werden können, weil die Parteipresse nicht in der Lage ist, überall einzudringen und aus Papiermangel der neutralen Presse das Feld überlassen muss. Sie muss es tun, weil sie nicht genügend Papier erhält, während die neutrale Presse in dieser Hinsicht stark bevorzugt ist. Letztere erhält mehr Druckpapier als die gesamte Presse der vier Parteien. Das ist ein Zustand, der gewiss nicht im Interesse eines guten, geordneten Ablaufs der politischen und wirtschaftlichen Dinge liegt.

Ich bitte den Herrn Generalgouverneur, diesen Tatbestand zu beanten und eine Änderung des bisherigen Papier-Verteilungsschlüssels anzuordnen. Da die Parteien durch obige Entschliessung der Regierung einen Auftrag erteilt haben, wäre ich dankbar, wenn der Herr Generalgouverneur mir seine Entschliessung baldmöglichst zukommen liesse, damit sie an die Parteien weitergegeben werden kann.

Genehmigen Sie, Herr Generalgouverneur, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochschätzung.

(Altmeier)

*Gegen die unterstellte Benachteiligung der Parteipresse bei der Papierversorgung protestierte Ministerpräsident Altmeier im November 1947 bei Gouverneur Hettier de Boislambert.*

# Eintracht und Übereinstimmung? Die katholische Kirche in der Pfalz nach 1945

**Hans Ammerich**

Wie der Staat, so standen auch die Kirchen nach dem Zweiten Weltkrieg vor einem Neuanfang. Es gab jedoch einen wesentlichen Unterschied: Während neue Verwaltungsstrukturen für ein neues Land geschaffen werden mußten, konnten die Kirchen in ihren bewährten Strukturen weiterarbeiten. Auch ihre Grenzen wurden nicht geändert. Jedoch brachte es die Grenzziehung der französischen Militärregierung im staatlichen Bereich mit sich, daß seit 1945 fünf katholische Bistümer mit Gebietsanteilen in Rheinland-Pfalz vertreten sind. Es sind dies - der Größe ihres Anteils nach - die Bistümer Trier, Speyer, Mainz, Limburg und das Erzbistum Köln[1]. Im Norden des Landes Rheinland-Pfalz befinden sich zwei Dekanate des Erzbistums Köln mit 22 Pfarreien, der Westerwald und der ehemalige Regierungsbezirk Montabaur als Gebietsanteil des Bistums Limburg. Im Westen erstreckt sich die größte Diözese in Rheinland-Pfalz Trier mit den Regierungsbezirken Trier und Koblenz (mit Ausnahme von Montabaur). Im Süden liegen das Bistum Mainz mit dem ehemaligen Regierungsbezirk Rheinhessen sowie die zweitgrößte Diözese des Landes, Speyer mit der Pfalz.

## Katholische Kirche und französische Militärregierung

Das Bistum Speyer, weitestgehend flächengleich mit der Pfalz im ehemaligen Königreich Bayern, war dem neuen Staat eingegliedert worden. Probleme ergaben sich, ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg, durch die Einrichtung eines neuen, zunächst weitgehend von Frankreich abhängigen Staatsgebildes im Saarland. Drei Dekanate des Bistums Speyer, die früher schon zum Saargebiet gehört hatten, wurden dem Saarland zugeteilt. Wie nach dem Ersten Weltkrieg, so bestand auch nach dem Zweiten Weltkrieg die Absicht Frankreichs nach einer entsprechenden Angleichung der kirchlichen Organisation; die Erwartungen der französischen Politiker orien-

1 Kurzer historischer Überblick über diese Bistümer bei Gerhard FISCHER, Die rheinland-pfälzischen Bistümer der Katholischen Kirche, in: 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde, hrsg. von Peter HAUNGS, Mainz 1986, S. 457 - 476, hier S. 458 - 470.

tierten sich in Richtung einer „Saardiözese"[2]. Sicherlich erwies es sich als glücklicher Umstand für die Bewahrung der Zusammengehörigkeit, daß Bischof Dr. Joseph Wendel[3] aus dem saarländischen Blieskastel stammte. Als Koadjutor mit Nachfolgerecht war Joseph Wendel seit dem Tod des Vorgängers Ludwig Sebastian († 20. Mai 1943) Bischof von Speyer.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren vielfach die Kirchen die einzige Zuflucht für die geschundene Bevölkerung. „Der Bischof von Speyer erschien zeitweilig als die einzige moralische Autorität, die den gnadenlosen Siegern gegenüber Schutz gewähren und äußerste Not lindern konnte"[4]. In der Zeit des Hasses und der Rache „war es fast nur noch die Stimme der Kirche, die sich für Recht und Gerechtigkeit auch einem zerschlagenen Volk gegenüber erhob"[5]. Der Optimismus Bischof Wendels hat viel dazu beigetragen, den Menschen wieder Hoffnung und Zuversicht zu geben. Sein Organisationstalent und seine Erfahrung als ehemaliger Caritasdirektor bewährten sich bei der Durchführung von zahlreichen Hilfsmaßnahmen. Im Umgang mit den Besatzungsbehörden wußte Wendel Klugheit und Festigkeit geschickt einzusetzen. „Sein rastloser Einsatz war ohne alles Pathos getragen vom Geist des guten Hirten und der ihm selbstverständlichen Aufgabe des Bischofs, Haß abzubauen, der Gerechtigkeit zu dienen und christliche Versöhnung unter den Menschen und Nationen zu wirken"[6].

Bischof Wendel wußte nur zu gut, daß Haß, Rache und einseitige Schuldzuweisungen nicht geeignet waren, um Frieden und Versöhnung zu erreichen. In einer gemeinsamen Denkschrift an die Besatzungsbehörden wiesen er und der evangelische Landesbischof Stichter am 22. Dezember 1945 auch auf solche Gefährdungen hin: *Die christlichen Kirchen sehen sich vor*

2 Klaus Altmeyer, Saardiözese und Evangelische Landeskirche des Saarlandes? Versuche zur Verselbständigung der Kirchen an der Saar nach den beiden Weltkriegen, in: Die Evangelische Kirche an der Saar. Gestern und heute, hrsg. v. den Kirchenkreisen Ottweiler, Saarbrücken und Völklingen der Evangelischen Kirche im Rheinland, Saarbrücken 1975, S. 261 - 278.

3 Georg Schwaiger, Joseph Wendel (1943 - 1952), in: Hans Ammerich (Hrsg.), Lebensbilder der Bischöfe von Speyer seit der Wiedererrichtung des Bistums Speyer 1817/21, Speyer 1992, S. 277-306. Georg Schwaiger/Manfred Heim, Kardinal Joseph Wendel 1901-1960. Zum Gedächtnis des Bischofs von Speyer und Erzbischofs von München und Freising; München 1992; Manfred Weitlauff, Joseph Kardinal Wendel 1901-1960, in: Beiträge zur altbayerischen Kirchengeschichte 46 (2001), S. 9-207; Hans Ammerich, Thomas Fandel, Richard Schultz, Kirche unterwegs: Vom Wiederaufbau zur Jahrtausendwende. Das Bistum Speyer und seine Bischöfe 1945-2000, Speyer 2002, S. 12-43.

4 Schwaiger (wie Anm. 3), S. 291; siehe dazu und zum Folgenden: Weitlauff (wie Anm. 3), S. 69-84.

5 Ebd. 292.

6 Schwaiger/Heim (wie Anm. 3), S. 63.

*Gott und ihrem Gewissen verpflichtet darauf hinzuweisen, daß derartige Maßnahmen in keiner Weise dem Frieden und der Entgiftung der Atmosphäre dienen, sondern geeignet sind Menschen in die Verzweiflung und in den Selbstmord hineinzutreiben. Gewiß steht das deutsche Volk für seine Schuld unter dem Gericht Gottes, aber die Welt muß zusehen, daß schließlich nicht alle dem gleichen Gericht Gottes verfallen. Haß ist nicht durch Haß und Ungerechtigkeit, nur durch Gerechtigkeit zu überwinden. Für die beabsichtigte Denazifizierung sind die geschilderten Methoden das ungeeignetste Mittel. Die soziale und wirtschaftliche Not nach dem ersten Weltkrieg war der Nährboden für eine Verzweiflungsstimmung, aus der gerade der Nationalsozialismus seinen Nutzen gezogen hat. Für die Existenz Europas hängt alles davon ab, ob ein Christentum der Tat zum Durchbruch kommt, und ob die Besatzungsmächte - bei aller Gerechtigkeit gegen die wirklich Schuldigen, die auch das deutsche Volk will - ein solches Christentum der Tat vorleben, unter dessen Banner sie in den Kampf gezogen sind* [7].

Das Verhältnis der katholischen Kirche zur französischen Besatzungsmacht war zuweilen Spannungen unterworfen. Die Bischöfe widersprachen der Militärregierung vor allem dann, wenn sie Belange der Kirche berührt sahen. Während es 1945 im Bistum Mainz zu eher begrenzten Konflikten kam, hatten die Trierer und Speyerer Bischöfe bezüglich ihrer Gebietsanteile im Saarland zahlreiche Auseinandersetzungen mit der französischen Militärregierung. Die beiden Bischöfe, vor allem der Trierer Bischof Bornewasser, leisteten energischen Widerstand gegen die französischen Pläne, ein eigenes Bistum für das Saarland zu schaffen, was zu Lasten der Bistümer Trier und Speyer gegangen wäre[8]. Als kirchenpolitischer Erfolg ist zu werten, daß in der auf Initiative der französischen Besatzung am 15. Mai 1946 in Mainz eröffneten Johannes Gutenberg-Universität auch eine Katholisch-Theologische Fakultät eingerichtet wurde. Von nun an war eine theologische Ausbildungsstätte nicht nur für die Priesteramtskandidaten der Mainzer Diözese, sondern auch für diejenigen der benachbarten Bistümer, insbesondere für Speyer, vorhanden. Themen, die Konflikte zwischen den

7 Archiv des Bistums Speyer (im folgenden: ABSp), Best. Bischöfliches Archiv (im folgenden: BA) A-XVI-32. Vgl. auch: Christophe BAGINSKI, Aspekte der französischen Kirchenpolitik im Bistum Speyer nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz 94 (1996), S. 481-508, Anlage 1, S. 493-495. Zur Kirchenpolitik Frankreichs in seiner ehemaligen Besatzungszone von 1945 bis 1949: DERS., La politique religieuse de la France dans sa zone d'occupation en Allemagne occupée 1945 à 1949, Villeneuve- d'Ascq 1997. Leicht überarbeitete Übersetzung: DERS., Frankreichs Kirchenpolitik im besetzten Deutschland 1945-1949, Mainz 2001.

8 ALTMEYER (wie Anm. 2).

Bischöfen und der französischen Militärregierung hervorriefen, waren vor allem die Wiedereinführung der Bekenntnisschule, die entsprechende konfessionelle Ausbildung der Lehrer und die möglichst schnelle Freilassung der Kriegsgefangenen[9].

Die offensichtlich unbelastete Beziehung zwischen der französischen Militärregierung und Bischof Wendel wurde Ende 1946 empfindlich gestört. Der Bischof bestand darauf, daß ein von der französischen Militärregierung beanstandeter Hirtenbrief der deutschen Bischöfe für die Freilassung der Kriegsgefangenen in den Pfarreien an Weihnachten verlesen wurde[10]. Den Gläubigen sollte ermöglicht werden, „sich der öffentlichen Bitte ihrer Oberhirten persönlich anzuschließen". Es wurden Zettel gedruckt und Listen in den Kirchen zur Unterschrift ausgelegt. Die französische Militärregierung erfuhr von dieser Aktion. Der Kreisdelegierte erläuterte Generalvikar Haussner den Standpunkt der französischen Behörden und betonte, daß die geplante Petition der Gläubigen für die Kriegsgefangenen „überflüssig und störend" sei. Am 20. Dezember wurden Generalvikar Haussner und Domvikar Dr. Röder nach Neustadt bestellt und ein Verzicht auf die Unterschriftenaktion gefordert[11]. Am 21. Dezember teilte das Bischöfliche Ordinariat den französischen Stellen mit, daß es nicht möglich sei, auf die Bittaktion aufgrund Bischof Wendels Verpflichtung gegenüber den anderen Bischöfen zu verzichten. Der Speyerer Bischof fühlte sich *verpflichtet, so wie auch die Bischöfe in der Nazizeit, für die Grundrechte Menschlichkeit und Freiheit einzutreten*[12]. Die Unterschriftenaktion wurde durchgeführt. Am 27. Dezember schickte die französische Besatzungsbehörde in Neustadt ein Telegramm nach Baden-Baden und legte einen Entwurf der zu erlassenen Strafmaßnahmen bei. In einer Notiz vom 30. Dezember wurde die Absicht geäußert, daß die Ober- und Ortsdelegation den Bischof und die Geistlichen nicht mehr empfangen, die Anliegen der katholischen Kirche nicht mehr behandelt und jegliche Zuteilung von Reifen, Baumaterial und Papier unterbleiben würden[13]. Der Generalverwalter Emile Laffon in Baden-Baden billigte die vom Militärgouverneur Brozen-Favereau vorgeschlagenen Strafmaßnahmen. Den Geistlichen wurden die Passierscheine in der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. Februar 1947 verweigert. Gegen die

9 Baginski, Aspekte (wie Anm. 7), S. 486.

10 Ders., Aspekte (wie Anm. 7), S. 488 und Anlage 14, S. 505f.: Hirtenwort der deutschen Bischöfe für die Freilassung der Kriegsgefangenen v. 13.12.1946.

11 ABSp, Best. Bischöfliches Ordinariat, Neueres Archiv (im folgenden: BO NA) 13/23 - 135/46. Vgl. auch Baginski, Aspekte (wie Anm. 7), S. 489; ders., Kirchenpolitik (wie Anm. 7), S. 204f.

12 ABSp, BO NA 25/25 - 15/46, 3.2.1947); Baginski, Aspekte (wie Anm. 7), S. 490.

13 Dazu und zum folgenden Baginski, Aspekte (wie Anm. 7), S. 490.

Bistumszeitung wurde eine Strafmaßnahme eingeleitet. Am 2. Januar 1947 beschlagnahmte ein französischer Polizeibeamter in der Pilgerdruckerei auf Befehl des Ortskommandanten das zum Druck der Kirchenzeitung vorgesehene Papier, so daß vom 19. Januar bis zum 16. Februar 1947 „Der christliche Pilger" nicht erscheinen konnte. Nach einem Rundschreiben des Bischöflichen Ordinariats an die Geistlichen vom 20. Januar 1947, in dem die Beschlagnahmung des Papiers und das Nichterscheinen des „Christlichen Pilgers" mitgeteilt wurde, wurde die Aufhebung der Sanktionen seitens der französischen Stellen auf den 15. Februar verschoben. Anfang Februar wurde der Konflikt schließlich beendet. Seitens des Bischöflichen Ordinariats wurde Dr. Röder nach Neustadt geschickt, um in Verhandlungen die Auseinandersetzungen beizulegen. „Französischen Berichten zufolge konnten sich allmählich die Beziehungen Bischof Wendels zur französischen Besatzungsmacht verbessern"[14].

## Das Bistum Speyer nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Der Zweite Weltkrieg hinterließ auch im Bistum Speyer zerstörte Städte und Dörfer sowie große materielle Not. Nach dem Kriegsende ergab sich im Bistum Speyer die folgende Bilanz der „Kriegsschäden an Kirchen und kirchlichen Gebäuden"[15]: Von den Kirchen waren 9 völlig zerstört, 40 schwer beschädigt, 70 beschädigt, aber noch benützbar. Von den Pfarrhäusern waren ebenfalls 9 völlig zerstört, 9 schwer beschädigt, 40 beschädigt. Von den karitativen Anstalten waren 8 völlig zerstört, 23 schwer beschädigt, 24 beschädigt. Sämtliche Bronzeglocken der Kirchen mit Ausnahme der jeweils kleinsten mußten für Kriegszwecke abgeliefert werden; erhalten blieben nur das vollständige Domgeläute sowie das Geläute der katholischen Kirche in Weyher, die das Prädikat „historisch und künstlerisch wertvoll" erhielten. Insgesamt wurden im Krieg abgeliefert bzw. im Grenzgebiet durch Kampfhandlungen zerstört 679 Glocken der Diözese Speyer. Nur zwei Gloken wurden später zurückgegeben. Auch viele andere kirchliche Gegenstände in Edelmetall mußten zur Verfügung gestellt werden. Bis 1. November 1943 waren bereits 4205 kg abgeliefert, 400 bis 500 kg sollten noch zur Ablieferung kommen.

Doch viel schwerer wogen die Verluste an Menschen. Nur über den Klerus besitzen wir sichere Zahlen[16]. Bis zum Jahresende 1944 waren bereits 7 Priester, 32 Theologiestudenten (Priesteramtskandidaten), 21 Konviktoren

14 Ders., S. 491.

15 Karl Hofen, Geschichtliche Notizen. Beilage zum Schematismus des Bistums Speyer 1947, S. 57-59.

16 Ebd., S. 59-61.

des bischöflichen Konvikts und 9 Ordenskandidaten gefallen. Bei Kriegsausbruch, im September 1939, hatte das Speyerer Priesterseminar 25 Alumnen gezählt. Schon im folgenden Dezember wurden 12 von ihnen zur Wehrmacht eingezogen, die übrigen empfingen am 18. Februar 1940 die Priesterweihe. 1940/41 gab es nur 5 Alumnen im Seminar; dann trat völliger Stillstand ein, bis im Herbst 1943 zwei kriegsversehrte Theologen kamen, die am 2. Juli 1944 zu Priestern geweiht werden konnten. 1944/45 gab es im Priesterseminar keine Theologen des eigenen Bistums. Im Mai 1945 kamen die ersten Kandidaten aus Krieg und Gefangenschaft zurück. Wie in allen deutschen Priesterseminaren dieser Zeit, wurden auch in Speyer studienergänzende Kurse eingerichtet. Am 1. Oktober 1945 konnte das Priesterseminar St. Ludwig mit sechs Alumnen wieder eröffnet werden.

Über die Verluste an Priestern und Theologiestudierenden der Diözese ergab sich 1947 dieses Bild: Zur Wehrmacht einberufen wurden 70 Geistliche, davon 7 als Kriegspfarrer. 10 Geistliche sind gefallen, 15 befanden sich noch in Kriegsgefangenschaft, 4 galten als vermißt. 7 Geistliche starben in der Heimat bei Fliegerangriffen und anderen Kampfhandlungen. Von den Priesteramtskandidaten standen 170 im militärischen Einsatz; 44 von ihnen sind gefallen, 19 waren noch in Kriegsgefangenschaft, 15 galten als vermißt. „Die durch den Zweiten Weltkrieg und seine unmittelbaren Folgen entstandenen Lücken im Klerus wurden verstärkt fühlbar, als die Zahl der Weihekandidaten auch im Bistum Speyer wenig später erheblich zurückging"[17].

## Linderung der Nachkriegsnot

In den ersten Nachkriegsjahren galt es, die unmittelbare Not der Menschen zu lindern, was insbesondere in der Betreuung der Kriegsgefangenen, der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen geschah. Ein Großteil der katholischen Flüchtlinge wurde in Diasporagebieten angesiedelt, was eine wesentliche Veränderung der bisherigen konfessionellen Strukturen bedeutete. Gotteshäuser und kirchliche Zentren mußten errichtet und die Seelsorgsbezirke vermehrt werden. Das Bistum Mainz war diesbezüglich besonders gefordert[18]. In den Bistümern Trier und Speyer fielen die Ver-

17 SCHWAIGER/HEIM (wie Anm. 3), S. 59; WEITLAUFF (wie Anm. 3), S. 71.

18 Friedhelm JÜRGENSMEIER, Das Bistum Mainz. Von der Römerzeit bis zum II. Vatikanischen Konzil, Frankfurt a. Main 1988, S. 318.

triebenen von der Anzahl her nicht so sehr ins Gewicht - Frankreich hatte die eigene Zone abgesperrt[19].

Zur Linderung des Nachkriegselends wurde das Caritaswesen in den Bistümern mit allen nur möglichen Mitteln gefördert. Die Caritas erbrachte eine Vielzahl von Leistungen. Sie errichtete Suppenküchen - 1946 waren es zehn Suppenküchen in der Pfalz mit täglich 800 Essen. „Im Sommer haben Schwestern und Helferinnen große Mengen an Gemüse einsterilisiert, Obst gedörrt, Bauern haben Kartoffeln angefahren, die Südpfalz hat Zwiebeln geliefert - wir haben allein bis jetzt elf Zentner Zwiebeln verbraucht ...", berichtete eine Caritasschwester 1946 dem damaligen Pilger-Chefredakteur Nikolaus Lauer auf dessen Frage „Was tut die Caritas?"[20]. In dem Frage- und Antwortspiel erhält der Leser einen instruktiven Einblick in die Tätigkeit des Caritas-Verbandes in schwerer Zeit: Durchführung von Kindererholungsaktionen, Betreuung von vier Waisenhäusern mit 580 Kindern, neun Altersheimen und acht katholischen Krankenhäusern unter schwierigsten Umständen. Hinzu kamen neue Aufgaben: Ausgebombten und Heimatlosen mußte geholfen werden. „Wir haben die Bahnhofsmission wieder eröffnet. 40.000 Personen wurde Gelegenheit zum Übernachten geboten, auch wurde ihnen Suppe, Kaffee und Brot gereicht. Denken Sie an die vier Kriegsgefangenenlager in Maximiliansau, Speyer, Homburg und Kaiserslautern, an die Fürsorge für durchreisende Kriegsgefangene! ...", so berichtete der damalige Gesprächspartner von Nikolaus Lauer. Wärme- und Nähstuben wurden eingerichtet, die Menschen mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, angefangen von Pullovern bis hin zu Kochtöpfen, versorgt. Des weiteren wurden freiwillige Milchsammlungen initiiert. In den Pfarrgemeinden fanden sich Helferinnen und Helfer, welche die Arbeit mittrugen. Kirchliche Hilfe war von ehrenamtlichem Einsatz getragen. Nur so war es möglich, in vielen Orten Kinder- und Altenspeisungen oder auch Kleiderzuteilungen vorzunehmen[21].

In den Notzeiten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben der persönliche Einsatz von Bischof Wendel und von Caritasdirektor Eisner viel dazu beigetragen, den Menschen wieder Hoffnung und Zuversicht zu vermitteln. Der Bischof richtete Appelle an einflußreiche staatliche und

19 Klaus Rost, Kirchen nach dem Ende des Krieges, in: 1945-1947. Zwischen Trümmern und Aufbruch. Zur Entstehung von Rheinland-Pfalz, hrsg. v. der Landeszentrale für politische Bildung, Mainz 1987, S. 143-146, hier: S. 145.

20 Der christliche Pilger Nr. 4 v. 24.2.1946.

21 Theodor Folz, Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Viele Notleidende überlebten nur durch die Hilfe des Auslands, in: Der Pilger Nr. 44 v. 29.10.1995, S. 14f.

kirchliche Stellen[22]. So bat er am 25. Juli 1945 den bayerischen Ministerpräsidenten Fritz Schäffer und Kardinal Faulhaber in München den Hilferuf an die amerikanische Militärregierung zu unterstützen, angesichts der katastrophalen Verkehrs- und Ernährungslage in der Pfalz beschlagnahmte deutsche Heereslastkraftwagen der Pfalz zukommen zu lassen. An den Jesuitenpater Ivo Zeiger bei der Vatikanischen Mission in Kronberg richtete Bischof Wendel am 6. April 1946 die Bitte, für die notleidende Bevölkerung der französischen Besatzungszone Lebensmittel, zumindest Saatkartoffeln, aus Bayern beziehen zu dürfen. In der gleichen Angelegenheit wandte er sich am 18. Juni 1946 an Theobald J. Dengler, den für Erziehung und Religionssachen Zuständigen bei der amerikanischen Militärregierung für Deutschland und am 14. August 1946 an den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Wilhelm Högner. Zwar war Högner sofort zur Hilfe für die Pfälzer bereit, doch die amerikanische Militärregierung verbot die Ausfuhr von Lebensmitteln von der amerikanischen in die französische Besatzungszone. Zu erwähnen sind weiterhin der Hilferuf Bischof Wendels an Kardinal Samuel Alphons Stritch, Erzbischof von Chicago, vom August 1946 über die in Herxheim weilende, in die USA zurückreisende Schwester M. Matrona sowie die Bitten an die französische Militärregierung am 10. September des gleichen Jahres. Am 9. Juni 1947 bat der Staatsminister für Landwirtschaft und Ernährung der Landesregierung Rheinland-Pfalz, Oskar Stübinger, den Speyerer Bischof, die kirchlichen Stellen möchten doch die *Maßnahmen zur Überwindung der ernstesten Ernährungskrise seit dem Zusammenbruch* unterstützen.

Wohl aufgrund der Aktivitäten Wendels konnten einige Orte in der Diözese in den Genuß der „Schweizer Spende" gelangen. „Das überkonfessionelle und überparteiliche Hilfswerk des Schweizer Volks brachte bis 1948 allein für Deutschland 33 Millionen Schweizer Franken in Form von Speisungen. Textilien, Schuhwerk, Medikamenten und durch Lieferung von Baracken für bombengeschädigte Städte auf. In Zusammenarbeit mit der Caritas begann 1947 in einigen Städten der Diözese eine Schulkinder-, Kleinkinder- und Altenspeisung. Die Versorgung kranker Säuglinge mit Nährmehl ging nachweislich auf Betreiben des Bischofs zurück. ‚Einer trage des anderen Last', war die Jahresparole der katholischen Jugend der Diözese Speyer. Viele Jugendliche stellten sich zur Verfügung, um beispielsweise für Kleinstkinder und kranke Kinder Milch aus der Umgebung der Städte zu holen"[23].

22 ABSp. BA A-XVI-4; Weitlauff (wie Anm. 3), S. 7 f.
23 Folz (wie Anm. 21), S. 14.

## Wiederaufbau von kirchlichen Einrichtungen

Nachdem die Not der Bevölkerung durch caritative Maßnahmen einigermaßen gelindert worden war, konnte mit der Reorganisation der kirchlichen Einrichtungen begonnen werden. „Der innere Aufbau war mit dem äußeren eng verknüpft. Wollte man die im Glauben wankend Gewordenen festigen, die Entmutigten aufrichten, die Lauen mit neuem Eifer erfüllen, war es nötig, den religiösen Zentren ein erstes Augenmerk zu schenken, war es nötig, die 29 total oder stark zerstörten Kirchen wieder zu errichten, die 61 teilweise zerstörten oder in schlechtem Zustand befindlichen zu erneuern, zusätzlich notwendig gewordene Gotteshäuser zu bauen. Man mußte an die Instandsetzung oder Erneuerung von Kindergärten und Jugendheimen, an die Wiederherstellung und Neuschaffung caritativer Einrichtungen denken, dabei auch die Erneuerungsabsichten an den Kultgebäuden nicht übersehen, die zwar keine Kriegsschäden aufwiesen, aber reparaturbedürftig geworden waren, weil in den Jahren des Krieges und noch geraume Zeit danach für ihre bauliche Unterhaltung nichts geschehen konnte. Bei all dem durfte man nicht an der Wohnungsnot vorübergehen, die nach Öffnung der französischen Zone für die Heimatvertriebenen und bei dem anwachsenden Zustrom von Ostflüchtlingen ein erschwerendes Maß angenommen hatte. So drängte sich der äußere Aufbau in den Vordergrund und forderte gebieterisch nach Abhilfe. Und doch war es in der Zeit unmittelbar nach dem Kriege nicht möglich, in größerem Umfang mit der Arbeit zu beginnen, weil die notwendigen Materialien nur schwer oder überhaupt nicht zu beschaffen waren. Erst nach der Währungsreform im Jahre 1948 konnte planmäßig an den Aufbau herangetreten werden"[24].

Anhand einer statistischen Übersicht von 1954 läßt sich die Aufbauarbeit aufzeigen, die im Bistum Speyer in den letzten Regierungsjahren Bischof Wendels und in den Anfängen seines Nachfolgers Isidor Markus Emanuel (1952 - 1968)[25] geleistet wurde[26]. Wiederaufgebaut wurden 39 Kirchen: Altheim, Berg (mit Turm), Bliesmengen, Erfenbach, Eppstein, Frankenthal/St. Dreifaltigkeit, Gersheim, Gräfinthal (Kapelle), Großsteinhausen, Grünstadt (Turm), Habkirchen, Hilst, Jockgrim, Kapsweyer, Kröppen, Landau/Hl. Kreuz, Ludwigshafen/ St. Dreifaltigkeit, Ludwigshafen/Herz-

24 Schematismus des Bistums Speyer nach dem Stande vom 1. Februar 1954 mit geschichtlichen Notizen aus den Jahren 1947-1954, Speyer 1954, S. 531.

25 Ferdinand Schlickel, Isidor Markus Emanuel, Bischof von Speyer (1953-1968), in: Ammerich, Lebensbilder (wie Anm. 3), S. 307-337, hier S. 318f.; Der christliche Pilger Nr. 1 v. 1.1.1950, S. 20f.: Wilhelm Schulte, Wiederaufbau im Bistum. Die Kriegsschäden an Kirchen und kirchlichen Gebäuden in der Diözese Speyer und ihre Behebung, in: Der christliche Pilger Nr. 1 v. 1.1.1950, S. 20f.

26 Schematismus 1954 (wie Anm. 24), S. 532-542.

Jesu, Ludwigshafen/St. Joseph, Ludwigshafen/St. Ludwig, Ludwigshafen/St. Maria, Ludwigshafen/St. Sebastian, Ludwigshafen/Oppau, Rheingönheim, Medelsheim, Morlautern, Neualtheim, Niedergailbach, Niederschlettenbach, Niederwürzbach, Pirmasens/St. Anton, Pirmasens/St. Pirmin, Reinheim, Schweighofen, Steinfeld, Vinningen, Weingarten, Wittersheim, Zweibrücken. - Dazu kam im gleichen Zeitraum der Wiederaufbau von 11 zerstörten Pfarrhäusern und weiterer teilweise zerstörter oder in schlechtem Zustand befindlicher 61 Kirchen und 18 Pfarrhäuser. - Neugebaut wurden in den gleichen fünf Jahren (1948 - 1953) 15 Kirchen: Aßweller, Beeden, Biedesheim, Brücken, Dansenberg, Elmstein, Heckendalheim, Landstuhl, Petersberg, Rammelsbach, Riedelberg, St. Ingbert/St. Pirmin, Speyer/St. Bernhard, Stambach, Waldleiningen. Im Bau begriffen waren folgende Kirchen, die 1954 fertiggestellt werden sollten: Alschbach, Altrip, Homburg/Erbach, Jägersburg und Merzalben. Außerdem wurden in dieser Zeit 6 Kapellen, 3 Hauskapellen (Krankenhaus, Heime) und 19 Pfarrhäuser neu gebaut. Acht Kirchen und ein Pfarrhaus wurden erweitert, 71 Kirchen innen renoviert, 30 weitere Kirchen und 9 Pfarrhäuser instandgesetzt. Eindrucksvoll sind auch die Neu- und Erweiterungsarbeiten, auch Neuerwerbungen caritativer Einrichtungen und Einrichtungen für die Jugend bis 1953: 13 Kinderschulen, 10 Schwesternhäuser, 1 Waisenhaus, 8 Krankenhäuser, 3 Altersheime, 2 Jugendhäuser, 3 Jugendheimstätten, 2 Lehrlingsheime, 1 Jugendwohnheim, 40 Jugendheime.

„Größtenteils wurden die genannten Baumaßnahmen über das Bischöfliche Bauamt geplant und ausgeführt. Bistumsleitung, Seelsorgeklerus und Laien wirkten in dieser gewaltigen Arbeit durch Einsatz und Opferwilligkeit eng zusammen. Die Leistung wird um so bemerkenswerter, wenn man bedenkt, daß Speyer ein kleines Bistum ist und daß damals die großen Industrien, etwa in Ludwigshafen und Kaiserslautern, entweder völlig zerstört und nach dem Krieg demontiert waren oder sich noch im schwierigen Wiederaufbau befanden. Die Durchführung eines so umfangreichen kirchlichen Aufbauprogrammes von 1948 bis 1953 trug auch erheblich zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und zur Belebung der Wirtschaft bei"[27].

Im Zuge der wachsenden Industrialisierung und der verstärkt einsetzenden Siedlungstätigkeit am Rand der Städte mußten neue Seelsorgezentren geplant und errichtet werden. Dieser organisatorische Ausbau, der von Bischof Wendel in den späten vierziger Jahren begonnen wurde, fand seine Fortsetzung durch seinen Nachfolger Isidor Markus Emanuel (1952 - 1968). Der Wiederaufbau und Neubau von Gotteshäusern mußte weitergeführt werden. In der sogenannten Roten Zone, am Westwall, hatte 1939/40 und

27 Schwaiger/Heim (wie Anm. 3), S. 65; Weitlauff (wie Anm. 3), S. 83f.

noch einmal 1944/45 ein erbitterter Stellungskrieg getobt und kaum eine Kirche in den überwiegend katholischen Grenzdörfern verschont. Alle Kirchen in den Innenstädten von Ludwigshafen, Frankenthal, Zweibrücken und Pirmasens waren durch Luftangriffe zwischen Januar und Mitte März 1945 zerstört worden oder hatten schwere Schäden erlitten. Da während der nationalsozialistischen Herrschaft nur wenige Kirchen gebaut worden waren, kam ein großer Nachholbedarf hinzu. Bei aller Sparsamkeit entstanden würdige, liturgiegerechte Gotteshäuser. Insgesamt konnte Bischof Emanuel in den 15 Jahren seiner Amtszeit 97 Kirchen konsekrieren[28].

Die Erweiterung und der Neubau von Schulen und Internaten wurde ebenfalls in Angriff genommen. Das Studienheim St. Pirmin in Dahn, die Edith-Stein-Schule in Speyer, Schule und Internat der Franziskanerinnen in Kaiserslautern sowie das Mädchenwohnheim St. Hedwig in Kaiserslautern wurden neu gebaut, das Institut der Englischen Fräulein in Landau und das Jugendwerk St. Josef in Landau-Queichheim modernisiert und erweitert[29]. Während der Bischofszeit von Isidor Markus Emanuel entstanden auch die Neubauten des Kardinal-Wendel-Hauses in Homburg/Saar und des Priesterseminars St. German in Speyer. Das Priesterseminar und das Bischöfliche Konvikt St. Ludwig in der Speyerer Innenstadt litten unter Raumnot. Die starken Weihekurse zu Beginn der fünfziger Jahre bestärkten Bischof und Domkapitel in ihrem Plan, ein neues Priesterseminar auf dem Gelände des ehemaligen Klosters St. German in Speyer zu erstellen[30]. Am 1. Juni 1956 benedizierte Bischof Emanuel das neue Seminargebäude und legte anschließend den Grundstein zur Seminarkirche, die nach ihrer Fertigstellung am 18. Juli 1957 konsekriert wurde[31].

## Kirchliche Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot

Nicht nur der Wiederaufbau der Kirchen, Pfarrhäuser, Kindergärten und kirchlichen Heime, sondern auch die Beschaffung von Wohnungen bildete eine kirchliche Hauptsorge nach dem Krieg. Zur Beseitigung der Wohnungsnot gründete der Speyerer Bischof Wendel am 6. Mai 1949 das „Ge-

28 Schlickel (wie Anm. 25), S. 318f.; Schulte (wie Anm. 25), S. 20f.

29 Schlickel (wieAnm. 25), S. 319.

30 Wilhelm Schulte, Der Neubau des Priesterseminars auf dem St. Germansberg, in: St. German in Stadt und Bistum Speyer, Speyer 1957, S. 175-188; Karl Bossung, Das Bischöfliche Priesterseminar St. German, in: ebd., S. 189-199.

31 Bossung (wie Anm. 30), S. 189; Handbuch des Bistums Speyer im Jahre 1991, hrsg. v. Bischöflichen Ordinariat Speyer, Speyer 1991, S. 39-42, hier S. 41.

meinnützige Siedlungs- und Wohnungs-Werk der Diözese Speyer"[32]. Im gleichen Jahr initiierten auch die Bischöfe von Mainz, Limburg und Fulda ein „Gemeinnütziges Siedlungswerk". Ziel war es, die dramatische Wohnungsnot der Nachkriegszeit zu lindern und ein familiengerechtes und menschenwürdiges Wohnen zu ermöglichen. Der Aufgabenbereich des Siedlungswerkes der Diözese Speyer wurde folgendermaßen umschrieben: Bau, Betreuung und Verwaltung von Kleinwohnungen; Förderung der Errichtung von Wohnungen durch Beratung und Unterstützung örtlicher Siedlergemeinschaften in Planung, Geländebeschaffung, Bautätigkeit und Finanzierung. Aus kirchlichem Grundbesitz wurde über 200.000 Quadratmeter für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt[33]. Das Siedlungs- und Wohnungswerk schloß sich 1951 im Auftrag Bischof Wendels und des Präsidenten der Evangelischen Landeskirche zum „Christlichen Siedlungs- und Wohnungswerk der Pfalz" zusammen[34].

Bereits im Oktober 1949 konnte Bischof Wendel in Ludwigshafen die ersten Reihen-Doppelhäuser segnen. Das Baugelände hatte die Pfarrei St. Sebastian Ludwigshafen-Mundenheim zur Verfügung gestellt[35]. Im gleichen Monat, am 26. Oktober, erließ Bischof Wendel ein „Hirtenwort zur Durchführung der Sammlung (Verkauf von Bausteinen) zu Gunsten des Gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungswerkes der Diözese Speyer", das an Allerheiligen verlesen wurde. Darin beschrieb der Bischof die damals noch bestehende Wohnungsnot. „In Ludwigshafen sind 4/5tel der Wohnungen entweder vollständig zerstört oder so beschädigt, daß sie als Wohnraum nicht mehr dienen können. Es waren also nach dem Krieg von 100 Wohnungen nur noch 20 bewohnbar. Fragt nicht, wo und wie in den zerbombten Städten und in den zerstörten Dörfern an der Grenze die Menschen hausen müssen. Es ist wahr, auch andere Orte müssen über Wohnungsmangel klagen. Es gibt kaum ein Dorf, in dem nicht Familien unter Wohnraumenge zu leiden haben. Aber es ist doch ein Unterschied, ob eine Familie eine enge Wohnung oder überhaupt keine menschenwürdige Wohnung hat. Dieser Unterschied darf nicht übersehen und nicht stillschweigend über-

32 ABSp. BA A-XVI-31: Erfahrungsbericht vom Leiter des Siedlungswerkes, Professor Josef Damm: Durch Selbsthilfe zum Eigenheim. Zwei Jahre Selbsthilfe-Siedlungsbau in der Pfalz, Speyer 1951; Der christliche Pilger Nr. 43 v. 26.10.1952, S.718: Bilanz der Tätigkeit des Siedlungswerkes unter Bischof Wendel von dessen Leiter Josef Damm: Der Bischof und das Siedlungswerk; Geschichtliche Notizen 1954 (wie Anm. 24), S. 538f; Weitlauff (wie Anm. 3), S. 84.

33 Schematismus 1954 (wie Anm. 24), S. 539; dort Übersicht der Bauleistung des Diözesansiedlungswerkes unter eigener Trägerschaft (Stand: 30.11.1953), S. 539 - 542.

34 Der christliche Pilger Nr. 10 v. 11.3.1951.

35 Schwaiger/Heim (wie Anm. 3), S. 65; Weitlauff (wie Anm. 3), S. 84.

gangen werden. Es ist wahr, viele haben während des Krieges und in der Nachkriegszeit, also jahrelang keine Instandsetzungsarbeiten in ihrer eigenen Wohnung und an ihren eigenen Häusern vornehmen können. Das Notwendigste muß gemacht werden. Aber wichtiger als der Neuanstrich eines Hauses ist die Errichtung von 4 neuen Hauswänden, in die eine Familie aus dem Keller wieder einziehen kann. Es ist wahr, die Wäsche ist zerschlissen, die Kleider sind abgetragen, der Hausrat muß ergänzt werden. Wie aber wäre es, wenn dein Haus, deine Scheune, dein Stall, deine Werkstatt auch in Trümmern lägen? Müßtest du dir nicht mehr absparen, als wenn du jetzt einen Beitrag - auch einen ansehnlichen Beitrag - gibst zum Wohnungsbau für Wohnungslose? ‚Aber warum soll ich anderen Wohnungen bauen helfen, mir hat ja auch niemand geholfen?' Welche Hilfe ist es für deine wirtschaftliche Lage, daß dir deine Wohnung, dein Haus erhalten geblieben ist! Hätte nicht eine Brand- oder Sprengbombe das Haus, in dem du jetzt wohnst, auch im entlegensten Dorf bei einem Notabwurf treffen können? Muß also nicht außer dem Gebot der Liebe, das uns der Herr gegeben hat, auch die Dankbarkeit gegen Gott uns drängen, einen Beitrag zum Wohnungs- und Siedlungsbau zu geben? ... Das Diözesan-Siedlungswerk wird vom 1. bis 13. November für den Siedlungs- und Wohnungsbau eine Bausteinsammlung durchführen. Das Diözesan-Siedlungswerk und die ihm angeschlossenen örtlichen Siedlervereinigungen werden bis Ende dieses Jahres 75 Häuser fertigstellen. 20 Häuser sind bereits bewohnt. Über 73.000 qm Kirchenland sind dem Siedlungsbau bereits zur Verfügung gestellt worden. Die Bereitstellung von Baugelände für ca. 60 Siedlungen in 12 Orten ist in Vorbereitung. Nun bitte ich euch: Helft die Bausteine beschaffen, damit auf dem Baugelände auch gebaut werden kann!"[36]. In den folgenden Jahren wurden viele familiengerechte Wohnungen gebaut[37]. Absicht war es, junge Familien auf eigenem Grund und Boden, durch Haus und Garten, seßhaft und einigermaßen krisensicher zu machen. Das eigene Heim mußte erspart und erarbeitet werden; durch Mithilfe der Siedler konnten die Kosten gesenkt werden[38].

Wendels Nachfolger, Isidor Markus Emanuel, setzte das Bauprogramm fort. Eine Tagung des Siedlungswerkes am 28. und 29. März 1953 im

36 Oberhirtliches Verordnungsblatt für das Bistum Speyer, hrsg. v. Bischöflichen Ordinariat Speyer, Nr.14 v. 26.10.1949; SCHWAIGER/HEIM (wie Anm. 3), Dokumentenverzeichnis Nr. 46, S.275-277, hier S. 276f.

37 Ende 1952 waren durch das Siedlungswerk bereits über 400 Siedlungshäuser fertiggestellt; 100 Häuser befanden sich damals im Bau. Es kam eine stattliche Zahl von Eigenheimen im saarländischen Teil der Diözese Speyer hinzu, die vom Ketteler-Verein erbaut wurden, vgl. SCHWAIGER/HEIM (wie Anm. 3, S. 65).

38 Ebd.

Jugendhaus St. Christophorus in Bad Dürkheim nahm der Bischof zum Anlaß, um bei der Abschlußkundgebung mit dem Bundestagsabgeordneten und späteren Wohnungsbauminister Paul Lücke im großen Saal des Kurhauses den Siedlern Hilfe anzubieten[39]. Es ging damals vor allem um die Beschaffung von preiswerten Grundstücken und günstigen Darlehen für Familien, die sich zur Eigenleistung von je 3.000 Arbeitsstunden verpflichtet hatten. Der Bischof verwies in seiner Ansprache auf die Glocken, die von der Bad Dürkheimer St. Ludwigskirche läuteten, denn die Glocken verkündeten: Wir bauen![40] Bischof Wendel hatte die Pfarreien bei der Anschaffung neuer Glocken zu einem Geldopfer für den Wohnungs- und Kirchenbau verpflichtet. Bei dieser Veranstaltung konnte der damalige Geschäftsführer des Siedlungswerkes, Josef Damm, mitteilen, daß während der dreieinhalbjährigen Tätigkeit des Speyerer Diözesan-Siedlungswerkes 450 Häuser mit 900 Wohnungen gebaut wurden und weitere 170 Häuser im Bau seien[41].

## Erneuerung des kirchlichen und religiösen Lebens

Mit dem äußeren materiellen Wiederaufbau waren auch der innere Aufbau sowie die geistige Erneuerung eng verbunden[42]. Nach den kirchenkämpferischen Gewaltmaßnahmen der nationalsozialistischen Zeit galt es nun, den katholischen Religionsunterricht, die kirchlichen Schulen, die Orden und Klöster wiederherzustellen, katholische Vereine und Organisationen wieder aufzubauen. Am 4. November 1945 konnte „Der christliche Pilger", das Bistumsblatt für die Diözese Speyer, mit Erlaubnis der Militärregierung wieder erscheinen[43].

Die Menschen brauchten eine Neuorientierung; ihr Leben mußte wieder Sinn haben. Die Kirche war diesbezüglich besonders gefordert. Den enttäuschten Menschen sollte wieder die Botschaft Jesu Christi nahegebracht werden. In vielen Pfarreien wurden wieder Volksmissionen und religiöse

39 Schlickel (wie Anm. 25), S. 318.

40 Ebd.

41 Der christliche Pilger v. 4.4.1953, S. 281. Vgl. dazu auch Schematismus 1954 (wie Anm. 24), S. 542.

42 Der christliche Pilger Nr. 1 v. 13.1.1946, S. 3: „Kirche und Wiederaufbau"; Schematismus 1954 (wie Anm. 24), S. 542f.

43 Zum Wiedererscheinen des Bistumsblattes betonte Bischof Wendel in seinem Geleitwort die Sorgen und Nöte der Zeit: „Die Lebenswege sind steiler und steiniger geworden, als sie es vor Jahren waren. Härter drücken die Lebenssorgen auf unseren Schultern ... Möge ‚Der christliche Pilger' allen durch dieses Leben pilgernden Christen das Licht des Glaubens vorantragen, die Quellen des Trostes und des Vertrauens erschließen und das Feuer der Liebe immer wieder entzünden!".

Einkehrtage gehalten. Die Exerzitienbewegung bekam neuen Auftrieb. 1951 erschien nach jahrelanger Vorarbeit ein neues Diözesangesangbuch („Salve Regina")[44]. Zum besseren Verständnis der liturgischen Handlungen wurde ein neues Diözesanrituale herausgegeben. Zur Ausbildung von Organisten und Chorleitern wurde bereits 1944 das Kirchenmusikalische Institut in Speyer gegründet[45].

Bischof Wendel gelang es, junge Menschen anzusprechen und zu begeistern. Zu seiner Bischofsweihe am 29. Juni 1941 waren fast 20.000 Jugendliche aus dem gesamten Bistum nach Speyer gekommen. Am Nachmittag des Weihetages fand in der überfüllten Pfarrkirche St. Josef die „Feierstunde der Jugend mit dem Bischof" statt[46]. Am 4. Juli 1943, am Nachmittag seiner Amtseinführung, rief er den Jugendlichen in der Josefskirche zu, daß sie wie ein Licht Gottes in dieser Welt leuchten und von der Wahrheit Zeugnis geben sollten[47]. Neben zahlreichen kirchlichen Jugendheimen wurde das Jugendhaus St. Christophorus in Bad Dürkheim nach dem Krieg zum Mittelpunkt der religiösen Jugendarbeit in der Diözese[48]. Ebenso unermüdlich war Bischof Wendel für den Aufbau der Frauen- und Männerseelsorge tätig. Doch betonte er gegenüber den zu sehr nach Ständen der Vergangenheit ausgerichteten kirchlichen Organisationsformen deutlich „die Notwendigkeit des gemeinsamen katholischen Zeugnisses. Man konnte eben nicht nach dem Krieg dort anknüpfen, wo die Kirche seit 1933 ausgeschaltet worden war. Mit einer Hellsichtigkeit, die damals noch manchen einflußreichen Kirchenleuten abging, erkannte er früh, daß die Zu-

44 In der Sitzung der kirchenmusikalischen Kommission vom 2.6.1943 erteilte Wendel den Auftrag, ein neues Diözesangebet und -gesangbuch zu schaffen. Der Kommission, deren Leitung Domkapitular Alfred Philipp Scheller innehatte, gehörten Priester und Laien an. Sie arbeitete sieben Jahre an dem neuen Werk. Bischof Wendel prüfte sämtliche Gebets- und Andachtstexte; er ergänzte und verbesserte eine Vielzahl von Texten, vgl. Werkbuch zum Salve Regina, hrsg. v. Bischöflichen Ordinariat Speyer, Speyer 1959, S. 19 - 21.

45 1936 begannen in Schifferstadt zunächst auf privater Basis „Kirchenmusikalische Unterrichtskurse", die ein Jahr später vom Bischöflichen Ordinariat anerkannt wurden; 1944 kam es dann zur Gründung des „Kirchenmusikalischen Instituts", vgl. Handbuch des Bistums Speyer (wie Anm. 39), S. 43.

46 ABSp, Best. BA A-XVI-11: Ansprache an die Jugend am Tag der Bischofsweihe (Schreibmaschinenhektographie); Schwaiger/Heim, (wie Anm. 3), S. 48, Dokumentenverzeichnis Nr. 2, S. 117-119; Weitlauff (wie Anm. 3), S. 57f u. 160-162.

47 Jakob Bisson, Sieben Speyerer Bischöfe und ihre Zeit 1870 bis 1950. Beiträge zur heimatlichen Kirchengeschichte, Speyer 1956, S. 359; Josef Meller/Johannes Friedrich Werling, Das Bistum Speyer. Ein Gang durch seine Geschichte, Speyer 1987, S. 81.

48 Schematismus 1954 (wie Anm. 24), S. 543; Handbuch des Bistums Speyer (wie Anm. 30), S. 53f.; Schwaiger/Heim (wie Anm. 3), S. 66.

kunft nicht den Klassen und Ständen gehörte. Zu große Hoffnungen setzte er freilich auf die Katholische Aktion, die ja von den Anfängen unter Papst Pius XI. her unmittelbar auf die Verhältnisse in Italien ausgerichtet war und der Situation in Deutschland weniger gerecht wurde"[49].

Bedeutsam für das kirchliche Leben war 1948 der Katholikentag in Mainz, der unter dem Motto „Nicht klagen, sondern handeln" deutliche Akzente für die Gestaltung der Zukunft setzte[50]. Die Tradition der „Pfälzer Katholikentage" lebte 1948 und 1949 in Deidesheim wieder auf[51]. Der letzte „Pfälzer Katholikentag" hatte 1931 stattgefunden. In den Leitmotiven der Katholikentage kamen die zentralen innerkirchlichen und gesellschaftlichen Anliegen zum Ausdruck: „Zeitaufgaben des Katholiken" (1949), „Christliche Familie in Kirche und Staat" (1951). Seit 1951 wurden die „Pfälzer Katholikentage" wieder jährlich abgehalten.

## Kirchliche Impulse zur Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich

Nach leidvollen Erfahrungen, die der Zweite Weltkrieg insbesondere dem Grenzland brachte, suchten Christen auf deutscher und französischer Seite die Aussöhnung zwischen den beiden Nationen. Sie fand Ausdruck in der Errichtung von Friedenskreuzen, in gemeinsamen Wallfahrten, schließlich im Bau der Friedenskirche St. Bernhard in Speyer (1953/54), die gemeinsam von deutschen und französischen Katholiken finanziert wurde. Diese Kirche sollte „ein bleibendes Denkmal", eine Stätte der Versöhnung und wachsenden Völkerfreundschaft zwischen Deutschland und Frankreich sein[52].

Noch während des Zweiten Weltkrieges hatte Wendel als Caritasdirektor und später als Bischof versucht, das harte Los der französischen Kriegsgefangenen zu lindern[53], und damit bereits ein wichtiges Zeichen gesetzt. Zur Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen trug zweifelsohne auch

---

49 Schwaiger (wie Anm. 3), S. 294; Ders./Heim (wie Anm. 3), S. 66.

50 Der christliche Pilger Nr. 33/34 v. 15./22.8.1948 S. 1f. und Nr. 36 v. 5.9.1948, S. 1.

51 Am 18. Juli 1948 fand in Deidesheim an der Kapellenruine der alten Michaelskapelle ein Katholikentag für die Vorderpfalz statt. Bischof Dr. Joseph Wendel hielt ein Pontifikalamt. Die Rede hielt Professor Dr. Holzamer (Mainz) über brennende Zeitfragen. Ankündigung: Der christliche Pilger Nr. 27/28 v. 4./11.7.1948. Der erste offizielle Pfälzer Katholikentag nach dem Krieg fand am 17. Juli 1949 ebenfalls bei der Michaelskapelle in Deidesheim statt. Festredner war der bayerische Kultusminister Dr. Dr. Alois Hundhammer, vgl. Die Diözesan-Katholikentage. Kurzdokumentation, in: Der Pilger Nr. 27 v. 1.7.1984, S. 913.

52 Bruno Thiebes, Die Friedenskirche St. Bernhard von Clairvaux in Speyer, in: Rheinland-Pfalz persönlich. Erinnerungen und Begegnungen, Mainz 1987, S. 247-262.

53 Meller/Werling (wie Anm. 46), S. 81.

der französische Armeebischof Picard de la Vacquerie bei[54]. Im „Christlichen Pilger" vom 8. September 1946 finden sich folgende Passagen: „Der neue französische Bischof kommt zwar nach Baden-Baden speziell für seine Landsleute der besetzten Gebiete, er wird jedoch infolge seines Aufenthaltes und Lebens inmitten der einheimischen Katholiken veranlaßt sein, mit diesen direkt oder durch Vermittlung seiner Heeresgeistlichen gute Beziehungen auf dem gemeinsamen Gebiet des Glaubens und der christlichen Nächstenliebe zu pflegen"[55]. Bischof Picard de la Vacquerie besuchte am 12. und 13. Juli 1947 Speyer. In seiner Ansprache während des Pontifikalamtes im Speyerer Dom sagte er, daß der christliche Glaube über alle Grenzen hinweg den Frieden bringen werde. Frankreich und Deutschland sollten sich verbinden, „um eine Mauer des Widerstandes gegen Materialismus und Atheismus aufzurichten"[56]. In seinem Dankschreiben an Bischof Wendel vom 20. Juli 1947 schrieb der Armeebischof, daß es die wichtigste Aufgabe sei, für gute Beziehungen zwischen französischen und deutschen Katholiken Sorge zu tragen[57]. Im November des gleichen Jahres empfing er in Baden-Baden Bischof Wendel. Der französische Armeebischof äußerte bei dieser Begegnung, daß ihn die „gute Harmonie" freue, die zwischen ihm und den deutschen Bischöfen vorhanden sei[58].

Schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg begann die Zusammenarbeit der Seelsorger über die deutsch-französische Grenze hinweg. Priester aus den Grenzdekanaten trafen sich zum Erfahrungsaustausch. Grenzüberschreitende pastorale Initiativen entwickelten sich, beispielsweise im Bereich der Arbeiterseelsorge. Pfälzische Priester und Laien schlossen sich Mitte der sechziger Jahre der elsässischen „Aide au clergé" (Priesterhilfe) an, aus der sich die Solidaritätsaktion „Contact abbé" entwickelte. Sie steht heute mit fast 200 französischen Priestern in Verbindung und sieht ihre Ziele in der Begegnung, im Austausch pastoraler Erfahrungen und, wo notwendig, in der Unterstützung von Landpriestern in Frankreich. Bereits Tradition haben auch die engen Beziehungen zu Straßburg und Metz, den Bischofsstädten in der Nachbarschaft sowie zu Chartres, Partnerstadt von Speyer.

---

54 Baginski, Aspekte (wie Anm. 7), S. 491f.

55 Der christliche Pilger Nr. 25 v. 8.9.1946: „Der Armeebischof für die französische Zone. Ein Mann des internationalen Apostolats".

56 Ebd., Nr. 31/32 v. 3./10.8.1947; vgl. auch Baginski, Aspekte (wie Anm. 7), S. 491.

57 ABSp, Best. BA, A-XVI-24, und Baginski, Aspekte (wie Anm. 7), Anlage 17, S. 508.

58 ABSp, Best. BA, A-XVI-24: Bischof Picard de la Vacquerie an Bischof Wendel, 24.11.1947; Baginski, Aspekte (wie Anm. 7), S. 492.

## Die Frage der Konfessionsschule

Vor 1933 war die Konfessionsschule die vorherrschende Schulart in der Pfalz gewesen. Neben 421 protestantischen, 305 katholischen und 6 israelitischen Schulen hatten nur 74 Simultanschulen bestanden. Die nationalsozialistische Herrschaft hatte 1937 überall in der Pfalz die Gemeinschaftsschule eingerichtet. An zahlreichen Orten wurde seit der Wiedereröffnung der Schulen im Sommer/Herbst 1945 die Gemeinschaftsschule durch die Konfessionsschule verdrängt, aber in etwa 120 Gemeinden blieb sie bestehen[59]. Wie in fast allen deutschen Bistümern dieser Zeit, gab es jahrelange Kämpfe. Besonders zu den jährlichen Schuleinschreibungen erschienen Aufrufe der Bischöfe, die an die christliche Verantwortung der Eltern erinnerten. So erließ auch Bischof Wendel am 27. Februar 1949 einen umfangreichen Hirtenbrief über das Elternrecht und über die Verpflichtung katholischer Eltern[60]. Unmittelbarer Anlaß waren die Beratungen der deutschen Bischöfe zur bevorstehenden Annahme des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, zur Verankerung des Elternrechtes und zur Anerkennung des Erziehungsrechtes der Eltern als eines Grundrechtes[61]. Bischof Wendel war sich sehr wohl bewußt, daß zur Frage der Konfessionsschule die Meinungen in einem von der kirchlichen Diaspora-Situation gezeichneten Land weit auseinandergingen: „Die Meinungen über das Elternrecht und seine Anerkennung sind geteilt. Was wollen wir mit dem Wort Elternrecht eigentlich sagen? Mit dem Wort Elternrecht soll das Recht der Eltern ausgesprochen werden, die Erziehung ihrer Kinder, vor allem die religiöse Erziehung, zu bestimmen in und außerhalb der Familie, auch in den öffentlichen Schulen ... Unsere Forderung geht dahin: Das Grundgesetz soll nicht den Charakter der öffentlichen Schulen, ob Bekenntnis- oder Gemeinschaftsschule bestimmen, wohl aber das gottgegebene Bestimmungsrecht der Eltern auch über den weltanschaulichen Charakter der Schulen, die ihre Kinder besuchen müssen, anerkennen ... Der Staat und die staatliche Schule haben nicht das Recht, den Eltern die Erziehung der Kinder aus der Hand zu nehmen, sondern die Pflicht, den Eltern

59 Zur Wiedereinführung der Konfessionsschule im Bistum Speyer: Schematismus 1954 (wie Anm. 24), S. 543 - 545.

60 OVB Nr. 4/1949, S. 333-340: Fastenhirtenbrief (Elternrecht und Bekenntnisschule) v. 27.2.1949; Der christliche Pilger Nr. 10 v. 6.3.1949; Wolfgang Lohr (Bearb.), Hirtenbriefe und Ansprachen zu Gesellschaft und Politik (1945 - 1949), Würzburg 1985, Dok. Nr. 72, S. 305-310; Schwaiger/Heim (wie Anm. 3), Dok. Nr. 44, S. 268 - 274; Weitlauff (wie Anm. 3), S. 74f.

61 Erklärung der deutschen Bischöfe vom 23. Mai 1949 nach Annahme des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in Lohr (wie Anm. 60), Dok. Nr. 73, S. 311-316.

in der Erziehung ihrer Kinder an die Hand zu gehen. Wohl kann der Staat eine Allgemeinbildung seiner Bürger anstreben oder für bestimmte Aufgaben und Stellungen den erforderlichen Bildungsstand verlangen. Er wird auch darüber wachen, daß Eltern ihre Erziehungspflichten nicht vernachlässigen oder ihr Erziehungsrecht nicht mißbrauchen. Er hat aber nicht das Recht, in staatlichen Zwangsschulen gegen den Willen der Eltern den Kindern eine trotz einiger Religionsstunden im ganzen doch religionslose oder ‚bekenntnisfreie' Erziehung aufzuzwingen. Es steht uns allen noch zu frisch in der Erinnerung, wie sich die Staatsallmacht in den öffentlichen Schulen ausgewirkt hat, als daß hierüber auch nur ein Wort noch zu verlieren wäre (...) Wir müssen uns zum Elternrecht bekennen und die Anerkennung des Erziehungsrechtes der Eltern als eines Grundrechtes verlangen"[62].

In den 120 Gemeinden, in denen nach 1945 die Gemeinschaftsschule weiterbestehen blieb, ordnete die Provinzialregierung Neustadt zum 10. November 1949 eine Neuregelung des bekenntnismäßigen Charakters der Schulen an. Vorausgegangen waren Verhandlungen zwischen der Provinzialregierung und dem Bischöflichen Ordinariat Speyer sowie dem Protestantischen Landeskirchenrat. Mit dem 10. November 1949 erhielten in der genannten Gruppe 74 Gemeinden ihre Bekenntnisschulen wieder. In 5 Gemeinden wurden katholische Bekenntnisschulen mit protestantischen Gastschülern errichtet, in 8 Gemeinden protestantische Bekenntnisschulen mit katholischen Gastschülern, in 27 Gemeinden wurde die Christliche Gemeinschaftsschule belassen. Hinter der Neuregelung stand, wie überall in Deutschland, die Absicht, einklassige und sehr kleine Volksschulen zu vermeiden[63]. Die Auseinandersetzungen um die Bekenntnisschule sowie die mit dieser Problematik verbundene konfessionelle Lehrerbildung haben das Bischöfliche Ordinariat Speyer wie die katholische Kirche in der Bundesrepublik noch lange Jahre beschäftigt.

## Zusammenwirken zwischen Staat und Kirche im neuen Bundesland Rheinland-Pfalz

Hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen dem neuen Bundesland Rheinland-Pfalz und der katholischen Kirche ergaben sich zunächst vor allem organisatorische Probleme. Die staatlichen Organe des neuen Landes - zunächst die Beratende Landesversammlung, später Landtag und Landesregierung - mußten bei ihren die katholische Kirche betreffenden Belangen mit fünf verschiedenen Bistumsleitungen verhandeln, von denen

62 Wie Anm. 60.

63 Schematismus 1954 (wie Anm. 24), S. 543 - 545.

Köln und Limburg ihren Sitz außerhalb von Rheinland-Pfalz hatten. „Angesichts der Tatsache, daß gerade in der Aufbau-Arbeit der Nachkriegszeit den Kirchen im Bereich des kulturellen Lebens, der Schul- und Bildungspolitik und bei ihren gewaltigen sozial-karitativen Anstrengungen, die den Vergleich mit heute nicht zu scheuen brauchen, eine außerordentlich große Bedeutung zukam und also ein sehr enger Kontakt mit dem Land und seinen Behörden erforderlich war, mag es aus heutiger Sicht verwundern, wie trotz aller Grenzüberschneidungen eine harmonische und äußerst fruchtbare Zusammenarbeit gepflegt werden konnte. Gründe hierfür sind sicherlich die Erkenntnis beider Partner gewesen, nach allen schrecklichen Erfahrungen der Unrechtszeit und nach erfolgter Neubesinnung in Zukunft auf jeden Fall gemeinsam den Dienst am Menschen bewältigen zu müssen und hierbei aufeinander angewiesen zu sein"[64].

Die Landesverfassung von Rheinland-Pfalz vom 18. Mai 1947 hatte den Willen zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche dokumentiert: „Im Bewußtsein der Verantwortung vor Gott, dem Urgrund des Rechts und Schöpfer aller menschlichen Gemeinschaft" garantierte die Landesverfassung unter Rückgriff auf die Weimarer Reichsverfassung von neuem die Glaubens- und Gewissensfreiheit der Bürger (Art. 8) und die Mitwirkung der Kirchen in den Angelegenheiten der Pflege und Förderung der Familie und der Erziehung der Jugend (Art. 26). Die Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts wurden als „anerkannte Einrichtungen für die Wahrung und Festigung der religiösen und sittlichen Grundlagen des menschlichen Lebens" bestätigt (Art. 41). Waren zunächst sowohl die Bekenntnisschule als auch die christliche Simultanschule als Formen der öffentlichen Volksschulen garantiert (Art. 29), so gilt dies seit der Verfassungsänderung von 1967 nur noch für die christliche Gemeinschaftsschule.

Für die finanzielle Grundlage der Seelsorge in den einzelnen Diözesen war es wichtig, daß zum Zeitpunkt der Währungsreform (1948) die Diözesen mit Rheinland-Pfalz und Hessen ein Abkommen über eine zentrale Diözesankirchensteuer schlossen. Die Einziehung der Kirchensteuer durch die Finanzämter wurde gemäß diesem Abkommen durch Landesgesetze in Rheinland-Pfalz vom 19. Januar 1950 und in Hessen aufgrund einer Verordnung des Hessischen Staatsministeriums vom 20. Juli 1948 geregelt.

---

64 Roland Ries, Die Gründung des Katholischen Büros Mainz vor 10 Jahren, in: Kirche und Staat in Rheinland-Pfalz: Kirche und Staat als Partner. 10 Jahre Katholisches Büro Mainz - Kommissariat der Bischöfe Rheinland-Pfalz. 1968 - 1978, hrsg. vom Katholischen Büro Mainz [Mainz 1978], S. 20-31, hier S. 20.

Dies war für den Finanzausgleich innerhalb der Diözesen von besonderer Bedeutung. Zuvor hatte jede Kirchengemeinde ihre eigenen Bedürfnisse finanziert; dies führte zu erheblichen Unterschieden in der Besteuerung sowie zu großen Finanzierungsschwierigkeiten ärmerer Kirchengemeinden. Diesen Problemen hatte man nun entgegengewirkt.

Die Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche aus der gemeinsamen, jedoch jeweils eigenständigen Verpflichtung für die Menschen hatte sich seit 1946 „in harmonischer Weise und im Geist der Partnerschaft" entwickelt[65]. Auch für Rheinland-Pfalz hat das Wort von Axel von Campenhausen seine Geltung: „Die ersten 20 Jahre nach dem Kriege erscheinen als eine Epoche ungewöhnlicher Übereinstimmung und seltener Eintracht von Staat und Kirche".

## Rückblick und Ausblick

„Die ‚Geschichtlichen Notizen' des Schematismus vom Jahre 1947 entrollen das düstere Bild, das die Diözese Speyer am Ende des 2. Weltkrieges bot. Der vieljährige Kampf eines gottlosen Regimes gegen die Kirche und ihre Einrichtungen, die böswillige Diffamierung ihrer Amtsträger, die widerrechtliche Aufhebung der Konfessionsschule blieben nicht ohne Wirkung auf die religiöse Einstellung und Haltung der Gläubigen. Der 2. Weltkrieg hinterließ ein Trümmerfeld ohnegleichen, er beschwor die Kirchennot und die Wohnungsnot herauf ... Noch stecken wir mitten im Aufbau. Doch was seit 5 Jahren [1948 - 1953] geleistet wurde, ist derart außergewöhnlich, fast möchte man sagen einmalig in der Geschichte unserer Diözese, daß ... nicht daran vorbeigegangen werden darf"[66].

Kirchen und kirchliche Gebäude mußten wiedererrichtet werden sowie in der nationalsozialistischen Zeit enteignete Einrichtungen zurückerworben werden. Der Wiederaufbau der zerstörten Kirchen geschah wegen des Mangels an Materialien und Arbeitskräften unter großen Schwierigkeiten und zog sich bis in die Mitte der fünfziger Jahre hin.

Mit dem Wiederaufbau bot sich aber die Chance zu einer geistigen Neuorientierung; diesbezüglich waren die Kirchen gefordert. In Zusammenarbeit von kirchlichen und staatlichen Stellen wurde mit dem Aufbau begonnen, wobei das tatkräftige Wirken von Bischof Joseph Wendel wesentlich dazu beigetragen hat, den Menschen Hoffnung und Zuversicht zu geben. Über 120 zerstörte Kirchen, 60 Pfarrhäuser und 36 caritative Anstalten

65 Fischer (wie Anm. 1), S. 471.
66 Schematismus 1954 (wie Anm. 24), S. 531.

wurden wiedererrichtet, neue caritative Einrichtungen geschaffen und zur Beseitigung der Wohnungsnot das Siedlungswerk gegründet. Vor allem lag dem Bischof der „Wiederaufbau auf geistigem Gebiet" am Herzen. In der Seelsorge beschritt man neue Wege, denn Wendel erkannte, „daß die Zukunft nicht den Klassen und Ständen gehörte" und betonte deshalb die „Notwendigkeit des gemeinsamen katholischen Zeugnisses"[67]. Seelsorgezentren wurden errichtet, Schulen und Internate erweitert und neu gebaut. Bischof Wendels Nachfolger, Isidor Markus Emanuel, konnte das Aufbauwerk ab 1953 fortsetzen. Größere Pfarreien wurden geteilt und zahlreiche unselbständige Seelsorgebezirke in selbständige umgewandelt. Bei der Diözesanleitung galt die Zahl von 3.000 Katholiken je Pfarrei als Ziel. Die damals festgelegte Idealgröße einer Pfarrei konnte jedoch nicht mehr aufrechterhalten werden, als sich ein rapider Rückgang der Priester einstellte. Deshalb müssen heute zahlreiche Pfarreien mitverwaltet werden.

Die Not der Nachkriegszeit brachte die christlichen Konfessionen einander näher. So stellten katholische Pfarreien ihre Räumlichkeiten, auch Kirchen, für evangelische Gottesdienste zur Verfügung; und dies geschah ebenso von evangelischen Kirchengemeinden. Insbesondere auf dem sozial-karitativen Bereich arbeiteten die beiden Kirchen eng zusammen und gründeten gemeinsame Einrichtungen.

67 Schwaiger (wie Anm. 3), S. 294.

# Aus der Isolation zum Neubeginn. Die Evangelische Kirche der Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg

**Christophe Baginski**

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Teilung Deutschlands in Besatzungszonen begann auch für die Evangelische Kirche der Pfalz eine Zeit, in der sie ihre Zukunft nicht ganz in eigener Regie bestimmen konnte. Die Besonderheit lag darin, daß sich ihr Verwaltungssitz und ihr gesamtes Verwaltungsgebiet nur in einer, in der französischen Zone befanden. Sie war unter diesen Umständen auf das Wohlwollen der französischen Militärregierung allein angewiesen. Die Geschichte der Pfälzischen Landeskirche in der Nachkriegszeit läßt sich insofern am besten im Spiegel der Politik darstellen, welche die französische Besatzungsmacht gegenüber den Kirchen betrieb.[1] Für die Evangelische Kirche der Pfalz ist die Nachkriegszeit zunächst durch die Einmischung der Militärregierung in ihre Neuordnung und in die Entnazifizierung ihrer Reihen gekennzeichnet. Ein Neuanfang auf gesunder Basis war die Voraussetzung, um im alltäglichen Kirchenleben mit wohlwollenden Maßnahmen rechnen zu dürfen und in der deutschen Nachkriegsgesellschaft wieder Fuß zu fassen. Als die Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 gegründet wurde, hatte die Landeskirche unter anderem im sozialen und politischen Bereich, im Schul- und Hochschulwesen wieder ihren Platz zurückgewonnen. Von nun an konnte sie über die Grenzen der Pfalz hinausblicken und sich zum Brückenbauer zum benachbarten Frankreich profilieren.

## Einmischung der Besatzungsmacht

Als die französischen Truppen der amerikanischen Armee am 30. März 1945 in Speyer folgten, wußten sie über die kirchliche Ausgangslage und die politische Belastung der protestantischen Pfarrerschaft in der Pfalz im Großen und Ganzen Bescheid. Sie verweigerten nämlich den Vertretern der evangelischen Kirchenleitung alle Zeichen der Ehrbezeugung, die sie dem katholischen Generalvikar gewährten. Landesbischof Ludwig Diehl[2] hatte

1 Der vorliegende Beitrag bezieht sich hauptsächlich auf die für Rheinland-Pfalz wichtigsten Ergebnisse der Dissertation des Verfassers: Christophe Baginski, Frankreichs Kirchenpolitik im besetzten Deutschland 1945–1949, Mainz 2001.

2 Ludwig Diehl (1884–1982): 1919 Vikar in Zweibrücken, 1924 Pfarrer in Mackenbach, 1934–1945 Landesbischof der Evangelischen Kirche der Pfalz.

bereits am 16. März seinen Amtssitz in Speyer verlassen und mußte sich auf Anordnung der amerikanischen Behörden in seiner Heimatpfarrei Makenbach, nahe bei Kaiserslautern, aufhalten.[3] Sein Rücktritt wurde zwar nicht ausdrücklich verlangt, seine Rückkehr jedoch erschwert, indem das *Détachement* der französischen Militärregierung am 2. April seine Dienstwohnung beschlagnahmte.[4]

Ludwig Diehl, Mitglied der NSDAP seit 1925, im Juni 1934 mit vollster Unterstützung der nationalsozialistischen Behörden und der *Deutschen Christen* an die Spitze der Pfälzischen Landeskirche gebracht, hatte nachdrücklich für die Bildung der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) plädiert.[5] Wie viele andere hatte er im Nationalsozialismus und der Bewegung der *Deutschen Christen* ein Mittel gesehen, dem „Bolschewismus" Einhalt zu gebieten.[6] Für die antisemitische Propaganda blieb er nicht unempfänglich.[7] Auch wenn ihm Anfang 1937 Zweifel an den Zielen des neuen Regimes gekommen waren, auch wenn er ab und zu bestimmte Maßnahmen wie etwa die Euthanasie kritisiert hatte, auch wenn ihm seine Position erlaubt hatte, zugunsten einzelner in Schwierigkeiten geratener Pfarrer zu intervenieren[8], hatte er nicht, wie der württembergische Landesbischof Theophil Wurm, den Widerstandskurs eingeschlagen. Diehl wurde für die Eingliederung der Pfälzischen Landeskirche in die DEK verantwortlich gemacht, gegen die im Juni 1934 nicht weniger als 142 pfälzische Pfarrer protestierten. Durch den Landauer Pfarrer Hans Stempel[9] mobilisiert, schlossen sie sich zur so genannten *Pfälzischen Pfarrbruderschaft* zusammen, die als dritte Kraft neben den „Liberalen" (*Freunde der Union*[10]) und den „Positiven" (*Positive Vereinigung*[11]) der *Bekennenden Kirche* nahestand.[12]

---

3 Kurt Meier, Der evangelische Kirchenkampf, Bd. 3, Göttingen 1976, S. 433.

4 Zentralarchiv der Evangelischen Kirche der Pfalz (im folgenden ZASP): Protokoll der 1. Sitzung der Kirchenregierung, 4.9.1945.

5 Hans L. Reichrath, Ludwig Diehl. Kreuz und Hakenkreuz im Leben eines Pfälzer Pfarrers und Landesbischofs, Speyer 1995, S. 69–83.

6 Ebd., S. 35.

7 Ebd., S. 83.

8 Ebd., S. 68, S. 113, S. 143.

9 Hans Stempel (1894–1970): 1923 Pfarrer in Oppau, 1926–1934 Leiter des Predigerseminars in Landau, 1934–1946 Pfarrer in Landau, 1946–1948 Präses, 1948–1964 Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche der Pfalz.

10 Reichrath (wie Anm. 5), S. 67; Karl-Georg Faber, Überlegungen zu einer Geschichte der Pfälzischen Landeskirche unter dem Nationalsozialismus, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte und religiöse Volkskunde 41 (1974), S. 29–58, hier S. 45.

Diehls einfache Entfernung aus der Speyerer Szene machte jedoch nicht den Weg frei für den von vielen pfälzischen Pfarrern erwarteten Umbruch, weil dieser nicht die Absicht hatte, sein Amt als Landesbischof niederzulegen.[13] Die französische Besatzungsmacht hatte zwar die Entnazifizierung der evangelischen Pfarrerschaft verlangt, wollte aber nicht direkt eingreifen.[14] Mit anderen Worten, die Initiative sollte aus den kirchlichen Reihen kommen. Stempel ergriff sie am 15. Mai 1945, indem er als Vorsitzender der *Pfarrbruderschaft*, „der in den Jahren vor dem Krieg ohne Zweifel stärksten kirchlichen Gruppe", eine aktive Rolle „bei den vorbereitenden Verhandlungen zur Neuordnung" der Landeskirche beanspruchte.[15] Zehn Tage später, am 25. Mai, regte er in einem Schreiben an den Landeskirchenrat den Rücktritt des Landesbischofs Diehl an[16], um das Eingreifen der Besatzungsmacht in die Angelegenheiten der Kirche zu vermeiden. Nach innerkirchlichen Verhandlungen erklärte sich Diehl am 1. Juni 1945 bereit zurückzutreten und lediglich als Pfarrer in Mackenbach weiter zu dienen. Seine letzten Mitarbeiter in der Kirchenleitung, die Oberkirchenräte Eugen Roland[17] und Hans Otto Stichter[18], blieben aber im Amt. Da Stichter das einzige gewählte Mitglied vor der Eingliederung der Pfälzischen Landeskirche in die DEK im Juni 1934 war, bekleidete er bis zur Neubildung der Landessynode und der Kirchenregierung das Amt des Stellvertreters des Landesbischofs.[19] Allerdings wurde der Landeskirchenrat nicht um die durch Stempel vertretene *Pfarrbruderschaft* erweitert.[20] Nach vielen Dis-

11 Reichrath (wie Anm. 5), S. 67; Günter Reiner Flory, Die kirchenpolitischen Gruppierungen in der Pfalz und ihr Schicksalsjahr 1933, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte und religiöse Volkskunde 50 (1983), S. 77–92.

12 Faber (wie Anm. 10), S. 35, S. 40; Thomas Fandel, Konfession und Nationalsozialismus. Evangelische und katholische Pfarrer in der Pfalz 1930–1939, Paderborn 1997, S. 234f., S. 265-289; Reichrath (wie Anm. 5), S. 67, Anm. 146.

13 Evangelisches Zentralarchiv Berlin (im folgenden EZA), Best. 2/137: Stempel an Wurm, 20.5.1945.

14 ZASP, Protokoll der 1. Sitzung der Kirchenregierung, 4.9.1945.

15 ZASP, Abt.. 150.47, unverzeichnet: Brief von Hans Stempel, Landau, an den Landeskirchenrat der Pfalz, Speyer, 15.5.1945.

16 Ebd., Abt. 2, 2543.

17 Eugen Roland (1889–1947): 1910–1914 Studium in Heidelberg, Marburg und Straßburg. 1914–1918 Kriegsdienst. 1920–1921 Vikar in Lauterecken. 1921–1931 Pfarrer in Rechtenbach. 1931–1936 Pfarrer in Rhodt unter Rietburg. 1936–1946 Oberkirchenrat. 1946–1947 im inneren Dienst der Verwaltung beim Landeskirchenrat Speyer.

18 Hans Otto Stichter (1877–1948): 1896–1900 Studium in München, Erlangen, Utrecht und Berlin. 1900–1912 Vikar in Frankweiler, Frankenthal, Landau; 1912–1927 Pfarrer in Queichheim. 1926 Ernennung zum Kirchenrat. 1928–1945 Oberkirchenrat. 1929 Dr. theol. h.c. Erlangen; 1945–1946 Landesbischof.

kussionen entschied Stichter, das so genannte Eingliederungsgesetz vom Juni 1934, das alle Vorrechte der Evangelischen Kirche der Pfalz zugunsten der DEK opferte, für rechtsungültig zu erklären und im Gegenzug die Verfassung der Pfälzischen Landeskirche von 1920 wieder einzuführen. Acht Tage später, am 18. August 1945, waren die Vertreter der verschiedensten Richtungen in einer vorläufigen Kirchenregierung vereinigt.[21] Der Landeskirchenrat war indessen immer noch nicht um ein Mitglied der *Pfarrbruderschaft* erweitert worden. Stempels diesbezüglich kritische Ausführungen bewegten Stichter, am 2. Oktober sein Amt als Stellvertreter des Landesbischofs niederzulegen. Da Stempel wahrscheinlich erkannt hatte, daß ein plötzlicher Wechsel an der Spitze der Kirchenleitung schwere interne Kämpfe und das Eingreifen der Militärregierung zur Folge hätte haben können, bezeugte er eine Woche später sein Vertrauen in Stichter. Um die Gemüter zu beruhigen, wurde der Landeskirchenrat schließlich um die Person Stempels erweitert. Stichter wurde zum Landesbischof und Roland zu dessen Vertreter ernannt.[22] Wie Pfarrer Heinz Wilhelmy, selbst Mitglied der *Pfarrbruderschaft*, in einem Bericht an die Kanzlei der EKD formulierte, nahm die Neuordnung der Pfälzischen Landeskirche zwar restaurative Züge[23] an, aber dies war der notwendige Konsens, um eine handlungsfähige Kirchenleitung zu bilden.

Indessen hatte die französische Besatzungsmacht ihre Aufmerksamkeit lediglich auf die schleppende Entnazifizierung der Pfarrerschaft gerichtet. Dem Druck der Besatzungsmacht ausgesetzt, mußte die Kirchenleitung einige der am meisten belasteten Pfarrer opfern, in der Hoffnung, mit Sanktionen in allen anderen Fällen sparsam umgehen zu können. Diese Auswahl entsprach jedoch kirchlichen und nicht politischen Kriterien. Damit ihr keine Verfahrensweise vorgeschrieben werden konnte, beschloß die pfälzische Kirchenleitung, Ausschüsse aus ihren eigenen Reihen zur Überprüfung von neun Pfarrern zu bilden.[24] Am 18. September 1945 schickte Stichter dem Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz in Neustadt 192 Fragebögen zu und versuchte, die Einstellung seiner Kirche in der Vergangenheit zu rechtfertigen und die meisten Pfarrer zu entlasten.[25] In ihrer Sitzung vom

19 Amtsblatt für die Vereinigte protestantische Kirche der Pfalz, Nr. 2 v. 25.9.1945, S. 8-13.

20 FABER (wie Anm. 10), S. 46f.

21 Amtsblatt für die Vereinigte protestantische Kirche der Pfalz, Nr. 2 v. 25.9.1945, S. 12f.

22 Richard BERGMANN, Lebenserinnerungen, 1972, S. 350.

23 EZA, Abt. 2/137: Heinz Wilhelmy an Hans Asmussen, 3.1.1946.

24 ZASP, Abt. 1.3/24: Sitzungsprotokoll der vorläufigen Kirchenregierung, 4.9.1945.

25 Ebd, Abt. 1/128: Hans Otto Stichter an die Bezirksregierung in Neustadt, 18.9.1945.

10. Oktober entschied die vorläufige Kirchenregierung, einen Pfarrer zu entlassen und faßte ins Auge, fünf Dekane ihrer leitenden Funktionen zu entheben.[26] Stempel nahm den gefährdeten, zurückgetretenen Landesbischof Diehl in Schutz und plädierte für seine Belassung als Pfarrer. Schließlich einigte sich die vorläufige Kirchenregierung einstimmig auf seine Suspendierung.[27] Da sich Diehl dagegen wehrte, erteilte ihm die Kirchenregierung am 10. Dezember inoffiziell die Erlaubnis, Gottesdienste zu halten.[28] Hauptsache war, den französischen Behörden berichten zu können, daß die Entnazifizierung der pfälzischen Pfarrerreihen längst begonnen hatte, um eine Einmischung zu vermeiden.

Der eigentliche Entnazifizierungsprozeß ließ aber noch auf sich warten. Die Kirchenleitung erließ am 28. November 1945 zwar ein entsprechendes Gesetz, in dem neben der Entlassung die Versetzung, die Ruhestandsversetzung und der Gehaltsverlust für die am wenigsten belasteten Pfarrer vorgesehen waren.[29] Aber es entsprach den Erwartungen der Militärregierung nicht, weil lediglich diejenigen, die in der Ausführung ihres Amtes die Grundlage des Bekenntnisses verletzt hatten, bestraft werden sollten.[30] Nicht betroffen waren außerdem die vor dem 1. Dezember 1945 gemaßregelten zehn Pfarrer, die den *Deutschen Christen* angehört hatten.[31] Am 6. Februar 1946 wurde die Kirchenleitung aufgefordert, die bis dahin getroffenen Maßnahmen nicht auszuführen und die allgemeinen Anweisungen der Militärregierung abzuwarten.[32] Die Kirchenleitung setzte jedoch die Säu-

26 Ebd., Abt. 1.3/24: Sitzungsprotokoll der vorläufigen Kirchenregierung, 9./10.10.1945.

27 ZASP, Abt. 1.3/24: Sitzungsprotokoll der vorläufigen Kirchenregierung, 10.10.1945 und ebd. Abt. 2/2543: Stichter an Diehl, 20.10.1945.

28 Ebd.

29 Amtsblatt der protestantischen Kirche der Pfalz, Nr. 1, 14.1.1946, S. 2f.

30 Für die französische Besatzungsmacht fiel eine NSDAP- und bzw. DC-Mitgliedschaft eher in den Bereich des Politischen als des Religiösen.

31 ZASP, Abt. 1.3/24: Sitzungsprotokoll der vorläufigen Kirchenregierung, 28.11.1945. Unter diesen zehn Pfarrern wurden vier mit Gewährung eines dem Ruhegehalt entsprechenden Unterhaltsbeitrags entlassen, der für zwei von ihnen lediglich vier Jahre lang gewährt wurde. Zwei Pfarrer waren für die Dauer von zwei Jahren zurückgestuft und drei andere lediglich versetzt worden.

32 Ebd., Abt. 150.47, unverzeichnet: Die Evangelische Kirche der Pfalz an die Militärregierung, 14.12.1945; Der Oberdelegierte für Hessen-Pfalz an die Evangelische Kirche der Pfalz, 6.2.1946.

berung der Pfarrerschaft nach ihren eigenen Kriterien fort.[33] Die Verantwortung dafür, daß die angekündigten Anweisungen nicht kamen, trug allein General Bouley[34], der in Neustadt amtierende Militärgouverneur für Hessen-Pfalz. Dieser hatte die in den Zentralstellen der Militärregierung in Baden-Baden erkannte „Notwendigkeit und die Dringlichkeit einer Säuberung" der pfälzischen Pfarrerschaft, angefangen mit Landesbischof Stichter, einfach ignoriert. Erst als diese Mißstände aufgedeckt worden waren, setzte sich die Zentralverwaltung in Baden-Baden im Mai 1946 mit ihrem Entschluß durch, das weitere Verbleiben der zwei letzten Angehörigen der früheren Kirchenleitung, Stichter und Roland, nicht länger zu dulden.

Um das Gesicht zu wahren und der künftigen Kirchenleitung nicht zu schaden, lag der Militärregierung viel daran, daß die Neuordnung doch aus den kirchlichen Reihen initiiert wurde. Zu diesem Zweck gab sie ihrem obersten protestantischen Militärgeistlichen Marcel Sturm[35], der zugleich als unmittelbarer kirchlicher Berater des Oberbefehlshabers General Koenig[36] eine politische Funktion innehatte, freie Hand. Sturm setzte sich nicht mit der Pfälzischen Landeskirche in Verbindung, sondern meldete sich Anfang März bei Hans Asmussen[37], dem Leiter der Kanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).[38] Sturm ließ die EKD selbst einen

---

33 Ebd., Abt. 160/Köhler: Notiz von Hans Otto Stichter für die Sitzung der vorläufigen Kirchenregierung am 17./18.3.1946. Im März 1946 sandte das Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz 123 von der zentralen Säuberungskommission überprüften Fragebögen zurück. In 18 Fällen wurde den durch die kirchliche Kommission vorgeschlagenen Sanktionen zugestimmt. Abgesehen von zwei Pfarrern wurde eine Verschärfung der Strafmaßnahmen nicht gefordert.

34 Jean Bouley (1897–1983): Berufssoldat, 1942 Mitglied der *Mission militaire française auprès des armées alliées*, ab September 1943 *Chef d'état-major du 2ème corps d'armée*, bis Mitte Juni 1946 *Délégué supérieur* von Hessen-Pfalz.

35 Marcel Sturm (1905–1950): Theologiestudium in Straßburg und Montpellier. 1929–1939 Pfarrverweser bzw. Pfarrer in Hüningen (Südelsaß). 1940 in Gefangenschaft. 1941 Militärgeistlicher der Truppen des Freien Frankreichs in Algier. 1944 Leiter des wiederaufgebauten Militärseelsorgeamtes in Paris. 1945 Oberster Militärgeistlicher der französischen Militärregierung in Deutschland und Österreich.

36 Pierre Koenig (1898–1970): Berufssoldat, 1940 Mitarbeiter de Gaulles in London, 1942 Verteidigung von Bir-Hakeim (Tunesien), Militärattaché des CFLN beim Oberkommando der Alliierten Streitkräfte, ab August 1944 Militärgouverneur in Paris, Juli 1945 bis August 1949 Oberbefehlshaber in Deutschland.

37 Hans Asmussen (1898–1968): 1923 ordiniert, 1934 seines Amtes enthoben, 1942 Pfarrer der Evangelischen Kirche in Württemberg, 1945–1948 Präsident der Kanzlei der EKD, 1949–1955 Propst von Kiel.

38 ZASP, Abt. 150.47, unverzeichnet: Brief von H. Asmussen an H. Stempel, 4897 Je/Wa, 9.3.1946.

Vertreter der Pfälzischen Landeskirche benennen, mit dem er dann verhandeln wollte. Ausgewählt wurde Hans Stempel, dessen Position schwierig war, weil er als ständiges Mitglied des Landeskirchenrates seit Januar 1946 darauf bestanden hatte, daß Stichter im Amt blieb. Nach einer Unterredung mit Sturm am 14. Mai und drei Tage später mit Landesbischof Wurm und Asmussen erkannte Stempel, daß er Stichter nicht länger unterstützen konnte und aus seinem Schatten treten mußte.[39] Es kostete Stempel Überzeugungskraft, bis Stichter schließlich die Kirchenregierung ersuchte, ihn in ihrer Sitzung vom 14. August zum 1. September 1946 in den Ruhestand zu versetzen. Gleichzeitig wurde auch Oberkirchenrat Roland auf seinen Wunsch hin seiner leitenden Funktionen enthoben. Daraufhin wählte die inzwischen konstituierte vorläufige Landessynode Ende August 1946 Stempel zum „Präses", um die Neuordnung der Landeskirche zu leiten.[40]

Die eingetretene Verzögerung bei den Synodalwahlen und mithin bei der Bildung der Landessynode war nicht dem bösen Willen der Kirchenleitung, sondern den Meinungsverschiedenheiten mit der im November 1945 gegründeten *Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaft* (KTA) zuzuschreiben.[41] Am 18. Juli 1946 verweigerte die KTA die Anerkennung des Gesetzes über die Bildung der Bezirkssynoden und der Landessynode vom 3. Juli 1946, da sie der Kirchenregierung das Recht absprach, über die Zusammensetzung der Landessynode zu entscheiden, während ein demokratisches Verfahren der konstituierenden Landessynode die Möglichkeit hätte geben sollen, die Kirchenregierung zu wählen. Einige Mitglieder der

---

39 Archives d'Occupation Françaises en Allemagne et en Autriche, Colmar (im folgenden AOFAA), Best. AP 3303, 94/5: Notiz der zentralen Militärregierung: Robert Holveck (Kultus und Inneres) an Generalverwalter Emile Laffon, 2169/DGAA/INT/ 5ème Section; ZASP, Protokolle der Sitzungen der Kirchenregierung v. 4.–5. und v. 29.61946; EZA, Best. 2/137: Brief von Heinz Wilhelmy an Hans Asmussen (EKD), 12.7.1946 und Brief von Asmussen an Wilhelmy, A/Vo 10645, 23.7.1945.

40 Amtsblatt für die Vereinigte Protestantische Kirche der Pfalz, Nr. 5 v 24.9.1946, S. 52ff.

41 Diese Arbeitsgruppe setzte sich aus Anhängern der Barmer Erklärung (1934) zusammen, welche die Aufteilung der Pfarrerschaft in Positive und Liberale ablehnten. Sie bestanden auf der Notwendigkeit der Entnazifizierung und der Wiedergründung der Evangelischen Kirche der Pfalz auf theologischer Grundlage, vgl. Rundschreiben der KTA, 13.12.1945, abgedruckt in Richard BERGMANN (Hrsg.), Verhandlungen der Vorläufigen Landessynode der Vereinigten Protestantisch-Evangelisch-Christlichen Kirche der Pfalz in den Jahren 1946/1947, Speyer 1957, S. 73–85; ZASP, Abt. 152/ 101: Notiz von Dekan Karl Groß; vgl. auch Heinz KRONAUER, Die Kirchlich-Theologische Arbeitsgemeinschaft der Pfalz (KTA), in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte und religiöse Volkskunde 64 (1997), S. 275–280.

KTA enthielten sich bei den Synodalwahlen, obwohl die Kirchenregierung die Synode als eine vorläufige betrachtet hatte, deren einzige Aufgabe die Wahl einer vorläufigen Kirchenleitung sein sollte, die ein neues Wahlgesetz für künftige Synodalwahlen erarbeiten mußte.[42] Nichts deutet darauf hin, daß sich die Mitglieder der KTA der Unterstützung der französischen Besatzungsbehörden bedient hatten oder von ihnen beeinflußt worden waren.[43] Bouleys Nachfolger, Oberdelegierter Brozen-Favereau,[44] hatte jedenfalls die Kreisdelegierten der Militärregierung gebeten, die Arbeit der KTA nicht zu stören, war sie doch mit ihr über die Notwendigkeit eines radikalen Wechsels in der Kirchenleitung einer Meinung.[45] Es gelang ihr jedoch nicht, das ganze Oppositionspotential – wie beispielsweise den unbeugsamen Kritiker Theo Fehn[46] – in ihren Reihen zu halten.

Die Wahl Stempels an die Spitze der Evangelischen Kirche der Pfalz im August 1946 wurde in der Oberdelegation für Hessen-Pfalz nicht mit großer Freude aufgenommen. Er war auf jeden Fall nicht die neue Kraft, die sich die Militärregierung gewünscht hatte. Schon im Oktober 1945 hatte Fehn die französischen Stellen darauf aufmerksam gemacht, daß Stempel 1936 nach Verhandlungen mit Reichsminister Hans Kerrl im Hinblick auf eine Entspannung (*Befriedung*) innerhalb des deutschen Protestantismus in die pfälzische Kirchenregierung berufen worden war und, so Fehn, aufgrund seiner Mitverantwortung für das Gesetz über die Vereidigung der Geistlichen belastet war und „auszuschalten" sei.[47] Stempel hatte zwar seit 1934 die *Pfarrbruderschaft* geleitet, jedoch zu demjenigen Flügel gehört, der im Interesse der Kirche zu Kompromissen mit dem NS-Regime bereit gewesen war. Er war nicht Mitglied der *Deutschen Christen*, allerdings von 1933 bis 1937 Fördermitglied der SS.[48] Wahrscheinlich hatte er, wie viele Mitglieder der *Bekennenden Kirche*, von seiner Treue zu kirchlichen Grundsätzen zeugen wollen, ohne sich der in anderen Bereichen betriebenen Po-

---

42 Bergmann (wie Anm. 22), S. 365f.

43 Brief von Wilma Handrich (Landau) an den Autor, 9.7.1995.

44 André Brozen-Favereau, 1907 geboren, Jurist, 1944 Kabinettschef von René Massigli (Commissaire aux Affaires Etrangères à Alger), 1945 Kabinettschef von Henry Frenay (Ministre des Prisonniers, Déportés et Réfugiés), 1946–1951 *Délégué supérieur* der Pfalz, bis 1955 Kommissar von Rheinland-Pfalz.

45 AOFAA, Best. RP, Nr. 1028/5: Rundschreiben der Oberdelegation für Hessen-Pfalz, 22.8.1946.

46 Baginski (wie Anm. 1), S. 113f.

47 Privatnachlaß Theo Fehn: Fehn an den Kultusreferenten der Oberdelegation für Hessen-Pfalz, 21.10.1945.

48 Faber (wie Anm. 10).

litik des Regimes zu widersetzen. Für die alte Garde, die Stichter und Roland verkörperten, bürgte die Kompromißbereitschaft Stempels gegenüber den NS-Behörden für dessen Fähigkeit, immer mehr Verantwortung für seine Kirche zu übernehmen. Er war ohne Zweifel die einzige Persönlichkeit, die sich geschickt der Besatzungsmacht entgegenstellen und die Interessen seiner Landeskirche verteidigen konnte. Im Gegensatz zu den früher dem radikalen Flügel der *Pfarrbruderschaft* angehörenden und nicht kompromißbereiten Pfarrern Karl Groß und Heinz Wilhelmy, war Stempel der geeignete Mann des Übergangs, ohne als „der von den Franzosen eingesetzte Präses" gekennzeichnet zu werden.

Was die Entnazifizierung der Pfarrerschaft betrifft, versuchte die Landeskirche immer, Zeit zu gewinnen und ihren Standpunkt durchzusetzen. Es zeigte sich, daß die angeordnete Überprüfung der Geistlichen den Charakter einer einfach vorübergehenden Fernhaltung der Belasteten hatte: So hatte die interne Säuberungskommission bis September 1946 230 Fragebögen untersucht, allerdings nur gegen 57 Pfarrer Sanktionen vorgeschlagen.[49] Die Militärregierung erkannte diese Ergebnisse nicht an und forderte nach der Bildung der vorläufigen Kirchenleitung die Zusammensetzung einer Entnazifizierungskommission nach ihren Vorschriften.[50] Die Mitte November vorliegenden Ergebnisse dieses neuen Gremiums blieben mit lediglich 72 Sanktionsvorschlägen erneut hinter den Erwartungen der Besatzungsmacht zurück.[51] Verhandlungen fanden im Mai 1947 zwischen den Kreisdelegierten, den *Sûreté*-Stellen, Carl Felix Koch, Vizepräsident des Oberregierungspräsidiums, und Clément Coué statt, der in der Oberdelegation für die Pfalz die Abteilung Entnazifizierung leitete. Nach einer detaillierten Analyse bleibt festzustellen, daß die Militärregierung 60% der vorgeschlagenen Sanktionen angenommen, 33% verschärft und 7% gemildert hat. Laut verschiedener Amnestieverordnungen wurden Ende 1947 schließlich 80% der Sanktionen aufgehoben.[52] Zwei Jahre später, am 22. September 1949, wurde auch der ehemalige Landesbischof Ludwig Diehl wieder offiziell in sein Amt als Pfarrer in Mackenbach eingesetzt.[53] Seine

49 ZASP, Abt. 160/Köhler: Bilanz, 26.9.1946.

50 Ebd., Abt. 1.3/25: Sitzungsprotokoll der vorläufigen Kirchenregierung, 22.10.1946.

51 Ebd., Abt. 160/Köhler.

52 Rainer Möhler, Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952, Mainz 1992, S. 292–298; ZASP, Abt. 160/Köhler. Die Kirchenregierung weigerte sich, die Amnestie von drei Pfarrern zu beantragen, vgl. ZASP, Abt. 1.3/27: Sitzungsprotokoll der Kirchenregierung am 8.4.1948.

53 ZASP, Abt. 150.47, 37; vgl. auch ebd., Abt. 1.3/28: Sitzungsprotokoll der Kirchenregierung, 22.9.1949. Diehl durfte bereits seit Januar 1949 Taufen und Trauungen abhalten, vgl. ebd., Abt. 2/2543: Bergmann an Diehl, 28.1.1949.

ehemalige, im April 1945 beschlagnahmte Speyerer Dienstwohnung erhielt Stempel allerdings erst im Sommer 1950 nach schwierigen Verhandlungen mit den französischen Besatzungsstellen zurück.[54]

### Französisches Wohlwollen im alltäglichen Kirchenleben

Nachdem die Neuordnung der Pfälzischen Landeskirche vollzogen war, ließ die französische Militärregierung die evangelischen Anliegen nicht mehr außer Acht. Sie unterstützte das Kirchenleben, soweit sie dafür zuständig war. Die Besatzungsmacht zeigte ihr Wohlwollen zunächst in der Versorgung mit Abendmahlswein. Nach Kriegsende waren die Weinvorräte beschlagnahmt worden, so daß die Kirchen sich nicht mehr direkt an ihre gewöhnlichen Lieferanten wenden konnten. Allein zuständig war von nun an die jeweilige Besatzungsmacht. Dabei verfügte jede Zone über ein bestimmtes Kontingent, das im Alliierten Kontrollrat festgesetzt worden war, um die Vorräte zwischen den an Weinbaugebieten armen und reichen Zonen gerecht zu verteilen. Die Anfragen der katholischen Kirche wurden jedoch mit Vorzug behandelt. Der Bedarf an Abendmahlswein der protestantischen Gemeinden in den westlichen Zonen wurde erst im Sommer 1946 bzw. im Frühjahr 1947 dank den Interventionen des obersten Militärgeistlichen Marcel Sturm mit Zuteilungen der französischen Militärregierung gedeckt.[55]

Neben dem Wein wurden auch die vorhandenen Papierkontingente beschlagnahmt und durch die Militärregierung verteilt. Aber die französischen Stellen verfügten über Reserven, um Institutionen gelegentlich Hilfe zu leisten und dabei ein gutes Ansehen zu bewahren oder eine positive Wirkung auf ihre Besatzungspolitik anzustreben. Es war zum Beispiel nicht ohne Hintergedanken, daß die Pfälzische Landeskirche im Februar 1948 eine besondere Zuteilung von zwei Tonnen Papier anläßlich der Synodalwahlen erhielt.[56]

Als Gegenleistung für ihr allgemeines Wohlwollen erwartete die französische Besatzungsmacht von den kirchlichen Würdenträgern ein loyales Verhalten. Die Geistlichen sollten in ihren Verlautbarungen jeglichen politischen Charakter und mithin jede Kritik an der Politik der Besatzungs-

---

54 Ebd., Abt. 1.3./28: Sitzungsprotokoll der Kirchenregierung, 8.12.1949; ebd., LKR-Registratur 120/80: Brozen-Favereau an Stempel, 3.3.1949; Stempel an Militärpfarrer Ernest Ungerer, 21.3.1949.

55 Zur Frage der Zuteilung von Meß- und Abendmahlswein, vgl. Baginski (wie Anm. 1), S. 58–68.

56 AOFAA, Best. AP, Nr. 3303/94-5: Boislambert an General Koenig, 12.2.1948; sowie die DGAA an die Generaldelegation für Rheinland-Pfalz, 23.2.1948.

mächte meiden. Um jeden Verstoß zu verhindern, führte die französische Militärregierung gemäß den alliierten Richtlinien die Vorzensur der katholischen Hirtenbriefe und Predigten ein.[57] Die Tatsache, daß die Wortmeldungen der evangelischen Würdenträger nicht systematisch durch die französischen Besatzungsstellen zensiert wurden, ist darauf zurückzuführen, daß eine solche Anordnung in den Gemeinden kaum durchzusetzen war, die zwar in ihrer Zone lagen, aber den badischen, hessen-nassauischen, württembergischen und rheinischen Kirchenleitungen untergeordnet waren, die ihrerseits in der amerikanischen bzw. britischen Besatzungszone lagen. Allein gegenüber der Pfälzischen Landeskirche hätten die französischen Stellen eine Vorzensur durchsetzen können. Die Evangelische Kirche der Pfalz hatte jedoch an ihrer Spitze einen Präses, der das Vertrauen des obersten evangelischen Militärgeistlichen, Marcel Sturm, genoß. Stempels Worte hatten zwar nicht den politischen oder polemischen Ton der katholischen Hirtenbriefe, aber es ist nicht auszuschließen, daß die Freundschaft, die beide Männer verband, eine entscheidende Rolle spielte. Und was für Stempel galt, war auch für die Pfarrer der Landeskirche gültig. Es ließ sich nämlich kein Fall der Vorzensur einer Predigt in der Pfalz auffinden. Eine Zensur der kirchlichen Presse fand dagegen bis März 1947 statt[58], aber auch hier wurden in der Pfalz keine Zwischenfälle mit evangelischen Publikationen gemeldet.

### Die Landeskirche und ihr gesellschaftliches Engagement

Neben ihrem Verkündigungsauftrag konnte sich die Pfälzische Landeskirche auch mit französischer Duldung bzw. Zustimmung in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft engagieren. Als erstes galt, bei der Linderung der Nachkriegsnot mitzuhelfen. Die Besatzungsmacht legte keine bzw. keine gravierenden Hindernisse in den Weg, denn mit ihren Hilfsleistungen für die Bevölkerung und der ihnen zugewiesenen Auslandsspenden stellten die karitativen Organisationen wie das im Januar 1946 gegründete Sozial-

57 Einige Bischöfe haben sich in der einen oder anderen Angelegenheit gewehrt, die beanstandeten Passagen zu streichen und mußten mit Strafmaßnahmen materieller Art rechnen. Eine vorherige Überprüfung der Predigten fand im allgemeinen in jenen Ortschaften statt, in denen die Pfarrer sich „politischer" Ausführungen schuldig gemacht hatten und durch Gemeindemitglieder oder Militärregierungsangehörige angezeigt worden waren. In solchen vereinzelten Fällen erteilten die französischen Stellen zwar Verweise, zielten aber damit auf eine innerkirchliche Klärung ab. Mehr dazu in: Baginski (wie Anm. 1), S. 34–43, S. 127–160.

58 Ebd., S. 160–172.

amt der Pfälzischen Landeskirche eine indirekte Unterstützung der französischen Besatzungspolitik im sozialen Bereich dar.[59]

Genauso positiv wirkte die spontane Wiedereinbindung der Jugendlichen in kirchliche Gruppen. Obwohl das Verbleiben der Oberkirchenräte Stichter und Roland bis zum Sommer 1946 eine ordnungsgemäße Anmeldung bei der Militärregierung verhinderte, zeigten sich die französischen Stellen vor Ort voller Verständnis und duldeten die Veranstaltungen, welche beispielsweise die Jugendgruppen unter der Leitung von Pfarrer Johannes Bähr[60] wieder aufnahmen.[61] Vor Mai 1946 konnten keine konstruktiven Verhandlungen mit Hans Stempel stattfinden, da er in erster Linie die laufenden Geschäfte führen und die Tagung einer vorläufigen Landessynode vorbereiten mußte.[62] Wie es ab Herbst 1946 im einzelnen weiterging, läßt sich anhand der eingesehenen Quellen nicht nachvollziehen. Sicher mußten sich alle Jugendgruppen und Gruppenleiter der französischen Genehmigungsprozedur unterziehen. Der Grundsatz, wonach die Gruppenleiter nicht Parteimitglieder gewesen sein durften, brachte auf lokaler Ebene verschiedene Konsequenzen mit sich. In den Ortschaften, wo auf unbelastete oder wenig belastete Personen zurückgegriffen werden konnte, durfte sich die Jugendarbeit schneller entfalten.[63]

Die Betreuung der Kriegsgefangenen stellte ein ebenso wichtiges Tätigkeitsfeld dar. Für Stempel war es keine neue Aufgabe, hatte er sich doch als Pfarrer in Landau schon seit dem Frühjahr 1945 um die etwa eintausend Internierten in der dortigen Fortkaserne gekümmert.[64] Stempels persönlicher Einsatz ging außerdem über die Grenzen der Pfalz hinaus. Im Som-

59 Vgl. zu diesem Thema: Gabriele STUBER, Die Stunde der Diakonie. Kirchliche Nothilfe nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Hans-Jürgen WUNSCHEL (Hrsg.), Rheinland-Pfalz. Beiträge zur Geschichte eines neuen Landes, Landau 1997, S. 181–205.

60 Johannes Bähr (1902–1980): 1921–1926 Studium in Bethel, Tübingen, Rostock und Berlin. 1926–1929 Vikar in Kusel, Oppau, Germersheim. 1929/30 Verwaltung Neustadt a.d. Wstr. 1930–1937 Pfarrer in Heuchelheim/Ld. 1937–1954 Pfarrer in Mutterstadt. 1945–1949 Landesjugendpfarrer im Nebenamt. Seit 1949 Beauftragter für die Kindergottesdienstarbeit in der Pfälzischen Landeskirche. 1969 Ruhestand.

61 AOFAA, Best. AC, Nr. 352/1: Marie-France Hoffet, „Note concernant les mouvements de jeunesse protestants du Palatinat", Juli 1946.

62 ZASP, Abt. 150.47, unverzeichnet: Notiz von Stempel nach einer Unterredung in Baden-Baden am 14.5.1946, 21.5.1946.

63 BAGINSKI (wie Anm. 1), S. 75–81; vgl. auch Karlheinz NESTLE, Evangelische Jugendarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Zeitbilder aus der Geschichte der protestantischen Kirche in der Pfalz von der Reformation bis in die Gegenwart, Speyer 1999, S. 114.

64 Mehr dazu in: Christophe BAGINSKI, Kirchenpräsident Hans Stempel und sein Verhältnis zur französischen Besatzungsmacht, in: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz 96 (1998), S. 289–310, hier S. 297f.

mer 1947 durfte er auf Marcel Sturms Veranlassung einige der letzten Kriegsgefangenenlager in Frankreich besuchen und in seinem Bericht an General Koenig, den Oberbefehlshaber der französischen Militärregierung in Deutschland, vor allem auf die schwierigen Arbeits- und Lebensverhältnisse der Bergwerkskommandos im Norden des Landes aufmerksam machen[65], obwohl sich diese seit einem Jahr deutlich gebessert hatten.[66] Stempel war nicht von ungefähr mit dieser Aufgabe beauftragt worden. Er war zwar der einzige evangelische Kirchenchef in der französischen Besatzungszone, aber vielmehr sprach sein korrektes Verhalten gegenüber der Besatzungsmacht zu seinen Gunsten. Ende November 1946 hatte er dem französischen Verbot einer Unterschriftensammlung für eine an die Alliierten gerichtete Weihnachtsbitte der EKD zur Freilassung der Kriegsgefangenen Folge geleistet und lediglich eine persönliche Bitte an die Militärregierung geschickt.[67]

Mit der Zeit bahnte sich zwischen Stempel und Sturm eine Freundschaft an, die immer enger wurde. Stempel sah in Sturm einen Verbündeten, der sich mit voller Kraft für die Belange der evangelischen Kirche einsetzte. Sturm gelang es zum Beispiel, im Oktober 1947 nach langwierigen Verhandlungen mit den Pariser Regierungsstellen eine Regelung über die Bedingungen des beabsichtigten Austauschs von Lagerpfarrern festzulegen: Freiwillige Geistliche aus den verschiedenen Landeskirchen Deutschlands sollten Pfarrer, die aus französischer Gefangenschaft entlassen waren, ablösen. Bei den Pfarrern in Deutschland fand das Projekt aber wenig Echo. Nur 19, unter ihnen der in Böhl amtierende Pfarrer Theodor Friedrich[68],

65 Vgl. Stempels Bericht in Baginski (wie Anm. 64), S. 307–310.

66 Der Verfasser konnte in der letzten Zeit mit ehemaligen Gefangenen sprechen, die in den Bergwerkkommandos arbeiteten und ab 1947 als normale Zivilarbeiter in der Nähe seines Wohnortes eine neue Heimat gefunden haben.

67 Baginski (wie Anm. 1), S. 199–201.

68 Theodor Friedrich (1899–1961): 1918 Kriegsabitur und Einberufung zum Kriegsdienst, Fronteinsatz in Nordfrankreich, schwere Verwundung, Kriegsgefangenschaft und Lazarettaufenthalt in Frankreich. 1920 Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft und Heimkehr nach Deutschland. Studium der Theologie an den Universitäten Erlangen, Tübingen und Heidelberg. 1923 Erstes theologisches Examen. 1924–1926 Vikariatszeit in Böhl, Einöllen, Neustadt, Lambrecht und Pirmasens. 1927 Pfarrer in Herschberg, 1937 in Böhl. 1943–1945 kriegsbedingte Aushilfe im Dekanat Kusel. 1945 wieder Pfarrer in Böhl. 1948 freiwilliger Kriegsgefangenenpfarrer in Frankreich. 1951–1957 Seelsorger für die wegen Kriegsverbrechen deutschen Angeklagten und Kriegsverurteilten. April 1957 Rückkehr als Pfarrer in Böhl und Besuch der letzten Kriegsverurteilten in regelmäßigen Abständen, vgl. Friedrich Barth, Wenn die Freiheit bricht herein. Lebenswerk des Kriegsgefangenen-Pfarrers Theodor Friedrich, Speyer 1982; Christophe Baginski, Freiwillig in Frankreichs Lagern und Gefängnissen. Zum 40. Todestag von Pfarrer Friedrich (1899–1961), in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte und religiöse Volkskunde 68 (2001), S. 37–77.

stellten sich zur Verfügung und reisten Anfang März 1948 nach Frankreich, um zur Seelsorge der zu diesem Zeitpunkt 197 000 deutsche Kriegsgefangenen beizutragen, die innerhalb der nächsten neun Monaten freigelassen wurden. Nach 1949 setzte Stempel seine Fürsorge für die deutschen Soldaten fort, die in Belgien, Frankreich und Holland wegen angeblicher Kriegsverbrechen angeklagten wurden. Er behielt ein wachsames Auge über ihre Betreuung, bis die EKD 1951 Pfarrer Friedrich mit der Seelsorge der in französischen Gefängnissen festgehaltenen Deutschen und 1953 Stempel das Referat Kriegsgefangene im westlichen Gewahrsam anvertraute.[69]

## Die Auseinandersetzung um die Konfessionsschule und die Lehrerbildung

Von Beginn der Besatzungszeit an vertrat die französische Militärregierung die Auffassung, daß das Schulwesen sowohl bekenntnismäßig als auch auf überkonfessioneller Basis zu organisieren war. Sie strebte gleichzeitig mit der Wiedereröffnung der von den Nationalsozialisten beseitigten Konfessionsschulen und der Wiedereinführung des christlichen Charakters in den Simultanschulen die Wiederherstellung des Zustandes von vor 1933 an. Während sich die katholische Kirche auf die Bestimmungen des Reichskonkordates beziehen konnte und im Jahre 1946 die Wiedereröffnung von 93% der im Jahre 1933 existierenden katholischen Konfessionsschulen erreichte[70], war die Pfälzische Landeskirche aufgrund der bereits dargestellten innerkirchlichen Probleme nicht in der Lage, zur Verteidigung der Interessen der evangelischen Gemeinden vorzutreten. Die Mitte März eingetroffene Bitte der Regierung Hessen-Pfalz an den Landeskirchenrat, eine Befragung der evangelischen Eltern mit schulpflichtigen Kindern durchzuführen[71], fand zwar statt, aber nur deswegen, weil Aussichten auf evangelische Konfessionsschulen und auf einen vom katholischen Einfluß freien Unterricht Stempels Interesse geweckt hatten.[72] Der künftige Präses

69 Christophe Baginski, Gnade den Bekehrten! Evangelische Kirche und deutsche Kriegsverurteilte in Frankreich (1944–1962), (Veröffentlichung des Vereins für Pfälzische Kirchengeschichte, Bd. XXII), Speyer 2002.

70 AOFAA, Best. AC, Nr. 73: Die Oberdelegation für die Pfalz an Raymond Schmittlein (Direktor der *Éducation Publique*), 31.8.1946

71 ZASP, Altreg., 921.1: Die Regierung Hessen-Pfalz an die Evangelische Kirche der Pfalz, 16.3.1946.

72 AOFAA, Best. RP, Nr. 2317/4: Landesbischof Stichter an die Regierung Hessen-Pfalz, 23.3.1946; ebd., Best. RP, Nr. 1066/1: General Bouley an Laffon, 27.3.1946; ebd., Best. RP, Nr. 2317/4 und ZASP, Altreg., Nr. 921.1: Oberdelegation Hessen-Pfalz an Landesbischof Stichter, 2.4.1946 .

nutzte die wenigen Befragungen evangelischer Eltern, die auf Bitten einiger Bürgermeister organisiert wurden, und erreichte schließlich die Wiedereröffnung von 61% der evangelischen Konfessionsschulen, die vor 1933 bestanden hatten.[73]

Die unklaren Verhältnisse in der Leitung der Pfälzischen Landeskirche waren aber nicht der einzige Grund für dieses schlechte Ergebnis. Dazu beigetragen hatte der akute Mangel an evangelischen Lehrkräften, weil sie im Vergleich zu ihren katholischen Kollegen von den Entnazifizierungsverfahren mehr betroffen wurden. In einigen Fällen hielt Stempel ihre Absetzung für ungerecht. 1948 setzte er sich für ihre Wiedereinstellung und für die Annahme einer größeren Zahl als die 15 bis 20% evangelischer Kandidaten in die Lehrerbildungsanstalten ein, zumal 46% der Schulkinder evangelisch waren.[74] Eine von Sturm vermittelte Eingabe an General Koenig blieb jedoch ergebnislos, weil die Konfession der Kandidaten kein Kriterium für ihre Annahme in die simultane Ausbildungsanstalt war.[75]

## Die Pfälzische Landeskirche und die Gründung politischer Parteien

Unmittelbar nach Kriegsende waren die Kirchen nach den Grundsätzen der Alliierten dazu verpflichtet, sich jeder politischen Aktivität zu enthalten und sich auf ihre kirchlichen Dienste zu beschränken. In der Praxis ist jedoch keine der westlichen Besatzungsmächte so streng gewesen, waren sie doch fest davon überzeugt, daß die Kirche in ihren vielfältigen Tätigkeitsfeldern eine wichtige Stütze sei und die deutsche Nachkriegsgesellschaft nur auf christlicher Basis wiederaufzubauen war.

Gleich im Juni 1945 wurden die Pfarrer der Pfälzischen Landeskirche vom Landeskirchenrat gebeten, sich jeder öffentlichen politischen Tätigkeit zu enthalten.[76] Von einer Mitgliedschaft in einer der neugegründeten Parteien wurde jedoch weder abgeraten noch wurde sie untersagt. Die fran-

---

73 ZASP, Abt. 1/128: Rundschreiben von Stempel, 27.3.1946; Ergebnisse der Befragung ebd., Altreg., Nr. 921.1; AOFAA, Best. AC, Nr. 73: Militärregierung der Pfalz an Schmittlein, D 2116, 31.8.1946. Extrait du tableau récapitulatif.

74 Zahl der Schulkinder in der Pfalz im August 1948: 408 (katholisch) gegen 356 (evangelisch), so Charles Muller an R. Schmittlein, 24.4.1948, AOFAA, Best. AC, Nr. 73.

75 Ebd., Best. „Bonn", CC, POL I H 3 b-1: Sturm an General Koenig, 4406/EA, 11.6.1948; Cl. H. de Boislambert an General Koenig, 2712/EDU/ENS, 22.9.1948.

76 Amtsblatt für die Vereinigte protestantische Kirche der Pfalz, Nr. 2 v. 25.9.1945, S. 8; Verhandlungen der vorläufigen Landessynode der Vereinigten Protestantischen Christlichen Kirche der Pfalz 1946/47, S. 44–48.

zösische Militärregierung selbst ordnete keine politische Zurückhaltung der Pfarrer an. Die ausdrückliche Empfehlung von General Bouley, mit den Katholiken eine christliche Union zu bilden, wurde überhört. Obwohl auch die EKD dafür plädierte[77], fürchtete die Evangelische Kirche der Pfalz, daß ihre zahlenmäßig weniger engagierten Laien vom politischen Katholizismus absorbiert werden würden.[78] Die evangelischen Gemeinden, die aus französischer Sicht in ihrer Mehrzahl für liberal gehalten wurden, wollten nicht „Instrumente der katholischen Hierarchie" werden.[79] Vor diesem Hintergrund entstanden zwei überkonfessionelle Parteien mit einer jeweiligen konfessionellen Mehrheit. Während die pfälzische CDU sich dank katholischer Kräfte bildete, versammelten sich die meisten Protestanten im Mai 1946 im Sozialen Volksbund, um dann im April 1947 in die Liberal-Demokratische Partei Hessen-Pfalz einzugehen.[80]

Obwohl die pfälzische evangelische Pfarrerschaft sowohl in der christlich-demokratischen als auch in der liberalen und in der sozialdemokratischen Partei vertreten war, stieß sie vor allem auf die hermetische Abschottung der CDU gegenüber äußeren Einflüssen. Bestimmte französische Stellen versuchten, einige protestantische Mitglieder der CDU von der Notwendigkeit zu überzeugen, etwas zu unternehmen, damit die evangelische Kirche sich nicht ohne politische Stütze zwischen einer von der katholischen Geistlichkeit beeinflußten CDU und einer SPD fände, deren marxistischer und antikirchlicher Charakter nur aus Propagandazwecken abgeschwächt wurde.[81] Die Wahl Karl Köhlers[82], Mitglied des Landeskirchenrates

77 EZA, Best. 2/800: Asmussen an den Landeskirchenrat der Evangelischen Kirche der Pfalz, 5.12.1945

78 ZASP, Protokoll über die Sitzung der vorläufigen Kirchenregierung der Evangelischen Kirche der Pfalz, 22.1.1946.

79 AOFAA, Best. AP, Nr. 3303/94-5: Raymond Huleu, Etude sur l'Eglise protestante du Palatinat.

80 Ebd.; vgl. auch Georg Wilhelm SANTE (Hrsg.), Geschichte der deutschen Länder, Würzburg 1971, S. 694; Hans-Jürgen WUNSCHEL, Angesichts der Trümmer... Die Gründungsgeschichte der pfälzischen Parteien nach dem Ende der Diktatur, Otterbach 1987, S. 81–90.

81 AOFAA, Best. RP, Nr. 908/Cultes I: Informationsnotiz über die Reise Stempels in Frankreich, 21.10.1947; Katrin KUSCH, Die Wiedergründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg, Mainz 1989, S. 173–180.

82 Karl Heinrich Köhler (1900–1960): 1918 Kriegsdienst. 1920–1924 Studium in Heidelberg, Tübingen und Göttingen. 1924–1929 Vikar in Ludwigshafen. 1929–1935 Pfarrer in Großkarlbach. 1935–1946 Pfarrer in Dürkheim II. 1946–1948 Pfarrer im Landeskirchenrat Speyer. 1948–1953 Pfarrer Dürkheim II (mit nebenamtlichem Auftrag im Landeskirchenrat). 1953–1960 Dekan Dürkheim I. Ab 1950 Leiter der Evangelischen Akademie der Pfalz.

der Evangelischen Kirche der Pfalz, in den Vorstand der pfälzischen CDU war zwar ein Zeichen der Öffnung, aber dieser lehnte dieses Amt aufgrund seiner vielfältigen Funktionen in der Landeskirche (Dekan in Bad Dürkheim, Leiter der Akademie) ab.[83] Indem sich die sozialdemokratische Partei unverblümt als ein Gegner der katholischen Kirche präsentierte, wußte sie den Linksrutsch eines Teiles der protestantischen Kreise heraufzubeschwören. Diese Entwicklung bestätigte sich im November 1948 mit dem Ausscheiden des innerhalb der Landeskirche nicht sehr beliebten[84] Köhler zugunsten des sozialdemokratischen Pfarrers August Kopp[85] bei der Wahl zum Oberkirchenrat.[86] Den Weggang des frankophilen und föderalistisch gesonnenen Pfarrers Köhler nahm die Evangelische Kirche der Pfalz zum Anlaß, sich von dem Einfluß der französischen Besatzungsbehörden, deren Bemühungen um politische Orientierung schlecht aufgenommen wurden, zu befreien. Es sollten mit ihnen keine engen Beziehungen mehr gepflegt werden, damit sie über innerkirchliche Fragen im Ungewissen blieben.[87]

## Brückenbauer zu Frankreich

Schon bevor Stempel die Leitung der Pfälzischen Landeskirche übernahm, hatte er eingesehen, daß seine Kirche als Brückenbauer dienen und zur Überwindung der alten Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich beitragen könnte. Neben der Führung der laufenden Geschäfte setzte er als Präses vor allem auf die Annäherung zur französischen Nachbarkirche. Zu diesem Zweck wurde während der Tagung der vorläufigen Landessynode am 20. November 1946 in Speyer auf Einladung Stempels[88] eine Delegation des Protestantischen Kirchenbundes in Frankreich (*Fédéra-*

---

83 AOFAA, Best. RP, Nr. 2313/3: Notiz, 1948.

84 Köhlers Nähe zur CDU spielte sicher eine Rolle, doch trugen ihm auch die im Rahmen der Entnazifizierung bestraften Pfarrer seine Zusammenarbeit mit der Militärregierung nach.

85 August Kopp (1886–1970): 1915–1918 Feldgeistlicher. 1919–1948 Pfarrer in Rehborn. 1948–1954 Oberkirchenrat. Ab Oktober 1954 im Ruhestand. Bis Ende der Sechziger Jahre zusammen mit Kirchenpräsident Stempel in der Betreuung der deutschen Kriegsverurteilten in Holland aktiv.

86 Richard BERGMANN, Verhandlungen der Landessynode der Vereinigten Protestantisch-Evangelisch-Christlichen Kirche der Pfalz in den Jahren 1948/1949, Grünstadt 1953, S. 90.

87 AOFAA, Best. AP, Nr. 3303/94-5: General Koenig an das CGAAA.

88 ZASP, Abt. 1.3, Nr. 388: Stempel an die Leitung der Protestantischen Kirche Frankreich, 26.10.1946; abgedruckt in: BAGINSKI (wie Anm. 64), S. 301f.

*tion Protestante de France*) empfangen.[89] In seiner Ansprache rief Marcel Sturm zwar zur Verbundenheit der Christen auf, doch mußte er auch als Franzose auf „Schranken", „Wunden" und „Narben" hinweisen, die Zeit zum „Ausheilen" brauchten. Er mußte außerdem seinen Zuhörern klarmachen, wie sehr sein Land und seine Mitbürger unter der deutschen Besatzung gelitten hatten. Ferner betonte er klar und deutlich, daß es Aufgabe der Kirche sei, in solchen Situationen verantwortungsbewußt ein Instrument der Erneuerung zu bilden.[90]

Von einer Stunde der Aus- oder Versöhnung konnte anderthalb Jahre nach Kriegsende noch nicht die Rede sein, aber diese Begegnung ist von den Teilnehmern selbst als der Anfang der Annäherung gekennzeichnet worden, die im Mai 1950 dank dem entscheidenden Impuls von Marcel Sturm und Hans Stempel mit der Gründung des Deutsch-Französischen Bruderrates ihren Niederschlag fand.[91] Aufgrund der doppelten Funktion Sturms – als Vertreter des Protestantischen Kirchenbundes in Frankreich und zugleich als Mitglied der Militärregierung – war ein solches Unterfangen sicher mit der politischen Absicht verbunden, auf den Kurs des deutschen Protestantismus im Hinblick auf die so genannte Deutsche Frage Einfluß ausüben zu wollen. Dies zeigte sich zunächst an dem Wert, den Sturm auf die Zusammensetzung der deutschen Delegation aus Persönlichkeiten der *Bekennenden Kirche* legte, was einige Meinungsverschiedenheiten unter den deutschen Kirchenmännern hervorrief.[92]

Zunächst im September 1948 geplant, mußten die Zusammenkunft und die tatsächliche Gründung des Deutsch-Französischen Bruderrates aus verschiedenen Gründen (Terminnöte, Krankheit) bis zum März 1950 verschoben werden. Die immer wieder ausdrücklich betonte Bitte Sturms, der pri-

89 Die Delegation setzte sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammen: Pfarrer Paul Conord (Generalsekretär der Reformierten Kirche Frankreichs), Henri Strohl (Dekan der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Straßburg), Pfarrer Bresch von der Lutherischen Kirche Elsaß-Lothringen sowie dem obersten Militärgeistlichen Marcel Sturm und seinem engsten Mitarbeiter Ernest Ungerer.

90 Ansprache Marcel Sturms vor der Vorläufigen Landesynode in Speyer, 20.11.1946, abgedruckt in: Verhandlungen der Vorläufigen Landessynode 1946/47, Speyer 1957, S. 224f.

91 Vgl. Daniela HEIMERL, Les Eglises évangéliques et le rapprochement franco-allemand dans l'après-guerre: le Conseil fraternel franco-allemand, in: Revue d'Allemagne 21 (1989), S. 591-606; DIES./Frédéric HARTWEG, Der französische Protestantismus und die deutsche Frage, in: Kirchliche Zeitgeschichte 2 (1990), S. 386-412, hier S. 405ff.

92 ZASP, Abt. 150.47, Nr. 767: Graf York von Wartenburg (Hilfswerk der EKD. Geschäftsstelle für die französische Zone) an Landesbischof Bender, Tgb. Nr.17a, 30.7.1948.

vate und streng inoffizielle Charakter dieser Begegnung solle nicht durchbrochen werden[93], damit sie nicht als eine Einmischung in die Angelegenheiten der Staatsbehörden interpretiert würde, zeugt für die Brisanz der Zusammenkunft, die vom 17. bis 19. März im Diakonissenhaus in Speyer stattfand. Das Erfreuliche dabei war, daß führende Kirchenmänner beider Länder und, französischerseits, auch bedeutende Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens bereit waren, sich mit Problemen wie der Europa- und der Saarfrage, dem Ost-West-Konflikt, dem Nationalismus und einem westdeutschen Verteidigungsbeitrag auseinanderzusetzen und sich auf eine Erklärung festzulegen.[94] Die meisten Beschlüsse blieben jedoch Absichtserklärungen. Das große Verdienst der Evangelischen Kirche der Pfalz besteht darin, daß Kirchenpräsident Stempel nach Sturms frühem Tode im Juni 1950 sich mehr denn je für das Weiterbestehen dieser Plattform der Verständigung einsetzte und bis zu seinem Ruhestand deren Leitung auf deutscher Seite behielt.

## Schlußbetrachtung

Wer sich mit der Geschichte der Pfälzischen Landeskirche nach dem Zweiten Weltkrieg befaßt, kann die Auswirkungen der französischen Besatzungszeit nicht übersehen. Trotz der damaligen heftigen Kritik bleibt festzustellen, daß die Einmischung der Militärregierung in die Neuordnung ihrer Leitung im Interesse der Kirche stattfand. Außerdem ist die Schlüsselrolle von Hans Stempel hervorzuheben. Er holte seine Landeskirche aus der Isolation des *Dritten Reiches* heraus, bestimmte den Kurs zum inneren Neuaufbau und gab mit seinen ausgezeichneten Beziehungen zu Frankreich der Pfälzischen Landeskirche ein starkes Profil innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland. Hoffentlich findet dieser Pionier der Nachkriegszeit bald seinen Biographen.

93 Ebd., Brief von Sturm an Stempel, 6613/EA, 7.3.1950.
94 Vgl. Teilnehmerliste ebd. und Gesprächsprotokolle ebd. Abt. 150.47, Nr. 834.

GOUVERNEMENT MILITAIRE
EN ALLEMAGNE

**Le rentrée scolaire dans tous les ordres d'enseignement aura lieu le 1er octobre 1945.**

Les parents doivent faire inscrire leurs enfants dès maintenant en vue de cette rentrée, et lors de cette inscription faire connaître s'ils désirent que leurs enfants suivent
– l'enseignement religieux catholique
– l'enseignement religieux evangelique
– l'enseignement moral donné durant les heures d'enseignement religieux.

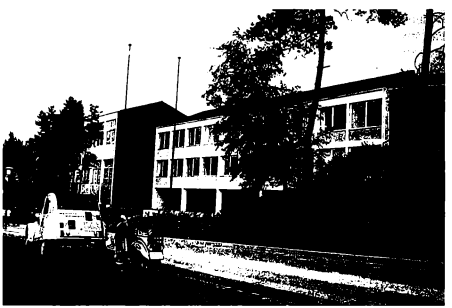
GOUVERNEMENT MILITAIRE
EN ALLEMAGNE

**Die Wiedereröffnung der Schulen wird am 1. Oktober stattfinden.**

Die Eltern haben schon ihre Kinder anschreiben zu lassen. Hierbei werden sie die schriftliche Erklärung abgeben, ob der Schüler bezw. die Schülerin an der katholischen oder an regelm. an Religion zu unterrichten ist

Wenn nicht, wird dem Kind ein sittlicher Unterricht Moralunterr. während der Religionsstunden erteilt

*Wiedereröffnung der Schulen (1945): Sta Trier, Plakatsammlung*



*Kaiserslautern, Pädagogische Akademie (um 1965)*

# Von alten Mächten umerzogen. Schulbeginn und Schulentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg

**Hannes Ziegler**

Bei Kriegsende konnte von einem geregelten Schulbetrieb schon lange nicht mehr die Rede sein. Seit Sommer 1944 hatten sich die alliierten Bombardements auf die pfälzischen Städte und Dörfer verstärkt. Die meisten Schulen waren zu diesem Zeitpunkt entweder zerstört oder zu Versorgungsmagazinen bzw. Sanitätshäuser umfunktioniert worden. Hitlers „Befehl zum Ausbau der deutschen Weststellung" vom 24. August 1944 hatte zudem neben alten Männern und Frauen auch 15jährige Schüler zum Schanzen an die Grenze und nach Lothringen gerufen. Und im November 1944 begann die zweite Evakuierung der pfälzischen Grenzbevölkerung, was zumindest für diese Familien den Schulbesuch wirklich nebensächlich werden ließ. Vielen Eltern war es einfach zu gefährlich, ihre Kinder in den Unterricht zu schicken. Trotz der offensichtlichen Risiken traf am 25. Oktober 1944 Willi Stöhr, Reichsstatthalter in der Westmark und Chef der Zivilverwaltung in Lothringen, die Anordnung, den Unterricht ab dem 6. November 1944 wieder beginnen zu lassen. Er sollte zumindest in verkürzter Form durchgeführt werden, und es sollte darauf geachtet werden, daß „die Tagesstunden gewählt werden, die erfahrungsgemäß weniger durch Fliegertätigkeiten gestört werden."[1] Diese Anordnung wurde kaum befolgt.

## Kriegsende und Neuanfang

Knapp fünf Monate später war für die Pfälzer der Zweite Weltkrieg zu Ende. Am 28. März 1945 hatten amerikanische und französische Truppen die militärische Besetzung der Pfalz beendet. Zwei Tage später begannen die amerikanischen Truppen vereinbarungsgemäß damit, die südpfälzischen Kreise Speyer, Germersheim, Landau und Bergzabern für die 1. Französische Armee zu räumen. Dieser Vorgang war am 11. April 1945 abgeschlossen. Die übrigen Bereiche des später (am 4. Juni 1945) gebildeten Regierungsbezirks Pfalz (Sitz „Neustadt a.d. Haardt") wurden weiter von den Amerikanern verwaltet. Am 10. Mai 1945 erfolgte auf Anordnung des amerikanischen Hauptquartiers die Bildung einer Provinzialregierung für „Saarland-Pfalz-Südhessen", das aus den Bezirken Saarland, Pfalz und Rhein-

1 Vgl. Silke Baumann, Schauernheim - eine Dorfschule in den Jahren 1937 - 1952, Paul-von-Denis-Schulzentrum Schifferstadt, Facharbeit in Geschichte, S. 10.

hessen bestand. Zum deutschen Leiter dieser Provinzialregierung, die ihren Sitz in Neustadt hatte, setzte die amerikanische Besatzungsmacht den früheren Oberbürgermeister von Mannheim, Dr. Heimerich, ein, der den Titel „Oberpräsident" führte. Ein Organisationserlaß der Militärregierung vom 1. Juni 1945 formte dann das „Oberpräsidium Saarland-Pfalz-Südhessen" in das um die Bezirke Trier und Koblenz erweiterte „Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar" um[2], und aus dem Oberpräsidenten Heimerich wurde ein Oberregierungspräsident.

Am 10. Juli 1945 übernahmen die Franzosen im ganzen Regierungsbezirk Pfalz und den anderen Teilen des Oberregierungspräsidiums Mittelrhein-Saar die Militärregierung. Zehn Tage später teilten sie das Oberregierungspräsidium „Mittelrhein-Saar" wieder auf, indem sie zuerst die Ablösung des Saarlandes und dann die Ablösung der Bezirke Koblenz und Trier anordneten.[3] Dieses Oberregierungspräsidium „Pfalz-Hessen" (ab dem 29. August 1945 „Hessen-Pfalz") leitete seit dem 7. Juli 1945 von Neustadt aus der Jurist Dr. Hans Hoffmann (SPD); die französische Verwaltung – auch sie hatte ihren Sitz in Neustadt – führte zunächst General Jean-Claude Bouley, dann, ab Juni 1946, General André Brozen-Favereau an.

Zu Heimerichs Dienststelle gehörte auch das „Dezernat für Erziehung und religiöse Fragen" (später „Abteilung Erziehung und Kultus"). In seiner Antrittsrede vom 18. Mai 1945 erinnerte der Oberpräsident daran, daß die „Reform der Schulen, des Erziehungs- und Ausbildungswesens (...) eine der wichtigsten Forderungen der Militärregierung" sei. Deshalb forderte Heimerich die sofortige Schaffung von Übergangseinrichtungen, „die eine Beschäftigung und Unterweisung der schulpflichtigen Jugend durch geeignete zuverlässige Persönlichkeiten" und die „sobald wie nur irgend mögliche" Aufnahme des Elementarunterrichts ermöglichten.[4]

---

2 Damals wurden auch die seit April 1945 von den Franzosen besetzten südpfälzischen Kreise verwaltungsmäßig wieder mit der übrigen Pfalz verbunden, vgl. Anne MARTIN, Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz, Mainz 1995, S. 26.

3 Dr. Heimerich trat am 4. Juli 1945 als Oberregierungspräsident zurück. Zu den weiteren Veränderungen in diesem Bereich vgl. den Beitrag von Stefan Schaupp in diesem Band.

4 Vgl. Hans-Jürgen WUNSCHEL, Schicksalsjahre der Pfalz. Dokumente zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, Neustadt 1979, S. 58.

## Die Schulpolitik in den von Amerikanern besetzten pfälzischen Kreisen

Die Forderung Heimerichs fand bei den Amerikanern offene Ohren. Auch ihnen war daran gelegen, den Schulbetrieb so bald wie möglich in Gang zu bringen. Von der Notwendigkeit einer Schulreform überzeugt, glaubten sie, daß es das beste sei, die Deutschen selbst würden diese Reformen in Angriff nehmen. Ihre Einflußnahme, so sahen es die Amerikaner vor, sollte jedoch nur „helfend und kontrollierend" sein.[5] Die Amerikaner beendeten ihre Initiativen allerdings, als Mitte Juni 1945 zur Gewißheit wurde, daß sie das ganze linke Rheinufer den Franzosen übergeben sollten. Bis zu diesem Zeitpunkt war auf dem Bildungssektor jedoch schon einiges in Gang gekommen.

Am 23. Mai 1945 wurde in Worms mit dem Oberbürgermeister Dr. Ernst Kilb die versuchsweise Wiedereröffnung der Volksschulen besprochen. Die Rahmenbedingungen in der Stadt waren katastrophal und stellten, wie wir sehen werden, keinen Einzelfall dar. Doch unter der Regie Dr. Kilbs, der bis 1933 Rektor in Worms gewesen und von den Nazis wegen seiner Mitgliedschaft in der SPD entlassen worden war, konnte der Schulbetrieb bald wieder aufgenommen werden. Die Volksschüler in Worms wurden in 16 Klassen aufgeteilt, wo man sie in Religion (bis zur 8. Klasse), Lesen, Schreiben und Rechnen unterrichtete. Die Fächer Sport und Spiel mußten entfallen. Da die während der Nazi-Diktatur verwendeten Unterrichtsbücher nicht mehr verwendet werden durften, griff man zunächst auf jene Lehrbücher zurück, die vor 1933 in Gebrauch waren. Doch bereits Ende Mai 1945 hatte Dr. Kilb ein eigenes Schulbuch konzipiert, das nur noch der amerikanischen Behörde zur Genehmigung vorgelegt werden brauchte. Das eigentliche Problem für Dr. Kilb bestand jedoch darin, daß in Worms nur noch 25% der Gymnasial- und Volksschullehrer verfügbar waren. Der Grund für diesen „Lehrerschwund" lag vor allem in den strengen Säuberungsmaßnahmen der Amerikaner, auf die wir noch zu sprechen kommen werden. Da mit diesem Bestand an einen ordentlichen Schulbetrieb nicht zu denken war, hielt Kilb einmal in der Woche Schulungskurse ab. „Notlehrer" wurden eingestellt, um den Schulbetrieb wenigstens einigermaßen aufrechtzuerhalten können. Bevor sie unterrichten durften, mußten alle Lehrer eine Erklärung unterschreiben, in der sie sich verpflichteten

5 Vgl. Angelika Ruge-Schatz, Umerziehung und Schulpolitik in der französischen Besatzungszone 1945-1949, Frankfurt 1977, S. 78.

- die Kinder im Geist der Völkerversöhnung, der Achtung, der Freiheit und der Würde des Menschen zu erziehen,

- sämtlichen nationalsozialistischen und militaristischen Grundsätzen abzuschwören und

- die Lese- und Lernbücher, die bisher benutzt wurden, nicht mehr zu verwenden.

Sollte ein Lehrer gegen einen dieser Punkte verstoßen, würde er seines Amtes verlustig gehen.[6]

Am 23. Mai 1945 fand auch in Neustadt eine Besprechung mit Major Bursch, dem Sachbearbeiter für Erziehungsfragen, statt. Bursch machte den Vorschlag, es möge sich ein Stab politisch einwandfreier Lehrer bilden, die auch Erfahrung auf dem Gebiet der Verwaltung hätten. Diese sollten dann den Abteilungen: Volksschulen, Höhere Schulen, Berufsschulen sowie der Abteilung Personalfragen, Finanzierung und Recht vorstehen. Ein zweiter Vorschlag betraf die Wiedereröffnung der Volksschulen. Fünf Punkte wurden hierzu fixiert:

1. Für die Bildung eines politisch einwandfreien Lehrerstandes mußte gesorgt werden, und zwar für die Volks- und Höheren Schulen sowie die Berufsschulen.

2. Vorbereitungen für die Wiedereröffnung der Volksschulen in der amerikanischen Zone waren zu treffen.

3. Neue Schulbücher sollten vorbereitet werden. Dabei war darauf zu achten, daß landwirtschaftliche Frage in die Ausbildung mit einbezogen würden.

4. Angesichts des akuten Lehrermangels würde auf pensionierte oder von der nationalsozialistischen Regierung zwangspensionierte Lehrer zurückgegriffen werden.

5. Alsbald sollte eine Lehrerbildungsanstalt errichtet werden. Bis dahin wollte man Schnellkurse für Lehrer einrichten.[7]

Am 24. Mai kam es nach einer Besprechung mit dem Kreisschulrat und Oberbürgermeister von Kirchheimbolanden, Julius Cappel, zur Bildung eines Schulausschusses („Ausschuß für Jugendpflege"), der die Aufgabe hatte, die Wiedereröffnung der Schulen in der amerikanischen Zone vorzubereiten.[8] Mit den örtlichen Kommandanten sollte zu diesem Zweck Fühlung aufgenommen werden. Der Behördenweg war genau vorgegeben. Die

6 Vgl. LA Sp, Best. H 12, Nr. 229: Schreiben v. 23.5.1945.
7 Vgl. Ebd.
8 Vgl. ebd., Schreiben v. 24.5.1945.

Anträge auf Schuleröffnung waren an das Oberregierungspräsidium in Neustadt zu richten. Sobald der Antrag genehmigt war, ging er zurück an die örtliche Militärstelle des Antragstellers, dann an die regionale Militärverwaltung, die ihn an das oberste amerikanische Hauptquartier weiterleitete. Von dort aus erfolgte dann die Anordnung zur Schuleröffnung.[9]

Ende Mai 1945 kam es zu einer weiteren Besprechung zwischen Major Bursch, dem amerikanischen Feldgeistlichen Oberstleutnant Piepkorn und dem Präsidialdirektor Henk, dem Leiter des Oberregierungspräsidiums Mittelrhein-Saar in Neustadt. Die Beschlüsse, die an jenem Tag gefaßt wurden, hatten weitreichende Bedeutung:

1. Für die höheren Schulen war von deutschen, nicht von amerikanischen Autoren ein neues Lehrbuch vorzubereiten.

2. Ernst Kilb wurde von Präsidialdirektor Henk für die Stelle des Zentralreferenten für das Volksschulwesen vorgeschlagen. Major Bursch stimmte diesem Vorschlag zu.

3. Präsidialdirektor Henk setzte sich dafür ein, in den Gymnasien die 9. Klasse wieder einzuführen. Major Bursch akzeptierte diesen Vorschlag.

4. Professor Schnabel aus Heidelberg sollte in das Lehrbuchgremium einbezogen werden. „Prof. Schnabel ist Katholik und wohl der bedeutendste zeitgenössische Historiker."[10]

Anfang Juni 1945 erklärte sich Kilb bereit, das Amt des Referenten für das Volksschulwesen und interimistisch auch das Amt eines Referenten für Fach- und Berufsschulen zu übernehmen. Gleichzeitig erging ein Rundschreiben des Oberpräsidiums an die Landräte der Bezirke Saar, Pfalz und Rheinhessen, das in Auftrag gab, Vorbereitungen für die Wiedereröffnung von Schulen einzuleiten. Die Landräte wurden gebeten, für ihre Gemeinden eine genaue Aufstellung über den Zustand der Höheren Schulen und Volksschulen sowie Angaben über die Schülerzahl zu machen. Vor allem aber wollte man Bescheid wissen über die „Anzahl der vorhandenen Lehrer, die nicht Mitglied der Partei, SA und SS" gewesen waren.[11] Damit war nun ein ganz entscheidendes Problem angesprochen. Durch die im Rahmen der Entnazifizierung vorgenommenen Entlassungen, aber auch durch die

9 Vgl. ebd.

10 Vgl. ebd., Schreiben v. 31.5.1945. Schnabel erklärte sich kurz darauf bereit, dem „Komitee für Überarbeitung und Neubearbeitung von Schulbüchern für höhere Schulen" beizutreten, vgl. ebd., Schreiben v. 4.6.1945.

11 Vgl. Hans-Jürgen Wünschel (Bearb.), Quellen zum Neubeginn der Verwaltung im rheinisch-pfälzischen Raum unter der Kontrolle der amerikanischen Militärregierung, Mainz 1985, S. 141.

unmittelbaren Kriegsereignisse waren über 75 % aller Lehrer in Rheinland-Pfalz nicht einsatzfähig. Um den Lehrermangel wenigstens einigermaßen in den Griff zu bekommen, wurden Anfang Juni 1945 Abiturienten und andere „für das Schulfach geeignete Personen" öffentlich aufgefordert, sich bei ihren Bürgermeistern und Landräten zu melden. Durch Schulungen sollten sie „dem Bildungsniveau der übrigen Lehrer angenähert werden." Alle Bewerber, so sagte Zentralreferent Kilb zu, der Initiator dieser Initiative, würden zunächst als Hospitanten eingestellt.[12]

Für alle Lehrer, die nicht Parteigenossen waren, wurden vom Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar im Juni 1945 Schulungskurse abgehalten.[13] Im August bzw. September sollten landesweite vierzehntägige Schulungskurse für Volksschullehrer folgen[14], auf denen man das neu überarbeitete Lehrprogramm für Volksschulen diskutieren wollte.

Von dem Erfolg solcher Kurse waren freilich nicht alle Verantwortlichen überzeugt. Am 20. Juni 1945 äußerte sich Captain Leard, ein Adjutant von Oberst Kelley, in Saarbrücken in einem Gespräch mit Präsidialdirektor Henk äußerst zurückhaltend, als die Frage solcher Schulungen zur Sprache kam. Henk hatte Leard zunächst mitgeteilt, daß er „sämtliche Nicht-Parteimitglieder unter den Lehrern im Stadt und Landkreis Saarbrücken" vor dem Saarbrücker Rathaus versammelt habe, um sie zwei Tage lang von „hervorragenden Referenten" in einem „neuen Geist" schulen zu lassen. Leard bezweifelte, „ob die Schulungen irgendwelchen Erfolg" hätten. Er selbst habe sein ganzes Leben lang Lehrer geschult und von einem Erfolg nichts gemerkt, „zumal bei den Lehrern das Bedürfnis nach einem völlig neuen Wissen ganz ungewöhnlich sei."[15]

Zu diesem Zeitpunkt trat eine abrupte Änderung in der Verwaltungspolitik der amerikanischen Zone ein. Mitte der vorletzten Juniwoche war zur Gewißheit geworden, daß die Amerikaner ihre Zone am 10. Juli den Franzosen übergeben sollten. Einige Tage vorher war es in verschiedenen Städten – mit Genehmigung lokaler amerikanischer Behörden – zu „wilden" Schuleröffnungen (Volksschulen wie Gymnasien) gekommen. Major Bursch reagierte sofort und forderte die Abteilung Erziehung und Religion auf, in

12 Vgl. LA Sp, Best. H 12, Nr. 229, Schreiben v. 2.6.1945. Kilb schlug für die Referentenstelle Dr. Börschinger vor: „Dr. Börschinger ist Katholik und für das Humanistische Gymnasium ausgesprochen interessiert."

13 So fanden zum Beispiel für den Land- und Stadtkreis Kaiserslautern vom 12. Juni bis 13. Juni 1945 Schulungskurse für alle Lehrer statt, die nicht Parteigenossen waren.

14 Vgl. LA Sp, Best. H 12, Nr. 229, Schreiben v. 18.6.1945.

15 Vgl. ebd., Schreiben v. 20.6.1945.

einem Rundschreiben an alle Regierungspräsidenten, Landräte und Bürgermeister deutlich zu machen, daß

- Schulen zu diesem Zeitpunkt nicht eröffnet werden dürfen
- schon eröffnete Schulen sofort zu schließen seien
- der Dienstweg für Schuleröffnungen unbedingt eingehalten werden müsse.[16]

Auf Anordnung des Oberregierungspräsidiums Mittelrhein-Saar mußten dann die Volksschulklassen, die in Worms seit dem 1. Mai eingeschult worden waren, am 20. Juni 1945 wieder geschlossen werden.[17]

Die Reaktion der amerikanischen Militärbehörde war nicht nur aus der Verärgerung über diese spontanen Schuleröffnungen heraus zu verstehen. Für die Amerikaner hatte sich die Situation verändert, als sie erfuhren, daß sie das Gebiet „Mittelrhein-Saar" am 10. Juli 1945 den Franzosen übergeben sollten. Die Militärverwaltung war fortan damit beschäftigt, den Umzug zu regeln und hatte kein Interesse mehr, irgendwelche schulorganisatorischen Initiativen weiterzuführen. Als Termin für die „allgemeine Wiedereröffnung" der Volksschulen wurde jetzt der 1. Oktober 1945 genannt; zu diesem Zeitpunkt wollte man „die Frage der Lehrerbildung, Neubesetzung von Schulratsämtern, Instandsetzung von Schulen, Lehrerschulungsphase" gelöst haben.[18]

Für die Übergangszeit, die schulfreie Zeit also, mußten die Schüler beschäftigt werden. Major Bursch ließ die Kinder in der Landwirtschaft arbeiten: Kartoffelkäfer sammeln, Heilpflanzen pflücken, Körbe flechten – oder kommandierte sie zu Aufräumarbeiten in die Schulgebäude ab.[19] Lehrer taten als Aufsichtspersonen Dienst, mußten sich selbst an den Aufräumungsarbeiten beteiligen oder wurden zur Sicherstellung und Neuordnung der Lehr- und Lernmittel eingesetzt.[20]

## Die Schulpolitik in der französischen Zone

Drei Wochen nach Kriegsende verhängte die französische Militärregierung ein striktes Schulverbot. Gemäß ihrer Proklamation Nr. 1 vom 28. Mai 1945 mußten alle Erziehungs- und Unterrichtsanstalten in ihrer Zone „bis auf weiteres" schließen. Aus französischer Sicht erschien diese Anweisung nur folgerichtig, schließlich hatten die Schulen den Nazis jahrelang

16 Vgl. ebd., Schreiben v. 18.6.1945.
17 Vgl. ebd., Nr. 232, Schreiben v. 10.7.1945.
18 Vgl. ebd.
19 Vgl. ebd.
20 Vgl. ebd.

Handlangerdienste geleistet und mitgeholfen, die braune Ideologie unters Volk zu bringen. Die Schulpolitik der Franzosen erschöpfte sich jedoch nicht in dieser Verbotshaltung. Von Anfang an dachte die Militärregierung daran, mit einer Reform des Schulwesens den Boden für einen demokratischen Neuanfang in ihrem Machtbereich zu bereiten. Bald wurden ausführliche Empfehlungen für die „reéducation" in der französischen Zone ausgearbeitet, die die „pédagogie nazie" durch eine „pédagogie nouvelle" ablösen sollte.[21] Mancherorts kam es zu Irritationen, da die Amerikaner, wie wir gesehen haben, in ihren Kreisen eine großzügigere Schulpolitik betrieben hatten. Tatsächlich war in einigen Landkreisen der Schulbetrieb wieder in Gang gekommen. Die Franzosen reagierten schnell. So mußte der Landrat des Kreises Ludwigshafen am 21. Juli 1945 die Bürgermeister seines Kreises daran erinnern, daß nach der Proklamation Nr. 1 der Militärregierung vom 28. Mai „jede Erteilung von Unterricht untersagt ist."[22]

Zehn Tage später trafen in Neustadt der Präsidialdirektor der Abteilung Erziehung und Kultus, Dr. Kilb, und Kommandant Renard von der französischen Seite zu einem Gespräch zusammen. Auch in diesem Gespräch wurde der 1. Oktober 1945 als Stichtag für die Wiedereröffnung der Volksschulen und Gymnasien (einschließlich der 9. Klasse) und – „wo es notwendig erscheint" – auch der Berufsschulen genannt. Neben der Frage der Konfessionsschule und der Entnazifizierung ging es in diesem Gespräch um die Genehmigung eines „Lese-Heftes", das für die Erstklässler angefertigt worden war.[23]

In Abstimmung mit den Beschlüssen des alliierten Kontrollrates verfügte am 22. August 1945 der Administrateur général der französischen Militärregierung, Emile Laffon, für alle Volks- und Höheren Schulen die Wiederaufnahme des Lehrbetriebes zum 17. September 1945.[24] Dieses Datum erwies sich wohl als zu früh, denn später griff die Militärregierung auf den alten Termin zurück und erteilte die Anweisung, am 1. Oktober 1945 mit dem Unterrichtsbetrieb zu beginnen. Die Bürgermeister waren angehalten, dafür Sorge zu tragen, daß bis dahin die Schulhäuser insoweit wieder hergestellt waren, daß der Unterricht wieder beginnen konnte. Die Militärregierung würde für alle Materialkosten aufkommen. Außerdem sollten Übergangseinrichtungen geschaffen werden, in denen die „Beschäftigung und Unterweisung der schulpflichtigen Jugend durch geeignete und zuverlässi-

21 Vgl. Kurt Duwell, Bildung und Wissenschaft, in: 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde, hrsg. v. Peter Haungs, Mainz 1986, S. 289.

22 Vgl. Baumann (wie Anm. 1), S. 12.

23 Vgl. LA Sp. Best. H 12, Nr. 229, Schreiben v. 31.7.1945.

24 Vgl. Ruge-Schatz (wie Anm. 5), S. 69.

ge Persönlichkeiten"[25] gewährleistet war. Damit wollte man auch ein anderes Problem beseitigen, das schon in den letzten Kriegsmonaten zu Schwierigkeiten geführt hatte und nun immer mehr an Virulenz gewann. Viele Jugendliche, die noch zur Schule gehen mußten oder wollten, saßen weniger zu Hause, sondern trieben sich auf der Straße herum und das, obwohl die französische Besatzungsmacht sehr rigoros auf die Ausgangs- und Sperrzeiten zu achten pflegte und herumlungernde Personen bestimmt nicht mit Glacéhandschuhen anfaßte. Einige stellten ein beträchtliches Sicherheitsrisiko dar und vergrößerten die allgemeine Unzufriedenheit. Nicht nur die Eltern drängten auf die baldige Aufnahme des Schulbetriebs. Auf Plakaten prangerten die Besatzer dieses „allgemeine Vagabundieren und Herumlungern" an.[26]

Bei den Eltern und Politikern dürfte die Erleichterung groß gewesen sein, als am 1. Oktober 1945 die meisten Schulen wieder mit dem Unterricht begannen.[27] Von einem „regelmäßigen" Schulunterricht konnte freilich längst nicht die Rede sein. Abgesehen davon, daß am 1. Oktober einige Schulen gar nicht bezugsfertig waren, zeigten viele Kinder und Jugendliche kein allzu großes Interesse, ihre schulfreie Zeit einfach aufzugeben. Immer wieder wurde Klage darüber geführt, daß „manche Lehrer in den ersten drei Wochen ein Drittel ihrer Schüler noch gar nicht gesehen habe."[28] Tatsächlich lag der Grund ihres Fehlens nicht nur in der Unlust der Kinder, wieder in die Schule zu gehen. Viele von ihnen hatten gar keine Schuhe, mit denen sie die Schule hätten betreten können – falls dies überhaupt gefahrfrei möglich war. Allein in den pfälzischen Grenz- und Stadtbezirken waren insgesamt 36 Schulgebäude durch Kriegseinwirkung zerstört worden.[29] Aus einem Bericht des Neustadter Jugendamts erfahren wir noch andere Gründe für Schulversäumnisse: Im November 1945 fehlten in 60 % aller Fälle die Kinder wegen „Mangel an Bekleidung". Viele Kinder gaben auch an, kein Interesse an der Schule zu haben; einige wurden von den Eltern dabei unterstützt; andere schwänzten die Schule, ohne daß die Eltern dies merkten.[30] Ein weiterer Grund für den unregelmäßigen Schulbesuch war der erschreckende gesundheitliche Zustand, in dem sich viele

25 Vgl. WUNSCHEL, Quellen (wie Anm. 11), S. 58.

26 Vgl. Johannes NOSBUSCH, Lernen unter bröckelndem Verputz. Wiederbeginn des Schulunterrichts nach Kriegsende in der Pfalz, in: Die Rheinpfalz. Ausgabe Landau, v. 2.11.1985.

27 Das erste „Schuljahr" dauerte bis zum 15./17. April 1946, das zweite Schuljahr vom April 1946 bis zum 4. Oktober 1946. Erst das dritte Schuljahr – es begann im Oktober 1946 und endete im August 1947 – hatte wieder eine fast normale Länge.

28 Vgl. NOSBUSCH (WIE ANM. 26).

29 Vgl. LA Sp, Best. H 12, Nr. 223, Schreiben v. 30.8.1946.

30 Vgl. Die Rheinpfalz v. 22.12.1945.

Kinder damals befanden. Eine Gesundheitsuntersuchung von 1209 Schülern, durchgeführt in Neustadt am 2. Februar 1946, registrierte bei 369 Kindern Zahnerkrankungen und bei 60 einen Ausschlag. Zwölf Kinder waren krätzeverdächtig, 46 von Krätze befallen, bei 73 waren Nissen und bei elf Läusen festgestellt worden.[31] Mangelhafte Hygiene – im Elternhaus wie in der Schule – bildete den Nährboden für diese Krankheiten. Immer wieder beklagten sich Schulleiter bei den Bürgermeistern über die mangelhafte Schulreinigung, den Schmutz in den Schulsälen, vor allem aber über den ganz schlimmen Zustand der Aborte. Geldknappheit und Materialmangel verhinderten wirksame Abhilfe. Aber das war es nicht allein. In einer Zeit, da die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmittelkarten und Kleidung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Aufbau des zerstörten Verkehrsnetzes lebenswichtig waren, erschien die Frage des regelmäßigen Schulbesuches und der Schulreinigung zunächst von zweitrangiger Bedeutung.

Ein Faktor, der einen „normalen" Schulbetrieb ganz beträchtlich behinderte, war der akute Lehrermangel. Bedingt durch den Krieg und die Entnazifizierungspolitik der Franzosen gab es im Oktober 1945 in vielen pfälzischen Gemeinden keine Lehrer mehr. Zunächst behalfen sich die französischen Behörden mit der Einsetzung von Schulhelfern – meist waren dies pensionierte, politisch unbelastete Lehrer sowie Abiturienten. Am 20. August 1945 wies der Landrat des Kreises Ludwigshafen die Bürgermeister seines Kreises an, „alle Lehrkräfte Ihrer Gemeinde zu verständigen" und für den 28. August zu einer Besprechung zu bitten, auf der aktuelle Fragen, das Schulwesen betreffend, besprochen würden. „Einzuladen sind auch alle Lehrkräfte, die in den letzten 5 Jahren pensioniert wurden, sowie alle Personen, die sich auf den Lehrberuf vorbereitet haben, aber noch keine Abschlußprüfung haben."[32] Nicht überall war man erfolgreich.[33]

In viermonatigen Schnellkursen, die in Speyer, Kaiserslautern und Kusel stattfanden, wurden insgesamt 400 solcher Schulhelfer ausgebildet und dann in den Schulen eingesetzt. Daneben organisierte die Schulabteilung der Oberregierungspräsidien unter Aufsicht der Militärregierung mehrtägige Umschulungskurse für die Lehrer aller Schularten, wo die neue pädagogische Zielsetzung vermittelt werden sollte.[34]

Ein weiteres Problem war der Umstand, daß zu diesem Zeitpunkt noch keine Schulbücher zur Verfügung standen. Nach einem Erlaß der Militär-

31 Vgl. Nosbusch (wie Anm. 26).

32 Vgl. Baumann (wie Anm. 1), S. 12f.

33 So konnte zum Beispiel in Schauernheim niemand gefunden werden, der dafür in Frage kam, vgl. ebd.

34 Vgl. Ruge-Schatz (wie Anm. 5), S. 74f.

regierung hatten bis zum 10. September 1945 in ganz Deutschland „sämtliche nationalsozialistische Literatur, Schulbücher und Universitätshandbücher, nationalsozialistische Veröffentlichungen, Lager bei den Buchhandlungen und Verlegern, Bibliotheken, Werke, die sich bei den Einwohnern befinden, sowie Zeitschriften, entsprechende Grammophonplatten etc., die den Nationalsozialismus betreffen", in den Büros der örtlichen Bürgermeister abgeliefert werden müssen.[35] Von Heften, Schreibutensilien etc. konnten die Schüler damals nur träumen. „Was nach wie vor fehlte, war Material für den Unterricht, angefangen vom Lese- und Rechenbuch bis zum einfachen Schreibheft. Die Wandtafeln waren so schlecht, daß man kaum darauf schreiben konnte."[36]

Von Normalität konnte also noch lange nicht die Rede sein. Die katastrophalen Zustände der Schulgebäude, die miserable unterrichtliche Ausstattung, das Fehlen auch der primitivsten Unterrichtsmaterialien provozierte viele Schüler, die Schule einfach zu schwänzen.

Anfang Februar 1946 ordnete das Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz die Einrichtung einer provisorischen „Schulpflegeschaft" an. Sie hatte die Aufgabe, „örtliche Schulfragen zu behandeln, wie Ordnung der äußeren Schulverhältnisse, Regelung des Schulbesuches, usw., insbesondere fällt ihr die Behandlung der im bedenklichen Maße sich steigernden Schulversäumnisse zu."[37]

In den Jahren 1947/48 verschärfte sich die allgemeine Notlage. Visitationen der Gesundheitsämter legten vor allem in den Dörfern oft alarmierende Zustände bloß. Als das Gesundheitsamt Ludwigshafen die Volksschüler des Kreises vierteljährlich messen und wiegen ließ, um sich ein Bild von ihrem allgemeinen Gesundheitszustand zu machen, erschwerten nicht nur die äußeren Verhältnisse – Wiegelokale waren nicht beheizt, Waagen mußten ausgeliehen werden – diese Maßnahme: Bürgermeister und Lehrer sperrten sich gegen diese Aktion, wohl weil sie um den Ruf ihrer Gemeinde bzw. Schule fürchteten.[38] Mit der Einführung der Schulspeisung durch das Ministerium für Ernährung Ende der 40er Jahre besserte sich die gesund-

35 Vgl. Michael Müller, Die Schule im Spannungsfeld der Weltanschauungen, in: Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945-1951, hrsg. v. Franz-Josef Heyen, Boppard am Rhein 1984, S. 347-364, hier S. 351.

36 Vgl. Typoskript von Else Martin, Schulbericht Oktober 1945 bis Januar 1949. Die zweiseitige Fotokopie wurde dem Autor von Herrn Roland Paul freundlicher Weise zur Verfügung gestellt. .

37 Vgl. ebd., S. 14.

heitliche Situation an den Schulen langsam. „Jede Schule war verpflichtet, Bedarfsmeldungen rechtzeitig beim Landratsamt abzugeben, den 'Befund des Essens und Aufnahme durch Kinder' nachzuweisen und über die Resteverwertung Auskunft zu geben." Mit einer täglichen Ration 300 bis 400 kcal (das entspricht 50g Schokolade oder einem Kakao mit Brötchen) wurden bedürftige Kinder hochgepäppelt. Erst zu Beginn der 50er Jahre entspannte sich diese Situation; am 4. September 1950 verfügte das Ministerium für Unterricht und Kultus, daß „künftig die Schulkinderspeisung nur noch im beschränkten Umfang in den Städten weitergeführt wird. In den Landgemeinden wird die Speisung eingestellt."[39]

## Entnazifizierung im Erziehungswesen in der französischen Zone

Am 14. August 1945, gut sechs Wochen vor Schulbeginn also, war durch den Leiter des Erziehungswesens im Oberregierungspräsidium, den Regierungsdirektor Ernst Kilb, an alle Stadt- und Kreisschulämter die Anweisung ergangen, „mit der systematischen Entlassung" aller Lehrerkräfte zu beginnen, die „zu irgendeinem Zeitpunkt der NSDAP, SA, SS, NSFK, NSKK und NSF angehört haben, und zwar rückwirkend zum 1. August 1945".[40] Alle Lehrer mußten sich nach einer angemessenen Wartezeit einer gründlichen Prüfung unterziehen. Das Ergebnis wurde in einem Protokoll festgehalten. Eine Kommission sollte alle Anklagepunkte zusammentragen und dem Angeklagten zur Unterschrift vorlegen. Innerhalb von zwei Tagen mußte sich die betroffene Lehrkraft zu den Vorwürfen äußern. Von der Antwort auf folgende zentrale Fragen hing das Gesamtergebnis der „Denazifizierung" ab: Wann trat der Überprüfte in die Partei ein? Welche Funktionen übte er dort aus? Hatte die Lehrkraft teil an Bespitzelungen oder Denunziationen? Wurden Schüler wegen ihrer politischen Auffassung oder der ihrer Eltern im Unterricht gedrückt?[41] Über das jeweilige Landratsamt wurden Protokoll und Rechtfertigung des Lehrers dann nach Neustadt geschickt. Nach Durchsicht der Materialien wurde von Kilb und dem zuständigen französischen Referenten in jedem Einzelfall entschieden; Wieder-

38 Vgl. ebd., S. 18.

39 Ebd., S. 19.

40 Vgl. ebd., S. 167. Kilb orientierte sich hierbei an dem Entwurf des Präsidialdirektors Walz v. 26.6.1945 zur Denazifizierung der Verwaltung.

41 Vgl. StA Frankenthal, III/130/1, Schreiben v. 14.8.1945.

einstellungen sollten „nach einem feststehenden Maßstabe etappenweise vorgenommen" werden[42] – ein nicht zu unterschätzendes Druckmittel.

Zunächst konnten sich entlassene Lehrkräfte nur ganz wenig Hoffnung auf eine schnelle Wiederverwendung im Dienst machen. „Die Richtlinien der Militärregierung in Neustadt sahen vor, daß bis zum Schulbeginn am 1. Oktober keine Wiedereinstellungen erlaubt werden sollten."[43] Pensionierte Lehrer und verheiratete ehemalige Schullehrerinnen dagegen wurden aufgefordert, sich für eine Wiederaufnahme in den aktiven Schuldienst zu melden.

Nach Schätzungen der Militärregierung waren 75 % aller männlichen und 25 % alle weiblichen Lehrkräfte Mitglied des NSDAP gewesen. Damit hatte sich der Bestand der unterrichtlich einsetzbaren Lehrer soweit reduziert, daß die Unterrichtsbehörde – sollte der gerade anlaufende Unterrichtsbetrieb nicht schon zu Beginn zusammenbrechen – gezwungen war, schnellstens für Ersatz zu sorgen. Wie oben gezeigt, versuchte man zunächst mit Schnellschulungskursen dieses Problem zu lösen.

Nach dem 1. Oktober machte ein entsprechendes Gutachten des Schulrates und der Entscheid der ZSK eine Wiedereinstellung möglich, wenn die zuständigen Stellen in Neustadt (Schuloffizier, die Sécurité Publique und der Kreisdelegierte) ihr Plazet gegeben hatten. Anfang 1946 konnte der Service de L'Education Publique „vorläufige Wiedereinstellungen aussprechen, ohne den ZSK-Bescheid abwarten zu müssen."[44]

Die Betroffenen erhielten bei einer Wiedereinstellung, die mit einer Versetzung verbunden sein sollte, ihre Beamtenrechte nicht zurück und waren als „Hilfspersonal" jederzeit kündbar. Später – sozusagen als Belohnung für zufriedenstellende Leistungen – konnte auf Vorschlag der Militärregierung der Beamtenstatus wiedererworben werden.[45]

Von allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung in Hessen-Pfalz wies das Erziehungswesen den größten Prozentsatz an untersuchten Fällen auf. Bis Dezember 1945 wurden 1 900 von 1 991 Beamten untersucht, 311 (17,9 %) davon entlassen und 1 426 (82, 1 %) vorläufig suspendiert. Die Zahl der Zurückstufungen konnte nicht ermittelt werden.[46]

Die Entnazifizierung im Erziehungswesen in der Pfalz war Ende 1946 beendet. „Von 6 993 untersuchten Lehrern waren 23 % entlassen worden,

42 Vgl. LA Sp, Best. H 12, Nr. 23, Schreiben v. 31.7.1945.
43 Mohler (wie Anm. 52), S. 168.
44 Vgl. ebd.
45 Vgl. Ruge-Schatz (wie Anm. 9), S. 72, Schreiben der Militärregierung v. 6.6.1947.
46 Vgl. Mohler (wie Anm. 52), S. 68.

bei weiteren 11 % war der ZSK-Bescheid noch nicht rechtskräftig. 1 289 Lehrer waren ohne Pension, 47 mit Pension und 142 mit reduzierten Bezügen entlassen worden. 1 706 Lehrer waren mit einer Sanktion und 2 907 ohne jede Sanktion für den Schuldienst wieder zugelassen worden."[47]

Eine Aufstellung der Militärregierung für ihre gesamte Zone vom 1. August 1947 differenzierte zwischen den einzelnen Schularten. Danach waren in der französischen Zone von 14 914 Volksschullehrern 7 457 (64,7 %) mit Sanktionen belegt worden, davon wurden 2 219 (25,25 %) entlassen und 5 238 (39, 45 %) mit Sanktionen wieder eingestellt. Von den Gymnasiallehrern, deren Gesamtzahl in der französischen Zone am 1. Juli 1947 3 260 betrug, waren bis zum 1. August 1947 1 279 mit Sanktionen belegt worden; für 847 bedeutete dies eine Einstellung mit Sanktionen, für 432 die Entlassung aus dem Schuldienst.

Die Tatsache, daß in der gesamten französischen Zone fast ein Viertel aller Volksschullehrer und etwa 13 % aller Gymnasiallehrer entlassen worden war, zeigt natürlich, wie stark vor allem die Volksschullehrer in den Sog des Nationalsozialismus geraten war und zieht die Frage nach sich, wieso dieser Berufsstand, vor allem die Volksschullehrer, so anfällig für die Ideologie der Nationalsozialisten gewesen ist. Sie macht aber auch deutlich, vor welchen Problemen die Erziehungsabteilung im Oberregierungspräsidium stand. Angesichts dieses Ausfalls – die kriegsbedingten Ausfälle sind hier nicht mitgerechnet – war eine unterrichtliche Versorgung nur schwer möglich. So stellte eine Untersuchung des Kultusministeriums Anfang 1948 fest, daß in den Volksschulen von Rheinland-Pfalz noch 15 % der Stellen unbesetzt geblieben waren.[48] Anfang der 50er Jahre trat auf diesem Gebiet insofern eine Entlastung ein, als nun diejenigen, „die im Zuge der Entnazifizierung in die Gruppe III (Minderbelastete) eingestuft worden waren, in die Gruppe IV (Mitläufer) umgestuft und endgültig wieder unter Berufung in das frühere Beamtenverhältnis in den Volksschuldienst eingestellt wurden."[49]

## Der Kampf um die Konfessionsschule

Der Streit um die Konfessionsschule, also um die Frage, ob die Volksschulkinder konfessionell getrennt oder simultan unterrichtet werden sollten, setzte nach der Französischen Revolution ein. Bis 1918 gab es in Deutschland die geistliche Schulaufsicht. Die meisten Volksschulen waren

47 Vgl. ebd., S. 169.
48 Vgl. Ruge-Schatz (wie Anm. 5), S. 73.
49 Vgl. Muller (wie Anm. 35), S. 351.

nach Konfessionen getrennt, doch es existierten auch in der Pfalz simultane Volksschulen. Auf die Vorteile eines konfessionell gemischten Unterrichts hatten reformpädagogische Kräfte immer wieder hinwiesen.

Bereits eine Woche nach der Kapitulation, am 15. Mai 1945, wurde auf einer Konferenz der Bischöfe von Köln, Trier, Limburg, Aachen, Speyer und Mainz die Schulfrage erörtert und einstimmig die Konfessionsschule gefordert.[50] In seinem Gespräch vom 20. Juni 1945 mokierte sich Captain Leard von Zweibrücken über das Bemühen der katholischen Kirche, die weltanschaulich-religiöse Durchdringung des gesamten Unterrichts zu erreichen. Täglich gingen, so klagte Captain Leard, bei ihm Anträge von katholischer Seite ein, die Konfessionsschule doch wiedereinzuführen. Präsidialdirektor Henk reagierte darauf reichlich fatalistisch: Er sagte, es sei leichter, sich des Nationalsozialismus zu entledigen, als die katholische Kirche in ihre Grenzen zu verweisen. Leard stimmte dieser Einschätzung zu und machte deutlich, daß er keine Konfessionsschulen wünsche; die staatlichen Schulen hätten eindeutig besseres Niveau.[51]

Das Drängen der katholischen Kirche auf Einführung der Konfessionsschule kam auch in der Besprechung zwischen dem inzwischen zum Präsidialdirektor der Abteilung Erziehung und Kultus ernannten Dr. Kilb und Kommandant Renard in Neustadt zum Ausdruck, die Ende Juli 1945 stattfand. Renard bestätigte, daß kirchlich-katholische Kreise ihn mit diese Frage immer wieder bedrängten. Für ihn dagegen sei die Spaltung der Schulen in katholische und evangelische Schulen „unerträglich", „weil (...) der unerträgliche Kampf um die 6jährigen Kinder einsetzen würde". Günstiger wäre es, die Frage zurückzustellen, „bis zu einer Reichsregelung".[52]

Mitte August 1945 erinnerte der Bischof von Speyer, Dr. Josef Wendel, in einem Gespräch mit Vertretern der Abteilung Erziehung und Kultus des Oberregierungspräsidiums Pfalz-Hessen daran, daß für die katholische Kirche die Einführung der Konfessionsschule und der konfessionell getrennten Lehrerbildung „selbstverständlich und unverzichtbar sei".[53] In der konfessionell ausgerichteten Schulerziehung sah die katholische Kirche die entscheidende Gewähr dafür, Kinder künftig vor Diktatur und Tyrannei zu immunisieren. Bezogen auf die jüngste Vergangenheit bedeutet dies, daß man katholischerseits in dem Verlust der konfessionell-religiösen Orientie-

50 Vgl. Michael Müller, Konfessionell oder simultan? Der Streit um die Volksschule in Rheinland-Pfalz 1945-1953, in: Rheinische Vierteljahresblätter 45 (1981), S. 317-346, hier S. 329.

51 Vgl. LA Sp, Best. H 12, Nr. 229, Schreiben v. 20.6.1945.

52 Vgl. ebd., Schreiben v. 31.7.1945.

53 Vgl. Ruge-Schatz (wie Anm. 5), S. 95.

rung die alles entscheidende Ursache für die Entstehung des Nationalsozialismus sah. Mit dieser Art von Ursachenforschung konnte Wendel bei den staatlichen Stellen kaum überzeugen. Am 18. September wurde Bischof Wendel von der Regierung mitgeteilt, daß man sich entschlossen habe, an der Gemeinschaftsschule festzuhalten. Sofort protestierte der Oberhirte bei den zuständigen französischen und deutschen Stellen und prangerte in einem Hirtenwort am 23. September eine Politik an, die „das Unrecht" beibehalte, „das 1937 gegen das naturgegebene Recht der Eltern, gegen das von Gott verliehene Recht der Kirche begangen worden ist".[54]

Die Argumentation der katholischen Kirche war sehr geschickt angelegt. Mit Hinweis auf den „Schurkenstreich des berüchtigten Gauleiters Bürckel im Jahre 1937", der „durch alle Art von List, Betrug, Bedrohung, Fälschung der Abstimmungsergebnisse in der brutalsten Weise"[55] vorgenommen worden sei, rückte man die Gegner der Konfessionsschule schnell in die Nähe der Nationalsozialisten: Wie damals die Nazis – so die Argumentation der katholischen Kirche – versuchten auch jetzt wieder destruktive Kräfte gegen die Konfessionsschule vorzugehen. So töricht diese Zuordnung war – weder die amerikanischen oder französischen noch die deutschen Befürworter der Simultanschule hatten etwas gemein mit den braunen Zerstörern – im Laufe der nun folgenden Auseinandersetzung wirkte dieses Argument als regelrechte Killerphrase, die jede sachliche Auseinandersetzung unmöglich machte. Der Verweis auf das Jahr 1937 war jedoch nur ein Teil in den Überlegungen der katholischen Kirche. Denn im gleichen Atemzug berief man sich auf das Reichskonkordat und bestand auf seiner Gültigkeit, vor allem deshalb, weil hier in Art. 23 die „Beibehaltung und Neueinrichtung" von Konfessionsschulen gewährleistet war.[56]

Die Bemühungen der katholischen Kirche hatten keinen Erfolg, solange die SPD wichtigste Ämter innehatte. Schließlich gab Oberregierungspräsident Dr. Hans Hoffmann seinem Regierungsdirektor Kilb alle Vollmacht, so zu handeln, „wie er es für recht halte". Kilb – er lag zu dieser Zeit im

---

54 Vgl. Hans-Jürgen WUNSCHEL, Die Pfalz in der Nachkriegszeit, in: Pfälzische Geschichte, Bd. 2, hrsg. v. Karl-Heinz ROTHENBERGER/Karl SCHERER/Franz STAAB/Jürgen KEDDIGKEIT, Kaiserslautern 2001, S. 219-247, hier S. 238.

55 Vgl. LA Sp, Best. Z 1426, Nr. 23, Bericht des Oberregierungspräsidenten Dr. Eichenlaub an die Militärregierung v. 30.8.1945.

56 In Art. 23 des Reichskonkordats heißt es: „Die Beibehaltung und Neuerrichtung katholischer Bekenntnisschulen bleibt gewährleistet. In allen Gemeinden, in denen Eltern oder sonstige Erziehungsberechtigte es beantragen, werden katholische Volksschulen errichtet werden, wenn die Zahl der Schüler unter gebührender Berücksichtigung der örtlichen schulorganisatorischen Verhältnisse eine nach Maßgabe der staatlichen Vorschriften geordneten Schulbetrieb durchzuführen erscheinen lassen."

Krankenhaus – vertrat die Ansicht, daß der Staat „ohne Kampf auf einer gemeinsamen Schule bestehen" müsse. Er sei bereit, jeder Religionsgemeinschaft, sofern sich nicht methodische und praktische Fragen entgegensetzten, die Freiheit zu gestatten, die ihr als Träger eines natürlichen Erziehungsrechtes zustehe. Das bedeutete, daß der Staat dafür Sorge tragen werde, daß „in jeder Gemeinde (...) alle Kinder gleicher Religionszugehörigkeit in eigenen Klassen" vereint werden, „sofern nicht aus pädagogischen Gründen andere Lösungen notwendig erscheinen." Gegen eine konfessionell getrennte Schulverwaltung verwahrte sich Kilb ausdrücklich.[57]

Als am 1. Oktober 1945 Dr. Otto Eichenlaub, CDU, den SPD-Mann Dr. Hans Hoffmann als Oberregierungspräsidenten ablöste, vollzog sich auch in der Frage der Konfessionsschule eine Wende. Dr. Eichenlaub, ein „grundsatztreuer Katholik"[58], hatte seine Arbeit mit einem Gebet im Speyerer Dom begonnen und auf diese Weise signalisiert, für welche Seite sein Herz schlug. Einige Tage zuvor hatte er in einer Erklärung verlauten lassen, daß das „vom Nationalsozialismus in der Schulfrage, besonders durch die sogenannte Abstimmung von 1937 geschaffene Unrecht" wiedergutgemacht werden müsse. „Es wird deshalb grundsätzlich der Rechtszustand von 1933 wiederhergestellt, soweit nicht die Auswirkungen des Zusammenbruchs von 1945 dem entgegenstehen. Die beim Neuaufbau des Schulwesens etwa auftretenden Schwierigkeiten werden in gegenseitigem Einvernehmen zwischen Staat und Kirche gelöst."[59]

Am 1. September 1945 erließ in Baden-Baden Emile Laffon, Generalverwalter („Administrateur Général") und Leiter der für das gesamte Zonengebiet zuständigen Militärregierung, eine Verordnung an den Oberdelegierten („Délégué Supérieur") für die Militärregierung Hessen-Pfalz in Neustadt, General Jean Claude Bouley, der als Anhänger der Konfessionsschule galt und gute Kontakte zum Bischof von Speyer, Joseph Wendel, pflegte. In dieser Verordnung wird ausdrücklich festgehalten, daß keine neuen konfessionell ausgerichteten Schulen an Orten errichtet werden sollten, an denen bis 1933 keine bestanden hatten. Jede Schule, die nach 1933 in derselben Form wie früher weitergeführt wurde, sollte ihren Charakter und ihre Satzungen behalten. Konfessionsschulen, die während der NS-Zeit geschlossen worden waren, sollten nur dann wieder eröffnet werden,

57 Vgl. LA Sp, Best. H 12, Nr. 23, Schreiben v. 27.3.1946, hierin wird an die Unterredung vom 20. September 1945, an der auch Regierungsdirektor Schneller und Oberregierungsrat Prof. Dr. Börschinger teilnahmen, erinnert.

58 Vgl. den Artikel von Hans Fenske in diesem Band.

59 LA Sp, Best. H 12, Nr. 23, Schreiben v. 15.10.1945. Hier wird an die Erklärung des Oberregierungspräsidenten vom 26. September 1945 erinnert.

wenn es die Bevölkerung verlange und eine besondere Genehmigung vorlag. Im übrigen warnte Generalverwalter Laffon vor Maßnahmen, die darauf schließen ließen, eine Konfession vor der anderen zu begünstigen. In der Frage der Anerkennung des Reichskonkordats hielt sich die Militärregierung bedeckt; auf jeden Fall wollte sie sich ihren Entscheidungsspielraum nicht einengen lassen. Erst im März 1946 änderte sich die Position der französischen Militärregierung insofern, als nun die im Reichskonkordat enthaltenen Vorschriften „ausdrücklich als gültig für die gesamte französische Zone anerkannt wurden".[60]

Am 26. September 1945 legte die französische Militärregierung in einem Befehl grundsätzlich fest, daß mit „der Wiedereröffnung der Schulen in Hessen-Pfalz am 1. 10. 45" diese „hinsichtlich ihres religiösen Charakters (Simultanschule oder Bekenntnisschule) den Charakter annehmen, den sie bisher (d. h. vor dem Jahr 1933) hatten." Wo dies nicht möglich sei (z.B. wegen Lehrermangels), könne Abhilfe geschaffen werden, indem man nicht suspendierte Lehrkräfte innerhalb ihres Schulaufsichtsbezirks versetzte oder mit Lehrkräften aus benachbarten Schulaufsichtsbezirken austauschte.[61] Solche Experimente scheiterten freilich an der Praxis. Der enorme Mangel an Lehrkräften verhinderte vielerorts die Rekonfessionalisierung der in Frage kommenden Volksschulen. Die westpfälzischen Gemeinden Steinwenden und Weltersbach hatten zum Beispiel im Herbst 1945 215 Schulkinder, 35 katholische und 180 evangelische. Seit der NS-Zeit gab es eine gemeinsame Schule für alle Kinder, was auch dem Willen der Eltern im Oktober 1945 entsprach. Doch da es in diesen Gemeinden vor 1933 eine katholische und eine evangelische Volksschule gegeben hatte, mußte nun auf Befehl der französischen Militärregierung dieser Zustand wiederhergestellt werden, obwohl sich bei einer Abstimmung noch keine 20 Stimmen für die Auflösung der Gemeinschaftsschule ausgesprochen hatten. In der Praxis bedeutete dies: Eine katholische Lehrerin unterrichtete die 35 katholischen Schüler; die 180 evangelischen Kinder, aufgeteilt in drei Gruppen, wurden von einer evangelischen Lehrerin in einer evangelischen Schule

60 Vgl. LA Sp, Best. H 12, Nr. 23, Schreiben v. 5.9.1945; vgl. auch: Ruge-Schatz (wie Anm. 5), S. 96. Auf keinen Fall war die Linie der Franzosen hier eindeutig, zumal die Regierung in Paris bisweilen anders redete als die Militärregierung. So erklärte Staatssekretär Schneiter vom französischen Außenministerium der französischen Militärregierung und dem Bischof von Speyer noch am 7. September 1946, „das Reichskonkordat könne von der Regierung und dem Kontrollrat nicht anerkannt werden, weil es ein Hitlergesetz" sei, vgl. ebd., S. 98.

61 Vgl. LA Sp, Best. H 12, Nr. 23, Schreiben der französischen Militärregierung v. 26.9.1945.

unterrichtet. Nach zwei Monaten stellte das Schulamt den alten Zustand wieder her.[62] Auch andernorts führte die Rekonfessionalisierung zu organisatorischen Problemen. Am 18. Februar 1946 bemerkte das Kreisschulamt Ludwigshafen in einem Schreiben an die Bürgermeister seines Kreises, daß bisher „von der Einführung der Konfessionsschule abgesehen" wurde, „weil sich bei der geringen Zahl der im Amt belassenen Lehrkräfte fast unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben hätten."[63] Tatsächlich blieben in der Pfalz Bekenntnisschulen, die nach 1933 in Simultanschulen umgeformt worden waren, auch nach dem 1. Oktober 1945 de facto Simultanschulen, auch wenn sie nun den Namen Bekenntnisschule trugen.

Unzufrieden und verärgert über diesen Zwang des Faktischen, organisierte das bischöfliche Ordinariat für den März 1946 eine Abstimmung in seiner Diözese[64], von dessen Ergebnis sie sich mehr Druck auf die Besatzungsmacht versprach. Welche Anstrengungen die katholische Kirche hierbei unternahm, geht aus einem Artikel hervor, der Ende März 1946 in der „Rheinpfalz" erschien. Darin moniert der Autor, daß „katholische Kreise die größten Anstrengungen machen, dieselbe (d.i. die Konfessionsschule) in allen Orten, auch wo dieselbe noch nicht bestanden hat, einzuführen. Von der Kanzel herab werde die Konfessionsschule gefordert und Ordensfrauen gingen von Haus zu Haus und forderten die Frauen auf, ihre Unterschrift für die Bekenntnisschule zu geben."[65] Das Ergebnis der Abstimmung in der Diözese Speyer war ein Erfolg für die katholische Kirche. Eine Mehrheit von 97, 4 % der 45 183 konsultierten Eltern oder Erziehungsberechtigten stimmten für die Bekenntnisschule. In einer Stellungnahme ließ die Militärregierung jedoch klar verlauten, daß für sie diese Kirchen-Aktion keine Bedeutung habe, ja sie weigerte sich, darin eine „Abstimmung" zu sehen, da Zweifel an dem ordnungsgemäßen Ablauf der Erhebung laut wurden. Die Hoffnung der katholischen Kirche, jetzt und aufgrund dieser Willenserklärung einen Vorstoß Richtung Rekonfessionalisierung des Volksschulwesens vornehmen zu können, erfüllten sich nicht. Während des laufenden Schuljahres wurden von der Militärregierung keine Änderungen des Schulstatus zugelassen, doch konnten für das Schuljahr

62 Vgl. MARTIN (wie Anm. 2), S. 1.

63 Vgl. BAUMANN (wie Anm. 1), S. 15.

64 Ein halbes Jahr zuvor hatte schon der Trierer Regierungspräsident Dr. Steinlein zusammen mit Generalvikar Meurers im Regierungsbezirk eine Befragung zu diesem Thema organisiert. Die Mehrheit der Eltern im Regierungsbezirk sprach sich damals für die Konfessionsschule aus, vgl. Edgar CHRISTOFFEL, Die Geschichte der Volksschule im Raum des heutigen Regierungsbezirks Trier, Bd. 2, 1977, S. 178f.

65 Vgl. Die Rheinpfalz, Ausgabe Landau, v. 27.3.1946. Der Autor des Artikels („Klage eines SPD-Mannes") war Paul Selbach.

1946/47 „Anträge auf Eröffnung oder Wiedereröffnung" von Konfessionsschulen „den Gouverneuren und Obersten Beauftragten zum 1. April zur Entscheidung" vorgelegt werden.[66] Natürlich war dieser Termin nicht einzuhalten.[67] Die Bitte um Fristverlängerung auf den 15. April 1946 lehnte Oberst Magniez, der Leiter der Abteilung Innere Verwaltung, ab („vollkommen unmöglich").[75] Anträge auf Neueröffnung von Konfessionsschulen wurden von der Militärregierung nicht bearbeitet.

Der Auftrieb freilich, den diese Aktion der Bewegung für die Konfessionsschule gab, ist nicht zu leugnen. Anfang August 1946 wandte sich der Bischof von Speyer mit einem Forderungskatalog an General Brozen-Favereau, seit Juni 1946 Nachfolger von General Bouley als Oberdelegierter von Hessen-Pfalz, in dem noch einmal die Position der katholischen Kirche in der Frage der Konfessionsschule umrissen war. Wir finden hier den Verweis auf die Gültigkeit von Artikel 23 des Reichskonkordats ebenso wie auf die Bestimmungen (Artikel 6)[68] des bayerischen Konkordats von 1924. Deutlich wird, daß es Bischof Wendel nicht nur um die Wiedergutmachung vergangenen Unrechts ging. Schließlich waren in der Pfalz bis zum 1. April 1946 117 der 1933 existierenden 125 katholischen Konfessionsschulen wiedereröffnet worden. Mit Verweis auf die überwältigende Willenserklärung der Eltern in der Diözese Speyer für die Bekenntnisschule forderte Bischof Wendel die Einrichtung von Konfessionsschulen auch dort, wo vor 1933 keine existierten bzw. nur Simultanschulen bestanden hatten. „In allen Fällen, wo eine entsprechende Schülerzahl vorhanden ist", müsse, wenn Eltern dies forderten, eine Konfessionsschule errichtet werden, auch „wenn dies die Existenz (ungeteilte Schule) neben einer Simultanschule zur Folge hätte." Damit wurde der durch die Bestimmung der französischen Militärregierung vom 25. September 1945 gesetzte Rahmen eindeutig gesprengt. Im übrigen strebte Bischof Wendel – wie schon in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier geschehen – die Errichtung einer konfessionellen Lehreranstalt an.[69]

66 Vgl. LA Sp. Best. H 12, Nr. 23, Schreiben der Militärregierung an das Oberregierungspräsidium v.15.3.1946. Hierin heißt es, daß die im Artikel 23 des Konkordats und in der Gesetzgebung der Länder vorgesehenen Formvorschriften „obligatorisch für die Eröffnung und für die Wiedereröffnung der Konfessionsschulen" seien.

67 Ebd., Hausmitteilung v. 27.3.1946. Als Gründe wurden angegeben: der große Aufwand, der Mangel an Schreibpersonal und Schreibmaschinen und die schlechten Verbindungen.

68 Vgl. ebd., Schreiben v. 2.4.1946.

69 In diesem Artikel heißt es: „In allen Gemeinden müssen auf Antrag der Eltern und sonstigen Erziehungsberechtigten Konfessionsschulen errichtet werden, wenn eine entsprechende Schülerzahl einen geordneten Schulbetrieb - selbst in der Form einer ungeteilten Schule - ermöglicht", vgl. ebd.

In Rheinland-Pfalz[70] organisierte nun die Militärregierung – gleichsam als Antwort auf die Abstimmung in der Diözese – eine eigene Befragung, die von der Schulverwaltung organisiert wurde. Die Abstimmung fand zu Schuljahresbeginn 1946/47 statt. Ihr Gesamtergebnis läßt sich nicht mehr ermitteln. Die Konsequenzen, die die Militärregierung daraus zog, schlug sich in der Dienstnote vom 25. September 1946 nieder, die anordnete, „daß alle Schulen, in denen mehr als 10 % der Kinder einem anderen Bekenntnis angehörten, einen paritätischen Charakter erhalten sollten. Dies bedeutete die Umwandlung vieler Konfessionsschulen zu Simultanschulen bzw. die Errichtung von Gemeinschaftsschulen zusätzlich zu schon bestehenden Bekenntnisschulen."[71] Diese Maßnahme löste heftige Proteste bei den Anhängern der Bekenntnisschule aus. In einer Eingabe vom 24. Januar 1947 an die Militärregierung protestierte der rheinland-pfälzische Kultusminister Ernst Albert Lotz gegen die Umwandlung und Auflösung einer „Anzahl konfessioneller Volksschulen". Auch von den Kirchengemeinden kamen heftige Klagen, zum Beispiel aus Baumholder an der Nahe, wo Anfang März 1947 die „evangelischen Eltern (...) Einspruch gegen die völlig unerwartete und überraschende Aufhebung" der evangelischen Bekenntnisschule erhoben.[72]

Am 24. Januar 1947 bat Lotz deshalb die Militärregierung um Rücknahme dieser Dienstnote und um die Wiederherstellung des Zustandes vor 1933, was einem Rückzug auf die Haltung der Militärregierung vom September 1945 gleichkam – ohne Erfolg. Erfolgreicher war Lotz in seiner Taktik, die Dienstnote vom 25. September 1946 einfach zu umgehen, indem er – mit Hinweis auf die Ausarbeitung einer Verfassung für Rheinland-Pfalz – anordnete, daß so lange keine Volksschulen mehr umgewandelt werden durften, bis die neue Verfassung in Kraft getreten sei. Eine Volksabstimmung sollte Klarheit schaffen.

Zu diesem Zeitpunkt waren die Arbeiten für die Verfassung schon weit fortgeschritten. Am 3. September 1946 war ein Verfassungsausschuß gebildet worden, dem acht Abgeordnete der CDP (= CDU), fünf der SPD, einer der KPD und des SV angehörten. Am 11. Oktober 1946 präsentierte der spätere rheinlandpfälzische Justiz- und Kultusminister Adolf Süsterhenn dem Ausschuß einen Vorentwurf, den er in enger Zusammenarbeit mit dem

---

70 Vgl. ebd., Schreiben v. 5.8.1946.

71 Am 30.8.1946 war durch Verordnung der französischen Militärregierung das Land Rheinland-Pfalz gegründet worden; die Oberpräsidien als höchste Verwaltungsbehörden waren weggefallen. An ihre Stelle trat die „Provinzialregierung Pfalz".

72 Vgl. MÜLLER, Konfessionell (wie Anm. 50), S. 320f.

Kölner Domkapitular Wilhelm Böhler ausgearbeitet hatte. Wie stark und gut organisiert hierbei der Einfluß der katholischen Kirche war, zeigt der Umstand, daß vor dem Hintergrund der anstehenden Verfassungsarbeiten in den Ländern spezielle Beratungsgremien an den Ordinariaten ganze Entwürfe fertiggestellt hatten, die sie über katholische Politiker in die Verfassungsgremien einfließen ließen. Der Erfolg dieser Methode, allein für das Beispiel der rheinland-pfälzischen Verfassung gesehen, war beeindruckend: Abgesehen von ganz geringen Modifikationen ist Süsterhenns Verfassungsentwurf bis in die Formulierungen hinein deckungsgleich mit dem Entwurf der Bischöfe. Das Gewicht und der Einfluß der evangelischen Kirche bei der Konzipierung der Schul- und Kirchenartikel war weit geringer.

Die Diskussion um die Schulartikel gedieh in einer Atmosphäre, die geprägt war von heftigen gegenseitigen Vorwürfen. Wie rigoros dabei im einzelnen vorgegangen wurde, zeigen zum Beispiel die Attacken des Oberregierungspräsidenten Eichenlaub, der Ende August 1946 verlautbaren ließ, daß der Ruf nach der Simultanschule „hauptsächlich von den Kreisen kommt, welche den preußisch-berlinerischen Zentralismus und Unitarismus bejahen. Das sind alle marxistischen und ultranationalistischen Kreise; in diesen hatte sich auch der Gedanke des preußischen Militarismus und des arischen Herrenmenschentums vorzüglich verkörpert. Und gerade dies war neben der Feindschaft gegen alles Katholische und Christliche der tiefste und wahrste Grund, warum der Nationalsozialismus unter Bruch des Reichskonkordats die katholische Bekenntnisschule brutal zerschlagen und die Einheitsschule der Bevölkerung aufgezwungen hat."[73]

Auch in dem Verfassungsausschuß der Beratenden Landesversammlung traten die gegensätzlichen Positionen der Parteien in der Schulfrage scharf hervor. Und in der Presse fanden die Kontrahenten ein zusätzliches Forum, auf dem sich die Antagonisten immer öfter darin gefielen, den Andersdenkenden zu dämonisieren – eine Versuchung, der besonders die Vertreter der katholischen Kirche immer häufiger erlagen. Ihre Hirtenbriefe und Kanzelworte waren nicht dazu angetan, die hitzige Situation zu beruhigen. Die Diskussion verschärfte sich, je näher der Abstimmungstermin, es sollte der 18. Mai 1947 sein, heranrückte.

Da sich die Befürworter und Gegner der Konfessionsschule nicht aufeinanderzubewegten, suchte die Militärregierung Einfluß auf die Beratungen zu nehmen. Ihre Einflußnahme, die natürlich nicht frei von Eigeninteressen war, fiel moderat aus und beschränkte sich auf den Vermittlungsvor-

73 Vgl. ebd., S. 357.

schlag, die strittigen Schulartikel durch eine einzige Bestimmung zu ersetzen, die auf plebiszitärem Weg als Schulgesetz hätte Geltung erlangen können, ohne das Gewicht eines Verfassungsartikels zu bekommen.[74] Während alle anderen Parteien diesem Vorschlag zustimmten, lehnte die CDU diesen Vorschlag mit dem Hinweis auf die Situation während der Weimarer Republik ab, wo man auch 14 Jahre vergeblich auf ein Reichsgesetz gewartet hatte, das die Ausführungen der Landesgesetzgebung gemäß Artikel 146 der Weimarer Verfassung regeln sollte. Die CDU wollte die Grundsätze des Schulwesens unbedingt in der Verfassung verankert sehen[75] und schlug im Gegenzug nun dem Verfassungsausschuß vor, die Schulartikel (Artikel 27-40) des Entwurfes über „Schule, Bildung und Kulturpflege" getrennt von dem übrigen Verfassungstext zur Abstimmung vorzulegen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Die Schlußabstimmung am 25. April 1947 brachte einen klaren Sieg der traditionellen Kräfte. Gegen die Stimmen der SPD und KPD wurde der Verfassungsentwurf in der Beratenden Versammlung von CDU und SV/LP, den liberalen Gruppierungen, angenommen. Im Artikel 29 der Verfassung hieß es, daß die öffentlichen Volksschulen „Bekenntnis- oder christliche Simultanschulen" sind, daß „Bekenntnis- und Simultanschulen, die vor 1933 bestanden", aufrecht zu erhalten oder wiederherzustellen sind – „jedoch sind auf Antrag der Erziehungsberechtigten bestehende Schularten umzuwandeln oder Bekenntnis- und Simultanschulen neu einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb, der auch durch eine einklassige Schule gewährleistet ist, nicht beeinträchtigt wird."[76]

Am 18. Mai 1947 mußten die rheinland-pfälzischen Wähler über die Verfassung und die Schulbestimmungen entscheiden sowie den neuen Landtag wählen. Mit 53 % gegen 47 % wurde die Verfassung angenommen. Für die Schulbestimmungen votierten 52,4 %. 47,6 % der Wähler stimmten dagegen. Während in den Regierungsbezirken Koblenz, Trier und Montabaur die Anhänger der Konfessionsschule deutlich dominierten (vor allem im Regierungsbezirk Trier), sprachen sich die Wähler in Rheinhessen und der Pfalz deutlich gegen die Konfessionsschule aus.

---

74 Vgl. LA Sp, Best. H 12, Nr. 23, Schreiben Eichenlaubs v. 30.8.1946.

75 Vgl. MÜLLER, Konfessionell (wie Anm. 50), S. 328. Der Vorschlag der Militärregierung wurde dem Verfassungsausschuß am 15.4.1947 präsentiert.

76 Ebd.

Volksabstimmung über Verfassung und Schule am 18. Mai 1947

| | Verfassung | | Schulartikel | |
|---|---|---|---|---|
| | Rheinland-Pfalz | Pfalz | Rheinland-Pfalz | Pfalz |
| pro | 53 % | 40,3 % | 52,4 % | 36,8 % |
| contra | 47 % | 59,7 % | 47,6 % | 63,2 % |

Nach diesem „Sieg der Tradition"[77] mußte die Regierung nun daran gehen, zunächst jenen Volksschulen wieder ihren konfessionellen Charakter zu geben, die per Dienstnote der Militärregierung am 25. September 1946 in Simultanschulen verwandelt worden waren. Dagegen sträubte sich die Militärregierung, und es kam zu einer Machtprobe mit dem neuen Kultusminister Süsterhenn, einem überzeugten Anhänger der Konfessionsschule, die schließlich damit endete, daß sich die Militärregierung dem Argument beugen mußte, daß die Verfassung von ihr selbst genehmigt worden und nun geltendes Recht sei, das nicht deshalb nicht zur Ausführung kommen dürfe, weil ein bestimmter Artikel nicht ihr Wohlgefallen finde.

Die wirklichen Schwierigkeiten lagen jedoch auf einer ganz anderen Ebene. Tatsächlich konnten viele simultan geführten Volksschulen gar nicht in Konfessionsschulen umgewandelt werden. Dagegen standen der Lehrer- und Raummangel. Und das war ja nichts Neues. Bereits früher waren deswegen vielerorts katholische und protestantische Bekenntnisschulen de facto simultan weitergeführt worden, auch im Einvernehmen mit den kirchlichen Oberbehörden. Und dort, wo die Gesamtschülerzahl unter 30 (der Schülermindestzahl) gesunken war, hatte man die Konfessionsschule – falls die Infrastruktur dies zuließ – mit anderen „kleinen" Dorfschulen „zusammengelegt" und als Verbandsschule weitergeführt.[78] Die Rahmenbedingungen hatten sich also nicht geändert. Ungeachtet dessen forderten die Kämpfer für die Konfessionsschule nun „ihr Recht", und sie forderten es von einer Regierung, die sich zum überzeugten Anwalt ihrer Interessen gemacht hatte. Die Ortspfarrer organisierten in ihren Gemeinden regelrechte Kampagnen für die Einrichtung von Konfessionsschulen, legten Unterschriftslisten aus, die dann an die zuständigen Verwaltungsorgane weitergereicht wurden, doch den gewünschten Erfolg hatten sie damit nicht. Tatsächlich stand die Altmeier-Regierung vor einem beträchtlichen Problem. Was soll-

77 Rheinland-Pfalz und seine Verfassung, S. 35f.
78 Vgl. Ruge-Schatz (wie Anm. 5), S. 91.

te zum Beispiel mit einer einklassigen dörflichen Volksschule von 50 Schülerinnen und Schülern – das war die offizielle Klassenmeßzahl[79] – geschehen, die per Elternantrag nun in eine evangelische und eine katholische Schule zu verwandeln war? Zunächst mußte der neuen Klasse ein entsprechender Raum zur Verfügung gestellt werden - und das bereitete Ende der 40er Jahre den Gemeinden erhebliche Schwierigkeiten. Dann mußte für die unterrichtliche Ausstattung (Tafel, Bänke, Karten usw.) gesorgt werden. Und die war allerorten ganz mangelhaft. Die größte Schwierigkeit bereitete jedoch die schlichte Tatsache, daß einfach nicht genügend Lehrer vorhanden waren. Ein weiteres Problem, das freilich schon vorher virulent war, verschärfte sich mit der Bildung von Konfessionsschulen: wir meinen die Zunahme von Zwergschulen, jener Unterrichtsanstalten also, in denen mehrere Schuljahre zusammengefaßt und in einem Raum unterrichtet wurden. Das Kultusministerium versuchte dieser Entwicklung gegenzusteuern, indem es die Schülermindestzahl möglichst hoch setzte.[80] Andernfalls mußte die Zwergschule des Ortes A mit jener des Ortes B zusammengelegt werden – immer vorausgesetzt, daß die Transportverhältnisse dies zuließen. Doch es kamen noch andere Faktoren hinzu, die es angeraten erschienen ließen, den status quo vorerst zu bewahren: Mit der Bildung von Konfessionsschulen wurde die alte Schul- bzw. Klassengemeinschaft zerstört und zwischen den Kindern mit doch recht eigenartigen organisatorischen Regelungen (dem durch einen Zaun getrennten Pausenhof, getrennte Toiletten usw.) Barrieren aufgebaut, deren Sinn sich wohl nur ganz überzeugten Anhängern der Konfessionsschule erschloß. Wir dürfen davon ausgehen, daß angesichts dieser Fakten mancher Anhänger der Konfessionsschule im Kultusministerium seine Entscheidung wohl im Stillen überdacht haben mochte. Auf jeden Fall verständigte sich die Allparteienkoalition unter Ministerpräsident Peter Altmeier darin, den Artikel 29 der Verfassung „nicht so (zu) aktivieren, daß wir wilde Umstellungen und schnelle, übereilte Umorganisationen (...) durchführen wollten".[81]

Erst Ende 1948, inzwischen waren Liberale und Kommunisten aus der Regierung ausgeschieden, ging die CDU in die Offensive – wohl auch deshalb, weil die katholische Kirche mehrfach mit einer Klage vor dem

79 Vgl. LA Sp, Best. H 12, Nr. 23, Schreiben v. 30.8.1946.

80 Der Ist-Zustand war laut der Volksschulstatistik für 1947 vom 4. 12. 1948 freilich ein anderer: Danach saßen im Durchschnitt 61 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse, vgl. MÜLLER, Konfessionell (wie Anm. 50), S. 349.

81 Dabei verhielt sich die Behörde aber recht schwankend: Betrug die Schülermindestzahl im Januar 1949 noch 20, stieg sie im Februar 1950 auf 40 an, um sich im August 1950 wieder auf 30 zu reduzieren, ebd., S. 338.

Verfassungsgerichtshof des Landes gedroht hatte, wenn die entsprechenden Verfassungsartikel nicht endlich zur Ausführung kämen. Im Schuljahr 1948/49 begannen die zuständigen Behörden vorsichtig damit, die Schulartikel der Verfassung umzusetzen. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich in Paris ein Regierungswechsel vollzogen, der Chef dieser neuen Regierung aus Radikalsozialisten, MRP und Sozialisten, Außenminister Robert Schuman, sympathisierte mit der Konfessionsschule und hatte nach dem Krieg mehrere Anträge im Parlament unterstützt, die – erfolglos – eine staatliche Förderung für Konfessionsschulen forderten. In Gesprächen Schumans mit Vertretern der katholischen Kirche und CDU-Politikern wurde der Widerstand der Militärregierung gegen das Inkrafttreten der rheinland-pfälzischen Verfassung beseitigt und die Position jener Kräfte gestärkt, die nun endlich eine Verwirklichung der Schulartikel forderten. In zwei Anläufen versuchte Kultusminister Süsterhenn dem Drängen dieser Kräfte zu entsprechen und Ernst zu machen mit den umstrittenen Schulartikeln. Durch eine Verwaltungsverordnung vom 10. November 1949 sollten die Volksschulen der Pfalz gemäß Verfassungsartikel 29 umgewandelt werden.

Betrachten wir an einem Beispiel, welche Auswirkungen die Rekonfessionalisierungspolitik der Altmeier-Regierung im einzelnen haben konnte.

Am 10. November 1949 bestimmte der Kreisschulrat von Landau bei einem Besuch, daß ab sofort der Unterricht an der Volksschule Landau-Queichheim konfessionell zu trennen sei. Das Recht stand auf seiner Seite: seit 1883 existierten in Queichheim eine katholische und eine protestantische Schule, die 1938, im Zuge der nationalsozialistischen Schulpolitik, zu einer, simultan geführten Schule, vereint worden waren. Gegen diese Bestimmung protestierte die Schulleitung der Volksschule und machte geltend, daß die Mehrzahl der Erziehungsberechtigten in einer Eingabe an die Regierung in Koblenz die Beibehaltung der Christlichen Gemeinschaftsschule gefordert hätten. Es sei deshalb mit Unruhen zu rechnen. Von diesen Bedenken ließ sich der Kreisschulrat nicht irritieren: Einen Tag später ordnete er für die Queichheimer Volksschule die konfessionelle Schulform an, bestimmte aber, daß die Durchführung dieser Maßnahme kraft einer ihm von der Provinzialregierung in Neustadt erteilten Sondervollmacht bis zu einer endgültigen Entscheidung der Regierung auszusetzen sei. Im Widerspruch zu dieser Regelung wurde die Schulleitung am Vormittag des 11. November vom Kreisschulamt telefonisch die Anweisung der Provinzialregierung in Neustadt übermittelt, die konfessionelle Trennung des Unterrichts unverzüglich durchzuführen. Daraufhin schickte die Schulleitung die Schüler nach Hause, berief eine Lehrerkonferenz ein, auf der den überraschten Pädagogen die Weisung aus Neustadt mitgeteilt wurde. In einer

mehrstündigen Besprechung wurden die Klassen neu eingeteilt, die Lehrerzuteilung geregelt und der Unterrichtsstoff abgesteckt. Noch während dieser Besprechung erschien der CDU-Stadtverordnete und erklärte als Vertrauensmann der Erziehungsberechtigten, daß in der Elternschaft – die Schüler hatten die Nachricht wohl brandheiß zu Hause erzählt – beträchtliche Unruhe entstanden sei. Die Elternschaft sei entschlossen, ihre Kinder so lange nicht mehr zu Schule zu schicken, bis der alte Zustand wiederhergestellt sei. Die Lehrerschaft bat daraufhin den Vertrauensmann eindringlich, auf die Elternschaft einzuwirken, damit es nicht zum Schulstreik komme.

Tags darauf kamen zwar die Schüler zu Schule, weigerten sich aber, in die neuen Klassen zu gehen und nahmen ihre alten Plätze wieder ein. Während der Widerstand bei den jüngeren Schülern schnell gebrochen werden konnte, hatten es die Lehrer mit den älteren doch schwerer. Selbst der Appell an die neuen demokratischen Regeln fruchtete nichts, und als man die „Verweigerer" schließlich als Vorboten einer neuen Willkürherrschaft anprangerte, reagierten diese empört mit einer spontanen Aktion: In der Nacht auf den 12. November wurde die Friedhofsmauer mit – aus der Schule entwendeten neuen(!), aber leeren Tintengläsern – beworfen. Die Aktionisten konnten gefaßt werden und wurden für den Schaden kostenpflichtig gemacht. Die Queichheimer Volksschule konnte dann als katholische und protestantische Schule weitergeführt werden.[82]

Auch auf der höheren politischen Ebene begegnete den Rekonfessionalisierungsplänen Widerstand. Der erste Anlauf Süsterhenns vom 10. November 1949 scheiterte zunächst am heftigen Widerstand der SPD im Landtag. Doch ein Jahr später machte die Landesverordnung vom 4. September 1950 den Weg für Eltern frei, Anträge (bis zum 1. November) zu stellen, die den Charakter einer Volksschule nach ihrem Gusto veränderten. Zu diesem Zeitpunkt (laut Angaben der Schulleiter vom 15. Mai 1950) wurden in der Pfalz 36,4 % der 808 Volksschulen simultan und 63,6 % konfessionell (35,4 % evangelisch, 28,2 % katholisch) geführt.[83] Erstaunlicherweise machten in der Pfalz nur wenige Eltern von diesem Recht Gebrauch, und wenn, sprachen sie sich mehrheitlich für die Simultanschule aus. Trotzdem schien Süsterhenn mit diesem zweiten Anlauf mehr Erfolg zu haben, denn das Kultusministerium zählte nicht abgegebene Stimmen an Orten, in denen vor 1933 eine Konfessionsschule bestanden hatte, als Ja-Stimmen für die Konfessionsschule. Als die Regierung den Eltern zu Beginn des Schul-

82 Vgl. ebd., S. 336

83 Vgl. Schulchronik der Volksschule von Queichheim.

jahres 1951 diesen Beschluß mitteilte und nun daran ging, auf dieser Basis in der Pfalz Volksschulen zu rekonfessionalisieren, erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Die Eltern drängten auf neue Abstimmungen, deren Ergebnisse das Kultusministerium schließlich zwangen, von ihren Umwandlungsplänen vorerst Abstand zu nehmen.

Nach der Landtagswahl vom April 1951 nahm Albert Fink, der Nachfolger Süsterhenns im Amt des Kultusministers, einen neuen Vorstoß Richtung Konfessionsschule. In einer Landesverfügung vom 26. Mai 1952 wurde das Antragsverfahren zur Schulumwandlung neu geregelt; um allen Antragsparteien Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, wurde die einklassige Volksschule – nach einer Statistik von 1948 waren 44,4 % aller Volksschulen in Rheinland-Pfalz einklassig – in Kauf genommen. Der Streit verschärfte sich, als 1952 auch in Rheinhessen – hier gab es bisher nur Simultanschulen – auf Initiative des Mainzer Bischofs Stohr[84] die Einführung der Konfessionsschule gefordert wurde. Alsbald reichten die Eltern für 32 von 193 Schulen Anträge auf Umwandlung ein, „und zwar in 18 Fällen durch Ausgliederung katholischer Schulen aus Simultanschulen und in 14 Fällen durch Umwandlung von Simultanschulen in katholische Bekenntnisschulen."[85] Die Beschwerde der SPD beim Verfassungsgerichtshof[86], eingereicht am 17. Mai 1953, hatte zwei Ziele, erstens: die Rekonfessionalisierung von rheinhessischen Volksschulen zu verhindern und zweitens: die umstrittenen Schulartikel der rheinland-pfälzischen Verfassung einer grundsätzlichen Revision zu unterziehen. In beidem scheiterte die SPD. Ihre Klage wurde am 28. September 1953 vom Landesverfassungsgericht verworfen; damit war die Landesverfügung rechtens. Folgerichtig bestimmte dann das Volksschulgesetz vom 4. Februar 1955, daß die rheinland-pfälzischen Volksschulen entweder Bekenntnis- oder Simultanschulen sind. Das neue Volksschulgesetz beendete zunächst den Schulstreit in Rheinland-Pfalz. Ausdrücklich gewährte das neue Gesetz bereits bestehenden Schulen einen besonderen Schutz; religiöse Minderheiten waren mit einer Tolereanz-Klausel geschützt.

---

84 Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Statistik von Rheinland-Pfalz. Bd. 8.: Die allgemeinbildenden Schulen, Schuljahr, Koblenz 1950/51, S. 20.

85 Im Auftrag von Bischof Albert Stohr sammelten die katholischen Pfarrer Unterschriften. Die GEW bezweifelte eine „unbeeinflußte Willenskundgebung der Eltern", vgl. Müller, Konfessionell (wie Anm. 50), S. 361.

86 Vgl. Erwin Schaaf, Schulpolitik, Schule und Hochschule, in: Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, hrsg. v. Heinz-Günther Borck unter Mitarbeit von Dieter Kerber, Koblenz 1997, S. 322.

Die politischen, vor allem aber die pädagogischen Folgen der Entscheidung, Erziehungsberechtigten das Recht zuzusichern, „bestehende Schularten umzuwandeln oder Bekenntnis- und Simultanschulen neu einzurichten" – so stand es im Artikel 29 der Verfassung – waren beträchtlich. Zwischen 1947 und 1954 war in der Pfalz die Zahl der katholischen Volksschulen von 221 auf 271 und die der evangelischen Volksschulen von 315 auf 369 angestiegen. Die simultan geführten Volksschulen stiegen im gleichen Zeitraum von 203 auf 221. Nach 1954 wuchsen die Bekenntnisschulen weiter, während die Simultanschulen zurückgingen. Die wohl schlechteste pädagogische Folge dieser Entwicklung war die Zunahme einklassiger Volksschulen. Im Jahre 1954 waren in Rheinland-Pfalz 42 % aller Volksschulen einklassig.[87] Nur 6-7 % der pfälzischen Volksschulen verfügten über alle acht Jahrgangsklassen.[88]

**Volksschulen in der Pfalz:**

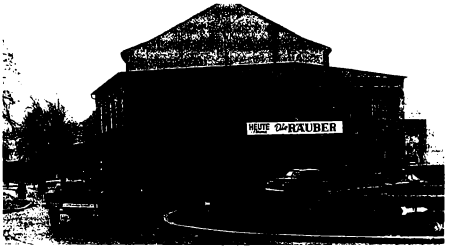
| | 1947 | 1949 | 1951 | 1953 | 1955 |
|---|---|---|---|---|---|
| Kath. Konfessionsschulen | 221 | 263 | 262 | 261 | 267 |
| Ev. Konfessionsschulen | 315 | 180 | 363 | 361 | 365 |
| Christliche Simultanschulen | 203 | 321 | 221 | 214 | 222 |
| Total | 739 | 764 | 846 | 836 | 854 |

*Quelle: Statistisches Jahrbuch für Rheinland-Pfalz, hrsg. v. Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz. Bad Ems 1947ff.*

87 Präsident des Verfassungsgerichtshofs war der frühere Kultusminister Adolf Süsterhenn.

88 Vgl. SCHAAF (wie Anm. 86), S. 322.

89 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und Verfassung für Rheinland-Pfalz, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Mainz 1979, S. 134.




*Das ehemalige protestantische Vereinshaus wird das neue Pfalztheater in Kaiserslautern*

*Eröffnung Gloria-Kino 1954*

# Hunger nach Geistigem. Kultur nach 1945[1]

**Wolfgang Diehl**

Bedenkt man den Stellenwert der Kultur in einer entwickelten Wohlstandsgesellschaft, in der sich wesentliche Teile dieser Mischung aus Bildung und Unterhaltung, Erbauung und geistiger Selbstbetätigung in Richtung einer Unterhaltungsindustrie unter nahezu ausschließlich kommerziellen Gesichtspunkten bewegen, mutet uns die Kultur der Nachkriegszeit durchaus exotisch an. Bedenkt man die extrem schlechte materielle Lage der Bevölkerung der französischen Besatzungszone, so ist die Begeisterung dieser Jahre für Kultur erstaunlich.. Die Menschen empfanden Kultur als „not-wendig". Sie ist in der Rückschau in ihren oft bescheidenen Improvisationen und Neuanfängen ebenso wie unter dem Vorzeichen der Kontinuität, angesichts der Rollen, die ehemalige nationalsozialistische Kulturschaffende spielten, ein faszinierendes Thema. Man erkennt schnell, daß angesichts des öffentlichen Elends notleidende Menschen in Trümmerstädten, Wegsuchende und Verführte, einschließlich schuldiger Zeitgenossen im „Geistigen" (einem damals sehr hoch geschätzten Wort) die Kompensation der bedrückenden Vergangenheit und wenig vielversprechenden Gegenwart suchten - aber auch die Kraft, um hoffnungsvoller in die Zukunft zu schauen als ohne kulturelle Impulse.

## Moderate Kulturpolitik der Sieger

Angesichts der Kulturpolitik des NS-Regimes, die mit Zustimmung zu vieler „Volksgenossen" faschistisch ideologisiert und einzig nach parteipolitischen Mustern durchgezogen wurde, ist die moderate Kulturpolitik der Sieger, gerade auch der Franzosen, in deren Besatzungszone die Pfalz fiel, auffallend. Es war offensichtlich nach der Überwindung erster Berührungs-

1 Der Versuch, ein Thema in der mit dem Titel avisierten Breite zu umreißen, ist riskant, weil das auf die Pfalz bezogene Thema allgemeine kulturpolitische Strukturen und auf die Praxis bezogene Detailuntersuchungen einschließen muß. Während die französische Besatzungs- und Kulturpolitik inzwischen unter institutionellen Vorzeichen wissenschaftlich dargestellt ist, können Arbeiten mit speziell pfälzischer Fragestellung für den Bereich der Kultur in der französischen Zone nicht herangezogen werden. Auch dort, wo wie in dem Sammelband von HEYEN/KEIM kulturelle Fragen behandelt sind, ist eine Berücksichtigung der Pfalz eher marginal. Auf Grund der Quellenlage habe ich Fakten aus anderen Zonengebieten mit gleichen Bedingungen zur Illustration pfälzischer Verhältnisse einbezogen.

probleme ein Teil ihrer Politik, Kultur als Sympathiewerbung aus dem Geiste einer traditionell kulturellen Überlegenheit Frankreichs und eines Weltgewichts der Francophonie zu verstehen. Dabei gab es anfänglich durchaus den Hintergedanken einer eindeutigeren Ausrichtung der Pfalz nach Frankreich.

De Gaulle, der französische Sieger, drückt dies in seinen Memoiren aus, wenn er über seinen Besuch in der Pfalz schreibt: „ Als ich in die Pfalz gelangte, wo die Zerstörungen außerordentlich waren, wurde mir in Neustadt ein ergreifender Empfang zuteil. Um den Oberregierungspräsidenten Dr. Eichenlaub, seinen Vertreter Dr. Koch und Bischof Wendel drängten sich Landräte, Bürgermeister, katholische und protestantische Geistliche, Professoren, Anwälte, Vertreter der Wirtschaft und Gewerkschaften. Alle spendeten ihrem Regierungschef lebhaft Beifall, als er erklärte, das Gebiet wolle wieder werden, was es einst war, nämlich der pfälzische Staat, damit es sein Schicksal selbst in die Hand nehmen und sich mit Frankreich verbinden könne." [2]

Obwohl alle Versuche Frankreichs scheiterten, an die separatistischen Bewegungen der Jahre nach 1918 anzuschließen, ist die Politik Frankreichs in seinen Besatzungszonen vom Erfolg her gesehen, kaum umstritten. Das gilt insbesondere auch für die Kulturpolitik. In der Wissenschaft treffen trotzdem gegensätzliche Thesen aufeinander. Die Frage ist, ob sich die Kulturpolitik der französischen Besatzungsmacht von der Besatzungspolitik anderer Mächte unterscheidet. Theodor Eschenburg hat in seiner Untersuchung der Nachkriegszeit die französische Kulturpolitik so gekennzeichnet: „Auf kulturellem Gebiet übertrafen die Franzosen wohl alle anderen Alliierten. Kulturelle Aktivitäten ... sollten für Frankreich werben und zugleich die Härte der Besatzungspolitik überspielen." [3]

Wenn auch die Härte der französischen Besatzungspolitik im allgemein Politischen, auf dem ökonomischen und auf dem Organisationssektor (Demontage, strenge Abschließung der Zonengebiete etc.) unbestritten ist, kann unabhängig von eventuellen Hintergedanken Pariser Ministerien Rainer Hudemanns Position vertreten werden. Er schreibt: „ Eigenständige französische Konzeptionen sind noch eindeutiger in der Kulturpolitik zu fassen. Im Gegensatz zu den Ausplünderungsvorstellungen von Teilen des Besatzungsapparates, besonders in der Wirtschaftsverwaltung, waren hier

2 Charles DE GAULLE, Memoiren 1942-1946. Die Einheit - Der Ruf, Düsseldorf, 1961, S. 495

3 Theodor ESCHENBURG, Jahre der Besatzung 1945-1949, Stuttgart/Wiesbaden 1983, S.97.

unter der Führung des Germanisten Schmittlein zahlreiche Beamte am Werk, die sich systematisch um eine deutsch-französische Annäherung bemühten."[4]

Wenn auch bei De Gaulles Bericht über seine Reise eine stille Hoffnung mitschwingt, die Pfalz als traditionell verlockendes Gebilde des linksrheinischen Raumes mehr oder weniger eng an Frankreich binden zu können, bietet doch gerade auch er in seinen Ansprachen und Überlegungen zu Deutschland Beweise zu Genüge, daß er vom Gedanken einer „organisierten Gemeinschaft des Westens"[5] bewegt war. In einer öffentlichen Rede sprach er darüber in Straßburg: daß „der Rhein wieder die Rolle übernehmen (kann), die ihm von Natur und Geschichte vorgezeichnet ist. Er kann wieder ein abendländisches Bindelied werden."[6]

Ernstzunehmen ist zudem der Satz der Rééducations-Direktive über eine längerfristige Perspektive der Umerziehung. Es heißt da, sie habe das Ziel „de préparer la rentrée de l'Allemagne dans le concert des peuples, en orientant la pédagogi nouvelle vers l'adhésion spontanée des Allemands à une morale internationale." [7]

Unter dieser Voraussetzung erklärt sich der hohe Stellenwert der Kulturpolitik Frankreichs im Gegensatz zum gleichen Bereich der britischen und amerikanischen Zone. Daß damit zugleich Grundsteine für ein Aussöhnungs- und Freundschaftsgebäude der Zukunft gelegt wurden, war wohl für viele Träger dieser Politik von Anfang an implizit.

Die auffallende Gewichtung der französischen Kulturpolitik in den einzelnen Gebieten ist in der naheliegenden Notwendigkeit begründet, durch Reedukationspolitik die Gefahr einer Bedrohung Frankreichs durch Deutschland im sicherheitspolitischen und ökonomischen Feld für ewig zu verhindern.

Die Demokratisierung und „déprussanisation" (Ent-Preußung) waren Ausdruck eines aufklärerisch-idealistischen Konzepts, daß durch Erziehung ein neuer Typ des Deutschen entstehen könnte, der auf dem Ideal des klassi-

---

4 Rainer HUDEMANN, Zur Politik der französischen Besatzungsmacht, in: Franz-Josef HEYEN (Hrsg.), Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945-1951, Boppard 1984, S. 49.

5 DE GAULLE (wie Anm. 2), S. 496.

6 Ebd.

7 Zit. nach Rainer HUDEMANN, Kulturpolitik im Spannungsfeld der Deutschlandpolitik. Frühe Direktiven für die französische Besatzung in Deutschland, in: Franz KNIPPING/Jacques LE RIDER (Hrsg.), Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945-1950, Tübingen 1987, S. 23.

schen Humanismus basieren sollte. „Entpreußung" meint dabei sicher auch die Verhinderung eines martialischen deutschen Revanchismus, der gewissermaßen traumatisch, auch auf dem Hintergrund des eigenen Revanchismus nach 1870/71, Frankreichs Denken bewegte. [8]

Es sollte nicht zu sehr verwundern, daß die Besatzungspolitik einer Macht, die zuvor von Deutschland überfallen und als Kolonialland behandelt worden war, auch eine Politik der Härte ist. Gesellt sich noch ein nicht immer korrektes Wiedergutmachungsbedürfnis der durch die Niederlage stark verletzten französischen Seele hinzu und ergibt sich die Notwendigkeit, sich gegen die überlegenen US-Amerikaner als eigenständig und gegen die Deutschen (die die Franzosen als Sieger nicht recht ernst nehmen wollten) als Sieger aufzuführen, ist auch die französische Arroganz, eine streckenweise überhebliche Kolonialisierungsmentalität in den Jahren der Härte bis 1947 erklärbar. Alfred Grosser, französischer Publizist und Wissenschaftler, selbst an der Wiederaufbauarbeit im Nachkriegsdeutschland beteiligt[9], hat dies mit erstaunlicher Selbstkritik als Franzose ebenso klargestellt wie die falschen Animositäten der Deutschen.[10]

Die auf derartige Haltungen bezogenen Fakten (wenn man z.B. in Ludwigshafen vom Bürgersteig treten mußte, sofern einem dort ein Offizier der Besatzungsmacht begegnete, daß man die am Gästehaus der französischen Militärregierung in Trier gehißte Trikolore durch Hutabnehmen grüßen mußte oder, wie eine Tübinger Direktive vom 19. Juli 1945 es ausdrückte, daß alle Männer französische Fahnen und die Wagen der französischen Generale mit Dienststander zu grüßen hätten, oder die persönliche Erfahrung der Beschlagnahme von Wohnungen und Gütern) sind Tatsachen. Sie haften mehr als anderes in der Erinnerung und verdecken oft die tatsächlichen Leistungen der französischen Kulturpolitik.

## Nur die Jugend gab Hoffnung

Härte und Ungeschicklichkeit im Umgang mit einem auch geistig zerschlagenen Volk korrespondieren allerdings mit jener außerordentlichen

8 Siehe Pierre NORA (Hrsg.), Pierre Chaunu, Georges Duby, Jacques Le Goff, Michelle Perrot, Leben mit der Geschichte, Vier Selbstbeschreibungen, Frankfurt am Main 1989, S. 19f.

9 Siehe Alfred GROSSER, Emmanuel Mounier und das Comite Français d'Echanges avec l'Allemagne Nouvelle, in: Ulrich DOERTENBACH u.a. (Hrsg.), Deutschland - Frankreich, Ludwigsburger Beiträge zum Problem der deutsch-französischen Beziehungen, Stuttgart 1954, S. 270 ff.

10 Siehe Alfred GROSSER, Geschichte Deutschlands seit 1945, Eine Bilanz, München 1974, S. 81 ff.

Großzügigkeit und Aufgeschlossenheit, mit der ein Neuaufbau im Geiste eines europäischen Humanismus in Angriff genommen wurde. Fast ein wenig naiv war dabei der Glaube, daß es gelänge, mit liberalen und humanistischen Traditionen speziell der deutschen Kultur ein neues Bewußtsein für die Zukunft zu verwurzeln. Diese Hoffnung galt in erster Linie der Jugend, bei der man, trotz ihrer Infizierung durch den Nationalsozialismus damit rechnete, daß sie mit ihrem Elan, ihrer Neugier und ihrem natürlichen Vorwärtsdenken am ehesten eine neue Zukunft für Europa versprach. Man erwartete von den Jugendlichen und den desillusionierten Kriegsteilnehmern , daß sie befähigt seien, nach einer rechtschaffenen Gewissensprüfung der Demokratie zu folgen. Raymond Schmittlein glaubte auch, daß die schwierigste Gruppe, die der Realschüler und Gymnasiasten zwischen 15 und 19 Jahren, dies begreifen würde.[11] Schmittlein sagte: „Wenn man sich jedoch ehrlich an diese Jugendlichen wendet und ihnen die Gründe ihres Unglücks verständlich macht, aber auch auf bestehende Hoffnungen hinweist, in dem man ihnen ganz einfach erklärt, daß ihr Schicksal in ihren Händen liegt und daß sie aufgefordert sind, nachzudenken, Meinungen abzuwägen, völlig frei zu urteilen und ihre Freiheit so zu verteidigen, daß die Freiheit der anderen gewährleistet ist, dann werden sie sich uns aufschließen und für unsre Ideale begeistern."[12]

Die Kulturpolitik insgesamt läßt sich vielleicht am ehesten unter diesem Jugendaspekt verstehen. Man kann damit auch Widersprüche und Zweifel an den Konzepten der Besatzungspolitik ausblenden oder gar ausräumen.

Ein Beispiel für diese konzeptionelle Offenheit bietet der Bericht von Jan Reifenberg über die Gründung der Zeitschrift „Gegenwart". Im Juli 1945 erschien ein französischer Offizier in Neustadt /Schwarzwald bei seinem Vater, Benno Reifenberg. „Oberst Loutre von der Presseabteilung des französischen Oberkommandos (früher Deutschlandkorrespondent von „Le Matin"), suchte ihn mit dem Vorschlag auf, mit den in der französischen Zone lebenden Kollegen von der „Frankfurter Zeitung" eine Zeitschrift herauszugeben. Sie sollte einen politischen, feuilletonistischen und wirtschaftlichen Teil haben. Natürlich behalte sich Baden-Baden ein Einsichtsrecht vor. Doch komme es jetzt darauf an, eine neue, freie Form der deutschen Presse ins Leben zu rufen. Seine Freunde und er selbst hielten nichts von schematischer und pauschaler Zensur. Sie glaubten nicht daran, daß man einen überzeugten Nationalsozialisten bekehren könne. Dem Un-

11 Raymond SCHMITTLEIN, Die Umerziehung des deutschen Volkes, in: Jérome VAILLANT (Hrsg.), Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949. Berichte und Dokumente, Konstanz 1984, S.164 f.

12 Ebd., S.167.

geist mit Fragebogen (die es indessen auch in der französischen Zone gab) begegnen zu können, sei eine naive Vorstellung. Jetzt komme alles darauf an, die Zweifler und die ihrer Illusion beraubten, um ihre schönsten Jahre gebrachte deutsche Jugend anzusprechen. Mit diesen müsse man gemeinsam eine neue europäische Zukunft bauen... Uns alle erfüllte trotz der materiellen Not, des Hungers und der fürchterlichen Enthüllungen über die Schandtaten des Regimes eine große Aufbruchstimmung."[13]

Jean Charles Moreau, zuständig für Jugend und Sport in der Abteilung für Öffentliche Bildung (Direction de l'education publique – DEP – unter der Leitung von Raymond Schmittlein) des französischen Oberkommandos in Deutschland ( Haut Commendement General En Allemagne unter General Pierre Koenig), stellt dazu fest: „Die Abteilung für öffentliche Bildung bei der französischen Militärregierung war doch eine der wichtigsten Wirkungsstätten für diejenigen, denen es darum ging, konstruktive Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Das ist unbestreitbar ihrem Begründer, Raymond Schmittlein und seinem umsichtigen Walten zu verdanken, der fast fünf Jahre lang Leiter dieser Abteilung war."[14] „.... und es blieb ihm vergönnt, in dieser kleinen Besatzungszone dauerhafte und bedeutsame Spuren zu hinterlassen...: die neugegründete Mainzer Universität, die Verwaltungshochschule in Speyer, das Dolmetscherinstitut in Germersheim und einige Lehrerakademien."[15]

Diese Form der Jugendarbeit, die wohl auf Studenten und junge Erwachsene zielte, hat, bedingt durch die Form von Treffen, Tagungen, Lagern und Diskussionsrunden, in ihrer Wirkung gewiß wenig materielle Hinterlassenschaften erzeugt.. Sie fruchtete vielmehr in den Köpfen und Herzen der jungen Menschen, die erstmals ihren Horizont über die engen Grenzen des Nationalen hinaus ausweiten konnten. Wichtig war bei dieser Kulturarbeit zudem die Kombination aus Kontrolle und Innovation.

In der ersten Phase der Besatzung wurden ein „Jugendbüro" und ein „Sportbüro" unter Henri Moinard eingerichtet. „Ungefähr zwei Jahre später wurde das „Jugendbüro" durch das Hinzukommen von Joseph Rovan zum „Büro für Jugend und Volksbildung" erweitert. Und 1948, als die Umgestaltung der Abteilung für öffentliche Bildung zur Generaldirektion für kulturelle

13 Jan Reifenberg, Die Stille danach. Eine Erinnerung an Freiburg 1945 und die Gründung der Zeitschrift "Die Gegenwart", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 77 v. 30.3.1996.

14 Jean-Charles Moreau, Jugendarbeit und Volksbildung in der französischen Besatzungszone, in: Vaillant (wie Anm. 11), S. 25.

15 Ebd.

Angelegenheiten vollzogen wurde, löste man die „Unterabteilung für Jugend und Sport" auf, und das „Büro für Jugend und Volksbildung" wurde zum „Amt für Internationale Begegnungen".[16] Teilweise auch gegen den Widerstand der Pariser Ministerien entfalteten sich im Zusammenhang mit dem Amt für Jugend und Sport Privatinitiativen, die die eigentliche freie Triebfeder dieser kulturellen Begegnungen waren und das positive geistige Klima zwischen den Völkern erneuerten.

Nach Moreau gebührt der „absolute Vorrang" dem Jesuitenpater „Jean du Riveau, dem Gründer der „Gesellschaft für übernationale (später internationale) Zusammenarbeit" – französisch: BILD, Bureau international de liaison et de documentation – und der Zeitschrift Documents und Dokumente, der darüber hinaus Wegbereiter der ersten gewichtigen deutsch-französischen Begegnungen, in Royaumont, in Lahr etc., war."[17] „Kaum aus dem Konzentrationslager Dachau zurückgekehrt, engagierte sich Joseph Rovan für die Bewegung „Peuple et Culture"... Rovan leitete „unter unsicheren und schwierigen Bedingungen" in Baden-Baden den Volksbildungssektor höchst verdienstvoll.[18] Hinzu kam Alfred Grosser, wie Rovan von deutscher und französischer Kultur geprägt und engagiert für den deutsch-französischen Dialog. Grosser fand in dem von Emmanuel Mounier gegründeten „Comité d'échange avec l'Allemagne nouvelle" (Komitee für den Austausch mit dem neuen Deutschland) „einen dauerhaften und politisch bedeutsamen Aktionsrahmen".[19] An dem Engagement waren kirchliche (katholische und reformierte) Stellen und laizistische Organisationen beteiligt. 1946 „hat in der Pfalz, in unmittelbarer Nähe der Kathedrale von Speyer, Jacques Gosselin, ein junger, vom katholischen Glauben bewegter Offizier, mit wenigen Mitteln ein weiteres Zentrum für Begegnungen eingerichtet. Es wurde sehr bald zu einem bedeutenden Treffpunkt: Hier wurde 1947 unter anderem ein internationales Journalistentreffen veranstaltet und vor allen Dingen die erste deutsch-französische Historikerbegegnung ... , deren Thema die kritische Untersuchung des Geschichtsunterrichts in den jeweiligen Ländern war." [20] Unter der Leitung des belgischen Professors Henri Grégoire trafen sich erstmals nach dem Krieg Engländer, Deutsche, Franzosen, Schweizer und Belgier. Nach einer Reihe derartiger Treffen in anderen Städten, veröffentlichten die Teilnehmer einer Mainzer

16 Ebd., S. 27.
17 Ebd., S. 28.
18 Ebd.
19 Ebd., S. 29.
20 Ebd., S. 30.

Tagung 1951 die neuen Empfehlungen der „deutsch-französischen Vereinbarung über strittige Fragen europäischer Geschichte". [21]

Die Bedeutung der Begegnungen von Jugendlichen unterstreicht auch Roy Willis in seinem Buch über die Franzosen in Deutschland (1945 - 1949) am Ende des Kapitels über „Re-education", wenn er feststellt, daß sich die „Kulturschiene" der Begegnungen zunächst wesentlich auf die Jugendarbeit und den Jugendaustausch stützte. Die wichtigsten Gruppen waren dabei die kirchlichen, die katholischen Jugendorganisationen mit 120 000 Mitgliedern, und die Evangelische Jugend mit 35 000. Auch politische Gruppen initiierten Jugendorganisationen wie die Sozialistische Jugend mit 20 000 Mitgliedern, die Gewerkschaftsjugend mit 13 000 und schließlich gaben die „Naturfreunde" und die Jugendherbergs-Bewegung eine starke Anregung für „open-air-activities". [22]

In Zusammenarbeit mit französischen Jugendoffizieren wurde seit 1946 auf die Reorganisation deutscher Jugendverbände hingearbeitet, die vor der Nazizeit existierten: „Bund der katholischen Jugend", „Evangelische Jugend", „Rote Falken", „Naturfreunde", „Jugendherbergen". Andere wie die „Katholische Arbeiterjugend" (KAJ) wurden neugegründet. Im Bereich der Erwachsenenbildung wurde ein Kollegium von Volkshochschullektoren geschaffen, die als Französischlehrer eingesetzt wurden und fähig sein mußten, „Filmklubs zu leiten oder den Hörern einer Volkshochschule Tatsachen über die französischen Gewerkschaften und den französische Wirtschaftsplan genauso nahezubringen wie das Werk von Sartre und die Malerei von Picasso". [23]

Ein Hauptziel war es auch, deutsche und französische Studenten in Deutschland und im Ausland zusammenzubringen. Die 1946 begonnenen Treffen hatten großen Zuspruch. 1947 nahmen mehr als 1500 Studenten an Sommerkursen in Freiburg, Tübingen, Mainz und Germersheim teil. Auch wenn die Pfalz kein eigenes französisches Kulturinstitut besaß, war doch die Kulturarbeit am Dolmetscherinstitut in Germersheim bemerkenswert. In der Augustnummer von „Treffen/Rencontre" war 1949 zu lesen: „Die Staatliche Dolmetscherhochschule in Germersheim führt vom 15. August bis 15. September zwei internationale Arbeitsgemeinschaften durch. Die erste geht über „Die europäische Literatur des 20. Jahrhunderts" mit Dichterlesungen von Zuckmayer, Jünger, Plivier, Malraux, Salacrou,

21 Edouard Bruley, Deutsch-französische Vereinbarungen über strittige Fragen der Geschichte (in beiden Sprachen), in: Doertenbach (wie Anm. 9), S. 51 ff.

22 F. Roy Willis, The French in Germany 1945-1949, Stanford, California 1962. S. 177.

23 Moreau (wie Anm. 11), S. 35.

Anouilh, Saint Exupéry, Joyce, Woolfe, Eliot. Die zweite gilt der „Europäischen Kultur der Gegenwart, Erziehung, Presse, Filmwesen." [24] Im gleichen Heft wird auf eine Studientagung im Centre d'Action Culturelle in Speyer hingewiesen, bei der jeweils 20 Deutsche und Franzosen und 10 sonstige Ausländer das Thema „Europa auf der Suche nach Einheit" 20 Tage lang unter den verschiedensten Aspekten diskutieren sollten. Im Anschluß daran wurden 36 internationale Jugendtreffen in Deutschland, England, Österreich, Norwegen, Frankreich und Belgien angekündigt. [25]

Zur Jugendarbeit gesellten sich weitere Aktivitäten, um über die Kulturarbeit auch die Erwachsenen zu einem besseren Verständnis füreinander zu bringen und deutsche Vorurteile über Frankreich, die jahrzehntelang gepflegt wurden, abzubauen. Französischkurse wurden abgehalten, französische Künstler und Ensembles gastierten in der Besatzungszone. Ausstellungen, Gastspiele von französischen Ensembles und Konzerte lockten tatsächlich immer mehr Deutsche zum Kennenlernen westlicher Kultur, nach der auch ein großer Teil der Intellektuellen nach der Isolation im 3. Reich geradezu süchtig war.[26] Ihre positiven Wirkungen zeigten diese Begegnungen schließlich im offiziellen Leben der Aussöhnung ehemaliger Kriegsgegner auch durch die in den 50er Jahren beginnenden Städtepartnerschaften, wie sie vorbildlich zwischen Macon im Burgund und Neustadt an der Weinstraße (1957) entstanden. Eine andere Erfolgsbilanz konnte die Besatzungsmacht durch die Gründung deutsch-französischer Gesellschaften, Vereine oder Clubs verbuchen, die in nahezu allen größeren Kommunen entstanden und zum Teil, vor allem in den Garnisonsstädten wie Landau, auch heute noch existieren.

## Massenandrang zur Kultur

Dr. Rudolf Joeckle berichtete über den Beginn des kulturellen Lebens in Speyer: am 3. Oktober 1945 fand in der Dreifaltigkeitskirche eine geistliche Abendmusik statt; am 6. Oktober berichtete die Tageszeitung über ein Konzert des neuen Speyerer Symphonie-Orchesters unter der Leitung von Günter Weigmann; eine Woche später wurde das Gymnasium eröffnet, im März 1946 fand das erste Konzert des neugegründeten Mozartchors unter Musikdirektor Hermann Neumann statt., im April die Aufführung der Matthäuspassion. Im Hof des Historischen Museums der Pfalz wurden Serenadenkonzerte durchgeführt. Die erste Großveranstaltung nach dem Krieg

24 Das Treffen/Rencontres Nr.4/5 v. August 1949, S. 98.
25 Ebd., S.102 ff.
26 siehe Willis (wie Anm. 22), S.178.

war ein Konzert der Regensburger Domspatzen, zu dem 6000 Besucher in den Kaiserdom kamen. Im Frühjahr 1946 begann auch das Theaterleben wieder, vor allem gastierte das Pfälzische Landestheater Kaiserslautern, das Staatstheater Karlsruhe, sowie das Heidelberger und Mannheimer Volkstheater.[27]

Die „Begegnung mit den kulturellen Gütern des Auslands" wird neben dem Nachholbedarf nach der Nazizeit mit seiner Vergewaltigung des Kulturlebens in einem Bericht des Kulturbundes Alzey (Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz) ausdrücklich als Ursache für die Gründung dieses Kulturbundes genannt.[28] Er erlaubt einen Einblick in das Kulturleben einer ländlichen Stadt eher kleineren Zuschnitts. Um so erstaunlicher ist diese Bilanz. In Alzey wie in vielen anderen Städten und Gemeinden war ein außerordentliches Bedürfnis nach Kultur vorhanden und wurde „bewältigt". Der im Januar 1946 gegründete Kulturbund konnte im Herbst 1947 bereits auf 40 Veranstaltungen zurückblicken. Theaterabende, Lichtbildervorträge, Konzerte und Lesungen standen auf dem Programm. Den „Faust" sah man noch auf einer Notbühne eines Lichtspieltheaters. Zuckmayers „Des Teufels General" wurde zweimal vor ausverkauftem Hause geboten und wurde als Problemstück diskutiert. Ehemals verbotene Stücke wie Lessings „Nathan der Weise" kamen zur Aufführung. Das Programm stützte sich weitgehend auf das starke Ensemble des Wormser Theaters. Das Publikum stürzte sich geradezu auf die Kasse des „Saalbaus" (Theater- und Mehrzweckraum), um Operettenkarten zu ergattern, wenn Heidelberger, Mannheimer oder Koblenzer Bühnen gastierten. Sogar Opernabende eines mutigen Münchener Ensembles wurden gegeben. Generalmusikdirektor Zwißler dirigierte zahlreiche Konzerte, während sein Kapellmeister, Fritz Wunderlich, sogar half, ein eigenes Streichorchester des Kulturbunds aufzubauen, das am 30. Januar 1948 mit einem Schubert-Konzert sein Debüt gab. Sie alle, betont der Bericht, und manche Sänger berühmten Namens, die auf den kleinsten Dorfbühnen erschienen (etwas später z.B. der Tänzer Harald Kreuzberg und die Sängerin Jutta Ludwig) kamen damals gern ins Alzeyer Land, weil ihnen ein paar Flaschen Wein wertvoller erschienen als eine noch so hoch dotierte Gage.

Ähnliche Erlebnisse des lokalen Kulturlebens, mit teils kuriosen Begebenheiten, die der äußeren Not und der Improvisation entsprangen, lassen sich gewiß für alle Städte und größeren Gemeinden aus der damaligen Zeit

27 Siehe Rudolf Joeckle, Die Kunst läßt sich nicht totschlagen, in: Die Rheinpfalz Nr. 227 v. 29.9.1996.

28 Die Aussagen über Alzey beziehen sich auf ältere Exzerpte des Autors aus der Alzeyer Presse (Texte vom Mai 1955 und Juni 1958), Privatarchiv Diehl.

belegen. Durch das Landauer Land reiste Riesemanns Landfilm-Unternehmen und zeigte auf einer improvisierten Leinwand in den Tanzsälen der Dörfer die alten Heimat- und Unterhaltungsfilme der UFA u.a. mit Greta Garbo und Louis Trenker oder französische Produktionen. Zu den Film- und Theateraufführungen mußten die Besucher oft ein Brikett oder ein paar Stücke Holz zum Heizen als Teil der Eintrittskosten mitbringen. Auch das „Pfalztheater" in Kaiserslautern residierte zu dieser Zeit in einem ehemaligen Kino und besaß nur einen ungeheizten Zuschauerraum. [29]

## Kampf um geistige Freiheit

Über die schwierigen Aufgaben, mit der sich die Literatur in der Nachkriegszeit konfrontiert sah, äußerte sich Alfred Andersch in der richtungsweisenden Schrift „Deutsche Literatur in der Entscheidung. Ein Beitrag zur Analyse der literarischen Situation" (Karlsruhe 1948). Er fixierte die selbstverschuldete Kolonialität der geistigen Welt. Nach seinen Überlegungen werde jeder Kampf um geistige Freiheit „nicht einfach nur dadurch geführt, daß man die kolonialen Erscheinungsformen angreift, also etwa die Wegnahme der staatlichen Souveränität, die Eingriffe in Fragen der inneren Ordnung, die Ausbeutung der deutschen Wirtschaft für fremde Zwecke und die Sanktionierung all dieser Maßnahmen durch die aufgedrungene Anerkennung einer Kollektivschuld, ihre Verhüllung durch ein schein-humanitäres und geistig völlig flaches System der „Rückerziehung" - dieser Kampf muß sich ebenso sehr gegen die latente Bedrohung der Freiheit aus dem Denken heraus richten, das für diese Zustände verantwortlich ist, also mithin gegen den deutschen Nationalismus und das Ressentiment, das er heute produziert, gegen jegliches Aufkommen von Revanchegedanken, gegen den deutschen Superioritätskomplex."[30] Zunächst waren in der Pfalz die Ressentiments der besiegten literarischen Parteigenossen noch durch die Kulturpolitik der Besatzungsmacht unterdrückt. Es herrschte, mehr oder weniger streng gehandhabt, Zensur. Über die „Belastung" der Literatur durch die Besatzungsmacht schreibt Otto Flake, der in Baden-Baden ansässig war, in seiner Autobiographie : „Die Franzosen hatten den Verleger und den Autor dreifach in der Hand: durch die Zensur, durch die Papierbewilligung, durch die Vordringlichkeit ihrer Arbeiten in den Druckereien."[31] Die Franzosen versuchten ja weniger die „belasteten"

29 Paul KAPS, Die Presse ist an allem schuld. Begegnungen eines pfälzischen Zeitungsmannes, Neustadt/Weinstraße 1974, S. 59.

30 Alfred ANDERSCH, Deutsche Literatur in der Entscheidung. Ein Beitrag zur Analyse der literarischen Situation, Karlsruhe 1948, S. 27.

31 Otto FLAKE, Es wird Abend. Bericht aus einem langen Leben, Gütersloh 1960, S. 555.

Schriftsteller und Dichter umzuerziehen oder auf ihre Seite zu bringen, als die Jugend für ein europäisches Verständnis der Zukunft zu begeistern. So lange gab es Schreib- und Berufsverbote, die aber auch umgangen werden konnten.[32] Bis zum Frühjahr 1949 waren alle Verlage von der Militärverwaltung zu genehmigen. Die Bücher wurden der Zensur vorgelegt. Die ehemaligen Nazis hatten zunächst keinen Einfluß, versuchten aber beständig an ihre früheren Wirkungskreise anzuknüpfen. Kurt Kölsch z.B. veröffentlichte unter dem Pseudonym Peter Luginsland Mundartgedichte.

## Blühendes Zeitschriftenland

Von großer Bedeutung sind für die französischen Kulturpolitik die neuen Zeitschriften, mit denen die Annäherung der Jugend, der Austausch der Gedanken und Ideen im Rahmen der Re-education forciert werden sollte. Interessanterweise gaben auch die Komitees, die sich der deutsch-französischen Verständigung verschrieben hatten, Zeitschriften heraus. So initiierte schon 1945 das Internationale Büro für Beziehungen und Dokumentation die zwei Zeitschriften „Dokumente" und „Documents", die jeweils Deutschland über Frankreich und Frankreich über Deutschland informieren sollten. Das Komitee für den Austausch mit dem neuen Deutschland, das vom Herausgeber der Zeitschrift „Esprit" forciert wurde, unterstrich seine Brückenschlagfunktion durch die Zeitschrift „Allemagne" (seit April 1949). Eine deutsch-französische Jugendzeitschrift war „Das Treffen - Rencontre", die in Deutsch und Französisch gleichzeitig erschien: „Sie will ein Gespräch über die Grenzen hinweg führen ... das Wissen voneinander vermehren und dadurch die gegenseitigen Vorurteile mindern."(Nr.4/5 August 1949, Innenseite des Umschlags).Weitere französische Kulturzeitschriften waren „Allemagne d'Aujourd'hui" (Textes et Informations sur la vie culturelle en Allemagne, erschien in Mainz vom Mai 1951 bis Juli 1952), „Allemagne d'Aujourd'hui - Réalités Allemandes" (Paris 1952 als Nachfolgerin der beiden gleichnamigen Zeitschriften), „Documents" (Revue mensuelle de questions allemandes. Offenburg 1945), „Rencontres" (Fascicule A:Rencontres en Allemagne, erschien 1950,1952 und 1953 in Mainz). In deutscher Sprache erschienen: „Antares" (Französische Hefte für Kunst, Literatur und Wissenschaft. Baden-Baden, seit 1952), „Aussprache" (Internationale Kulturpolitische Zeitschrift, erschien von 1948 bis 1952), „Das

32 Kurt Kölsch, ehemaliger NS-Gaukulturwart, schreibt in der Rubrik "Von mir – über mich" in Pfalz und Pfälzer 3 (1952), H. 6, S. 2f.: "Ich habe versucht – unter dem Druck und der Notlage der letzten Jahre – ...einige Erzählungen und Skizzen in den Heimatzeitungen zu veröffentlichen; ob sie jemand erkannt hat und als zu mir zugehörig empfunden hat, weiß ich nicht."

Buch" (Zeitschrift für Literatur, Kultur und Wissenschaft aus Frankreich. Baden-Baden von 1949 -1952), „Das Französische Buch" (eine kritische Auswahl von Neuerscheinungen des französischen Büchermarktes, erschien in Mainz), „Dokumente" (Zeitschrift im Dienste übernationaler Zusammenarbeit. Offenburg/Baden seit 1945), „Frankreich" (Berichte aus dem französischen Kulturleben, München 1946-1949), "Lancelot. Der Bote aus Frankreich" (Monatsschrift, erschien von 1946 - 1951, bis Heft 7/1947 in Baden-Baden, ab Heft 8/1947 in Koblenz, ab Heft 10/1947 in Neuwied. „Herausgeber" war Jacqueline Rappin), „Die Quelle" (Zeitschrift für Theater, Musik, Film. Konstanz 1947-1948, 1949 Erscheinen eingestellt), „Romania" (Aufsätze, Reden und Übertragungen. Mainz 1948. 1949 Erscheinen eingestellt), „Verger" (Revue du spectacles et des lettres de la Zone Francaise d'Occupation. 1947-1948, Erscheinen eingestellt).[33] Ebenfalls in Mainz erschienen „Genius. Rheinische Bilder und Studien" im Verlag Florian Kupferberg und „Die Umschau. Internationale Revue" (Internationaler Verlag Universum), in der vor allem hochrangige französische Texte in deutscher Übersetzung erschienen.. Der „Genius" brachte im wesentlichen historische Landschaftsbeschreibungen neben Äußerungen der Kultur- und Geistesgeschichte der Rheinlandschaft von Basel bis zum Niederrhein. Enthalten waren auch Märchen und Gedichte, Reiseschilderungen und Darstellungen der Menschen des Rheinlandes. Seit September 1946 erschien Alfred Döblins Zeitschrift „Das Goldene Tor. Monatsschrift für Literatur und Kunst". Döblin, eine der bedeutendsten Gestalten der deutschen Literatur unseres Jahrhunderts, schrieb in seiner autobiographischen „Schicksalsreise. Flucht und Exil 1940 - 1948" „Was ich selber mit meiner Zeitschrift wollte, lag auf der Hand: Die verdrängte Literatur heranlassen, die junge, die kam und sofern sie kam, vorstellen und dazu beitragen, soweit eine Zeitschrift das kann, einen gesunden und normalen Zustand im Lande auf dem Gebiet der Literatur wieder herzustellen. Es galt, den soldatischen Geist zurückzudrängen , indem man etwas Besseres an seine Stelle setzte... , die auch in Deutschland beheimatete europäische, christliche und humanistische Gesinnung..."[34]

---

33 Siehe hierzu die Auflistung in DOERTENBACH (wie Anm. 9) S.374 ff. Die von Sabine TEUBNER-SCHOEBEL in ihrem Aufsatz "Bücher und kulturelle Zeitschriften. Von Dichtern und Literaten, Zensoren und Sponsoren", in: HEYEN/KEIM (wie Anm. 1), S. 251 ff. vorgestellte Übersicht ist lückenhaft und unzureichend.

34 Alfred DÖBLIN, Schicksalsreise. Bericht und Bekenntnis. Flucht und Exil 1940-1948. München 1986, S. 273f.

## Mangelndes Engagement beklagt

Was die Lage der regionalen Literatur in der Nachkriegszeit betrifft, waren die Anfänge nach 1945 eher bescheiden. Bücher spielten, abgesehen von ihrer volkserziehlichen Aufgabe, keine Rolle im Konzept der Umerziehung. Monique Mombert schreibt für die gesamte französische Zone, immerhin mit Verlagsstätten wie Freiburg/Brsg. und Tübingen: "Nach einer anfänglichen Zufriedenheit aller Beteiligten über die Wiederankurbelung der Bücherproduktion, und einer an Euphorie grenzenden Zuversicht, äußerte sich doch bald eine allgemeine Enttäuschung über die Mittelmäßigkeit der Veröffentlichungen. Die Verleger und die anderen deutschen Buchfachleute hatten eine Erklärung dafür: zu den Nachwirkungen der 12 letzten Jahre kamen die von den Franzosen ausgeübten Kontrollen, die das literarische Schaffen lähmten. Die Franzosen ihrerseits kritisierten das mangelnde Engagement des deutschen Schrifttums, sie vermißten die bahnbrechenden epochemachenden Dichter."[35]

Man kann dieses Urteil auch auf die Pfalz übertragen, in der kein traditionelles überregionales Buchleben existiert hatte[36] und in der während der Zeit des 3. Reichs unter extremer Zensur alles verboten war, was a) nicht aus der parteilichen Sicht der NSDAP geschrieben war oder b) nicht aus einem unverfänglichen Geist der traditionalistischen Heimatbewegung und einer Volk- und Scholle-Bewegung unterschiedlicher ideologischer Prägung gespeist war. Die Zahl der Autoren reduzierte sich auf das gute Dutzend, das in der Zeitschrift „Die Westmark" und in den NS-Anthologien oder z.B. im Westmark-Buch[37] kontinuierlich publizieren durfte. Verantwortlich für diese brutal ausgrenzende Literaturpolitik war der ehemalige Volksschullehrer und allmächtige NS-Gaukulturwart Kurt Kölsch, selbst Lyriker, der für die notwendige ideologische Einbindung in den nationalsozialistischen Parteirahmen sorgte. Der Freundeskreis der NS-Kulturverwaltung blieb auch nach dem Kriege trotz anfänglichen Schreib- und Berufsverbots erhalten. Der Organisator dieser jetzt einerseits heimatbewegten und andererseits mit dem Auslands-Pfälzer hausierenden Literatur war Oskar Bischoff (Neustadt). Er arbeitete zunächst als „Kalendermann" und

35 Monique MOMBERT, Buch- und Verlagspolitik in der französisch besetzten Zone 1945 -49. In: KNIPPING/LE RIDER (wie Anm. 7), S. 239.

36 Siehe hierzu: Wolfgang DIEHL, Nachklang und Schweigen. 3. Reich, der Umbruch von 1945 und die Nachkriegszeit in der pfälzischen Literatur und Literaturrezeption, in: Pfälzer Heimat 46 (1995), H. 3, S. 83-87.

37 Das Westmark-Buch. Ehrengabe des Winterhilfswerks Gau Rheinpfalz 1934/35, hrsg. v. d. NS-Volkswohlfahrt Gau Pfalz/Saar, Abteilung Propaganda, Bearbeiter Helmut GAUWEILER, 2.Aufl., o.O. 1935.

war Herausgeber des Nachfolgeorgans des Heimatkalenders „Jäger aus Kurpfalz". Es erschien 1947 im Neustadter Verlag Kranz als der „Bote von der Haardt", wurde in den folgenden Jahren „Pfälzer Bote" genannt, bis 1950 wieder der „Jäger" erscheinen konnte. Seit April 1950 gab Bischoff die Zeitschrift „Pfalz und Pfälzer. Monatshefte für Kultur, Heimatpflege und Unterhaltung" heraus. Ihr Tenor war im Geiste der traditionellen „Heimatbewegung" und einer entpolitisierten „Blut- und Boden-Poesie" rückwärtsgewandt und streckenweise angereichert mit dem vorwurfsvoll resignativen Ton enttäuschter Nationalsozialisten. Wie falsch diese Töne klingen, zeigt Kurt Kölschs „Abendländische Elegie" (geschrieben 1945), die 1952 den 3.Jahrgang eröffnete. In Heft 6 des gleichen Jahrgangs zeichnet Kölsch in der Rubrik „Von mir - über mich" ein beschämendes Bild, indem er beleidigt tut, weil Blätter und Jugendzeitschriften „noch nicht wagen, Arbeiten unter dem Namen eines Schriftstellers zu veröffentlichen, der in irgendeiner Form einmal als „belastet" gegolten hat. Wieviel Engstirnigkeit und Ängstlichkeit verbirgt sich auch heute noch unter einer solchen Haltung, die unter literarischen Menschen eigentlich unmöglich sein sollte." [38] Über seine Tätigkeit als Gaukulturwart verliert er kein Wort. Kölsch versteckt sich hinter der Kultur und seiner Funktion als Herausgeber der „Westmark", wenn er betont: „Früher als ich noch andere Aufgaben als mein eigenes bescheidenes dichterisches Werk mir aufgetragen glaubte, habe ich wohl für manchen Dichter ... gute und aufmunternde Worte gefunden."[39] Im Grunde war dies Ausdruck von Uneinsichtigkeit, die sich hinter einer mysteriösen „Beauftragung" zu verstecken suchte. Bischoffs Schwerpunkte waren neben den Texten seiner „Seilschaft" von ehemaligen NS-Autoren die Pflege des Werks von August Becker und Roland Betsch. Zu den Autoren der NS-Zeitschrift „Die Westmark", denen Bischoff als ehemaliger, wenn auch damals nicht im Rampenlicht stehender Mitarbeiter die Treue hielt, zählten neben Kurt Kölsch auch Otto Wenz, Karl Schworm und Karl Josef Keller. Schließt man von der Häufigkeit seines Erscheinens auf seine Bedeutung, hatte Karl Schworm einen besonderem Rang. Er war Literaturpreisträger des Westmark-Preises von 1940. Über Schworm liest man in der „Westmark 1939/40": „einer der ältesten Kämpfer in der Gefolgschaft des Führers und leidenschaftlicher Patriot während der Besatzungs- und Separatistenzeit, heute als Hauptlektor des Zentralverlags der

38 Kolsch (wie Anm. 32), S. 2.
39 Ebd., S. 3.

NSDAP in München tätig."[40] Ebenso begegnet dem Leser wieder Rolf Werbelow, Mitarbeiter der „Westmark" und, nachdem er 1940 in Flandern gefallen war, 1941 posthum Preisträger des Westmark-Preises, vor allem als Lyriker in „Pfalz und Pfälzer".[41] Auch wenn die Arbeiten der jüngeren Autorinnen und Autoren wie Martha Saalfeld, Elisabeth Langgässer, Erwin Damian, Oskar Denger, Hannes Leising, Günter Mall, Hans Bender, Gerhard Marx-Mechler und Erni Deutsch-Einöder einbezogen waren, entstand keine literarische Bilanz, die auf die Zukunft ausgerichtet war. Diese jüngeren Kräfte verkörperten sehr wohl Begabung, Qualität und Originalität und hätten sich auch in eine progressivere Richtung entwikkeln können. Aber sie konnten sich gegenüber der heimattümelnden und nostalgischen Literaturströmung, die zum Inbegriff der Pfalzliteratur wurde und vor allen in Kalendern und Wochenendbeilagen der Tageszeitungen vertreten war, nicht durchsetzen und schon gar nicht für längere Zeit eigene publizistische Wege gehen. Einer moderneren Literaturauffassung standen in der Pfalz keine ernstzunehmenden Publikationsorgane zur Verfügung.

## Zwei große Schriftstellerinnen von Bedeutung

Daß die Pfalz trotzdem ein nennenswerter Ort der deutschen Literatur der Nachkriegsjahre war, ist in erster Linie den beiden Schriftstellerinnen Elisabeth Langgässer und Martha Saalfeld zu verdanken. Sie standen weit über dem, was sich als traditionsbezogene Pfalzliteratur verstand. Elisabeth Langgässer, 1899 in Alzey geboren und 1950 in Rheinzabern verstorben, schöpfte aus der geistigen und räumlichen Erfahrung der Rheinlandschaft, mit der sie von Geburt her und noch tiefer seit ihren Jahren im hessischen Ried magisch verbunden war, eine außerordentliche Schaffenskraft. Sie schrieb 1947, als ihr Umzug aus Berlin in die Pfalz bevorstand: „Ach, ich sehne mich wieder nach dem Südwesten zurück und weiß

40 Die Westmark. Monatsschrift für deutsche Kultur, hrsg. v. Kurt Kolsch, 7 (1939/40), H. 7.4.1940, S. 399: Camillo Sangiorgio: Westmarkpreisverleihung im Kriegsjahr 1940; vgl. auch den Beitrag über Karl Schworm, in: Hermann Gerstner/Karl Schworm, Deutsche Dichter unserer Zeit, München 1939, S. 489-498. Zu den Nachkriegsveröffentlichungen siehe den Jg. 1950 von Pfälzer Land. Wochenendbeilage des Vorderpfälzer Tageblatts (Schifferstadter Tageblatt) sowie den Fortsetzungsroman von Karl Schworm, Rebengold. Roman aus der Nordpfalz, im Pälzer Sunndag. Beilage zur Pfälzer Volkszeitung 1956, insbes. Nr. 31, S. 4f.

41 Siehe Die Westmark 4(1936/37), H. 5, S. 226: Wir machen Deutschland stark; 7 (1939/40), H. 10, S. 560: Tod; ebd., S. 582f.: Kameradschaft, Ist keiner ... und Allmacht der Mütter; sowie Pfalz und Pfälzer 2 (1951), H. 1, S. 16: Stille Weisen, und ebd. 3 (1952), H. 3, S. 1: Elfengesang.

ganz genau, daß irgendwo bei der Wurzel irgendeines zähen krummen Rebstocks meine eigene liegt."[42] Die brieflichen Schilderungen ihres Rheinzaberner Idylls sind beste Literatur, die die Pfalz zum Thema hat.[43] Hier schrieb sie auch 1949 mit dem Blick auf die Dorfwelt ihre letzte Erzählung: „Das Wirtshaus am Dorfende". Sie umfaßt in dörflicher Enge einen kleinen Kosmos der Fragen dieser Welt und dieser Zeit, des christlichen Problems von Schuld und Sühne angesichts des schrecklichen Holocausts. Der Text vereinigt Zeitgeschichte und Trauergeschichte. Ihren letzten Roman, „Märkische Argonautenfahrt" (1950), auch er mit dem Thema Schuld und Sühne befaßt, hat sie in Rheinzabern kurz vor ihrem Tode zu Ende geschrieben. Wer eine Elisabeth Langgässer gelesen und verstanden hatte, konnte sich nicht mehr guten Gewissens hinter dem Schweigen und der Betulichkeit der Provinz verstecken. Die 1898 in Landau geborene Martha Saalfeld kehrte 1948 „ausgebombt" mit ihrem Mann, dem Grafiker Werner vom Scheidt, wieder in die Pfalz zurück. Bereits vor dem Krieg eine anerkannte Lyrikern und Theaterautorin, konnte sie nach dem Verlust von Arbeitsjahrzehnten, während des 3.Reichs dienstverpflichtet und ohne Publikationsmöglichkeiten, erst nach dem Krieg als Autorin an die Vorkriegszeit anknüpfen. In öffentlich nie eingestandenen ärmlichen Verhältnissen lebend, schuf sie grandiose Sprachkunstwerke von eigenartigem Reiz. Dabei zählte sie zu den bedeutendsten Naturlyrikern des Jahrhunderts. Sie hatte Erfolg und fand weite Anerkennung, aber keine darauf gründende finanzielle Sicherheit. Daß sie bei der Ausschreibung eines rheinland-pfälzischen Literaturpreises 1950 für ihre Erzählung (ein kleiner Roman) „Der Wald" einen zweiten Preis in Höhe von 2000 Mark erhielt, war eine Anerkennung und gleichzeitig ein Schlag ins Gesicht. Die Jury weigerte sich, einen ersten Preis zu vergeben, weil kein eingesandtes Werk ihren Maßstäben gerecht werden konnte.[44] Der dritte Preis, 1000 Mark, wurde zwischen Lina Staab (die dritte große Lyrikern dieser Zeit in der Pfalz) für die Kindheitserlebnisse „Traum und Tröstung" und Oskar Denger für seine „sich wohltuend heraushebende" Gedichtsammlung geteilt.[45] Nachdem eine von Miniterialrat Prof. Dr. Becker 1952 gehaltene Rede auf diesen Sachverhalt Bezug nahm und damit die Leistung Martha Saalfelds

42 Siehe Wolfgang DIEHL, Poesie und Dichtung der Rheinebene, in: Michael GEIGER/Günter PREUSS/Karl-Heinz ROTHENBERGER (Hrsg.), Der Rhein und die Pfälzische Rheinebene, Landau 1991, S. 378-393, hier S. 388.

43 Siehe Elisabeth LANGGASSER, ... soviel berauschende Vergänglichkeit. Briefe 1926-1950, Hamburg 1954 und Frankfurt/M. 1981.

44 Siehe Wolfgang DIEHL, Martha Saalfeld 1898-1976. Dokumente und Materialien, Landau 1986, S. 162ff.

45 Siehe TEUBNER-SCHOEBEL (wie Anm. 33), S. 238.

in den Augen der Pfälzer erneut herabgewürdigt wurde, entlud sich ein Briefwechsel, in dem die gespannte Beziehung zwischen dem Kultusministerium und den Pfälzer Literaten überdeutlich wurde. Wie „Der Wald" ist auch Martha Saalfelds zweiter Roman „Der Mann im Mond" eine Nachkriegsgeschichte, die von Schuld und Verstrickung, Schicksal und Sühne handelt und bereits auf den späteren Roman „Judengasse" verweist. Eher peinlich war es ja, daß im Rahmen der Förderungen für bedürftige Autoren nicht nur Gerhard Marx-Mechler, Martha Saalfeld und Wolfgang Schwarz (für seine in russischer Gefangenschaft geschriebenen Sonette) vom Kultusministerium Geld erhielten, sondern auch Kurt Kölsch. Er spielte inzwischen im Schutzverband deutscher Schriftsteller eine Rolle und wurde vom ersten Vorsitzenden des Verbandes für Rheinland-Pfalz, Max Barthel, im Mai 1952 zur Förderung vorgeschlagen wurde, nachdem er bereits im Januar 200 Mark erhalten hatte. Auch das war im Sinne alter Seilschaften.[46] Betrachtet man überregionale Anerkennung als Maßstab für die Bedeutung von Autoren der Region, sind für die Nachkriegszeit unbedingt Dr. Wolfgang Schwarz und Emil Schuster zu nennen. Wolfgang Schwarz ist ein Breslauer, der nach seiner von 1945 bis 1953 dauernden Kriegsgefangenschaft in Rußland in die Pfalz verschlagen und hier schnell heimisch wurde.[47] Seine Gedichte „Die Komödie des Satans" (1954) sowie die Romane „Des Ostwinds eisiger Psalm" (1955) und „Die unsichtbare Brücke" (1958) fanden ebenso wie seine Theaterstücke große Beachtung und Zustimmung. Höchstes Lob und große Auflagen erntete auch Emil Schuster mit seinem Anti-Kriegsroman „Die Staffel" (1958).

Vergessen ist heute eine Initiative, die die provinzielle Enge der Pfalz überwinden wollte und die, falls sie überlebt hätte, durchaus im Stande gewesen wäre, die Verkrustung der Literaturszene aufzubrechen. Es ist die von Kurt Friedrich (K.F.) Ertel herausgegebene Reihe SIGNATUREN, Blätter für Dichtung und Grafik, in denen junge oder jüngere Autoren der Region, wie Martha Saalfeld, Elisabeth Langgässer, Erwin Damian publizierten. Die SIGNATUREN lösten die nur sehr kurz erscheinenden „Blät-

---

46 Daß Sabine Teubner-Schiebel zu Kurt Kölsch nichts zu sagen weiß außer dem Satz „Aus Kaiserslautern stammt der Lehrer Kurt Kölsch; auch seine Themen sind mit seiner pfälzischen Heimat verbunden", S. 248, beweist, wie letztlich ergebnislos die auf zufällige Funde angewiesene Archivsuche ausfällt, wenn keinerlei Erfahrung über die literarischen Verhältnisse einer Region vorhanden sind. Letzteres schlägt sich in besonderem Maße darin nieder, daß die Autorin unter der Rubrik "Literarisches Leben in Rheinland-Pfalz", S.242ff. nur die Autorinnen und Autoren Alfred Döblin, Stefan Andres, Elisabeth Langgässer und Jakob Kneip zu nennen weiß, weil lediglich über sie Sendeprotokolle des SWF-Landesstudios vorhanden seien.

47 Siehe Wolfgang Schwarz, Die Heimkehr. Erinnerungen, Landau 1991.

ter für Grafik und Dichtung", die Erwin Damian und Rudolf Scharpf herausgaben, ab. Diese ansprechend aufgemachten kleinen Lose-Blatt-Sammlungen sind nur bruchstückhaft vorhanden und offensichtlich auch nicht in den Bibliotheken als Ganzes gesammelt.

Auch der 1951 wiedergegründete Literarische Verein der Pfalz hatte in seiner Organisationsstruktur, in seiner regionalen Aufgabenstellung und mit seinen bescheidenen finanziellen Mitteln nicht die Chance, mit seinen Mitgliedern und Autorinnen und Autoren etwas radikaleren Kurs zu fahren und einen auf modernere Literatur bezogenen Neuanfang in der Pfalz zu wagen. Hier ging seit der Heimatbewegung der Jahrhundertwende die Tendenz eher in Richtung Heimatgedanke und neoromantische Rückwärtsorientierung – auch ins Völkische und Nationale – .[48] Nicht zuletzt wurde dies auch vom politischen Schicksal der Pfalz nach 1918, als Heimatkunst Widerstandskunst gegen die Separatisten und die unfreundliche Besatzungspolitik war, forciert. Erst Ende der 50er und in den 60er Jahren konnten sich in der pfälzischen Literatur einzelne jüngere Autoren gegenüber den beharrenden Kräften der Szene durchsetzen. Die Großzahl der Autoren blieb in das bestehende Publikationssystem eingebunden und schrieb „fürs Volk" weiter in Wochenendbeilagen, Almanachen und Kalendern, um wenigstens bescheidene Publikationsmöglichkeiten wahrzunehmen.

## Der Weg in die moderne Kunst

Die nationalsozialistische Kunstpolitik hatte die bildende Kunst der Pfalz, wie alle künstlerischen Regungen, unter dem Vorzeichen der Bollwerksidee gegen den dekadenten demokratischen Westen programmiert. Dabei wurde auch politisch unverfänglichere Kunst einbezogen, die sich stilistisch mit der weitgespannten Vorstellung vom Gegenständlich-Inhaltlichen verband. Kein Wunder, daß der Neuanfang der Kunstszene nach dem 3.Reich schwer war. Das Spektrum der Tradition reichte von propagandistisch in Beschlag genommenen NS-Malern wie Elk Eber und Hanns Fay, der den Nazis mit übergroßen Hakenkreuzfahnen am Saarbrücker Rathaus oder in den Händen von reitender SS und SA[49] huldigte, bis zu denen, die sich in berufsständischen Gruppierungen der NSDAP engagierten. Andere wurden als unverfängliche Landschafter und Portraitisten geduldet und ausgestellt, wenn sie nur gegenständlich genug arbeiteten und sich, um überhaupt durch ihre Arbeit überleben zu können, still in die Szene einfüg-

48 Zur Neugründung des Literarischen Vereins der Pfalz siehe DIEHL, Nachklang (wie Anm. 36), S. 86.

49 Siehe Westmark-Buch (wie Anm. 37), S. 61, 74, 76.

ten. Zu ihnen zählten auch, mehr oder weniger stark in diese Kunstszene eingebunden, diejenigen, die sich später auf die Seite der „modernen Malerei" schlugen

So sollte die bildende Kunst der Besatzungszeit überhaupt erst die Bevölkerung mit dem zeitgenössischen westlichen Schaffen vertraut machen. Zudem galt es, die von den Nazis als entartet verfemte Kunst, die aus den Museen entfernt, ins Ausland verkauft oder zerstört wurde, wieder ins Bewußtsein zu rücken. Die von der französischen Militärregierung organisierten Baden-Badener und Mainzer Ausstellungen „Moderne französische Malerei. Vom Impressionismus bis zu unseren Tagen" sind berühmt geworden. Sie stellten 100 Künstler mit 130 Werken vor. Der Katalog der Ausstellung „Gravures françaises contemporaines / Französische Grafik der Gegenwart", veranstaltet von der Direction de L'Education Publique Beaux-Arts im Baden-Badener Kurhaus vom November 1946 zeigt, daß die Ausstellung mit 236 Blättern außerordentlich breit angelegt und höchst qualitätvoll war. 68 Künstlerinnen und Künstler stellten aus. Namen wie Bonnard, Dufy, Picasso, Matisse, Rouault, Laboureur, Lurçat, Urtrillo und Villon sind vertreten. Der Ausstellung „Neue deutsche Kunst" im Juni/Juli 1947 in Mainz (Haus am Dom), die die im 3.Reich verbotene Kunst erstmals nach dem Krieg zeigte (das Spektrum reichte vom Expressionismus bis Kandinsky), entsprach in Baden-Baden die Ausstellung „Deutsche Kunst der Gegenwart" im Oktober/November 1947. Unter der immensen Zahl illustrer Namen finden sich aus der Pfalz auch Hans Purrmann und Rolf Müller-Landau. In diesem Zusammenhang gebührt einer ähnlich opulenten Ausstellung höchstes Lob, die in Landau/Pfalz anläßlich der SÜWEGA (Südwestdeutsche Gartenbauausstellung) im Sommer 1949 stattfand. 341 Arbeiten von bekannten zeitgenössischen deutschen Künstler, zu denen sich die namhaften pfälzischen gesellten, sind im Katalog genannt. 1950 erarbeitete ein Arbeitsausschuß unter dem Vorsitz von Willibald Gänger und Edmund Hausen (Pfalzgalerie Kaiserslautern) eine Hans-Purrmann-Ausstellung im Historischen Museum der Pfalz in Speyer mit 84 Ölgemälden, 29 Aquarellen und 39 Zeichnungen. Im Sommer 1951 stellte Hermann Sauter (Landau) eine große Auswahl seiner Arbeiten in Landau und in Speyer aus. Damit waren Anfang der 50er Jahre fast normale Ausstellungs-Verhältnisse eingekehrt. Ein Ausstellungsereignis, das sich allerdings heute kaum wiederholen ließe, war 1953 die „Ausstellung Pfälzer Künstler" in der Städtischen Galerie München. Auf Anregung des „Pfalzreferats der Bayerischen Staatskanzlei" zeigten 37 Künstlerinnen und Künstler 360 Arbeiten. Das kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß zahlreiche Künstler, vor allem auch solche, die von den staatlichen Ankaufskommissionen ausgespart wurden, am Rande des Existenzminimums lebten und

viele darauf angewiesen waren, durch die Künstlerhilfe des Kultusministeriums gefördert und gestützt zu werden. Zudem herrschte in den Jahren nach 1947 durch die Spaltung in Moderne und Traditionalisten auch in der Pfalz streckenweise ein Klima gereizter Empfindlichkeit, zumal ein „Kunstpapst" wie Charles (Karl) Maria Kiesel eindeutig die moderne Richtung bevorzugte, ohne sich allerdings seiner Verantwortung für die pfälzische Künstlerschaft gänzlich zu entziehen. Er hatte zugegebenermaßen auch einen schweren Stand, wenn er alle Interessen berücksichtigen wollte.

## Die „Sezession" entsteht

Da eine Ausstellungstätigkeit und Interessensvertretung der Künstler gleich nach dem Kriegsende die Organisation und Kooperation in einer Institution voraussetzte, war die Gründung einer neuen Künstlergemeinschaft eine Notwendigkeit des Tages.[50] Die Anregung hierzu ging wesentlich von den Franzosen aus.[51] Ausgangspunkt war im Frühjahr 1946 eine Ausstellung in Neustadt, die dank des Stadtkommandanten Mariaux ermöglicht wurde. „Die Raumnot zwang den Kreis sehr eng zu ziehen und höchste Qualitätsansprüche zu stellen. Er wurde zwangsläufig noch kleiner, da neben der Qualität auch der Epurationsschein eine Rolle spielte."[52] Ansprechpartner auf Seiten der Künstler waren der Bildhauer Theo Siegle (Ludwigshafen) und der in Heuchelheim lebende Maler Rolf Müller-Landau. Er schrieb über die Gründungabsichten am 14. Mai 1946 an den Landauer Kunstmaler Hermann Croissant „Herr Prof. Dr. Gläser, der Referent für Kultur in Neustadt, sagte mir, daß es die Franzosen beanstanden würden, daß wir auf

50 Zum Thema Kunst in der Nachkriegszeit siehe insbesondere den sehr informativen Aufsatz von Wilhelm Weber, Reduktion und Abstraktion. Neue Wege in der bildenden Kunst, in: Heyen/Keim (wie Anm. 1), S. 339-415; ders., 50 Jahre Pfälzische Sezession, in: Meinrad Maria Grewenig/ders. (Hrsg.), 50 Jahre Sezession, Speyer/Schloß Mainau 1995, S. 13-19; Wolfgang Venzmer, Die Situation 1945 – ein Aufbruch?, in: Berthold Roland (Hrsg.), Aufbruch nach 1945. Bildende Kunst in Rheinland-Pfalz 1945-1960, Mainz 1987, S. 11-28.

51 Webers Vermutung, daß Anregungen von Daniel Wohlgemuth zur Gründung der Sezession führten, ist kaum haltbar. Wohlgemuth hat in Briefen an seinen Freund Hermann Croissant ähnliche Anregungen gegeben, dabei aber von einer Künstlervereinigung nach dem Vorbild des früheren "Deutschen Künstlerbundes" gesprochen, einer Sammlung gegen die "Nurabstrakten"; siehe hierzu Wolfgang Diehl, Hermann Croissant. Maler zwischen Tradition und Moderne, Landau 1987, S. 194f. Wohlgemuth ist ja auch kein Mitglied der Sezession, sondern später der "Künstlervereinigung" geworden.

52 Theo Siegle, Die Pfälzische Sezession. Das Werden einer Künstlergemeinschaft, in: Pfälzer Heimat 8 (1957), H. 1, S. 32-34, hier S. 33; mit "Epurationsschein" ist wohl eine politische Unbedenklichkeitserklärung über den betreffenden Künstler gemeint.

unserem Gebiet so wenig Initiative zeigten. Er bat mich, doch einige Anregungen zu geben und etwas in die Wege zu leiten. Ich habe nun beiliegende Vorschläge gemacht und bitte Dich, recht bald dazu Stellung zu nehmen. Es ist vor allem wichtig den richtigen Mann an die Spitze zu bekommen und ich bitte auch hier um Vorschläge. Ich habe an Herm Dr. Krannich in Ludwigshafen gedacht ..."[53] Beigefügt waren Siegles „Vorschläge zur Bildung einer Künstlergruppe im Gebiet Hessen-Pfalz", in denen es u.a. hieß: „Verantwortungsbewußte Künstler, frei von provinziellen Bindungen und Rücksichten, die ehrlich um die Verwirklichung wahrer Kunst ringen, sehen den Augenblick gekommen, sich in einer freien Gruppe (Sezession) zusammenzuschließen."[54] Krannich, ehemals BASF-Chemiker und damaliger Leiter des Wirtschaftsamtes der Stadt Ludwigshafen, bootete das Gründungsmitglied Croissant aus, da er die Mitglieder nicht unter dem Aspekt guter pfälzischer Malerei auswählen wollte, sondern sein Hauptaugenmerk auf den Stilwandel der Mitglieder, die Überwindung ihrer „alten" Malweise in Richtung modern oder wenigstens „westlich" richtete. Daß dabei Maler zum Zuge kamen, die in der NS-Zeit gefördert wurden (wie z.B. der in der Pfalz geborene Saarbrücker Fritz Zolnhofer, der 1940 von der Kulturverwaltung mit dem Westmark-Preis für Malerei ausgezeichnet worden war.[55]), verweist gewiß auf das unter Dr. Krannich programmatisch aufgefaßte Konzept der Sezession.[56] Man muß ihr allerdings unter diesen Vorzeichen eine starke Öffentlichkeitswirkung und großen Erfolg zumessen. Seine Ursachen sind neben dem Einsatz von Dr. Krannich und der Förderung durch die Militärbehörde ganz wesentlich der Einfluß ihres Ersten Vorsitzenden, des Malers Rolf Müller-Landau (Heuchelheim). Ihm gelang es gemeinsam mit Hans Purrmann eine Integrationsspitze der Gruppe zu bilden. Die erste Ausstellung wurde am 23. November 1946 bei grimmiger Kälte in den Räumen des Historischen Museums in Speyer[57] eröffnet. Im Ausstellungskatalog hieß es programmatisch: „Die Pfälzische Sezession sieht ihre vornehmste Aufgabe darin, Mittler zu sein deutschen Ausdruckswillens und lateinischer (französischer ? W.D.) edler Formensprache und damit eine Brücke zu bilden zwischen Ost und West. So wollen die in der Pfälzischen Sezession vereinigten Künstler ihren bescheidenen Beitrag leisten zum Wiederaufbau der in unserem Lande zerbrochenen europäischen

53 Diehl, Croissant (wie Anm. 51), S. 64.

54 Ebd.

55 Siehe die Bilder von Zolnhofer im Westmark-Buch (wie Anm. 37), S. 110 u. 115.

56 Siehe hierzu die Briefe Rolf Müllers an Hermann Croissant: Diehl, Croissant (wie Anm. 51), S. 65ff.

57 Siegle (wie Anm. 52), S.32.

Kultur." [58] Aussteller waren 1946 Otto Dill (der allerdings 1950 ausschied), Edward Frank, Rolf Müller-Landau, Erich Schug, Theo Siegle, Will Sohl, Fritz Zolnhofer. Gäste waren Hermann Geibel und Fritz Schwarzbeck. Nicht zu unterschätzen ist der weitreichende kunstpolitische Einfluß, den Hans Purrmann ausübte. Er unterstützte ideell die Sezessionsgründung und wurde selbst Mitglied. Mit seinem Namen hatte sie ein großes Renommee auch außerhalb der Pfalz. Diese unbezweifelbare Reputation, die sich die Sezession in den ersten Jahren erwarb, ist nicht zuletzt in ihrer Offenheit für Mitglieder von außerhalb begründet. 1947 kamen Hermann Geibel (Darmstadt), Hans Purrmann als Ehrenvorsitzender, Hermann Sauter (Landau) (der sich allerdings in diesen Kreis durch ein falsches Versprechen einbezogen fühlte[59]), Gustav Seitz (Berlin), Fritz Schwarzbeck (Darmstadt), Gerd Biese (Berlin) und Hans Kuhn (Berlin) hinzu. 1948 traten u.a. HAP Grieshaber (Karlsruhe) und Werner Gilles (München) bei. Daß die Sezession weit über die Pfalz hinaus ausstrahlte und Ausstellungen in Flensburg, Karlsruhe, Kassel, Konstanz, Kiel, Lübeck und Recklingshausen zeigen konnte, unterstreicht ihre eminente Bedeutung für das Kunstleben der Nachkriegszeit. Dr. Krannich war Geschäftsführer bis 1951. Nach seinem Tod übernahm dieses Amt der verdienstvolle SPD-Landtagsabgeordnete und Kunstsammler Willibald Gänger (Bad Bergzabern).

In diesem Zusammenhang muß auch der Direktor der Landesgewerbeanstalt (Pfalzgalerie und Meisterschule) Charles (Karl) Maria Kiesel genannt werden, der seit dem 1. Juni 1947 die Geschicke dieser zentralen Kunsteinrichtung der Pfalz leitete. Der ehemalige Grafiker, der während des Krieges nach Frankreich emigrierte und im dortigen Untergrund lebte, war 1945 heimgekehrt und vertrat eine moderne Kunstpolitik. Er setzte auf den Ausbau der Sammlungen mit westlicher Kunst und förderte sie im Lande.[60] Kiesel hat das Verdienst, auch wenn er es mit anderen teilen mußte[61], daß die Pfalz offiziell die Kontakte mit Hans Purrmann aufnahm. Mit Purrmann hatte die Pfalz ein menschliches Markenzeichen im Sinne einer programmatischen Zeitorientierung eines Teils der modernen pfälzer Kunst. Hans Purrmann, gebürtiger Speyerer, während des Krieges ehrenamtlicher

58 Pfälzische Sezession. Eröffnungsausstellung vom 30.11. bis 31.12.1946, Speyer 1946, S. 3; unterzeichnet von Rolf Müller, Erich Schug, Otto Dill, Theo Siegle, Edward Frank, Willi Sohl, Fritz Zolnhofer.

59 Siehe Diehl, Croissant (wie Anm. 51), S. 196.

60 Siehe Wilhelm Weber, Vom Gewerbemuseum zur Pfalzgalerie, in: Pfalzgalerie des Bezirksverbands, Katalog der Gemälde und Plastiken des 19. und 20. Jahrhunderts, Kaiserslautern 1975, ohne Paginierung.

61 Siehe den Briefwechsel von Hans Purrmann mit Hermann Croissant: Diehl, Croissant (wie Anm. 51), S 177-191.

Leiter der Villa Romana in Florenz, flüchtete kurz vor Kriegsende nach Montagnola in die Schweiz. Von dort aus pflegte er einen intensiven Kontakt mit alten Pfälzer Freunden wie z.B. Hermann Croissant[62] und beobachtete und förderte das neue Kunstleben durch Ausstellungsbeteiligungen und Aufsätze.

Für die Pfalz bedeute die Sezession allerdings, zumal man Mitglied nur durch Zuwahl werden konnte, eine äußerliche Trennung in Modernisten und Traditionalisten. Man muß dazu allerdings feststellen, daß sich der Modernismus der Sezessionsmitglieder in Grenzen hielt. Wahrscheinlich ist nur Rolf Müller durch seinen frühen Tod 1956 um eine verdiente überregionale Karriere gebracht worden. Zudem wußte jeder pfälzische Kunstfreund, daß manche der durch die NS-Zeit „belasteten" Künstler oder Funktions- und Amtsinhaber in dieser Zeit ohne sonderliche politische Ambitionen, darunter auch Hanns Fay oder Adolf Dörner (neben Rolf Müller sicher der modernste qualitativ hochstehende Maler der Pfalz in dieser Zeit), mit ihren Arbeiten keinen Vergleich mit Sezessionsmitgliedern scheuen mußten. Eine gewisse Lösung der Spannung zwischen beiden Lagern brachte 1948 die Wiedergründung der „Arbeitsgemeinschaft Pfälzer Künstler" (APK), die bereits von 1922 bis 1933 eine starke Interessensvertretung der Pfälzer Künstler gebildet hatte. Die am 20. Juni 1948 beschlossenen Künstlerselbsthilfe[63] wurde in die APK einbezogen. Die Künstlerselbsthilfe diente dazu, den Künstlern Zusatzeinnahmen zu verschaffen. Sie setzten sich wesentlich aus Staatsbeihilfen, Verkäufen von Arbeiten der Mitglieder und von Blättern, die in Auflagen auf der „Hauspresse" gedruckt wurden, zusammen. Die APK verstand sich als Interessensvertretung der aufgenommenen Pfälzer Künstler aller Stilrichtungen. Die Zielsetzung formulierte Vorstandsmitglied Wilhelm Weber: „In ihrer Satzung erstrebt die Arbeitsgemeinschaft Pfälzer Künstler den Zusammenschluß, der durch Herkunft oder Wohnort mit der Pfalz verbundenen bildenden Künstler. Sie führt gemeinsame Ausstellungen durch, stellt den Kontakt zwischen den Künstlern und der Öffentlichkeit her, ermöglicht Begegnungen und Gedankenaustausch unter den Künstlern und wahrt die Interessen der Mitglieder.... Sie vertritt keine speziellen Richtungen, Gruppen- oder Einzelinteressen."[64] Die erste Ausstellung der APK fand im Frühjahr 1949 statt. Sie zeigte rund

62 Ebd.

63 Siehe Weber, Reduktion (wie Anm. 50), S.370.

64 Vgl den Katalog Ausstellung der Arbeitsgemeinschaft Pfälzer Künstler im Landtag vom 23.11.1977-17. 12.1977, hrsg. v. der Arbeitsgemeinschaft Pfälzer Künstler, Mainz 1977; siehe auch Wilhelm Weber, 65 Jahre Arbeitsgemeinschaft Pfälzer Künstler. Jubiläumsausstellung 1922-1987. Pfalzgalerie Kaiserslautern, Kaiserslautern 1987.

200 Arbeiten von 41 Künstlern. Der damalige Leiter der APK war Direktor C. M. Kiesel. 1955 hatte die APK bereits 88 Vollmitglieder und zwölf Probemitglieder, davon 56 Maler, acht Graphiker, 16 Bildhauer, elf Gebrauchsgraphiker, drei Kunsthandwerker und zwei Kunstwissenschaftler.[65]

Am 2. Februar 1949 wurde die „Vereinigung Pfälzer Kunstfreunde e.V." gegründet. Sie wollte, wie ein Werbe-Faltblatt aussagt, „ die Tradition des alten Pfälzer Kunstvereins fortsetzen und ohne Bindung an irgendeine künstlerische „Richtung" der „Arbeitsgemeinschaft Pfälzer Künstler" als Zusammenschluß der Kunstfreunde zur Seite treten." Unter dem Ehrenvorsitz des Oberregierungspräsidenten Franz Bögler war der Apotheker Dr. Wettstein (Kaiserslautern) Präsident. Vizepräsident war der Erste Bürgermeister von Ludwigshafen, Dr. Reichert.[66]

Innerhalb der APK kam es in den 50er Jahren zu Querelen, da sich die Traditionalisten zurückgesetzt fühlten und die „offizielle" Kunstverwaltung und Kulturpolitik immer mehr die gegenstandsferne Kunst förderte. Über die Gründung einer neuen Gruppe berichtete Hans Reetz 1953 in den Rheinisch-Pfälzischen Monatsheften „Mit Sitz in Neustadt an der Weinstraße wurde die 'Pfälzer Künstlergenossenschaft e.V.' gegründet. Wer die Entwicklung in der Pfalz und in Rheinland-Pfalz beobachtet hat, dem erscheint diese Gründung als notwendige Folge der überspitzten Überbewertung moderner und extrem-moderner Kunst seit 1945. Die Gruppe proklamierte Toleranz und Freiheit für alle, insbesondere juryfreie Ausstellungen. Teilnehmer der Gründung war der Präsident des pfälzischen Bezirksverbands, der Karl Graf (Speyer) als Ersten Vorsitzenden vorschlug." Auch der Geschäftsführer der Sezession, Willibald Gänger, stand der Gründung positiv gegenüber, die von Reetz als Akt gegen die einseitige Kunstpolitik des Direktors der Landesgewerbeanstalt, C.M.Kiesel, gewertet wurde.[67] Zu den Jahresausstellungen erschienen die ansprechenden Hefte „Das neue Kunstarchiv" im Verlag von Karl Graf, Speyer. Mitglieder waren die wohlbekannten „älteren" Maler und Bildhauer Albert Haueisen, Otto Dill, Peter Koch, Daniel Wohlgemuth, Adolf Kessler, Hanns Fay, Karl Philipp Spitzer, Adolf Doerner, Karl Graf, Theobald Hauck, Georg Lauer, Robert Lauth, Sepp Mages, Walther Perron, Martin Ritter, Erich Rockenbach, Johannes Ufer, Georg Vorhauer, Willy Weber und Gerhard Rudolf Zill. Hermann

65 Siehe "Der Kunstfreund. Information der Vereinigung Pfälzer Kunstfreunde e.V. und der Arbeitsgemeinschaft Pfälzer Künstler", 1950, Heft 4, Dezember, S. 83.

66 Siehe Wilhelm Weber, Der Kunst verpflichtet. Vereinigung Pfälzer Kunstfreunde, o.O., 1990

67 Siehe Rheinisch-Pfälzische Monatshefte, 1953, Nr. 6, S. 23f.

Sauter und Hermann Croissant stellten als Gäste aus wie von den Jüngeren Heinz Friedrich, Ernst Kunz, Erich Schug und andere mehr.

Die Gründung des „Landesberufsverbandes bildender Künstler Rheinland-Pfalz" erfolgte am 28. Januar 1949, nachdem diese zuvor unter starker Beteiligung Pfälzer Künstler vorbereitet worden war. Die Ursache war eine Anregung der Militärregierung, die Standesvertretungen der Künstler wünschte. Nachdem 1946 ein Aufruf des Oberpräsidenten Dr. Boden keinen Erfolg gehabt hatte, ergründete Prof. Ludwig Thormaelen (Bad Kreuznach) im Auftrag des zuständigen Vertreters des Kultusministeriums, Professor Volbach, das schwierige Terrain, denn die Künstler zeigten sich an der Verbandsgründung zunächst wenig interessiert. In der Pfalz hatte sich schon seit 1946 unter der Leitung von Lohmar, Mattern und Kiesel eine Künstlergewerkschaft aufgebaut. Sie wurde schließlich zugunsten der Gründung der APK und des Landesberufsverbandes aufgegeben. Der erste Präsident des Verbands war Hans Dornbach, Koblenz, zweiter Vorsitzender war Charles Maria Kiesel, Kaiserslautern, Mitglied des engeren Vorstand war Hermann Croissant (Landau), Obmann des Bezirks Kaiserslautern (von 5 Bezirken) war Ludwig Waldschmitt. Die vorbereitete Satzung war bereits am 21. Dezember 1948 in unbürokratischer Weise vom zuständigen Offizier der Militärverwaltung, Oberstleutnant Juvin, mit dem „Avis favorable" gebilligt worden. Die Arbeitsthemen des Verbands reichten von Künstlerhilfen, Ausstellungsorganisation, städtischen Kulturreferenten und Kunstunterricht in den Schulen bis zu Materialbeschaffung, Erstellung einer Ankaufskommision für das Land und dem Bestandteil bildender Kunst bei öffentlichen Bauvorhaben.[68]

Die „neue pfälzische gruppe" (npg) trat im Oktober 1953 mit einem Faltblatt in Erscheinung. Es erschien ein zweites Mal 1954, jeweils mit einem Text von K.F. Ertel. Ausstellungstermine nennen Frankfurt, Mannheim, Heidelberg. Die Adresse der Geschäftsführung ist die von Ertel in Landau. An Mitgliedern zählen die Blätter auf: Otto Schmitt-Groß (Bad Dürkheim), Vorsitzender, Georg Jakob Best (Bonndorf), Julius Bissier (Hagenau), Walter Brendel (Übersee), Otto Ditscher (Neuhofen), Rolf Cavael (München), Chargesheimer (Köln), Cornelia Forster (Zürich), Boris H. Kleint (Saarbrücken), Georg Johann Müller (Koblenz), Hilla Rebay (New York), Otto Steinert (Saarbrücken) und Karl Unverzagt (Grünstadt).

---

68 Siehe den Bericht über die erste Sitzung des Vorstands des Landesberufsverbandes Bildender Künstler am 17./18.3.1949 in Bad Kreuznach, 7 S. hektographierter Text für die Vorstandsmitglieder, persönlich gezeichnet v. Hauptgeschäftsführer Ludwig Thormaelen, im Besitz des Autors.

In einem längeren Prozeß endete seit der Währungsreform 1948 und dem langsamen Übergang von Zuständigkeiten aus der Hand der Besatzungsmacht in die deutscher Institutionen Mitte der 50er Jahre die unmittelbare Besatzungszeit. Auch wenn es vielleicht dringlichere Aufbauarbeiten gab und es vor allem die Sicherstellung der Ernährung zu bewältigen galt, war die Kulturarbeit der Nachkriegsjahre von außerordentlicher Bedeutung. Vielleicht hat die Kultur am allermeisten zur emotionalen Einbindung der Deutschen in das westlich-demokratische Bewußtsein beigetragen. Wenn es auch den Zwang zur Bescheidenheit gab (die Haushaltsansätze für Kunst waren extrem schmal), so sind doch die kulturellen Aktivitäten, Neuerungen und Kompetenzen in der Pfalz wert erinnert zu werden. Die in diesem Aufsatz gezeigten Facetten sind Ausdruck eines im Detail noch kaum überschaubaren Ganzen. Die angerissenen Themen verdienen eine weit umfassendere zukünftige wissenschaftliche Bearbeitung. Das gilt insbesondere auch für die Bewahrung der Erinnerungen von Zeitzeugen und für die Sicherung privater Archive durch öffentliche Institutionen. Letztlich muß man die Ankurbelung der Kultur nach der verhängnisvollen Zeit des Nationalsozialismus, der zuerst geistige Werte zerstörte und dann materielle, als Leistung aller Beteiligten anerkennen und loben, selbst wenn zum Teil fragwürdige Kontinuitäten mit das Bild bestimmen. Letztlich muß man sich vor Augen halten, daß in einer Region wie der Pfalz die Chancen und Möglichkeiten auf allen Sektoren immer schon provinziell begrenzt waren. Eine Region wie die Pfalz, ohne geistiges Zentrum, ohne eine starke kulturtragende Bevölkerungsschicht und ohne bemerkenswerte finanzielle Möglichkeiten, war und ist letztlich zur Bescheidenheit verpflichtet.

Alfred Döblin reflektierte in seiner autobiografischen „Schicksalsreise" anläßlich seiner Heimfahrt von der Universitätsgründung in Mainz über das „Linksrheinische": „Welch schönes, fruchtbares Land! Wie gemacht, irgend jemandes immer wieder ersehnte und geliebte Heimat zu sein, - und so von der Barbarei des Krieges zertreten." [69] Nicht zuletzt hat die Kultur wieder dazu beigetragen, daß das Land friedliche Heimat wurde. Aus diesem Wissen müßten Achtung, Verpflichtung und Ansporn wachsen, damit das schöne Land tatsächlich Heimat bleibt.

69 Döblin (wie Anm. 34), S. 294.

*Das „Central-Theater" in der Osterstraße in Kaiserslautern*

# „Civilisation Française" und „Überlebensmittel". Nachkriegskino in der Pfalz

**Peter Gleber**

„Die hott noch Kaade, die hott noch Kaade, warum gibt se se uns net," schallte es der Oggersheimer Kinobesitzerin Hedwig Doll zuweilen entgegen, wenn sie mehrmals täglich ihr „Lichtspielhaus am Schillerplatz" wegen Überfüllung schließen mußte. „Bitte schön! Karten habe ich noch genug, aber's ist doch kein Platz mehr!" pflegte die resolute Jungunternehmerin den enttäuschten Filmfreunden zu entgegnen.

Viele Pfälzer gingen, obgleich es in der französischen Zone am Nötigsten fehlte, ebenso gerne ins Kino wie die Bewohner der amerikanischen, britischen und sowjetischen Zone. „Das Bedürfnis nach Ablenkung und Unterhaltung, die Sehnsucht nach tröstenden Geschichten, die Vergewisserung, daß man zu den Davongekommenen zählt - all dies war schier übermächtig"[2]. Kino war als „Überlebensmittel"[3] fast genauso wichtig wie Nahrung, Kleidung und Wohnung.

Seit über hundert Jahren gehören Film und Kino zu unserem Alltag. 1895 wurde die Projektionstechnik in Berlin und Paris erfunden. Elf Jahre später öffneten „Kinematographen-, Tonbild- und Lichtspieltheater" in der Pfalz ihre Pforten. Zuerst eroberten sie das Publikum der größeren Städte Ludwigshafen, Speyer und Kaiserslautern, acht Jahre später erreichten sie auch Kusel.[4] Kurz vor dem ersten Weltkrieg und in der Weimarer Zeit war die Pfalz Standort vieler kleinster Filmproduktionsstätten, wie beispielsweise die Oggersheimer „Stoebener Film", die jedoch im Zuge von Infla-

1 Zeitzeugenbefragung v. 26.4.1994, abgedruckt bei Peter GLEBER, Zwischen gestern und morgen. Film und Kino im Nachkriegsjahrzehnt, in: Auf der Suche nach neuer Identität. Kultur in Rheinland-Pfalz im Nachkriegsjahrzehnt, hrsg. v. Franz-Josef HEYEN/Anton M. KEIM, Mainz 1996, S. 451-520.

2 Vgl. Karl PRÜMM, Ergebnisse, Tendenzen, Perspektiven. Zum Stand der regionalen Filmforschung, in: Joachim STEFFEN/Jens THIELE/Bernd POCH, Spurensuche. Film und Kino in der Region, Oldenburg 1993, S. 24.

3 Vgl. Peter GLEBER, Kino als Überlebensmittel. Anfänge und Bedeutung dieses Mediums in der französischen Zone unter besonderer Berücksichtigung der Großstadt Ludwigshafen am Rhein 1945-1949, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 145 (1997), S. 403-429.

4 Theo SCHWARZMÜLLER, Prinzregentenzeit, in: DERS./Michael GARTHE, Die Pfalz im 20. Jahrhundert, Landau 1999, S. 15-37, hier S. 22f.

tion und Weltwirtschaftskrise alle wieder verschwanden.[5] Aus solchen Werkstätten erwuchsen später berühmte Persönlichkeiten wie Hermann Basler und William (Wilhelm) Dieterle aus Ludwigshafen, Piel (Phil) Jutzi aus Altleiningen und Arnold Fanck aus Frankenthal. Dieterle machte später in Hollywood Karriere.[6]

Trotz dieser Vorgeschichte nimmt die unmittelbare Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in der pfälzischen Kinogeschichte eine Sonderstellung ein. Kaum eine Epoche ist spannender und weist mehr Besonderheiten auf als die ersten Nachkriegsjahre. Zwischen 1945 und 1948 war die Französische Zone ein abgeschottetes „Biotop", in dem die Bürger weniger zu Essen hatten und zögerlicher ihre Häuser aufbauen konnten. Zugleich forcierten die Franzosen den Aufbau des Kultursektors als Umerziehungsmaßnahme für die Deutschen. Die Eingriffe der Besatzungsmacht lassen sich sowohl beim Wiederaufbau der Kinos als auch im Angebot der Spielfilme in den Lichtspielhäusern nachweisen.

## Die Section Cinéma und der Neuaufbau der Filmwirtschaft in der französischen Zone

Die Alliierten hatten schon im Jahr 1944 mit dem Gesetz Nr. 191 den Deutschen das Herstellen, den Verleih und die Vorführung von Filmen unter Androhung der Todesstrafe verboten. Damit sollte eine kriegsverlängernde feindliche Agitation verhindert werden.[7] Film und Kino waren somit den anderen Medien, beispielweise den Flugblättern, Zeitungen und Radiosendern gleichgestellt.

---

5 Vgl. dazu: Peter GLEBER: Hedwig Doll (1913-1999), in: Hedwig BRUCHERT (Bearb.), Rheinland-Pfälzerinnen. Frauen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in den Anfangsjahren des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz 2001, S. 102 ff.; Judith ZIEGLER-SCHWAAB, Wildwest am Rhein - Erinnerungen an das Pfälzer Hollywood, Maikammer 1995.

6 Eine kleine Auswahl dazu: Hans Michael BOCK/Wolfgang JACOBSEN (Hg.): Phil Jutzi, Hamburg, Berlin 1993; Horst O. HERMANNI, William Dieterle - vom Arbeiterbauernsohn zum Hollywood-Regisseur, London, Worms 1992; Marta MIERENDORFF, William Dieterle. Der Plutarch von Hollywood, Berlin 1993; Michael WENDEL, Phil Jutzi. Wildwestklamotten und Proletendramen, Altleiningen 1996; Willi BREUNIG (Hrsg.), Der Sprung auf die Bühne. Die Jugend- und Theatererinnerungen des Schauspielers und Regisseurs William Dieterle, Ludwigshafen/Rhein 1998; Ders., Der Kampf um die Story. Die Hollywood- und Lebenserinnerungen des Schauspielers und Regisseurs William Dieterle, Ludwigshafen/Rhein 2001.

7 Gesetz Nr. 191 v. 24.11.1944, abgedruckt in: Peter PLEYER, Deutscher Nachkriegsfilm 1946-1948, Münster 1965, S. 382 f.

Vier Tage nach der deutschen Kapitulation lockerten die Siegermächte ihre Medienpolitik durch die Nachrichtenkontroll-Vorschrift Nr. 1.[8] Danach wurde u.a. der „Vertrieb und die Vorführung gebilligter Filme, vorausgesetzt, daß ein Filmvorführungsschein jeder ausgegebenen und vorgeführten Filmkopie beigefügt ist, und daß die Filmvertriebsstelle von dem zuständigen Nachrichtendienstkontrollamt gebilligt ist" erlaubt.

Durch die Lizenzierung war die rechtliche Basis für das Wiedererstehen der Film- und Kinowirtschaft geschaffen worden. Zunächst eigneten sich Wochenschauen im Nebenprogramm der Kinoveranstaltungen zur Aufklärung der Deutschen über die nationalsozialistischen Verbrechen. Zugleich stand das ehemals bedeutende Propagandainstrument von Josef Goebbels unter strengster Überwachung durch die Sieger.

Als die Franzosen im Sommer 1945 die gesamte Pfalz als Besatzungsgebiet übernahmen, ergänzten sie die bisherigen alliierten Bestimmungen. Sie ordneten die vollständige Erfassung aller Kinoapparate und die Ablieferung „von Filmen und zwar von Negativen und Positiven und belichteten und unbelichteten Filmen und von Filmkopien jeden Formats" an.[9]

Das Vermögen der UFA-Film-GmbH (UFI), einem Großkonzern, in dem die Nationalsozialisten 1942 die gesamte Film- und große Teile der Kinowirtschaft vereint hatten, wurde von den jeweiligen Besatzungsmächten treuhänderisch verwaltet. In der Pfalz waren davon die ehemaligen UFA-Großkinos „Pfalzbau" und „Rheingold" in Ludwigshafen betroffen.[10]

Ebenso wie in der amerikanischen Zone wurde eine Verfügung „zur Verhinderung übermäßiger Machtanhäufung auf dem Gebiete der deutschen Filmindustrie"[11] erlassen. Hintergrund war das Bestreben, jede Machtkonzentration innerhalb der deutschen Wirtschaft und damit jede Monopolbildung zu vermeiden. Unter anderem durfte ein Unternehmer in einem Land- oder Stadtkreis nur eine bestimmte Anzahl von Kinos besitzen, die sich nach der Einwohnerzahl richtete.[12]

In Baden-Baden, am Sitz der Besatzungsregierung, nahm die Nachrichtenkontrolle ihre Arbeit auf. Die zuständige Abteilung Kino (Section Ciné-

8 Nachrichtenkontrollvorschrift Nr. 1 v. 12.5.1945, Paragraph 2c, 3d und e, abgedruckt ebd., S. 383 f.

9 Verordnungen Nr. 34 und 35, in: Journal Officiel. Amtsblatt des französischen Oberkommandos in Deutschland Nr. 16 v. 1.3.1946, S. 117 f.

10 Vgl. hierzu Georg Roeber/Gerhard Jacoby, Handbuch der filmwirtschaftlichen Medienbereiche. Die wirtschaftlichen Erscheinungsformen des Films auf den Gebieten der Unterhaltung, der Werbung, der Bildung und des Fernsehens, München 1973, S. 102.

11 Verfügung 134, in: Journal Officiel, Nr. 293/294 v. 5. und 9.8.1949, S. 2098 ff.

12 Vgl. Gleber, Nachkriegsjahrzehnt (wie Anm. 1), S. 455.

ma) wurde von dem Besatzungsoffizier Marcel Colin-Reval geleitet, der zuvor in der französischen Filmwirtschaft tätig war. Die Behörde setzte die genannten Verbote durch und überwachte sie.

Aufgabe der Section Cinéma war die Wahrung der Interessen der Besatzungsmacht und die Nutzung des Kinos als Erziehungsinstrument. Die Verbreitung von NS-Ideologie und Militarismus sollten verhindert werden.[13] Jeder Streifen, der in den Besatzungszonen produziert, verliehen oder vorgeführt wurde, mußte deshalb schriftlich durch einen einkopierten Filmvorführschein gebilligt sein. Dabei standen vor allem die fertigen oder halbfertigen NS-Produktionen auf dem Prüfstand.

Die Franzosen hatten nach dem Krieg ein Gebiet vorgefunden, „in dem es im Gegensatz zu anderen Zonen nur wenige Kopien, weder Ateliers, Kopieranstalten noch Verleihbetriebe gab."[14] Die deutsche Filmwirtschaft konzentrierte sich bisher vor allem in München und in den sowjetisch besetzten Bereichen Berlins. Unter der Leitung von Marcel Colin-Reval gab die Section Cinéma Impulse für den Aufbau der Verleih- und Produktionsgesellschaften.[15] Denn dies war die Grundlage für die Erziehung der Deutschen im Kino durch die „Civilisation Française". Im Unterschied zur britischen und amerikanischen Zone kam es hier im Verleihsektor relativ früh zu einer Privatisierung der Besatzungsmonopole, wenn auch französisches Kapital dominierte. Die gemeinsame Arbeit deutscher und französischer Filmleute führte zu einer weitgehenden Anpassung an die Struktur der Filmwirtschaft in Frankreich. Ein Teil der in der französischen Zone arbeitenden Unternehmen war zunächst in deutsch-französischem Besitz.[16]

Die Studios der Internationalen Filmunion (IFU)[17] nahmen zunächst ihre Arbeit in Emmendingen und später in Remagen auf, die Firma „Blick in die Welt" produzierte in Baden-Baden die gleichnamige Wochenschau. Für den Verleih zensierter deutscher Kopien wurde bereits 1945 die Rhein-Donau Gesellschaft gegründet.

Im November 1946 wurde für die Vermarktung französischer Filme die Internationale Filmallianz (IFA) gegründet. Neustadt an der Weinstraße wurde einziger pfälzischer Standort der Filmwirtschaft und Sitz der IFA-Niederlassung, die den nördlichen Teil der französischen Zone betreute.

---

13 Vgl. Roeber/Jacoby (wie Anm. 10), S. 89 f.

14 Die Filmwoche (identisch mit Neue Filmwoche bzw. ab Juni 1949 Illustrierte Filmwoche). Filmzeitschrift der franz. Zone (im folgenden IFW), 1948, Nr. 52, S. 561.

15 Vgl. Gleber, Nachkriegsjahrzehnt (wie Anm. 1), S. 460 ff.

16 Vgl. Alexander Kohn-Brandenburg, Der Film in Vergangenheit und Gegenwart. Zur Entwicklung der Filmtechnik, in: Europa-Archiv 9 (1948), S. 1576.

Die IFA nahm nicht nur im Verleihsektor der Besatungszone eine beherrschende Stellung ein, als Treuhandstelle in der Sequesterverwaltung von Filmtheatern übernahm sie auch behördliche Aufgaben. Mehrheitlicher Kapitaleigner der IFA war mit 51 Prozent die Union Générale Cinématographique, Paris. Weitere 35 Prozent waren im Besitz der Rex-Film-Gesellschaft, Berlin, 14 Prozent hielt die Wochenschaugesellschaft „Blick in die Welt", an der ebenfalls französisches Kapital beteiligt war. Generaldirektor der IFA war Marcel Colin-Reval. Als Colin-Reval 1949 die IFA in deutsche Verantwortung übergeben und den Verleih für andere ausländische und deutsche Filme öffnen wollte, konnte er sich nicht durchsetzen und trat zurück. Erst die Gründung der „Pallas-Filmverleih GmbH" in Frankfurt am Main als Nachfolgegesellschaft der IFA ermöglichte eine Ausrichtung am deutschen Markt. Durch die IFA wurde Neustadt in das Scheinwerferlicht des Films gerückt und Brücke (...) über die die auf Zelluloid gebannten Werke des westlichen Nachbarn auf den deutschen Markt gelangten."[18]

Zur gleichen Branche gehörte die in der Neustadter Friedrichstraße gegründete „Prisma-Filmverleih-Gesellschaft".[19] Deren Geschäftsführer, Josef Kanngießer war bereits vor dem Krieg als Verleihvertreter bei der Deutschland-Film in Frankfurt am Main tätig und kam nach dem Krieg über die „Rhein-Donau-Film" zur IFA.[20]

In Neustadt, das in der Besatzungszeit nach Baden-Baden zum wichtigsten Handelsplatz französischer Filme in Deutschland avancierte, fanden vom 21. bis 26.September 1948 die „Film-Festtage" statt, d.h. dort trafen sich Repräsentanten der drei Besatzungsmächte, Verleiher, Filmproduzenten und Theaterbesitzer zu einer Tagung. Besonderen Glanz verliehen der Veranstaltung zahlreiche französische, österreichische und deutsche Filmstars, darunter Jean Marais und Marika Rökk. Die drei Neustadter Filmtheater Palast, Metropol und Saalbau präsentierten eine Reihe neuer Produktionen, darunter sechs französische, zwei deutsche und einen österreichischen Film. Mit Werken von Jean-Paul Sartre und Jean Cocteau präsentierten die Franzosen künstlerische Eigenwilligkeit und hohe Qualität. „Der himmlische Walzer", der österreichische Beitrag war ein komödiantischer Musikfilm. Die beiden deutschen Filme thematisierten als Drama

17 Vgl. Reinhard Lahr, Blick in die Welt. Die Film-Union in Remagen seit 1947, in: Ulrich Lober (Hrsg.), Odeon-Scala-Capitol, Koblenz 1995, S. 111 ff.

18 IFW 1948, Nr. 40, S. 377.

19 Vgl. hierzu Gewerbekartei, Stadt Neustadt, Ordnungsamt sowie IFW 1948, Nr. 43, S. 436; 1949, Nr. 37, S. 478; 1949, Nr. 44, S. 598 und Handelsregistereinträge in der Rheinpfalz v. 11.7.1950, 1.9.1954, 7.2.1956.

20 IFW 1949, Nr. 37, S. 478.

(Finale) bzw. heiter-ironisch (Film ohne Titel) die Beschwernisse der Trümmerzeit.

Drei Jahre nach Kriegsende war das Rahmenprogramm der Festspiele, das u.a. eine Fahrt zum Volksfest nach Deidesheim und eine Besichtigung von Bad Dürkheim umfaßte, auch für die große Schar bekannter Schauspieler eine willkommene Abwechslung. Höhepunkt war ein großer Ball im Saalbau des im Kriege kaum zerstörten Neustadt.

Um die Bedeutung von Film und Kino zu unterstreichen, veranstalteten die Franzosen zur gleichen Zeit in der Stadt an der Haardt die erste Internationale Kinotechnische Ausstellung. In den Räumen einer „Töchterschule" bot die neueste französische Projektions- und Sicherheitstechnik, aber auch einzelne deutsche Geräte, wie zum Beispiel ein Kofferprojektor der Jenaer Firma Zeiß den Besuchern „eine Fülle von Anregungen und Eindrücken."[21]

## Die Wiedererrichtung der pfälzischen Kinotheater

Obgleich Film und Kino zu den von der französischen Besatzungsregierung geförderten Bereichen gehörten, unterlagen die vorwiegend mittelständisch geführten Lichtspielunternehmen nach 1945 der eingehenden Kontrolle der Militärbürokratie. So galt für alle in diesem Bereich tätigen Personen die Registrierungspflicht. Dabei mußten sie den Fragebogen der Militärregierung und ein Registrierungsformular ausfüllen. Im Unterschied zum Lizenzierungsverfahren in der Verleih- und Produktionsbranche, das von der Section Cinéma in Baden-Baden ausgeführt wurde, war für die pfälzischen Kinos die nachgeordnete Section Cinéma in Neustadt an der Weinstraße zuständig. Da der umfassende Kontrollanspruch der Besatzungsbehörde jedoch an den pragmatischen Erfordernissen der Kinowirtschaft scheiterte, konnten teilweise vor Ort unzerstörte Kinos kontinuierlich weiterbetrieben werden, sofern ihre Inhaber nicht durch Aktivitäten im Dienste des nationalsozialistischen Unrechtssystems belastet waren. Das war beispielsweise in Speyer der Fall.[22] In Ludwigshafen, wo alle Lichtspieltheater zerstört waren, kam es dagegen zu umfangreichen und zeitraubenden Neugenehmigungsverfahren.[23]

---

21 Ebd., 1948, Nr. 40, S. 378.

22 Birgit Hoffmann/Hartmut Schafer/Rüdiger Schwinke, Kino in Speyer 1945-1950. Das Spielfilmangebot in der Nachkriegszeit, unveröffentlichter Projektbericht, Universität Mannheim 1989, S. 8.

23 Stadtarchiv Ludwigshafen, Best. ZR I, Nr. 2462: Betrieb von Lichtspieltheatern.

Die Anträge für die Neuzulassung mußten bei Landratsämtern oder Polizeidirektionen eingereicht werden. Voraussetzung für die Bearbeitung war die Vorlage der folgenden Unterlagen in doppelter Ausfertigung.[24]

1. Gutachtliche Stellungnahme des Bürgermeisters, Landrats bzw. der Polizeidirektion
2. Gutachten des zuständigen Wirtschaftsverbandes der Filmtheater
3. Befähigungsnachweis und Bescheinigung über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers durch die Industrie- und Handelskammer
4. Bau- und Einrichtungsplan des Kinos
5. Personalfragebogen und Entnazifizierungsbescheid des zukünftigen Betreibers
6. Pachtvertrag für den Saal
7. Stellungnahme zu Bau und Einrichtung durch den Technischen Überwachungsverein
8. Bescheinigung über Herkunft (Kaufvertrag o.ä.) der Vorführmaschinen.

Auch wenn das Lichtspieltheater in alter Regie weiterlief, mußten die Betreiber eine Registrierung und eine Genehmigung des Spielbetriebs beantragen. Dies wurde dem Pächter eines Speyerer Kinos zum Verhängnis. Nach Prüfung des Fragebogens durch die Zentrale Säuberungskommission (ZSK) in Neustadt am 27. April 1946 wurde er als politisch belastet befunden. In einem Schreiben der Abteilung Wirtschaft, Handel und Verkehr des Oberregierungspräsidiums Hessen-Pfalz vom 24. Juli 1946 an den Speyerer Oberbürgermeister Hettinger wurde der Kinobesitzer zur Zahlung eines Sühnebetrages an den Wiedergutmachungsfonds der Behörde verpflichtet. Gleichzeitig sollte, so der zuständige Präsidialdirektor, „die Leitung des Kinotheaters (...) in andere Hände überführt werden. Der Einfachheit halber bitten wir zunächst (...) [einen] kommissarischen Leiter einzusetzen und können dann alle notwendigen Verhandlungen in Ruhe erledigt werden."[25] Der betroffene Eigner war nach eigenen Angaben seit 1933 oder 1934 Parteigenosse gewesen, jedoch ohne eine aktive Rolle gespielt zu haben. Oberbürgermeister Hettinger erklärte dazu gegenüber dem Regierungsoberpräsidium, der Betroffene habe sich in 34 Jahren bedeutsame Verdienste um das Lichtspielwesen erworben. Er bezweifelte zudem die Rechtmäßigkeit und die Mittel der politischen Säuberung: Das Vermögen des Kinobetreibers dürfe nicht einfach enteignet werden, sondern müsse

24 Landesarchiv Speyer (im folgenden LA Sp), Best. H 13, Nr. 138: Rundschreiben der Provinzialregierung Pfalz v. 10.1.1949.

25 Stadtarchiv Speyer, Best. VIII, C4b.

treuhänderisch verwaltet werden, bis die Sache geklärt sei. „Ich halte mich deshalb nach wie vor nicht für befugt (...) [einen] kommissarischen Leiter einzusetzen, weil ich in einer derartigen Handhabung einen ungesetzlichen Eingriff in die Vermögenswerte des Betroffenen erblicke."[26] Wie der Fall weiterging, ist aus den Akten nicht zu erkennen, weil es möglich war, die Entscheidung der ZSK anzufechten. Da die Entnazifizierungsentscheidungen mit zunehmendem Abstand vom Kriegsende immer milder ausfielen,[27] und ein Besitzerwechsel nie aktenkundig wurde, scheinen die Säuberungsmaßnahmen auch in diesem Fall ohne Ergebnis geblieben zu sein.

Bis 1949 war die französische Militärbürokratie auch zuständig für den Betrieb von Lichtspieltheatern. Erst 1950 ging die Zuständigkeit auf deutsche Behörden über.

Kino wurde in der Nachkriegszeit schnell zu einem populären Zeitvertreib und zur Therapie für vom Krieg hinterlassene seelische Wunden. In der französischen Zone war die Ausgangslage bei der Kinoversorgung deutlich schlechter als in den anderen Zonen, wie der Filmoffizier Colin-Reval zu berichten wußte: „Über 100 Filmtheater mußten [1945] neu oder zum Teil neu wieder aufgebaut werden. Auf Betreiben der Section Cinéma wurden die damals noch sehr knappen dazu benötigten Materialien freigegeben und über 20 Brocklin-MIP-Maschinen aus Frankreich nach Deutschland gebracht."[28] Bereits 1946, ein Jahr später, existierten in der französischen Zone 440 Kinos[29] - mehr als das Vierfache wie im Kapitulationsjahr. Damit war die Zone bei etwa 13 Prozent der Einwohnerschaft und 20 Prozent der Kinos deutlich besser ausgestattet als das übrige Westdeutschland.[30] Das beweist auch die Entwicklung des Lichtspielwesens in einigen Städten im nördlichen Teil der französischen Zone.[31] Im von Frankreich beherrschten Raum sind, ähnlich wie überall in Westdeutschland, die Besucherzahlen seit 1946 kontinuierlich angestiegen. Eine Ausnahme bildete das Jahr 1948, als die Deutsche Mark eingeführt wurde und die Menschen mit dem neuen wertvollen Geld sparsamer umgingen.[32] Der durchschnittliche Eintritts-

26 Ebd., Bericht v. 25.8.1946.

27 Vgl. Volker Rödel, Die Entnazifizierung im Nordteil der französischen Zone, in: Franz-Josef Heyen (Hrsg.), Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945-1951, Boppard 1984, S. 261-282, hier S. 278f.; Rainer Möhler, Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945-1952, Mainz 1992.

28 IFW 1948, Nr. 52, S. 561.

29 Die Rheinpfalz v. 23.10.1946, S. 1.

30 Vgl. Tabelle bei Gleber, Nachkriegsjahrzehnt (wie Anm. 1), S. 470.

31 Ebd., S. 470ff.

32 Vgl. Johannes Hauser, Der Neuaufbau der westdeutschen Filmwirtschaft, Pfaffenweiler 1989, S. 373f.

preis für eine Filmvorführung hatte vor dem Krieg 86 Pfennige betragen, er stieg bis 1947 auf über eine (Reichs-)Mark. In der unmittelbaren Nachkriegszeit ließen sich viele Kinobesitzer wegen Geldentwertung und akutem Brennstoffmangel mit Holz und Briketts bezahlen. Nach der Währungsreform pendelte sich der Eintrittspreis wieder beim Vorkriegsniveau ein. Das führte dazu, daß die Bruttoeinnahmen der Filmtheater stiegen. Unter der Besatzungsherrschaft lag die effektive Vergnügungssteuerbelastung mit etwa 25 Prozent ungewöhnlich hoch.[33] Die französische Militärregierung betrachtete sie als willkommenes Instrument, um durch Steuererleichterung oder gänzliche Befreiung französischer Filme die eigenen kulturellen, geistigen und politischen Maßstäbe durchzusetzen.

Die Zerstörung der Kinos ließ die zukünftigen Kinobetreiber nach geeigneten Räumlichkeiten Ausschau halten. Unzerstörte Säle waren jedoch in der Nachkriegszeit begehrte Objekte, was einen Ludwigshafener Hausbesitzer letztendlich dazu bewog, „seinen Saal, an dessen Erhaltung als Versammlungsraum die Parteien, Vereine, Tanzinstitute u.a. interessiert sind, schon deswegen nicht für den Ausbau als Lichtspieltheater zur Verfügung stellen, weil sich die Interessenten von der Beschaffung der Baumaterialien zu Dacheindeckung und Saalinstandsetzung stark bemüht haben."[34]

Auch das Fehlen von Vorführmaschinen machte den Besitzern der Lichtspieltheater zu schaffen. Zwar konnten glückliche und geschickte Kinobesitzer ihre wertvollen Objekte oftmals in Sicherheit bringen, sie mußten aber permanent mit Beschlagnahme rechnen, wenn sie die Geräte veräußern oder im neueröffneten Kino einsetzen wollten.[35] Die Ludwigshafener Kinobesitzerin Ida Mücklich hatte 1944 die erforderlichen Vorführapparate nach Mannheim-Friedrichsfeld ausgelagert, weil ihr Theater zerstört war. Da Mannheim in der amerikanischen Zone lag, mußte die Besitzerin bei der Militärregierung in Neustadt einen Antrag zur „Heimholung der ausgelagerten Filmgeräte" stellen. Dafür brauchte sie wiederum eine Bestätigung über die Zerstörung des Friesenheimer Kinos.[36] Als die Gefahr einer französischen Beschlagnahme gebannt war, galt es für Ida Mücklich, das Raumproblem zu lösen. Hier kam ihr die katholische Kirchengemeinde Sankt Gallus zu Hilfe und stellte den Gemeindesaal zur Verfügung.

---

33 Angaben nach ROEBER/JACOBY (wie Anm. 10), S. 333.

34 StA Ludwigshafen, Best. ZR I, Nr. 2462: Lichtspiele Friesenheim.

35 Vgl. Zeitzeugenbefragung des Autors mit Frau Hedwig Doll am 26.4.1994, StA Ludwigshafen, teilweise abgedruckt in: GLEBER, Nachkriegsjahrzehnt (wie Anm. 1), S. 492f.

36 StA Ludwigshafen, Best. ZR I/2462: Lichtspiele Friesenheim, 11.3.1946.

Stand ein Saal zur Verfügung, so waren die Probleme keinesfalls ausgestanden. „Der Ausbau war schwierig", wie der Zweibrücker Unternehmer Karl Becker zu berichten wußte: „Es war fast kein Material zu bekommen. Die Stützsäulen goß mir die Firma Buchheit, Stühle erhielt ich aus Rinnthal und eine Sägemehlofen konnte ich unter der Hand auftreiben."[37]

Doch selbst wenn das Lichtspielhaus bereits in Betrieb war, mangelte es oftmals an grundlegenden Vorrichtungen. Ein Speyerer Kinobesitzer wandte sich in seiner Not mit aller Diplomatie an die zuständigen Behörden, als nach einer Sicherheitsüberprüfung der Kreisbrandinspektion Glühbirnen, Feuerlöschvorrichtungen oder feuerbeständige Türen fehlten: „Als Behörde haben Sie bestimmt die Autorität und Verbindung, die fehlenden Gegenstände zu besorgen. Deshalb dürfen wir Sie vielleicht bitten, die Beleuchtungskörper für uns zu kaufen."[38]

Einige betriebsfähige Kinos oder einzelne Logenplätze wurden von der französischen Besatzungsverwaltung reserviert und für die Truppenbetreuung der Streitkräfte verwendet. Hier führte arrogante Besatzungswillkür mitunter zu Spannungen und Konflikten. Die Oggersheimer Kinobesitzerin Hedwig Doll mußte sogar zeitweise ins Gefängnis, weil sie es gewagt hatte, die oft ungenutzten Plätze an das schlangestehende deutsche Publikum zu vergeben.[39] In Speyer wurde das „Alhambra" zur Hauptvorführzeit für Franzosen reserviert. Deutsche Filmfreunde durften erst in die Spätvorstellungen, so daß sie gegen zweiundzwanzig Uhr in Warteschlangen am Kinoeingang den heimkehrenden Soldatenfamilien Spalier stehen mußten.[40]

Es waren oftmals Frauen, die die Schwierigkeiten der Nachkriegszeit meistern mußten. Das gängige Bild der "steineklopfenden Trümmerfrau" hatte auch beim Aufbau von Lichtspieltheatern reale Bezüge: War „Frau Theaterbesitzer" vor dem Kriege eine Seltenheit, so dominierten Frauen nach 1945 als Besitzerinnen der privaten Kleinkinos. Die Fachpresse[41] erklärte das Phänomen folgendermaßen: „Viele Frauen führen heute die Betriebe für ihre gefallenen oder nicht heimgekehrten Männer." Daß Frauen in der Männerdomäne der Filmtheaterwirtschaft keine Probleme hatten, wurde auch damals schon anerkennend festgestellt: „Die meisten Theater-

37 Helmut Lauer, "Das gab's nur einmal...". Eine Dokumentation zur Zweibrücker Kinogeschichte von 1901-1986, Zweibrücken 1986, S. 72.

38 StA Speyer, Best. VIII/C4 (b): Überprüfung der Lichtspieltheater, 15.12.1947.

39 Vgl. Zeitzeugenbefragung, in: Gleber, Nachkriegsjahrzehnt (wie Anm. 1), S. 492.

40 StA Speyer, Best. VIII/C4 (b); vgl. dazu auch Hoffmann/Schafer/Schwinke (wie Anm. 22), S. 9.

41 IFW 1949, Nr. 38, S. 494.

besitzerinnen sind vorsichtig, mißtrauisch und völlig illusionslos. In ihren geräumigen Handtaschen liegt neben der Puderdose das Dispositionsbuch, in dem Prozentsätze und Einnahmen fein säuberlich vermerkt sind."

## Lichtspieltheater in den pfälzischen Städten 1945-1949 – Bruch und Kontinuität

Überblickt man den Wiederaufbau des Lichtspielwesens in einigen Städten der Pfalz, so fallen zwei verschiedene Grundmuster auf: In vielen Städten war die Kinoszene durch den Krieg kaum in Mitleidenschaft gezogen worden, in drei Städten kam es dagegen zu einem völligen Neuaufbau des Lichtspielwesens.

In **Speyer**[42] war kein Umbruch der Kinolandschaft zu spüren. Das dreihundert Sitzplätze fassende „Palast-Theater" in der Karmeliterstraße und das ähnlich große „Alhambra-Kino" in der kleinen Himmelsgasse waren im Krieg unversehrt geblieben. Somit konnten nahezu übergangslos Filme gezeigt werden, wenngleich die Hauptvorführzeit des „Alhambra" den Angehörigen der Besatzungsmacht vorbehalten war. Mit den beiden Häusern war die Stadt Speyer offensichtlich nicht zufrieden. „Das einzige, was die Speyerer Kinos mit guten Kinos gemeinsam haben, wird wohl sein, daß es in ihnen auch dunkel ist",[43] lautete ein Bericht des zuständigen Stadtbauamtes. Am 29. Oktober 1950 erweiterte sich das Sitzplatzangebot um 300 Plätze, als in der Großen Greifengasse die „Kammer-Lichtspiele" ihre Pforten öffneten.

Die beiden ortsfesten Vorführstätten **Kaiserslauterns**[44], die bereits zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts gegründet worden waren, hatten den Krieg unbeschadet überstanden.[45] Regelmäßige Filmvorstellungen sind im „Central" und im „Union" seit dem 1. September 1945 nachweisbar. Mitte Oktober ging das „Capitol" in Betrieb. Dort fanden auch Theater- und Musikveranstaltungen statt. 1949 fanden 556.000 Besucher in den Kinotheatern der Westpfalzmetropole Unterhaltung. Den Einwohnern Kaiserslauterns standen Mitte 1950 1485 Sitzplätze zur Verfügung, auf 1000 Einwohner kamen 25 Sitzplätze.

---

42 Hoffmann/Schaper/Schwinke (wie Anm. 22), S. 17, vgl auch Speyerer Tagespost v. 11./12.11.1995, S. 15.

43 Hoffmann/Schaper/Schwinke (wie Anm. 22), Titelblatt.

44 Vgl. Detlef Kratz. Das Kino als Kulturfaktor. Das Beispiel Kaiserslautern, Magisterarbeit, Universität Mannheim 1989, S. 30.

45 Ebd., S. 27ff.

Ebenso wie in Speyer und Kaiserslautern knüpften die Kinos in **Neustadt an der Weinstraße**[46] an die Vorkriegszeit an. Die 1930 in einem Anbau des Saalbaus eröffneten gleichnamigen Lichtspiele überdauerten den Krieg ebenso unbeschadet wie die beiden vor dem Ersten Weltkrieg in der Friedrichstraße eröffneten Kinotheater „Palast" und „Metropol". Bis zur Eröffnung des „Roxy" im Jahre 1956 versorgten die drei von Jakob Simon betriebenen Theater die Bezirkshauptstadt.

Im bereits vor 1945 bestehenden „Corona-Theater" in **Landau**[47] wurden auch in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre wieder Filme gespielt. Wenige Jahre später führte das „Tivoli-Theater" die Tradition des bereits vor dem Krieg in der Königstraße bestehenden „Casino-Theaters" fort. 1953 eröffnete Frau K. Blumenfeld, die bereits das „Corona-Theater" und das Speyerer „Palast-Theater" besaß, die „Gloria-Lichtspiele" mit 700 Sitzplätzen in der Industriestraße der Südpfalzmetropole.[48]

In **Pirmasens**[49] eröffnete Heinrich Ohr in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre das „Walhalla-Theater", eines der beiden vor dem Krieg bestehenden Kinos. Der in der Landauer Straße residierenden Einrichtung folgten am 1. September 1950 die „Park-Lichtspiele" als zweite Vorführungsstätte. Der rund 600 Besucher fassende Raum wurde in der Gärtnerstraße neu errichtet. An gleicher Stelle befand sich vor dem Krieg eine Konzerthalle, in der bereits seit 1907 Filme vorgeführt worden waren.

Auch in der südpfälzischen Kleinstadt **Germersheim**[50] hatten die im ersten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts in der Sandstraße gegründeten „Zentral-Lichtspiele" die Kriegszeit unbeschadet überstanden und waren bis in die sechziger Jahre das einzige Kino der Stadt.

Anders als in den vorgenannten Städten kam es in **Ludwigshafen**[51] zu einem Umbruch des Lichtspielwesens. In der größten Stadt der französi-

---

46 Vgl. Adressbuch für Stadt und Bezirksamt Neustadt/Weinstraße, Neustadt/Weinstraße 1938; Adressbuch Neustadt an der Haardt, Stadt- und Landkreis, Neustadt/Haardt 1950; Die Rheinpfalz (Mittelhaardter Rundschau) v. 12.6.1993.

47 Adressbuch für Landau und die Südpfalz 1938, Landau 1938, S. 92; Adressbuch für Landau und die Südpfalz 1954, Landau 1954, S. 112.

48 Vgl. IFW 1953, Nr. 47, S. 1050.

49 Adressbuch der Stadt Pirmasens 1930/31, Pirmasens 1931, S. 226; Einwohnerbuch der Stadt Pirmasens 1948, Pirmasens 1948, Gewerbeverzeichnis S. 28; Adressbuch der Stadt Pirmasens 1951/52, Pirmasens 1952, Gewerbeverzeichnis S. 24; Parkkino Pirmasens, in: Leo 1997, Nr. 37, S. 8.

50 Mit der Kinematographie an den Schauplätzen der Geschichte..., in: Die Rheinpfalz (Pfälzer Tageblatt) v. 14.9.1996.

51 Vgl. GLEBER, Überlebensmittel (wie Anm. 3), S. 412ff.

schen Zone hatte das ehemalige UFA-Theater „Rheingold" als einziger Kinosaal die völlige Zerstörung der Kernstadt überlebt. Noch 1945 begann dort wieder ein unregelmäßiger Betrieb. Trotz der katastophalen Wohn- und Ernährungssituation strömten wieder Menschen in die Industriemetropole, die bereits 1946 mit über 100.000 Einwohner einzige Großstadt der französischen Zone wurde.[52] Im schwer zerstörten und übervölkerten Ludwigshafen fehlte es an unversehrten Sälen, an Baumaterial, Einrichtungsgegenständen und nicht zuletzt an Vorführgeräten. Das traditionsreiche, älteste Kino der Stadt, das bis 1943 in der Ludwigstraße bestehende „Union-Filmtheater", wurde aufgrund dieser schwierigen Verhältnisse erst zehn Jahre später an gleicher Stelle wieder aufgebaut.[53] Deshalb mußten die Ludwigshafener jedoch nicht viel länger auf Filmvorführungen warten als andere Pfälzer. Denn anders als in den übrigen Städten der Pfalz, wo Privatinitiative gefragt war, engagierte sich hier die Militärregierung beim Aufbau der ersten Kinos. Die erste Dauereinrichtung war das „Pfalzbau-Theater". Dieses Großkino lag zentral in der Ludwigshafener Innenstadt am Brückenkopf nach Mannheim. Im Zweiten Weltkrieg wurde die 1928 erbaute, zum ehemaligen UFA-Konzern gehörende größte Filmvorführstätte der Region mit 1374 Sitzen schwer beschädigt. Die bei der Besatzungsbehörde angesiedelte UFA-Treuhandverwaltung stellte ein Kino mittlerer Größe in einem ehemaligen Garderobenraum her, so daß der „Pfalzbau" bereits am 29. September 1945 wiedereröffnet werden konnte.[54] Die besondere Unterstützung der Militärregierung zeigt sich daran, daß es weitere neun Monate dauerte, bis private Unternehmer die bereits geschilderten typischen Nachkriegshürden bei der Einrichtung eines Lichtspieltheaters überwinden konnten.

Erst am 14. Juni 1946 eröffnete Hedwig Doll mit dem „Lichtspielhaus am Schillerplatz" das zweite Ludwigshafener Kino im etwa acht Kilometer von der Innenstadt entfernten Vorort Oggersheim. Bereits seit den dreißiger Jahren hatte sich hier das „Tonbild-Theater" eingemietet, bis das Gebäude im Krieg schwer zerstört worden war. Das Oggersheimer „Tonbild", das Vorgängerunternehmen des „Lichtspielhauses am Schillerplatz", fand noch 1946 eine notdürftige Bleibe im Saal der Gaststätte „Wittelsbacher Hof", der regelmäßige Spielbetrieb lief jedoch sofort an.

---

52 Michael Erbe, La fin de guerrre et le renouveau. Ludwigshafen à "la première heure", in: Historiens & Géographes. Revue de l'Association des Professeurs d'Histoire et de Géographie 357 (1997), S. 350.

53 Vgl. dazu IFW v. 21.11.1953, S. 1024.

54 Die Rheinpfalz v. 3.10.1945; Ludwigshafener Wochenblatt v. 28.8.1996.

Als zweites innenstädtisches Großkino nahm das „Rheingold"-Theater im Hemshof seinen regulären Spielbetrieb auf. Das wie der „Pfalzbau" im Herbst 1928 eingerichtete Kino war erst seit 1935 „UFA-Palast" und bot Platz für 1200 Zuschauer. Noch 1945 lief ein unregelmäßiger Spielbetrieb wieder an. Zunächst mußten sich die Filmvorführungen den Saal mit anderen Veranstaltungen teilen. Sogar Theatervorstellungen - beispielsweise „Die Fliegen" von Jean-Paul Sartre - fanden hier statt. 1946 half das Ludwigshafener Chemieunternehmen BASF mit einer finanziellen Zuwendung, dem Saal wieder ein nobles Ambiente zu verleihen: „Mit der Erwartung, daß mit der Errichtung dieser Heimstätte der Kultur viele Tausende unserer Bürger frohe Entspannung und Erholung finden mögen, um dann mit frischem Mut zum Alltagsschaffen zurückzukehren" wurde am 2. Juli 1946 die Wiedereröffnung gefeiert. Mit dem „Pfalzbau" und dem „Rheingold" hatte die UFA-Treuhand-Gesellschaft nun in der Ludwigshafener Innenstadt eine Monopolstellung. Angeboten wurden drei Vorstellungen am Tag und eine Nachtvorstellung mit eigenem Programm.

Die Situation des Ludwigshafener Lichtspielwesens änderte sich erst 1948, als sich die Zahl der Theater auf sechs erhöhte: „Skala" nannte sich die ambulante Spielstätte, die am 8. Januar 1948 in der Goetheschule in Oppau eröffnet wurde. Im Unterschied zu den anderen Kinos gab es hier im Eröffnungsjahr noch kein Vollprogramm, erst 1949 begann ein regelmäßiger Spielbetrieb. In Friesenheim eröffnete Ida Mücklich am 17. April 1948 die „Metropol-Lichtspiele". Sie war die Witwe eines bekannten Hemshöfer Kinobesitzers der Vorkriegszeit. Ihr kam die katholische Kirchengemeinde Sankt Gallus zu Hilfe und stellte den Gemeindesaal zur Verfügung.

Im Gründungsjahr der Bundesrepublik, 1949, erlebte die Kinolandschaft einen tiefgreifenden Wandel: Die Zahl der Spielstätten war auf zehn angewachsen. Alle Neueröffnungen fanden in den Vororten statt. In Rheingönheim, im Süden von Ludwigshafen, eröffnete am 10. Februar 1949 das „Capitol" in der Hauptstraße 57. Dann ging alles Schlag auf Schlag. Am 17. Juni bekam die Gartenstadt ein Kino im Volkshaus, Weißdornhag 1. In der Mundenheimer Bahnhofstraße 36 eröffnete der Zweibrücker Kinounternehmer Jakob Schließmeyer am 30. Juli die „Kasino-Lichtspiele". Der Kinosaal mit maximal 400 Sitzplätzen wurde im evangelischen Gemeindesaal eingerichtet. Am 15. Oktober nahm in der Mundenheimer Straße das „Raschig-Filmtheater" seinen Betrieb im Veranstaltungssaal der gleichnamigen Chemiefirma auf.

Ähnlich wie in Ludwigshafen hatte auch in **Frankenthal**[55] keines der zwei Lichtspielunternehmen den Krieg überlebt. Als letztes hatte das 1942 notdürftig hergerichtete „Filmtheater im Feierabendhaus" zum Jahresende 1944 den Filmbetrieb wegen der Zunahme der alliierten Luftangriffe eingestellt. Der neue Betreiber Ernst Etzbach eröffnete es jedoch bereits am 23. Dezember 1945 wieder.

Ein zweites Kino, das 750 Besucher aufnehmen konnte, wurde zweieinhalb Jahre später in den Räumen der Lehrwerkstatt der Berufsschule in der Rosa-Luxemburg-Straße eingerichtet. Am 15. Mai startete Heinrich Obelode dort den Betrieb der „Capitol-Lichtspiele". Damit standen den Freunden des Films insgesamt 1400 Sitzplätze zur Verfügung. Nach Presseberichten gingen die Frankenthaler in der Nachkriegszeit besonders „gerne ins Kino".[56] 1948 gehörte die Stadt mit vierzehn Kinobesuchen pro Einwohner zur Spitzengruppe in den drei westlichen Besatzungszonen.

Auch in **Zweibrücken**[57] kam es zu einem grundlegenden Neuanfang des Kinos. Am 7. Januar 1945 war im Rahmen eines amerikanischen Bombenangriffs das letzte betriebsbereite Theater, die Rathaus-Lichtspiele, zerstört worden. Nur der Vorführraum und die wertvollen Maschinen blieben heil. Mit diesem Material gründete der bereits oben erwähnte Jakob Schließmayer das „Central-Lichtspieltheater". Der in Stambach (Kreis Zweibrükken) geborene Schließmayer hatte bereits während des Krieges im Raum Dresden ein Lichtspieltheater besessen und war damals mit 21 Jahren jüngster Betreiber Deutschlands. Am 10. März 1946 begann die Vorführung in der Turnhalle des Zweibrücker Mädchenlyzeums. Bereits am 1. Oktober des gleichen Jahres standen den Einwohnern der westpfälzischen Stadt die „Union-Lichtspiele" im Saal Emmerich in Ixheim zur Verfügung. Betreiber war der Rundfunkmechaniker Fritz Reichardt, der bereits sechs Wochen später in Niederauerbach im Saal Schmideder das dritte Zweibrücker Nachkriegskino – das „Capitol"– einrichtete. Am 25. November 1949 eröffnete Familie Arens, die bereits vor dem Kriege ein gleichnamiges Kino besessen hatte, mit den Kammer-Lichtspielen den ersten Kinoneubau. Mit 1002 Sitzplätzen und modernster technischer Ausstattung hatte es Großstadtniveau und war nach dem Ludwigshafener „Rheingold" das zweitgrößte Theater der Pfalz. Ende der vierziger Jahre gab es in der Stadt vier Kinos mit insgesamt 2200 Sitzplätzen bei einer Einwohnerzahl von etwa 25.000!

55 Vgl. Wolfgang Bressler, 100 Jahre Kino. Die Frankenthaler Filmtheater und ihre Geschichte, Frankenthal 1996, S. 11ff.; Einwohnerbuch Frankenthal 1937, Frankenthal 1937, S. 332.

56 Die Rheinpfalz v. 4.1.1950.

57 Vgl. Lauer (wie Anm. 37), S. 68ff.

Kino war nach dem Krieg eine Vergnügungseinrichtung der Städte oder stadtnahen Gebiete. Erst zu Beginn der fünfziger Jahre drang das Kino verstärkt in die kleineren Gemeinden vor. So eröffneten beispielsweise 1953 in Mußbach, Hochspeyer, Roxheim, Weisenheim am Sand und Bruchmühlbach Lichtspielhäuser mit einem Fassungsvermögen von bis zu 300 Besuchern.[58]

## Das Kinoprogramm: UFA-Komödien und französische Filmkunst

Die besatzungspolitischen Beschränkungen der Franzosen zwischen 1945 und der Bildung der Trizone 1948 lassen sich am besten durch einen Blick auf das zeitgenössische Kinoprogramm veranschaulichen. In welchen Ländern wurden die Filme hergestellt und welche Inhalte haben sie transportiert?

Die Palette der angebotenen Filme in den einzelnen Zonen unterschied sich vor allem hinsichtlich der Herstellerländer. Vergleicht man die Programme der in zwei verschiedenen Besatzungszonen liegenden Schwesterstädte Ludwigshafen und Mannheim[59], so lassen sich viele, offensichtlich besatzungspolitisch motivierte Unterschiede feststellen.

Zwei Drittel der 1945 in Ludwigshafen gezeigten Filme waren deutsche Reprisen, d.h. sie waren vor Kriegsende in Deutschland produziert worden. Der Rest bestand aus französischen Streifen. Das Kinoprogramm im zur US-Zone gehörenden Mannheim beinhaltete nur amerikanische Produktionen. Hier wird die ökonomische Stärke der amerikanischen Filmwirtschaft sichtbar, die keine Synchronisationsprobleme kannte. Hinzu kam die anfänglich rigide Säuberungspolitik der amerikanischen Besatzungsbehörden. Alle deutschen Filme wurden zunächst aus dem Verleih genommen und einer umfassenden Zensur unterzogen. Weil Kopien fehlten konnte die Section Cinéma keine vergleichbare Menge französischer Filme anbieten, um die neueröffneten Kinos flächendeckend zu versorgen. Sie mußten vorläufig auf Reprisen aus Hitler-Deutschland zurückgreifen, um das Angebot in den wiedereröffneten Kinos zu sichern.

---

58 IFW 1953, Nr. 4, S. 77 und Nr. 12, S. 246.

59 Vgl. Stefan Berninger/Bernd Dieterle/Frank Dziersk/Michael Kremer/Peter Martin/Sigrid Rossteuscher/Martina Sauer/Claudia Scherer/Gerd Teynor/Claudia Wertheim, "... und das Leben geht weiter ...". Kinotheater in Mannheim 1945-1949, unveröffentlichter Projektbericht, Universität Mannheim 1989; vgl. auch Gleber, Nachkriegsjahrzehnt (wie Anm. 1), S. 495ff.

Der rasche Neuaufbau der Filmwirtschaft und der Druck der Behörden auf die Kinobesitzer führte in Ludwigshafen bereits 1946 zum Gleichstand zwischen deutschen Filmen und Produktionen aus dem Besatzungsland. In Mannheim entstand ein Jahr später ein ähnliches Angebotsmuster. Neben amerikanischen Filmen bestimmten dort die wieder zugelassenen deutschen Reprisen das Kinoprogramm.

Nach dem wirtschaftlichen Zusammenschluß der drei westlichen Zonen im Jahre 1948 und der Währungsreform kam es im Gründungsjahr der Bundesrepublik zu einer Angleichung des Filmangebots in den beiden Schwesterstädten. Insgesamt wurde das Spielfilmangebot sehr viel bunter als in den Vorjahren. In Ludwigshafen nahm die Bedeutung französischer Produktionen ab, in Mannheim verringerte sich das Gewicht der US-Filme. Es liegt die Vermutung nahe, daß die Politik der Besatzer zwischen 1945 und 1947, die jeweils aus dem eigenen Land kommenden Produktionen künstlich zu fördern, zu einer Übersättigung der Zuschauer geführt hatte. Die Währungsreform beeinflußte das Verhalten der Kinogänger, da sie nun mit der D-Mark sparsamer umgingen und sich beim Kinobesuch stärker als bisher von ihrem Interesse leiten ließen. Der trizonale Filmaustausch bedeutete zudem das Ende der Abgrenzungspolitik der Franzosen gegenüber der britisch-amerikanischen Bizone. Die Verleiher konnten fortan die pfälzischen Kinobesitzer mit einer breiten Palette internationaler Filme ausstatten. Das Interesse der pfälzischen Besucher am internationalen Filmangebot war da, nach einer langen Phase der Beschränkungen durch Nationalsozialismus und danach durch französische Besatzungsbehörden. Trotz der Internationalisierung des deutschen Filmangebotes seit 1949 war immer noch eine Dominanz deutscher Filme in Ludwigshafen und Mannheim festzustellen, mit zunehmender Tendenz zum deutschen Nachkriegsfilm. Dabei läßt sich, ebenso wie 1946-48 auch, ein Unterschied zwischen innerstädtischen Bereichen und Peripherien feststellen: In den Vorort-Kinos wurden deutsche Produktionen, davon besonders Reprisen, favorisiert. In den Innenstadtkinos wurden dagegen wesentlich mehr ausländische Filme gezeigt. Diese allgemeine Entwicklung wurde in Ludwigshafen vor allem 1946 durch die Intervention der Besatzungsbehörden verstärkt, die dort über die beiden treuhänderisch verwalteten UFA-Theater verfügten.

Vergleicht man die Entwicklung des Filmangebots in Ludwigshafen mit der in Kaiserslautern (1945-1947), so fällt auf, daß in Kaiserslautern wesentlich mehr deutsche Reprisen angeboten wurden und dafür weniger französische Filme[60]. Die Stärke deutscher Reprisen im Kapitulationsjahr und

60 Vgl. KRATZ (wie Anm. 44), S. 58ff. und GLEBER, Nachkriegsjahrzehnt (wie Anm. 1), S. 495.

die grundsätzliche Bipolarität zwischen deutschen und französischen Filmen im Filmangebot in den Jahren 1946/47 ist jedoch auch in Kaiserslautern sichtbar. In Speyer läßt sich 1949/50[61] eine Angebotsvielfalt feststellen, die der Situation in Ludwigshafen ähnlich ist.[62] Beim dortigen, nach Produktionsländern geordneten Spielfilmangebot läßt sich die gleiche Rangfolge wie in Ludwigshafen feststellen. Auch bei der Untersuchung der Angebotspaletten in Kaiserslautern und in Speyer kann man Parallelen zu Ludwigshafen erkennen.

Insbesondere der Vergleich zwischen Ludwigshafen und Mannheim stellt klar: Außer der räumlichen Einbindung, der Sozialstruktur u.a. bestimmte vor allem die Zugehörigkeit zur einen oder anderen Besatzungszone das Spielfilmangebot verschiedener Städte zwischen 1945 und 1949. Mit Sicherheit lassen sich die drei herausgefilterten Phasen auch in anderen pfälzischen Städten beobachten. Der am Beispiel von Ludwigshafen festgestellte Angebotsunterschied zwischen Zentrum und Vororten zugunsten deutscher Produktionen läßt zudem auch Schlüsse auf den ländlichen Raum zu. Man kann davon ausgehen, daß Untersuchungen im überwiegend ländlichen und kleinstädtischen Bereich der französischen Zone eine noch eindeutigere Dominanz deutscher Filme ergeben hätte als bei den hier zugrundeliegenden Untersuchungen.[63] Die Normalisierung des Filmangebotes 1949/50 beendete die Sonderstellung der französischen Zone. In den fünfziger Jahren gab es keine signifikanten Abweichungen des pfälzischen Kinoangebots von der allgemeinen Entwicklung in Deutschland.[64] Deutsche und amerikanische Spielfilme beherrschten fortan gleichermaßen den Markt.[65]

Von 1945 bis 1950 bildeten deutsche Reprisen aus der Zeit vor der Kapitulation und Überläufer die größte Gruppe auf dem Spielplan der pfälzischen Kinos. Die Section Cinéma untersuchte zwar die UFA-Streifen auf

61 Aufgrund mangelnder Quellenlage konnte die Arbeit von Hoffmann u.a. das Kinoangebot zwischen 1945 und 1948 nicht berücksichtigen: vgl. HOFFMANN/SCHAFER/SCHWINKE (wie Anm. 22), S. 20.

62 Vgl. GLEBER, Nachkriegsjahrzehnt (wie Anm. 1), S. 495.

63 Vgl. hierzu auch Martin LOIPERDINGER, Amerikanisierung im Kino? Hollywood und das westdeutsche Publikum der Fünfziger Jahre, in: Theaterzeitschrift. Beiträge zu Theater, Medien, Kulturpolitik 28 (1989), S. 54.

64 Vgl. zur Entwicklung in den fünfziger Jahren in der Pfalz: GLEBER, Nachkriegsjahrzehnt (wie Anm. 1), S. 500f.; LAUER (wie Anm. 37), S. 82ff.; KRATZ (wie Anm. 44), S. 88ff.; Tobias BLATZ/André DINZLER, Film und Kino im Jahre 1955, in: Kino in Ludwigshafen am Rhein. Eine Zusammenstellung des Kinospielplans anhand der empirischen Analyse der Tageszeitung "Die Rheinpfalz", unveröffentlichter Projektbericht, Universität Mannheim 1997.

65 Vgl. Filmblätter 1960, Nr. 52/53, abgedruckt in LOIPERDINGER (wie Anm. 63), S. 55.

NS-Propaganda, wurde jedoch selten fündig. Denn eindeutige Propaganda-Filme, wie „Hitlerjunge Quex" (1933), „Jud Süß" (1940) und der aufgrund des nahenden Zusammenbruchs nicht mehr verbreitete Durchhaltefilm „Kolberg" (1945), stellten eine verschwindende Minderheit unter der riesigen Auswahl an NS-Filmen dar.

Die von Reichspropagandaminister Josef Goebbels vertretene Strategie der subtilen Beeinflussung hatte auf die technisch bewährte und weltberühmte UFA-Qualität gesetzt und das Unterhaltungsbedürfnis der Kinobesucher ausgenutzt. Zugleich beinhalteten die UFA-Streifen subtile allgemein akzeptierte, konservativ-autoritär getönte Normen und Werte, zu deren Kanon es gehörte, „Politik" erst gar nicht zu thematisieren. „Quax, der Bruchpilot", ein 1943 uraufgeführtes Lustspiel mit Heinz Rühmann in der Hauptrolle, ermöglichte der Bevölkerung ein Ausbrechen aus dem Bombenalltag und stärkte zugleich deren Durchhaltevermögen.

Die gleichen Gründe führten diese Filme in der Nachkriegszeit zum Erfolg: Die Menschen der Trümmerzeit vergaßen den grauen, deprimierenden und von Not geprägten Alltag, wenn sie die Stars der „guten, alten Ufa-Zeit" wiedersahen. Die französische Besatzungsmacht mußte diese Filme zunächst mangels eigener Alternativen akzeptieren, was für sie keineswegs unerwünschte Folgen hatte: Komödien rissen die Nachkriegsdeutschen aus der Lethargie und förderten ihren Aufbauwillen. Im Gegensatz zu den deutschen Reprisen bestach das Angebot an französischen Kriegsproduktionen nicht nur durch technische Qualität, sondern vor allem durch die anspruchsvollere Themenauswahl. Die französischen Filme im Verleih der IFA waren vor allem Krimis, Melodramen und Abenteuerfilme, genau die gleiche Sujets zeigten sich auch in den Programmen der Ludwigshafener Kinos.[66]

„Franzosen dichten Filme" beschrieb es in der Nachkriegszeit der Filmexperte Johannes Eckardt: „Der französische Film hat (...) die Tradition seiner Romanciers fortgesetzt."[67] Die Qualität des französischen Films war in Deutschland unbestritten. Im Jahre 1948 wurde Marcel Carnés „Die Kinder des Olymp" („Les enfants du paradis", 1943-1945) in einer Umfrage bei den westdeutschen Kinotheaterbesitzern zum künstlerisch besten Film gekürt.

Von den deutschen Kinogängern wurden jedoch die Produktionen unserer westlichen Nachbarn nur zögerlich akzeptiert. Aufführungen von Filmen aus Frankreich waren meist nur spärlich besucht. Da die Kinos bei Vorführungen deutscher Streifen überfüllt waren, sich jedoch die Nachfra-

66 Gleber, Überlebensmittel (wie Anm. 1), S. 419ff.; IFW 1948, Nr. 42, S. 402ff.
67 IWF 1949, Nr. 11, S.168.

ge nach französischen Produktionen beim deutschen Publikum in Grenzen hielt, mußte ihre Verbreitung gefördert werden. Bei der IFA galt 1946 die Regel, daß jeder Kinobesitzer, der einen deutschen Film ausleihen und vorführen wollte, auch eine französische Produktion zeigen mußte.[68] Bei der Eröffnung des Oggersheimer „Lichtspielhauses am Schillerplatz" im Juni 1946 war die Musikkomödie „Rosen in Tirol" angekündigt. Der Film wurde 1940 in Deutschland von Géza von Bolváry nach der Operette „Der Vogelhändler" mit Johannes Heesters, Hans Moser und Theo Lingen inszeniert und hätte ein Kassenschlager werden können. Die zuständige Unterbehörde der Section Cinéma in Ludwigshafen ordnete jedoch die Aufführung des französischen Kriminalfilmes „Fallensteller" („Pièges", 1939) an. Die Zweibrücker „Zentral"-Lichtspiele mußten im März des gleichen Jahres ebenfalls mit einem französischen Film eröffnet werden.

Im Beiprogramm wiesen regelmäßig gezeigte Wochenschauen und allmählich auch Dokumentarstreifen auf die Verantwortung der Deutschen für die nationalsozialistische Gewaltherrschaft hin: Im April 1946 lief beispielsweise im Beiprogramm verschiedener Ludwigshafener Lichtspielhäuser der Dokumentarfilm „Todeslager".[69] Zwei Monate später ordneten der Zweibrücker Oberbürgermeister, der Landrat und die Antifaschistische Vereinigung den Besuch des KZ-Films „Die Lager des Grauens" an, der für jeden Einwohner ab 16 Jahren Pflicht war.[70] Die kostenlosen Vorstellungen im „Zentral"-Theater waren nach Stadtvierteln und den Namen der Zweibrücker Bürger organisiert. Wer nicht teilnahm, bekam keine neue Lebensmittelkarte. Im gleichen Theater lief am 25. Oktober 1946 der Dokumentarfilm „Nürnberger Prozeß".[71] Auf Betreiben der Direction de l'information wurde ein Jahr später in der gesamten französischen Zone der Umerziehungsstreifen „Un an après" gezeigt. Er führte den Besiegten die moralischen und materiellen Folgen ihrer totalen Niederlage vor. Doch zur schonungslosen Bilanz waren die Besiegten noch nicht in der Lage, die deutschen Kinobesucher reagierten teilweise mit Ablehnung.[72] Obwohl die französischen Besatzer erst 1946 mit der Aufarbeitung der Vergangenheit

68 Lauer (wie Anm. 37), S. 72 u. 82.

69 Unveröffentlichter Kino-Spielplan 1946 von Ludwigshafen, zusammengestellt von Karl-Friedrich Michel, im Besitz des Autors.

70 Lauer (wie Anm. 37), S. 83.

71 Ebd.

72 Vgl. auch Angelika Ruge-Schatz, Grundprobleme der Kulturpolitik in der französischen Besatzungszone, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die Französische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1983, S. 91-110, hier S. 108.

mittels des Mediums Kino begannen, taten sie dies umso nachhaltiger, als sich in der amerikanischen und britischen Zone bereits 1946/47 der Wille zu Umerziehung und Entnazifizierung durch den Film erschöpft hatte.

Der Film der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde vor allem durch den Mangel an technischen Voraussetzungen, wie Rohfilm, Studios und Kamerawagen geprägt. Es mußte improvisiert werden. So entwickelte sich aus der Not heraus etwas Neues, das aber in filmischer Kontinuität zum Alten stand - der Trümmerfilm.[73] Fast alle zwischen 1946 und 1950 gedrehten Filme zeichneten sich durch Zeitnähe aus, indem sie entweder den Nationalsozialismus oder die Gegenwart der Nachkriegszeit behandelten. Der erste deutsche Films „Die Mörder sind unter uns" (1946) von Wolfgang Staudte entlarvt einen Nachkriegsfabrikbesitzer als Massenmörder, läßt aber offen, ob und wie er bestraft werden soll. Die Produktion der „Deutschen Film AG", Ost-Berlin,wurde erstmals im Mai 1947 in Ludwigshafen aufgeführt, zwei Monate vor der Erstaufführung in den beiden anderen westlichen Besatzungszonen. Die nachfolgenden Trümmerfilme gehen weniger offen mit der deutschen Vergangenheit um als Staudte. Täter werden verdunkelt, entpersonifiziert, der Wirklichkeit entrückt, als das Böse schlechthin dargestellt. Die Streifen der unmittelbaren Nachkriegszeit beschränken sich meist auf die Bewältigung des privaten Schicksals Einzelner, wie „In jenen Tagen" (1947), der erste Film von Helmut Käutner, beweist. Er bestärkte die Sicht vieler Deutscher von der Ohnmacht des Einzelnen gegenüber dem Nationalsozialismus. Obwohl der Trümmerfilm den Zuschauern nur ansatzweise die Beschäftigung mit der Vergangenheit abverlangte, war er nicht besonders populär, wie die Kinofachzeitschrift der französischen Zone zu berichten wußte: „'Bloß nicht wieder Ruinen' stöhnte das Publikum schon beim zweiten Nachkriegsfilm, denn es will Illusionen, es will die Wahrheit und die Folgen einer Entwicklung nicht länger sehen, als es dazu gezwungen ist."[74] Viele deutsche Kinogänger flüchteten sich deshalb lieber zu den Überläufern oder sie begeisterten sich am neu aufkommen-

---

73 Zum Film in der Trümmerzeit vgl. PLEYER (wie Anm. 7), S. 51ff.; Friedrich P. KAHLENBERG, Film, in: Wolfgang BENZ (Hrsg.), Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Bd. 4 (Kultur), Frankfurt/Main 1989, S. 465ff., hier S. 467ff.; Hermann GLASER, Kleine Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1989, Bonn 1991, S. 119ff.; Klaus KREIMEIER, Der westdeutsche Film in fünfziger Jahren, in: Dieter BANSCH (Hrsg.), Die fünfziger Jahre. Beiträge zu Politik und Kultur, Tübingen 1985, S. 283ff., S. 290ff.; Claudius SEIDL, Die große Lüge. Das deutsche Kino im Jahre Null, in: Spiegel special (Die Deutschen nach der Stunde Null 1945-1948), 1995, Heft 4, S. 71ff.; Irmgard WILHARM, Die verdeckten Spuren des Kalten Krieges im deutschen Unterhaltungsfilm, in: Magazin, Deutsches Historisches Institut Berlin, 5 (1992), S. 193ff.

74 IFW 1949, Nr. 22, S. 250.

den Trivialfilmgenre. Der Heimatfilm „Schwarzwaldmädel" mit Sonja Ziemann und Rudolf Prack in den beiden Hauptrollen brach 1950 alle Zuschauerrekorde und zeigte damit den deutschen Filmemachern den Weg zum Erfolg. Der Trümmerfilm, dem man insgesamt gesehen künstlerische und inhaltliche Wagnisse nicht völlig absprechen kann, war nicht mehr gefragt.

## Zusammenfassung

„(...) alles, was einst die poetische und soziale Größe des deutschen Films ausmachte, ist gewiß nicht völlig tot. Wenn das Leben in Freiheit wiederkehrt, findet auch die Kunst zu ihren Quellen zurück."[75] Dieser Satz des französischen Filmkritikers und Widerstandskämpfers gegen den Nationalsozialismus, Georges Altman, klingt wie ein Programm der französischen Besatzungspolitik, die sich deutlich von den Konzepten der anderen Siegermächte abhob. Während die sowjetische Besatzungsmacht Film in erster Linie als Propagandainstrument betrachtete, waren Amerikaner und Briten der Ansicht, der Spielfilm sei vor allem eine industriell hergestellte Ware.[76] „Die Kulturpolitik in der französischen Zone war, insgesamt betrachtet, vor allem eine Politik der Besatzungsmacht. Ihr Ziel war eine geistige und damit auch eine politische Umgestaltung Deutschlands."[77] Die Franzosen perzipierten das Medium Film als kulturelles Erziehungsinstrument.

Bei Kriegsende gab es in der französischen Zone außer den größtenteils zerstörten Kinotheatern, keinerlei Grundlagen für Film und Kino. Innerhalb weniger Monate leistete die Section Cinéma Enormes, was auch in der Pfalz sichtbar wurde. Neustadt wurde als Sitz der Internationalen Film Allianz zur Drehscheibe im Filmhandel. Dort entstand auch die erste Verleihgesellschaft mit deutscher Beteiligung. In Ludwigshafen setzte die Militärregierung mit dem Wiederaufbau der beiden Großkinos Pfalzbau und Rheingold erste Akzente bei der Wiederbelebung des Lichtspielbetriebs. In den anderen Städten und Gemeinden der Pfalz mußten dagegen Privatleute, häufig unter abenteuerlichen Bedingungen und unter der Aufsicht der Besatzungsbürokratie, Pionierleistungen erbringen.

---

75 Georges Altmann, Der deutsche Film vor Hitler, in: Die Quelle. Zeitschrift für Theater, Musik, Film in der Französischen Zone, 2 (1947), S. 61.

76 Vgl. Pleyer (wie Anm. 7), S. 37.

77 Rüge-Schatz (wie Anm. 72), S. 110.

Im Programmangebot der pfälzischen Kinos spiegeln sich zwei widersprüchliche Zielvorgaben wider. Zum einen sollte das deutsche Kinopublikum durch ein französisches Filmangebot mit einer anspruchsvollen Themenpalette auf die künstlerische Qualität und damit auf die Überlegenheit der „civilisation française" hingewiesen werden. Zum anderen machten es sich die Besatzungsbehörden zur Aufgabe, die zunehmend lethargisch-depressive Grundstimmung der Deutschen angesichts totaler Niederlage und Zerstörung zu bekämpfen. Wenn es sein mußte, sollten die Kinos den Zuschauern in der Pfalz qualitativ schlechtere und unterschwellig reaktionäre NS-Produktionen als „Überlebensmittel" anbieten. Verständigung statt Konfrontation - das war zunehmend die Devise der Kulturpolitik der französischen Besatzungsregierung und die Voraussetzung für die Weiterentwicklung der deutsch-französischen Beziehungen.[78] Angesichts der Funktion als „Seelentröster", Nachrichtenübermittler (Wochenschauen) und als Erziehungs- und Propagandainstrument kann kaum bestritten werden, daß die pfälzischen Kinos in der Nachkriegszeit weit mehr als ein Wirtschaftsfaktor waren und eine wesentlich wichtigere Bedeutung als heute hatten.

Nach dem Zusammenschluß zur Trizone und der Gründung der Bundesrepublik endete der Sonderweg von Film und Kino im französischen Besatzungsgebiet und damit auch in der Pfalz. Die beiden Verleihfirmen verließen Neustadt und verlegten ihren Sitz nach Frankfurt am Main. Das pfälzische Kinopublikum orientierte sich am Geschmack der westdeutschen Metropolen. Französische Filme verloren dabei völlig an Bedeutung. Eine außergewöhnliche, durch die Besatzungspolitik herbeigeführte Entwicklung fand ein schnelles Ende.

78 Ebd.

**Christlich-Demokratische Union Ludwigshafen**

Zu der am

**Sonntag, 2. Juni 1946, nachm. 2³⁰ Uhr**

im „Rheingold"-Theater, Prinzregentenstraße (Eingang Marienstraße) stattfindenden öffentlichen

# KUNDGEBUNG

ergeht hiermit Einladung.

ES SPRICHT
RECHTSANWALT **DR. JOSEF MÜLLER**
LANDESLEITER DER CDU MÜNCHEN

THEMA

## Ziele und Aufgaben der CDU

Die Veranstaltung wird musikalisch umrahmt.

*Der Vorstand*

# Pfälzische Landestreue – Koblenzer Dominanz? Die Anfänge der CDU

**Anne Martin**

Am 13. Dezember 1945 wurden in der Pfalz wie überall in der französischen Zone demokratische Parteien offiziell wieder zugelassen. Drei Monate später, am 5. März 1946, genehmigte die französische Besatzungsbehörde in Neustadt die „Christlich-Demokratische-Union" für die Provinz Rheinhessen-Pfalz. Die neue Partei, angetreten mit dem Ziel, die konfessionelle Spaltung im politischen Bereich zu überwinden, ging aus den ersten Wahlen vom Herbst 1946 als stärkste Kraft hervor. Mit in der Pfalz insgesamt 39,1 Prozent der Stimmen bei den Gemeindewahlen vom 15. September 1946 - im Kreis Landau waren es 59,7, in Neustadt-Land 43, Pirmasens-Stadt 49,4, Pirmasens-Land 55,4, Speyer-Stadt 49, Speyer-Land 65,2 und Zweibrücken-Stadt 45,9 Prozent - und 42,4 Prozent der Stimmen bei den Kreistagswahlen vom 13. Oktober 1946 erzielte sie auf Anhieb ein deutlich besseres Ergebnis als die seit der Jahrhundertwende in diesem Teil Deutschlands stark verankerte SPD.[1]

Während die breite Zustimmung, die die pfälzische Union ein halbes Jahr nach ihrer Konstituierung in der Bevölkerung fand, eine frühe Geschlossenheit vermuten lassen könnte, weist die mit erheblicher Verzögerung erfolgte Lizenzierung auf einen schwierigen Gründungsprozess hin.[2] Die Anfänge der CDU in der Pfalz waren in der Tat mühevoll; sie standen im Zeichen konkurrierender Entwürfe und persönlicher Fehden. Nicht nur, dass hier die Unionskonzeption in Zentrumskreisen auf Ablehnung stieß, auch in den Vorstellungen ihrer Befürworter taten sich Gegensätze auf, die zu unterschiedlichen Standortbestimmungen der neuen Partei im Rechts-Links-Spektrum und zum Nebeneinander pronociert föderalistischer und eher auf die Einheit Deutschlands gerichteter Strömungen führten. Zusätzlich erschwert wurde das Bündeln der Kräfte durch die alte Animosität zwischen den Anhängern des Zentrums und denen der Bayerischen Volkspartei (BVP).

1 Bei den ersten Landtagswahlen im Mai 1947 wurde die CDU dann von der SPD überholt. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten wechselte das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Volksparteien immer wieder.

2 Siehe Anne MARTIN, Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 19), Mainz 1995. Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um einen Auszug aus dieser Studie.

Den gründlichsten Einblick in den Aufbau der pfälzischen CDU geben uns die Schriften des Landauer Volksschulrektors und Bürgermeisters Gustav Wolff. Wolffs mit großem Fleiß und starker innerer Beteiligung verfasste Skizzen der regionalen Gründungsverläufe sind von hohem Informationswert, wobei freilich hinzuzufügen ist, dass der Chronist stets dazu neigte, seinen Anteil an der Entwicklung als den bedeutendsten herauszustellen. Wolff beanspruchte später für sich, gemeinsam mit dem katholischen Pfarrer Johannes Finck aus Limburgerhof „Urgründer" der CDU in der Pfalz gewesen zu sein.[3] Finck und er - beide hatten vor bzw. bis 1933 zur engeren Vorstandschaft des pfälzischen Zentrums gehört - seien bereits im September 1944 nach langer Aussprache übereingekommen, nach dem Untergang des Dritten Reiches nicht an der Zeit vor 1933 anzuknüpfen, sondern den Versuch zu wagen, eine evangelische und katholische Christen miteinander verbindende politische Partei zu gründen.[4] Dabei hätten sie sich von der festen Überzeugung leiten lassen, dass die politische und kulturelle Erneuerung nur durch die Überwindung der konfessionellen Gegensätze, wie sie seit 400 Jahren auf der Bevölkerung gelastet hätten, möglich sein würde. Aufzeichnungen Fincks aus dem Jahre 1944 belegen, dass dieser in der Tat noch während der nationalsozialistischen Diktatur in der Hoffnung und Vorausschau auf deren Ende und einen demokratischen Neubeginn zu der Auffassung gelangt war, dass „die Geschichte der alten Parteien - und damit auch der Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei - abgeschlossen sei und man eine ganz neue Partei auf überkonfessioneller Grundlage bilden müsse".[5]

Wolff begann laut eigenen Angaben im Dezember 1944, „in Besprechungen unter vier Augen" für die Idee einer überkonfessionellen Sammlung zu werben.[6] Erfolgreich war er bei Adolf Baumann, dem früheren stellvertretenden Vorsitzenden des Pfalzverbandes der BVP und zweiten Landesvor-

3 Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin (im folgenden: ACDP), Best. I-016-001/3: Wolff an Mathilde Gantenberg, 9.11.1962.

4 Mitunter setzte Wolff seine ersten einschlägigen Aktivitäten noch erheblich früher an. 1967 erklärte er gegenüber Bernhard Vogel, er habe bereits am 30. Dezember 1943 versucht, Finck und Adolf Baumann von seiner parteipolitischen Konzeption zu überzeugen. Dabei habe er noch keine Zustimmung gefunden, ebensowenig wie beim früheren preußischen Zentrumsführer Albert Lauscher, mit dem er am 4. und 6. Januar 1944 in Bonn gesprochen habe, ebd., Best. I-100-006: Wolff an Vogel, 30.10.1967.

5 Zit. nach Helmut Kohl, Die politische Entwicklung in der Pfalz und das Wiederentstehen der Parteien nach 1945, Dissertation Heidelberg 1958, S. 62.

6 ACDP, Best. III-001-017: Wolff an CDU-Hauptgeschäftsstelle Bezirksverband Pfalz, 13.1.1966.

sitzenden dieser Partei. Von Mai 1945 an kam es zu wichtigen Begegnungen mit politischen Freunden außerhalb Landaus. Unter den Befürwortern einer überkonfessionellen Partei tat sich besonders der Apotheker Wilhelm Seiter aus Edenkoben, einst ein aktiver Windhorstbündler und Mitarbeiter in der katholischen Jugendbewegung, hervor. In Landau wurden nach ihrer Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft der Druckereibesitzer und spätere Oberbürgermeister Alois Kraemer und Gewerbeoberlehrer Franz Hilz eifrige Mitstreiter Wolffs.[7]

Während dieser Kreis sich sammelte, unternahmen ehemalige Zentrumsmitglieder Schritte zur Wiederbelebung ihrer alten Partei. Besonders aktiv waren diese in Speyer und Kaiserslautern, in den beiden pfälzischen Städten, die sich laut Wolff geradezu zu „Widerstandszentren" gegen die Gründung einer überkonfessionellen Partei entwickelten.[8] In Speyer trat Bischof Josef Wendel als Gegner der Zusammenführung von Katholiken und Protestanten auf; unterstützt wurde er vom späteren Mainzer Kultusminister Eduard Orth.[9] Auch Domschweizer Bertram Hartard, der 1947 für die CDU in den ersten rheinland-pfälzischen Landtag einziehen sollte, konnte sich zunächst nicht mit der Unionsidee anfreunden. Er und andere ihm gleichgesinnte Kräfte wandten sich darum an den französischen Gouverneur mit der Bitte, eine evangelische Partei zuzulassen, um auf diese Weise die Protestanten ins politische Leben zu integrieren.[10] In Kaiserslautern fand im Vorfeld der Parteigründung eine Katholikenkonferenz statt, bei der der Landstuhler Bürgermeister und spätere christdemokratische Abgeordnete der Beratenden Landesversammlung Karl Anton Vogt unter starkem Beifall eine rein katholische Partei forderte, mit dem Leitspruch „und wenn's drauf ankommt, mit dem Namen Römisch-katholische Staatspartei".[11] Während ehemalige Zentrumsmitglieder auf die Restauration ihrer alten Partei setzten, einigten sich evangelische Christen in der Pfalz auf die Wiederbelebung des „Christlich-Sozialen Volksdienstes" (CSVD).[12]

Zur Gründung dieser konfessionellen Parteien kam es jedoch nicht. Da der Oberste Delegierte der französischen Besatzungsverwaltung für Rhein-

7 Ebd., Best. I-100-010: Gustav Wolff, Gründungsgeschichte der CDU.

8 Wie Anm. 6.

9 So einer der Mitstreiter Wolffs beim Aufbau der Union, der Landauer Apotheker Hans Moser in seiner Erinnerungsschrift v. 30.1.1971, ACDP, Best. I-036-001.

10 Wolff in seiner am 11.6.1966 verfaßten Abhandlung: Speyer in der Gründungszeit der CDU 1945/46, ebd., Best. I-100-010.

11 Zit nach dem Schreiben Wolffs v. 13.1.1966, siehe Anm. 6.

12 Christoph Stillemunkes, Die CDU in Rheinland-Pfalz von 1945/46 bis 1948, Magisterarbeit, Saarbrücken 1978.

hessen und die Pfalz General Bouley bestimmte, dass sich nur eine einzige „christliche" Partei bilden dürfe, die zudem beide Bezirke umfasse, mussten die verschiedenen Richtungen auf eine Linie eingeschworen werden. Die Unionsanhänger waren also gefordert, Überzeugungsarbeit zu leisten; unermüdlich war dabei Gustav Wolff. Nachdem es seit Mai 1945 in verschiedenen Orten der Pfalz zu mehr oder weniger illegalen Zusammenkünften der uns hier interessierenden Kreise gekommen war, fand am 25. August in Neustadt eine erste politische Konferenz statt, die der Gründung einer überkonfessionellen Partei den Weg bereiten sollte. Zur Unionsidee bekannten sich dort neben den drei Landauer Referenten Wolff, Kraemer und Hilz auch Jakob Jahn und Engelbert Lang, die beide später zum Vorstand der pfälzischen Union gehörten. Noch im gleichen Monat nahm Wolff in Landau Verbindung zu Protestanten auf, von denen einige umgehend zum Mittun bereit waren, bestärkt von dem evangelischen Pfarrer und späteren Kirchenpräsidenten Hans Stempel, der ihnen „ein gutes Gewissen machte".[13] Besonders engagierte sich der Apotheker Hans Moser, der für seine damalige Haltung 25 Jahre später folgende Worte fand. „Die Erinnerung an die harmonische Zusammenarbeit der Wehrmachtspfarrer im russischen Feldzug, die damals geholfen hatten, wo es nottat, ohne nach der Konfession zu fragen, ließ mich der Idee einer überkonfessionellen Partei gleich zustimmen; das Wissen von der sozusagen angeborenen Unfähigkeit der Protestanten, politisch sich auszuwirken, bestärkte mich in dieser Auffassung."[14] - Weitere evangelische Gründungsmitglieder der Landauer CDU waren der Kaufmann Hans Merkel, der Schulrat Heinrich Borchers, der Schlossermeister Christian Schlatter und der Weinhändler Gustav Back.

Nachdem sich in Landau für die Gründung der Union ganz offensichtlich rasch eine Mehrheit gefunden hatte, bemühte sich Wolff - zusätzlich motiviert durch einen Gedankenaustausch mit Adam Stegerwald Ende Oktober 1945[15] - während der Herbst- und Wintermonate 1945/46, in anderen pfälzischen Städten in entsprechendem Sinne tätig zu werden. Ausgesprochen erfreulich war für ihn eine Begegnung mit dem evangelischen Pfarrer Karl Köhler aus Bad Dürckheim: Dieser berichtete ihm am 19. November, er sei sich seit Wochen mit seinem katholischen Kollegen Fritz Karry in der Parteifrage völlig einig. Beide seien sie entschieden der Meinung, dass, so wie in Köln und Berlin, auch in der Pfalz nicht dort politisch angefangen wer-

13 Wolff im Schreiben v. 13.1.1966, siehe Anm. 6.

14 Erinnerungsschrift Mosers, siehe Anm. 9.

15 Kohl (wie Anm. 5), S. 65 f. Stegerwald hatte bereits 1920 auf einem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Essen appelliert, die parteipolitische Trennung von Katholiken und Protestanten zu überwinden.

den dürfe, wo die alten Parteien im Juni/Juli 1933 aufgehört hätten. Vielmehr müssten Protestanten und Katholiken zusammen eine christliche, demokratische und soziale Partei gründen.[16] Häufig erfuhr Wolff aber auch von starken Vorbehalten gegen die Unionsidee; so etwa auf einer Versammlung in Pirmasens am 20. Oktober, wo nur einer der Anwesenden seine Position teilte. In Pirmasens kam es erst zur Wende, als sich der katholische Stadtpfarrer Schäffler auf die Seite der Unionsanhänger schlug.[17]

Auch in Ludwigshafen, Zweibrücken und Frankenthal fand die Unionskonzeption zunächst wenig Resonanz. Dies lag mit daran, dass deren Protagonisten Finck und Wolff für manche einen zu betont „deutschen" Standpunkt vertraten. Finck und Wolff ihrerseits sahen bei ihren Widersachern, die sich um Prälat Martin Walzer aus Ludwigshafen scharten, einen überzogenen Föderalismus und Willfährigkeit gegenüber der französischen Besatzungsmacht. In einer Unterredung am 14. Oktober 1945, an der auch der Speyerer Bischof Wendel teilnahm, hielt Finck Walzer vor, seine Haltung sei zu frankophil und lasse separatistische Neigungen erkennen. Walzer konterte mit der Bemerkung, die Lage habe sich seit den Jahren 1919-1923 grundlegend verändert; Bemühungen um eine gute Zusammenarbeit mit Frankreich dürfe man gerade auch mit Blick auf die „bolschewistische Gefahr" keinesfalls als separatistisch brandmarken. Der gegen ihn erhobene Vorwurf entspräche der preußischen Art, die Dinge zu sehen.[18] Auf eine gemeinsame Linie konnten sich die beiden nicht einigen, auch nicht als sie am 7. November erneut zusammenkamen, diesmal im Beisein Wolffs, Kraemers, Albert Fincks, des Theologieprofessors Friedrich Damm sowie des früheren Abgeordneten der Wirtschaftspartei im Reichstag Carl Pallmann. Dabei teilten Damm und Pallmann die Auffassung Walzers.[19]

Da die französischen Besatzungsbehörden daran festhielten, dass nur eine einzige christliche Partei zugelassen werde, waren die konkurrierenden Richtungen zu weiterer Kompromisssuche gezwungen. Am 1. Dezember 1945 stellten die beiden Gruppen um Finck und Walzer einen gemeinsamen Antrag zur Wiedergründung des Zentrums in der Pfalz. „Wir übernehmen", so hieß es in diesem, „zunächst die alten christlichen, demokratischen und sozialen Grundsätze und Ziele der ehemaligen Deutschen Zentrumspartei".[20] An der überkonfessionellen Grundlage der neuen Organisation wur-

16 Wolff in seiner Schrift "Der Unionsgedanke in anderen Städten der Pfalz", ACDP, Best. I-100-011.

17 Wolff im Schreiben v. 13.1.1966, siehe Anm. 6.

18 Französischer Bericht über dieses Treffen in: Archives du Ministère des Relations Extérieures, Paris (AMRE), Best. Série Y Internationale 1944-1949, Nr. 389.

19 Kurt Wettzel, Vom Chaos zur Demokratie. Die Entstehung der Parteien in Rheinland-Pfalz 1945-1947, Mainz 1989.

de dabei kein Zweifel gelassen; über den endgültigen Parteinamen sollte der erste Parteitag entscheiden. Zu den 34 Unterzeichnern des Antrags gehörten Johannes und Albert Finck, Wolff, Walzer, Kraemer, Hartard, Jakob Ziegler, Philipp Weindel, Jakob Gable, Jakob Jahn, der Ludwigshafener Bürgermeister Ludwig Reichert, die Landauer Lehrerin und Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes der Pfalz Elisabeth Lerch sowie Ulla Berghammer, die 1946 als eine der wenigen Frauen Mitglied der Beratenden Landesversammlung wurde. „Die Parteieingabe habe ich nur unter starkem Druck von kath. geistlicher Seite mitunterschrieben, sogar formuliert, um mir den Einfluß zu sichern" - so rechtfertigte Wolff knapp 20 Jahre später seine Beteiligung an der Zentrumserneuerung. Er habe gegen seine Überzeugung mitgetan, um eine Gegeneingabe Prälat Walzers zu verhindern.[21]

Jener erste gemeinsame Schritt war jedoch nur dazu angetan, die Differenzen zu verschleiern, nicht sie zu beheben. Anders als der Wortlaut des Antrags vermuten ließ, hatten sich die katholisch-klerikalen Kräfte noch nicht dazu durchgerungen, Protestanten in ihrer Partei zu dulden, geschweige denn, sie als gleichberechtigte Partner anzuerkennen. Auch der weiterhin bestehende Verdacht gegen Walzer und andere, sie seien in erster Linie an der Erfüllung französischer Wünsche interessiert, belastete das Klima. Das Verhalten Walzers war in der Tat dazu angetan, den Unmut gegen ihn zu nähren. Obgleich der Geistliche den Antrag vom 1. Dezember mitunterzeichnet hatte und, laut Wolff, noch am 10. des Monats erklärte, er habe zwar mittlerweile Bedenken gegen den Namen „Zentrum", sei aber grundsätzlich zur Mitarbeit bereit,[22] bat er zusammen mit einigen seiner politischen Freunde am 12. Dezember um Genehmigung der „Christlich-Sozialen-Union" für Rheinhessen und die Pfalz - mit einem Schreiben, das „deutlich die Handschrift des katholischen Theologen trägt".[23] Welche Motive Walzer zu diesem Schlingerkurs veranlassten, ist schwer zu erkennen. Persönlicher Ehrgeiz und der Anspruch auf Führung der neuen Partei mögen eine Rolle gespielt haben. Einiges spricht für die Annahme, dass Walzer den Namen CSU wählte, um ein Signal für die von ihm erhoffte Wiederanbindung der Pfalz an Bayern zu setzen.[24]

Um die nicht zuletzt durch den Walzer-Antrag entstandende Verwirrung zu beenden, trafen sich am 20. Dezember - trotz des am gleichen Tage ausgesprochenen Verbotes durch Oberst Magniez von der Neustadter Délé-

20 Landesarchiv Speyer (im folgenden LA Sp), Best. H 13, Nr. 14: Antrag v. 1.12.1945.
21 ACDP, Best. I-209-001/2: Wolff an Georg Diehl, 29.1.1964.
22 Ebd.
23 Kohl (wie Anm. 5), S. 71.
24 Weitzel (wie Anm. 19), S. 24 f.

gation Supérieure[25] - 52 Vertreter des alten Zentrums und der BVP im Turmzimmer der Josefskirche von Winzingen, einem Stadtteil von Neustadt.[26] Die Versammlung, die auf Initiative Wolffs und Baumanns zustandegekommen war,[27] einigte sich darauf, „die alten Parteien nicht mehr aufleben zu lassen, sondern eine neue Christlich-Demokratische Partei wie im rechtsrheinischen Gebiet zu gründen".[28] Nur zwei der Teilnehmer stimmten gegen diesen Beschluss. Die Bezeichnung „Union" fand noch keine mehrheitliche Zustimmung. Zum vorläufigen Vorsitzenden der „CDP" wurde Johannes Finck gewählt, als Geschäftsführer war Gustav Wolff vorgesehen. Bei den Einladungen zur „Turmzimmer-Konferenz" bewusst übergangen waren Walzer, der Neustadter Landrat Hans Haberer und Vogt,[29] deren Namen somit auf der eine Woche später an die Militärregierung gerichteten Eingabe fehlten.[30] Mit einem erneuten eigenen Antrag auf Zulassung der CSU in der Pfalz bewies Walzer, dass er noch nicht bereit war, seinen Gegnern das Feld zu überlassen. Sein für die Gründer der CDP höchst ärgerliches Verhalten mag mit ein Grund dafür gewesen sein, dass Finck am 21. Januar 1946 den kommissarischen Parteivorsitz an Engelbert Lang aus Neustadt abgab. Wolff jedenfalls betonte später, Finck habe sich zu diesem Schritt wegen der fortwährenden Intrigen von Walzer, Haberer und Vogt entschlossen; deren hinterhältiger Kampf sei für diesen unerträglich gewesen.[31]

Die Besatzungsbehörden waren bemüht, dem für alle Beteiligten zermürbenden Hin und Her ein Ende zu setzen. Über Oberregierungspräsident Eichenlaub erinnerte General Bouley daran, dass kein Nebeneinander konfessionell gebundener Parteien gewünscht sei, und forderte die verschiedenen Gruppierungen auf, sich auf eine gemeinsame Grundlage zu verständigen.[32] Daraufhin trafen sich Vertreter der divergierenden Zirkel am 30. Januar 1946 im Neustadter Oberregierungspräsidium. Die Stimmung war äußerst gereizt.[33] Der protestantische Kreis unter Führung des

25 Peter Brommer (Hrsg.), Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz während der französischen Besatzung März 1945 bis August 1949 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. Bd. 6). Mainz 1985, S. 139: Magniez an Oberregierungspräsident Eichenlaub, 20.12.1945.

26 Kohl (wie Anm. 5), S. 72; Weitzel (wie Anm. 19), S. 25; Stillemunkes (wie Anm. 12), S. 35.

27 So Jakob Ziegler in seinen unveröffentlichten Erinnerungen "Der erste Vorsitzende", S. 14.

28 Der Pfälzer v. 27.4.1951.

29 Wie Anm. 27.

30 LA Sp, Best. H 13, Nr. 14.

31 ACDP, Best. I-100-9, Wolff, Gründungsgeschichte.

32 Stillemunkes (wie Anm. 12), S. 39 f.

Pfarrers Adolf Müller aus Miesenbach erteilte der Unionsidee eine Absage und beharrte auf einer eigenen Partei; lediglich das „christlich" wollte man aus deren Namen streichen, als Konzession an die französischen Lizenzierungsvorschriften. Die Gruppe um Walzer und die Richtung Finck-Wolff, die sowohl persönliche Streitigkeiten als auch „grundverschiedene politische Auffassungen" trennten, rangen erbittert um die Vorherrschaft in der einen „christlichen" Partei. Seinem eigenen energischen Auftreten rechnete Wolff zu, dass Walzer und dessen Freunde schließlich aufgaben. Noch am gleichen Tag erneuerten Wolff und seine Mitstreiter ihren Zulassungsantrag, nur dass man jetzt um die Genehmigung der „Christlich-Demokratischen-Union" nachsuchte. Motiv für die Änderung des Parteinamens war der Wunsch, sich der Entwicklung im übrigen Deutschland anzuschließen.[34] Von den zehn Unterzeichnern der Eingabe waren drei ehemalige Zentrumsmitglieder, zwei hatten zur BVP gehört, drei zur DDP und jeweils einer zur DVP und zum CSVD - eine Zusammenstellung, die die pfälzische CDU als eine bürgerliche Sammelpartei ausweist.

Auch auf die Eingabe vom 30. Januar 1946 kam von der Militärregierung kein positiver Bescheid. Diese lehnte die rein pfälzische Partei ab und verlangte die Einbeziehung Rheinhessens. Dort hatte die Entwicklung der vergangenen Monate unter anderen Vorzeichen gestanden und zu anderen Ergebnissen geführt. Die Gründer der „Christlich-Sozialen-Volkspartei" (CSVP) in Rheinhessen waren von der Auflage, sich mit der pfälzischen CDU zusammenzuschließen, alles andere als angetan. Nur durch französischen Druck und nach mehrwöchigem Bemühen der Pfälzer fand man zusammen.[35] Am 5. März 1946 wurde durch General Bouley die CDU Rheinhessen-Pfalz zugelassen. Beim ersten Parteitag am 24. August 1946 in Mußbach wurde ein geschäftsführender Provinzialvorstand als Dachverband für die beiden Bezirke eingesetzt, dem Wolff, Lorenz Diehl (Mainz), Friedrich Dahlem (Mainz), Jakob Ziegler (Weyher), Tobias Weber (Pirmasens), Ernst Lotz (Bingen) und Josef Schlick (Bechtolsheim bei Alzey) angehörten. Ausdruck der starken Spannungen unter den pfälzischen Christdemokraten war die Entscheidung für Jakob Ziegler als ihren Bezirksvorsitzenden, die ebenfalls in Mußbach fiel. Der aus dem südpfälzischen Weyher stammende Weingutsbesitzer Ziegler hatte sich in der Gründungsphase seiner Partei nicht besonders hervorgetan und war selbst zum Zeitpunkt seiner Wahl noch weithin unbekannt. Im Rückblick erklärte er sich seinen

33 Ausführlich hierzu Wolff: "30. Januar 1946 - der Gründungstag der CDU in der Pfalz. Es war anders ... Eine historische Darstellung", ACDP, Best. I-036-001.

34 Weitzel (wie Anm. 19), S.26.

35 Ausführlich Martin (wie Anm. 2), S. 78 ff.

unerwarteten „Aufstieg" damit, dass er „zunächst einmal den Prellbock spielen sollte, den massiven Prellbock, für die so vielgestaltigen Mißhelligkeiten, welche die damalige Gegenwart im Übermaß zu bieten" gehabt hätte, dass er „aber auch den *braven Mann* abgeben sollte, der ausgleichsbereit und beruhigend die innerparteilichen Gemüter einer Einheitlichkeit zuführt".[36]

Ziegler blieb bis 1951 Vorsitzender der pfälzischen CDU. Seine Lebenserinnerungen zeigen ihn als einen Mann, der sich stets um Ausgleich der in den Anfängen der Union wirksamen Tendenzen bemühte, an der festen Bindung der Pfalz an Deutschland aber nicht zweifeln ließ. 1918 hatte sich Ziegler dem Zentrum angeschlossen, da er im Sonderweg der BVP eine Schwächung der Möglichkeiten für eine Politik aus christlicher Grundhaltung sah, und nahm in der Organisation seiner Partei verschiedene Funktionen wahr. So war er Mitglied des Bezirkstages und des Bezirksausschusses in Landau. Schon vor 1933 erschienen in dem NS-Blatt „NSZ-Rheinfront" wütende Artikel gegen ihn, und nach der „Machtergreifung" der Nationalsozialisten musste er mehrfach Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen. Dass er, obwohl Reserveoffizier, im Krieg nicht eingezogen wurde, führte er auf seine den damaligen Machthabern als unzuverlässig erscheinende politische Haltung zurück. Ende Mai 1945 wurde Ziegler von der französischen Militärregierung als Bürgermeister seines Heimatortes Weyher eingesetzt.[37] Am Aufbau der CDU war er aktiv nicht beteiligt. Nach seiner Wahl zum Bezirksvorsitzenden, die er, wie oben erwähnt, mit sehr gemischten Gefühlen annahm, bemühte er sich um Einigkeit unter den pfälzischen Christdemokraten und um deren Behauptung gegenüber den Parteifreunden im Norden; dabei gehörte er nicht zu jenen, die der Loslösung von Koblenz und der Anbindung der Pfalz an ein süddeutsches Land das Wort redeten. Seine „Landestreue" brachte Ziegler nicht nur Freunde. Von Mai 1950 an wurde der pfälzische CDU-Vorsitzende wiederholt in Artikeln der Rheinpfalz angegriffen, u.a. mit dem Satz, er sei „ein wohl profilierter Koblenzer Vertreter in der Pfalz, aber kein pfälzischer Vertreter in Koblenz".[38] Diese Kampagne veranlasste Ziegler 1951 zur Aufgabe seiner politischen Ämter.

Nur wenige Tage nach dem Parteitag in Mußbach standen die pfälzischen Christdemokraten vor einer neuen Herausforderung. Per Dekret der französischen Besatzungsmacht wurden am 30. August 1946 die Pfalz und

36 Ziegler, S. 24 f., siehe Anm. 27.

37 Die vier südpfälzischen Kreise Speyer, Germersheim, Landau und Bergzabern waren Anfang April 1945 der 1. französischen Armee unterstellt worden.

38 Die Rheinpfalz v. 11.5.1950.

Rheinhessen mit der Provinz Rheinland-Hessen-Nassau, also mit den Regierungsbezirken Koblenz, Trier und Montabaur zum Land „Rheinland-Pfalz" zusammengefasst. In Rheinland-Hessen-Nassau war zu diesem Zeitpunkt ebenfalls eine überkonfessionelle Partei aktiv, die CDP, deren Ausrichtung stark von dem Koblenzer Kreis um Peter Altmeier und Adolf Süsterhenn bestimmt war. Die beiden christlichen Parteien im neugeschaffenen Land Rheinland-Pfalz zu vereinigen, erwies sich als überaus schwierig. Rheinland-Pfalz bestand knapp ein halbes Jahr, als am 14. Februar 1947 in Bad Kreuznach die CDU-Landespartei konstituiert wurde. Stolpersteine auf dem Weg dorthin waren inhaltliche Differenzen zwischen CDP und CDU, die einhergingen mit persönlichen Abneigungen und Rivalitäten, die wiederum von den Betroffenen selbst häufig auf landsmannschaftlich begründete Gegensätze zurückgeführt wurden. Als höchst problematisch empfanden damals Christdemokraten in Rheinland-Pfalz ihre Uneinigkeit in Fragen, die das Verhältnis ihres Landes zu Deutschland als Ganzem betrafen. Die Eindringlichkeit, mit der der Kreis um Süsterhenn und Altmeier im Vorfeld der Verfassungsberatungen eine föderalistische Neuordnung Deutschlands forderte und die Eigenständigkeit der Länder betonte, wurde von vielen für überzogen und einseitig gehalten, und die schwärmerische Begeisterung über das besondere Kulturerbe der „Menschen am Rhein" fanden manche geradezu lächerlich. Führende pfälzische Christdemokraten waren sich mit den Spitzen der Trierer und rheinhessischen Christdemokraten einig in dem Verlangen nach einem klaren Bekenntnis ihrer Partei zur Zugehörigkeit von Rheinland-Pfalz zu Deutschland. Gemeinsam war ihnen auch die Abneigung gegen die mit der Koblenzer CDP eng verbundene Zeitung „Rheinischer Merkur", die sie wegen ihres Eintretens für die Eigenstaatlichkeit des Rheinlandes stärker nach französischen als nach deutschen Interessen ausgerichtet sahen. Unmut löste bei Jakob Ziegler, Gustav Wolff und anderen nicht nur der „Hyperföderalismus" der Koblenzer aus, sondern auch die scharfe Form, mit der sich vor allem Süsterhenn gegen die Christdemokraten Berlins und der sowjetisch besetzten Zone meinte abgrenzen zu müssen. Während Süsterhenn von der Notwendigkeit sprach, sich der drohenden Vereinnahmung durch die Berliner CDU zu widersetzen, warfen ihm seine Gegner mangelnde Solidarität mit den bedrängten Parteifreunden im Osten Deutschlands vor.[39]

Zum zentralen Gegenstand der Anfang Oktober 1946 aufgenommenen Verhandlungen wurde der gemeinsame Parteinamen. Beide Seiten waren davon überzeugt, dass mit der Entscheidung eine wichtige Weiche für die Partei und damit auch für die Zukunft der Region gestellt werde. Diejeni-

39 Ausführlich dazu MARTIN (wie Anm. 2), 108 ff.

gen, die für die „Union" plädierten, sahen in dem Bemühen der Koblenzer, die „CDP" auf das gesamte Land auszudehnen, den endgültigen Beweis für einen für sie in den Monaten zuvor bereits erkennbar gewordenen Partikularismus und zugleich für eine peinlich devote Anbiederung an die Militärregierung. Der Vorsitzende der CDP Altmeier leistete diesem Eindruck freilich Vorschub, da er sich nicht darauf beschränkte, den Namen „CDP" als äußeres Zeichen inneren Abstandes zur Berliner CDU und programmatischer Eigenständigkeit zu verteidigen, sondern immer wieder die Wünsche der Besatzungsmacht ins Feld führte. Laut Altmeier verlangte die Militärregierung von den Christdemokraten in Rheinland-Pfalz, ihre gemeinsame Organisation CDP zu nennen, um dadurch die Trennung vom übrigen Reich und seinen Parteien zu dokumentieren.

Die erste Zusammenkunft von führenden Mitgliedern der CDP und der CDU fand am 5. Oktober 1946 in Bingen-Büdesheim statt. Aus der Pfalz waren dazu Ziegler und Eichenlaub eingeladen worden. Ziegler dachte noch mehr als zwei Jahrzehnte später mit Empörung an die Begegnung, bei der er der einzige gewesen sei, der eine korrekte deutsche Haltung bewahrt habe und für einen föderativen Bundesstaat eingetreten sei.[40] Laut Ziegler gaben alle anderen Teilnehmer des Treffens, darunter Altmeier und Süsterhenn, zu erkennen, dass sie sich „für die berufenen Wegbereiter eines Pufferstaates zwischen Frankreich und Deutschland nach Art des früheren Saarstaates oder des Großherzogtums Luxemburg" hielten. Nach den offiziösen Verhandlungen habe sich die Gesellschaft abends im Hause Blank in Gaulsheim in weinseliger Stimmung zu der Formel verstiegen, vom „Rheinstaat" aus solle Europa genesen. „In ihren Verzückungen", so Ziegler, „hörten sie die Glocken der Dome am Rhein ein neues Morgenrot einläuten und schwärmten für eine neue Kultur, die vom Rhein ihren Ausgang nimmt." Aus Dorten und Heinz, in den Jahren 1919-1924 Anführer der separatistischen Bewegung im Rheinland und in der Pfalz, seien plötzlich „Vorkämpfer der Freiheit am Rhein" geworden.

Innerhalb der pfälzischen CDU herrschte Empörung über die Vorgänge in Bingen-Büdesheim; auch rheinhessische und Trierer Christdemokraten waren auf dieser Grundlage zu keiner Einigung bereit. Zwei weitere Treffen noch im gleichen Monat brachten keinen Fortschritt. Zusätzlich belastet wurde das Verhältnis vor allem zwischen den Pfälzern und den Koblenzern durch die von Altmeier stark beeinflusste erste Regierungsbildung. So sorgte die Ernennung des Neustadter Landrats Hans Haberer als Minister für Wirtschaft und Finanzen für erheblichen Unmut unter den pfälzischen Christdemokraten.[41]

40 Ziegler, S. 50, siehe Anm. 27.

Nach monatelangem Streit setzten sich die Pfälzer aus Gründen, die hier im einzelnen nicht geschildert werden können, in der Namensfrage durch - der Kreis um Süsterhenn rang sich zur Hinnahme der Bezeichnung CDU durch. Mitausschlaggebend war ohne Frage das Beispiel der Schwesterpartei in der britischen Zone. Adenauers CDU demonstrierte schließlich, dass der Name „Union" nicht unbedingt für „unitarisch-nationalistische Tendenzen" und für die Unterordnung unter die Berliner Christdemokraten stehen musste.

Der Zusammenschluss von Bad Kreuznach, bei dem Altmeier zum ersten Vorsitzenden der neuen Landespartei gewählt wurde, wirkte allerdings kaum harmonisierend. Im Gegenteil, die Konflikte zwischen den einzelnen Bezirksverbänden prägten die Anfänge der Landespartei, wobei sich der Unmut der Pfälzer über die als dominant und arrogant empfundenen Koblenzer besonders geräuschvoll äußerte. Es waren nicht zuletzt diese innerparteilichen Spannungen, die Christdemokraten aus allen Landesteilen bis Mitte der 1950er Jahre immer wieder an die Auflösung von Rheinland-Pfalz denken ließen.

41 Haberer galt in der pfälzischen CDU als "Französling", vgl. Heinrich KUPPERS, Staatsaufbau zwischen Bruch und Tradition. Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1946-1955 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. Bd. 14), Mainz 1990, S. 136.

# Errichtung in Weimarer Traditionen
# Die pfälzische Sozialdemokratie

**Eris J. Keim**

Ohnmächtig mußten auch die pfälzischen Sozialdemokraten zusehen, wie die Nationalsozialisten im Zuge ihrer Machteroberung die gegnerischen Organisationen zerschlugen und deren Mitglieder terrorisierten. So hatten sie es am 10. März 1933 zu ertragen, daß SA- und SS-Trupps das Verlagsgebäude der „Pfälzischen Post", des Parteiblattes in der Ludwigshafener Maxstraße besetzten, die Räume ihres dort residierenden Bezirksvorstandes verwüsteten und die Hakenkreuzfahne hißten – hinnehmen wollten sie dies nicht. Nach dem Abzug der Nazis hielt der Bezirkssekretär, Franz Bögler (1902 - 1976)[1], eine kurze Ansprache, die er mit der trotzigen, zugleich Zukunftshoffnung weckenden Formel schloß: „Wir kommen wieder!".[2] Obschon das Ausmaß der Unterdrückung unterschätzt und die Dauer der NS-Herrschaft verkannt worden waren, kamen die Sozialdemokraten wieder.[3]

Aber unter welchen Umständen! Die vollkommene Niederlage Hitler-Deutschlands, die den Unterdrückten und Gegnern als Befreiung erschien, und ihre katastrophalen Folgen weckten in der Region dunkle Assoziationen an die Situation von 1918/19 und die erste Besatzungszeit, ließen Ungewißheiten über die künftige parteiliche, staatliche wie nationale und in-

1 Zu Bögler: Josef KAISER, Franz Bögler (1902 - 1976). Der „rote Kurfürst" von der Pfalz, in: Die pfälzische Sozialdemokratie. Beiträge zu ihrer Geschichte von den Anfängen bis 1948/49, hrsg. v. Manfred GEIS/Gerhard NESTLER, Edenkoben 1999, S. 677-686.

2 Dies nach Georg SETZER, Wir kamen wieder! Erinnerungen an die ersten Tage des Naziregimes, in: Geis/Nestler (wie Anm. 1), S. 537-541, hier S. 541.

3 Der Beitrag beruht hauptsächlich auf den Arbeiten von: Ralf HUNDINGER, Die Wiedergründung der pfälzischen SPD 1945 - 1947, in: Vera STURMER/DERS., „Wir kommen wieder!" Ende und Wiederaufbau der pfälzischen SPD 1929 - 1933 und 1945 - 1947, Mannheim 1995, S. 155-279; DERS., Die Wiedergründung der pfälzischen SPD und ihre Entwicklung bis 1948, in: GEIS/NESTLER (wie Anm. 1), S. 562-598; Katrin KUSCH, Die Wiedergründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945 - 1951), Mainz 1989; Kurt WEITZEL, Vom Chaos zur Demokratie. Die Entstehung der Parteien in Rheinland-Pfalz 1945 - 1947, Mainz 1989. Die im Text eingestreuten biographischen Informationen beruhen auf der einschlägigen Literatur und auf eigenen Recherchen, eingehender dazu: Eris J. KEIM, Die pfälzische Sozialdemokratie und ihre ersten Parteitage nach dem Zweiten Weltkrieg, erscheint demnächst in: Kaiserslauterer Jahrbuch zur pfälzischen Geschichte 3/4 (2004/05).

ternationale Entwicklung aufkommen und stellten ungeahnte Herausforderungen dar. War es angesichts der unübersichtlichen Zeitverhältnisse für Menschen mit sozialdemokratischer Orientierung und Organisationserfahrung nicht naheliegend, da zu beginnen, wo sie selbst oder die Altvordern hatten aufhören müssen, den Faden da aufzunehmen, wo er zerrissen war?

Für Irritationen sorgte allererst die keineswegs stringente und konfliktfreie Deutschland- und Besatzungspolitik der Franzosen[4], die in der ersten Julihälfte ihre Zone von den Amerikanern übernahmen. Ihre Hauptziele waren die Sicherheit vor einer erneuten Aggression Deutschlands, dessen Dezentralisierung zur Verhinderung einer Zentralstaatsgründung und die längerfristige Sicherung des Einflusses Frankreichs auf das linksrheinische Gebiet. Einen hohen Stellenwert hatte dabei die Politik der Entnazifizierung, in die sehr bald die deutsche Seite einbezogen wurde.[5] Der im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 in Aussicht gestellte demokratische, politisch-administrative Wiederaufbau und die Zulassung von demokratischen Parteien setzte in der französischen Zone später ein als in den anderen Besatzungsgebieten und sollte streng von oben nach unten verlaufen. Dies hing mit dem Mißtrauen gegenüber deutscher politischer Betätigung und mit der Befürchtung einer einheitlichen nationalen deutschen Entwicklung zusammen, die von der Zulassung politischer Parteien ausgehen und die dem französischen Föderalisierungkonzept entgegen laufen könnte.[6]

Dementsprechend untersagten die Besatzungsbehörden die Teilnahme an interzonalen Zusammenkünften von Parteien und Gewerkschaften und schränkten bis zum Frühjahr 1947 die Freizügigkeit auch in umgekehrter Richtung ein. Allmählich setzte sich bei den Besatzungsbehörden jedoch die Ansicht durch, daß die Erlaubnis von Parteien nicht nur unvermeidlich, sondern auch nützlich sein würde. Daher duldete die Militärregierung nach und nach Zusammenkünfte und Aktivitäten, entschloß sich im November 1945 politische Parteien zuzulassen und legte mit der Verordnung Nr. 23 und der am 13. Dezember veröffentlichten Verfügung Nr. 26 die Bedingungen hierzu fest: Demokratische und antinationalsozialistische Parteien wurden auf Provinz- beziehungsweise Länderbasis erlaubt und verpflichtet, auf dieser Ebene einen Vorstand zu bilden, der die Organisation als Ansprechpartner zu vertreten hatte. In den ersten Monaten des Jahres 1946

4 Siehe auch den Beitrag von Anne MARTIN in diesem Band.

5 Hierzu den Beitrag von Armin MÖHLER in diesem Band und ders., Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952, Mainz 1992.

6 Hierzu und zum Folgenden: KUSCH (wie Anm. 3), S. 31 ff.

wurden dann in den Provinzen der französischen Zone die KPD, die SPD, die CDU und im Laufe des Frühsommers auch die Liberalen lizenziert.[7]

Eine weitere Voraussetzung für die parteipolitische Betätigung war die Herausbildung staatlich-administrativer Strukturen und deren mehrmals veränderter territorialer Zuschnitt.[8] Die von der französischen Besatzungsmacht anfänglich betriebene Partikularisierung des linksrheinischen Teiles der Zone geriet bald in Widerspruch zu den Notwendigkeiten effizienter Verwaltung und ökonomischer Nutzung und wurde zugunsten einer verhaltenen Zentralisierung revidiert. Vor dem Hintergrund der Ländergründungen in der amerikanischen Zone stellten sich um die Jahreswende Überlegungen und Schritte zu einer weiteren Straffung der Verwaltung, zur Gründung eines neuen Staatsgebildes und zur Demokratisierung ein. Hierzu zählte der Entschluß der Besatzungsmacht vom März 1946, im Herbst Gemeinde- und Kreiswahlen durchführen zu lassen. Nachdem schließlich mit der am 30. August 1946 veröffentlichten Verordnung Nr. 57 die Gründung des Landes Rheinland-Pfalz, bestehend aus Hessen-Pfalz und Rheinland-Hessen-Nassau, verkündet worden war[9], unternahm die Besatzungsmacht im Oktober mit der Auflösung der Provinz Hessen-Pfalz einen weiteren Schritt der Verwaltungsneugliederung. Infolge der Zuordnung von Rheinhessen an das Oberregierungspräsidium Rheinland-Hessen-Nassau waren die Voraussetzung für die Wahrung der eigenständigen Tradition der Pfalz und ein den pfälzischen Sozialdemokraten vertrauter Handlungsrahmen gegeben.

## Vor 1945

Zu den wesentlichen Momenten der Rekonstruktion der Partei, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit dem Londoner Exil-Vorstand, dem „Zentralausschuß" Berliner Sozialdemokraten und mit dem so genannten „Büro Schumacher", dem späteren „Büro der Westzonen" in Hannover drei, anfänglich um den Führungsanspruch rivalisierende Aktions- und Koordina-

7 Siehe hierzu die Beiträge von Klaus J. Becker, Anne Martin und Roland Paul in diesem Band.

8 Zum Ganzen: Ulrich Springorum, Entstehung und Aufbau der Verwaltung in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945 - 1947), Berlin 1982. Zu den hier ausgeblendeten sozialökonomischen Rahmenbedingungen und zum Alltagsleben siehe den Beitrag von Karl-Heinz Rothenberger in diesem Band.

9 Als Dokument Nr. 73 mit der Erklärung bezüglich der Schaffung eines rheinland-pfälzischem Landes vom 30.8.1945 abgedr. in: Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz während der französischen Besatzung. März 1945 bis August 1949, bearb. v. Peter Brommer, Mainz 1985, S. 195.

tionszentren verfügte[10], gehörten nicht zuletzt die Traditionen der Weimarer Republik, die Erfahrungen mit der NS-Diktatur, mit Verfolgung, Widerstand und Emigration.[11] Die SPD befand sich in den 20er Jahren auf dem Weg von der Klassen- zur Volkspartei, indem sie über ihren alten Kernbestand der Industrie- und Facharbeiterschaft hinaus in Teilen der neuen Mittelschichten Fuß fassen konnte. Die ökonomischen Krisen der Republik, die politischen Niederlagen und zunehmender Immobilismus, die auf dem Heidelberger Parteitag 1925 formulierte, erst auf dem Godesberger Parteitag von 1959 offiziell revidierte Programmatik, der wiederbelebte Verbalradikalismus verhinderten die Weiterverfolgung dieser Bahn, verstärkten vielmehr den Rückzug in die angestammte Organisation.[12]

Innerhalb dieser stellte die pfälzische Sozialdemokratie seit der Reform von 1921[13] einen Parteibezirk mit Sitz in Ludwigshafen dar, dessen Organe der Bezirksvorstand und der Bezirksparteitag waren. Der Vorstand, der neun gewählte Mitglieder, darunter mindestens eine Frau und qua Amt die Bezirkssekretäre umfaßte, wurde vom Parteitag gewählt, wobei vier der Gewählten ihren Wohnsitz in Ludwigshafen haben mußten; diese vier bildeten bei Bedarf den engeren Bezirksvorstand. Zu den führenden Repräsentanten, die 1933 das Land verlassen mußten und die nach 1945 wieder eine herausragende Rolle spielten, gehörten Franz Bögler aus Speyer, seit 1929 Bezirkssekretär; oder Adolf Ludwig (1892 - 1962)[14], Bürgermeister von Pirmasens und Landtagsabgeordneter; auch der daheim gebliebene Se-

---

10 Vgl. Kurt KLOTZBACH, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 - 1965, Berlin-Bonn 1982, S. 39-54.

11 Konkrete Beispiele aus der Region: Karl NORD, Im Kampf gegen Unrecht und für die Freiheit. Erlebnisse und Erfahrungen eines politischen Gefangenen unter der NS-Diktatur, eingel. u. bearb. v. Günter BRAUN, Neustadt 1986; Werner LUDWIG, Unterwegs. Lebenserinnerungen, 1997, S. 11-44.

12 Vgl. insgesamt: Peter LOSCHE/Franz WALTER, Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992.

13 Hierzu Eris J. KEIM, Der Bezirksparteitag der pfälzischen Sozialdemokratie von 1921 in Kaiserslautern, in: Jahrbuch zur Geschichte von Stadt und Landkreis Kaiserslautern 36/37 (1998/99), S. 161-180; zum Weiteren: Gerhard NESTLER, Zur Geschichte der pfälzischen SPD in der Weimarer Republik 1918 bis 1929, in: GEIS/NESTLER (wie Anm. 1), S. 288-328 und Vera STÜRMER, Die pfälzische SPD in der Endphase der Weimarer Republik, in: DIES./HUNDINGER (wie Anm. 3), S. 3-154; dass. auch in: GEIS/NESTLER (wie Anm. 1), S. 478-494.

14 Siehe Josef KAISER, Der Sozialdemokrat Adolf Ludwig und der Aufbau der Gewerkschaften in der Pfalz 1945 - 1949, in: GEIS/NESTLER (wie Anm. 1), S. 671-676.

kretär des Metallarbeiterverbandes Karl Fischer (1877 - 1950)[15] aus Ludwigshafen, schon vor dem Ersten Weltkrieg Mitglied des damaligen Gauvorstandes und bis 1933 Landtagsabgeordneter, ist hier zu nennen. Der Bezirk war untergliedert in 15 bis 17 Unterbezirke und in Ortsvereine, deren Höchststand im Jahre 1921 mit 291 und deren Tiefstand im Jahre 1932 mit 229 erreicht war. Die Mitgliederbewegung (siehe die Tabelle, S. 383) verlief dramatisch. Während im Jahre 1921 mit 20.218 die größte in der Weimarer Zeit erreichte Zahl an Anhängern verzeichnet wurde, standen Ende 1932 nur noch 13.940 Genossinnen (2.254) und Genossen (11.686) zur Organisation.[16]

Im Ensemble der pfälzischen Parteien spielte die SPD nur zu Beginn der Republik eine maßgebliche Rolle als sie mit 37,9 Prozent bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zum bayerischen Landtag 1919 vorübergehend stärkste politische Kraft war.[17] Nach einem Zwischenhoch bei den Reichs- und Landtagswahlen von 1928, bei denen sie rund 29 Prozent der Stimmen erringen konnte, sah sich die Sozialdemokratie in doppelter Frontstellung gegen KPD und NSDAP ständig als Verliererin und auf ein Wählerpotential von zuletzt 16,8 Prozent bei den nicht mehr regulären Reichstagswahlen vom März 1933 zurückgeworfen und in die politische Defensive gedrängt. In den großen politischen und ideologisch-programmatischen Fragen folgten die pfälzischen Sozialdemokraten meist der Mehrheitslinie der Partei und waren bei aller Ambivalenz wie allenthalben die stabilste Stütze der Republik.

Nach den ersten Schlägen des NS-Terrors und den ersten Verhaftungswellen im Frühjahr 1933, denen auch die pfälzische Parteiprominenz – wie namentlich auch Friedrich Wilhelm Wagner (1894 - 1971)[18], Rechtsanwalt aus Ludwigshafen, seit 1921 Mitglied des Bezirksvorstandes, einige Jahre zweiter Vorsitzender und Führer des republikanischen Schutzbundes „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" und bis 1933 Reichstagsabgeordneter – zum Opfer fiel, nach dem Verbot der Partei und der Stabilisierung der

15 Zu diesem: Willi Breunig, Soziale Verhältnisse der Arbeiterschaft und sozialistische Arbeiterbewegung in Ludwigshafen am Rhein 1869 - 1919, 2. Aufl. Ludwigshafen 1990, S. 719-724.

16 Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Bezirksverband Pfalz. Berichte 1931 und 1932, Ludwigshafen o. J. (1932), S. 43. Die Zahl für 1921 im Hinblick auf die Entwicklung nach 1945 ohne die seinerzeit noch zum Parteibezirk gerechneten, ans Saargebiet abgetretenen Unterbezirke St. Ingbert und Homburg; demgegenüber Nestler, Zur Geschichte (wie Anm. 13), S. 302.

17 Vgl. Eris J. Keim, Wahlen und Abgeordnete der pfälzischen Sozialdemokratie 1893 bis 1949, in: Geis/Nestler (wie Anm. 1), S. 732-767, bes. die Tabellen S. 759 ff.

18 Siehe Günter Braun, Friedrich Wilhelm Wagner (1894 - 1971). Vom Hemshofjungen zum Verfassungsrichter, in: Geis/Nestler (wie Anm. 1), S. 654-670.

faschistischen Herrschaft konnte die Sozialdemokratie im Reich in organisierter Form, als Widerstandsorganisation im Untergrund nicht überleben. Das vermochte sie nur im Exil, von dem für die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg starke Impulse ausgingen. Sie wirkten sich allerdings hinsichtlich der Modernisierung und Öffnung der Partei wie im Blick auf die Programmatik erst längerfristig aus.[19] Vor allem nach dem Schock des Hitler-Stalin-Paktes von 1939 und der Kriegswende 1941 setzte ein Prozeß des Umdenkens und der Neubestimmung des Weimarer Sozialismus ein in Richtung einer Weiterentwicklung der Klassenpartei der Arbeiterschaft zur Massen- und Volkspartei, sowie einer Abkehr von planwirtschaftlichen Vorstellungen. Unmittelbarer wirksam wurde fürs Erste die Einigung mit den sozialistischen Linksgruppen unter Ausschluß der Kommunisten. Damit einher ging die Erweiterung des antifaschistischen zum antitotalitären Konsens. Die Politik der Sowjetunion nach 1945 wie die der von ihr abhängigen deutschen Kommunisten und die Entwicklung in der sowjetisch besetzten Zone verstärkten diese Linie. Darauf konnten sich auch die Sozialdemokraten in Deutschland verständigen, weshalb trotz gemeinsamer Erfahrungen und gegenseitiger Annäherung und gelegentlicher Ansätze eine Vereinigung von SP und KP von vornherein illusorisch blieb. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war – während die „Daheimgebliebenen" in geistiger Isolation und abgeschottet lebten – ferner die Überwindung nationaler Selbstbezogenheit, die „Verwestlichung" der Emigranten, die neuen Erfahrungshorizonte, die sie in den Gastländern erworben hatten und die sie als Remigranten schon aufgrund der erworbenen Sprachkenntnisse in die Lage versetzten, mit den Vertretern der Besatzungsmächte verständnisvoll wie kritisch und entschieden umzugehen.

Im Reich wie in der Region waren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Versuche zum Erhalt der Partei und zum organisiertem Widerstand meist schon Mitte der dreißiger Jahre angesichts der Übermacht der Verfolgungsapparate zum Scheitern verurteilt.[20] In der Pfalz war das bemerkenswerte-

19 Zum Ganzen: Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940 - 1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Bonn-Bad Godesberg 1973; Hartmut Mehringer, Impulse sozialdemokratischer Remigranten auf die Modernisierung der SPD, in: Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, hrsg. v. Claus-Dieter Krohn/Patrick von zur Mühlen, Marburg 1997, S. 91-110 und Klotzbach (wie Anm. 10), bes. S. 66 ff.

20 Hierzu und zum Folgenden: Günter Braun, Verfolgung – Emigration – Widerstand. Pfälzische Sozialdemokraten unter der Naziherrschaft, in: Geis/Nestler (wie Anm. 1), S. 505-531; Jan Foitzik, Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40, Bonn 1986.

ste Unternehmen, das mit der illegalen Konferenz am südpfälzischen Asselstein Anfang Mai 1934 seinen Höhepunkt hatte, mit der Verhaftung zahlreicher Beteiligter Ende September bereits vereitelt. Etwas länger konnten sich die zwischen KPD und SPD angesiedelten kleinen, aber effizient organisierten Widerstandsgruppen auch in der Region halten, wie die der Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), zu der Karl Nord (geb. 1912) und Philipp Mees (1901 - 1971)[21] gehörten. Aussichtsreicher hingegen waren Formen des Zusammenhaltes und der Bewahrung sozialdemokratischer Gesinnung unterhalb der Ebene von konspirativer Tätigkeit und illegaler Organisierung. Diesem Überwintern im Familien- und Freundeskreis, bei gemeinsamen Wanderungen durch die Wälder, in gleichgeschalteten ehemaligen Arbeitervereinen, am Arbeitsplatz ist im Nachhinein eine „bemerkenswerte Konsistenz und eine erstaunliche Überlebensdauer zu attestieren".[22] Dies ermöglichte den raschen Wiederaufbau nach Kriegsende.

## Anfänge 1945/46

Nach dem Einmarsch der Alliierten und mit der Befreiung von der NS-Herrschaft begann sich allerorten in Deutschland politisches Leben zu regen, so nachdem die Amerikaner im März 1945 in die Pfalz eingerückt waren und selbst als die Franzosen mit ihrer restriktiven Besatzungspolitik die Parteiarbeit erschwerten. Erste Initiativen gingen von den Linken aus. Durchaus in der Perspektive einer vereinigten Arbeiterpartei fanden sich Sozialdemokraten und Kommunisten in so genannten „antifaschistischen Komitees" zusammen und veranstalteten „antifaschistische Versammlungen", beispielsweise in Ludwigshafen, Bad Dürkheim, Grünstadt, selbst im ländlichen Albersweiler bei Landau. Indes, diese Sammlungsbestrebungen und die Annäherung von Sozialdemokraten und Kommunisten blieben auch in der Pfalz Episode, selbst wenn die Frage einer Einheitspartei zu Beginn des Jahres 1946 noch einmal virulent wurde.[23] Das Terrain, auf dem Kooperation am ehesten möglich schien, waren die parallel zu den Parteien neugebildeten, parteipolitisch neutralen Einheitsgewerkschaften. Aber auch sie gerieten bald ins Konfliktfeld der wiedergegründeten Linksparteien.[24]

21 Siehe NORD (wie Anm. 11), S. 9-16 und Wolfgang MÜLLER, Philipp Mees (1901-1971). Eine biographische Skizze, in: Jahrbuch zur Geschichte von Stadt und Landkreis Kaiserslautern 34/35 (1996/97), S. 305-313.

22 MEHRINGER (wie Anm. 19), bes. S. 103 f, Zitat S. 104.

23 Dazu: HUNDINGER, Wiedergründung (wie Anm. 3), S. 182 ff; ferner den Beitrag von Klaus J. BECKER in diesem Band.

24 Vgl. den Beitrag von Günter BRAUN in diesem Band und: Alain LATTARD, Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945 - 1949, Mainz 1988.

Bei der Wiedererrichtung ihrer Organisation kamen den Sozialdemokraten vor allem in der Frühphase die alten Verbindungen und Bekanntschaften zustatten. In Kaiserslautern, dem westpfälzischen Zentrum der alten SPD, tauchte bereits am 19. Februar, also noch während der Kampfhandlungen und vier Wochen vor dem Einmarsch amerikanischer Truppen, ein Flugblatt mit dem Aufruf zur Bildung von Ortsgruppen auf.[25] Durch Mund-zu-Mund-Propaganda wurde dann an einem Sonntagabend im April 1945 eine Besprechung in den „Caesarpark" einberufen, an der frühere Funktionäre teilnahmen. Die Versammelten bildeten durch Zuruf einen Ausschuß und beauftragten Eugen Hertel (1893 - 1973)[26], einen jener Daheimgebliebenen, die sich tatkräftig an den Wiederaufbau der Partei machten, mit der Leitung. Er kam seinem Auftrag nach, „eine Reihe akuter Forderungen allgemeiner Art zu einem SPD-Aktionsprogramm zusammenzufassen", das heimlich vervielfältigt und in breiten Kreisen der Bevölkerung die Runde machte. „Männer der ersten Stunde" in der Barbarossastadt waren auch der erfahrene Kommunalpolitiker, frühere ehrenamtliche Bürgermeister und spätere Oberbürgermeister Alex Müller (1885 - 1959), Obersekretär Richard Lenz (1892 - 1963) und Carl Wertheimer (1873 - 1959)[27], der als einer der wenigen Juden die NS-Zeit im Lande überlebt hatte. Es kann davon ausgegangen werden, daß seither eine nicht genehmigte Organisation bestand. Sie wurde, sobald die besatzungsbehördlichen Voraussetzungen gegeben waren, mit der förmlichen Versammlung zur Gründung des Ortsvereins in der Fruchthalle am 20. Februar 1946 legalisiert.[28]

In Ludwigshafen[29] trafen sich gut drei Wochen nach dem Einmarsch der US-Truppen am 18. April zum ersten Male wieder alte Genossen. An dem Meeting nahmen unter anderen teil: die einstigen Bezirkssekretäre Friedrich Profit (1874 - 1951)[30] und Georg Setzer (1884 - 1962), die früheren

---

25 Siehe WEITZEL (wie Anm. 3), S. 130.

26 Zu ihm und zum Folgenden: Eugen HERTEL, Ein Leben für Demokratie und Sozialismus. Erinnerungen eines Pfälzers und Bürgers der Barbarossastadt 1893 - 1966, Kaiserslautern 1966, Zitat S. 140.

27 Zu Wertheimer siehe: Elisabeth ALSCHNER, „Wir haben gewußt, daß wir um eine neue Welt ringen wollten..." Juden in der pfälzischen SPD, in: GEIS/NESTLER (wie Anm. 1), S. 450-459, S. 454 f.

28 Vgl. 100 Jahre sozialdemokratische Partei Kaiserslautern 1892 - 1992, Kaiserslautern 1992, S. 31.

29 Hierzu und zum Folgenden: Christian HUBEL, „Wir sind wieder da! Die SPD und der Neuaufbau 1945 - 1949 in Mannheim und Ludwigshafen, Mannheim 1995, S. 22 ff; Ulrich STUMM, Neubeginn in Ludwigshafen, in: Der Freiheit und Demokratie verpflichtet. Beiträge zur Geschichte der Ludwigshafener Sozialdemokratie, Neustadt 1986, S. 149-172, S. 149 ff.

Stadträte Valentin Bauer (1885 - 1974) – er wurde ein halbes Jahr später als Nachfolger von Hans Hoffmann zum Oberbürgermeister ernannt –, Rudolf Hoffmann (1904 - 1968), Jakob Krug (1882 - 1974) und Ernst Lorenz (1901 - 1980), die ehemaligen Gewerkschaftsfunktionäre Karl Fischer und Oskar Vongerichten (1895 - 1959) und Friedrich Schott (1905 - 1969), der nach Verhaftung, illegaler Arbeit, Flucht, Internierung in Frankreich, Auslieferung an die Gestapo und erneuter Haft besonders schlimme Zeiten überstanden hatte. Sie beschlossen ebenfalls, die Organisation so rasch wie möglich wieder zu errichten. Nach dem Wechsel der Besatzungsmacht im Juli bekräftigen die 22 Teilnehmer einer zweiten Besprechung am 5. August trotz weiterbestehenden Parteiverbotes den Willen, den Aufbau fortzusetzen, bestätigten sich die frühere politische Arbeit, gaben Beitrittserklärungen aus und bildeten ein provisorisches Leitungsgremium, dessen Vorsitz Rudolf Hoffmann[31] übernahm. Die weitere Organisationsentwicklung ging unter mancherlei Schikanen der Besatzungsbehörden, aber letztlich doch bei deren Duldung vonstatten. Die offizielle Gründungsversammlung fand schließlich am 24. Februar 1946 in der mit etwa 500 Personen überfüllten Eisenbahnerkantine in der Frankenthaler Straße in feierlichem Rahmen statt. Hauptredner war der alte Genosse Profit, der „Vergleiche zwischen früher und heute" zog.[32] Anschließend wurde der Ortsvereinsvorstand gewählt. Er setzte sich aus Rudolf Hoffmann, Fritz Schott, Georg Setzer, Arthur Schott (1901 - 1973), dem Gewerkschaftsfunktionär Edwin Will (1893 - 1955), Willi Heidelberg (1905 - 1980), Aenne Rumetsch (geb. 1908), Fritz Kern jun. und dem ehemaligen SAP-Mann Karl Nord zusammen.

Anschaulich läßt sich die Wiederbelebung der Partei aus der Weimarer Tradition heraus in Frankenthal nachzeichnen.[33] Schon Ende März trafen sich erstmals und insgeheim in einer abgeschiedenen Privatwohnung die drei zum alten Führungszirkel gehörenden Funktionäre Karl Zimmermann (1884 - 1951)[34], ehemals Ortsvereinsvorsitzender, später Oberbürgermei-

30 Siehe Willi BREUNIG, Friedrich Profit (1874 - 1951). Vom Eisenbahner zum Parteiführer, in: GEIS/NESTLER (wie Anm. 1), S. 380-386. Weitere biographische Hinweise in: Der Freiheit (wie Anm. 29), S. 173 ff.

31 HÜBEL (wie Anm. 29), S. 27 bezeichnet Rudolf Hoffmann irrtümlich als Sohn des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann.

32 Die Rheinpfalz v. 27.2.1946, hier auch zum Folgenden.

33 Zum Ganzen: Gerhard NESTLER, Zwischen Kontinuität und Neubeginn. Die Wiedergründung der politischen Parteien in Frankenthal nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur, in: Frankenthal einst und jetzt 1996, H. 1/2, S. 40-48, S. 40 ff.

34 DERS., „...und besaß die Frechheit auf offener Straße ‚Freiheit' zu rufen. Der Frankenthaler Sozialdemokrat Karl Zimmermann. Vom Gerichtsschreibergehilfen zum Oberbürgermeister und Präsidialdirektor, in: ebd. 1991, H. 3, S. 71-76.

ster und Präsidialdirektor, Bernhard Sang (1876 - 1959), zeitweilig Mitglied des Bezirksvorstandes und Landtagsabgeordneter, und Jakob Scheuermann (1868 - 1955), einer der ersten SPD-Stadträte. Sie legten zur besseren Reorganisation die Einteilung der zerstörten Stadt in Agitationsbezirke fest und machten sich in den folgenden Wochen erfolgreich auf die Suche nach alten Genossen. Zudem fanden sich immer mehr neue, zur Mitarbeit bereite Leute, einstige Angehörige der SAP und der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). So kursierte im Sommer die Nachricht, daß die Partei trotz Verbotes wieder aktiv sei. Anfang September dann fand in einem Privathaus in der Rheinstraße eine Konferenz des provisorischen Stadtvorstandes unter Beteiligung von Adolf Ludwig statt, der soeben aus Frankreich zurückgekehrt war. Er war von der Exilleitung der SPD in London mit dem Wiederaufbau der Gewerkschaften beauftragt und nutzte die Gelegenheit, Verbindungen zwischen den noch verdeckt operierenden sozialdemokratischen Ortsgruppen zu knüpfen. Ludwig klärte die Frankenthaler über die politische Situation auf und lud sie zu der bevorstehenden ersten – illegalen – Bezirkskonferenz nach Elmstein ein. Als dann im Dezember die Gründung politischer Parteien offiziell erlaubt wurde, hatten die Sozialdemokraten, die schon über die Eröffnung eines eigenen, örtlichen Sekretariats nachdachten, bereits die organisatorischen Grundlagen für die weitere Parteientwicklung gelegt, während die bürgerlichen Gruppierungen sich erst allmählich aus ihrer Orientierungslosigkeit und Lähmung lösten. Nachdem Parteien in der französischen Zone Anfang Februar endgültig genehmigt worden waren, veranstalteten die Frankenthaler Sozialdemokraten eine öffentliche Versammlung. Referent war Adolf Ludwig, nun Mitglied des genehmigten Bezirksvorstandes. Am 17. März endlich konnten sie die Wiedergründung im „Feierabendhaus" mit einer großen Mitgliederversammlung begehen, die Jakob Luthringshauser (1903 - 1981) als Vorsitzenden bestätigte. Die Festansprache hielt Friedrich Profit.

Die Entwicklung in Speyer, wo seit dem Juli die Errichtung der Sozialdemokratie in Gang kam und wo am 16. Februar 1946 im überfüllten „Bräustüb'l" die Ortsgruppe offiziell wiedergegründet wurde[35], ist in soweit von überlokaler Bedeutung, als hier nach der besatzungsbehördlichen Erlaubnis von antifaschistischen Versammlungen vom 9. November 1945 fünf Tage später die erste überparteiliche, öffentliche Veranstaltung in der Pfalz nach dem Kriege stattfand. Die Sozialdemokraten stellten mit Franz Bögler den Hauptredner. Er legte in Anlehnung an das Heidelberger Pro-

35 Hierzu Hanni KNERR, Vom Kriegsende bis zu den ersten Wahlen, in: 125 Jahre Sozialdemokratie für Speyer. 1872 - 1997. Beiträge zur Geschichte der SPD in Speyer, Speyer 1997, S. 76-81, S. 77 f.

gramm von 1925 die grundlegenden sozialdemokratischen Forderungen an die Sozial-, Wirtschafts- und Kulturpolitik als Grundlagen des Wiederaufbaus dar, forderte mit Hinweis auf die Sicherung deutscher Wiedergutmachung die Wiederherstellung Deutschlands und warb für seine Organisation.[36] Mit seinem Auftreten in der Heimatstadt kurz nach der Rückkehr aus der Schweizer Emigration griff Bögler wieder ins politische Leben der Pfalz ein und ebnete sich den Weg an die Spitze der regionalen Partei.[37]

In vielen anderen Orten nahmen die alten Parteimitglieder ebenfalls Kontakte auf, hielten verborgene Besprechungen ab und formierten, das Verbot der Besatzungsbehörden umgehend oder von diesen hingenommen, ihre Lokalorganisationen. In Neustadt ergriff Jean Gröning (1893 - 1978)[38], der von der USPD über die KPD zur SPD gekommen war und bis 1933 dem Stadtrat angehört hatte, die Initiative, sammelte die verbliebenen Genossen um sich und gründete am 19. August 1945 im Geheimen den Ortsverein wieder. Im früher konservativen Zweibrücken[39], wo mit dem Schreinermeister Ignaz Roth (1894 - 1972) – Ende März von den Amerikaner berufen – erstmals ein Sozialdemokrat Oberbürgermeister wurde, setzten die Bemühungen um die Wiederrichtung einer örtlichen Parteiorganisation relativ spät ein. Zwei Tage nach der Zulassung öffentlicher Versammlungen am 9. November hatte die kurz zuvor genehmigte Gewerkschaft zu einer Veranstaltung in eine der wenigen nicht zerstörten Wirtshäuser eingeladen. Redner waren Oberbürgermeister Roth und der aus Zweibrücken stammende, gerade aus dem französischen Exil ins Saargebiet zurückgekommene Ernst Roth (1901 - 1951)[40], Chefredakteur der „Neuen Saarbrücker Zeitung" und Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei des Saarlandes. Er entwarf unter anderem die Vision eines vereinigten Europas. Wiederum zwei Tage später trafen sich ehemalige SPD- und SAJ-Mitglieder zu einer nicht genehmigten Unterredung im Gewerkschaftshaus um den Parteiaufbau vorzubereiten. Knapp vier Wochen danach trat erneut

36 Siehe Die Rheinpfalz v. 21.11.1945 (Schritt in die Demokratie); vgl. HUNDINGER, Entwicklung (wie Anm. 3), S. 564.

37 Dazu KAISER, Bögler (wie Anm. 1), S. 680.

38 Siehe Gerhard WUNDER, Die Sozialdemokratie in Neustadt an der Weinstraße seit 1832, Neustadt 1985, S. 89.

39 Hierzu und zum Folgenden: Demokratischer Neubeginn. Die Wiedergründung des Ortsvereins Zweibrücken der Sozialdemokratischen Partei nach dem Kriege, zusammengestellt v. Werner VON BLON, o. O. (Zweibrücken), o. J. (1996); Werner VON BLON, Die Zweibrücker Sozialdemokratie in den ersten Nachkriegsjahren, in: GEIS/NESTLER (wie Anm. 1), S. 606-612.

40 Zur Person vgl. Gertrud WETZEL, Am 14. Mai 1951 starb, fünfzigjährig, Ernst Roth, in: Frankenthal einst und jetzt 1981, H. 2, S. 57-58.

ein kleiner Kreis zusammen und beschloß in Kenntnis der zu erwartenden Genehmigung die Wiedergründung, die am 13. Februar 1946 ihre offizielle Bestätigung erhielt.

Neben dem Wiederaufbau der Ortsgruppen machten sich in der Pfalz trotz der schwierigen Verkehrsverhältnisse und der begrenzten Kommunikationsmöglichkeiten seit dem Spätsommer 1945 Bestrebungen zur Bildung überörtlicher Organisationen geltend. Ein bemerkenswertes Beispiel ist das Leiningerland. Dort etablierte sich bereits im September ohne Verbindungen nach außen, gewissermaßen autochthon und dank wohl der Initiative des alten Grünstadter Sozialdemokraten Georg Born (1883 - 1959) und unter seiner Leitung ein Unterbezirk.[41] Um die Jahreswende bestand auch in Ludwigshafen eine solche Organisationseinheit, deren Leitung Jakob Krug innehatte[42], ferner in Pirmasens, Kaiserslautern und Speyer.[43]

## Bezirksbildung

Die Anstöße zur Errichtung eines Parteibezirkes gingen nicht von ungefähr von den Sozialdemokraten in Ludwigshafen aus, das seit der Herausbildung der pfälzischen Parteiorganisation nach 1890 bis zum Verbot 1933 statutarisch sogenannter „Vorort", Sitz des Bezirksvorstandes, des Bezirkssekretariats und des Presseunternehmens „Pfälzische Post" in der Maxstraße war. Zustatten kamen ihnen zum einen ein Rundbrief des Londoner Exilvorstandes mit Richtlinien zur Parteigründung unter Einschluß anderer sozialistischer Gruppen[44], zum anderen Vorbereitungen zu dem ersten überzonalen Treffen der Sozialdemokratie im Oktober in Wennigsen bei Hannover und dessen Ergebnisse. Mit Grund ist daher der September als „Monat des organisatorischen Aufbruchs" bezeichnet worden.[45]

Die Ludwigshafener erteilten bei ihrer dritten Zusammenkunft am 16. September Fritz Schott den Auftrag, eine Bezirksorganisation aufzuziehen. Ferner verfassten sie einen Aufruf, worin sie den Neubeginn der Partei verlautbarten, ihre Genehmigung forderten und die wichtigsten Ziele der Sozialdemokratie umrissen. Dieses Papier wurde an die bekannten ehemaligen Mitglieder in der Pfalz versandt. Unterdessen konnten über Informationskanäle, die in die Weimarer Zeit zurückreichten, Kontakte zum

41 Vgl. Hundinger, Entwicklung (wie Anm. 3), S. 564 und 594, Anm. 11.
42 Vgl. Hubel (wie Anm. 29), S. 23; Stumm (wie Anm. 29), S. 150 ff.
43 So Hundinger, Wiedergründung (wie Anm. 3), S. 180.
44 Landesarchiv Speyer, Best. V 52 (Nachlaß Bögler), Nr. 645 (Rundbrief des Parteivorstandes der SPD in London v. September 1945).
45 Hundinger, Wiedergründung (wie Anm. 3), S. 177.

Büro Schumacher in Hannover geknüpft werden. So traf die Einladung zur ersten Reichskonferenz in Wennigsen über den in Mutterstadt ausharrenden Friedrich Profit bei den Genossen in Ludwigshafen ein. Sie wählten Ende September Schott und Profit zu Delegierten und als Gastdelegierten Ernst Lorenz; das dritte stimmberechtigte Mandat überließen sie den Freunden in Kaiserslautern, die Richard Lenz abordneten.[46] Ob die von Kurt Schumacher verfaßten und mit der Einladung als erste schriftliche Orientierungshilfe an die wichtigsten Funktionäre versandten „Politischen Richtlinien"[47] auch in die Pfalz gelangten, muß dahinstehen. Die Ausarbeitung enthielt eine umfassende Standort- und Aufgabenbestimmung, gab hinsichtlich der Organisationsproblematik Fingerzeige zur Ausgestaltung der Sozialdemokratie als Massenpartei unter Einschluß nicht belasteter NSDAP-Mitglieder, vor 1933 der SPD fernstehender Kreise der Intelligenz, des Mittelstandes wie der Bauern und bei großherzigem Entgegenkommen gegenüber der Jugend.[48]

In Wennigsen versammelten sich ungefähr 120 Personen aus den drei westlichen Besatzungszonen, etwa 60 Delegierte und rund 40 Gastdelegierte. Höhepunkt der Konferenz war die Rede Schumachers. Er entwarf das Konzept einer „einheitlichen" Sozialdemokratie in Deutschland und wies regionale Sonderbestrebungen entschieden zurück. Die Zustimmung zu den Grundlinien des Vortrages waren das Hauptergebnis des Treffens, in dessen Umfeld die Anerkennung des Führungsanspruchs Schumachers durch die Londoner Gruppe zustande kam und der Bruch mit dem Berlinern Zentralausschuß besiegelt wurde. Außerdem kamen Absprachen zustande über viele praktische Parteiaufgaben, wie die Herausgabe von Parteiblättern, den Auf- und Ausbau der Partei-, Jugend- und Nebenorganisationen, die Mitarbeit in den Selbstverwaltungskörperschaften, deren Bildung abzusehen war.[49] Friedrich Profit, der in der Abwehr des Separatismus nach dem Ersten Weltkrieg eine führende Rolle gespielt hatte und der in Verkennung der Realitäten unter einer Besatzungsherrschaft die Zusammenarbeit mit den Franzosen zu verweigern gedachte, nutzte übrigens die Gelegenheit, auf die Situation in der Pfalz aufmerksam zu machen und gab in Sorge vor

46 Dazu Friedrich SCHOTT, Der Neuanfang 1945. Aufzeichnung aus dem Jahre 1947, in: GEIS/NESTLER (wie Anm. 1), S. 599-603, hier S. 600.

47 Kurt Schumacher, Politischen Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren [August] 1945, in: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, hrsg. v. Ossip K. FLECHTHEIM. Bd. 3, Berlin 1963, S. 246-280, hier S. 246.

48 Ebd., S. 278 f.

49 Dazu Albrecht KADEN, Einheit und Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964, S. 127-155 und KLOTZBACH (wie Anm. 10), S. 49 ff.

neuerlichen separatistischen Umtrieben nach Schumachers Referat namens der pfälzischen Genossen eine Erklärung ab, um „über den engeren Kreis der Delegierten hinaus an die Weltöffentlichkeit zu appellieren".[50] Darin heißt es: „Die Sozialdemokraten der Rheinpfalz erklären laut und deutlich, daß sie wie bisher, auch in Zukunft Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein wollen. Sie haben auch heute den Glauben an ein besseres Deutschland, an ein Deutschland frei von jedem Nationalismus, Chauvinismus und Antisemitismus nicht verloren. Hiervon ausgehend ist es der Wunsch eines jeden Sozialdemokraten, daß von unserem zur Zeit französisch besetzten Gebiet keine Abtretung erfolgt und auch sonst kein Staatengebilde geschaffen wird, was eine zukünftige Entwicklung zur großen europäischen Völkerfamilie verbauen müßte".[51] Eindruck scheint dieses Statement allerdings nicht gemacht zu haben.

Die Aufbruchstimmung, die von Wennigsen ausging, führte auch in der Region zu erhöhter Aktivität. Hier hatte sich allerdings die Lage mittlerweile insoweit verändert, als emigrierte pfälzische Sozialdemokraten zurückgekommen waren und sich in das politische Geschehen einmischten. Dabei beurteilten sie die französische Politik zurückhaltender und sprachen sich für einen weniger schroffen Umgang mit der Besatzungsmacht aus. Diese Haltung trug ihnen namentlich von Profit den ungerechtfertigten Vorwurf der Kollaboration ein.[52]

Nach der Rückkehr der pfälzischen Abgesandten übermittelte Schott „streng vertraulich" mit dem Kopf „Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Bezirk Pfalz" Einladungen zu einer regionalen Konferenz am 27. und 28. Oktober im Naturfreundehaus Elmstein-Harzofen an die in Ludwigshafen registrierten anderen Ortsvereine in Frankenthal, Kaiserslautern, Landau, Neustadt, Pirmasens, Speyer und Zweibrücken mit der Bitte, weitere Genossen mitzubringen.[53] Daß dem so war, belegt etwa die Beteiligung von vier Männern aus Kirchheimbolanden, die sich zur Anreise einen alten Personenwagen verschaffen konnten, darunter Ferdinand Schardt (1898 - 1953)

---

50 Friedrich Profit, Ein politischer Lagebericht aus der Pfalz (Ende April 1946), abgedr. bei: Hans Jürgen WUNSCHEL, Drei Dokumente zur Geschichte der pfälzischen Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz 72 (1974), S. 104-117, hier S. 107, vgl. S. 109, wo Profit von seinem „Alarmruf an die Weltmächte" schrieb.

51 Ebd., Zweites Dokument, S. 117 f. Eine Resonanz fand diese Erklärung anscheinend nicht, bei KADEN (wie Anm. 49) jedenfalls, der die Konferenz sehr ausführlich behandelt, ist sie nicht erwähnt.

52 Profit (wie Anm. 50), S. 113 f; dazu auch KUSCH (wie Anm. 3), S. 121.

53 Abdruck des Einladungsschreibens von Friedrich Schott vom 10.10.1945 in: GEIS/NESTLER (wie Anm. 1), S. 565.

und Philipp Kreuter (1902 - 1998).[54] Von diesem geheim gehaltenen, ersten illegalen Bezirkstreffen der pfälzischen Sozialdemokratie nach dem Kriege hatte die Militärregierung jedoch Kenntnis erhalten und ließ es überwachen.[55] Gleichwohl „herrschte eine etwas gedämpfte gute Stimmung" bei den rund 45 Teilnehmern, wie einer der Anwesenden erinnerte, dem es ein Erlebnis war, „den hoffnungsvollen, von Ernst getragenen Reden zuzuhören".[56] Nach Entgegennahme der Berichte über die Reichskonferenz gab es eine Aussprache darüber, an der sich unter anderen Schott, Lenz, Hertel und vor allem Ludwig beteiligten. In der Hauptsache dürfte es um die nationalen Fragen und um das Verhalten gegenüber der Besatzungsmacht gegangen sein. Darüber traten nach dem Zeugnis Profits erhebliche Spannungen zwischen ihm und den Remigranten zutage. Hiernach kritisierten die im französischen Exil Gewesenen, allen voran Ernst Roth, sein Auftreten in Wennigsen und verwarfen seine dort abgegebene, mit ihnen nicht abgesprochene Erklärung als falsch.[57]

Im Anschluß an die Debatte wählten die Versammelten einen provisorischen Bezirksvorstand. Er setzte sich aus dem Vorsitzenden Adolf Ludwig sowie Johann Gröning aus Neustadt, Eugen Hertel aus Kaiserslautern, Ernst Lorenz, Fritz Schott, beide aus Ludwigshafen und Fritz Volkemer (1907 - 1974) aus Pirmasens zusammen.[58] Damit war das Verhältnis zwischen Remigranten und Daheimgebliebenen ausgeglichen. Indem sie Profit, der sich „als ausgewachsener Nationalist verschrien" sah und der jegliche Verbindung zur Besatzungsmacht ablehnte[59], nicht in den Vorstand wählten, setzten die Versammelten ein Zeichen. Er hatte sich wegen seiner politischen Vergangenheit, seiner Ressentiments gegen Franzosen wie Emigranten in eine Außenseiterposition begeben und wurde politisch ausgebootet.[60] Die legendäre Elmsteiner Konferenz kann im Übrigen als „zweite Geburtsstunde der pfälzischen SPD" betrachtet werden.[61]

---

54 Siehe Wehrmann Seel, „Den Schaffenden zur Seite stehen". Erinnerungen an die Jahre 1945 und 1946, in: Geis/Nestler (wie Anm. 1), S. 604 f.

55 Vgl. Schott (wie Anm. 46), S. 601.

56 Seel (wie Anm. 54), S. 605.

57 Vgl. Profit (wie Anm. 50), S. 109 f.

58 Schott (wie Anm. 46), S. 601.

59 Profit (wie Anm. 50), S. 110. Daher sah er sich auch „aus der Führung unserer pfälzischen Partei verdrängt"; dazu Weitzel (wie Anm. 3), S. 132 und 154.

60 So Kusch (wie Anm. 3), S. 122. Gegenüber Kusch, die Schott zu den „Daheimgebliebenen" rechnet, wird er hier gerade wegen seiner gewaltsamen Rückführung nach Deutschland zu den Emigranten gezählt.

61 So Gerhard Nestler, Erstes illegales Bezirkstreffen in Elmstein, in: Pfälzische Post 15 (1995) H. 3 (= Nr. 56), S. 17.

Der Sachverhalt, daß die französische Militärregierung in Elmstein nicht massiv eingeschritten war, mochte als Anzeichen eines Wandels ihrer bislang restriktiven Haltung gegenüber den Parteien gedeutet werden. Ludwig, der sich um die offizielle Zulassung der Partei bemühte, erbat dies erstmals am 15. November. Nachdem die Militärregierung am 13. Dezember die Genehmigung der Parteien auf Antrag zum 1. Januar 1946 in Aussicht gestellt hatte, nahm er am 27. Dezember einen zweiten Anlauf. Sein Antrag enthielt, entsprechend den besatzungsbehördlichen Bestimmungen, ein Organisationsstatut, ein Programm und die Namen der Gründungsmitglieder (vorläufiger Bezirksvorstand); aufgeführt waren der Rheinhesse Heinrich Harasin, Hermann Langlotz, Eugen Hertel, Fritz Volkemer, Ernst Lorenz und er selbst. Die Genehmigung ließ noch auf sich warten und ging endlich am 12. Februar bei Ludwig ein. Sie enthielt mehrere Änderungen und Bedingungen. Einmal waren die vorgesehenen Gründungsmitglieder Volkemer und Lorenz aus nicht bekannten Gründen gegen Ignaz Roth und Johann Gröning ausgetauscht worden. Sodann mußte die Bezeichnung „Sozialdemokratische Partei Deutschlands" in „Sozialdemokratische Partei Hessen-Pfalz" abgeändert werden. Schließlich war das Statut dahingehend zu revidieren, daß die Gründung von Ortsvereinen nicht selbständig, sondern als Teil der Provinzialpartei zu erfolgen hatte. Unter Berücksichtigung dieser Auflagen gab Ludwig die Zulassung den Parteigliederungen bekannt und forderte deren Genehmigungsunterlagen ein. Am 15. Februar konnte er dem über den Vorbereitungen des ersten Bezirksparteitages tagenden Bezirksvorstand die endgültige Lizenzierung mitteilen.[62]

Unterdessen ging angesichts der Duldungspraxis der Franzosen der weitere Ausbau der Organisation zügig voran. Versammlungen wurden abgehalten, Verbindungen über die Zonengrenze hinaus geknüpft. Am 3. Januar beschloß der vorläufige Bezirksvorstand die Errichtung eines pfälzischen Bezirkssekretariats und besetzte es mit Franz Bögler als provisorischem Bezirkssekretär. Er sollte auf seinem alten Posten neben der Regelung technischer Fragen wie die Beschaffung von Räumlichkeiten den möglichst professionellen Wiederaufbau des Parteiapparates vorantreiben. Sitz des Sekretariats wurde vorläufig Speyer, Böglers Wohnsitz. Allerdings gab es über den endgültigen Standort bereits jetzt Auseinandersetzungen. Während der Unterbezirk Ludwigshafen das Sekretariat wieder in der größten pfälzischen Stadt sehen wollte, plädierte namentlich Ludwig für Neustadt, wo die Militärregierung, die deutsche Verwaltung und die anderen Parteien angesiedelt waren. Die Entscheidung fiel dann zugunsten der Stadt am Haardtrand.

62 Hierzu und zum Folgenden: Hundinger, Wiedergründung (wie Anm. 3), S. 179 ff.

Bereits wenige Wochen nach der Genehmigung durch die Besatzungsbehörde konnte der Bezirksvorstand den ersten Nachkriegsparteitag nach Kaiserslautern einberufen, zu einem Zeitpunkt, zu dem die Einheitsfrage ins Blickfeld der pfälzischen Sozialdemokratie rückte. In der sowjetischen Zone bahnte sich seit der Jahreswende die Vereinigung von SPD und KPD an und letztere propagierte auch in den Westzonen verstärkt das Projekt einer Einheitspartei. Parallel setzte sich die auf strikte Abgrenzung zu den Kommunisten fixierte Position der Hannoveraner Parteileitung unter Schumacher in den Bezirken und Ortsvereinen durch und führte bis zum Frühjahr des Jahres 1946 zum „endgültigen einheitspolitischen Umschwung".[63] In der Pfalz galt es ebenfalls, das Verhältnis zur kommunistischen Partei ein für alle mal zu klären, für Bögler die entscheidende Frage. Um eine einheitliche Position zu entwickeln, veröffentlichte die Bezirksleitung in ihrem ersten Rundschreiben vom 10. April kurz vor dem Parteitag die von Vertretern der SP der amerikanischen und französischen Zone verabschiedete sogenannte „Offenbacher Resolution" vom Februar 1946.[64] Diese enthält die Charakterisierung des Einigungsprozesses in der Sowjetzone als gewaltsam und undemokratisch, die Ablehnung der Einheitspartei für die Westzonen und das Plädoyer für eine selbständige, unabhängige Sozialdemokratie.

Der Zusammenkunft in Kaiserslautern am 13. und 14. April schickte – in hergebrachter Weise und den Gepflogenheiten der früheren Parteipresse folgend – Eugen Hertel für die Ortsorganisation, deren Vorsitzender er war, in der „Pfälzischen Volkszeitung" eine Vorbetrachtung voraus. Er hieß die Delegierten in den Ruinen der Barbarossastadt willkommen und vor dem Hintergrund der jüngsten Vorkommnisse in der sowjetischen Zone und in den Westsektoren Berlins gab er der Erwartung Ausdruck, daß zu dem großen Verlangen nach „Einheit der Arbeiterklasse" in „klarer Form Stellung" genommen würde.[65]

## Erster Nachkriegsparteitag

Kaiserslautern war wegen der Verkehrsverhältnisse als Tagungsort gewählt worden, weil die Stadt mit der unbeschädigten Fruchthalle über eine der wenigen noch verbliebenen, geeigneten Veranstaltungsstätten in der Pfalz verfügte und weil der Ortsverein Versorgung mit Essen und Unterbringung

63 Klotzbach (wie Anm. 10), S. 66 ff, Zitat S. 69; zum Folgenden: Hundinger, Wiedergründung (wie Anm. 3), S. 182 ff.

64 Sozialdemokratische Partei Hessen-Pfalz. Rundschreiben Nr. 1 v. 10.4.1946, S. 10.

65 Pfälzische Volkszeitung v. 12.4.1946 (Willkommen! Zum 39. Bezirkstag der pfälzischen Sozialdemokraten).

gewährleisten konnte.[66] Daß es indes bei dem ersten Parteitag nach dem Kriege nicht nur um „Aufbau", sondern ebenso um Wahrung von Herkommen ging, wurde deutlich spürbar. Schon der Umstand, daß er in – nicht ganz zutreffender[67] – Abfolge als der 39. bezeichnete wurde, sollte dokumentieren, daß „die Partei trotz Verbot, Konzentrationslager, Zuchthaus und Schafott weiterlebte und die Linie ihres Bestehens weiterführte in die Anfänge einer neuen demokratischen Freiheit hinein".[68] Dazu paßte auch die Ausschmückung der Fruchthalle. „Der weite Saal war beherrscht von der ganz in Rot ausgeschlagenen Bühne. Äußerst wirkungsvoll leuchteten im Hintergrund die drei Pfeile, das Zeichen der Eisernen Front",[69] des 1931 gegen den Faschismus formierten sozialdemokratischen Kampfverbandes.

Gegen vierzehn Uhr eröffnete am Samstag als provisorischer Bezirksvorsitzender Adolf Ludwig vor über 360 Teilnehmern aus 197 Ortsvereinen[70] die Veranstaltung, gab einen geschichtlichen Rückblick und führte den Versammelten vor Augen: „Heute stehen wir vor einem wesentlich größeren und schlimmeren Trümmerfeld als 1918. Gewaltig sind die Probleme, die zu lösen sind. Der Parteitag wird sie diskutieren in gewohnter Freiheit, aber auch mit hohem Verantwortungsgefühl und in kameradschaftlichem Geiste." Nach einigen Grußworten wurden, wie vor 1933 üblich, zwei Parteitagsvorsitzende – Ludwig und Hertel – und die Mandatsprüfungskomission gewählt.

Anschließend hielt Herbert Kriedemann, enger Mitarbeiter Kurt Schumachers, der vom Büro der Westzonen in Hannover nach Kaiserslautern angereist war, ein Grundsatzreferat über „Aufgaben und Ziele der Sozialdemokratie".[71] Ausgehend von der politischen Lage und von der Krise des Kapitalismus, sprach er der Partei die Aufgabe und die Befähigung zu, die gewaltigen Schwierigkeiten zu bewältigen. „Nur aus der Kraft der sozialistischen Idee" wie sie die SPD seit 80 Jahren vertrete, könne die Neugestaltung Deutschlands und Europas zustande kommen. Überhaupt repräsentiere die Sozialdemokratie „den ganzen moralischen Kredit, den das deutsche

66 Pfälzische Volkszeitung v. 12./13.4.1946 (Mit frischer Kraft zu neuen Taten); hierbei handelt es sich um den von Hertel verfaßten Parteitagsbericht. Hierzu auch Hertel (wie Anm. 26), S. 145 f.

67 Vgl. Eris J. Keim, Parteitage und Vorstände der pfälzischen Sozialdemokratie 1891 bis 1949, in: Geis/Nestler (wie Anm. 1), S. 687-731, S. 691 f.

68 Die Rheinpfalz v. 17.4.1946 (Sozialdemokratie stellt Führungsanspruch).

69 Pfälzische Volkszeitung v. 12/13.4.1946 (wie Anm. 66).

70 Siehe Sozialdemokratische Partei Hessen-Pfalz. Rundschreiben Nr. 2 v. 8.5.1946, S. 7; das folgende Zitat, ebd. S. 2.

71 Hierzu und zum Folgenden: ebd., S. 2 f.

Volk heute noch in der Welt" habe; und sie trage „die Verantwortung dieses Kredites". In der gegenwärtigen Krise gebe es „nur einen festen Punkt: Der Sozialismus!", wobei „unser Sozialismus ... keine ökonomische Angelegenheit, sondern eine ethische und moralische" sei. Von hieraus bestimmte Kriedemann das Verhältnis zu den anderen politischen Kräften, insbesondere zu den Kommunisten. Er bekundete die Bereitschaft der SPD zur Zusammenarbeit mit jeder anderen Partei, die vorbehaltlos auf dem Boden der Demokratie stehe, warb um Verständigung mit dem Mittelstand, den Bauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden wie um die Jugend und charakterisierte die Sozialdemokratie als „die große Partei aller Werktätigen". Zur Konkurrenzorganisation aber und zu der die Gemüter erhitzende Frage der Vereinigung von SP und KP nahm er unmißverständlich Stellung. So sehr die Spaltung der Arbeiterklasse zu bedauern und so sehr eine Arbeiterpartei zu wünschen sei, gebe es wegen der Taktik der Kommunisten und der „in augenfälliger, überstürzter Eile versuchten Zwangsvereinigung" in der Sowjetzone keinerlei Veranlassung für die Sozialdemokratie, „sich mit den Kommunisten in eine neue Partei zusammenzutun". Vielmehr sollten diese „zurückkehren in den Schoß ihrer Mutterpartei". Aus nationalen wie internationalen Gründen gelte es an einer selbständigen und unabhängigen sozialdemokratischen Partei festzuhalten, weshalb für sie die Vereinigungsdiskussion beendet sei.

Zweiter Gastredner war Günter Markscheffel (1908 - 1990)[72], der als Sekretär der Gruppe deutscher Sozialisten in Frankreich in der Emigration eine führende Rolle gespielt hatte, nach seiner Rückkehr Ende 1945 in Mainz ein Verbindungsbüro der SP für die französische Zone aufbaute und als Parteiredakteur und Abgeordneter alsbald zu einem führenden Sozialdemokraten im Linksrheinischen avancierte. Zunächst überbrachte er die Grüße der französischen Sozialisten. In der Vereinigungsfrage bezog er eine ähnliche Position wie Kriedemann, stellte sie allerdings in einen größeren Zusammenhang.[73] Beim Versuch, der Sozialdemokratie „jene weltbürgerliche Grundnote zu geben, ohne die besonders heute die Politik ... nicht mehr möglich" sei, rekurrierte er auf den „sozialistisch-demokratischen Internationalismus", eine Grundlage sozialdemokratischen Selbst-

72 Zur Biographie Markscheffels siehe: Stephan PIEROTH, Parteien und Presse in Rheinland-Pfalz 1945 - 1971. Ein Beitrag zur Mediengeschichte unter besonderer Berücksichtigung der Mainzer SPD-Zeitung „Die Freiheit", Mainz 1994, S. 865; ferner KUSCH (wie Anm. 3), S. 44.

73 Markscheffels Referat über „Die Welt und die Sozialdemokratie" ist wiedergegeben im Rundschreiben 2 (wie Anm. 70). Im Unterschied zur Rheinpfalz v. 17.4.1946 überging Hertel in der Pfälzischen Volkszeitung v. 12/13.4.1946 den Beitrag Markscheffels.

verständnisses. Daraus leitete er die Verpflichtung ab, dem deutschen Volke klar zu machen, daß im Rahmen des nationalen Gedankens die Gegenwartsprobleme nicht zu lösen seien. Vielmehr gelte es, „daß wir nicht nur deutsch, sondern europäisch denken". Auch das Problem der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien sei nur scheinbar ein deutsches. Tatsächlich sei es ein internationales, weil der Kampf um den Wiederaufbau Europas international geführt werde. Daher habe die Sozialdemokratie „die Verpflichtung, ihre völlige geistige und organisatorische Unabhängigkeit zu wahren".

Im Anschluß an die mit stürmischem Beifall bedachten Ausführungen Markscheffels erstattete Franz Bögler als Bezirkssekretär den obligatorischen Tätigkeitsbericht. Er gestaltete ihn unter dem Motto: „Die Sozialdemokratische Partei im Angriff" zu einem weithin Aufsehen erregenden Grundsatzreferat aus.[74] Mit einer historischen Reminiszenz an den letzten pfälzischen Parteitag vom 4. und 5. Februar 1933 zu Pirmasens beginnend, der „im Zeichen der Abwehr gegen den Nazismus stand", stellte er den ersten nach dem Ende Hitler-Deutschlands pointiert unter das „Zeichen des Angriffs, eines Angriffs auf die ausschlaggebenden Positionen in Staat und Wirtschaft". Besonders wegen ihrer „zahlenmäßigen Bedeutung und Stärke", die sich in dem raschen Wiederaufbau, dem dichten Netz lebensfähiger Ortsvereine, der Schaffung der Bezirksorganisation dokumentiere, erhebe heute die Sozialdemokratische Partei „den Führungsanspruch". Des Weiteren streifte Bögler die brennenden politischen Probleme, die Ernährungslage, Wiedergutmachung und Wiederaufbau, die Schulfrage und die Entnazifizierung, bei der die SP darauf bestehe, „daß die Nazis restlos aus allen Positionen beseitigt werden". Sodann ging er auf die zu erwartenden Wahlen ein, von denen er sich eine Klärung der wirklichen politischen Kräfteverhältnisse versprach. „Der erste demokratische Wahlkampf, der in unserem Lande geführt wird, muß uns im entschlossenen Angriff sehen", rief Bögler aus. An die Adresse der Kommunisten gerichtet wie auch zur Abwehr einer etwaigen Kooperationsbereitschaft in den eigenen Reihen, brachte der Bezirkssekretär die Taktik auf den Punkt: „Der kommende Wahlkampf muß nach jeder Seite unabhängig und selbständig geführt werden." Dabei ging er auch auf die Vereinigungsfrage ein, bekräftigte den

74 Hierzu und zum Folgenden: Rundschreiben 2 „Die Sozialdemokratische Partei im Angriff" (wie Anm. 70), S. 5. Bögler datierte den 38. Parteitag irrtümlich auf den März 1933. Ferner: Sozialdemokratische Partei Deutschlands. 50. Bezirksparteitag Pfalz. 1832 - 1957. Die pfälzische Sozialdemokratie. Werdegang und Aufbau. Text v. Horst SCHEUERMANN, Mainz o. J. (1957), S. 37 f.

von der SP dazu vertretenen Standpunkt[75] und schloß mit dem „begeistert aufgenommenen Appell" an die Delegierten, „überall und bei jeder Gelegenheit bei der politischen Arbeit die ersten zu sein und mitzuhelfen beim Schaffen der Voraussetzungen für eine neue, bessere Zukunft". Vor diesem Hintergrund hatte das Ersuchen einer kommunistischen Delegation, Grußworte an den Bezirksparteitag richten zu dürfen, überhaupt keine Aussicht auf Erfolg; es wurde einstimmig zurückgewiesen.[76]

Am Sonntagmorgen referierte Erwin Stein (1910 - 1998) aus Pirmasens, der seit den 20er Jahren zu den Repräsentanten der sozialistischen Arbeiterjugend der Pfalz gehört und tatkräftig am Wiederaufbau der Partei in seiner Heimatstadt mitgewirkt hatte, über „Sozialistische Jugendprobleme". Nach der Nazi-Herrschaft, nach Militarisierung, Krieg und militärischer Niederlage sei die Jugend indifferent und apathisch geworden und im „geistigen und moralischen Elend versunken." Aufgabe der Sozialdemokratie müsse sein, diese Generation unter Führung der Partei und der Sozialistischen Jugend „geistig zu entnazifizieren, geistig zu entmilitarisieren und sie für demokratische Grundsätze zu gewinnen". Obwohl er sich für „möglichste Selbstverwaltung" aussprach, hielt Stein es hinsichtlich des – unter Ausschluß der ehemaligen höheren Funktionäre der Hitler-Jugend vorzunehmenden – Aufbaus der sozialistischen Jugendorganisation dennoch für falsch, die Leitungen der Jugendgruppen auf demokratischem Wege zu wählen. Sie müßten vielmehr nach ihrer politischen Schulung und pädagogischen Eignung ausgesucht werden. Von der Erfassung der Jugend hinge „Sein oder Nichtsein" der Partei, die sich entschieden verjüngen müsse, in der Zukunft ab.[77]

Den Worten Steins folgten als nächster Tagesordnungspunkt „Organisationsfragen".[78] Hierzu erläuterte Adolf Ludwig das vom provisorischen Bezirksvorstand vorgelegte Bezirksstatut. Die Satzung regelte eingangs die Parteizugehörigkeit (§ 1) und enthielt Modalitäten zum Umgang mit Mitgliedern der NSDAP und ihrer Gliederungen. Solche Personen konnten nur nach genauer Prüfung, insbesondere von „Gesinnung und Haltung", durch Beschluß der Vorstände der Ortsvereine oder besonderer Kommissionen aufgenommen werden. Über Einsprüche gegen die Aufnahme hatte

75 Insoweit ist HUNDINGER, Wiedergründung (wie Anm. 3), S. 185 und Anm. 173 zu korrigieren, der angibt, daß auf dem Parteitag kein pfälzischer Redner zur Einheitsfrage Stellung genommen hätte.

76 Vgl. Die Rheinpfalz v. 17.4.1946.

77 Vgl. Pfälzische Volkszeitung v. 12./13.4.1946 und Rundschreiben 2 (wie Anm. 70), S. 6.

78 Vgl. Rundschreiben 2 (wie Anm. 70), S. 7 und S. 8 (Organisationsstatut der SP Hessen-Pfalz).

der Bezirksvorstand oder der Bezirksparteitag zu entscheiden. In Vertrauensämter der Ortsvereine und des Bezirksvorstandes durfte nur gewählt werden, wer mindestens ein Jahr vor Beginn der Naziherrschaft Mitglied der Partei im Reich war und sich „stets einwandfrei antifaschistisch benommen" hatte. Für diejenigen, die Mitglied des Bezirksvorstandes, der Kontrollkommission und die Kandidaten zu Beiräten und Kommunalvertretungen werden wollten, galten als Voraussetzungen eine Parteimitgliedschaft von mindestens drei Jahren vor dem April 1933 und Bewährung als Antifaschist (§ 5). Hinsichtlich der Gliederung (§ 3) bestimmte das Statut, daß der Bezirksvorstand des Gebietes Hessen-Pfalz die Grundlage der Organisation darstellte, von dem die Initiative zur Bildung von Ortsvereinen ausgehen sollte. Als oberste Vertretung der Partei im Bezirk fungierte der in der Regel jährlich abzuhaltende Bezirksparteitag (§ 10). Die Normierungen zum Bezirksvorstand (§§ 11, 12), der vom Bezirksparteitag zu wählen war und der mindestens monatlich zusammentreten sollte, enthielten keine zahlenmäßigen Angaben zur Zusammensetzung, machten indes die Bezirkssekretäre zu vollberechtigten Mitgliedern. Schließlich wurde ein zur Beratung wichtiger Fragen zwischen den Parteitagen einzuberufender Parteiausschuß eingerichtet; er sollte sich zusammensetzen aus dem Bezirksvorstand, den Unterbezirksleitern, den – künftigen – Parlamentsabgeordneten, den Geschäftsführern der Parteiverlage und den Chefredakteuren der Parteizeitungen.

Nachdem das Statut mit geringfügigen Änderungen einhellig verabschiedet war[79], erfolgte die Wahl des Bezirksvorstandes. Dem ersten ordentlich gewählten Nachkriegsvorstand gehörten danach an[80]: Dr. Herbert Buhl (Neustadt), Eugen Hertel (Kaiserslautern), Dr. Hans Hoffmann (Ludwigshafen), Hermann Langlotz (Speyer), Ernst Lorenz (Ludwigshafen), Ignaz Roth (Zweibrücken), Julius Rüb (Hütschenhausen), Ferdinand Schardt (Kirchheimbolanden), Friedrich Schmidt (Landau), Fritz Schott (Ludwigshafen), Fritz Theobald (Rammelsbach), Hans Vogtländer (Frankenthal) und Fritz Volkemer (Pirmasens). Zugleich wurden Maxim Kuraner (Neustadt) und Franz Bögler (Speyer) zu Bezirkssekretären gewählt, letzterer mit Adolf Ludwig (Neustadt) zu gleichberechtigten Vorsitzenden des Bezirksvorstandes. Ferner wurden Philipp Mees (Kaiserslautern), Volkemer, Hoffmann, Schardt, Jakob Luthringshauser (Frankenthal) und Bögler zu dem am 9. bis 11. Mai in Hannover stattfindenden ersten Westzonen-Parteitag entsandt.

79 Pfälzische Volkszeitung v. 12./13.4.1946.

80 Da nach den Quellen wegen der unterschiedlichen Aufzählung der Namen eine Reihenfolge nach Abstimmungsergebnis nicht machbar ist, erfolgt die Nennung alphabetisch.

Im Anschluß an die Mittagspause fand eine zweistündige Debatte statt, an der sich sechzehn Delegierte beteiligten. Sie nahm den Charakter einer „Generalaussprache der Funktionäre der SP der Pfalz" an, wobei Friedrich Profit für einen Mißklang sorgte. Er sah an den Grenzen der Pfalz, im Saargebiet, Verrat umgehen und den Zeitpunkt nahen, zu dem ähnliche Forderungen nach Abtrennung auch hier erhoben werden würden. Ihn empörte, daß der Bezirksparteitag „diese Dinge nicht sieht, ja mit Absicht ignoriert und mit keinem Wort erwähnt".[81] Daher ergriff der fast 72jährige unter den Augen der französischen Kontrolloffiziere das Wort, um sich als Verfasser der Erklärung von Wennigsen zu bekennen und um diese zu verteidigen. Er beschwor die Erinnerung an die Situation der Pfalz im Jahre 1919, zog Parallelen zu den gegenwärtigen Problemen an Rhein, Ruhr und Saar, mit denen sich alle Welt beschäftige, während „nur wir, die diese Fragen direkt angehen, schweigen" sollten. Die behutsame Vorgehensweise der Bezirksleitung, „diese Dinge mit äußerster Vorsicht zu behandeln", ließ er nicht gelten und sprach sich konfrontativ gegen eine Zerstückelung Deutschlands aus und für dessen Einheit in einem befriedeten Europa. Daß seine Ausführungen verschwiegen würden, mutmaßte Profit zurecht, wurde ihm doch sogleich noch vorgehalten, Porzellan zerschlagen zu haben. Die Diskussion beendend, hob Bögler als herausragendes Kennzeichen des Parteitages – wie es in der offiziellen Berichterstattung etwas beschönigend heißt – die „völlige Einmütigkeit" in allen bedeutenden Fragen hervor. Hierin erblickte er den „Beweis unserer besonderen Stärke". Darauf kamen die vorliegenden Entschließungen zur Abstimmung.

Die vom Bezirksvorstand eingebrachte Erklärung „Zur Frage der Einheit"[82] lag auf der Linie der „Offenbacher Resolution" vom Februar und war gehalten im Sinne der Referenten vom Vortag. Sie enthält das Bedauern über die Spaltung der Arbeiterbewegung und die Willensbekundung, aus internationalen wie nationalen Gründen „an einer unabhängigen und selbständigen Sozialdemokratischen Partei unverändert" festzuhalten. Die in der sowjetischen Zone sich abzeichnende Vereinigung der Kommunisten und „einer Minderheit der Sozialdemokratie" wird als ein „mit den Mittel der Gewalt unter Mißachtung aller demokratischen Grundsätze erzwungene[r] Vorgang" betrachtet. Zudem wird festgestellt, daß sich „die deutsche Sozialdemokratie ... die Vereinigung aller Arbeitenden nur vorstellen

81 Profit (wie Anm. 50), S. 115 ff; hier, S. 116 f, sind seine Ausführungen vor dem Bezirksparteitag wörtlich wiedergegeben.

82 Rundschreiben 2 (wie Anm. 70), S. 10; dazu HUNDINGER, Wiedergründung (wie Anm. 3), S. 185 f.

[kann] auf der Grundlage der Geistesfreiheit und der Freiheit der Kritik". Die Delegierten hießen diese Positionsbestimmung einhellig gut.

Ebenso einmütig verabschiedete der Parteitag einige weitere Resolutionen mit programmatischen Aussagen und konkreten Forderungen.[83] Zur Lösung der wichtigsten Probleme des wirtschaftlichen Wiederaufbaus wurden durchaus konventionell verlangt: Die Verstaatlichung der monopolistischen Großindustrie, eine straffe Planwirtschaft in Produktion und Verteilung, eine gerechte Preis- und Lohnpolitik, die Lösung der Geld- und Währungsfrage. In der Erklärung zu „Wiedergutmachung und Wiederaufbau" lehnte die pfälzische Sozialdemokratie die These von der Gesamtschuld Deutschlands ab, anerkannte die Verpflichtung zur Wiedergutmachung und verlangte eine Entnazifizierung nach demokratischen Prüfungsverfahren zur Feststellung der Schuldigen „ohne Rücksicht auf Amt und Rang". Dabei komme es nicht auf die formelle Mitgliedschaft in der NSDAP und ihren Gliederungen an, sondern „allein auf die Gesinnung und Haltung". Deswegen sei es notwendig, gegenüber der Jugend Nachsicht zu üben und ihr eine „Bewährungsfrist" einzuräumen. Schließlich beauftragte der Bezirksparteitag den Bezirksvorstand, Verhandlungen zur Herausgabe einer eigenen Zeitung zu führen und dafür Sorge zu tragen, daß die Partei aus Nazivermögen wieder in den Besitz ihrer Druckerei gelange.

Nach Annahme der Resolutionen „stand der ganze Parteitag nochmals völlig im Banne eines alle Anwesenden mitreißenden Schlußwortes" von Adolf Ludwig. Sein Appell an das Engagement aller, die sich der Schaffung einer besseren Welt verschrieben hätten, wurde mit Begeisterung aufgenommen. Mit dem gemeinsamen Gesang der „Internationalen" klang der erste Nachkriegsparteitag aus.

## Traditionspartei

Mit dem Parteitag zu Kaiserslautern, der als erster Nachkriegsparteitag an sich schon einen Meilenstein in der Geschichte der regionalen Partei darstellt, wurde die Phase der in der Illegalität begonnenen Rekonstruktion im Wesentlichen abgeschlossen und das „Parteileben wieder in normale Bahnen gelenkt", so die zutreffende Einschätzung Franz Böglers.[84] In der Tat vermochten es die pfälzischen Sozialdemokraten – im Unterschied zu den bürgerlichen Kräften, die sich in unübersichtlicher Gemengelage spä-

83 Rundschreiben Nr. 2 (wie Anm. 70), S. 9 (Wiedergutmachung und Wiederaufbau), S. 9 f (Wirtschaftsprobleme), S. 10 (Die SP und die Kriegsgefangenen, Parteidruckerei und eigene Zeitung).

84 Ebd., S. 5. Zum Folgenden: HUNDINGER, Wiedergründung (wie Anm. 3), S. 193 ff.

ter und unter dem Druck der Linken formierten, aber auch gegenüber den konkurrierenden Kommunisten –, in kurzer Zeit im Wechselspiel von lokaler und regionaler Ebene und durchaus gegenläufig zu den Intentionen der französischen Besatzungsbehörden eine außergewöhnliche Organisationsleistung zu vollbringen.

Daß sich der Bezirk schon von seiner Organisationsstruktur her dabei in der Tradition der Weimarer Zeit bewegte, wird bereits am Statut deutlich, das auf den alten Prinzipien beruhte. Neben einigen Details betrafen die wichtigsten Neuerungen einmal die Zusammensetzung des Bezirksvorstandes. Gegenüber dem zuletzt gültigen Statut von 1931 wurde das obligatorische weibliche Mitglied ersetzt durch die Zusicherung einer angemessen Vertretung der Frauen und die Privilegierung, wonach vier Vorstandsmitglieder ihren Wohnsitz in Ludwigshafen haben mußten, entfiel auf Initiative Böglers hin. Zum anderen wurde nun nicht mehr die Chemiestadt Sitz des Parteibezirkes sondern Neustadt, wo auf Betreiben Böglers der Bezirk bald ein eigenes Parteihaus in der Hohenzollernstraße erwarb.[85] Eine Übergangserscheinung war der besatzungsbehördlich vorgegebene Parteiverbund Hessen-Pfalz. Die Trennung der gleichnamigen Verwaltungseinheit und die Gründung des Landes Rheinland-Pfalz führten rasch zur Loslösung der schon zuvor bestandenen Parteibezirke, die nur auf Führungsebene kurzzeitig verbunden waren.[86] Auch insofern war also aus pfälzischer Sicht der alte Zustand wiederhergestellt.

Kontinuität zur Weimarer Sozialdemokratie verkörperte ebenfalls der neue Bezirksvorstand. Bereits von den statutarischen Voraussetzungen her, wegen des Erschwernisses parteipolitischer Betätigung der jüngeren Generation nimmt es nicht wunder, daß die mittleren und älteren Jahrgänge dominierten. Ältestes Mitglied war Friedrich Schmidt (1880 - 1950), ein aus dem Westfälischen stammender Bergmann, der vor 1933 als hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär tätig war und später Arbeitsamtsdirektor in Landau wurde; jüngstes Fritz Volkemer, geboren 1907, gelernter Schuhmacher und Gewerkschaftsfunktionär, der sich vor 1933 in der sozialistischen Jugend und im Stadtrat von Pirmasens engagiert hatte. Die Alterskohorte der 40- bis 50jährigen war mit acht, die der 50- bis 60jährigen und älteren mit sieben Personen vertreten. In Partei und Gewerkschaften waren vor 1933 alle aktiv, eine gewisse Prominenz hatten Bögler, Hermann Langlotz (1895 - 1964) und Friedrich Theobald (1887 - 1964) als Mitglieder des alten Bezirksvorstandes, oder als Abgeordnete wiederum Bögler und Ludwig vorzuweisen. Entlassungen, Haftstrafen hatten die meisten zu ertra-

85 Vgl. SCHEUERMANN (wie Anm. 74), S. 37 f.

86 Dazu HUNDINGER, Wiedergründung (wie Anm. 3), S. 196 ff.

gen, in der Emigration befanden sich Bögler, Kuraner, Ludwig, Schott und Volkemer. Nach der beruflichen Zusammensetzung waren zahlenmäßig am stärksten vertreten die aus der Handwerker- und Facharbeiterschaft aufgestiegenen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre und die Verwaltungsangestellten. Drei Mitglieder waren Facharbeiter; zwei, Dr. Herbert Buhl (1901 - 1963) und Dr. Hans Hoffmann (1893 - 1952)[87], waren studierte Juristen, als einziger Bauer saß Julius Rüb (1886 - 1968), der „Renommierbauer" der Nachkriegssozialdemokratie[88], im Vorstand. Frauen standen überhaupt nicht zur Wahl, obwohl das Statut (§ 5) ihnen eine ihrem Anteil an der Mitgliedschaft entsprechende Vertretung garantierte. Als Grund wurde angegeben, daß die pfälzische Organisation noch nicht über hinreichend qualifizierte Frauen verfügte. Immerhin wurde später Else Müller (geb. 1901)[89] aus Kaiserslautern kooptiert.

Derart in Form gebracht, machte der Regionalverband, der in drängenden politischen Fragen, ähnlich wie schon vor 1933, auf der Linie der Parteiführung lag und der seit dem ersten Gesamtparteitag nach dem Kriege zu Hannover vom Mai 1946 durch Franz Bögler im zentralen Vorstand und durch einige andere Pfälzer in weiteren Spitzengremien – wo sie als Repräsentanten eines Grenzbezirkes in deutschlandpolitischen und Territorialfragen mit Aufmerksamkeit rechnen konnten und wozu sie sich allererst zu Wort meldeten – vertreten waren[90], sich auf den Weg, seinem Führungsanspruch gegenüber den anderen Parteiformationen Geltung zu verschaffen. Das Messen der Kräfte bei den ersten Nachkriegswahlen, auf das der Bezirk in Kaiserslautern eingeschoren wurde, zeitigte indessen, daß dieser Anspruch zunächst zu hoch gegriffen war. In der Pfalz entfielen bei den Gemeindewahlen vom 15. September auf die SPD 32,2, auf die CDU 39,1 Prozent der Wählerstimmen und bei den Kreisversammlungswahlen vom 13. Oktober mußte sie den Christdemokraten bei 36,5 zu 42,4 Prozent ebenfalls den Vortritt lassen und sich mit der Rolle der nur zweitstärksten Partei begnügen. Bei den Wahlen zum ersten Landtag des neugebildeten Staates Rheinland-Pfalz vermochten es die Sozialdemokraten zwar nicht

87 Zur Person: Dr. Hans Hoffmann. Sozialdemokrat, Oberregierungspräsident und Finanzminister, in: 1946 - 1996. SPD-Ortsverein Wachenheim, o. O., o. J. (1996), S. 14.

88 Siehe Roland PAUL, Julius Rüb – der „rote Bauer", in: Heimatjahrbuch des Landkreises Kaiserslautern 1998, S. 129-132.

89 Zu ihr: Annemarie LIEBRICH, Wir können stolz sein auf eine Genossin wie Else Müller, in: Pfälzische Post 7 (1997), H. 1 (= Nr. 22), S. 10-11.

90 Dies ergibt die Durchsicht der Quellenedition: Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1945 bis 1963. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien, eingel. u. bearb. v. Willy ALBRECHT, Bd. 1. 1946 - 1948, Bonn 1999.

im Durchschnitt des Gesamtergebnisses – 34,4 zu 47,2 Prozent – , aber doch wenigstens in der Pfalz mit 41,1 zu 36,1 Prozent die CDU zu übertreffen und damit zum zweiten Male nach 1919 stärkste politische Kraft in der Region zu werden.[91] Diesen Wahlerfolg nutzte die Partei, um den umstrittenen Oberregierungspräsidenten der Pfalz, den Christdemokraten Otto Eichenlaub, abzulösen und Franz Bögler zu diesem Amt zu verhelfen.[92]

In nicht erwartetem Maße verstand es die pfälzische SPD nach den Tagen von Kaiserslautern ihre Organisation voranzubringen. Wurden zu diesem Zeitpunkt 10.458 Mitglieder in 195 Ortsvereinen gezählt[93], so waren es Ende Juni bereits 13.427 – womit der Stand vom Dezember 1932 fast wieder erreicht war – und 20.363 Genossinnen und Genossen Ende 1946. Das heißt, die Partei hatte innerhalb eines knappen Jahres ihre Mitgliedschaft verdoppelt und den Höchststand zu Beginn der Weimarer Periode sogar übertroffen. An diesem rasanten Aufschwung hatten alle Unterbezirke teil (siehe die Tabelle, S. 124). Ein Manko, das ja auch dem Bezirksvorstand ins Auge gefallen war, bestand allerdings in der geringen Zahl der Frauen, die sich zur Partei bekannten. Zur Zeit des 39. Parteitages wurden unter den 10.458 Mitgliedern lediglich 776 weibliche gezählt, im Dezember waren es dann 2.445. Diese auf den ersten Blick erstaunliche Verdreifachung nimmt sich in der Relation indessen höchst bescheiden aus, lag doch der Frauenanteil mit 12 Prozent Ende 1946 noch unter dem der Jahre ab 1929 von 14 bis 16 Prozent.[94] Hinsichtlich der Altersstruktur läßt sich wegen der spärlichen Informationen nur soviel sagen, daß auch die pfälzische SPD der ersten Nachkriegsjahre das Problem des Überalterns hatte, und daß sie von den „Traditionskompanien" geprägt wurde.

---

91 Siehe: Die Wahlen und Volksabstimmungen in Rheinland-Pfalz in den Jahren 1946/1947, hrsg. v. Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems o. J. (1948), S. 16 ff, 18, 38 und S. 40 f; vgl. KEIM, Wahlen (wie Anm. 17), S. 759 und 763.

92 Dazu KUSCH (wie Anm. 3), S. 243 ff.

93 Protokoll des 40. Bezirksparteitages der Sozialdemokratischen Partei Bezirk Pfalz am 26. und 27. April 1947 in Speyer, o. O. o. J. (1947), S. 6. Zum Vergleich der Mitgliederentwicklung der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde die der Weimarer Zeit herangezogen und zwar mit den Zahlen, die den Höchststand vom März 1921 wiedergeben und mit den Daten für die beiden letzten Jahre vor dem Verbot der Partei. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Unterbezirke vor 1933 in ihrem räumlichen Zuschnitt und in ihrer Benennung nicht ganz identisch waren mit denen nach 1945.

94 Siehe ebd. und die Tabelle in: Sozialdemokratische Partei. Bezirk Pfalz. Bericht 42. Bezirksparteitag 5. und 6. März 1949 Frankenthal, Mannheim o. J. (1949), S. 12. Hierzu und zum Folgenden auch: HUNDINGER, Wiedergründung (wie Anm. 3), S. 205 ff.

Den im Ganzen gleichwohl beeindruckenden Wiederaufbau organisierten, nach überkommenen Mustern auf den Organisationsebenen vom Ortsverein über den Unterbezirk zum Bezirk, meist dieselben Personen, die, soweit sie überlebt hatten und vom Alter her noch dazu in der Lage waren, die Arbeit dort wieder aufnahmen, wo sie diese 1933 aufzugeben gezwungen waren. Wenngleich die äußerst schmerzliche und mit personellen Verlusten verbundene Beeinträchtigung des sozialistischen Milieus und die gesellschaftlichen Veränderungen während der NS-Herrschaft wie die vom Exilsozialismus ausgehenden Impulse Chancen zur Wiederaufnahme und Entfaltung des volksparteilichen Ansatzes boten, trugen fürs Erste gerade diejenigen, die nicht den Weg in die Emigration gegangen waren, die sich aber nicht nur in „privatistisch-unpolitische Refugien einer skeptisch-integrierten Arbeiterschaft"[95] zurückzogen sondern Kontakte gepflegt und die Erinnerung an sozialistische Symbole, Normen und Werte wachgehalten hatten, nach der Niederlage Nazi-Deutschlands nachhaltig zur Anknüpfung an die Tradition bei.

Diese Art der Rekonstruktion entsprach nur bedingt den Vorstellungen vom „Neubau" der Partei eines Kurt Schumacher[96] und sie fand auch in der Reihen der pfälzischen Sozialdemokraten nicht nur ungeteilte Zustimmung. Ausgewiesener Kritiker war Maxim Kuraner (1901 - 1978)[97] aus Trier, ehemaliger Kommunist und Emigrant, den Franz Bögler im Februar 1946 zur Mitarbeit am Parteiaufbau in der Pfalz gewinnen konnte. Als Berichterstatter über die Tätigkeit des Bezirksvorstandes auf dem zweiten Nachkriegsparteitag vom April 1947 zu Speyer merkte er unter anderem pointiert an, daß der Parteiapparat nach dem Kriege unter völlig anderen Bedingungen wieder so zugeschnitten worden war, wie er vor 1933 bestanden hatte. Dabei hätten die neuen politischen Anforderungen und Parteiaufgaben auch neue Methoden und Formen der Organisationstätigkeit verlangt.[98] Aber zu diesem Zeitpunkt waren die Weichen bereits gestellt.

---

95 In diese Richtung: Losche/Walter (wie Anm. 12), S. 77 ff, Zitat S. 79.

96 Dazu Klotzbach (wie Anm. 10), S. 54 ff; zur Frage Neubeginn oder Wiedergründung auch: Hundinger, Wiedergründung (wie Anm. 3), bes. S. 157 f und S. 251 ff.

97 Zur Person: Geschichte der Trierer Arbeiterbewegung, hrsg v. Eberhard Klopp, Trier 1979, S. 72-74.

98 Protokoll 1947 (wie Anm. 92), S. 3-12 (Rück- und Ausblick – Ein Jahr Parteiarbeit), hier S. 7 f.

**Mitglieder in den pfälzischen Unterbezirken 1921, 1931/32 und 1946/47**

| Unterbezirk | 3/1921 | 12/1931 | 12/1932 | 6/1946 | 12/1946 | 12/1947 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Bergzabern | 475 | 447 | 407 | 561 | 732 | 1.025 |
| Frankenthal | 2.480 | 2.077 | 1.994 | 1.005 | 1.279 | 1.643 |
| Germersheim | 801 | 520 | 494 | 130 | 273 | - |
| Grünstadt | [1]1.712 | 328 | 274 | 368 | 575 | 722 |
| Kaiserslautern | 1.687 | 1.618 | 1.632 | 1.777 | 2.707 | 3.673 |
| Kandel | - | - | - | 227 | 375 | 529 |
| Kirchheimb. | 848 | 328 | 332 | 374 | 724 | 872 |
| Kusel | 972 | 492 | 417 | 247 | 667 | 800 |
| Landau | 1.147 | 641 | 487 | 782 | 1.225 | 1.587 |
| Landstuhl | 742 | 343 | 297 | 112 | 169 | 189 |
| Ludwigshafen | 4.207 | 4.456 | 4.215 | 2.457 | 3.844 | 4.435 |
| Neustadt | 1.239 | 1.025 | 902 | 1.181 | 1.867 | 2.523 |
| Pirmasens | 771 | 1.216 | 942 | 1.858 | 2.453 | 3.228 |
| Rockenhausen | [2]902 | 299 | 227 | 388 | 525 | 692 |
| Speyer | 1.509 | 867 | 883 | 1.155 | 1.725 | 2.424 |
| Waldmohr | - | - | - | 203 | 314 | 432 |
| Zweibrücken | 726 | 414 | 437 | 602 | 909 | 1.158 |
| Bezirk Pfalz | [3]20.218 | 15.071 | 13.940 | 13.427 | 20.363 | 25.932 |

1 Seinerzeit Unterbezirk Dürkheim.
2 Mit dem damals noch bestehenden Unterbezirk Obermoschel.
3 Ohne die seinerzeit noch zum Parteibezirk gerechneten, dem Saargebiet zugeschlagenen Unterbezirke Homburg und St. Ingbert. Die Gesamtzahl betrug 21.945 Mitglieder.

Quellen: Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Bezirksverband Pfalz. Bericht für die Zeit vom 1. April 1921 bis 31. März 1922, Ludwigshafen o. J. (1922), S. 7 ff und dass., 1931/32, Ludwigshafen o. J. (1932) S. 43; AsD Best. Bez. Pfalz Nr. 0778, 0779.

Du Bürger des Landes Rheinland-Pfalz,
Hängt Dir das Wühlen auch raus zum Hals,
Geh' ja zur Urne und wähl' auch Du,
Da im Rheinland herrscht die CDU
Als klüger Pfälzer ließ es Dir raten,
Zum Ausgleich — nur Sozialdemokraten!

**SPD** **stärker denn je!**

# MORGEN

fallen die Würfel - Du würfelst mit aber nur wenn Du wählst

● Du gewinnst, wenn Du wählst ●

# FDP

● Sie wächst von Wahl zu Wahl ●
● Sie ist die Partei des Aufstiegs ●

# Warum?

Sie will [illegible]

# Vom Sozialen Volksbund zur F.D.P.-Pfalz. Die Entwicklung der liberalen Parteien nach 1945

Roland Paul

Die pfälzische FDP hat ihren Ursprung im „Sozialen Volksbund Hessen-Pfalz", der am 11. Mai 1946 von der französischen Militärregierung genehmigt wurde. Ihren ersten großen Wahlerfolg erzielte der Soziale Volksbund bei den Wahlen zum ersten rheinland-pfälzischen Landtag am 18. Mai 1947.

„Die Gründung des Sozialen Volksbundes nach dem II. Weltkrieg ist von der liberalen Tradition der Pfalz nicht zu trennen", so Helmut Kohl in seiner Dissertation.[1] In der Geschichte des Liberalismus in Deutschland kann die Pfalz bekanntlich, wie kaum eine andere deutsche Region, eine lange Tradition aufweisen. Erinnert sei nur an die liberale Volksbewegung im Vormärz, deren Höhepunkt das Hambacher Fest 1832 war, und an den Pfälzischen Aufstand von 1849, der allerdings kläglich scheiterte, so dass die Köpfe dieser Bewegung gezwungen waren ins Ausland zu emigrieren, vor allem in die USA, wo einige von ihnen in der Folgezeit demokratische Zeitungen herausgaben, sich an der Gründung der Republikanischen Partei beteiligten und für die Aufhebung der Sklaverei eintraten.

Nach der Bildung des Deutschen Reiches 1871 war die Pfalz lange Zeit eine Hochburg der Nationalliberalen. In den Deidesheimer Villen der Familien Buhl, Bassermann-Jordan und Deinhard, die mehrere Landtags- und Reichstagsabgeordnete stellten, aber auch beispielsweise in den Häusern von Josef Benzino in Landstuhl und Karl Ludwig Golsen in Zell trafen sich führende Männer der Nationalliberalen Partei Deutschlands.[2] Neben dem Besitz- und Bildungsbürgertum zählten viele evangelische Bauern, Gewerbetreibende, aber auch Arbeiter, zu ihren Anhängern. Bald um die Jahrhundertwende begann bereits der Niedergang der Nationalliberalen Partei, deren Anhänger sich in der Pfalz seit 1895 immer mehr dem eher konservativen „Bund der Landwirte" anschlossen. In der Weimarer Republik ging der Einfluss der „geistigen Erben der Nationalliberalen" (Kohl), zu denen die Deutsche Volkspartei und – mit Abstrichen – die Deutschnationale Volkspartei gezählt werden können, durch ihre Zersplitterung zu-

1 Helmut Kohl, Die politische Entwicklung in der Pfalz und das Wiedererstehen der Parteien nach 1945, Diss. Heidelberg 1958, S. 95.

2 Ebd., S. 48.

rück. 1919 wurden noch 147.000 liberale Wähler in der Pfalz gezählt. 1933 waren es nur noch gerade 10.000![3] So manche ließen sich in der Folgezeit von der Partei Adolf Hitlers ködern, doch viele andere widerstanden der totalitären NSDAP und blieben ihrer liberalen Grundhaltung treu. Bestes Beispiel dafür ist zweifellos der mütterlicherseits aus der alten pfälzischen liberalen Familie Gümbel aus Dannenfels stammende erste deutsche Bundespräsident Theodor Heuss, der 1902 Mitglied der Freisinnigen Vereinigung wurde, nach dem Ersten Weltkrieg der liberalen Deutschen Demokratischen Partei beitrat und diese in der Weimarer Republik als Reichstagsabgeordneter repräsentiert hatte.[4]

Schon bald nach dem Zusammenbruch der Hitlerdiktatur setzten sich in der Pfalz politisch unbelastete Personen für einen demokratischen Neuaufbau ein. Die Besatzungsmächte, in der Pfalz zuerst die Amerikaner, hatten nach ihrem Einmarsch die nationalsozialistischen Funktionsträger ihrer Ämter enthoben und in der Regel durch politisch unbelastete Männer ersetzt. In den Städten und Gemeinden wurden den neuen Bürgermeistern zunächst antifaschistische Bürgerräte zur Seite gestellt. Der Bürgerrat „soll das Bindeglied zwischen der Bürgerschaft und der Stadt bzw. Gemeindeverwaltung sein und diese bei der Lösung ihrer Aufgaben beraten und helfend unterstützen", hieß es in einer offiziellen Verlautbarung der Militärregierung. In Kaiserslautern trat beispielsweise noch auf Anordnung der Amerikaner, kurz vor der Übernahme durch die französische Militärregierung, ein aus 21 Mitgliedern bestehender „Bürgerrat" zum ersten mal am 6. Juli 1945 als provisorischer Stadtrat zusammen. Zehn der Ernannten gehörten früher der SPD und der KPD, elf der Bayerischen Volkspartei, dem Zentrum oder der bürgerlichen Mitte bzw. dem parteilosen Bürgertum an.[5]

Erst die Verordnung Nr. 23 des Commandanten Chef Francais en Allemagne, General Koenig, vom 13. Dezember 1945 ermöglichte die Grün-

3 Hans-Jürgen WUNSCHEL, Angesichts der Trümmer...Die Gründungsgeschichte der pfälzischen Parteien nach dem Ende der Diktatur, Otterbach 1987, S. 87; vgl. auch: Hans-Georg Wieck, Christliche und freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945-1946, Düsseldorf 1958, S. 63-66; Kurt Weitzel, Vom Chaos zur Demokratie. Die Entstehung der Parteien in Rheinland-Pfalz 1945-1947, S. 96-110; und Dieter Hein, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949, Düsseldorf 1985, S. 172-181.

4 Vgl. die von Michael MATTHIESEN verfasste Kurzbiographie, in: Deutsche Biographie Enzyklopädie (DBE), hrsg. v. Walther KILLY und Rudolf VIERHAUS, Bd. 5, Darmstadt 1997, S. 13.

5 Vgl. Erhard R. WIEHN, Kaiserslautern. Leben in einer pfälzischen Stadt, Neustadt/W. 1982, S. 868.

dung von Parteien demokratischer und antinationalsozialistischer Richtung im französischen Besatzungsgebiet.[6] Darin hieß es, dass die Gründung politischer Parteien „demokratischen und anti-nationalsozialistischen Charakters" gestattet wird, dass die Parteien ihre Tätigkeit nur nach besonderer Genehmigung durch das Gouvernement Militaire ausüben dürfen. Artikel 3 dieser Verordnung besagt, dass die genehmigten Parteien das Versammlungsrecht und das Recht der Propaganda haben, „vorbehaltlich allgemeiner und besonderer Bestimmungen, die die öffentliche Ordnung notwendig machen. Die Ausübung des Versammlungsrechts unterliegt der vorherigen Zustimmung des Gouvernements Militaire." Ausdrücklich wurde in Artikel 5 festgelegt: „Jede Zuwiderhandlung gegen die bestehende Regelung und jede Änderung des Charakters einer Partei können die Zurückziehung der Genehmigung zur Folge haben, unbeschadet der strafrechtlichen Ahndungen, denen sich gegebenenfalls die leitenden Personen aussetzen." Die Verfügung Nr. 26 des Administrateur General Laffon vom 13. Dezember enthielt die Durchführungsbestimmungen zur Verordnung Nr. 23. Danach musste die Bildung eines einer politischen Partei angeschlossenen Ausschusses beim Bürgermeisteramt des beabsichtigten Sitzes beantragt werden. Der Bürgermeister hatte dieses Gesuch binnen drei Tagen an den Administrateur Général oder seinen Delegierten weiterzuleiten. Der Vorstand, der mindestens aus fünf Mitgliedern bestehen musste, war dem Gouvernement Militaire gegenüber verantwortlich für die rein demokratische Richtung der Partei. Außerdem musste jede geplante öffentliche Versammlung dem Bürgermeisteramt angekündigt werden.

Nachdem die SPD, die CDU und die KPD bald nach der Verordnung des Generals Koenig um die Genehmigung ihrer Parteigründung nachgesucht hatten, beantragten am 17. Januar 1946 sieben Männer beim Chef der französischen Militärregierung Hessen-Pfalz, General Bouley, die Genehmigung zur Errichtung einer Partei unter dem Namen „Christlich-Sozialer Volksbund". In dem Antrag heißt es wörtlich: „Der Volksbund baut sein Programm auf den sittlichen Grundsätzen des Christentums auf. Der innere Staatsaufbau soll auf deutscher bundesstaatlicher Grundlage erfolgen. Der Volksbund will – so heißt es weiter – ....eine Sammlung all der Volksschichten" sein, „die keine kommunistische oder sozialdemokratische Politik unterstützen können oder wollen... Er ist bewußt christlich. Er verwirft jegliche Art von Gewaltanwendung sowohl in Sachen des Gewissens als auch in Sachen der Politik. Er ist antifaschistisch. Er will eine wahrhaft

6 Veröffentlicht im Amtsblatt der französischen Militärregierung (Journal Officiel du Commandement en Chef Francais en Allemagne Gouvernement Militaire de la Zone Francais d' Occupation) Nr. 9 v. 21.12.1945.

lebendige Demokratie in Pfalz-Hessen schaffen. Der Volksbund unterstreicht in seinem Programm die Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Privateigentums" und „betont den großen Wert der Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit". Er „erstrebt die tatkräftige Förderung der Landwirtschaft als Grundlage der Ernährung, die soziale Hebung der Arbeiterschaft und den allgemeinen Ausgleich der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessengegenstände aller Schaffenden der Hand und des Geistes. Der Volksbund legt ganz besonderen Wert auf die geistige und seelische Umerziehung der Jugend nach christlich sittlichen Grundsätzen, um in Zukunft Kriege in Europa und der Welt zu vermeiden". Er „will freundnachbarschaftliche Beziehungen zu allen Völkern und Ländern unterhalten, insbesondere zu den westlichen Demokratien".[7]

Das Schreiben wurde unterzeichnet von Diplom-Landwirt und Präsidialdirektor Franz Zapf vom Einsiedlerhof, Präsidialdirektor Dr. Ludwig Ritterspacher aus Neustadt (beide waren gewissermaßen Abteilungsleiter beim Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz), Ministerialrat a. D. Dr. Adolf Müller, Miesenbach, dem Landwirt Emil Schätzel aus Guntersblum, dem Kaufmann Otto Kiefer aus Kaiserslautern, dem Hammerschmied Ernst Hellriegel aus Miesenbach und dem kaufmännischen Abteilungsleiter Reinhold Leng aus Kaiserslautern. Soweit es sich feststellen lässt, waren alle Protestanten. General Bouley lehnte den Antrag jedoch zunächst ab. Er wollte nur eine christliche Partei zulassen, die Christlich Demokratische Union, die bereits am 27. Dezember 1945 ihren Genehmigungsantrag eingereicht hatte. Daraufhin fand am 30. Januar 1946 eine Unterredung zwischen Vertretern von CDU und des Christlich- Sozialen Volksbundes statt, die keine Einigung erbrachte. Die Anhänger des Christlich-Sozialen Volksbundes waren nicht für eine Zusammenarbeit mit der „zunächst von führenden Katholiken geprägten CDU" bereit.[8]

Nachdem man sich darauf geeinigt hatte, das Wort „Christlich" zu streichen und sich künftig nur „Sozialer Volksbund" oder „Deutscher Sozialer Volksbund" zu nennen, wurde am 2. Februar 1946 ein neuer Antrag auf Genehmigung bei General Bouley eingereicht. Darin heißt es: „Die Unterzeichneten erbitten hiermit die Genehmigung zur Errichtung einer Partei unter dem Namen „Sozialer Volksbund in Hessen-Pfalz (...) Der Soziale Volksbund erstrebt die politische Erfassung aller Wahlberechtigten, die die kommunistische oder sozialdemokratische Weltanschauung ablehnen und

7 Flugblatt des Sozialen Volksbundes aus dem Nachlaß von Dr. Adolf Müller, überlassen von Wolfgang Müller, Homburg/Saar.

8 Wunschel (wie Anm. 3), S. 81.

auch die Christlich-demokratische Union nicht wählen können, weil sie weltanschaulich, insbesondere auf dem Gebiete der Erziehung und des allgemeinen Kultur- und Kunstlebens eine freiere und fortschrittlichere Richtung vertreten. Diese Wählerschichten machen in Hessen-Pfalz einen beträchtlichen Anteil an der Gesamtwählerschaft aus. Der 'Soziale Volksbund' will einen großen Rahmen schaffen, der für alle frei denkenden Wähler einen genügenden Betätigungsraum bietet. Der innere Staatsaufbau in Hessen-Pfalz soll auf deutscher bundesstaatlicher Grundlage erfolgen. Unsere politische Vereinigung wird als 'Sozialer Volksbund' bezeichnet, weil durch das Wort Bund zum Ausdruck gebracht werden soll, daß er keine Klassenpartei, keine Interessenpartei und keine Konfessionspartei sein will. Der 'Soziale Volksbund' wendet sich an alle Volksschichten. Er baut sein Programm auf den allgemeinen für beide Konfessionen gültigen sittlichen Grundsätzen des Christentums auf. Er tritt ein für die Erhaltung der abendländischen Kultur. Er verwirft jegliche Art von Gewaltanwendung, sowohl in Sachen des Gewissens als auch in Sachen der Politik. Er ist antifaschistisch. Er will eine wahrhaft lebendige und mutig handelnde Demokratie in Hessen-Pfalz schaffen." [9]

Die letzten Abschnitte des neuen Antrages decken sich weitgehend mit dem Schreiben vom 17. Januar, was die Betonung der Unverletzlichkeit des Privateigentums, Förderung der Landwirtschaft, die geistige und seelische Umerziehung der Jugend und die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern, insbesondere zu den westlichen Demokratien, betrifft. Außer der sozialen Hebung des Arbeiterstandes wurde nun auch die Angestelltenschaft miteinbezogen, wohl um sie als potentielle Wähler nicht auszuschließen. Unterschrieben wurde diese Eingabe von Zapf, Ritterspacher, Schätzel, Hellriegel sowie den Kaiserslauterern Reinhold Leng, August Krauth, Karl Hörhammer und Georg Ziegler. Doch General Bouley war zunächst immer noch nicht bereit, den Sozialen Volksbund als vierte Partei zu genehmigen. Es waren nun vor allem Mitglieder der CDU um den Kaiserslauterer Kaufmann Carl Pallmann, die Bouley drängten, eine liberale Partei zuzulassen, mit der Bemerkung: „um eine zu liberale Orientierung der CDU zu verhindern".[10] „So war die CDU – wie Hans-Jürgen Wünschel schrieb – „Hebamme bei der Geburt einer liberalen Partei in der Pfalz" geworden.[11]

Am 11. Mai 1946 unterzeichnete General Bouley als oberster Beauftragter für die Militärregierung Hessen-Pfalz in Neustadt schließlich mit Erlaß

9 Als Faksimile veröffentlicht ebd., S. 82f.
10 Zit. nach ebd., S. 84.
11 Ebd., S. 81.

Nr. 65 die Erlaubnis zur Bildung des Sozialen Volksbundes.[12] Darin heißt es: 1. Die Bildung der Partei 'Sozialer Volksbund in Hessen-Pfalz' wird genehmigt. 2. Die Tätigkeit der Partei erstreckt sich auf die gesamten Provinzen Rheinhessen und Pfalz. Der Sitz der Parteileitung ist der Einsiedlerhof bei Kaiserslautern. 3. Die Bildung des vorläufigen Parteivorstandes in folgender Zusammensetzung wird genehmigt:

1. Franz Zapf, Landwirtschaftsingenieur, Präsidialdirektor, Einsiedlerhof
2. Dr. Adolf Müller, Ministerialrat, Miesenbach
3. Emil Schätzel, Landwirt, Guntersblum/Hessen
4. Ernst Hellriegel, Schmied, Miesenbach
5. Reinhold Leng, Abteilungsleiter, Kaiserslautern
6. August Krauth, Webstuhlmonteur, Kaiserslautern
7. Karl Hörhammer, Schlosser, Kaiserslautern
8. Georg Ziegler, Dienststellenleiter, Kaiserslautern.

Treibende Kraft dieser neuen Partei war in der Westpfalz zweifellos Dr. Adolf Müller. In verschiedenen Schreiben bezeichnete er sich auch als Landesleiter und provisorischen Bundesleiter des Sozialen Volksbunds. Der 1886 in Miesenbach geborene Sohn einer protestantischen Bauernfamilie hatte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft studiert und 1911 an der Universität Würzburg mit einer Arbeit über „Die Grundlagen der pfälzischen Landwirtschaft und die Entwicklung ihrer Produktion im 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart" zum Dr. jur. et rer. pol. promoviert. In der Weimarer Republik wurde er Agrarsachverständiger im Reichsministerium für die besetzten Gebiete in Berlin, wo er es zum Ministerialrat brachte. Bei seiner Tätigkeit verlor der „Bauernmüller", so sein Berliner Spitzname, seine pfälzische Heimat nie aus den Augen, ja er wurde einer ihrer engagiertesten Fürsprecher.[13]

Der Soziale Volksbund errichtete Anfang Juli in der Spittelstraße 3 in Kaiserslautern ein Parteibüro. Kaum zwei Monate nach der Zulassung der Partei konnte Müller am 8. Juli 1946 dem „Gouvernement Militaire" in Neustadt melden, es seien bislang neun Ortsgruppen des Sozialen Volksbunds gegründet worden und zwar zunächst in der unmittelbaren Heimat Müllers, in Steinwenden, Mackenbach und Miesenbach (Landkreis Kai-

12 Als Faksimile veröffentlicht ebd., S. 85.

13 Vgl. Roland PAUL, Liberaler Politiker und Agrarexperte. Vor 100 Jahren wurde Dr. Dr. Adolf Müller in Miesenbach geboren - Gründer des Sozialen Volksbundes, in: Die Rheinpfalz, Landstuhler Rundschau, v. 21.1.1986.

serslautern), in der Stadt Kaiserslautern sowie in Gries und Waldmohr (Landkreis Kusel), des weiteren in Großkarlbach und Laumersheim (Kreis Frankenthal) und in Weisenheim am Sand (Kreis Neustadt). Im Aufbau seien 14 weitere Ortsgruppen: je fünf im Kreis Kusel (Glan-Münchweiler, Dunzweiler, Breitenbach, Niederkirchen und Wolfstein) und im Kreis Kaiserslautern (Erfenbach, Weilerbach, Katzweiler, Hauptstuhl und Ramstein) sowie in Freinsheim, Alsenz, Rockenhausen und Feilbingert.[14]

Bei einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung des Sozialen Volksbunds hielt Dr. Adolf Müller einen grundlegenden Vortrag. Dabei betonte er, dass der SV „sein politisches Gebäude" auf „zwei Grundsäulen" aufbaue, auf „der Achtung des Privateigentums als der Grundlage allen Fortschrittes, zweitens auf der Anerkennung der durch Jahrhunderte bewährten christlichen Sittengesetze". Zur Behauptung, seine Partei sei eine „protestantische Partei" entgegnete Müller einige Tage später, der SV sei „eine nichtkonfessionelle Partei, aber die Männer, die ihn führten, sollen als Richtschnur ihres Handelns das protestantische Geistes- und Moralgut der deutschen geschichtlichen Vergangenheit zugrunde legen, und sie sollten sich bei den Auseinandersetzung der verschiedenen Geistesrichtungen der Tatsache bewusst bleiben, dass in Hessen-Pfalz zwei Reichstage stattfanden, in Speyer und in Worms, auf denen die Grundfragen der Reformation durch Dr. Martin Luther angeschnitten wurden."[15]

Bei den Gemeindewahlen am 15. September 1946 kandidierte der Soziale Volksbund in mehreren Städten und in vielen Gemeinden in der Pfalz. In einigen Orten erzielte er Spitzenergebnisse, vor allem in der Westpfalz, wie z.B. in Miesenbach, Mackenbach, Hauptstuhl, Weilerbach und Otterberg. In Mackenbach kam der SV sogar auf 287 Stimmen, 36 mehr als CDU und SPD zusammen. Ähnliche Ergebnisse zeigten auch die Kreistagswahlen einen Monat später.[16]

Ebenfalls im Januar 1946, wenige Tage nachdem der Soziale Volksbund sein Gesuch zur Gründung einer Partei eingereicht hatte, strebten fünf Männer aus Ludwigshafen die Gründung einer Landesgruppe der Demokratischen Partei an. Es waren: 1. der Studienrat Ludwig Bertram, 2. der Chemiker Dr. Kurt Bertram, 3. der Angestellte Theodor d'Hone, 4. der Elektromeister Eugen Ferber und 5. der Kaufmann Willy Reuter. „Die Genannten", so schrieben sie, „sind alle volljährig, moralisch einwandfrei, haben ihren Wohnsitz in Ludwigshafen a. Rh. und haben nie der NSDAP

14 WUNSCHEL (wie Anm. 3) S. 89.
15 Pfälzische Volkszeitung v. 9.8.1946; vgl. auch KOHL (wie Anm. 1), S. 105.
16 Pfälzische Volkszeitung Ausgabe v. 17.9.1946.

angehört." [17] In 12 Punkten präsentierte die Demokratische Partei ihr Programm „Die Ziele des Neuaufbaus können nur verwirklicht werden im Geist der Menschlichkeit und brüderlichen Hilfe, einer wahrhaft sozialen Gesinnung, in der Pflege der Grundsätze der Toleranz und geistigen Freiheit unter Ausschaltung jeden Klassenkampfes, Rassen- und Konfessionsstreites. Um diese Grundsätze im öffentlichen Leben zur Geltung zu bringen, müssen sie die breiteste und unbedingte Anwendung und Anerkennung in der Erziehung unserer Jugend finden. Die demokratische Partei fordert daher sorgfältigste Auswahl und Ausbildung der Lehrer und Erzieher, die deutsche Einheitsschule mit Religionsunterricht im Geist der Toleranz und im Geiste der jahrhundertealten unzerstörbaren, edleren Überlieferung, die unser Volk mit allen Kulturvölkern in Erziehung, Kunst und Wissenschaft eint. Das oberste Ziel der Erziehung muss sein, die Jugend bei möglichst freier geistiger Entwicklung zu selbständig denkenden und selbstverantwortlichen Persönlichkeiten zu bilden, die mit Interesse, mit Hingabe, Lust und Liebe an den Aufgaben der Allgemeinheit teilnehmen und mitarbeiten. Die gleiche Gesinnung in dem so lange irregeleiteten Volk wieder zu wekken betrachtet die Partei als eine ihrer grössten Aufgaben..." [18]

Die Partei strebte „volle Freiheit" der Religionsgemeinschaften, Förderung ihrer erzieherischen und sozialen Tätigkeit an, wollte die Religion jedoch losgelöst vom Staat wissen. Des weiteren sprach das Programm u.a. die „Rechtssicherheit und die Gleichheit aller vor dem Gesetz" an und forderte „die sorgfältigste Vorbereitung und Auswahl des Richterstandes". „Der Grundsatz des Privateigentums", so heißt es unter Punkt 9, „muss erhalten bleiben. Nur wo Privateigentum zum Nachteil der Allgemeinheit ausgenützt wird, hat der Staat einzugreifen. Enteignung rechtmässigen Besitzes ohne Entschädigung ist abzulehnen. Die Entschädigung der durch den Krieg entstandenen Schäden an Privateigentum wird grundsätzlich angestrebt unter weitgehendster Heranziehung der Kriegsgewinne." Größte Aufmerksamkeit und Unterstützung sei „der gesunden Entwicklung des Bauernstandes" zu widmen. Außerdem sei der Partei an „der Herstellung und Erhaltung eines guten Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern" gelegen. Das Parteiprogramm schloss mit den Worten: „Die neue Aufbauarbeit muss erfolgen im Zusammenwirken mit allen dazu bereiten Kräften im In- und Ausland, im Geist einer ehrlichen Versöhnung, die die Schuld und die

17 Archives d'occupation Française en Allemagne et Autriche, Colmar (im folgenden AOFAA), Best. Rhenanie-Palatinat (im folgenden RP), Nr. 2261. Herrn Gerhard Nestler, Frankenthal, sei für seine diesbezüglichen Recherchen in Colmar herzlich gedankt.

18 Ebd.

Fehler der Vergangenheit nicht leugnet, sondern sie so weit, als irgend möglich wieder gut zu machen sucht."[19]

Aus dem vorliegenden Archivmaterial geht leider nicht hervor, ob dem an den Oberbürgermeister der Stadt Ludwigshafen gerichteten Gesuch stattgegeben worden ist. Im Raum Neustadt bemühten sich im Herbst 1946 einige Männer um den Aufbau einer vorderpfälzischen Gruppe des Sozialen Volksbunds. Die Initiative ging hier von dem Mußbacher Amtsgerichtsrat Heinrich Köhler und dem Neustadter Rechtsanwalt Dr. Leonhard Voelcker aus. Dies führte zunächst zu Spannungen mit der westpfälzischen Gruppe. Drei Tage nach der am 21. September 1946 erfolgten Wahl Köhlers zum Vorsitzenden des SV Vorderpfalz kam es in Kaiserslautern zu einem Treffen beider Gruppen, wobei zunächst keine Einigung erzielt werden konnte.[20] Dies änderte sich erst, nachdem sich in Rheinhessen eine liberale Partei gebildet hatte. Dem vorausgegangen war die im Sommer 1946 in Trier erfolgte Konstituierung einer liberalen Partei des Rheinlandes, deren Intension es war, über Rheinhessen hinaus auch in der Pfalz Fuß zu fassen. Hier hatten sie einen Vertrauensmann gewinnen können, den aus Frankenthal stammenden und in Hardenburg lebenden Steuerberater Dr. Carl Neubronner. Köhler und Voelcker versuchten die Bildung der Liberalen Partei in der Pfalz zu verhindern und trafen sich am 29. September 1946 im Hause des Ökonomierates Beck in Friedelsheim mit Dr. Neubronner. Die Liberale Partei verzichtete daraufhin in der Pfalz auf die Aufstellung eigener Listen für die bevorstehenden Kreisversammlungswahlen, und der SV erklärte sich bereit, in verschiedenen Bezirken Kandidaten der Liberalen Partei in ihre Listen aufzunehmen. In Rheinhessen dagegen traten beide Listen getrennt auf. Der SV errang damals in der Pfalz immerhin 32 Kreistagssitze. Auf Dauer war diese Spaltung für die Liberalen jedoch ungünstig. Sie erinnerte an Weimarer Verhältnisse! Bei einer Unterredung zwischen Vertretern der Liberalen Partei und dem Sozialen Volksbund am 14. November 1946 in Oppenheim kam es zunächst zu keiner Einigung hinsichtlich der Frage, wem der Vorsitz gebühren sollte. Man arrangierte sich schließlich und bildete eine dreiköpfige Landesleitung aus den Vorsitzenden der einzelnen Bezirksgruppen: Reinhold Leng aus Kaiserslautern für den SV Westpfalz, Heinrich Köhler für den SV Vorderpfalz und Karl Lahr aus Oberhilbersheim für die Liberale Partei Rheinhessen. Doch dieser Zusammenschluß sollte bald seine Gültigkeit verlieren, da Rheinhessen bald von der Pfalz getrennt wurde und einen eigenen Regierungsbezirk bildete .[21]

19 Ebd.

20 Kohl (wie Anm. 1), S. 97f.

21 Ebd., S. 99f.

Einen Monat nach den ersten Kreistagswahlen fanden am 17. November 1946 die Wahlen zur Beratenden Landesversammlung statt. Von den 127 Sitzen entfielen 70 auf die CDU, 41 auf die SPD, neun auf die KPD und sieben auf den Sozialen Volksbund.[22] Hauptaufgabe der Beratenden Landesversammlung war die Ausarbeitung einer Verfassung.

Bei der ersten pfälzischen Delegiertenversammlung des SV in Neustadt am 8. Januar 1947 wurde schließlich die Vereinigung des westpfälzischen mit dem vorderpfälzischen SV vollzogen. Insofern kann die pfälzische FDP zwei Geburtstage feiern, den 11. Mai 1946 und den 8. Januar 1947! Vorsitzender („Landesleiter") wurde Dr. Leonhard Voelcker, gleichberechtigte Stellvertreter wurden Reinhold Leng und Dr. Carl Neubronner. Landesgeschäftsführer wurde der Ingenieur Ottmar Walter in Gimmeldingen.[23] Die Landesgeschäftsstelle des SV befand sich in der Landschreibereistraße 23 in Neustadt. Im Januar 1947 bestanden in den beiden Bezirksverbänden des SV (Vorderpfalz und Westpfalz) jeweils sechs Kreisverbände: Bergzabern, Frankenthal, Germersheim, Landau, Ludwigshafen-Stadt und Neustadt sowie Kaiserslautern-Stadt, Kirchheimbolanden, Kusel, Pirmasens, Rockenhausen und Zweibrücken.[24] Im Laufe des Jahres 1947 schlossen sich auch die 13 Ortsverbände im Landkreis Kaiserslautern zu einem Kreisverband zusammen, der Anfang Dezember 1947 insgesamt nur 60 Mitglieder zählte, während dem Kreisverband Kaiserslautern-Stadt damals 71 Mitglieder angehörten.[25]

Ende März 1947 meldete Geschäftsführer Walter dem Militärgouvernement in Zweibrücken die Namen der Mitglieder der verschiedenen Fachausschüsse:[26] Arbeiterschaft: Karl Säuberlich (Neustadt) und Johann Fuchs (Kaiserslautern); Vertreter: Eugen Lindenschmitt (Hassloch) und Christian Dörr (Pirmasens). Bauernschaft: Konrad Raab (Weisenheim am Sand) und Ökonomierat Euler (Morschheim), Vertreter: Ferdinand Kern (Landau) und Robert Nickel (Otterbach). Industrie: August Sauerbrunn (Neustadt) und Dr. Karl Groß (Landstuhl). Handwerk: Wagnermeister Franzreb (Weisenheim a.S.) und Heinrich Kallmayer (Kaiserslautern). Handel: Wilhelm Hauth (Bergzabern) und Karl Müller (Kaiserslautern), Vertreter: Jacob Müller (Hassloch). Freie Berufe: Ludwig Bertram (Ludwigshafen). Beamte: Dr. Philipp Neupert (Pirmasens), Vertreter: Dipl.-Ing. Heinrich Kaul (Landau). Politischer Ausschuss: Heinrich Köhler (Gimmeldingen), Ludwig Bert-

22 Wunschel (wie Anm. 3), S. 98f.
23 Ebd., S. 88.
24 AOFAA, Best. RP, Nr. 2261.
25 Ebd., Nr. 2637/4.
26 Ebd., Nr. 2349/3.

ram (Ludwigshafen), Heinrich Kaul (Landau), Horst Zimmek (Germersheim), Dr. Fritz Kummer (Lustadt), Peter Zutter (Zweibrücken), Dr. Poliert (Kaiserslautern), Richard Hartmann (Pirmasens), Julius Kranzbühler (Kaiserslautern). Presse und Propaganda: Dr. Adolf Müller (Miesenbach), Dr. Fritz Kummer (Lustadt) und Peter Gerhardt (Pirmasens). Finanzausschuss: Dr. Friedrich Franzreb (Freinsheim), Bankdirektor Dr. Runge (Kaiserslautern), Dr. Poliert (Kaiserslautern) und Heinrich Köhler (Gimmeldingen). Frauenausschuss: Dr. Hertha Zoller (Landau), Bettina Thiem (Lustadt) und Frau Klingel (Frankenthal). Jugendausschuss: Dr. Sarres (Ludwigshafen) und Julius Kranzbühler (Kaiserslautern), Vertreter: Ägidius Steiner (Germersheim) und Hartwig Göttel (Schwedelbach).

Einen Monat vor der ersten Landtagswahl gründeten dann im April 1947 Vertreter des Sozialen Volksbundes, der Liberalen Partei Rheinhessens und des Trierer Raumes die Demokratische Partei Rheinland-Pfalz. Erster Vorsitzender des neuen Landesverbandes wurde Regierungspräsident a. D. Dörr aus Birkenfeld, Stellvertreter Kommerzienrat Rautenstrauch, der schon vor dem Ersten Weltkrieg und danach bis 1933 als Abgeordneter der Nationalliberalen und der Deutschen Volkspartei dem Reichstag angehört hatte. Dem Vorstand gehörten außerdem je drei Vertreter des SV und der LP an.[27] Wenige Wochen später verabschiedete die neue Partei eine Satzung und ein Programm. In folgenden drei Grundfragen waren sich die Gründer der neuen Partei einig: Ablehnung jeglicher Sozialisierung, Kampf für die christliche Gemeinschaftsschule, Stärkung des staatlichen Zentralismus.

Den Wahlen zum ersten rheinland-pfälzischen Landtag am 18. Mai 1947, die in Verbindung mit der Volksabstimmung über die Verfassung und die Schulartikel durchgeführt wurden, ging ein erbitterter Wahlkampf voraus. Vor allem an der Frage über die künftige Schulform schieden sich die Geister. Hans-Jürgen Wünschel vertritt sogar die Meinung, dass die Kontroverse um die Schulart – Konfessions- oder christliche Simultanschule – „das neugegründete Land Rheinland-Pfalz fast gespalten hätte".[28] Insbesondere wegen der Schulartikel – die CDU favorisierte die Konfessions- oder Bekenntnisschule – , empfahlen der Soziale Volksbund, die SPD und die Kommunistische Partei den Wählern die Verfassung abzulehnen. Über diese Frage gab es auch unter den Liberalen unterschiedliche Auffassungen. Drei Mitglieder des SV votierten bei der Schlussberatung für die Verfassung, wurden daraufhin aber von der pfälzischen Parteileitung gerügt. So veröffentlichten sie noch am Vorabend der Landtagswahl eine Erklä-

27 Wünschel (wie Anm. 3), S. 89.
28 Ebd., S. 101.

rung und forderten ihre Anhänger auf, für die Verfassung, aber gegen die Schulartikel zu stimmen. Der Parteivorstand dagegen verteidigte am gleichen Tag sein Veto gegen die Verfassung und gegen die Schulartikel.[29]

Aus der Landtagswahl ging die CDU landesweit mit 47,2 % als klarer Sieger hervor (mit allein 71,6 % im Regierungsbezirk Trier!); sie brachte es allerdings im Regierungsbezirk Pfalz nur auf 36,1 %. Hier erzielte die SPD mit 41,1 % die meisten Stimmen. Landesweit erreichten die Sozialdemokraten 34,3 % und die KPD 8,7 %. Während in den Regierungsbezirken Koblenz, Trier, Montabaur und Rheinhessen die liberale Partei kandidierte und dort zusammen im Durchschnitt 6,1 % erreichte, trat der Soziale Volksbund lediglich in der Pfalz an und brachte es hier auf 10,4 % .[30] Das beste Wahlergebnis erzielte der Soziale Volksbund mit 19,8 % im Landkreis Rockenhausen und in der Stadt Kaiserslautern mit 17,2 %. In zwölf der 20 pfälzischen Wahlbezirke kam der SV auf über 10 %. In Speyer-Land kam der SV dagegen lediglich auf 4,7 %, in der Stadt Speyer sogar nur 1,6 %.[31] Die Pfalz stellte im ersten Landtag von Rheinland-Pfalz 100 Abgeordnete, 35 von ihnen kamen aus der Pfalz: 13 CDU-, 14 SPD-, vier KPD- und vier SV-Abgeordnete.[32] Als Vertreter des Sozialen Volksbundes wurden damals in den Landtag gewählt: der Schuhfabrik-Arbeiter Christoph Dörr aus Pirmasens, der Landwirt Martin Migeot vom Hahnerhof, Gemeinde Enkenbach, der Steuerberater Dr. Carl Neubronner aus Hardenburg und der Rechtsanwalt Dr. h.c. Fritz Neumayer aus Kaiserslautern. Dr. Neubronner wurde zum Vorsitzenden der Fraktion der Demokratischen Partei Rheinland-Pfalz im Landtag gewählt, legte aber bereits im Juli 1948 sein Landtagsmandat nieder, angeblich – wie Wünschel schreibt – auf Druck der französischen Militärregierung, weil er ihre Politik in einer Rede am 16. Juni 1948 kritisiert hatte.[33] Fritz Neumayer (18841973) gehörte von Juli 1947 bis April 1948 als Minister für Wirtschaft und Verkehr dem ersten Kabinett Altmeier an. Er zählt zweifellos zu den herausragendsten Repräsentanten der FDP in der unmittelbaren Nachkriegszeit, wurde 1949 FDP-Bundestagsabgeordneter, 1952 Bundesminister für Wohnungsbau und von 1953 bis 1956 Bundesminister der Justiz.[34]

---

29 Ebd.
30 Ebd., S. 103.
31 Ebd.
32 Ebd., S. 102.
33 Ebd., S. 115.
34 Vgl. Karl-Martin Grass, Politiker-Porträts, in: 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde, hrsg. v. Peter Haungs, Mainz 1986, S. 287.

Am 25. April 1948 fand der erste ordentliche Landesparteitag der Demokratischen Partei statt. Der kurz zuvor bereits gewählte Trierer Arzt Dr. Dohr wurde als Vorsitzender bestätigt, Fritz Neumayer aus Kaiserslautern wurde sein Stellvertreter. Er wurde im Juni 1948 auch Vorsitzender des Bezirksverbands Pfalz der Demokratischen Partei. Bei einer von etwa 150 Personen besuchten Versammlung der DP in Pirmasens sprach Dr. Theodor Heuss im Juli 1948 aus Stuttgart über das Thema „Wir brauchen Freiheit und Frieden".[35] Im Dezember 1948 legte der Vorsitzende des Bezirksverbands Pfalz der Demokratischen Partei, Rechtsanwalt Dr. Völcker, sein Amt nieder. Bis zur Neuwahl fungierte der bisherige stellvertretende Bezirksverbandsvorsitzende Diplom-Ingenieur A. Weber aus Kaiserslautern.[36]

Auch bei den Wahlen zu den Gemeinde- und Kreisvertretungen am 14. November 1948 schnitt die Demokratische Partei in der Pfalz vielerorts sehr gut ab. Im Dezember 1948 schloß sich der Landesverband Rheinland-Pfalz der Demokratischen Partei dem Bundesverband der Freien Demokratischen Parteien, FDP, an. Bei der Bundestagswahl 1949 brachte es die FDP in Rheinland Pfalz auf 15,9%, in der Pfalz auf 14,7%. In den pfälzischen Wahlkreisen mit überwiegend protestantischer Bevölkerung lag das Ergebnis teilweise sogar über den Bundesdurchschnitt (Pirmasens Stadt: 16,4%, Kaiserslautern Stadt und Land: 19%, Kusel: 17,8%) .[37] Bei der Landtagswahl am 29. April 1951 kam sie in Rheinland-Pfalz sogar auf 16,7 %. Im ersten Bezirkstag der Pfalz nach dem Krieg, der am 16. Januar 1950 zusammentrat und dem - da noch keine Bezirkstagswahl stattgefunden hatte, zunächst die pfälzischen Landtagsabgeordneten angehörten, waren für die FDP Christoph Dörr (Pirmasens), Martin Migeot (Hahnerhof), Jakob Müller (Meckenheim) und Fritz Neumayer (Kaiserslautern) vertreten. Während damals Franz Bögler (SPD) zum Bezirkstagsvorsitzenden gewählt worden war, wurde Martin Migeot stellvertretender Vorsitzender. Bei der ersten Bezirkstagswahl am 29. April 1951 erhielt die FDP fünf Sitze bei 13 Sitzen für die SPD, neun für die CDU und zwei für die KPD. Ein Jahr später, am 9. November 1952 (Zusammenlegung der Bezirkstagswahl mit der Kommunalwahl), kam die FDP sogar auf sechs Sitze im pfälzischen Parlament.[38]

---

35 AOFAA, Best. RP, Nr. 2261: Bericht des Gouvernement Militaire de la Zone Francaise d' Occupation v. 29.7.1948.

36 Ebd.: Schreiben der DP, Bezirksverband Pfalz, an die Militärregierung in Neustadt v. 30.12.1948.

37 Kohl (wie Anm. 1), Anhang, S. IX ff.

38 Vgl. Karl Heinz, 150 Jahre Bezirksverband Pfalz 1816-1966, S. 40ff.

Abschließend bleibt festzustellen, dass trotz aller Geburtswehen der Soziale Volksbund, die Demokratische Partei und die FDP – wie die SPD und die CDU – am demokratischen Neuaufbau in der Pfalz und an der Schaffung demokratischer Strukturen in den Gemeinde-, Bezirks-, Städte- und Kreisparlamenten nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich beteiligt waren.

# Im Strudel innerparteilicher Zerwürfnisse. Der pfälzische Nachkriegskommunismus

**Klaus J. Becker**

Unmittelbar nach der Befreiung im März 1945 rief Fritz Baumgärtner in Ludwigshafen am politischen Wiederaufbau interessierte Bürger zur Mitarbeit in einem Antifa-Komitee auf[1]. Entsprechende Komitees bildeten sich in den kommenden Wochen auch an anderen Orten der Pfalz, so z.B. als „Anti-Nazi-Gruppe" in Grünstadt oder als „Anti-nationalsozialistische Gruppe" in Frankenthal[2]. Dort nutzten Mitglieder der KPD auch den 1. Mai 1945 zu einem ersten öffentlichen Auftreten. Trotz alliierten Versammlungs- und Kundgebungsverbots sprach der ehemalige kommunistische Stadtrat Ludwig Westermann vor 600 Menschen über den Sinn der Maifeier[3]. Weiterhin tagte ebenfalls noch im Mai 1945 in Ludwigshafen auf Einladung von Fritz Baumgärtner eine erste Konferenz Pfälzer Kommunisten, die Baumgärtner zum Bezirksleiter der KPD in der Pfalz beriefen[4]. Ebenfalls seit Mai 1945 gab es in Ludwigshafen direkte Unterredungen zwischen Vertretern von KPD und SPD[5]. Im Juni 1945 wurde die Verbindung

1 Vgl. Paul KAPS, Nur ein Gastspiel im Landtag. Vor 40 Jahren trat die Kommunistische Partei in der Pfalz auf den Plan, in: Die Rheinpfalz, Nr. 276 v. 29.11.1986. Zur Rolle der Antifaschistischen Ausschüsse bei der Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland vgl. auch: Arbeiterinitiative 1945, hrsg. von Lutz NIETHAMMER/Ulrich BORSDORF/Peter BRANDT, Wuppertal 1976.

2 Mitgliederausweise und Mitgliederlisten dieser beider Gruppen sind im Privatbesitz des Verfassers, weitere der "Anti-nationalsozialistischen Gruppe Ludwigshafen-Oppau und Ludwigshafen-Süd" im StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 116.

3 Vgl. "Es gilt den Kampf". Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Frankenthal 1832-1949, bearb. v. Michael EBENAU/Alfred KUFFLER, Frankenthal 1984, S. 81; sowie Gerhard NESTLER, Zwischen Kontinuität und Neubeginn, in: Frankenthal einst und jetzt 1996, Heft 1/2, S. 40-48, hier S. 41.

4 Vgl. Hans-Jürgen WÜNSCHEL, Angesichts der Trümmer, Otterbach 1987, S. 11 f.; sowie StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 116 und BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1054.

5 Vgl. Ulrich HAUTH, Die Politik von KPD und SED gegenüber der westdeutschen Sozialdemokratie, Frankfurt a. M./Bern/Las Vegas 1978, S. 45 f. Zur weiteren Entwicklung des Verhältnisses von KPD und SPD in der Pfalz vgl. auch Vera STURMER/Ralf HUNDINGER, "Wir kommen wieder". Ende und Wiederaufbau der pfälzischen SPD 1929-1933 und 1945-1947, Mannheim 1995 sowie Klaus J. BECKER, Sozialdemokratie oder Sozialistische Einheitspartei in der Pfalz? SPD und KPD in der Nachkriegszeit, in: Die pfälzische Sozialdemokratie. Beiträge zu ihrer Geschichte von den Anfängen bis 1948/49, hrsg. v. Manfred GEIS/Gerhard NESTLER, Edenkoben 1999, S. 626-632.

zum ZK in Berlin aufgenommen. Nachdem Anfang August 1945 Herbert Müller aus dem Exil nach Ludwigshafen zurückgekehrt war, wurde er auf einer von etwa 20 Parteimitgliedern besuchten Versammlung zum Vorsitzenden des Bezirkes Pfalz der KPD gewählt[6]. Anschließend wurde unter schwierigsten technischen Bedingungen der Wiederaufbau illegaler Ortsgruppen forciert. Zunächst mußte dabei festgestellt werden, wie viele der ehemaligen Parteimitglieder in der Pfalz sich dem nationalsozialistischen Staat verweigert hatten und nach 12 Jahren individuellen Terrors für den Wiederaufbau der Partei noch zur Verfügung standen[7]. Anschließend wurde mit der Werbung neuer Mitstreiter begonnen. Hierzu meldeten die Ortsgruppen der Bezirksleitung Referenten, die nach entsprechender Schulung als Parteiredner eingesetzt wurden[8]. Inhaltlich wurden sie durch schriftliche „Vortragsdispositionen" des ZK der KPD angeleitet. Diese wurden hektographiert aus Ostberlin geliefert und anschließend in Ludwigshafen gedruckt. Mit den „Vortragsdispositionen" sollten die alten und neuen Parteimitglieder über die Politik der KPD seit 1933 und ihren politischen Neubeginn im Sinne des Aufrufs des ZK vom 11. Juni 1945 informiert werden[9]. Am 29. August 1945 berieten in Ludwigshafen jeweils vier Ver-

6 Müllers Rückkehr hatte sich verzögert, da er im Juni/Juli 1945 in Paris für die Westleitung der KPD ein Parteiverfahren gegen den zeitweiligen Leiter der Parteiorganisation in Südfrankreich, Lex Ende, durchführte, vgl. hierzu StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 104 und BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1054 sowie Klaus J. Becker/Annette Roser; Das Parteiverfahren gegen Lex Ende im Sommer 1945 in Paris. Dokumente aus dem Nachlaß Herbert Müller, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1998, S. 254 ff.

7 So suchten im August 1945 per Fahrrad Herbert Müller und Heinrich Müsel im Bereich der Vorderpfalz und rund um den Donnersberg die ihnen bekannten Mitglieder der KPD auf. Viele davon waren durch die nationalsozialistische Diktatur physisch oder psychisch gebrochen und konnten für den Wiederaufbau der KPD nicht mehr gewonnen werden, mündliche Auskunft von Heinrich Müsel an den Verfasser am 9.2.1995.

8 Vgl. StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 149: Referentenmeldung der Ortsgruppe Speyer sowie das Manuskript des Redner-Schulungskursus des Kreises Neustadt a.d.H. der KPD.

9 Vgl. Vortragsdisposition Nr. 8 ("Der Vaterländische Krieg der Sowjetunion") und Nr. 9 ("Die Bodenreform") hektographiert, Antifa-Archiv Ludwigshafen a. Rh. (im folgenden AFA Ludwigshafen); Vortragsdisposition Nr. 2 ("Die Politik der KPD von 1933 bis August 1939"), Nr. 5 ("Der Weg zum Sozialismus"), Nr. 10 ("Unser neues Verhältnis zu den Bauern"), Nr. 15 ("Zum 28. Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution"), Nr. 16 ("Keine Wiederholung der Fehler von 1918") und Nr. 19 ("Die junge Generation und die antifaschistische Aufbaufront") gedruckt, im Privatbesitz des Verfassers. Zu den verwendeten Schulungsmaterialien im Bezirk Pfalz vgl. auch BA, Best. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im weiteren: SAPMO BA), Zentrales Parteiarchiv der SED (im weiteren: ZPA), BY 1 78.

treter von KPD und SPD über die Bildung von „Verständigungsausschüssen" auf der bezirklicher Ebene[10]. Einen ersten Organisationsbericht über den Bezirk Pfalz übermittelte Herbert Müller am 10. September 1945 nach Berlin. Danach hatte der Bezirk in 8 Kreisen und 118 Wohngebietsgruppen inzwischen wieder 2 187 Mitglieder, wovon 1 184 bereits vor 1933 Mitglied der KPD gewesen waren[11]. Am 24. September 1945 beschlossen KPD und SPD in der Pfalz analog zur Entwicklung in der SBZ eine Aktionseinheit[12]. Entsprechend wurde in einem „Situationsbericht über die Bezirke: Baden - Pfalz - Saargebiet und Abriß über die Stadt Stuttgart" für das ZK der KPD vom 1. Oktober 1945 der Stand der Einheitsfront im Bezirk positiv geschildert[13].

Am 9. November 1945 gestattete die französische Militärregierung in der Pfalz die Abhaltung von „Antifaschistischen Versammlungen". Daraufhin führten KPD und SPD am 16. und 26. November 1945 in Speyer gemeinsam zwei entsprechende Veranstaltungen durch, bei denen sie wechselseitig den Hauptredner bzw. Versammlungsleiter stellten. Auf der zweiten Versammlung sprach Herbert Müller über das Thema „Durch Einheit zur Demokratie" und warb für eine Beibehaltung des antifaschistischen Konsenses beider Arbeiterparteien[14]. Am 22. Dezember 1945 wurde jedoch die pfälzische KPD durch Adolf Ludwig darüber informiert, daß hier die SPD nicht länger zu einer Aktionseinheit bereit war[15].

Bereits am 17. November 1945 hatte Herbert Müller in einem Schreiben an die französische Militärregierung in Neustadt um eine Zulassung der „Kommunistischen Partei Deutschlands für die Rheinpfalz" ersucht. Beigefügt wurde dem Schreiben ein Zehn-Punkte-Programm der pfälzischen

---

10 Vgl. HAUTH (wie Anm. 5), S. 45 f.

11 Vgl. BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1054.

12 Vgl. Ebd., Best. SAPMO, ZPA, BY 1 373; Landesarchiv Speyer (im folgenden LA Sp), Best. V 52, Nr. 128; sowie im DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn (im folgenden AsD), Best. DGB, 1/AL/AA/12.

13 Vgl. BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 78. Der Situationsbericht ist veröffentlicht, in: Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/1946, hrsg. v. Günter BENSER/Hans-Joachim KRUSCH, Bd. 1: Protokolle des Sekretariats des ZK der KPD Juli 1945 bis April 1946, bearb. v. DENS. unter Mitarbeit v. Hans MEUSEL, München/New Providence/London/Paris 1993, S. 310 ff.

14 Vgl. die Ausgaben der Rheinpfalz v. 21.11. und 1.12.1945 sowie Hans BLINN, Die Wiedergründung der SPD in der Pfalz vor 20 Jahren, in: Pfälzische Heimatblätter 14 (1966), Nr. 2, S. 10-12; Gustav WOLFF, Eine neue Partei: Die Christlich-Demokratische Union, ebd., S. 12-14; Günther STORCH, Vom Sozialen Volksdienst zur FDP Pfalz, ebd., S. 14-15; Gustav WOLFF, KPD Hessen-Pfalz als erste Partei zugelassen, ebd., S. 16.

15 BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 367: Bericht der Bezirksleitung v. Dezember 1945.

KPD, basierend auf dem ZK-Aufruf vom 11. Juni 1945. Unterzeichnet war der Antrag von 26 pfälzischen Kommunisten[16]. Gezielt hatte die KPD bei den Unterzeichnern auf Opfer des Nationalsozialismus zurückgegriffen: Lina Herbst war die Witwe des ermordeten Reichstagsabgeordneten Eugen Herbst, Oskar Brill hatte elf Jahre, Ernst Graff neun Jahre, Johann Kannengießer sieben Jahre, Hugo Gerloff sieben Jahre, Karl Zimmermann sieben Jahre, Franz Braun sechs Jahre, Herold Brigaldino 54 Monate, Georg Reffert 27 Monate, Peter Grün zwei Jahre, Herbert Müller zwei Jahre, Josef Götz zwei Jahre, Karl Hasenzahl 19 Monate, Alexander Hullet ein Jahr, Ludwig Westermann ein Jahr, Christian Knittel 7 Monate, Fritz Laur 7 Monate, Franz Laur 6 Monate und Otto Weber 3 Monate Gefängnis und KZ überlebt. Den gleichlautenden Antrag sandte Herbert Müller, verbunden mit dem Angebot, „auf wirksame Weise an der Umerziehung des deutschen Volkes beizutragen", am 1. Dezember 1945 auch an die französische zentrale Militärregierung in Baden-Baden[17].

Jedoch gestattete Frankreich erst mit der Verordnung Nummer 23 vom 13. Dezember 1945 die Wiedergründung von Parteien in seiner Besatzungszone[18]. Bezugnehmend auf die Verordnung Nummer 23 beantragte Herbert Müller am 1. Januar 1946 bei der Militärregierung in Baden-Baden die „Zulassung der Kommunistischen Partei für die Rheinpfalz". Dem Antrag wurde das Zehn-Punkte-Programm der pfälzischen KPD vom 17. November 1945 beigefügt. Diesmal war der Antrag nur von neun Parteimitgliedern unterzeichnet. Neu waren die Ludwigshafener Fritz Baumgärtner und Hermann Laub hinzugekommen, während Herbert Müller, Franz Braun, Oskar Brill, Ernst Graff, Lina Herbst, Johann Kannengießer und Ludwig Westermann bereits den Antrag vom 17. November 1945 unterzeichnet

16 Für den Kreis Ludwigshafen hatten Herbert Müller, Lina Herbst und Ernst Graff, für den Kreis Frankenthal Ludwig Westermann, Georg Reffert und Karl Hasenzahl, für den Kreis Kaiserslautern Oskar Brill, Wilhelm Müller und Arno Freiberg, für den Kreis Kirchheimbolanden Christian Knittel und Günther Wilhelm, für den Kreis Landau Franz Laur, Fritz Laur und Karl Henrich, für den Kreis Neustadt Franz Braun, Otto Weber und Wilhelm Hähn, für den Kreis Speyer Josef Götz, Hugo Gerloff und Johann Kannengießer, für den Kreis Zweibrücken Georg Kuhn, Karl Zimmermann und Alexander Hullet sowie für den Kreis Pirmasens Peter Grün, Luitpold Betz und Harald Brigaldino unterzeichnet. Vgl. StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 120.

17 Vgl. die Originale der Anträge in deutscher und französischer Sprache, ebd.

18 Die Verordnung Nr. 23 wurde am 21.12.1945 durch den Oberkommandierenden General Koenig im "Journal Officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne" verkündet. Sie ist abgedruckt bei Kurt Weitzel, Vom Chaos zur Demokratie, Mainz 1989, S. 16 f.

hatten[19]. Weiterhin übergab Herbert Müller am 11. Januar 1946 den Antrag vom 1. Januar 1946 auch dem Ludwigshafener Oberbürgermeister zur Beglaubigung. Gleichzeitig meldeten sich die Ortsgruppen der KPD in der Pfalz bei den jeweiligen Bürgermeistern schriftlich in deutscher und französischer Sprache als Ortsgruppen der Kommunistischen Partei des Bezirkes Pfalz an[20]. Damit widersprach die KPD jedoch den Richtlinien der französischen Militärregierung zur Neugründung politischer Parteien, die eine Parteineugründung nur für das gesamte Oberregierungspräsidium gestatteten[21]. Daraufhin suchte Herbert Müller am 27. Januar 1946 für seinen bereits im Dezember 1945 um Rheinhessen erweiterten Parteibezirk um die Genehmigung zur Gründung der „Kommunistischen Partei Hessen-Pfalz" nach[22].

Zum Jahresende 1945 hatte die pfälzische KPD 2 772 Mitglieder in neun Kreisorganisationen gezählt, wobei sich nach Parteiangaben unter den Neuaufnahmen bis zu 30% ehemalige Sozialdemokraten fanden[23]. Mitte Januar meldete sie bereits über 3 000 Mitglieder nach Berlin. Die Betriebsgruppen wurden stärker als vor 1933 bezeichnet. Unter den Mitgliedern würden auf dem Lande die Parteigänger vor 1933, in den Städten die Neueingetretenen überwiegen. Diese positive Sichtweise wurde allerdings vom Instrukteur des ZK für die Französische Besatzungszone, Otto Niebergall, nicht geteilt. In seinem Ergänzungsbericht verwies er darauf, daß Herbert Müller mit seiner gleichzeitigen Funktion als Parteisekretär, Rheinpfalz-Redakteur und Mitglied des überparteilichen Ausschusses beim Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz überlastet sei. Außerdem sei „eine ganze Reihe Genossen" mit der Politik der Partei nicht einverstanden[24].

Dies überrascht nicht, liest man das Einladungsschreiben der Ortsgruppe Neustadt der KPD vom 16. Januar 1946 an den pfälzischen Oberregierungspräsidenten Dr. Eichenlaub zu einer öffentlichen Kundgebung mit Herbert Müller am 20. Januar 1946. Dort ist von „der jungen Kommunistischen Partei, deren Stellung sich gegenüber früher gewandelt hat" die Rede. Entsprechend den Vorgaben des ZK vom 11. Juni 1945 forderte auch die pfälzische KPD nun statt der proletarischen Weltrevolution „eine parla-

19 Vgl. das Original des Antrages im StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 120.

20 Vgl. die Empfangsbestätigung des Ludwigshafener Oberbürgermeisters sowie die Anmeldung der Ortsgruppe Hoof (Kreis Kusel), ebd.

21 Vgl. das Original des Schreibens, ebd.

22 Vgl. das Original des Antrags v. 27. Januar, ebd. Die Wiederzulassungsanträge der KPD sind auch überliefert, in den Archives de l'occupation Française en Allemagne et en Autriche (im folgenden AOFAA), Best. Rhénanie-Palatinat, C 2316.

23 Vgl. BA, Best. SAPMO, ZPA, NY 4182/859.

24 Vgl. Ebd., Best. SAPMO, ZPA, BY 1 367.

mentarisch-demokratische Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk". Erst damit war ihre Einbeziehung in das entstehende regionalpolitische Leben möglich, was durch die offizielle Teilnahme von Dr. Eichenlaub und Oberregierungsvizepräsident Dr. Koch an der Versammlung am 20. Januar 1946 unterstrichen wurde. Entsprechend festlich wurde die Veranstaltung im Neustadter Saalbau-Kino durch das Orchester der Pfalz-Oper Kaiserslautern umrahmt. Im Mittelpunkt stand das Referat von Herbert Müller: „Was sagt die KPD zum Leidensweg der europäischen Völker und zum Weg aus der deutschen Katastrophe?". Dabei gab er Erlebnisberichte von Parteimitgliedern aus den KZ und aus dem Exil wieder und sprach sich für den Zusammenschluß von SPD und KPD aus[25].

## Die KP Hessen-Pfalz

Die KP Hessen-Pfalz erhielt als erste Partei im Oberregierungspräsidium mit Erlaß Nummer 14 vom 4. Februar 1946 die Genehmigung durch General Bouley als Oberster Beauftragter der Militärregierung Hessen-Pfalz[26]. Gleichzeitig wurde ein vorläufiger zehnköpfiger Ausschuß der KP Hessen-Pfalz genehmigt, der aus den Antragstellern bestand. Der Ausschuß war autorisiert, ohne vorherige Genehmigung nun Ortsgruppen der KP zu gründen, mußte aber über jede Gründung ein „Verzeichnis der leitenden Personen unter Beifügung des Fragebogens" an die zuständige Verwaltungsbehörde senden[27]. Entsprechend forderte der Gründungsausschuß, der sich

25 Vgl. LA Sp. Best. H 12, Nr. 16; sowie WUNSCHEL (wie Anm. 4), S. 14 ff. Mit solchen Erlebnisberichten beabsichtigte die KPD nicht nur die Gemeinsamkeiten mit der SPD zu betonen, sondern es sollte auch der selbst unter nahen Verwandten vorhandenen Ablehnung des Widerstandes von Kommunisten gegen den Nationalsozialismus entgegen gewirkt werden. Gegenüber dem Verfasser betonten mehrere Angehörige von verfolgten Kommunisten ihr Unverständnis über deren Widerstand und bestätigten das Verschweigen von KZ-Inhaftierungen im Bekanntenkreis nach 1945, da diese von der Mehrheit unter der deutschen Bevölkerung als berechtigt angesehen wurden!

26 Vgl. das Original in deutscher und französischer Sprache sowie die Bestätigung durch das Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz v. 11.2.1946, StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 120 und LA Sp, Best. H 12, Nr. 16. Klaus Hofmann führt die Lizensierung der KPD als erste politische Organisation auf eine "Präferenz für linke Parteigruppierungen" durch die Besatzungsmacht zurück. Vielmehr dürfte sich jedoch der organisatorische Vorsprung der KPD vor den anderen Parteien bei ihrer frühzeitigen Legalisierung ausgewirkt haben. Deren Gründungsschwierigkeiten schildert Hofmann selbst am Beispiel der CDU, Klaus HOFMANN, in: 50 Jahre CDU Ludwigshafen, Ludwigshafen a. R. 1996, S. 17.

27 Mündliche Auskunft von Herbert Müller an den Verfasser v. 20.10.1993; vgl. auch WUNSCHEL (wie Anm. 4), S. 421; Die Rheinpfalz Nr. 64 v. 15.5.1946; sowie das Schreiben der Militärregierung an die Kreisverwaltung Zweibrücken vom 12. 2.1946, StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 120.

selbst als „Landesleitung Hessen-Pfalz der Kommunistischen Partei" definierte, am 13. Februar 1946 die Parteimitglieder zur Durchführung von Gründungsversammlungen auf[28].

Unmittelbar nach der Legalisierung der Kommunistischen Partei Hessen-Pfalz veröffentlichte deren Leitung einen eigenen Aufruf, der sich formal zwar noch an den Aufruf des ZK vom 11. Juni 1945 anlehnte, sich inhaltlich aber insbesondere für die Schaffung einer sozialistischen Einheitspartei aussprach[29]. Ende Februar 1946 wurde Herbert Müller zum Landesvorsitzenden der Kommunistischen Partei Hessen-Pfalz gewählt[30]. Auf der Reichskonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946 in Ostberlin war die KP Hessen-Pfalz durch die Betriebsgruppe der BASF vertreten. Allerdings konnte dort Walter Ulbricht keine Angaben zur Mitgliedsstärke der KPD in der FBZ machen, da diese noch nicht mit dem Kassierer des ZK abgerechnet waren[31]. Auch wurde kein Vertreter aus der Pfalz in das zur Vorbereitung der Vereinigung mit der SPD in der SBZ von 16 auf 35 Mitglieder erweiterte ZK kooptiert[32].

Seinen ersten öffentlichen Auftritt als Landesvorsitzender hatte Müller auf der zentralen Gedenkveranstaltung der KPD für die Opfer des Faschismus am 9. März 1946 in Ludwigshafen[33]. Am 12. März 1946 referierte Müller über „Was wir Kommunisten wollen" auf einer Mitglieder-Feier der KP Ludwigshafen[34]. Mit den inhaltlichen Schwerpunkten dieser Veranstaltungen, ergänzt um die Frage der Einbindung der Bauern in die Demo-

28 Vgl. das von Herbert Müller unterzeichnete Rundschreiben, ebd. Die Ortsgruppe Frankenthal führte ihre Gründungsversammlung am 20.2.1946 mit 131 Teilnehmern durch, StA Frankenthal, Best. III/205/3. Die Ortsgruppe Roxheim folgte am 21.2.1946 mit 24 Teilnehmern, AOFAA, Best. RP, C 2316. Am 23.2.1946 führte die Ortsgruppe Ludwigshafen ihre erste offizielle Mitgliederversammlung durch. Als Redner trat der Bezirksvorsitzende der KPD, Herbert Müller, auf, vgl. das Ankündigungsplakat und die Einlaßkarte im StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 150.

29 Vgl. AFA-Ludwigshafen, Ordner KPD 1945-1948: Aufruf der Kommunistischen Partei Landesleitung Hessen-Pfalz.

30 Mündliche Auskunft von Herbert Müller an den Verfasser v. 20.10.1993 und WEITZEL (wie Anm. 18), S. 188.

31 Das Protokoll der Reichskonferenz ist veröffentlicht in: Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946, Band 4: Protokoll der Reichskonferenz der KPD 2./3. März 1946, bearb. v. Günter BENSER/Hans-Joachim KUSCH, München/New Providence/London/Paris 1996, S. 2 ff.

32 Vgl. das Protokoll Nr. 13/70 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD v. 14.2.1946, in: Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946, Bd. 1 (wie Anm. 13), S. 171 f.

33 Vgl. das Veranstaltungsplakat und das Programmheft im StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller 150.

34 Vgl. das Ankündigungsplakat und das Programm, ebd..

kratie, wurde anschließend im gesamten Frühjahr 1946 eine Versammlungskampagne der KPD im Bezirk Hessen-Pfalz durchgeführt. Die häufig auch von vielen Mitgliedern der SPD besuchten Veranstaltungen standen unter dem Motto: „Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte mit dem Ziel, ein freies, demokratisches, glückliches und dauerhaftes Deutschland des Friedens und der Arbeit zu schaffen"[35].

Unzweifelhaft sollte damit die in der SBZ von der KPD mit Billigung der SMAD forcierte Vereinigung mit der SPD im Interesse der Konsolidierung der dortigen kommunistischen Vorherrschaft unterstützt werden. Entsprechend versuchte Herbert Müller in einem Schreiben vom 1. April 1946, den pfälzischen Bezirksvorstand der SPD für die Durchführung gemeinsamer Kundgebungen zusammen mit den Einheitsgewerkschaften anläßlich des 1. Mai 1946 zu gewinnen. Dies wurde jedoch von der SPD genauso zurückgewiesen wie die angebotene Teilnahme einer KP-Delegation an ihrem 39. Bezirksparteitag am 13. und 14. April 1946 in Kaiserslautern, die dort für die Einheitspartei werben sollte. In der Folge nahm die Auseinandersetzung zwischen SPD und KPD zum Teil sehr persönliche Formen an. So mußte sich der SPD-Bezirkssekretär Maxim Kuraner, der bis 1939 Mitglied der KPD gewesen war, gegen ehrenrührige und böswillige Verleumdungen zur Wehr setzen[36].

Der erste Nachkriegsparteitag der KPD trat am 19. und 20. April 1946 in Ostberlin zusammen. 5 Delegierte repräsentierten den Bezirk Hessen-Pfalz, unter ihnen der Bezirksvorsitzende Herbert Müller[37]. Insgesamt vertraten 380 Delegierte aus der SBZ rund 600 000 Mitglieder und 120 Delegierte aus den drei Westzonen rund 205 000 Mitglieder. Es sprachen aber keine Vertreter aus der Pfalz auf dem Parteitag. Auch wurden ihre Repräsentanten weder in dessen Präsidium noch in eine der vier Parteitagskommissionen gewählt. Ebenso wurde bei den Personalvorschlägen der KPD für den

35 Vgl. Die Rheinpfalz Nr. 32 v. 23.1.1946 ff. und Pfälzische Volkszeitung Nr. 1 v. 16.10.1945 ff.

36 Vgl. den Bericht vom 15. 4.1946 von Arno Freiberg an Herbert Müller über den Bezirksparteitag der SPD im StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 150. Zu den Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in der Pfalz vgl. auch BA, Best. SAPMO, ZPA, NY 4036/635 sowie AsD, Best. SPD-Bezirk Pfalz, Nr. 0973 und den Arbeitsplan der Landesleitung der KPD: "1. Mai der Einheit" im AFA-Ludwigshafen, Order KPD 1945-1948, weiterhin WEITZEL (wie Anm. 18), S. 191 ff. sowie BECKER (wie Anm. 5), S.627f.

37 Mündliche Auskunft Herbert Müller an den Verfasser vom 20.10.1993; vgl. auch die Protokolle Nr. 17/74 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD am 19.3.1946 und Nr. 19/76 am 30.3.1946, in: Dokumente, Reihe 1945/1946, Bd. 1 (wie Anm. 13), S. 190 ff. und S. 198 ff.

an den beiden darauf folgenden Tagen auf dem Vereinigungsparteitag mit der SPD paritätisch zu wählenden ersten Parteivorstand der SED kein Vertreter aus der Pfalz berücksichtigt[38]. Unmittelbar im Anschluß an den Vereinigungsparteitag publizierte die KP Hessen-Pfalz eine Broschüre mit einem Artikel Willy Fellers, „Triumph der Einheit". In ihm wurden die „sozialdemokratischen Einheitsfreunde in Pfalz und Hessen" aufgefordert, als „Vorkämpfer" für die sozialistische Einheit mit der KPD gemeinsame Organisations- und Einheitsfront-Ausschüsse zu schaffen[39].

Entsprechend tagte der am 18. und 19. Mai 1946 in Ludwigshafen zusammengetretene 1. Landesparteitag der KP Hessen-Pfalz, der gleichzeitig der 14. Bezirksparteitag der pfälzischen Kommunisten war, unter der Losung „Im Zeichen der sozialistischen Einheit". 553 Delegierte repräsentierten 234 Ortsgruppen und 67 Betriebsgruppen. Weiterhin waren 164 Gastdelegierte anwesend, darunter 37 Sozialdemokraten, die u.a. in einem „Einheitsausschuß" in Zweibrücken organisiert waren. Am Samstag, dem 18. Mai 1946, begrüßte Herbert Müller zunächst ausdrücklich die KPD-Mitglieder aus Rheinhessen und betonte deren erzwungene Anwesenheit durch die Zonen-Grenzziehung der Alliierten. Nach seinen Angaben hatte sich die Mitgliederzahl der KPD in Rheinhessen und der Pfalz inzwischen gegenüber 1933 bereits verdreieinhalbfacht. Darunter seien über 450 Mitglieder bereits 25 Jahre in der Partei. Nach Müller sprach als Vertreter der SPD Ernst Birnbaum für den Zweibrücker „Einheitsausschuß". Es folgten drei Referate zum Motto des Parteitages, nämlich von Herbert Müller über „Sozialistische Einheit und unsere Aufgaben", von Willy Feller unter dem Titel „Vereinigung von SPD und KPD" über die Grundsätze und Ziele der SED und vom Instrukteur des Zentralsekretariats der SED in der Französischen Besatzungszone, Otto Niebergall, mit dem Thema „Über Demokratie zum Sozialismus". Der Parteitagssamstag wurde beendet mit einer künstlerisch gestalteten Abendfeier, in deren Mittelpunkt ein weiteres Referat von Herbert Müller über „Sozialistische Einheit zur Rettung des Volkes" stand. Am Sonntag, dem 19. Mai 1946, wurde der Parteitag mit einer

38 Vgl. den Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der KPD, Berlin (Ost) 1946 sowie das Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) am 21. und 22. April 1946, Berlin (Ost) 1946. Die stenographische Niederschrift des 15. Parteitages der KPD ist veröffentlicht in: Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946, Band 5: Protokoll des 15. Parteitages der KPD 19./20. April 1946, bearb. v. Günter Benser/Hans-Joachim Kusch, München/New Providence/London/Paris 1996, S. 3 ff.

39 Vgl. Willy Feller, Triumph der Einheit, Ludwigshafen a. R. 1946.

Aussprache der Referate vom Samstag eingeleitet. Danach referierte Fritz Baumgärtner über den Wirtschafts- und Aufbauplan der KP Hessen-Pfalz, Lina Herbst über deren Frauenpolitik; Alfred Dell behandelte die Jugendarbeit, Alphonse Kahn die Betreuung der Opfer des Faschismus und Georg Weiler die Kommunalpolitik der KP Hessen-Pfalz. Der Parteitag verabschiedete zwei Resolutionen: In der ersten forderte die KPD für Rheinhessen-Pfalz unbürokratische Maßnahmen zum Wiederaufbau, eine demokratische Schulreform, eine Bodenreform sowie die volle Gleichberechtigung der Frau. Durchsetzbar erschien dies der KPD nur über die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien und die Schaffung eines demokratischen Blocks aller antifaschistischen Parteien. Die zweite Resolution forderte eine Wiedergutmachung der Opfer der nationalsozialistischen Diktatur, die Erhöhung der Renten für Kriegswitwen und Waisen, sowie eine Umschulung der Kriegsversehrten. Abschließend wurden Herbert Müller als Landesvorsitzender der KP Hessen-Pfalz und die fünfzehnköpfige engere Landesleitung einstimmig bestätigt. Weiter wurde bei drei Gegenstimmen eine erweiterte Landesleitung mit 60 Mitgliedern aus allen Kreisorganisationen der KP Hessen-Pfalz und aus Vertretern der Frauen, Jugend und Bauern gewählt[40].

Am 5. August 1946 hatte die Militärregierung für den 15. September 1946 Gemeindewahlen in der Französischen Besatzungszone ausgeschrieben[41]. In ihrem Kommunalwahlprogramm forderte die KPD die Einheit der Arbeiterparteien, die Beseitigung des Großgrundbesitzes, der kapitalistischen Monopole und der Großbanken, die Ausrottung des Nazismus und Militarismus, volle Gleichberechtigung der Frau, ein Recht der jungen Generation auf Arbeit, Erholung und Bildung sowie die baldige Rückkehr der Kriegsgefangenen. Neben der Einheit von SPD und KPD strebte sie auch eine Blockbildung mit CDU und den Liberalen an. Zusätzlich bot sie der SPD auch die Aufstellung gemeinsamer Listen an, worauf die SPD offiziell nicht reagierte[42]. Dies wurde nicht von allen sozialdemokratischen Gliederungen begrüßt: So wurde am 4. September 1946 auf einer gemeinsamen Sitzung der Ortsgruppen von SPD und KPD in Heßheim von den Sozial-

40 Zum 1. Landesparteitag der KP Hessen-Pfalz vgl. KPD-Rundbrief Nr. 1, 1946, im StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 153 sowie Die Rheinpfalz Nr. 65 v. 18.5.1946 ff. und Pfälzische Volkszeitung Nr. 42 v. 18.5.1946. Die Wahrnehmung des Parteitages durch die pfälzische SPD im AsD, Best. SPD-Bezirk Pfalz, Nr. 0973.

41 Verordnungen Nr. 50 bis 54 des Commandant en Chef Français en Allemagne, vgl. Helmut KLAAS, Die Entstehung der Verfassung für Rheinland-Pfalz, Boppard a. R. 1978, S. 42.

42 Vgl. Pfälzische Volkszeitung Nr. 69 v. 31.8.1946 ff. sowie Die Rheinpfalz Nr. 95 v. 31.8.1946 ff.

demokraten betont, daß „eben die Richtlinien von unserer Parteileitung eine Zusammenarbeit eigentlich verbieten, daß wir aber trotzdem gewillt seien, in Zukunft in unserer Gemeinde in wichtigen Fragen uns gemeinsam zu beraten"[43].

Bei den Wahlen vom 15. September 1946 erreichte die KP Hessen-Pfalz mit 60 874 Stimmen, was einem Wähleranteil von 9,51% und 420 kommunistischen Stadt- und Gemeinderäten entsprach, das beste Ergebnis aller Kommunistischen Parteien in der FBZ. In der Pfalz hatte sie 45 347 (9,7%) Stimmen erhalten. Für die KP Hessen-Pfalz interpretierte Arno Freiberg das Ergebnis als kein klares Bekenntnis zu Frieden und Freiheit und führte es auf die objektive Benachteiligung der KPD nach 12 Jahren antikommunistischer Propaganda durch das „Dritte Reich" zurück. Allerdings sei die KPD überall dort erfolgreich gewesen, wo eine kommunistische Liste zur Wahl gestanden habe. Auch kam es auf Grund der großen Probleme der Nachkriegszeit und nicht zuletzt auf Wunsch der französischen Besatzungsmacht nach den Gemeinderatswahlen in der Pfalz faktisch zu der von der KPD gewünschten Blockbildung zwischen den Parteien, was zu einer Fortsetzung der seit 1945 bestehenden Beteiligung der KPD an der kommunalen Verwaltung führte und bis November 1948 Bestand hatte[44].

Nur unwesentlich besser war das Ergebnis der KPD bei den Wahlen zu den Kreisversammlungen in Rheinland-Pfalz am 13. Oktober 1946, obwohl hier - im Gegensatz zu den Gemeinderatswahlen - die KPD für alle Kreisversammlungen zur Wahl stand und diesmal außer den vier in Rheinland-Pfalz zugelassenen Parteien keine Wählergruppen kandidieren durften. Die KP Hessen-Pfalz erhielt 55 853 Stimmen, was einem Wähleranteil von 9,53% und 34 Sitzen in den 17 Kreisversammlungen entsprach. Erneut erzielte sie in der Pfalz mit 40 899 Stimmen das beste Wahlergebnis, was diesmal einem Wähleranteil von 9,9% entsprach. Damit war sie bis auf Bergzabern in allen 13 pfälzischen Kreisversammlungen mit insgesamt 26 Mandaten vertreten. Zusätzlich stellte die pfälzische KPD nun vier von neun kommunistischen Abgeordneten in der Beratenden Landesversammlung, die von der Militärregierung mit dem Entwurf einer Verfassung für

43 Zit. nach dem Protokollbuch der SPD-Heßheim, vgl. Gerhard NESTLER, Parteien, Wahlen, Koalitionen. Die politische Entwicklung Heßheims von 1945 bis 1990, in: Heßheim. Geschichte eines pfälzischen Dorfes, Band II, hrsg. v. Erwin SCHNELL/ Gerhard NESTLER, Heßheim 1993, S. 775-836, hier S. 787.

44 Vgl. Pfälzische Volkszeitung Nr. 75 v. 17.9.1946 ff. sowie Die Rheinpfalz Nr. 102 v. 17.9.1946 ff.

Rheinland-Pfalz beauftragt worden war sowie mit Willy Feller den Minister für Wiederaufbau und Verkehr in der vorläufigen Landesregierung[45].

### Bezirk der rheinland-pfälzischen KPD

Im Januar 1947 schlossen sich die KP Hessen-Pfalz und die KP Rheinland-Hessen-Nassau zur KPD Rheinland-Pfalz zusammen. Sie beschloß beim bevorstehenden Volksentscheid für eine Ablehnung des Entwurfs der Verfassung für Rheinland-Pfalz einzutreten. Weiterhin kündigte Herbert Müller die „bevorstehende Bildung der SED auch im Westen Deutschlands" an[46]. Allerdings beschloß dann aufgrund der Restriktionen der französischen Besatzungsmacht der 15. Parteitag der pfälzischen KPD, der durch die erneute Anwesenheit rheinhessischer Kommunisten und die erstmalige Anwesenheit der Delegierten aus dem Bezirk Rheinland-Hessen-Nassau gleichzeitig als der Zweite Landesparteitag der Kommunistischen Partei für Rheinland-Pfalz bezeichnet wurde, nicht die sofortige Vereinigung mit der SED, sondern nur die Annahme der Grundsätze und Ziele dieser Partei[47]. Anläßlich des 129. Geburtstags von Karl Marx am 5. Mai 1947 war der 15. Bezirksparteitag am Samstag, dem 3. Mai und am Sonntag, dem 4. Mai 1947 in Ludwigshafen zusammengetreten, weshalb er auch symbolisch noch die Zusätze „Parteitag der Einheit / Karl-Marx-Parteitag" erhielt. 649 Delegierte aus 317 Ortsgruppen, 157 Delegierte aus 65 Betriebsgruppen und 338 Gastdelegierte manifestierten die Bildung eines Landesverbandes Rheinland-Pfalz der KPD aus den beiden bisherigen Bezirken Hessen-Pfalz und Rheinland-Hessen-Nassau[48]. Am Samstagmorgen tagten zunächst die Kommissionen der Abteilungen der Landesleitung. Den eigentlichen Parteitag eröffnete Landesvorsitzender Herbert Müller am Samstagnachmittag mit einem zweistündigen Grundsatzreferat über das Thema „Um Deutschlands Zukunft und sozialistische Einheit", worin er sich insbesondere für einen deutschen Weg zum Sozialismus und für die Zulassung der SED in der FBZ aussprach[49]. Nach einer ausführlichen Diskussion folgte die vom Symphonie-Orchester der Stadt Mainz umrahmte festliche Abendveranstaltung des Parteitages, in deren Mittelpunkt die Gedenkrede für Karl

45 Vgl. Pfälzische Volkszeitung Nr. 83 v. 15.10.1946 ff. sowie Die Rheinpfalz, Nr. 6 v. 15.10.46.ff

46 Vgl. BA. Best. SAPMO, ZPA, BY 1 365.

47 Vgl. Pfälzische Volkszeitung Nr. 37 v. 9.5.1947 und Die Rheinpfalz Nr. 35 v. 7.5.1947.

48 Vgl. BA. Best. SAPMO, ZPA, NY 4036/642.

49 Vgl. Pfälzische Volkszeitung Nr. 37 v. 9.5.1947 und Die Rheinpfalz Nr. 35 v. 7.5.1947.

Marx von Willy Feller stand[50]. Am Sonntagmorgen setzte der Parteitag seine Arbeit mit einem Referat Fellers zur Bedeutung der Landtagswahl und über die Haltung der KPD zum rheinland-pfälzischen Verfassungsentwurf fort. Im Anschluß an das Referat von Willy Feller erstatteten die Kommissionen der Abteilung der Landesleitung ihren Bericht. Hier referierten u.a. Fritz Baumgärtner zur Sozialpolitik und Willy Feller zur Kulturpolitik[51]. Zum Abschluß des Parteitages erfolgte in geheimer Abstimmung die Wahl der neuen, 24 Mitglieder umfassenden Landesleitung. Herbert Müller wurde als Landesvorsitzender bestätigt[52]. Weiterhin wählten die pfälzischen Delegierten als ersten Schritt zur geplanten Dezentralisierung des Landesverbandes wieder einen eigenen 42 Mitglieder umfassenden Bezirksvorstand, dessen Vorsitzender in der Folge ebenfalls Herbert Müller war[53].

Mit der Auflösung der Beratenden Landesversammlung am 25. April 1947 wurde der Wahlkampf zum ersten Landtag Rheinland-Pfalz offiziell eröffnet. Am gleichen Tag bot die Landesleitung der KPD in einem Schreiben dem Parteivorstand der SPD Pfalz-Hessen eine Listenverbindung an, um „die Reststimmen für die sozialistischen Parteien zum Wohle des schaffenden Volkes verwerten zu können". Als Ziele dieser Verbindung schlug die KPD die Fortführung der Entnazifizierung, die Enteignung des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie, das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und eine gemeinsame Bildungspolitik vor[54]. Allerdings wandte sich der 40. Bezirksparteitag der pfälzischen SPD am 26. und 27. April 1947 in Speyer gegen die Politik der Kommunisten. So verwies der Bezirksvorsitzende Bögler auf die Verfolgung von Sozialdemokraten in der SBZ und deren Internierung in Konzentrationslagern[55]. Nach dieser eindeutigen Ablehnung einer Listenverbindung wandte sich nun die KPD in ihrem Wahlkampf ausdrücklich auch gegen die SPD, der sie einen „Bruderkampf" vorwarf, wodurch „der Reaktion zum Sieg" verholfen würde[56].

---

50 Vgl. das Programm der Abendveranstaltung, im StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 159.

51 Vgl. BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 364 sowie Die Rheinpfalz Nr. 36 v. 10.5.1947.

52 Vgl. AOFAA, Best. RP, C 2316.

53 Vgl. BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 364.

54 Vgl. Ebd., SAPMO, ZPA, BY 1 373 und AsD, Best. SPD-Bezirk Pfalz, Nr. 01506. Das Schreiben ist auch abgedruckt bei WEITZEL (wie Anm. 18), S. 192 f.

55 Vgl. Protokoll des 40. Bezirksparteitages der Sozialdemokratischen Partei Bezirk Pfalz am 26. und 27. April 1947 in Speyer a. Rh., hrsg. v. d. Sozialdemokratischen Partei, Bezirk Pfalz, Neustadt a.d.H. 1947.

56 Vgl. die bei WEITZEL (wie Anm. 18), S. 306 f. abgedruckte Wahlrede Willy Fellers am 15. Mai 1947 in Neustadt.

Schwerpunkt des KPD-Wahlkampfes war jedoch die Agitation gegen die Annahme der Verfassung und gegen eine Bekenntnisschule. Weiterhin wurde ein volles Mitbestimmungsrecht der Werktätigen gefordert und gezielt auch der Mittelstand umworben[57]. Basis der Partei blieb jedoch das eigene, von männlichen Arbeitern dominierte kommunistische Milieu, das nicht nur im Wahlverhalten sondern auch im Konfliktaustrag während des Landtagswahlkampfes an seine Traditionslinien aus der Weimarer Republik anknüpfte. So wurde die Junge Union im Ludwigshafener Stadtteil Nord - hier bekannten sich ein Drittel der Wähler zur KPD - von den Anwohnern gewaltsam an der Anbringung von CDU-Wahlplakaten auf den öffentlichen Werbeflächen gehindert[58].

Bei der am 18. Mai 1947 durchgeführten Wahl gelang der KPD mit einem Wahlergebnis von 8,7%, was 100 819 Stimmen entsprach, gegenüber 87 186 Stimmen bei den Kreistagswahlen vom 13. Oktober 1946, ein Zugewinn von 1,3%. In allen fünf Regierungsbezirken wurden Stimmen gewonnen, wobei das beste Ergebnis wiederum in der Pfalz mit 12,4% (49 796 Stimmen gegenüber 40 899 bei den Kreistagswahlen 1946) erreicht wurde. Erneut stellte die pfälzische KPD vier der acht kommunistischen Landtagsabgeordneten. Deutlich stärkere Wahlergebnisse erzielte die KPD bei der protestantisch geprägten städtischen Bevölkerung in der Pfalz (Ludwigshafen 20,8%, Zweibrücken 20,7%, Neustadt 19,6%, Pirmasens 19,1%, Frankenthal 19,1%)[59]. In einer ersten Auswertung der Landtagswahl betonte Herbert Müller am 21. Mai 1947 den Stimmengewinn der Partei und verwies darauf, daß KPD und SPD bei einer Listenverbindung noch stärker im Landtag vertreten gewesen wären. Weiterhin erklärte Müller die grundsätzliche Bereitschaft der KPD, auch in der neuen Landesregierung eine Verantwortung zu übernehmen. Tatsächlich stellte die KPD bis zu der im Zuge des beginnenden Kalten Krieges erfolgten Abwahl von Willy Feller am 9. April 1948 weiterhin den Minister für Wiederaufbau[60].

---

57 Vgl. den "Aufruf an die Männer und Frauen des Rheinlandes und der Pfalz" in der Rheinpfalz Nr. 37 v. 14.5.1947.

58 Mündliche Auskunft von Helmut Kohl an den Verfasser v. 4.7.1996; vgl. Klaus Dreher, Helmut Kohl, Stuttgart 1998, S. 36 f. Auch in der Folge kam es in Ludwigshafen immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Gegnern, wobei insbesondere die KPD im Zuge des Kalten Krieges zunehmend in die Defensive geriet und nach 1949 ihre Veranstaltungen unter Polizeischutz durchführen mußte, vgl. hierzu die Erinnerungen von Manfred Lauer im Privatbesitz des Verfassers.

59 Vgl. Die Wahlen und Volksabstimmungen in Rheinland-Pfalz in den Jahren 1946/1947, hrsg. v. Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz Bad Ems, Bad Ems 1947.

60 Vgl. Die Rheinpfalz Nr. 39 v. 20.5.1947 sowie die Ausgabe des Pressedienstes der KPD v. 22.5.1947 im StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 156.

Am 27. April 1948 wurde in „Neues Leben" das Programm für eine Karl-Marx-Festwoche der KPD, Bezirk Trier, veröffentlicht[61]. Am gleichen Tag trat in Herne aber auch eine Delegiertenkonferenz der Landesvorstände der KPD zusammen und beschloß bei 251 Ja-Stimmen, 19 Enthaltungen und 18 Gegenstimmen die Umbenennung ihrer Partei in Sozialistische Volkspartei Deutschlands (SVD). Das eindeutige Ergebnis war nur auf die Parteidisziplin der Delegierten zurückzuführen. Dieser Meinung waren jedenfalls die anwesenden Mitarbeiter der Westabteilung der SED, da zuvor erheblicher Widerstand gegen die Umbenennung von den Delegierten artikuliert worden war. Einstimmig dagegen wurde von ihnen der erste westdeutsche Parteivorstand der KPD/SVD mit Max Reimann als Vorsitzenden gewählt. Aus Rheinland-Pfalz wurde nur Otto Niebergall in den PV gewählt[62]. Die KPD begründete die Umbenennung mit ihrer „seit 1945 entwickelten neuen Politik nicht nur für die Interessen der Arbeiterklasse, sondern auch für die des ganzen deutschen Volkes" und ihrem „alleinigen Halten des Banner des Sozialismus" in Folge der „Koalitionspolitik der SPD im Interesse des Marshall-Plans"[63]. Für den französischen Nachrichtendienst war die SVD schlicht „der neuste Versuch der KPD, sich in den Augen der Öffentlichkeit zu tarnen"[64]. Daneben dürfte mit der Umbenennung auch ein erneuter Verschmelzungsversuch von KPD und SED in den Westzonen vorbereitet worden sein. Die Parteientwicklung, gerade auch in der Pfalz, läßt als weiteren Schluß zu, daß in der Namensänderung auch der gezielte Beginn der Konsolidierung und Disziplinierung der KPD im Sinne der vorhergegangenen Kominform-Bildung zu sehen ist[65].

So begrüßte das Sekretariat der Landesleitung der KPD in Rheinland-Pfalz auf seiner Sitzung die Herner Entscheidungen bereits am folgenden Tag in einem Telegramm an den neuen Parteivorstand[66]. Auf der gleichen Sitzung ersetzte es Herbert Müller als Landesvorsitzenden durch Otto Niebergall sowie als Fraktionsvorsitzenden im Landtag durch Willy Feller!

---

61 Vgl. Neues Leben Nr. 31 v. 23.4.1948 sowie das Programm der Festwoche im StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 165.

62 Vgl. BA, Best. SAPMO, ZPA, NY 4036/644.

63 Vgl. die Entschließung der Herner Konferenz der KPD, in: KPD 1945-1968. Dokumente, hrsg. u. eingel. v. Günter Judick/Josef Schleifstein/Kurt Steinhaus, 2 Bände, Neuss 1989, S. 205 f. sowie Walter Fisch, Sozialistische Volkspartei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1948.

64 Vgl. AOFAA, Best. RP, C 2316: Dossier des französischen Nachrichtendienstes in der FBZ über die pfälzische KPD vom Mai 1948.

65 Vgl. Dietrich Staritz, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Parteienhandbuch, hrsg. v. Richard Stöss, Opladen 1984, S. 1754.

66 Vgl. Neues Leben Nr. 33 v. 30.4.1948.

Begründet wurde dies mit einer fehlenden kollektiven Leitung und einem mangelnden Durchsetzungsvermögen Müllers, der gegenüber der SPD zu duldsam gewesen sei. Insbesondere wurde Müller die Unterzeichnung eines Toleranzabkommens durch die Landtagsfraktionen und sein Ruf als „anständiger Kommunist" vorgeworfen, der ihn als „zu menschlich" für einen Landesvorsitzenden ausweise[67]. Während sich bereits viele Ortsgruppen der KPD in Rheinland-Pfalz für eine Namensänderung aussprachen, wurde die Karl-Marx-Festwoche in Trier um den Programmpunkt einer „Parteiarbeiter-Delegierten-Konferenz" erweitert. Diese Funktionärsversammlung trat am 7. Mai 1948 zusammen und billigte in einer siebenstündigen Aussprache „fast einmütig" die Herner Beschlüsse und sprach sich mit 387 zu 1 Stimme für die Bildung eines Landesverbandes der SVD durch die KPD in Rheinland-Pfalz aus. Während die Delegierten dem neuen PV einstimmig das Vertrauen aussprachen, wurde ihnen Otto Niebergall als neuer Landesvorsitzender präsentiert. Parallel dazu wurde der Sitz des Sekretariats von Ludwigshafen nach Mainz verlegt und die Landesleitung beauftragt, die Neuwahl der Mitglieder des Sekretariats auf der nächsten Sitzung des Landesvorstandes der KPD/SVD vorzunehmen[68].

Am 5. Juni 1948 tagte zum ersten Mal der Landesvorstand der KPD/SVD, der auf der Parteiarbeiter-Delegierten-Konferenz in Trier um einige Funktionäre erweitert worden war, in Mainz[69]. Für die interne Mitgliederinformation wurde eine scharfe Kritik an der SPD wegen des Nichtzustandekommens der „sozialistischen Einheit" formuliert. Weiterhin wurde die Schaffung eines praktischen Parteiprogramms und als neues Parteisymbol das, von der SED übernommene Zeichen der beiden Hände be-

67 Mündliche Auskunft von Herbert Müller an den Verfasser v. 20.10.1993. Vgl. die Austrittserklärung Müllers aus der KPD v. 28.9.1949, in der Freiheit Nr. 115 v. 30.9.1949. Der französische Nachrichtendienst bestätigte die "Unfähigkeit" Müllers und erwartete von der Nominierung Niebergalls eine Stärkung der Position der KPD sowohl nach innen als auch nach außen, vgl. AOFAA, Best. RP, C 2316: Dossier des französischen Nachrichtendienstes in der FBZ über die pfälzische KPD vom Mai 1948.

68 Vgl. Neues Leben Nr. 34 v. 2.5.1948 ff.

69 Vgl. AOFAA, Best. RP, C 2316: Dossier des französischen Nachrichtendienstes in der FBZ über die pfälzische KPD vom Mai 1948. Der französische Nachrichtendienst vermutete als Gründe für den Umzug des Landesvorstandes nach Mainz die Nähe zum Sitz des PV in Frankfurt sowie eine erhoffte engere Anbindung der Bezirke im Rheinland an die Landesleitung. Außerdem sollte sich die Landesleitung in Mainz stärker örtlichen Einflüssen entziehen können, als dies bisher in Ludwigshafen der Fall gewesen war. Entscheidend für den Umzug dürfte jedoch die faktische Übernahme des Sekretariats der Landesleitung durch die bisherige Zonenleitung gewesen sein.

schlossen. Von diesen Maßnahmen erhoffte man sich den Gewinn von „breiteren Massen" der Bevölkerung. Dem auf dieser Landesvorstandssitzung neu gewählten Sekretariat gehörte durch seine Funktion als Vorsitzender des Bezirkes Pfalz auch Herbert Müller an; ebenso Willy Feller als Vorsitzender der KPD-Landtagsfraktion und gleichzeitig neuer Chefredakteur von „Neues Leben". Der bisher damit befasste Arno Freiberg verblieb als redaktioneller Mitarbeiter beim Parteiorgan und wurde zusätzlich mit Schulung, Werbung und Presse im Bezirk Pfalz betraut[70]. Offensichtlich erhoffte sich die KPD eine bessere Veranschaulichung ihrer neuen Politik in „Neues Leben" durch Willy Feller. Auf jeden Fall galt Freiberg als Parteigänger Müllers und war entsprechend heftig von Willy Feller attackiert worden[71].

Das vom neuen Landesvorstand geforderte praktische Parteiprogramm wurde von der KPD/SVD bereits am 18. Juni 1948 unter dem Titel „Aufruf zur sozialen und nationalen Selbsthilfe" in „Neues Leben" veröffentlicht. Mit dem Aufruf artikulierte die KPD in Rheinland-Pfalz ihre Abwehrhaltung gegenüber den von ihr befürchteten Folgen der Währungsreform in den drei Westzonen am 20. Juni 1948 und den umstrittenen territorialen Kompensationsforderungen der Benelux-Staaten und Frankreichs an Rheinland-Pfalz auf der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz. Der Aufruf diente anschließend als Propagandagrundlage für die Kommunalwahlen am 14. November 1948 in Rheinland-Pfalz. Dagegen wurde der Parteiname SVD von den rheinland-pfälzischen Kommunisten offiziell nur noch bis Ende Juni verwendet, da sich die französische Militärregierung dem bereits am 7. Juni 1948 erfolgten Verbot des neuen Parteinamens der KPD durch die britische Militärregierung anschloß[72].

## Die Auflösung der Bezirksorganisation

Der Landesvorstand hatte auf seiner Sitzung am 5. Juni 1948 auch den 16. Bezirksparteitag der pfälzischen KPD einberufen. Die pfälzischen Kommunisten traten am 4. und 5. September 1948 unter den Losungen „Schafft die Einheit der Arbeiterklasse", „Die Pfalz ist deutsches Gebiet und muß es bleiben" und „Die Anilin muß deutsche Produktionsstätte des Friedens werden" im Neustadter Saalbau zusammen. Der Parteitag protestierte gegen

70 Vgl. Neues Leben Nr. 44 v. 8.6.1948 sowie Informationen Nr. 1 v. 8.6.1948, hrsg. nur für Mitglieder vom Landesvorstand Rheinland-Pfalz der Kommunistischen Partei - Die Sozialistische Volkspartei Deutschlands im StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 162.

71 Vgl. Kaps (wie Anm. 1).

72 Vgl. StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 165, Neues Leben Nr. 47 v. 18.6.1948 sowie Staritz (wie Anm. 65), S. 1760.

die anhaltende Demontage von Industrieanlagen in der Pfalz und betonte die Ablehnung einer Eingliederung der Pfalz in den französischen Wirtschaftsraum, da die Pfalz nur in einer gesamtdeutschen Republik lebensfähig sei. Das Referat hielt der stellvertretende Vorsitzende der KPD, Walter Fisch, zum Thema „Der Kampf um die nationale und soziale Befreiung". Das Mitglied des Betriebsrates der BASF, Ernst Faß, forderte die Überführung des Unternehmens in Gesellschaftseigentum, Fritz Baumgärtner informierte über die bevorstehenden Betriebsratswahlen. Der Bezirksvorsitzende Herbert Müller sprach zur Lage in der Pfalz und den daraus resultierenden Aufgaben der Partei. Der Landesvorsitzende Otto Niebergall informierte abschließend über den neuen Organisationsaufbau der KPD, der den „politischen Erfordernissen entsprechend" eine direkte Verbindung des Landesvorstandes mit den Kreisen herstellte[73]. Damit verlor der Bezirk Pfalz seine politische Selbständigkeit und wurde nun als regionale Gliederung direkt dem Landesvorstand unterstellt. In der Praxis bedeutete dieser neue Organisationsaufbau der KPD für die pfälzischen Kommunisten die Auflösung ihres Bezirkes, weshalb auch 44 von 112 Delegierten gegen den neuen Organisationsaufbau stimmten. Den neuen Organisationsaufbau der KPD und die damit verbundene generelle Auflösung aller Bezirkssekretariate und -leitungen hatte die 4. Tagung des PV der KPD vom 26. bis 28. August 1948 u.a. beschlossen, weil man durch die direkte Anbindung der Kreise an die Landesleitungen hoffte, der starken Mitgliederfluktuation in der KPD Herr zu werden, die die Partei bereits in der Weimarer Republik gekennzeichnet hatte[74]. Von dieser Beschlußlage war die pfälzische Bezirksleitung offensichtlich völlig überrascht worden: So war in der Tagesordnung des Bezirksparteitages noch die Neuwahl des Bezirksvorstandes vorgesehen gewesen und den Delegierten auch eine 33 Namen umfassende Vorschlagsliste mit den Unterlagen überreicht worden[75].

In den Bezirken Koblenz, Trier und Rheinhessen wurde erst gar kein Bezirksparteitag mehr durchgeführt, so daß deren Auflösung ohne formale Zustimmung der Mitglieder erfolgte. Offensichtlich war zur Durchsetzung der neuen Parteiführung in Mainz und zur Disziplinierung der pfälzischen KPD nur der 16. Bezirksparteitag notwendig gewesen. So hatte der Parteitag auch für Herbert Müllers Sohn Herbert, der trotz seiner Funktion als

73 Vgl. Neues Leben Nr. 70 v. 7.9.1948 und StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 163 sowie zur Wahrnehmung des 16. Bezirksparteitages durch die pfälzische SPD auch AsD, Best. SPD-Bezirk Pfalz, Nr. 131.

74 Vgl. BA, Best. SAPMO, ZPA, NY 4036/644 und NY 4182/865.

75 Mündliche Auskunft von Herbert Müller an den Verfasser v. 20.10.1993, vgl. die Delegiertenunterlagen zum 16. Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei Pfalz im StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 163.

Kreissekretär in Ludwigshafen als einziger Delegierter gegen die Auflösung des Bezirkes gesprochen hatte, noch direkte Folgen: Unmittelbar im Anschluß an den Parteitag berief Otto Niebergall nämlich für den 9. September 1948 eine Sitzung des Kreisvorstandes ein, um „die innerparteiliche Situation im Kreis Ludwigshafen selbst zu klären". An seiner Stelle vertrat dann aber Willy Feller das Sekretariat. Feller bezeichnete einleitend den 16. Bezirksparteitag als schlechtesten Parteitag in der Geschichte der Partei. Ausdruck habe dies in der Ablehnung des neuen Organisationsmodells durch 44 Genossen gefunden. Verantwortlich hierfür sei letztlich Herbert Müller. Sein Sohn habe ihm mit seinem Redebeitrag keinen Gefallen getan. Allerdings solle nun keineswegs die Familie Müller „liquidiert", sondern nur geklärt werden, welche Funktion sie in Zukunft an welchem Ort einnehmen werde. Herbert Müller habe den Landesverband Hessen-Pfalz gut geleitet, sei aber mit dem Landesverband Rheinland-Pfalz überfordert worden. Bereits auf dem 2. Parteitag der SED sei über die Ablösung Müllers gesprochen worden. Der Landesvorstand sei von Ludwigshafen nach Mainz verlegt worden, da dort qualifizierte Genossen säßen. Abschließend betonte Feller, daß Herbert Müller junior auf Grund seines Alters mit der Kreisleitung Ludwigshafen überfordert sei. Dies hatte seine unmittelbare Absetzung als Kreissekretär zur Folge, obwohl sich Müller junior in der anschließenden Diskussion von seinem Vater distanzierte[76].

Die 26. Landesvorstandssitzung der KPD in Rheinland-Pfalz wies anschließend Berichte über eine Säuberung der rheinland-pfälzischen KP im Zusammenhang mit Herbert Müller senior energisch zurück, da Müller nach wie vor dem „engeren Sekretariat" des Landesvorstandes und damit dem eigentlichen Entscheidungsträger der KPD in Rheinland-Pfalz angehöre, den nur Otto Niebergall, Wilhelm Prinz, Willy Feller, Herbert Müller und Wolfgang Greisinger bildeten[77]. Damit verstummte jedoch keineswegs die Kritik an Herbert Müller: So kritisierte z.B. der PV der KPD am 29. Oktober 1948 in einer Stellungnahme zur Arbeit des Landessekretariats in Rheinland-Pfalz insbesondere die Arbeit in der BASF, für die wiederum Herbert Müller innerhalb des „engeren Sekretariats" verantwortlich war[78].

Am 14. Oktober 1948 wurde das Wahlprogramm der KPD zu den Kommunalwahlen am 14. November 1948 veröffentlicht. Darin forderte die Partei u.a. eine demokratische Gemeindeordnung, Sparsamkeit, Sau-

76 StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 163: Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes Ludwigshafen.

77 Vgl. Die Freiheit Nr. 50 v. 20.9.1948 sowie Neues Leben Nr. 76 v. 28.9.1948 und das Sitzungsprotokoll im BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1054.

78 Vgl. BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1054: Stellungnahme des PV.

berkeit und öffentliche Kontrolle der Verwaltung, eine Verbesserung der Versorgung, der sozialen Fürsorge und des Wohnungswesens, eine Übernahme lebenswichtiger Betriebe in die Verwaltung der Gemeinden, eine demokratische Schulreform und für Frauen und Jugendliche den gleichen Lohn bei gleicher Arbeit. Zur Erreichung möglichst vieler Kandidaturen auch auf dem Lande wurden von der KPD Listenverbindungen mit „Freunden der sozialistischen Einheit" und Bauerngruppen angestrebt. Eine bereits erfolgte Listenverbindung der KPD mit der SPD-Ortsgruppe in Lambrecht wurde jedoch auf Anweisung des SPD-Bezirksvorstandes wieder zurückgezogen[79].

Während die SPD am 14. November 1948 gegenüber den Kreistagswahlen 1946 erhebliche Stimmengewinne erzielen konnte, gelang der KPD mit 87 327 Stimmen gegenüber 87 186 im Jahr 1946 auf Kreisebene nur ein leichter Gewinn. Gegenüber der Landtagswahl von 1947 bedeutete das Ergebnis sogar einen Verlust von 13 492 Stimmen und einen Rückgang des Wähleranteiles von 8,7% auf 7,2%. Allerdings konnten im Vergleich der Regierungsbezirke zwischen 1946 und 1948 in der Pfalz (44 365 gegenüber 40 899) Gewinne erzielt werden. Im Vergleich zur Landtagswahl wurden in sämtlichen Regierungsbezirken deutlich Stimmen verloren. Während sich in der Pfalz die Kreistagsmandate von 26 auf 29 erhöhten, war landesweit insgesamt ein Verlust von 8 Kreistagsmandaten zu verzeichnen. Auch die Gemeinderatswahlen ergaben gegenüber 1946 für die KPD nur begrenzte Erfolge: So wurden Zugewinne in Neustadt (2 473 gegenüber 1 810) und Kaiserslautern (3 865 gegenüber 3 520) durch Stimmenverluste in Ludwigshafen (8 473 gegenüber 9 459), Frankenthal (1 477 gegenüber 1 666), Speyer (1 134 gegenüber 1 615), Zweibrücken (1 579 gegenüber 1 885) und Pirmasens (2 927 gegenüber 3 817) aufgehoben. Während die Wahlergebnisse in den Städten noch immer hoch waren (Neustadt 20,6%, Ludwigshafen 17,8%, Kaiserslautern 17,1%, Pirmasens 15,9%) ergab sich in den ländlichen Landesteilen für die KPD ein Rückgang der Wählerstimmen. Insgesamt wurden in Rheinland-Pfalz 380 kommunistische Mandate (gegenüber 616 im Jahr 1946) über Parteilisten und 53 auf Freien Listen gewonnen[80].

Die KPD sah zwar ihre Position nach den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz als im wesentlichen behauptet an, war aber von den Wahlergeb-

79 Vgl. Neues Leben Nr. 82 v. 14.10.1948 ff.

80 Vgl. Die Wahlen zu den Gemeinde-, Kreis- und Amtsvertretungen am 14. November 1948 in Rheinland-Pfalz. Endgültige Ergebnisse, hrsg. v. Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems 1948 sowie BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1044: Protokoll der Landesvorstandssitzung der KPD v. 13.3.1949.

nissen nicht befriedigt, da sie nicht „den politischen Möglichkeiten" entsprachen. Der Stimmenrückgang gegenüber der Landtagswahl wurde mit der geringeren Wahlbeteiligung, der hohen Zahl ungültiger Stimmen und ihrer Benachteiligung z.B. durch das Redeverbot für SED-Vertreter begründet. Die Erfolge in Neustadt und Kaiserslautern wurden auf die gute Parteiarbeit in Gewerkschaft und Betrieben zurückgeführt. Der Wahlerfolg in Neustadt wurde sogar vom PV der KPD als hervorragendes Beispiel für die Gesamtpartei bewertet. Die in vielen Gemeinden vorhandene Mehrheit der Sitze für SPD und KPD sollte zur Durchsetzung „fortschrittlicher Mindestprogramme" genutzt werden. Jedoch wurde auch auf die Notwendigkeit des verstärkten außerparlamentarischen Kampfes hingewiesen, der vor allem die „proletarischen Nichtwähler" erreichen sollte. Auch beabsichtigte man, sich mehr an die weiblichen Wähler zu wenden, da diese bei den Wählern der KPD im Verhältnis zur Gesamtwählerschaft deutlich unterrepräsentiert waren[81].

Allerdings ergab sich die von der KPD erhoffte Zusammenarbeit nach den Kommunalwahlen mit der SPD in Gemeinden mit einer linken Mehrheit nur in wenigen Orten, da die SPD die Große Koalition mit der CDU im Landtag nun auch verstärkt auf kommunaler Ebene fortsetzte. So wurde z.B. am 10. Januar 1949 in Ludwigshafen der seit 27. November 1945 amtierende kommunistische Zweite Bürgermeister Max Frenzel vom Stadtrat trotz einer Mehrheit von KPD und SPD abgewählt. Ebenso erging es den bisherigen Beigeordneten Brill in Kaiserslautern, Westermann in Frankenthal und Kuhn in Zweibrücken. Dagegen wurden am 16. Dezember 1948 in Neustadt der kommunistische Beigeordneten Manderschied vom neuen Stadtrat bestätigt. In Lambrecht wurde der kommunistische Beigeordnete Kimmel zwar im November 1948 abgewählt, aber am 10. Oktober 1949 gemeinsam von den SPD- und KPD-Stadträten dann doch wieder in sein Amt berufen. Mit insgesamt 11 Bürgermeistern und 6 Beigeordneten war die Rolle der KPD in Rheinland-Pfalz nach der Kommunalwahl 1948 also auf Gemeindeebene noch keineswegs auf die parlamentarische Opposition beschränkt[82].

---

81 Vgl. Neues Leben Nr. 96 v. 16.11.2948 ff. sowie BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1054: Protokoll der Landesvorstandssitzung der KPD.

82 Vgl. die entsprechenden Ratsprotokolle, das Protokoll der Landesvorstandssitzung der KPD v. 13.3.1949 im BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1044 sowie Neues Leben Nr. 104 v. 4.12.1948 ff. und StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 164.

Am 3. Januar 1949 berief die 8. PV-Tagung der KPD für den 5. und 6. März 1949 eine Delegiertenkonferenz in Solingen ein[83]. Die 8. PV-Tagung spielte jedoch auf der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes am 4. Januar 1949 keine Rolle. Das Sekretariat behandelte erstmals den Entwurf einer Entschließung zum Landesparteitag, in dem erneut das Toleranzabkommen im Landtag kritisiert sowie der alten Landesleitung unter der Führung von Herbert Müller „mangelnde Kollektivität" vorgeworfen wurde[84]. Auf der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes am 12. Januar 1949 wurde dann im Rahmen einer achtstündigen Debatte die nun ausformulierte „Entschließung des 3. Landesparteitages der KPD Rheinland-Pfalz" diskutiert. Erneut wurde im Abschnitt „Lehren aus der vergangenen Arbeitsperiode" ausdrücklich die Absetzung Herbert Müllers als Landes- und Fraktionsvorsitzender gerechtfertigt. Offensichtlich tief getroffen erschien Herbert Müller anschließend bis 22. April 1949 zu keiner Sitzung des Landessekretariats mehr[85].

Auf der Solinger Delegiertenkonferenz am 5. und 6. März 1949 stellte die rheinland-pfälzische KPD nur 30 der über 1 000 Delegierten. Otto Niebergall referierte über das deutsch-französische Verhältnis und betonte, daß in Frankreich inzwischen „die Kräfte der Reaktion" vorherrschend wären[86]. Der rheinland-pfälzische Landesvorstand befaßte sich am 13. März 1949 mit der Solinger Delegiertenkonferenz. Allerdings waren von 83 Mitgliedern nur 37 erschienen. Da erneut auch Herbert Müller fehlte, beauftragte das Sekretariat am 15. März 1949 Otto Niebergall und Wilhelm Prinz, am kommenden Tag ein klärendes Gespräch mit Müller „über sein Verhältnis zu Sekretariat, Landesvorstand und Partei" zu führen[87]. Am 22. März 1949 informierte Prinz über das Gespräch: Danach habe Müller nicht die Absicht, Schritte gegen das Sekretariat, den Landesvorstand oder die Partei zu unternehmen. Er sei krank und deprimiert über das Verhalten von

---

83 Vgl. das Kommuniqué der 8. PV-Tagung, in: KPD 1945-1968 (wie Anm. 63), S. 263 ff.

84 Vgl. das Sitzungsprotokoll im BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1045 sowie den Entschließungsentwurf "Zum 3. Landesparteitag" im StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 168.

85 Vgl. BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1045: Sitzungsprotokoll, sowie StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 168: "Entschließung des 3. Landesparteitages der KPD in Rheinland-Pfalz".

86 Vgl. Neues Leben Nr. 27 v. 5.3.1949 f. sowie BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1045: Sitzungsprotokoll des Landesvorstandes der KPD v. 13.3.1949.

87 Vgl. BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1044: Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes der KPD am 13.3.1949 sowie des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD am 15.3.1949.

Willy Feller. Nach einem Urlaub sei er aber bereit, wieder mitzuarbeiten. Trotzdem forderte Willy Feller einen politischen Rückzug von Müller, da er auch im Landtag passiv sei, aber die KPD acht aktive Abgeordnete brauche[88].

Am 9. April 1949 beschloß das Sekretariat, Herbert Müller aufgrund seines Fehlens im Landtag vorzuladen. Nachdem Müller nicht erschien, wurde Otto Niebergall erneut mit einem Gespräch beauftragt[89]. Tatsächlich nahm dann Herbert Müller am 22. April 1949 erstmals wieder an einer Sitzung des Sekretariats teil; Otto Niebergall gab die Ergebnisse der Aussprache mit Müller bekannt. Müller habe keine Opposition betrieben, sondern sei tatsächlich krank gewesen. Ab sofort übernehme Müller verantwortlich die Arbeit in der BASF, bilde gemeinsam mit Robert Weber, Fritz Baumgärtner und Max Frenzel das Sekretariat in Ludwigshafen und sei dort verantwortlich für Arbeit und Soziales. Unbeeindruckt von dieser Konfliktlösung forderte Willy Feller nun eine Ablösung von Arno Freiberg als Kreisvorsitzender in Kaiserslautern[90].

Zum 3. Landesparteitag der KPD in Rheinland-Pfalz, der anläßlich des 100. Jahrestages des Pfälzischen Aufstandes 1849 für den 18. und 19. Juni 1949 nach Kaiserslautern einberufen worden war, erschienen 932 Delegierte. Sie vertraten 21 Betriebsgruppen, 58 Stadtteil- und 155 Ortsgruppen. Am Samstagmorgen führte die Partei zunächst zwei Vorkonferenzen mit den Themen „Die Solinger Beschlüsse und unsere Arbeit in den Massenorganisationen" sowie „Die Landbevölkerung und der Kampf um nationale Einheit und Unabhängigkeit" durch[91]. Gleichzeitig tagte der bisherige Landesvorstand. Von den 80 Mitgliedern war nur noch genau die Hälfte erschienen. Entsprechend wurde beschlossen, den neuen Landesvorstand auf 52 Mitglieder zu reduzieren[92]. Der eigentliche Parteitag wurde am Samstagnachmittag eröffnet. Das Referat hielt Otto Niebergall zum Thema: „Die KPD im Kampf um nationale Unabhängigkeit und Frieden". Die öffentliche Abendveranstaltung des Parteitages stand unter dem Motto: „Nationale Front für Einheit, Unabhängigkeit und Frieden". Gleichzeitig referierten Willy Feller in Frankenstein, Herbert Müller in Olsbrücken sowie

88 Ebd., Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1045: Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD am 22. u. 29.3.1949.

89 Vgl. ebd.: Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD am 9. u. 12.4.1949.

90 Vgl. ebd.: Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD am 22.4.1949.

91 Vgl. AOFAA, Best. RP, C 1092.

92 Vgl. BA, Best. SAPMO, ZPA; BY 1 1044: Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes der KPD v. 18.6.1949, sowie AOFAA, Best. RP, C 1092.

Fritz Baumgärtner in Otterberg. Am Sonntag gab Wolfgang Greisinger den Tätigkeitsbericht des Sekretariats. In der anschließenden Diskussion sprachen 22 Delegierte. Abschließend wurden die 52 Landesvorstandsmitglieder, darunter Otto Niebergall als Landesvorsitzender sowie Herbert Müller, Wolfgang Greisinger, Friedel Janecek, Leo Schieder und Ernst Buschmann als Mitglieder des Sekretariats gewählt. Aus den Reihen der Delegierten wurde Herbert Müller als stellvertretender Landesvorsitzender vorgeschlagen, was Müller jedoch ablehnte. Die Entschließung des Parteitages wurde um die Formulierung der neuen Hauptaufgabe der Nationalen Front erweitert, aber ansonsten von den Delegierten unverändert bestätigt. Der ebenfalls als Chefredakteur und damit auch als weiteres Sekretariatsmitglied bestätigte Willy Feller bewertete rückblickend den Parteitag in „Neues Leben" als Markstein in der Parteientwicklung. Es bestehe eine zunehmende ideologische und politische Klarheit[93].

## Die „Partei Neuen Typus"

Auf der Sitzung des Sekretariats am 7. Juni 1949 wurde erstmals über die Landesliste der KPD zur Bundestagswahl gesprochen. Dabei plädierte Otto Niebergall für die Besetzung von Platz 2 durch ein Mitglied der Betriebsgruppe der BASF, während Herbert Müller Fritz Baumgärtner für Platz 2 vorschlug. Willy Feller sprach sich eindeutig gegen Baumgärtner aus und forderte Platz 2 für ein Mitglied des Sekretariats[94]. Unmittelbar nach dem 3. Landesparteitag konkretisierte das Sekretariat seine Vorstellungen über die Besetzung der Landesliste: Otto Niebergall wurde für Platz 1, Reinhold Gerhard von der Betriebsgruppe der BASF für Platz 2, Willy Feller für Platz 3 vorgesehen. Der Platz 4 sollte durch einen Vertreter des Kreises Neustadt, der Platz 5 durch einen Vertreter des Kreises Koblenz und der Platz 6 durch einen Vertreter des Kreises Ludwigshafen - entweder Fritz Baumgärtner oder Herbert Müller - wahrgenommen werden. Zusätzlich wurde Willy Feller der Wahlkreis Ludwigshafen zugesagt[95].

Allerdings nahmen dann die Wahlkreisversammlungen am 3. Juli 1949 einen für das Sekretariat überraschenden Verlauf: So sprachen sich die Ortsgruppen in Ludwigshafen für Fritz Baumgärtner statt Willy Feller aus. Die Folgen hatte Herbert Müller am 5. Juli 1949 auf der Sitzung des Sekretari-

93 Vgl. die Dokumentation des 3. Landesparteitages der KPD im Neuen Leben, ab Nr. 64 v. 18.6.1949 ff. sowie AOFAA, Best. RP, C 1092 und BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1043.

94 BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1045: Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 7.6.1949.

95 Ebd., Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 21.6.1949.

ats zu tragen: Laut Otto Niebergall war die Entscheidung für Baumgärtner eine Torpedierung des Sekretariats und eine Fortsetzung der Ereignisse auf dem 3. Landesparteitag. Willy Feller stellte fest, daß die Wahlversammlung in Ludwigshafen-Friesenheim durch Herbert Müller fraktionell vorbereitet gewesen sei, um seine Kandidatur zu verhindern. Die Betriebsgruppe BASF und die Stadtteilgruppe Nord hätten sich ebenfalls für Baumgärtner ausgesprochen. Herbert Müller müsse aus dem Sekretariat sowie aus dem Kreissekretariat in Ludwigshafen abgewählt werden, da er dort fraktionell tätig sei. Müller bestritt eine fraktionelle Vorbereitung der Delegiertenkonferenz, worauf Feller ihm ein doppeltes Spiel vorwarf. Friedel Janecek bestritt eine Erkrankung Müllers und stellte fest, daß Müller nicht den Vorschlag des Sekretariats, nämlich Willy Feller, in Ludwigshafen unterstützt habe. Wolfgang Greisinger kritisierte das monatelange Fehlen Müllers im Sekretariat. Willy Feller bekräftigte, daß auch der 3. Landesparteitag fraktionell vorbereitet gewesen sei. Ausdruck habe dies in dem Vorschlag gefunden, Müller zum stellvertretenden Landesvorsitzenden zu wählen. Abschließend faßte Otto Niebergall zusammen: Ludwigshafen sei geprägt von „Versöhnlern", darunter Herbert Müller, was auch die Ursache des Konflikts zwischen Müller und Feller sei. Fritz Baumgärtner müsse zugunsten von Willy Feller verzichten[96].

Zunächst einmal ging Herbert Müller einer weiteren Konfrontation aus dem Weg, indem er sich für die Sekretariatssitzungen am 8. und 15. Juli 1949 mit Aufsichtsratssitzungen entschuldigte. Daraufhin beschloß das Sekretariat am 8. Juli 1949, daß Müller zur nächsten Sitzung am 15. Juli 1949 zu erscheinen habe. Einer Aufforderung, der Müller nicht nachkam. Entsprechend beschloß das Sekretariat, daß Müller unter diesen Umständen kein Mitglied des Sekretariats mehr sein könne. Gleichzeitig wurde die innerparteiliche Isolierung Müllers fortgesetzt: So wurde auf Vorschlag des Sekretariats zur Besetzung der Landesliste zur Bundestagswahl der Neustadter Karl Breyer von Platz vier auf sieben verschoben, da Willy Feller Bedenken äußerte. Breyer war Schwager von Ludwig Manderschied, dem wiederum Verbindungen zu Müller nachgesagt wurden[97]. Auf den Wahlkreiskonferenzen am 10. Juli 1949 konnte das Sekretariat seine Linie letztlich durchsetzen: So wurde nun doch Willy Feller für den Wahlkreis Ludwigshafen-Frankenthal nominiert. Fritz Baumgärtner mußte sich mit dem Wahlkreis Zweibrücken-Pirmasens begnügen. Herbert Müller erhielt als einziges Mitglied des bisherigen Sekretariats keinen Wahlkreis[98].

96 Ebd., Protokoll v. 5.7.1949.
97 Ebd., Protokoll v. 8.7.1949.
98 Vgl. Neues Leben Nr. 75 v. 14.7.1949.

Nun überstürzten sich die Ereignisse: Während der PV sich damit einverstanden erklärt hatte, daß Müller nicht mehr Mitglied des Sekretariats war und auf eine „ordnungsgemäße Erledigung" der Angelegenheit drängte, hatte Hans Hauck vorab schon im Kreis Speyer verkündet, daß ein Parteiverfahren gegen Müller laufe. Willy Feller war deshalb der Ansicht, daß die Maßnahmen nun sofort eingeleitet werden müßten. Laut Otto Niebergall war der erste Schritt hierzu die Abberufung von Müller aus dem Sekretariat. Friedel Janecek war der Ansicht, daß Müller auch seine Mandate zur Verfügung stellen müßte. Diese Frage solle mit Ludwigshafen abgeklärt werden[99].

Auf der Sekretariatssitzung vom 15. Juli 1949 lag ein vom stellvertretenden Parteivorsitzenden Kurt Müller mit gleichem Datum unterzeichnetes Schreiben des PV vor, das in Bezugnahme auf ihm zugespielten „Tito-Materialien" - es handelte sich um Informationsbroschüren der jugoslawischen Botschaft - aus dem Besitz von Herbert Müller feststellte, daß Müller „einen engen gruppenmässigen Kontakt mit jugoslawischen Stellen organisiert" habe. Seine „Haltung zur Parteileitung und zu verschiedenen Problemen" decke sich mit Erscheinungen, „wie sie die parteifeindliche Tito-Clique praktiziert". Müller wurde aufgefordert, dem PV innerhalb von acht Tagen eine ausführliche politische Erklärung „unter Nennung von Namen und Adressen zu Jugoslawien" zu übermitteln[100].

Am 16. Juli 1949 trat in Mainz erneut das Sekretariat zusammen. Bei dieser Gelegenheit wurde Herbert Müller der Brief des PV übergeben. Müller erklärte sich mit dem Vorgehen einverstanden, betonte aber, nie im Gegensatz zur Partei gestanden zu haben. Außerdem gab er bekannt, auf der Landesliste zur Bundestagswahl nicht kandidieren zu wollen. Der stellvertretende Parteivorsitzende Walter Fisch begrüßte diese Entscheidung und betonte, daß Müller bis zum Abschluß der Angelegenheit kein Mitglied des Sekretariats sein könne. Auch mit dieser Entscheidung zeigte sich Müller einverstanden, erklärte jedoch, Mitglied des Landesvorstandes bleiben zu wollen. Otto Niebergall betonte noch einmal Müllers Funktionsentzug in Ludwigshafen sowie bis auf weiteres seine Nichtverwendung als Referent und forderte Müller abschließend auf, die Erklärung so rasch wie möglich zu verfassen[101].

---

99 Vgl. BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1045: Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 15.7.1949.

100 Vgl. das Original des Schreibens, in: StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 171.

101 Vgl. BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1045: Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 16.7.1949.

Am 14. August 1949 erhielt die KPD in Rheinland-Pfalz 88 948 Stimmen (6,2%), weshalb auch nur Otto Niebergall über die Landesliste der Einzug in den Bundestag gelang. Mit diesem Ergebnis hatte die KPD zwar in Rheinland-Pfalz einen kleinen Gewinn gegenüber den Kommunalwahlen von 1948 (87 327) erzielt, war aber erneut deutlich unter dem Ergebnis der Landtagswahl von 1947 (100 819) geblieben. Immerhin hatte sie jedoch das bundesweite Ergebnis der Partei um 0,5% und in der Pfalz mit 9,3% (47 092) sogar deutlich das Kreistagswahlergebnis von 1948 (44 365) überboten. Dies, obwohl die pfälzischen Kommunisten vorher ständig in der Kritik des Sekretariats gestanden hatten[102].

Nach der Bundestagswahl erfolgte die Umwandlung der KPD in eine „Partei neuen Typus" nach dem Vorbild der SED und KPdSU. Auftakt zur Umwandlung der rheinland-pfälzischen Landesorganisation war die Durchführung des Parteiverfahrens gegen Herbert Müller. Am 23. August 1949 wurde er per Telegramm für den folgenden Tag nach Frankfurt zu Kurt Müller vorgeladen. Dort wiederholte dieser noch einmal die bereits am 15. Juli 1949 schriftlich formulierten Vorwürfe und Aufforderungen, was den Entfremdungsprozeß zwischen Herbert Müller und der KPD nur beschleunigte[103].

Trotzdem demontierte die KPD ihren ehemaligen Landesleiter weiter: Das Sekretariat des PV der KPD beschloß am 13. September 1949 eine Untersuchung gegen ihn einzuleiten und bekräftigte, seine Funktionen ruhen zu lassen[104]. Bereits am 14. September 1949 wurde Herbert Müller auf einer Sitzung der kommunistischen Stadtratsfraktion in Ludwigshafen erstmals aufgefordert, von seinem Fraktionsvorsitz zurückzutreten. Aus Protest gegen dieses Vorgehen gab daraufhin noch am gleichen Tag Stadtrat Friedrich Wagner sein Mandat an die Partei zurück und erklärte seinen Austritt aus der KPD. In seiner Begründung verwies er darauf, daß die Ächtung Müllers ohne Urteil erfolge, „um gegebenenfalls durch die Ächtung zu einem Urteil zu gelangen"[105].

Am 17. September 1949 erschien in „Neues Leben" ein Artikel von Kurt Müller: „Besteht die Gefahr des Titoismus in unserer Partei?". Darin ver-

---

102 Vgl. Die Wahlen zum Landtag und Bundestag in Rheinland-Pfalz 1947-1955. Ergebnisse in den Gemeinden, hrsg. v. Statischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems 1956, sowie Neues Leben Nr. 89 v. 16.8.1949 f.

103 Mündliche Auskunft von Herbert Müller an den Verfasser v. 20.10.1993, vgl. StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 171.

104 Vgl. Herbert Mayer, Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern ...?, Berlin 1995, S. 18.

105 Vgl. StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 171.

wies er auf die ersten Erfolge der „marxistisch-leninistischen Festigung" der Parteiorganisation und bezeichnete das Nachlassen der Kritik an der antisowjetischen Entwicklung in Jugoslawien als Fehler. Dieses Versäumnis gelte es nachzuholen. Weiter kritisierte er eine Zurückführung des schlechten Ergebnisses der KPD bei der Bundestagswahl auf deren Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und die Verteidigung der SED. Die rheinland-pfälzischen Kommunisten begannen sofort nach dem Artikel von Kurt Müller mit der Kritik an der „Verrätergruppe Titos", rechtfertigten die in Osteuropa anlaufenden Schauprozesse und forderten ein entschlossenes Vorgehen gegen Parteifeinde[106].

Entsprechend beschloß das Sekretariat am 19. September 1949, die „Angelegenheit Herbert Müller" für eine breite Kampagne inner- und außerhalb der Partei zu nutzen. Innerhalb der Organisation sollte eine breite Diskussion entfaltet und diese durch „Neues Leben" nach außen getragen werden. Grundlage sollte das Parteiverfahren gegen Herbert Müller sein, das ihm zur Last legte: „a) Parteifeindliche Verbindungen, die die Gefahr des Titoismus in der Organisation fördern, b) Ständiges Zurückweichen vor den Maßnahmen der Militärregierung gegen die Partei, c) Selbstherrliches Verhalten und Fehlen von Kritik und Selbstkritik". Gleichzeitig sollte mit den „alten Genossen" in Ludwigshafen eine Aussprache über das Mißtrauen gegen die Parteileitung in Mainz und die Ablehnung von Willy Feller erfolgen[107].

Bereits einen Tag später forderte das Sekretariat Herbert Müller erneut auf, den Fraktionsvorsitz im Ludwigshafener Stadtrat niederzulegen. Begründet wurde dies „wegen seines Versagens in der bisherigen Tätigkeit" und mit dem Parteiverfahren[108]. Hierauf resignierte Müller endgültig und teilte am 21. September 1949 dem Ludwigshafener Oberbürgermeister seinen Rücktritt vom Fraktionsvorsitz mit[109]. So konnte auch auf dem „Aussprachеabend" des Sekretariats mit den „langjährigen Parteigenossen" in Ludwigshafen, zu dem offiziell Fritz Baumgärtner, Max Frenzel und Albert Wildgruber für den 21. September 1949 eingeladenen hatten, um „vorhandene Mißverständnisse" zu beseitigen, nicht mehr das erwünschte „gute,

106 Vgl. Neues Leben Nr. 103 v. 17.9.1949 f.

107 Vgl. BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1045: Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 19.9.1949.

108 Ebd., Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 20.9.1949.

109 Vgl. das entsprechende Schreiben von Herbert Müller im StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 171.

kameradschaftliche Verhältnis zwischen allen Genossinnen und Genossen" hergestellt werden[110].

Am 25. September 1949 erklärte der kommunistische Beigeordnete in Neustadt, Ludwig Manderschied, seinen Austritt aus der KPD und seinen Übertritt in die SPD. Manderschied begründete seinen Entschluß mit seiner politischen Selbsttäuschung nach 1945, in der Hoffnung auf ein Lernen der KPD aus ihren Fehlern vor 1933. Heute sei die Partei jedoch noch schwächer und falle von einem Extrem in das andere. Seine unabhängige Politik sei von der KPD als „bürgerlich-reformistisch" bezeichnet worden. In der SPD sehe er eine bessere Plattform für sich[111].

Völlig die Entwicklung verkennend, stellte das Sekretariat am 27. September 1949 nur selbstkritisch fest, im Fall Herbert Müller nicht entschlossen genug gehandelt zu haben[112]. Für den 28. September 1949 lud die Ludwigshafener KPD zu einer erweiterten Kreisvorstandssitzung ein, die nur einen „besonderen Tagesordnungspunkt" umfaßte, nämlich „Besteht die Gefahr des Titoismus in unserer Partei?"[113]. Herbert Müller war jedoch nicht mehr bereit, sich weiter der Parteiinquisition zu stellen, sondern formulierte am gleichen Tag nach 30jähriger Zugehörigkeit zur kommunistischen Bewegung seine Austrittserklärung aus der KPD, der er gleichzeitig seinen Beitritt zur SPD folgen ließ[114]. Daraufhin entschloß sich der SPD-Bezirksvorstand, nachdem nach Manderschied und Müller am 28. September 1949 auch noch der Speyerer Regierungsrat Fritz Thiery und der Betriebstechniker der Stadtwerke Neustadt Franz Kuhn ihren Übertritt von der KPD zur SPD erklärten, diese Parteiwechsel am 30. September 1949

110 Vgl. den Text der Einladung, ebd.
111 Vgl. Die Freiheit Nr. 115 v. 30.9.1949.
112 Vgl. BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1045: Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 27.9.1949.
113 Vgl. den Text der Einladung im StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 171.
114 Vgl. das handschriftliche und maschinenschriftliche Original v. 28.9.1949 im StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 171.

groß im Organ der pfälzischen Sozialdemokratie herauszustellen[115]. Durch die Indiskretion eines Druckers der „Freiheit" wurde aber der Parteiwechsel Herbert Müllers noch am Abend des 28. September der KPD bekannt und auf der erweiterten Kreisvorstandsssitzung in Ludwigshafen auch thematisiert. Vorsorglich wurde für den Fall der Bestätigung ein Parteiausschluß Müllers vorgenommen. Da Herbert Müller aber selbst in der eigenen Familie nicht über seine Absicht gesprochen hatte, wurde sein Übertritt zur SPD auf der Kreisvorstandssitzung von seinem Sohn Walter öffentlich bezweifelt[116]. Noch am gleichen Abend suchten die mit ihm befreundeten KPD-Stadträte Georg Süß und Lina Herbst Herbert Müller auf. Ihnen gegenüber bekundete Herbert Müller, noch immer Mitglied der KPD zu sein[117].

So verbreitete der am 30. September 1949 in der „Freiheit" veröffentlichte Austritt Herbert Müllers aus der KPD und sein Übertritt zur SPD doch noch die von der SPD erhoffte Unruhe in der pfälzischen KPD. Müller begründete seine Entscheidung mit der persönlichen Demütigung durch die KPD. Diese sei stärker gewesen als die Demütigung, die er durch die Nationalsozialisten erlebt habe. Dabei verwies er auf seine Konflikte mit Willy Feller, die nicht nur zur Ablösung Arno Freibergs als Chefredakteur von „Neues Leben" geführt hatten, sondern auch die Beschäftigung seines Sohnes Walter beim Parteiorgan bedrohten. Seine erfolgreiche Arbeit als Fraktionsvorsitzender der KPD sei durch Otto Niebergall und Willy Feller mit der Begründung „er sei zu menschlich" beendet worden. Dazu bemerkte Herbert Müller, daß er sich immer bemüht habe, den politischen Gegner zu achten. Weiter verwies er darauf, daß er niemals eine Plattform mit Tito oder eine Opposition innerhalb der KPD gebildet habe[118].

---

115 Mündliche Auskunft von Herbert Müller an den Verfasser. Alle vier Übertritte zur SPD wurden politisch begründet; unausgesprochen blieb dabei, daß im September 1949 ein berufliches Vorwärtskommen mit einem Parteibuch der KPD nicht mehr möglich war. Heinrich Thiery war bereits im Januar 1949 als Leiter des Arbeitsamtes Speyer zur Ablösung vorgesehen gewesen. Sein Übertritt zur SPD bedeutete auch die Gewährleistung seiner Weiterbeschäftigung. Ludwig Manderschied stieg durch den Parteiwechsel in Neustadt vom ehrenamtlichen zum hauptamtlichen Beigeordneten auf. Herbert Müller behielt nach seinem Übertritt zur SPD nicht nur weiter seine Mandate in Stadtrat und Landtag, sondern nahm auch weiter seine Aufsichtsratsmandate wahr, so bei den Pfalzwerken und der Konsumgenossenschaft, in die er als KPD-Vertreter gewählt worden war. Zusätzlich beschäftigte ihn ab 1950 der SPD-Unterbezirk Ludwigshafen als Geschäftsführer.

116 Mündliche Auskunft von Walter Müller an den Verfasser v. 17.2.1995.

117 Vgl. Hermann W. Morweiser, Auch in Ludwigshafen gab es Widerstand gegen den Faschismus, Ludwigshafen a. R. 1981, S. 66.

118 Vgl. Die Freiheit Nr. 115 v. 30.9.1949.

„Neues Leben" gab am 1. Oktober 1949 den „Ausschluß des Tito-Agenten Herbert Müller" aus der KPD auf Beschluß des PV bekannt. In der Begründung wurde der Landesverband vom PV zu einer gründlichen Diskussion und ideologischen Festigung aufgerufen. Herbert Müller sei seit Monaten einer parteifeindliche Tätigkeit durch den Aufbau von „Tito-Agenturen" nachgegangen. Einer Klärung vor den Mitgliedern sei er ausgewichen. Die Aufnahme in die SPD habe er sich durch die Übergabe von KPD-Material erkauft. Der PV bestätigte die Existenz eines schon länger tätigen Untersuchungsausschusses der KPD gegen Herbert Müller, der ihm nun moralische Verkommenheit bescheinigte. Zum Austritt von Ludwig Manderschied erklärten Parteifunktionäre aus Neustadt, daß dieser seit Monaten keine direkte Verbindung zur KPD mehr gehabt habe und forderten den Landesvorstand auf, gegen solche „Schwächlinge und Parteifeinde" vorzugehen[119].

Am 2. Oktober 1949 trat der Landesvorstand zusammen. Das Referat hielt das Mitglied des Sekretariats des PV der KPD, Hermann Nuding. Er führte den „Fall Herbert Müller" auf mangelnde Kontrolle durch die Partei und eine „sträfliche Duldsamkeit" zurück. Müller beschimpfte er als „stinkende Blase, stinkenden Leichnam und Geschwür". Wer, wie Müller, die gegnerischen Argumente achte, erkenne sie an[120]. Am 4. Oktober 1949 forderte das Sekretariat Herbert Müller schriftlich auf, seine Mandate an die KPD zurückzugeben. Ansonsten behalte sich die Partei „alle weiteren Schritte vor", ohne daß Landesvorsitzender Niebergall diese Drohung genauer ausführte[121]. Ritualhaft verurteilten nun die rheinland-pfälzischen Kommunisten Herbert Müller in ihren Versammlungen[122]. Dies war für die Partei auch von großer Wichtigkeit, da keinesfalls klar war, wie viele Kommunisten sich noch am Beispiel Herbert Müllers orientieren und der Aufforderung der SPD zum Übertritt folgen würden. So bewahrheiteten sich zwar Pressemeldungen, daß auch die Gewerkschaftsfunktionäre Baumgärtner[123] und Liebel[124] zur SPD übergetreten seien, im Jahr 1949 noch nicht.

---

119 Vgl. Neues Leben Nr. 109 v. 1.10.1949.

120 Vgl. BA, SAPMO, ZPA, NY 4142/63: Referat von Hermann Nuding.

121 Vgl. das Schreiben v. 4.10.1949 von Otto Niebergall an Herbert Müller, StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 171.

122 Vgl. die ausführliche Berichterstattung über die Mitgliederversammlungen, Neues Leben Nr. 111 v. 6.10.1949 ff.

123 Vgl. die Meldung des Mannheimer Morgen v. 30.9.1949 sowie die Gegendarstellung von Baumgärtner, Neues Leben v. 1.10.1949.

124 Vgl. die Meldung der Freiheit v. 7.10.1949 sowie die Gegendarstellung von Liebel, Neues Leben v. 11.10.1949.

Allerdings verließ bereits am 8. Oktober 1949 mit Hermann Reinfrank ein weiteres Mitglied der Ludwigshafener Kreisleitung die KPD[125]. Entsprechend mußten am 11. Oktober 1949 unter dem Motto „Die Krise der Parteifeinde" die beiden Söhne Müllers ihre Treue zur KPD in „Neues Leben" öffentlich bekunden[126]. Anschließend wurden letztere in dem kurzen Zeitraum bis zum Parteiaustritt von Herbert Müller junior bzw. zum Parteiausschluß von Walter Müller im Januar 1950 wiederholt als Kronzeugen für die Isolierung von Herbert Müller in der KPD zitiert[127].

Am 24. Oktober 1949 luden die Ludwigshafener Kommunisten Herbert Müller für den 3. November 1949 zu einer öffentlichen Diskussionsversammlung mit Otto Niebergall über seinen „Parteiausschluß" ein. Dort sollte er erneut aufgefordert werden, seine Mandate an die KPD zurückzugeben. Bemerkenswerterweise wurde Herbert Müller nicht nur unbeschränkte Redezeit zugesichert, sondern auch, daß er „ohne körperliche Schäden wieder nach Hause kommen" würde[128]. Damit nicht genug, versuchte die KPD Müller zur Rückgabe seiner Mandate zu nötigen, in dem sie ihm im Weigerungsfalle die Veröffentlichung von Gestapounterlagen ankündigte, die belegen sollten, daß Herbert Müller zwischen 1933 und 1936 mit den Nationalsozialisten kooperiert habe. In seinem Antwortschreiben listete Herbert Müller seine illegale politische Tätigkeit auf und verwies abschließend auf einen Beschluß des Sekretariats vom März 1948, der die nun wiederholten Vorwürfe bereits als mißgünstigen Klatsch abgetan hatte. Offensichtlich solle nun jedoch die Sympathie für ihn in der KPD zerstört werden, da die Mitgliederzahlen rückläufig seien und die verbliebene Mitgliedschaft verunsichert sei. Ausgetretenen Mitgliedern werde Konsequenzen angedroht, wenn „die Russen kommen". Solche Drohungen bezeichnete Müller treffend als Ausdruck der tatsächlichen Schwäche der KPD[129].

Am 12. Dezember 1949 wechselte der Zweibrücker Partei- und Fraktionsvorsitzende der KPD, Georg Kuhn, unter Beibehaltung seines Mandates zur SPD über. Daraufhin rief am 15. Dezember 1949 das Sekretariat zu erhöhter Wachsamkeit gegen Parteifeinde auf. In der Meldung fand sich

125 Vgl. die Austrittserklärung Reinfranks im StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 171.

126 Vgl. Neues Leben Nr. 113 v. 11.10.1949.

127 Vgl. das Flugblatt der KPD Ortsgruppe Kaiserslautern: "Wer ist Herbert Müller?" im StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 171.

128 Vgl. die persönliche Einladung des Kreisverbandes Ludwigshafen an Herbert Müller, StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 171.

129 Vgl. die Erklärung Herbert Müllers: "Inbezug Gestapoverhör", StA Ludwigshafen, NL Herbert Müller, Nr. 171.

jedoch ein peinlicher Lapsus: Im Zusammenhang mit einer Warnung vor dem „Tito-Agenten" Herbert Müller wurde erstmals die Formulierung „nach seinem Austritt aus der Partei" verwendet. Am nächsten Tag wurde die Warnung noch einmal abgedruckt und die offizielle Parteiversion „nach seinem Ausschluß" wiedergegeben[130]. Weiterhin wurde gegen die gesamte Redaktion vom PV ein Untersuchungsverfahren wegen „Sabotage und ideologischer Abweichung" eingeleitet. Chefredakteur Feller wurde ungenügende Wachsamkeit vorgeworfen[131]. Zusätzlich verpflichtete eine Betriebsgruppenversammlung bei „Neues Leben" am 11. Januar 1950 die Mitglieder, „alle Beziehungen zu dem Tito-Agenten Müller, der im Dienste eines ausländischen Geheimdienstes arbeitet", abzubrechen. Walter Müller lehnte jedoch nur politische, aber nicht persönliche Kontakte zu seinem Vater ab.[132]. Daraufhin wurden Walter Müller, seine Ehefrau Emilie und sein Onkel Willi Schmitz am 17. Januar 1950 durch das Landessekretariat aus ihrer Tätigkeit für die KPD entlassen und aus der Partei ausgeschlossen[133].

Die Verfemung von Herbert Müller löste in der Folge eine Erosion sowohl unter der Mitgliedschaft als auch unter den Wählern der pfälzischen KPD aus. Am 18. Februar 1951 verließ mit dem Landesvorsitzenden der IG Metall, Fritz Baumgärtner, auch der erste Bezirksvorsitzende der pfälzischen KPD nach der Befreiung 1945 die Partei. Erneut stand nun die Kreisleitung Ludwigshafen im Mittelpunkt der Kritik, da sie den „Opportunismus" von Baumgärtner gedeckt habe. Deshalb wurde für den 23. Februar 1951 eine außerordentliche Parteiarbeiterkonferenz einberufen, um die Parteiorganisation gegen die Parteifeinde zu aktivieren. Dort forderte das Sekretariat von Max Frenzel, der seit 1949 als Sekretär bei der Verwaltungsstelle Ludwigshafen der IG Metall beschäftigt war, eine öffentliche Distanzierung von Baumgärtner. Da Frenzel dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde er aus der KPD ausgeschlossen.

Vor dem Hintergrund dieser innerparteilichen Zerwürfnisse überrascht nicht, daß die KPD am 29. April 1951 mit 62 483 Stimmen (4,4%) ihr bisher schlechtestes Ergebnis in Rheinland-Pfalz erzielte und aus dem Landtag ausschied. Nur in der Pfalz hatte sie mit 32 363 Stimmen (6,4%) noch einmal die 5%-Hürde genommen. Aber auch bei der Kommunalwahl am

130 Vgl. Neues Leben Nr. 141 v. 15.12.1949 f.

131 Vgl. Die Freiheit Nr. 146 v. 22.12.1949.

132 Vgl. BA, Best. SAPMO, ZPA, BY 1 1047: Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 13.1.1950.

133 Vgl. ebd., Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD vom 17.1.1950, sowie Neues Leben Nr. 8 v. 19.1.1950.

9. November 1952 mußte die KPD erhebliche Verluste gegenüber 1948 hinnehmen. So war sie z.B. nur noch in zwei pfälzischen Kreistagen (Kusel und Ludwigshafen) vertreten, allerdings mit 5,3% erneut im Bezirkstag. Auf der Gemeindeebene erreichte sie den Wiedereinzug nur in ihren bisherigen Hochburgen. Leichte Stimmengewinne gegenüber 1948 gab es dabei nur in Speyer und Schifferstadt. Im Kreis Kusel konnte sie erneut zwei Ortsbürgermeister stellen[134]. Die gewählten kommunistischen Abgeordneten konnten ihre Mandate noch über das am 17. August 1956 erfolgte KPD-Verbot hinaus bis zur Kommunalwahl am 11. November 1956 wahrnehmen. Danach war den verbliebenen pfälzischen Kommunisten bis zur Konstituierung der DKP am 24. September 1968 nur noch eine illegale Betätigung möglich[135]. Allerdings kam die DKP in der Pfalz nie über das Stadium einer Splitterpartei hinaus, während Herbert Müller 1994 hoch angesehen als Ehrenbürger der Stadt Ludwigshafen verstarb.

134 Vgl. Unser Tag Nr. 22 v. 20.2.1951 ff.

135 Die Wahlen zum Landtag und Bundestag in Rheinland-Pfalz 1947-1955 (wie Anm. 102).

# Neuaufbau im Geflecht von Demontage und Entnazifizierung. Die Ludwigshafener Chemieindustrie 1945 - 1949

**Christiane Pfanz-Sponagel**

Bei Kriegsende war die „Stadt der Chemie" Ludwigshafen stark zerstört. Wegen der Produktion von Buna und anderen kriegswichtigen Produkten wie Treibstoff oder Stickstoff gehörte die BASF, das größte Chemiewerk der Region, zu den bevorzugten Zielen des alliierten Bombardements. Das Firmengelände glich im März 1945 einem Trümmerfeld: Von den 1.470 Fabrikgebäuden waren nur 6% unbeschädigt, 61% waren teilweise beschädigt und ein Drittel war völlig zerstört. Auch das Pharmaunternehmen Knoll AG lag weitgehend in Schutt und Asche. Die Isoliermittelfirma Grünzweig + Hartmann wies einen Zerstörungsgrad von 75% auf.[1] Stark betroffen von den Fliegerangriffen war ferner das Familienunternehmen Raschig. Der in den letzten Kriegstagen unternommene Versuch, die Produktion auszulagern, war erfolglos verlaufen.[2] Die Firma Giulini hatte zwar auch unter den Bombardierungen gelitten, „...doch waren die Zerstörungen – im ganzen gesehen – nicht so umfassend, daß die Lebenskraft des Werkes erloschen gewesen wäre."[3] Beim ältesten Chemieunternehmen Deutschlands, Benckiser, waren noch eine Reihe von Betriebsstätten intakt.

## Nachkriegsproduktion

Unterernährte und oftmals nur in Notunterkünften lebende Beschäftigte begannen mit dem schwierigen Wiederaufbau der Werke. Sie räumten den Schutt weg, setzten Gebäuderuinen und beschädigte Anlagen notdürftig instand und brachten die Produktion wieder zum Laufen. „Unvorstellbar mühsam war in den folgenden Jahren der Wiederaufbau. Für alle Fabrikationen waren Produktionsgenehmigungen seitens der Militärregierung erforderlich. Alle Roh- und Brennstoffe sowie die elektrische Energie waren bewirtschaftet; die Zuteilungen waren oft mehr als knapp. Mehrfach war das Werk in Gefahr, aus Kohlemangel zum Erliegen zu kommen. Infolge-

1 Vgl. 75 Jahre Grünzweig + Hartmann Ludwigshafen/Rhein. Ein Beitrag zur Geschichte der Isoliermitteltechnik, Ludwigshafen 1953, S. 48.

2 Vgl. 100 Jahre chemische Industrie im Rhein-Neckar-Dreieck. Begleitbroschüre zur Sonderausstellung, hrsg. vom Carl Bosch Museum Heidelberg, Text v. Reiner Oelsner, Heidelberg 1999; S. 92.

3 Siehe Giulini Chronik (Manuskript), Ludwigshafen, o. J., S. 772.

dessen gleicht die Produktionsstatistik der Jahre 1945 bis 1948 einer Fieberkurve. Doch mit dem Kohlemangel allein ist die Not dieser Jahre noch nicht in ihrem vollen Ausmaß gekennzeichnet. Größte Schwierigkeiten wurden auch dadurch verursacht, daß die Fabrik nicht nur von der Welt, sondern sogar von der nächsten Umgebung abgeschnitten war. Die rechtsrheinischen Werkangehörigen konnten der Zonengrenze wegen oft nicht in ihre Arbeitsstätten kommen. Vorprodukte aus anderen früheren I.G.-Werken waren plötzlich nicht mehr erhältlich. Daß der Bezug ausländischer Rohstoffe, wie Schwefelkies und Rohphosphat, damals nicht möglich war, schien verständlich. Aber nun sollte die Fabrik plötzlich keine Kalksteine mehr aus dem Neckartal, kein Steinsalz mehr aus Heilbronn oder vom Niederrhein erhalten, nur weil diese Gebiete in einer anderen Besatzungszone lagen. Umgekehrt durfte die Fabrik in jener Zeit verschiedene Großabnehmer, die, wenn auch in der Nachbarschaft, so doch in einer anderen Zone lagen, nicht mehr beliefern," schilderte ein Bericht über die Neugründung der BASF die Situation des Chemieunternehmens nach dem Zusammenbruch. [4]

Im Arzneimittelwerk Knoll AG fing der Verkauf ganz bescheiden an: Apotheker kamen selbst ins Werk, um Medikamente zu holen. Da der amerikanischen Militärregierung an einer raschen Ausbesserung der zerstörten Straßen gelegen war, erhielt die Firma Raschig die Erlaubnis, wieder das Teerpräparat Kiton zu produzieren. Die Fertigung von Desinfektionsmitteln wurde dem Unternehmen ebenfalls gestattet, um den durch katastrophale hygienische Zustände in der Nachkriegszeit verursachten Bedarf zu decken. „Desintan war natürlich ein Notprodukt. Der Geruch war miserabel. Die Rezepturen mußten dauernd geändert werden, weil immer der eine oder andere Rohstoff ausging."[5] Die Beschaffung der benötigten Materialien über die Zonengrenzen hinweg erforderte mitunter viel Einfallsreichtum und Improvisation wie der folgende Bericht des mit der Herstellung von „Desintan" beauftragten Chemikers zeigt: „Es gab weder Flaschen noch Etiketten zur Verpackung. Durch Zufall erfuhren wir, daß in Mannheim-Rheinau bei der Sunlicht kleine orangefarbene Flaschen lagerten. Dauerndes Einreden auf den Kommandanten und einige Flaschen Wermut, die wir aus unseren eisernen Beständen geopfert hatten, gaben uns die schriftliche Erlaubnis, die Flaschen abzutransportieren ... Insgesamt hatten wir 1.5 Millionen Fläschchen für 20 Flaschen Wermut erhalten. Nun mußten

4 Siehe Bericht über die Neugründung der BASF, Ludwigshafen 1953, S. 28.

5 Siehe Der Raschig Ring. 1891-1991. in: Werkszeitschrift für Mitarbeiter und Freunde der Raschig AG Ludwigshafen/Rhein, 1991. S. 23.

aber noch Etiketten und Prospekte beschafft werden. In Ludwigshafen war keine Druckerei mehr betriebsfähig. Lediglich Waldkirch in Mannheim konnte drucken, hatte aber kein Papier. Das lag bei Waldkirch in Ludwigshafen und mußte nach Mannheim. Für unseren Auftrag wurde 1/2 Tonne benötigt. Als Gegenleistung für das Drucken sollten wir 4 1/2 Tonnen Papier für die Druckerei mittransportieren. Es gab wieder endlose Verhandlungen mit den Besatzungsbehörden. Inzwischen hatten die Franzosen die Amerikaner abgelöst. Die Franzosen wollten das unbedruckte Papier nicht heraus- und die Amerikaner das bedruckte nicht herüber in die französische Zone lassen. Die ersten Etiketten holte ich per Motorrad. Es waren 20.000 Stück. Zuerst wurde alles von Hand etikettiert, bis wir eine ausrangierte Weinetikettiermaschine auftreiben konnten."[6] Neben „Desintan" produzierte Raschig noch das Krätzeheilmittel „Scabintan", „Gingivit", ein Medikament gegen Zahnfleischentzündung, sowie „Hyposan", das man gegen Mykosebefall anwendete.

Auch die Isoliermittelfabrik Grünzweig + Hartmann nahm die Erzeugung ihrer traditionellen Produktpalette, wenn auch in eingeschränktem Umfang, wieder auf. Das Verbot der Aluminiumproduktion bereitete der Firma Giulini Probleme.[7] Das Unternehmen stellte daher in der Nachkriegszeit seine Produktion um und wich auf die Fabrikation von Konsumgütern wie Scheuersand, Backpulver sowie einem säurebindenden Magenpräparat aus. Für das Abfüllen des Backpulvers von Hand griff man auf die billigeren, in der Überzahl befindlichen weiblichen Arbeitskräfte zurück. Erst 1948 konnte das Werk seine traditionellen Produktlinien wieder aufnehmen. Die phosphathaltigen Salze Joha-Käseschmelz und Fibrisol waren die ersten Nachkriegsprodukte der Firma Benckiser. Das Familienunternehmen, das in Ludwigshafen und Ladenburg Betriebe hatte, stellte ab 1948 den Markenartikel Calgon wieder her.

Die BASF, die ihre Fabrikation mit einer Notbelegschaft von 800 Mitarbeitern begann, fertigte in der ersten Zeit nach Kriegsende ebenfalls Konsumartikel wie die Waschmittel Luwa (Ludwigshafener Waschmittel) und Manuline, Bohnerwachs, Schuhwichse, Hautcreme oder Suppenwürfel.[8] Die Produktion von medizinischen Hilfsmitteln wie Kochsalzlösungen für Infusionen oder Kohletabletten und von Süßstoff wurde hauptsächlich zum

6 Ebd., S. 23f.

7 Zunächst hielt sich das Werk mit der Reparatur von Eisenbahnwaggons für die Reichsbahn über Wasser.

8 Unternehmensarchiv der BASF (im folgenden UA BASF), Best. A/866: Nachkriegszeit; vgl. auch Ulrike Minor, Ludwigshafen 1945. Kriegsende und demokratischer Neubeginn. Katalog zur Ausstellung v. 5.5.1995-2.7.1995 im Stadtmuseum Ludwigshafen, Ludwigshafen 1995, S. 44.

Zweck von Tauschgeschäften aufgenommen. Zunehmend traten moderne Fabrikationsanlagen an die Stelle der provisorisch reparierten Maschinen und Gebäude. Trotz schlechter Ausgangslage und ungünstiger Rahmenbedingungen hatten die Beschäftigten in kurzer Zeit eine gewaltige Aufbauleistung vollbracht. „Die Jahre des Wiederaufbaus vom März 1945 bis zur Währungsreform am 21. Juni 1948 sind wohl die schwersten in der Geschichte der BASF gewesen. Das dabei Erreichte wäre undenkbar ohne die hingebungsvolle Mitarbeit der gesamten Belegschaft, die unter schwierigen Bedingungen bei völlig unzureichender Ernährung treu ihre schwere Pflicht erfüllte," würdigte der BASF-Vorstand bei der Neugründung der Unternehmens 1952 die Verdienste der Aniliner.[9]

1949 erschloß sich die BASF, die mittlerweile über 22.000 Mitarbeiter beschäftigte, mit der Markteinführung des Pflanzenschutzmittels „U 46" ein neues Arbeitsgebiet. Die „Wirtschaftswunder-Ära" in den fünfziger Jahren war vom Kunststoffboom geprägt. Die Voraussetzung für den Siegeszug von Perlon bzw. Nylon bildete die Umstellung auf die Petrochemie. Der Verkaufsschlager Styropor, ein 1951 entwickelter weißer Hartschaum, der sich als Isolier- und Verpackungsmaterial gleichermaßen eignete, öffnete der BASF den Weltmarkt.

## Ernährungskrise

Ausgebombte Wohnungen, die zusammengebrochene Infrastruktur und die desolate Versorgungslage prägten den Alltag der „Trümmergesellschaft". In den BASF-Kantinen war trotz der intensiven Anstrengungen der Wirtschaftsabteilung, zusätzliche Nahrungsmittel zu beschaffen, Schmalhans Küchenmeister. „ Und trotzdem war es meistens besser und abwechslungsreicher als in mancher Familie. Es gab öfters Bratlinge, in einer Sondermischung von Öl gebratene Haferflockenplätzchen, die meistens viele Spelzen enthielten, je nach Lieferung gebackene Fische,...Suppe aus Futterbohnen, die in großen Mengen aber mit ebenso großen Risiken von auswärts beschafft wurden und dergleichen mehr. Zugute kam allerdings den Küchen, daß die Gärtnereien des Werkes Gemüse lieferten."[10] Eine Mißernte infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse führte im Sommer 1947 zum weitgehenden Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung. Bereits im August 1945 hatte die BASF-Belegschaft ein durchschnittliches Untergewicht von 10% aufgewiesen. Dank der Zulagen für die körperlich tätigen Arbeiter unterschritten sie die Normalwerte in geringerem Maße als die Angestellten.

9 Wie Anm. 4.

10 Siehe UA BASF, Best. C/726: Wirtschaftsbetriebe.

Die chronische Unterernährung in den Hungerjahren wirkte sich auf den Gesundheitszustand der Arbeitnehmer zunehmend aus. Ihre Arbeitsleistung sank und sie waren oft krank. Viele Mitarbeiter blieben den Betrieben auch fern, um durch Hamsterfahrten oder Schwarzmarkthandel ihre mageren Essensrationen aufzubessern. Zur Senkung der auf diese Weise stark angestiegenen Fehlzeiten führte die BASF 1947 ein „Punktsystem" ein, das der Belegschaft die Möglichkeit gab, bei der Privatabgabe des Werkes Waren des täglichen Bedarfs zu erwerben. Durch die Koppelung des „Punktsystems" mit der Einhaltung der Arbeitszeit wirkte sich „diese Einrichtung...auf die Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin recht segensreich"[11] aus. Da das Großunternehmen den Mitarbeitern auch kleine Mengen seiner Fertigprodukte wie z.B. Sacharin überließ, die sie für Tauschgeschäfte nutzen durften, ging es den Anilinern etwas besser als den Belegschaften der anderen Ludwigshafener Chemiefirmen.

Die Bemühungen der Arbeitnehmervertretungen, die Versorgung der Arbeiterschaft zu verbessern, trug ihnen den Namen „Kartoffelbetriebsräte" ein.[12] Als im Mai 1948 Mangel und Hunger einen neuen Höhepunkt erreichten, legten die Beschäftigten der Ludwigshafener Chemiewerke ihre Arbeit nieder. Ihre „Hungerproteste" richten sich nicht gegen die Arbeitgeber, sondern die französische Verwaltung. Lediglich die Aniliner konnten sich mit ihrer Forderung nach Zusatzrationen und Einrichtung eines Kompensationsmarktes durchsetzen. Dank gesteigerter Ernteerträge, Marshallplanhilfen und der Währungsreform entspannte sich die Ernährungslage ab Mitte 1948 und im Arbeitsalltag kehrte allmählich wieder Normalität ein.

## Entnazifizierung

Um alle Bereiche der Gesellschaft dem Demokratisierungsprozeß zu öffnen, wurde die Entnazifizierung auch auf die Privatwirtschaft ausgedehnt. In der BASF, die als „Kernwerk der nationalsozialistischen Rüstungsmaschinerie"[13] galt, nahm bereits im Mai 1945 der Betriebsrat in Absprache mit der unter amerikanischer Kontrolle stehenden Werksleitung erste „politische Bereinigungen" vor. Bis Ende Juni erfolgten 750 Entlassungen. Die amerikanische Militärregierung war jedoch „...gewöhnlich damit einverstanden, die Nazis auf niedere Positionen zurückzustufen, ihre Löhne

11 Siehe Vorläufiger Jahresbericht (der BASF) für das Geschäftsjahr 1947, S. 96.
12 Vgl. Günter Braun, Schichtwechsel. Arbeit und Gewerkschaft in der Chemie-Stadt Ludwigshafen, Mannheim 1994, S. 127.
13 Siehe UA BASF, Best. A/866: Entnazifizierung.

und Gehälter zu reduzieren."[14] Auch unter der französischen Besatzung wurde die betriebsinterne Säuberung des Werkes Ludwigshafen-Oppau der I.G. Farben – im Volksmund auch „Pg. Farben" genannt[15] – fortgesetzt. Die unter dem Einfluß der Werksleitung vorgenommenen Maßnahmen stießen auf die Kritik Otto Gümbels, des späteren Vorsitzenden der ZSK-Wirtschaft: „[Der Bereinigungsausschuß] stimmte oft nur dann zur Entlassung zu, wenn der Mann so schwer belastet war, daß man sich überlegen mußte, ob derselbe nicht nur entlassen, sondern eingesperrt werden soll. Alle anderen Nazis ließen sie ziemlich ungerupft. Vor allem wurde man umso milder, desto verantwortungsvoller die Stellungen waren."[16]

In anderen Unternehmen verhielt sich die Betriebsvertretung oft völlig passiv. So beschränkte z. B. selbst der von der KPD dominierte Betriebsrat bei Grünzweig + Hartmann seine Entnazifizierungsaktivitäten darauf, die Wiedereinstellung der im Sommer 1945 Entlassenen zu verhindern.[17]

Gemäß der am 31. Oktober 1945 verkündeten Direktive „Epuration des Entreprises Industrielles, Commerciales, Agricoles et Finacieres" sollte die Entnazifizierung der Wirtschaft in der französischen Zone sich zunächst auf größere Betriebe beschränken. Die Säuberungen waren gerecht und streng auszuführen, ohne jedoch den Wiederaufbau zu gefährden.[18] Die Durchführung lag in deutscher Hand und sollte durch einen zweistufigen „Säuberungsapparat" in Form von lokalen Untersuchungsausschüssen und der Zentralen Säuberungskommsion (ZSK-Wirtschaft) erfolgen. Die als zweite Instanz fungierende ZSK-Wirtschaft entschied über die Sanktionen für die Beschäftigten, welche die Untersuchungsausschüsse anhand ihrer Fragebogen als verdächtig oder belastet kategorisiert hatten. In beiden Gremien besaßen Kapitaleigner und leitende Angestellte das Übergewicht. Alle Entscheidungen mußten der französischen Militärregierung vorgelegt werden, die im Interesse einer funktionierenden Wirtschaft viele Urteile abschwächte. An der ökonomischen Nutzung ihrer Besatzungszone war den

14 Siehe Bericht der amerikanischen Militärregierung v. 26.7.1945, zitiert nach Michael Seidl, Wiederentstehung und Entwicklung der Gewerkschaften in Mannheim und Ludwigshafen 1945-1949, Neustadt/Weinstraße 1990, S. 276.

15 Nur 18% der Belegschaft waren keine Parteimitglieder; vgl. auch Rainer Mohler, Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945-1952, Mainz 1992, S. 174.

16 Wie Anm. 13.

17 Vgl. Seidl (wie Anm. 14), S. 277.

18 Eine entsprechende Direktive für Hessen-Pfalz wurde am 20.11. 1945 erlassen, vgl. Mohler (wie Anm. 15), S. 171.

Franzosen sehr gelegen, um den Wiederaufbau ihres Landes zu finanzieren.[19]

Als der Säuberungskommissar Hessen-Pfalz, Carl Felix Koch, im Januar 1946 die Entnazifizierung der BASF forderte, lehnte die französische Unternehmensverwaltung sein Ansinnen mit dem Hinweis auf die Säuberungsaktion im Sommer 1945 ab. Außerdem wurde er darauf hingewiesen, daß die „französischen Verwaltungsorgane ihr Bestes tun, um ein wichtiges Werk, von dem das Wirtschaftsleben der Pfalz in starkem Maße abhängig ist, aufrecht zu erhalten".[20] Doch Koch erkannte die betriebsinterne Säuberung der BASF nicht an und setzte den Einbezug der BASF in das allgemeine Entnazifizierungsverfahren bei der Militärregierung durch. Von den 23.000 BASF-Angehörigen wurden über 6.000 vor die Säuberungskommission geladen. Bis Mitte Juni 1947 hatten – mit Ausnahme der beiden Vorstandsmitglieder Otto Ambros und Carl Wurster – alle einen ZSK-Bescheid erhalten.[21] In 6,4% der Fälle wurde eine Entlassung ausgesprochen und 22,6 % der Verfahren endeten mit der Verhängung von Geldbußen.[22]

Das Beispiel des Knoll-Betriebsrates, der lediglich auf der Entlassung der vor dem 1. Mai 1933 eingetretenen Parteimitgliedern bestand, zeigt selbst die Zurückhaltung der Arbeitnehmervertreter. Um keinen Vorwand für Maschinenentnahmen zu liefern, verzichteten die Betriebsräte oft auf eine rigide Entnazifizierungspraxis. Auch für sie besaß – ebenso wie für die Werksleitungen und die französischen Sequesterverwaltungen – der Fortbestand des Unternehmens die höchste Priorität.[23] Die Rücksichtnahme auf ein geregeltes Wirtschaftsleben führte dazu, daß die Entnazifizierung sehr defensiv durchgeführt wurde und die alte wirtschaftliche Führungselite weitgehend in ihren Ämtern verblieb. [24]

---

19 Die differenziertere und positivere Beurteilung der französischen Deutschlandpolitik in der Nachkriegszeit seit der „revisionistischen Wende" in der Forschung sollte nicht dazu verleiten, die durchaus vorhandenen wirtschaftlichen Interessen Frankreichs an seiner Besatzungszone zu übersehen oder unterschätzen.

20 Siehe Landesarchiv Speyer, Best. H 13, Nr. 731.

21 Im Frühjahr 1947 wurde das bisherige Entnazifizierungsverfahren durch das Spruchkammersystem ersetzt, um die politischen Säuberungen in der französischen Zone auf eine den übrigen Zonen vergleichbare rechtliche Basis zu stellen.

22 Der „Admistrateur Général" in Baden-Baden, Emile Laffon, empfand die verhängten Sanktionen als zu mild, vgl. MOHLER (wie Anm.15), S. 175.

23 Vgl. SEIDL (wie Anm. 14), S. 282f.

24 Vgl. Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949, hrsg. v. Clemens VOLLNHALS in Zusammenarbeit mit Thomas SCHLEMMER, München 1991, S. 63.

## Nürnberger Prozeß

Im Frühjahr 1947 begann der Nürnberger Nachfolgeprozeß gegen die I.G. Farben. 24 leitende Angestellte des Konzerns waren angeklagt, unter ihnen eine Reihe ehemaliger BASF-Mitarbeiter.[25] Die sechzigseitige Anklageschrift umfaßte die folgenden fünf Anklagepunkte: 1) Planung, Vorbereitung, Beginn und Führung von Angriffskriegen; 2) Raub und Plünderung in besetzten Ländern; 3) Versklavung und Massenmord; 4) Mitgliedschaft in der SS; 5) Verschwörung zur Begehung von Verbrechen gegen den Frieden.

Zu den unter Punkt eins subsumierten Vergehen gehörten u.a. die Allianz der I.G. mit Hitler und der NSDAP, die Mobilisierung der Wirtschaft insbesondere durch Umsetzung des Vierjahresplanes und die Durchführung von Spionageaktionen. Punkt drei, der entscheidende Teil der Klageschrift, betraf den Einsatz von KZ-Häftlingen im I.G. Werk Auschwitz, die Verwendung von Giftgas und die Durchführung illegaler Experimente an den inhaftierten Menschen. Während die zwölfköpfige Staatsanwaltschaft die Angeklagten für Kriegsverbrecher hielt, versuchte die 87 Staranwälte umfassende Verteidigung die Manager als unwissende Befehlsempfänger, die unter dem Druck des Nazi-Terrors im „Notstand" handelten, darzustellen. Nach 152 Verhandlungstagen, an denen 189 Zeugen vernommen und 6.000 Dokumente sowie 2.800 eidesstattliche Erklärungen als Beweismittel vorgelegt worden waren, endete der medienwirksame Prozeß am 29. Juli 1948 mit der Urteilsverkündung. Zehn der angeklagten Wirtschaftsführer wurden freigesprochen, 13 zu Gefängnisstrafen zwischen eineinhalb und acht Jahren verurteilt. Das nachlassende Interesse der internationalen Öffentlichkeit an der Bestrafung der Kriegsverbrecher und der Kalte Krieg waren wichtige Gründe für die milden Urteile[26], die Chefankläger Josiah DuBois für leicht genug hielt, „einen Hühnerdieb zu erfreuen."[27] In Deutschland dagegen empfanden viele die Schuldsprüche als „Siegerjustiz".[28]

---

25 Martin Müller-Cunradi, der stellvertretende Leiter der BG-Oberrhein, war am 6.9.1945 in Heidelberg verstorben.

26 Die Anklagevertretung agierte anfänglich ungeschickt, da sie ihre Anschuldigungen zunächst auf den Nachweis der wirtschaftlichen Verflechtungen der I.G. Farben konzentrierte und dadurch mehr den Eindruck eines Antikartellverfahrens als eines Kriegsverbrecherprozesses vermittelte.

27 Vgl. Joseph BORKIN, Die unheilige Allianz der I.G. Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich, 3. Auflage Frankfurt 1981, S. 139.

28 Vgl. Bernd C.WAGNER, I.G. Auschwitz. Zwangsarbeit und Vernichtung von Häftlingen des Lagers Monowitz 1941-1945, München 2000, S. 305.

Der I.G.-Vorstand und stellvertretende Leiter der BG Oberrhein Otto Ambros wurde wegen seiner Mitverantwortung für Planung, Bau und Leitung der „I.G. Auschwitz" nach Punkt drei der Anklage schuldig gesprochen und zu acht Jahren Haft verurteilt. Carl Krauch, Aufsichtsratsvorsitzender der I.G. Farben, war als der Generalbevollmächtigte für Sonderfragen der chemischen Erzeugung des Vierjahresplanes der Hauptangeklagte im Anklagepunkt „Versklavung und Massenmord". Er wurde in diesem Punkt für schuldig befunden und erhielt eine sechsjährige Gefängnisstrafe. Die verurteilten I.G. Manager kamen vorzeitig frei. Carl Krauch diente der Bonner Regierung bei der Umstellung der Chemieproduktion auf den Friedensbedarf als Berater. Otto Ambros war zwar das Betreten der BASF bei Todesstrafe verboten, aber in anderen Wirtschaftsunternehmen konnte er Posten übernehmen. Unter anderem saß er im Aufsichtsrat von Grünzweig + Hartmann und Knoll.

Carl Wurster, Vorstandsmitglied der I.G. und Leiter der BG Oberrhein, wurde in allen Anklagepunkten freigesprochen. Man hatte ihm insbesondere sein Amt als Aufsichtsrat der DEGESCH vorgeworfen, in deren Auftrag das in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern zur Massenvernichtung eingesetzte Giftgas Zyklon B produziert worden war. Der Militärgerichtshof hielt eine Mitwisserschaft des Angeklagten jedoch nicht für bewiesen: „Das Beweisergebnis rechtfertigt nicht den Schluß, daß der Aufsichtsrat oder die Angeklagten...Wurster als dessen Mitglieder bestimmenden Einfluß auf die Geschäftspolitik der DEGESCH oder strafrechtlich erhebliche Kenntnis von dem Verwendungszweck ihrer Erzeugnisse hatten. Aufsichtsratssitzungen fanden selten statt, und die Berichte, die den Aufsichtsratsmitgliedern zugingen, enthielten nicht viel sachliche Information. Daher scheint die Annahme gerechtfertigt, daß die Hauptsache des Aufsichtsrats darin bestand, sich um die Kapitaleinlagen der Aktionäre zu kümmern..."[29] Carl Wurster erfreute sich wegen seines zuvorkommenden Wesens und seiner durch den Begriff der Sozialpartnerschaft gekennzeichneten Unternehmensleitung bei der Belegschaft größter Beliebtheit. Ende März 1945 hatte er die BASF vor der Zerstörung gerettet, indem er den „Führerbefehl" nach Vernichtung aller Industrieanlagen nicht befolgte. Seine Verhaftung durch die Alliierten löste bei den Beschäftigten im Mai 1947 Unmut aus und gegen die Anklageerhebung am 20. August 1947 protestierten die Aniliner mit einer einstündigen Arbeitsniederlegung. Der die

29 Siehe Das Urteil im Nürnberger I.-G.-Farben-Prozeß, Krefeld 1948, S. 122. Vgl. auch 125 Jahre BASF. Stationen ihrer Geschichte. Ausstellung im Rathaus-Center Ludwigshafen 28.4. bis 29.6.1990, hrsg. v. d. BASF AG., Text v. Lothar Meinzer u.a., Ludwigshafen 1990, S. 49.

Solidarität seiner Mitarbeiter besitzende Manager wurde Vorstandsvorsitzender der 1952 wiederbegründeten BASF und übernahm 1965 den Vorsitz im Aufsichtsrat des Unternehmens. Im Jahr 1955 bekam er das Bundesverdienstkreuz verliehen.

## Demontage

Mit der Demontage von Industrieanlagen verfolgten die Alliierten zwei Ziele: Die Vernichtung des deutschen Rüstungspotentials und die Entschädigung der vom Krieg betroffenen Länder. Vor den „Reparationsdemontagen" wurden bereits einzelne Vermögenswerte aus den Chemieunternehmen entnommen. Seit dem Beginn der Besatzung hatten die amerikanischen und danach die französischen Truppen Güter zur Deckung ihres Bedarfs konfisziert. Diese Requisitionen erfolgten bis 31. August 1945 in der Regel als „wilde" Entnahmen ohne Ausstellung eines Requisitionsscheines, der später die Beschlagnahmung hätte nachweisen können. In einer zweiten Phase im Frühjahr 1946 wurden „unilaterale Entnahmen zugunsten Frankreichs" durchgeführt. Die Firmen erhielten so genannte „bons de déblocage", welche die „Freigabe" bestimmter Maschinen für französische Empfänger anordneten. Von 1946 bis 1950 wurden dann die Restitutionen abgewickelt. In einigen Fällen bezweifelten die betroffenen Unternehmen, ob es sich bei den entnommenen Gegenständen wirklich um die Rückerstattung von deutschem Beutegut handelte.[30]

Bei den „eigentlichen Reparationsdemontagen" beschränkte man sich nicht mehr nur auf die Entnahme einzelner Apparate, sondern ganze Fertigungsanlagen wurden abgebaut. Ein im November 1947 aufgestellter Demontageplan wurde angesichts von Währungsreform und Marshallplan nicht realisiert. Die schwere Explosion in der BASF im Jahre 1948 dagegen bewirkte nicht die vom Unternehmen erhoffte Streichung von der Demontageliste. Lediglich auf den Abbau der zur Demontage vorgesehenen Anlagen, die durch die Katastrophe beschädigt worden waren, wurde verzichtet.

Im Sommer 1948 wurde eine neue, reduzierte Demontageliste vorgelegt. Der Pharmafirma Knoll drohte jedoch die komplette Demontage. Da eine französische Kommission bei Kriegsende das Unternehmen als vollständig zerstört eingestuft hatte, glaubte man, daß die Totaldemontage von Knoll keinen Einfluß auf die Arzneimittelversorgung habe. Ihre Rettung in letzter Minute verdankte die Firma weniger der engagierten Fürsprache von

30 Vgl. Simone Kimmel, Der Wiederaufbau der BASF im Rahmen der alliierten Kontrolle und Entflechtung der I.G. Farben, unveröffentlichte Magisterarbeit Mannheim 1997, S. 64.

Repräsentanten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaft[31], sondern mehr dem sich verschärfenden Ost-West-Konflikt, der dazu führte, daß die Franzosen dem amerikanischen Drängen nach Verzicht auf die Totaldemontage nachgaben. Aber auch die 1948/49 durchgeführte Teildemontage traf das angeschlagene Unternehmen schwer. Trotz der Einführung von Kurzarbeit mußten 150 Mitarbeiter entlassen werden.

In anderen Betrieben rangen Firmenleitung und Belegschaft zusammen mit den verantwortlichen Politikern ebenfalls um den Erhalt von Anlagen und Arbeitsplätzen. Der BASF gelang es, durch Verhandlungen die Zahl der für Demotagen vorgesehenen Anlagen zu verringern.

Anfang Mai 1949 erhielt das Unternehmen den offiziellen Demontagebefehl, der den Abbau von Versuchsanlagen der Treibstoff- und Buna-Produktion, Teile der Nickelanlage, der Chlorapparatur sowie der Stickstoff- und Ammoniak-Anlagen vorsah. In seiner Ansprache an die Aniliner bei Betriebsversammlungen vertrat Ernst Lorenz, der Betriebsratsvorsitzende der BASF, die Ansicht, daß die Demontage „... nur mehr einer Ausschaltung eines unliebsamen Konkurrenten auf dem Weltmarkt" diene.[32] Es gelang dem Betriebsrat, die aufgebrachten Arbeiter davon zu überzeugen, daß Verhandlungen und nicht Streiks das probate Mittel seien, um den Demontagen zu begegnen.[33]

Die Durchführung der Demontage ging im Sommer 1949 nur recht schleppend voran. Das lag zum einen daran, daß in vielen Fällen Empfängerländer aufgrund der noch ausstehenden verfahrenstechnischen Informationen der Annahme der Anlagen noch nicht zugestimmt hatten. Zum anderen erschwerte die Verzögerungstaktik der Arbeitnehmer, die im Herbst des Jahres in passiven Widerstand umschlug, die Abbauarbeiten. Sie blieben der Arbeit unentschuldigt fern oder behinderten die Versendung des Materials durch fehlerhafte Handhabung, falsche oder unvollständige Beladung, verlegte Unterlagen etc.[34] Auch mit Petitionen an Bundeskanzler Konrad Adenauer versuchten Betriebsrat und Werksleitung, die Demontage v.a. der Ammoniakanlage zu verhindern. „In Erkenntnis der Bedeutung der deutsch-französischen Verständigung haben die Belegschaft und der Betriebsrat der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik, Ludwigshafen am Rhein, in den vergangenen Jahren und im besonderen während der bisherigen

31 Vgl. Stadtarchiv Ludwighafen, Best. LUN, Nr. 1371: Demontage 1948-49.

32 Siehe Mannheimer Morgen v. 10.5.1949.

33 Frankreichs hatte schwere Strafen im Falle der Nichtbeachtung des Demontagebefehls angedroht.

34 Vgl. Marie-France Ludmann-Obier, Die Kontrolle der chemischen Industrie in der französischen Besatzungszone 1945-1949, Mainz 1989, S. 130.

Demontagemaßnahmen trotz schwerer Opfer Besonnenheit gezeigt. Mit besonderer Bestürzung und tiefer Enttäuschung hat es uns deshalb betroffen, daß gerade in den letzten Tagen die Demontagemaßnahmen, insbesondere auf dem Ammoniakgebiet, einschneidend verschärft wurden. Ich fürchte, daß die Durchführung dieser Befehle bei den 20.000 Arbeitern des Werkes und ihren über 100.000 in der ganzen Pfalz zerstreuten Angehörigen größte Verbitterung und Erregung schaffen und eine ernste Belastung der Bemühungen um eine deutsch-französische Verständigung nach sich ziehen wird. Im Bewußtsein meiner Verantwortung und im Hinblick auf die ernste Lage im Werk muß ich an Sie appellieren, daß die folgenschweren Demontagebefehle aufgehoben werden," schrieb Betriebsratsvorsitzender Ernst Lorenz am 20. November 1949 an Adenauer.[35]

Im Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 kam es dann zwar zu einer Revision der Demontagepläne, da aber mit der Ammoniak- und Methanolanlage zwei Kernbereiche der Produktion vom Abbau betroffen waren, reagierten die Aniliner tief enttäuscht.[36] Die beiden in der BASF entwickelten Hochdrucksynthesen hatten dem Unternehmen zu Weltruhm verholfen. Die Auseinandersetzung über die Interpretation des Petersberger Abkommens[37] brachte den Anilinern sogar den Sabotagevorwurf ein. Beispielsweise fiel ein bisher tadellos funktionierender Brückenkran gerade an dem Tag aus, an dem er zur Demontage der Ammoniakanlage eingesetzt wurde: „...plötzlich trat ein technischer Defekt auf, und das ausgerechnet in dem Augenblick, als ein 30 Tonnen schwerer Teil der Anlage zufällig den Zugang zur Werkshalle blockierte! ... Sechs Wochen lang wurden Ausflüchte vorgetragen, und erst nach der Drohung mit einer Anzeige wegen Sabotage kam der Kran wieder in Gang."[38] Auch der Versuch der Werksleitung, die Franzosen zum Verzicht auf die Demontage der Ammoniakanlage gegen entsprechende materielle Kompensationen zu bewegen, scheiterte am Veto der französischen Regierung.

Trotz aller Bemühungen und Proteste von deutscher Seite wurden die Demontagen bis Juli 1950 fortgesetzt. Der durch die Demontagen verursachte Verlust an Anlagewerten belief sich allein bei BASF auf fast 40

35 Siehe UA BASF, Best. B 4, Nr. 1564: Demontage-Durchführung.

36 In einer Resolution der Betriebsangehörigen vom 30.11.1949 an Adenauer äußerten die Arbeitnehmer ihr Bedauern über das Verhalten des Kanzlers und forderten die Neuaufnahme der Verhandlungen, ebd., Best. B 4, Nr. 1001: Demontage.

37 Hauptstreitpunkt war die Höhe des Prozentanteils der Teildemontagen.

38 Siehe Ludmann-Obier (wie Anm. 34), S. 130.

Millionen DM.[39] Doch gemessen an dem ursprünglichen Programm war Werksleitung und Betriebsrat durch zähe Verhandlungen letztlich eine beachtliche Reduktion des Demontagevolumens gelungen.[40] „Heute beurteilen Deutsche und Franzosen diese Maßnahmen übereinstimmend als absurde Operationen, absurder noch im Bereich der chemischen Industrie als in anderen Industriezweigen." [41] Da viele abgetrennte Maschinenteile Glied einer komplexen Produktionskette waren, die am Verbringungsort gar nicht oder zumindest nicht in dieser Form existierte, besaßen sie nach der Demontage nur noch Schrottwert. Manche Empfängerländer waren auch nicht in der Lage, das zugeteilte Material gewinnbringend einzusetzen. Als beispielsweise Indien nach zehn Jahren die erhaltene Methanolanlage in Betrieb nehmen wollte, war sie durch die langjährige Lagerung im Freien völlig verrostet und damit unbrauchbar geworden. Viele der transferierten Anlagen waren auch einfach ziemlich veraltet.[42] Während die Alliierten überholte Techniken übernahmen, waren deutsche Chemiefirmen gezwungen, an Stelle der alten Fabrikationen neue Anlagen mit moderner Technik zu bauen. Das Wirtschaftswunder der 50er Jahre beruhte nicht zuletzt auf den Demontagen der Nachkriegszeit.

Trotz der Forschungsüberwachung konnte die chemische Industrie auch die Beschlagnahmung und Enteignung von (Auslands)Patenten und Warenzeichen durch eine Vielzahl von Neuentwicklungen weitgehend ausgleichen.

## Entflechtung, Sequesterverwaltung, Neugründung

Neben Demilitarisierung, Denazifizierung und Demokratisierung gehörte die Dekartellisierung zu den Zielen der alliierten Deutschlandpolitik. Die I.G. Farben, die aus der Fusion von Agfa, BASF, Bayer, Griesheim-Elektron, Hoechst und Weiler-ter-Meer 1925 entstanden war, galt als eine der „Schlüsselindustrien für die nationalsozialistische Autarkiepolitik"[43].

39 Diese Summe wäre zur Wiederbeschaffung aller demontierten Apparate und Maschinen nötig gewesen. Auf der Preisbasis von 1938 wurde der Schaden mit 23 Millionen DM beziffert.

40 Vgl. Raymond STOKES, Von der I.G. Farbenindustrie AG bis zur Neugründung der BASF 1925-1952, in: Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte, hrsg. v. Werner ABELSHAUSER, München 2002, S. 350.

41 Siehe LUDMANN-OBIER (wie Anm. 34), S. 132.

42 Vgl. Ebd.; es gab allerdings auch einige gelungene Operationen.

43 Siehe Lothar MEINZER, Von der Dauerkrise zur Staatskonjunktur. Die pfälzische Industrie in der Zwischenkriegszeit, in: Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Eine deutsche Provinz während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, hrsg. v. Gerhard NESTLER/Hannes ZIEGLER, 2. Aufl. Landau 1997, S. 172.

Ende März 1945 wurde die BASF, deren Produktion stillstand, wie auch andere Ludwigshafener Chemiefirmen von den einmarschierenden amerikanischen Truppen besetzt. Die amerikanische Militärregierung beschlagnahmte am 5. Juli 1945 das gesamte Vermögen der I.G. Farbenindustrie in ihrer Zone.

Mit dem Wechsel der Besatzungsmacht kam die BASF im Juli 1945 unter französische Kontrolle. Am 24. Juli 1945 wurde die BASF als Teil der I.G. unter Sequesterverwaltung gestellt. Da die Franzosen das wirtschaftliche Potential des Unternehmens in ihrem Interesse nutzen wollten, waren sie an einem reibungslosen Ablauf interessiert und beließen die alten Führungskräfte wegen ihres know hows im Amt. Die Werksleitung wurde beauftragt „unter der Autorität und Kontrolle des französischen Sequesterverwalters" die Geschäfte zu führen. In der Alltagsarbeit bedeutete das, daß jedes Vorhaben mit der französischen I.G. Verwaltung abgesprochen werden mußte und ihrer Genehmigung bedurfte. Die französische Administration der BASF setzte sich aus der Verwaltungsspitze und 100 im Werk eingesetzten Kontrolloffizieren, meist Fachleuten aus der chemischen Industrie Frankreichs, zusammen. Nicht zuletzt das gemeinsame Sachinteresse war der Grund dafür, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit besser als erwartet funktionierte. Im Laufe der Zeit konnte die deutsche Werksleitung die Überwachung lockern und ihren Handlungsspielraum erweitern. Während ihr nach der Umstrukturierung und Verkleinerung der I.G. Verwaltung die technische Verantwortung übertragen wurde, blieb die finanzielle Kontrolle bis zur Neugründung der BASF in französischer Hand.

„Um jede künftige Bedrohung seiner Nachbarn oder des Weltfriedens durch Deutschland unmöglich zu machen" hatte ein alliiertes Kontrollratsgesetz am 30. November 1945 die Kontrolle und Auflösung der I.G. Farben verfügt. Jedes Werk[44] wurde zu einer selbständigen, vom Gesamtkonzern losgelösten Wirtschaftseinheit. Diese de facto Entflechtung der I.G. kam auch in dem bis 1953 gültigen Firmennamen „Badische Anilin- & Soda Fabrik / I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft in Auflösung" zum Ausdruck. Die Ausgliederung zwang die BASF dazu, in kurzer Zeit bisherige Zentralabteilungen wie Verkauf selbst aufzubauen.

In der durch Versorgungskrisen und dem Auseinanderbrechen der alliierten Viermächtekontrolle der I.G. gekennzeichneten Nachkriegszeit zog sich die Entflechtung über sieben Jahre hin. Nach langwierigen Verhandlungen erfolgte 1951/52 die Ausgründung der drei großen Nachfolgegesellschaften Hoechst, Bayer und BASF sowie von neun kleineren Unternehmen.

---

44 Die Werke Ludwigshafen und Oppau wurden als Einheit behandelt.

Bei der am 30. Januar 1952 gegründeten Badischen Anilin- & Soda-Fabrik Aktiengesellschaft handelte es sich um eine mit 100.000 DM Aktienkapital ausgestattete Basisgesellschaft. In einem zweiten Schritt bekam die BASF am 28. März 1953 das entsprechendes I.G.-Vermögen übertragen. Auf der am gleichen Tag abgehaltenen Hauptversammlung wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um 340 Millionen DM beschlossen. Die französische Sequesterverwaltung endete ebenfalls an diesem Tag.[45] Mit dem Liquidationsschlußgesetz vom 21. Januar 1955, das alle durch alliierte Gesetze verordneten Beschränkungen über das I.G. Vermögen aufhob, war die Entflechtung der I.G. Farbenindustrie abgeschlossen. Für die Abwicklung von Wiedergutmachungsforderungen ehemaliger Zwangsarbeiter und zur Vertretung der Rechtsansprüche auf den enteigneten Besitz in der DDR blieb die I.G. Farben als Rechtsperson in Gestalt der „I.G. Farbenindustrie AG in Liquidation" erhalten.

„Zwar war das bisherige Konzerndach abgetragen, doch die umfassende Reform war ausgeblieben."[46] Aufgrund von Auseinandersetzungen innerhalb der amerikanischen Militärregierung, des Ost-West-Konflikts und der Versorgungsprobleme Nachkriegsdeutschlands wurde die Entflechtung nur in Ansätzen durchgeführt. Spätestens seit dem Anlaufen der ERP-Lieferungen war die Chance der Alliierten auf eine umfassende Neuordnung der deutschen Chemieindustrie vertan.

Im Mai 1945 war auch Benckiser unter Sequester gestellt worden. Nach der Aufhebung der Zwangsverwaltung 1950 konnten die ehemaligen Geschäftsführer Albert Reimann sen. und jun. wieder ihre früheren Positionen einnehmen.[47]

## Währungsreform und Marshallplan

Die Währungsreform im Juni 1948, die der fortschreitenden Geldentwertung und dem blühenden Schwarzhandel ein Ende setzte, erschien den Chemieunternehmen zunächst als zusätzliche Belastung. Die Firma Giulini beispielsweise empfand die Geldumstellung als „äußerst harte Maßnahme" mit den folgenden „katastrophalen Auswirkungen": Verlust von 90% der

45 Vgl. Werner Abelshauser, Die BASF seit der Neugründung von 1952, in: BASF (wie Anm. 40), S. 359ff.

46 Siehe Hans-Dieter Kreikamp, Die Entflechtung der I.G.-Farben AG und die Gründung der Nachfolgegesellschaften, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 25 (1977), S. 250.

47 Vgl. Hans Dubbers/Wilhelm Bickel, Benckiser-Chronik. Band II. 1933-1973. Die fünfte Generation eines Familienunternehmens, Ludwigshafen 1978, S. 221.

Barmittel und der Außenstände; Umstellen der Bomben- und Kriegsschädenforderungen sowie der Auslandsverpflichtungen auf Deutsche Mark; Akutwerden der bisher vertagten Schuldenfrage; Notwendigkeit der Aufnahme von Überbrückungskrediten durch den Verlust der Liquidität.[48]

Auch die BASF, die ihre Arbeiter vor der Währungsreform in Naturalien entlohnt hatte, war gezwungen, zur Auszahlung der Gehälter Millionenkredite aufzunehmen, da das Unternehmen nur 1,2 Millionen DM „Kopfgeld" erhalten hatte.[49] Doch nach der Behebung der Anfangsschwierigkeiten erwies sich die Währungsreform als die finanztechnische Voraussetzung für die Stabilisierung der Wirtschaft.[50] Dank der Marshallplanhilfen kam der wirtschaftliche Wiederaufstieg vollends in Gang. Der Grundstein für das Wirtschaftswunder war gelegt. Die Geschäfte der Ludwigshafener Chemiefirmen expandierten. Schon 1950 wurde über 90% des Umsatzes der pfälzischen chemischen Industrie in der Stadt am Rhein erwirtschaftet.

## Die Explosion in der BASF 1948

Der Wiederaufbau der BASF wurde im Sommer 1948 durch eine schwere Explosion zurückgeworfen. Am 28. Juli des Jahres um 15.43 Uhr erschütterte eine gewaltige Detonation den Rhein-Neckar-Raum. „Ein kilometerhoher Rauch- und Flammenpilz schoß aus dem in dichten Qualm versunkenen Fabrikgelände hoch. Stichflammen schlugen aus den Gebäuden. Dächer stürzten unter großem Getöse ein. Der Fabrikhof war im Nu mit Trümmern übersät. Meterdicke Brocken, Steine, Balken und Eisenträger flogen durch die Luft, und immerzu grollte es dumpf von der Explosionsstelle her. Ein beißender stickiger Qualm erfüllte die Luft und machte es einem fast unmöglich, sich umzusehen," berichtete ein Augenzeuge.[51] Unter diesen Umständen gestalteten sich die Rettungsmaßnahmen äußerst schwierig. Neben Werksangehörigen und den Rettungsmannschaften der Feuerwehr sowie des Roten Kreuzes beteiligten sich auch amerikanische und französische Besatzungstruppen an den Lösch- und Bergungsarbeiten. In den Krankenhäusern der gesamten Region wurden die Verwundeten versorgt. 3.818 Verletzte und 207 Tote waren die Bilanz des größten Industrieunglücks der Nachkriegszeit. Der Sachschaden belief sich auf rund 80 Millionen DM, denn fast ein Drittel der gesamten Anlage lag in Trümmern. Auch im Ludwigshafener Stadtgebiet hatte die Explosion an vielen Häusern Schäden verursacht.

48 Vgl. Giulini-Chronik (wie Anm. 3), S. 816.

49 Vgl. Kimmel (wie Anm. 30), S. 72.

50 Vgl. 100 Jahre im Dienst der Gesundheit. Knoll 1886-1986, Ludwigshafen 1986, S. 106.

Ein Staatsakt zum Gedenken an die Opfer der Explosion fand am 2. August 1948 auf dem Neuen Meßplatz in Ludwigshafen statt. Unter den 20.000 Teilnehmern befanden sich auch der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier und der französische Oberkommandierende in Deutschland, General Pierre Koenig.

Das schreckliche Unglück löste eine Welle der Hilfsbereitschaft aus. Der Länderrat in Frankfurt bewilligte als Soforthilfe 500.000 DM. General Koenig stellte 50.000 DM zur Verfügung, die unter den am schwersten betroffenen Familien verteilt werden sollten. Neben den Besatzungsmächten spendeten auch Länder- und Stadtverwaltungen, karitative Organisationen, die BASF und andere Firmen sowie Privatpersonen für die Explosionsopfer. Zur Koordination der in die Millionen gehenden Geld- und Sachspenden wurde am 1. August 1948 das „Hilfswerk Ludwigshafen am Rhein" gegründet. Die beispielsweise von der Türkei großzügig gespendeten Lebensmittel wurden vom Hilfswerk in den so genannten „Türkenpaketen", die Mehl, Apfelsaft, Wein, Haselnüsse, Öl, Seife und Zigaretten enthielten, unter den Geschädigten verteilt. Kinder von Explosionsopfern und Rekonvaleszenten bekamen Erholungsaufenthalte vermittelt. Mit dem Verkauf von zwei Sonderbriefmarken im Herbst 1948, die einen Erlös von über 250.000 DM einbrachten, stockte man die für Sozial- und Baumaßnahmen benötigten Mittel über die Spendengelder hinaus weiter auf. Zur Finanzierung der Renten und Beihilfen für Hinterbliebene und Versehrte wurde 1949 die Stiftung „Hilfswerk Ludwigshafen am Rhein 1948" eingerichtet.

Schon wenige Tage nach der Katastrophe stand fest, daß ein mit ca. 30 Tonnen Dimethyläther gefüllter Kesselwagen im Süden des Werkes die Explosion ausgelöst hatte. Mit der genauen Ursachenanalyse wurden mehrere Untersuchungskommissionen beauftragt. Die Experten gelangten zu dem Ergebnis, daß das Platzen des Waggons auf eine Verkettung unglücklicher Faktoren zurückzuführen war. Zur Überfüllung des Kesselwagens infolge der falschen Angabe der Füllkapazität kam die außergewöhnlich hohe Temperatur des Sommertages sowie eine Schwachstelle in der Schweißnaht des Behälters. Der unter dem Druck ausströmende Dimethyläther mischte sich mit Luft und explodierte.

In der Situation des Kalten Krieges verbreitete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS, daß geheime Sprengstoffversuche zur Weiterentwicklung der deutschen V2 das Unglück in einem streng bewachten Labor der

51 Zit. nach Daten und Ereignisse aus der Geschichte der BASF, Ausgabe 1998.

französischen Besatzungsmacht verursacht hätten. Selbst als die – übereinstimmenden[52] – Berichte der Untersuchungskommissionen vorlagen, hielt sich in der KPD hartnäckig das Gerücht, daß die Raketentreibstoffe für V2 die Explosion ausgelöst hätten. Die BASF und die französische Besatzung haben die Aufklärung verhindern wollen: „[Die Untersuchungskommissionen] hätten besser getan, sich gegenseitig auf ihren Geisteszustand zu untersuchen, wenn sie doch nur zu einer derart billigen Erklärung gekommen seien...Man werde nicht ruhen, bis eine wirklich internationale Kommission, auch unter Einschluß von russischen Chemikern, die wahre Ursache festgestellt habe..."[53].

Das juristische Nachspiel der Explosion dauerte bis Ende der fünfziger Jahre. Es gelang der BASF nicht, den Schaden, den sie infolge der Kündigung der Gebäudeversicherung durch die französische Sequesterverwaltung erlitten hatte, bei der französischen Besatzungsmacht bzw. später bei der BRD geltend zu machen.[54]

*Die zweite Katastrophe in der BASF. Hier der Explosionsherd aus der Vogelperspektive.*

52 Lediglich in Detailpunkten wie z.B. der Frage des Siedeverzugs gab es kontroverse Meinungen.

53 Siehe UA BASF, Best. A/832: Explosion.

54 Um das Ergebnis zu verbessern, waren auch die Einrichtungen und Vorräte nur zu 80% versichert.

# Aus der Krise zu den „goldenen Jahren". Die südwestpfälzische Schuhindustrie in der Nachkriegszeit

**Michael Wagner**

Einer der wichtigsten Aspekte der Industrialisierung der Pfalz im 19. Jahrhundert war der Aufstieg der südwestpfälzischen Schuhindustrie im Raum Pirmasens. Diese hatte ihren Ursprung in der Notbeschäftigung entlassener Soldaten am Ende des 18. Jahrhunderts. In den folgenden Jahrzehnten entwickelte sich die Schuhproduktion zu einem für einen überregionalen Markt produzierenden Gewerbe, das zunächst handwerklich-hausindustriell organisiert war, ehe dann nach 1850 das Fabriksystem und der Einsatz von mit Dampfkraft angetriebenen Maschinen immer mehr Bedeutung gewannen. Seit ca. 1880 griff die Schuhproduktion über die Stadt Pirmasens selbst hinaus und erfaßte auch Dörfer des Umlandes wie Rodalben, Münchweiler, Thaleischweiler, Waldfischbach und Hauenstein. 1913 waren in der südwestpfälzischen Schuhindustrie ca. 16 000 Personen beschäftigt, davon 13 700 in Pirmasens, dem wichtigsten Zentrum der deutschen Schuhindustrie, und 1450 in Hauenstein. Die Schuhindustrie, in der 14, 3% aller in der Industrie der Pfalz Beschäftigten tätig waren, nahm damals hinter der Metallindustrie (20%) und vor der Chemieindustrie (12,6%) den zweiten Platz in der pfälzischen Wirtschaft ein.

## Aufstieg und Krisen

Wie weithin die deutsche Schuhindustrie insgesamt war auch die südwestpfälzische Schuhfabrikation von einer kleinbetrieblichen Struktur geprägt. Nur 23 der 1913 in Pirmasens bestehenden 243 Betriebe beschäftigten mehr als 100 Arbeiter, 149 dagegen weniger als 20. Viele der Betriebe wurden nicht rationell geführt, waren hoch verschuldet und hatten große Schwierigkeiten, mit der technischen Entwicklung Schritt zu halten. Firmenzusammenbrüche waren an der Tagesordnung. Ein weiteres Kennzei-

1 Michael Wagner, Die Entstehung der südwestpfälzischen Industrieregion um Pirmasens (1790 – 1918), in: Willi Schaechter/ders. (Hrsg.), Vom Zunfthandwerk zum modernen Industriebetrieb. Schuhe und Schuhherstellung in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert, Hauenstein 1998, S. 23 – 44. Siehe auch Hartmut Berghoff/Philipp Heldmann, Vom Massenhandwerk zur Modeindustrie. Produktion und Marketing der deutschen Schuhwirtschaft im Prozeß der Industrialisierung, in: Ebd., S. 57 – 78.

chen der Pirmasenser Schuhregion war ihre Monostruktur. Die Schuhindustrie und die mit ihr verbundenen Zulieferbetriebe (Absatzfabriken, Kartonagefabriken etc.) waren die einzigen Arbeitgeber von Bedeutung in der Südwestpfalz, deren wenig ertragreiche Landwirtschaft kaum Beschäftigungsalternativen bot.[1]

Die Jahre vor 1914 waren trotz einiger Konjunktureinbrüche (1891, 1898 - 1901, 1908/09) für die pfälzische Schuhindustrie eine Phase des Aufschwungs, von der nicht nur die Unternehmer, sondern auch die wachsende Zahl der Beschäftigten profitierte. Seit 1914 begann dann eine Dauerkrise, die fast vier Jahrzehnte andauerte und in der kurzzeitige Aufschwünge immer wieder von schweren Krisen unterbrochen wurden. 1928 hieß es in einer Eingabe des Pirmasenser Industrie- und Handelsgremiums: „Die wirtschaftliche Not im Bezirk Pirmasens tritt seit Kriegsende immer wieder in kurzen Zeitabschnitten mit zunehmender Schärfe auf. ... Sie wechselt ab mit Beschäftigungskonjunkturen, die aber eine allgemeine nachhaltige Besserung nicht bringen konnten. ... Es ist bekannt, dass von der Schuhindustrie das gesamte wirtschaftliche Leben abhängt; es befinden sich deshalb die übrigen Erwerbszweige, sowie Handel und Handwerk in gleicher Bedrängnis."[2] Der Kriegswirtschaft zwischen 1914 und 1918 folgten die französische Besatzung der Pfalz 1918 - 1930, die Hyperinflation von 1922/23, die Massenarbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise seit 1929 sowie eine wachsende ausländische Konkurrenz auf dem deutschen Schuhmarkt.[3] Die pfälzische Schuhindustrie profitierte erst relativ spät und dann nur für kurze Zeit von dem Wirtschaftsaufschwung, den in den dreißiger Jahren das NS-Regime mit seinen Aufrüstungsmaßnahmen auslöste. In Pirmasens wurde erst Ende 1938 Vollbeschäftigung erreicht, nachdem auch in den Kleinbetrieben die Kurzarbeit beseitigt worden war.[4]

1939 wurden die Pirmasenser Fabriken im Zuge der Räumung der sog. „Roten Zone" an der französischen Grenze zeitweise ins Rechtsrheinische evakuiert. Wie die übrigen Konsumgüterindustrien ging in der zweiten Kriegshälfte im Zeichen des „Totalen Krieges" auch die Schuhproduktion beträchtlich zurück. Es wurden nur noch Schuhe für das Militär produziert, kleinere Betriebe wurden stillgelegt, der Rohstoffmangel wurde im-

2 Bayerisches Hauptstaaatsarchiv München, Best. MArb 7226: Denkschrift des Industrie- und Handelsgremiums Pirmasens v. 9. 11. 1928.

3 Zur ausländischen Konkurrenz vgl. Michael WAGNER, Die Firma BATA und der deutsche Schuhmarkt in den zwanziger Jahren, in: SCHACHTER/DERS. (wie Anm. 1), S. 79 – 90.

4 Thomas BEHRES, Die Schuhindustrie der Stadt Pirmasens unter dem Nationalsozialismus 1933 – 1939, in: SCHACHTER/WAGNER (wie Anm. 1), S. 123 – 146.

mer stärker. Produktion und Umsatz gingen zurück, die Zahl der beschäftigten Arbeiter sank um mehr als ein Drittel. Vor allem Pirmasens wurde in den letzten Kriegsmonaten stark zerstört. Als im März 1945 amerikanische Truppen die Stadt besetzten, lagen zwei Drittel der Schuhfabriken in Trümmern. Allerdings waren die Verhältnisse im Umland nicht überall so schlimm. In Hauenstein z. B., das weit weniger als Pirmasens unter dem Krieg gelitten hatte, waren die Schuhfabriken nicht zerstört worden, so daß schon im Juli 1945 wieder mit der Herstellung von Schuhen begonnen werden konnte.

## Kontrolle und Lenkung

Der Wiederaufbau der pfälzischen Schuhindustrie seit 1945 war ein langwieriger Prozess, der von Rückschlägen und Krisen begleitet war und sich bis in die frühen fünfziger Jahre hinzog.[5] Die Ursachen hierfür waren u. a. zerstörte Gebäude und Maschinen, Rohstoffmangel, das Fehlen von Facharbeitern, die Demontage von Maschinen durch die französische Besatzungsmacht sowie die Behinderung des Vertriebs durch die zunächst nur wenig durchlässigen Zonengrenzen. Hinzu kam die strenge Regulierung von Produktion und Vertrieb durch die französischen Besatzungsbehörden, die ein flexibles Reagieren der Unternehmen praktisch unmöglich machte. Vor diesem Hintergrund stabilisierten sich die Verhältnisse in der französischen Zone langsamer als in der britischen und amerikanischen Zone. Die wirtschaftliche Entwicklung blieb deutlich hinter derjenigen in den beiden anderen Westzonen zurück, die seit Januar 1947 zum sog. „Vereinigten Wirtschaftsgebiet" (Bizone) zusammengeschlossen waren.

Die französischen Behörden errichteten zur Kontrolle und Lenkung der Schuhherstellung in ihrer Zone ein engmaschiges Überwachungssystem. Sein Zentrum war die in Baden-Baden ansässige „Section Cuir". Die „Section Cuir" wurde in ihrer Arbeit unterstützt von verschiedenen deutschen Fachbehörden, denen französische Kontrolloffiziere zugeordnet waren. In der französischen Nordzone, zu der die Pfalz gehörte, waren dies die „Zentrale für Lederwirtschaft" in Worms, die die Beschaffung und die Bearbeitung der Rohhäute überwachte, sowie die „Zentrale für Schuhwirtschaft" in Pirmasens, die für die Kontrolle und Steuerung der Schuhproduktion selbst verantwortlich war. Die „Schuhzentrale" hatte die folgenden Aufga-

5 Zahlreiche Informationen über die Entwicklung nach 1945 finden sich bei Karlheinz Reidenbach, Produktionsgestaltung und Marktwandlungen der pfälzischen Schuhindustrie nach dem 2. Weltkrieg (1945 – 1954), Diss. Mainz 1956. Siehe auch Michael Wagner, Der schwierige Weg zum Wirtschaftswunder. Die pfälzische Schuhindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Schachter/ders. (wie Anm. 1), S. 185 – 206. Die folgenden Ausführungen lehnen sich teilweise an diesen Aufsatz an.

ben: Sie stellte einen Produktionsplan für einen bestimmten Zeitraum auf und teilte den einzelnen Fabriken Produktionsaufträge zu, die neben der herzustellenden Gesamtmenge auch eine Aufgliederung in einzelne Schuharten enthielten. Sie legte ferner die Abnehmer der produzierten Waren fest und regelte die Bezahlung. Einen direkten Kontakt zwischen Hersteller und Kunden gab es nicht.

Eine anschauliche Vorstellung von den Reglementierungen, die die französische Besatzungsmacht eingeführte, vermittelt ein Schreiben einer Pirmasenser Schuhfabrik an die Firma Naab in Hauenstein aus dem Dezember 1946: „Die Zentrale für die Schuhwirtschaft Pirmasens hat mich davon in Kenntnis gesetzt, dass ich zur Fabrikation von Stückelschuhen zugelassen bin, bei Genehmigung einer entsprechenden Fabrikationsabgabe. Unter Bezugnahme auf die von der Zentrale für Schuhwirtschaft ... getroffenen Entscheidung, wonach diejenigen Firmen [,] welche zur Fabrikation von Lederschuhe[n] zugelassen sind, die anfallenden Nutzabfälle Stückelschuhfabriken zur Verarbeitung zur Verfügung stellen müssen, gestatte ich mir zwecks Übernahme der in ihrem Betrieb anfallenden Oberledernutzabfälle, gleich welcher Art, an Sie heranzutreten. Die Abfälle werden von mir gegen Aushändigung eines Deblockierungsscheines der Zentrale für die Schuhwirtschaft Pirmasens bei Ihnen direkt zum höchstzulässigen Tagespreis übernommen, wobei die zum Transport erforderlichen Säcke von mir gestellt werden, sodass Sie mit irgendwelchen Schwierigkeiten nicht belastet werden würden."[6]

In den ersten Nachkriegsjahren blieb die Belebung der Schuhproduktion in einem äußerst bescheidenen Rahmen. Monatlich wurden ca. 300 000 Paar Schuhe produziert, was nur 15% der Vorkriegsproduktion entsprach. Nur etwa ein Drittel der vor dem Krieg beschäftigten Arbeiter fand Verwendung. Nur wenige der produzierten Schuhe konnten von den Pfälzern gegen Bezugscheine erworben werden. Das Gros der Produktion war für die Besatzungsmacht bestimmt, ging in den Export, diente zur Ausstattung der Bergarbeiter an der Saar oder wurde für Kompensationsgeschäfte mit den anderen Zonen verwendet. Ein Viertel der Schuhe war nicht aus Leder, sondern aus Ersatzstoffen: Aus Lederabfällen wurden sog. Stückelschuhe hergestellt; Sohlen bestanden aus Gummi oder Holz, die Oberteile aus Stoff.

Die Lage der pfälzischen Schuhindustrie war zunächst äußerst kritisch. Die „Demokratische Gewerkschaft" zeichnete in ihrem Jahresbericht für 1946 ein trostloses Bild: „Unsere Industrie in Pirmasens leidet an Rohstoff- und Stromknappheit. Die Arbeiter können nur 3 Tage pro Wochen

6 Zit. bei Michael WAGNER, Hauenstein und die deutsche Schuhindustrie. Ein historischer Überblick, Hauenstein 1997, S. 27f.

beschäftigt werden; ihr Verdienst ist daher sehr gering. In allen Wirtschaftszweigen zeigen sich die Mangelerscheinungen. Von einem Wiederaufbau kann man nicht reden. Es fehlen die Baumaterialien. ... Die Bevölkerung ist in jeder Hinsicht schlecht mit Nahrung, Kleidung, Schuhen und Hausrat versorgt."[7] Im Frühjahr 1946 wurden über 1000 Schuhmaschinen von der Besatzungsmacht als Reparationen beschlagnahmt und demontiert. Es herrschte Mangel an gut ausgebildeten Facharbeitern, Leder war nur schwer zu bekommen, viele Fabriken waren ganz oder teilweise zerstört, Baumaterialien für den Wiederaufbau und neue Maschinen waren kaum zu erhalten, die Versorgung mit Energie war nicht sichergestellt.

Im Oktober 1946 schien eine noch katastrophalere Entwicklung der Lage bevorzustehen. Die „Section Cuir" beschloß nämlich, die meisten der ca. 440 Schuhfabriken der Nordzone, die noch in Betrieb waren, stillzulegen und nur noch 30 weiterarbeiten zu lassen. Auf diese Weise sollten Kohle und Strom gespart und Arbeitskräfte für andere Bereiche freigesetzt werden. Gegen diese „Konzentration" der Produktion gab es bei der Schuhindustrie erbitterten Widerstand, wobei der Fachverband von der Gewerkschaft unterstützt wurde. Der Fachverband warf der französischen Verwaltung vor, mit dieser Maßnahme „eine der leistungsfähigsten Industrien der ganzen französischen Zone" zu zerschlagen und „zahlreiche Existenzen" zu vernichten. Nicht einmal die „Diktatur des Nazi-Regimes" hätte es gewagt, eine so große Zahl selbständiger Unternehmer „abzuwürgen". „Bei der Durchführung obigen Planes der Section Cuir ... wäre die führende Rolle des Bezirks Pirmasens als überragende Schuhmetropole Deutschlands ausgespielt. Sie wäre ihrer gesunden Struktur beraubt, ziemlich ausgeschaltet und unmaßgeblich geworden. ... Die Schuhindustrie in der englischen und amerikanischen Zone würde allerdings solche Selbstverstümmelungs-Maßnahmen nur begrüßen." Die „Konzentration" würde nicht nur katastrophale wirtschaftliche und soziale Folgen haben, sondern auch das Vertrauen der Bevölkerung in die neue demokratische Ordnung untergraben. „Vom politischen Standpunkt aus gesehen sind die Auswirkungen dieser Maßnahmen sehr bedenklich, da der Zwang solcher Maßnahmen der Allgemeinheit nicht einleuchtet und Verbitterung und Ablehnung hervorruft. Der Glaube an die Richtigkeit demokratischer Grundsätze wird stark erschüttert, denn die greifbare Praxis steht zu sehr im Widerspruch zu den gepredigten Theorien der Demokratie."[8]

---

7 Archives d'Occupation Française en Allemagne et en Autriche (im folgenden AOFAA). Best. RP C 1049, P 7/8: Allgemeiner Geschäftsbericht für das Jahr 1946.

8 Ebd., Best. RP (P) 1047, P 5, d 1: Fachverband Schuhindustrie für Hessen-Pfalz an Administrateur Ariotti, 18. 11. 1946.

Nach harten Verhandlungen erklärten sich die französischen Stellen zu einer Modifikation ihrer Vorgaben bereit: Es durften 150 Fabriken weiterarbeiten, von denen sich 142 in der Pfalz und von diesen wiederum 136 im Kreis Pirmasens befanden. Eine Kommission aus fünf Schuhfabrikanten und einem Gewerkschaftsfunktionär wählte in schwierigen und kontroversen Diskussionen diejenigen Betriebe aus, die weiterarbeiten durften, und legte fest, welche Fabriken geschlossen werden mußten. Viele der negativ betroffenen Unternehmer waren mit den Entscheidungen nicht einverstanden und machten ihrer Empörung Luft. In den Worten des Vorsitzenden des Fachverbandes Schuhindustrie: „Seit 6 Wochen führe ich einen im wahrsten Sinne schlimmen Kampf mit meinen Standesgenossen, gegen den die Erringung der obigen Ziele bei den französischen Stellen ein wahres Kinderspiel war. Von einer Einsicht in die auf der Hand liegenden Notwendigkeiten dieser leider harten Zeit fand ich selten eine Spur. Es berührt mich direkt angenehm, wenn ein beschwerdeführender Fabrikant in seinen Argumenten sachlich blieb oder gar Verständnis für die allgemeine Lage zeigte."[9]

Auf der Grundlage dieser „Konzentrationsmaßnahmen", die auch in der abgeschwächten Form eine große Mißstimmung hinterließen, konnte sich die Pirmasenser Schuhindustrie auf einem sehr niedrigen Niveau stabilisieren. Ein völliger Zusammenbruch konnte vermieden werden. Das Hauptproblem war und blieb der Mangel an Rohstoffen, da in der französischen Zone nicht genügend Häute produziert wurden, Devisen für ausländische Importe nicht vorhanden waren und auch Kompensationsgeschäfte mit den anderen Zonen das Defizit nicht decken konnten. Im Sommer 1947 konnten von den monatlich benötigten 1000 Tonnen Rohhäuten ungefähr 600 Tonnen durch Kompensationsgeschäfte beschafft oder in der französischen Zone erworben werden, so daß ein Defizit von 400 Tonnen blieb.

Der Materialmangel und die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung führten zu einem ausgedehnten Schwarzmarkthandel, bei dem ein Teil der produzierten Schuhen von den Fabrikanten an den Überwachungsbehörden vorbei vor Ort verkauft oder illegal in die benachbarten Zonen exportiert wurde. Zwischen 10 000 und 25 000 Paar Schuhe wurden auf diese Weise monatlich dem offiziellen Handel entzogen. Diese Aktivitäten wurden von den deutschen Behörden gedeckt oder wenigstens nicht entschieden bekämpft. Zugleich kam es in den Fabriken immer häufiger zu Diebstählen durch die Belegschaft, die sich auf diese Weise mit Schuhen

9 Ebd.: Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden des Fachverbandes der Schuhindustrie für die Pfalz, 18. 3. 1947.

versorgte, die auf dem Schwarzmarkt gegen Lebensmittel eingetauscht werden konnten. „Les vols dans les usines sont devenus excessivement nombreux."[10]

Trotz einer gewissen Stabilisierung der Verhältnisse blieb auch 1947 die Lage äußerst problematisch. Der Schuhverband sagte im Mai 1948 den völligen Zusammenbruch der Branche voraus, wenn es nicht gelinge, die Versorgung mit Rohstoffen grundlegend zu verbessern, die Steuerlast der Industrie zu senken, mit den beiden anderen westlichen Zonen einen freien Handel herzustellen und den Unternehmen einen direkten Zugang zu den Kunden zu ermöglichen. Falls diese Maßnahmen unterblieben, müsse mit einer vollständigen Einstellung der Produktion gerechnet werden.[11]

## Aufschwung und Wachstum

Diese Vorhersage des Interessenverbandes erfüllte sich indes nicht. Vielmehr war seit Ende 1948 eine deutliche Verbesserung der Produktionsbedingungen festzustellen, die es der südwestpfälzischen Schuhindustrie ermöglichte, langsam wieder Tritt zu fassen. Die 1946 beschlossene „Konzentration" wurde wieder aufgehoben, so daß Ende Oktober 1948 200 selbständige Betriebe und im Februar 1949 433 Fabriken produzieren konnten. Zudem wurden die Bewirtschaftungsmaßnahmen und die Reglementierung von Produktion und Vertrieb durch die staatlichen Behörden zunehmend gelockert. Im Mai 1949 wurden die Preise freigegeben; im folgenden Monat wurde die „Zentrale für Schuhwirtschaft" aufgelöst.

Schon zuvor, im August 1948, war der Güter- und Personenverkehr mit der „Bizone" liberalisiert und die weitgehende Abschottung der französische Zone von den beiden anderen Westzonen aufgehoben worden. Im November 1948 trat die französische Zone dem „Vereinigten Wirtschaftsgebiet" bei. Die Währungsreform vom Juni 1948 schuf durch die Einführung der DM anstelle der völlig entwerteten Reichsmark wieder eine harte Währung und setze der auf Warentausch basierenden Schwarzmarktwirtschaft ein Ende.

Hinzu kam, daß die südwestpfälzische Schuhindustrie jetzt auch von den Hilfsmaßnahmen profitierte, mit denen die Amerikaner erfolgreich bemüht waren, die Wirtschaft der Westzonen anzukurbeln. Im November 1948 er-

10 Ebd., Best. RP (P ) C 1047, P 5, d 3: Situation de l'Industrie de la Chaussure, 19. 6. 1947. Siehe auch das Schreiben des Kreisdelegierten von Pirmasens an den Militärgouverneur von Rheinland-Pfalz v. 21. 10. 1947, ebd., Best. RP (Cabinet), P 38, d 55/18.

11 Ebd., Best. RP (P) C 1047, P 5, d 3: Schreiben des Landesverbandes Schuhindustrie Rheinland-Pfalz an die Militärregierung v. 25. 5. 1948.

hielten die Pirmasenser Fabriken erste Lieferungen aus dem Marshallplan. Die pfälzischen Betriebe wurden auch in das sog. „Jedermannprogramm" der „Bizone" einbezogen. Mit diesem Programm sollten der Bevölkerung verbilligte Konsumgüter und Textilien zur Verfügung gestellt werden. Da die Fabriken in der „Bizone" die Produktionsaufträge für Schuhe alleine nicht bewältigen konnten, wurden auch an Betriebe in der französischen Zone Aufträge vergeben und diesen die hierfür benötigten Rohmaterialien zur Verfügung gestellt. Allerdings dauerte es einige Zeit, bis diese positiven Impulse zu greifen begannen und sich die Lage der Schuhindustrie grundlegend verbesserte. Die Rohstoffversorgung blieb weiterhin die Achillesferse der pfälzischen Schuhwirtschaft. Die Rohhäuteimporte im Rahmen des Marshallplans ließen im übrigen in qualitativer Hinsicht oft vieles zu wünschen übrig.

Im Laufe des Jahres 1949 ließ sich dann allerdings eine deutliche Verbesserung der Lage feststellen. Im gesamten Jahr 1947 waren nur 2 750 000 Paar Lederschuhe hergestellt worden. Diese Zahl wurde allein im dritten Quartal 1948 mit 2 966 000 Paar deutlich übertroffen. Im dritten Quartal 1949 wurden dann 3 631 000 Paar erreicht. Damit produzierte die pfälzische Schuhindustrie wieder ca. 32% der Schuhe, die sie 1936 hergestellt hatte. Dies war immerhin eine Verdoppelung der Produktion im Vergleich zu 1946/47. Während 1947 im Monatsdurchschnitt nur 9 195 Arbeiter beschäftigt gewesen waren, hatte sich die Zahl 1949 auf 15 142 Personen erhöht. Diese deutlichen Fortschritte zeigten jedoch zugleich, wie weit die pfälzische Schuhindustrie immer noch davon entfernt war, ihre Friedensproduktion vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges (Vergleichsjahr 1936) zu erreichen. Auch im Vergleich zur „Bizone" blieb in der Pfalz die Auslastung der Produktion deutlich zurück. Dort wurden im dritten Quartal 1949 immerhin fast 80% der Schuhe hergestellt wie vor dem Krieg, in der Pfalz dagegen, wie gesagt, nicht einmal ein Drittel.[12]

Für dieses Auseinanderklaffen von Produktion und Beschäftigung zwischen der französischen Zone einer- und der „Bizone" andererseits gab es vielfältige Gründe. In der „Bizone" waren von den Alliierten keine Maschinen als Reparationen entnommen worden. Die „Bizone" verfügte in Bayern, Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über Regionen mit großen Viehzuchtgebieten, die eine bessere Versorgung der Fabriken mit Rohstoffen ermöglichten. Hinzu kam, daß die von Ludwig Erhard bestimmte Wirtschaftsverwaltung des „Vereinigten Wirtschaftsgebietes" früher als in der französischen Zone die Bewirtschaftungsvorschriften auf-

12 Reidenbach (wie Anm. 5), S. 30, 124 – 126.

gehoben und dadurch die unternehmerische Initiative freigesetzt hatte. Schließlich wurde die Pfalz ja nicht von Anfang an in das „Jedermannprogramm" einbezogen und kam deshalb nur mit Verzögerung in den Genuß der preisgünstigen Häute- und Lederimporte, die dieses Programm ermöglichte.[13]

Der langsame Wiederaufstieg der pfälzischen Schuhindsutrie, der 1948/49 begonnen hatte, setzte sich in den folgenden Jahren fort. 1950 wurden 15 200 000 Paar Schuhe produziert, 1953 knapp unter 18 000 000. Zwei Drittel dieser Schuhe waren Damenschuhe. Die Zahl der Beschäftigten stieg zwischen 1949 und 1953 von 16 000 auf 26 000. Dies alles waren fraglos deutliche Fortschritte im Vergleich zu der katastrophalen Lage 1945 - 1948. Aber auch 1953 war man noch weit von den Produktionsziffern entfernt, die vor dem Zweiten Weltkrieg üblich gewesen waren. 1953 wurden im Monatsdurchschnitt nur 73% des Produktionsvolumens von 1936 erzielt, eine Prozentzahl, die in der „Bizone" schon in den späten vierziger Jahren erreicht worden war. Positiv zu vermerken war allerdings, daß das prozentuale Wachstum der pfälzischen Schuhproduktion zwischen 1948 und 1953 deutlich stärker war als das der Schuhindustrie in den anderen Bundesländern. Während sich im übrigen Bundesgebiet in diesen Jahren die Produktion kaum mehr als verdoppelte, stieg sie in der Pfalz um mehr als das Fünffache.[14] Die pfälzische Schuhindustrie war also im Begriff, ihren Rückstand aus den ersten Nachkriegsjahren abzubauen und wieder die beherrschende Position in der (west)deutschen Schuhherstellung zu erlangen, die sie seit dem 19. Jahrhundert innegehabt hatte.

Der allmähliche Wiederaufstieg der Schuhindustrie fand seinen Niederschlag auch im politischen Verhalten der Bevölkerung, wie sich am Niedergang der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zeigte. In den unmittelbaren Nachkriegsjahren waren in der Stadt Pirmasens selbst sowie auch in einigen Dörfern der Umgebung (Lemberg, Simten, Dahn) die Kommunisten eine starke politische Kraft und belegten hinter CDU und SPD den dritten Platz. In Lemberg waren sie sogar hinter der SPD und vor der CDU die zweitstärkste Partei. In den ersten Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz im Mai 1947 erzielte die KPD in Pirmasens-Stadt 19,2% der Stimmen (SPD: 39,7%, CDU: 32,6%). Bei den ersten Bundestagswahlen im August 1949 betrug der Stimmenanteil der Kommunisten in Pirmasens-Stadt 16,3%, um dann 1953 deutlich auf 7,4% zurückzugehen. Bei den nächsten Bundestagswahlen 1957 konnte die KPD nicht mehr antreten, da

13 Ebd., S. 29f.
14 Ebd., S. 34.

sie im Vorjahr von Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt und verboten worden war. In den alten Hochburgen des politischen Katholizismus in der Südwestpfalz war die KPD allerdings auch schon in den Krisenjahren nach 1945 chancenlos gewesen. In Hauenstein z. B. stimmten bei den Landtagswahlen 1947 1292 Personen für die CDU. Weit abgeschlagen folgte die SPD mit 131, während die KPD ganze 14 Stimmen erhielt und damit im Ort eine politisch zu vernachlässigende Größe darstellte.[15]

Die Wachstumsraten der Schuhindustrie insgesamt lagen in den frühen fünfziger Jahren allerdings deutlich hinter denen anderer Industriezweige. Von 1953 auf 1954 wuchsen z. B. die Investitionsgüterindustrie um 17,6% und die Verbrauchsgüterindustrie um 6,2%, während bei der Schuhindustrie die Wachstumsrate gerade 2,8% betrug. Der Schuhverbrauch pro Kopf der Bevölkerung stieg zwar langsam an, hatte aber 1954 mit 1,25 Paar Schuhen pro Jahr immer noch nicht den Wert von 1936 (1,31) erreicht. Die privaten Haushalte gaben prozentual immer weniger für Schuhe aus, während die Ausgaben für Wohnungseinrichtung, Oberbekleidung, Bildung, Urlaub und Verkehrsmittel wuchsen. Vor allem durch das Angebot von Ratenzahlungen, die im Schuhverkauf nur eine geringe Rolle spielten, gelang es den Herstellern langlebiger Verbrauchsgüter, einen größeren Anteil des Einkommens der Konsumenten für sich zu gewinnen. Trotz des beginnenden Wirtschaftsaufschwunges war das Konsumpotential der Bevölkerung in den frühen fünfziger Jahren noch nicht stark genug, um einen nachhaltigen Produktionsanstieg der Schuhbranche zu bewirken.[16]

Negativ für die pfälzische Schuhindustrie wirkten sich auch die territorialen Veränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg aus. Infolge des Verlustes der Gebiete jenseits von Oder und Neiße an Polen und die Sowjetunion, der Gründung der DDR sowie der von Frankreich betriebenen wirtschaftlichen Abtrennung des Saargebietes von Westdeutschland verlor die Schuhindustrie der Pfalz den ungehinderten Zugang zu Märkten, die vor dem Krieg einen beträchtlichen Teil der Produktion aufgenommen hatten. Zwar gelang es im Rahmen des Interzonenhandels, Pirmasenser Schuhe in die DDR zu exportieren. Auch in das Saarland konnten trotz zahlreicher Behinderungen und Beschränkungen Schuhe verkauft werden. Diese Lieferungen blieben allerdings weit hinter den Mengen zurück, die vor

15 Wolfgang Hartwich, Die Ergebnisse der Reichstags- und Bundestagswahlen von 1890 – 1969, in: Pfalzatlas, Textband II, Speyer 1971, S. 684; vgl. auch AOFAA, Best. RP C 1049, P 19: Ergebnisse der Landtagswahlen von 1947 in Pirmasens-Stadt u. Pirmasens-Land.

16 Reidenbach (wie Anm. 5), S. 68, 73f.

dem Krieg auf diesen wichtigen Märkten abgesetzt worden waren. Hinzu kam, daß auch in den rechtsrheinischen Gebieten der Bundesrepublik die pfälzische Industrie auf eine härtere Konkurrenz stieß als vor dem Krieg. In der ehemaligen „Bizone" waren in den späten vierziger Jahren zahlreiche Schuhbetriebe gegründet worden. Viele dieser Neugründungen mußten zwar schon bald den Betrieb einstellen, andere jedoch konnten sich behaupten und vermehrten die Zahl der Konkurrenten, gegen die die pfälzischen Schuhbetriebe antreten mußten.[17]

Negativ für die pfälzische Schuhindustrie war auch die Tatsache, daß in ihr immer noch eine kleinbetriebliche Struktur überwog, die Rationalisierungsmaßnahmen und eine flexible Reaktion auf Mode- und Marktveränderungen erschwerte. Im Februar 1953 hatten 48% der Fabriken unter 50 Beschäftigten. Hinzu kamen nach ca. 200 Kleinstbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten, die in den Betriebszählungen überhaupt nicht erfaßt wurden. 26,6% der Fabriken beschäftigten zwischen 50 und 100 Arbeiter, während 28,6% mehr als 100 Beschäftigte hatten. In diesen 'Großbetrieben' arbeiteten allerdings 75% der Schuharbeiter.[18]

Eine Momentaufnahme der ambivalenten Lage der pfälzischen Schuhindustrie in den frühen fünfziger Jahren gibt ein Zeitungsbeitrag des Hauensteiner Lokalhistorikers Karl Kreuter aus dem August 1952, wo es u. a. heißt: „Nach Aufhebung der Zonengrenzen [zwischen den westlichen Besatzungszonen] bedurfte es großer Anstrengungen, die alte Kundschaft in der amerikanischen und britischen Besatzungszone zu gewinnen. Dies war nur dadurch möglich, daß die Hauensteiner und die übrigen Pfälzer Fabriken sich auf die Herstellung von modischem Schuhwerk umstellten. Die Geschäfte gingen sodann recht flott, ja zeitweise sogar glänzend. ... Im Sommer 1950 trat eine schwere Krise ein, die verschiedene Ursachen hatte. Die Kaufkraft ging zurück, das Wetter war für den Verkauf von Sommerschuhen nicht günstig, eine Überproduktion hatte sich eingestellt. Die meisten Fabriken waren gezwungen, Kurzarbeit einzuführen. Gegenwärtig gehen die Schuhgeschäfte auch nicht zum besten."[19]

Seit Mitte der fünfziger Jahre beschleunigte sich der zunächst langsame Wiederaufstieg der pfälzischen Schuhindustrie. Die Betriebe begannen nun massiv am „Wirtschaftswunder" zu partizipieren und gewannen Anschluß

17 Ebd., S. 31, 93-101.

18 Ebd., S. 35f.

19 Zit. bei WAGNER, Hauenstein (wie Anm. 6), S. 28f.

20 Vgl. allgemein Jürgen EUSTACHI, Wirtschaftswunderzeit, in: Theo SCHWARZMÜLLER/ Michael GARTHE (Hrsg.), Die Pfalz im 20. Jahrhundert, Landau 1999, S. 131-137.

an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik.[20] Die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung sowie steigende Reallöhne ermöglichten immer mehr Deutschen, sich öfter – auch im Einklang mit den wechselnden Trends der Modeentwicklung – neue Lederschuhe anzuschaffen. Dieses Ansteigen des Konsums schlug sich in wachsenden Produktionsziffern der pfälzischen Schuhfabriken nieder. 1955 wurde erstmals wieder das Niveau der Vorkriegszeit erreicht.

Es schien, als seien die „goldenen Jahre" der Schuhindustrie vor 1914 auf einem höheren Niveau zurückgekehrt. Die Jahrzehnte zwischen 1914 und 1950, die von Krisen und Katastrophen gekennzeichnet gewesen waren, schienen der Vergangenheit anzugehören.

Kennern der Verhältnisse war selbstverständlich bekannt, daß die wirtschaftliche Struktur der Region besonders krisenanfällig war. Hier gab es außer der Schuhindustrie und ihren Zulieferern kaum andere Arbeitgeber. Ein stärkerer, lange andauernder Einbruch der Schuhkonjunktur oder gar eine strukturelle Krise der Branche mußten für eine Region, deren wirtschaftliches Leben ganz von der Schuhindustrie geprägt wurde, existenzbedrohende Folgen zeitigen. Anfang und Mitte der 50er Jahre war eine solche Entwicklung allerdings nicht zu erkennen.[22]

22 Vgl. WAGNER, Der schwierige Weg (wie Anm. 5), S. 205f.

# „Getrieben von Entbehrung, Hunger und Not". Die Hungerstreiks in den Jahren 1947 und 1948

**Gerhard Nestler**

Die Jahre zwischen Kriegsende und Währungsreform, in denen die Grundlagen für den politischen und ökonomischen Wiederaufbau Deutschlands gelegt wurden, waren für die meisten Menschen in den vier Besatzungszonen Jahre der Entbehrung, des Hungers und der Not. Mehr als alles andere hat die Sorge „um Kartoffeln und Brot, um Rationen und Kalorien" ihr Denken und Handeln bestimmt.[1] „Der Alltag", so hat dies Wolfgang Benz einmal prägnant zusammengefaßt, „bestand aus dem Kampf um die nackte Existenz. Hoffnungen auf die Zukunft gab es kaum, und wenn Hoffnungen aufkeimten, schwanden sie angesichts der Haltung der Sieger wieder dahin, die, wie es ( ... ) schien, die wirtschaftliche Not Deutschlands verewigen wollten".[2]

Auch in der Pfalz, in der es nur in der Rheinebene und in der Nordpfalz intensiv bewirtschaftete und ertragreiche landwirtschaftliche Flächen gibt, prägte die permanente Ernährungskrise das gesamte Leben der Menschen in den unmittelbaren Nachkriegsjahren. Dies gilt insbesondere für die Industriestädte der Region, in denen es nur noch eine verschwindend geringe Zahl von bäuerlichen Selbstversorgern gab und die Versorgung mit Lebensmitteln folglich noch schwieriger war als in den ländlichen Gebieten. Als sich die Ernährungskrise im Sommer 1947 und im Frühjahr 1948 immer mehr zuspitzte, kam es in vielen pfälzischen Industriestädten zu spontanen Hungerstreiks, die fast alle ohne Wissen und Unterstützung der Gewerkschaften ausbrachen und auch durchweg erfolglos wieder abgebrochen werden mußten, die aber deutlich zeigen, wie groß angesichts der verzweifelten Lage auf dem Ernährungssektor die Protestbereitschaft der Arbeiter war. Diese Hungerstreiks stehen im Mittelpunkt des folgenden Beitrages. Sie wurden von der historischen Forschung bislang nur im Zusammenhang

1 So die Formulierung von Karl-Heinz Rothenberger in der Einleitung seines Buches Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Ernährungs- und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz 1945-1950, Boppard am Rhein 1980, S. 1.

2 Wolfgang Benz, Wirtschaftspolitik zwischen Demontage und Währungsreform, in: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945-1949, München 1976, S. 69-89, hier S. 69.

mit dem Rekonstruktionsprozeß der Gewerkschaften behandelt[3] und nicht als eigenständige soziale Bewegung gesehen, in der spezifische Handlungs- und Protestformen der Arbeiterschaft in einer Krisensituation zum Ausdruck kamen. Insgesamt gesehen lässt sich die Protestbewegung der Jahre 1947 und 1948 in drei Phasen einteilen: In der ersten Phase im August 1947 beschränkten sich die Arbeitsniederlegungen auf Kaiserslautern, in der zweiten im Mai 1948 lag der Schwerpunkt im Industriezentrum Ludwigshafen-Frankenthal, und in der dritten im Juni 1948 erfaßte die Streikbewegung fast die gesamte Vorderpfalz.

## Die Entwicklung der Lebensmittelversorgung 1945 - 1947

Wie die Studien von Karl-Heinz Rothenberger gezeigt haben,[4] hatten die Requierierungspolitik der französischen Besatzungsbehörden, der Mangel an Transportkapazitäten, die Zerstörung der Kommunikationsverbindungen, die widrigen Verkehrsverhältnisse und der in den Wochen nach Kriegsende immer größer werdende Strom von Rückkehrern aus den Evakuierungsgebieten bereits im Sommer 1945 zu ersten Engpässen in der Ernährung der Bevölkerung geführt. Da die im August und September eingebrachte Ernte bei weiten nicht ausreichte, um den Bedarf der Bevölkerung an Lebensmitteln zu decken und Lieferungen aus den anderen Besatzungszonen und dem Ausland aufgrund der allgemeinen politischen Situation nicht möglich waren, verschärfte sich die Lage im Herbst und im Winter weiter. Zwar konnten ca. 85% der zur Einkellerung vorgesehenen drei Zentner Kartoffeln an die Bevölkerung verteilt werden, das Getreidedefizit, das mehr als 35.000 Tonnen betrug, das völlige Ausbleiben von Mehlzuteilungen und der extreme Mangel an Fetten – die monatlichen Rationen waren selten höher als 200 Gramm – führten in den Familien aber zu einem sehr viel höherem Kartoffelkonsum als in normalen Zeiten, so daß die Kartoffelvorräte schneller zur Neige gingen als vorgesehen. Lag der Nährwert der ausgegebenen Lebensmittelrationen in der Pfalz im Dezember 1945 noch zwischen 1.200 und 1.300 Kalorien, so sank er bis zum Sommer 1946 auf 700 Kalorien ab. In den Städten Frankenthal, Ludwigshafen, Kaiserslautern, Pirmasens und Zweibrücken lag er zeitweise sogar noch darunter, da die Bevölkerung dort aufgrund ihrer Sozialstruktur – die meisten Einwohner waren Industriearbeiter und kleine Angestellte, die kaum grö-

3 Vgl. Alain Lattard, Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945-1949, Mainz 1988, S. 229-246 und Michael Seidl, Wiederentstehung und Entwicklung der Gewerkschaften in Mannheim und Ludwigshafen von 1945-1949, Neustadt/Weinstraße 1990, S. 331-352.

ßere Wertgegenstände besaßen – nicht in der Lage war, auf dem Schwarzmarkt zusätzliche Lebensmittel einzutauschen. „In den Städten fehlen die Kartoffeln und die Kinder strömen in Scharen auf das Land und betteln sich einzelne Kartoffeln. Wir stehen jetzt vor den schwersten Monaten", schrieb der Sozialdemokrat und Gewerkschaftsführer Adolf Ludwig aus Pirmasens am 25. März 1946 an seinen Parteifreund Friedrich Wilhelm Wagner. Drei Wochen später, am 15. April, heißt es in einem Schreiben an Robert Breyer: „Die Lebensverhältnisse sind sehr schwierig. Kartoffeln sind überhaupt nicht zu bekommen, auch die Brotrationen werden noch gekürzt werden".[5]

Hoffnungen auf eine Verbesserung der Lage erwiesen sich rasch als illusorisch. Die schlechte Ernte des Jahres 1946, die wegen der extremen Trokkenheit im Frühjahr und der starken Regenfälle im Sommer noch hinter der des Vorjahres zurückblieb und nicht einmal die Hälfte des Ertrags von 1939 erreichte, hatte zur Folge, daß sich die Ernährungskrise im Winter weiter verschärfte. Am 3. November schrieb Adolf Ludwig an einen Freund: „Für den Winter haben wir alle große Sorgen. Die Lage ist viel schlechter als im vergangenen Jahr. Auf dem Papier stehen 3 Zentner Kartoffeln pro Kopf, aber viele haben nicht einmal den ersten Zentner und die Einkellerung des 3. ist noch verboten. Es fehlt aber auch an allem anderen, was früher der Bürger im Keller hatte. Die Brotration wurde jetzt auf 200 Gramm herabgesetzt".[6] Im Dezember 1946 betrug die Monatsration 12 bis 15 kg Kartoffeln, 6 kg Brot, 440 g Fleisch, 200 bis 300 g Fett, 100 bis 200 g Käse und ein bis zwei Eier.

Angesichts dieser Rationen war es nicht überraschend, daß die Stimmung in der Bevölkerung zunehmend schlechter wurde. In Ludwigshafen hatten bereits im November 30.000 Menschen gegen die unzureichenden Lebensmittelrationen demonstriert und in einem 13-Punkte-Sofortprogramm

4 Vgl. ROTHENBERGER, Hungerjahre (wie Anm. 1), seinen Beitrag in diesem Band, sowie DERS., Ernährungs- und Landwirtschaft in der französischen Besatzungszone 1945-1950, in: Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945-1949, hrsg. v. Claus SCHARF/Hans-Jürgen SCHRÖDER, Wiesbaden 1983, S. 185-203; DERS., Krieg, Hungerjahre, Wiederaufbau, in: Rheinland-Pfalz entsteht, hrsg. v. Franz-Josef HEYEN, Boppard am Rhein 1984, S. 79-104; DERS., Die Hungerjahre 1945-1948, in: Pfälzer Heimat 46 (1995), S. 77-81; DERS., Nachkriegsjahre. Jahre des Hungers, in: Hans-Jürgen WÜNSCHEL (Hrsg.), Rheinland-Pfalz. Beiträge zur Geschichte eines neuen Landes, Landau 1997, S. 35-53.

5 Zit. nach Gerhard NESTLER, Adolf Ludwig und der Wiederaufbau der pfälzischen Arbeiterbewegung nach dem 2. Weltkrieg. Eine Dokumentation, in: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz 92 (1994), S. 419-449, hier S. 440 und 442.

6 Ebd., S. 444.

u.a. eine stärkere Beteiligung der Gewerkschaften an der Erfassung und Verteilung der Lebensmittel, die Aufhebung der Zonengrenzen (sic!) und die Erleichterung des Verkehrs zwischen der Vorderpfalz und Nordbaden und insbesondere zwischen Ludwigshafen und Mannheim gefordert. Die Demonstration war am 12. November in einer Vollversammlung der Ludwigshafener Betriebsräte beschlossen und gemeinsam von den Betriebsräten und den Gewerkschaften organisiert worden. In der Einleitung des Programms, das einstimmig verabschiedet und an die Militärregierung und die zuständigen deutschen Verwaltungsstellen geschickt wurde, hieß es: „Die Not und das Elend ( ... ) steuern der allgemeinen Katastrophe zu. Die Versammlung der Arbeitnehmer aller Betriebe aus Ludwigshafen richtet deshalb in letzter Stunde den Appell an die Zivil- und Militärregierung und auch an die ganze Welt, einzugreifen und uns zu ermöglichen, diesen Winter zu überstehen".[7] Ähnliche Resolutionen gingen in den darauffolgenden Wochen auch aus Lambrecht, Speyer und anderen Städten bei der Landesregierung in Koblenz und der Militärregierung in Neustadt ein.[8]

Im März 1947 verbesserte sich die Versorgungslage zwar ein wenig, weil die Kartoffeltransporte, die durch den starken Frost der vorangegangenen Wochen unterbrochen werden mußten, wieder aufgenommen werden konnten und auch die Militärregierung die tägliche Brotration wieder auf 300 g anhob. Der Ausfall der Frühkartoffelernte – die Ursachen waren schlechtes Saatgut und eine im Frühsommer einsetzende Dürreperiode – verschlimmerten die Situation dann aber wieder derart, daß statt der zugesagten 15 kg im Juli und August nur zwei bis vier kg Kartoffeln ausgegeben werden konnten und der Kaloriensatz in zahlreichen Städten erneut unter 700 fiel.[9]

---

7 Vgl. ROTHENBERGER, Hungerjahre (wie Anm. 1), S. 149 und SEIDL (wie Anm. 3), S. 331-332.

8 Vgl. LATTARD (wie Anm. 3), S. 230 und Werner A. DIETRICH, In der Einigkeit liegt die Kraft. Geschichte der Arbeiterbewegung in der Region Neustadt/Südpfalz 1832-1984, Neustadt/Weinstraße 1991, S. 442; in der Resolution der Einheitsgewerkschaft Lambrecht hieß es: „Von Tag zu Tag wird die Ernährung der Lambrechter Arbeiterschaft ungenügender; sie treibt immer mehr einer Katastrophe zu. Schon wochenlang lebt der größte Teil der Arbeiterschaft ohne Kartoffel(n) und muß somit mit dem äußerst knappen Brot auskommen. Gemüse gibt es kaum, die Fettzuteilung ist mangelhaft, auch Fleisch ist seit Wochen nicht mehr ausgegeben worden. Zweimal nur gab es bisher einige kleine Salzfischlein. Es ist unmöglich, bei dieser Ernährungslage weiterarbeiten zu können. Die Lambrechter Bevölkerung besteht zum größten Teil aus Industriearbeitern, die weder Feld noch Vieh haben"; die SPD Neustadt, die „Demokratische Gewerkschaft" Pirmasens und die Einheitsgewerkschaft Zweibrükken hatten schon im Juli 1946 ähnlich lautende Resolutionen verabschiedet, vgl. ebd., S. 439 und NESTLER (wie Anm. 5), S. 444, Anm 121.

9 Vgl. ROTHENBERGER, Hungerjahre (wie Anm. 1), S. 155-157.

So wurden in der kleinen südpfälzischen Stadt Annweiler im Juli 1947 pro Person lediglich 7.750 g Brot, 340 g Fleisch, 125 g Fett, 125 g Käse und 200 g Linsen verteilt, was einem durchschnittlichen Satz von weniger als 600 Kalorien entsprach.

Im August 1947 erreichte die Stimmung der Bevölkerung ihren Tiefpunkt. „Die abgelaufene Woche brachte keine Besserung der allgemeinen Lage", schrieb die Polizeidirektion Kaiserslautern am 16. des Monats in ihrem Bericht an die örtliche Militärregierung. „Die Not stieg weiter an. Die Kartoffelversorgung blieb wieder aus und demzufolge war die Stimmung weiterhin trostlos".[10] Seit über zwei Jahren bestimmten nun der Hunger und der alltägliche Kampf ums Überleben den Alltag der Menschen – und es hatte den Anschein, als ob weder die Behörden noch die Gewerkschaften noch die politischen Parteien in der Lage waren, Abhilfe zu schaffen.

## Die ersten Streiks

Das Vertrauen, das die Bevölkerung bis dahin in die Gewerkschaften und Parteien gesetzt hatte, nahm im Sommer 1947 deutlich ab. Unter den Menschen entstand ein diffuses Stimmungsgemenge aus Verärgerung, Verzweiflung und Protestbereitschaft, das schließlich zu spontanen Streiks und Arbeitsniederlegungen führte. Der erste dieser Streiks brach am 18. August 1947 in der Maschinenfabrik Pfaff in Kaiserslautern aus.[11] Mitte Juli hatte die Militärregierung Pfaff aus der Kategorie I der Unternehmen in die Kategorie II zurückgestuft und die erhöhten Lebensmittelzuteilung an die Beschäftigten, die mit der Einstufung in die erste Kategorie verbunden war, gestrichen.[12] Seither war die Stimmung in der Fabrik mehr als angespannt. Als dann im August zum dritten Mal hintereinander auch noch die

10 Stadtarchiv Kaiserslautern, Best. III, Nr. 1005: Lagebericht v. 16.8.1947; eine Woche vorher hatte die Polizeidirektion geschrieben: „Die Stimmung der Bevölkerung war nach wie vor gedrückt. Der Großteil der Bevölkerung litt sichtbar an Unterernährung. Die Hitzeperiode bewirkte zu allem Unglück noch, daß die Gemüseerzeugung in der Vorderpfalz ruiniert (wurde) und die Frühkartoffelernte Minderertrag zeitigte. Die Anfuhr dieser für die Pfälzer so wichtigen Nahrungsmittel fiel daher aus. Auch bei den Erzeugern war fast nichts aufzutreiben und so konnte sich die Bevölkerung auch auf dem Lande nicht sehr viel erbitten und erbetteln. Die körperliche Entkräftung vieler Menschen war daher weiter im Absinken", ebd., Lagebericht v. 9.8.1947.

11 Bei der Arbeitsniederlegung in der Ludwigshafener Firma Halberg am 10. und 11.6.1947 handelte es sich nicht um einen Hungerstreik; Anlaß für die Arbeitsniederlegung waren Streitigkeiten über betriebsinterne Anweisungen, vgl. SEIDL (wie Anm. 3), S. 333.

12 Vgl. Archives d'Occuption Francaises en Allemagne et en Autriche (im folgenden AOFAA), Best. Rhénanie-Palatinat (im folgenden RP), Nr. 301/1: Schreiben des fran-

versprochenen Kartoffellieferungen ausblieben und nur 125 g Obst und 500 g Gemüse, die Hälfte davon Zwiebeln, verteilt wurden, war das Maß voll. Am Morgen des 18. August, einem Montag, traten um 7.30 Uhr zunächst die Modellschreiner und danach die Arbeiter der anderen Werkstätten in den Ausstand. Gegen neun Uhr ruhte im ganzen Werk die Arbeit.[13] Die Firmenleitung versuchte zwar noch mit Unterstützung des Betriebsrates, der von der Arbeitsniederlegung ebenso überrascht wurde wie die Direktion und die Aktion kategorisch ablehnte, die Ausbreitung des Streiks zu verhindern, hatte damit aber keinen Erfolg. Die streikenden Arbeiter hätten ihm mitgeteilt, daß sie ständig hungern müßten und nicht mehr in der Lage seien zu arbeiten, so notierte Direktor Lind in einem Bericht an die Militärverwaltung. Viele von ihnen kämen morgens zur Arbeit ohne einen einzigen Bissen gegessen zu haben, weil das Brot, das sie zugeteilt bekämen, nicht ausreiche. Auch während der Mahlzeiten könnten sie sich nicht satt essen, sie würden hungrig vom Tisch aufstehen und müßten noch einen Teil von dem, was ihnen aufgrund der Lebensmittelkarten zustehe, an ihre Kinder abgeben, damit diese nicht verhungerten. Trotz aller Versprechungen habe sich die Lage nicht verbessert, sondern sei nur noch schlechter geworden. Sie seien erschöpft und könnten nicht mehr arbeiten. Aus diesem Grunde hätten sie nun die Arbeit niedergelegt, um die Regierung auf ihre verzweifelte Situation aufmerksam zu machen.

Um 11 Uhr fand ein Gespräch zwischen Direktor Lind, zwei Vertretern des Betriebsrates und dem französischen Kreisdelegierten Colonel Vincens statt. Dabei machte Vincens seinen Gesprächspartnern deutlich, daß er einen Streik unter keinen Umständen tolerieren werde und die Arbeit unverzüglich wieder aufgenommen werden müsse. Die Militärregierung in Baden-Baden hatte schon länger mit der Möglichkeit von Arbeitsniederlegungen gerechnet und ihre Provinz- und Kreisdelegierten bereits im Februar angewiesen, Streiks in öffentlichen Betrieben, Transportunternehmen, Fabriken, die für die Militärregierung arbeiteten, und sogenannten Prioritätsbetrieben, zu denen Pfaff gehörte, unter allen Umständen zu unterbinden.[14]

---

zösischen Kreisdelegierten, Kaiserslautern v. 17.7.1947 und v. 18.8.1947 sowie Schreiben der Direction du Travail, Koblenz v. 20.8.1947.

13 Zum Verlauf des Streiks: ebd., Schreiben des Kreisdelegierten, Kaiserslautern v. 18.8.1947 und 25.8.1947; Schreiben der Direction du Travail, Koblenz v. 20.8.1947 und 28.8.1947; Schreiben des Secrétariat Politique des Gouverneur Délégué, Koblenz v. 20.8.1947; Schreiben der Section Travail der Délégation de la Province du Palatinat, Neustadt v. 25.8.1947; Schreiben der Direction des Affaires Administratives et Economiques der Délégation de la Province du Palatinat, Neustadt v. 19.8.1947; Rapport concernant la cessation passagères du travail par les ouvriers de la G.M. Pfaff A.G., Fabrique de Machines à Coudre von Direktor Lind, Kaiserslautern, 20.8.1947.

14 Vgl. Seidl (wie Anm. 3), S. 333.

Als die Streikenden vom Betriebsrat und den Vertrauensleuten kurz vor 12 Uhr über das Ergebnis des Gespräches mit der französischen Militärregierung informiert wurden, beschlossen sie, ihren Ausstand abzubrechen und nach der Mittagspause die Arbeit wieder aufzunehmen. Trotz dieses Entschlusses legten am darauffolgenden Tag auch 160 Arbeiter der Stahlbaugerüstfirma Gehlen die Arbeit nieder.[15] Der Streik brach erneut ohne Wissen des Betriebsrates und der Gewerkschaften aus, wie bei Pfaff war auch bei Gehlen die katastrophale Ernährungssituation der Anlaß für seinen Ausbruch und wie am Tag zuvor erklärten sich die Streikenden auf Druck der Militärregierung und nach Intervention des Betriebsrates nach einigen Stunden bereit, die Arbeit am nächsten Morgen wieder aufzunehmen und die ausgefallenen Stunden nachzuarbeiten. Konkrete Zugeständnisse hatten die Arbeiter weder bei Pfaff noch bei Gehlen erreicht. Die unerbittliche Haltung der französischen Militärs und die fehlende Unterstützung der Aktionen durch die eigenen Betriebsräte und die Gewerkschaften aber hatten ihnen deutlich gemacht, daß eine Fortsetzung des Streiks die Situation möglicherweise nur noch verschärfen würde. Immerhin mußte auch Vincens bei den Gesprächen, die er während der beiden Streiks mit Vertretern der Unternehmen und der Gewerkschaften führte, eingestehen, daß die Ernährungslage in Kaiserslautern, einer Stadt von rund 23.000 Einwohnern, besonders katastrophal – „particulièrement catastrophique"[16] – sei, weil die Stadt im Gegensatz zu anderen in der Pfalz und in Rheinland-Pfalz kein landwirtschaftlich geprägtes Umland besitzt, das die Bevölkerung mit Lebensmitteln hätte versorgen können. In einem Brief an den Militärgouverneur in Neustadt, den er noch am Abend des 18. August schrieb, schlug er deshalb vor, so bald als möglich zusätzliche Gemüse- und Obstrationen an die Bevölkerung auszugeben,[17] um die angespannte Situation – Streikdrohungen waren auch im Eisenwerk und unter den Eisenbahnern laut geworden [18] – etwas zu beruhigen.

Trotz dieser Einschätzung aber stand für die französischen Militärs fest, daß es sich bei den Streiks um „politische Manöver"[19] gehandelt habe und die „eigentlichen Unruhestifter"[20] – „pecheurs en eau trouble"[21], Elemente, die im Trüben fischten – in kommunistischen Kreisen der Stadt zu suchen seien. Die KPD hätte die Protestbereitschaft der Arbeiter ausge-

15 Vgl. die in Anm. 13 angegebenen Schreiben.
16 Ebd., Schreiben des Keisdelegierten, Kaiserslautern v. 23.8.1947.
17 Ebd., Schreiben des Kreisdelegierten, Kaiserslautern v. 18.8.1947.
18 Ebd., Schreiben der Direction du Travail, Koblenz v. 20.8.1947.
19 Ebd.
20 Ebd.
21 Ebd., Schreiben des Kreisdelegierten, Kaiserslautern v. 18.8.1947.

nutzt und die Arbeitsniederlegungen provoziert, um an Einfluß unter den Arbeitern zu gewinnen und ihre Position im Betriebsrat und im politischen Leben der Stadt zu stärken.[22] Die Militärbehörden in Neustadt und Koblenz empfahlen daher, die Betriebsräte bei Pfaff und Gehlen, in denen die KPD stark vertreten war, umgehend aufzulösen und die gemäßigten Gewerkschaftsführer aus der SPD stärker als bisher zu unterstützen, damit sie ihren verloren gegangenen Einfluß in der Arbeiterschaft zurückgewinnen könnten – „pour leur permettre de reprendre leur influence sur les ouvriers". Die Streikbewegung sei ohne Ausnahme das Werk „unverantwortlicher Elemente", gegen die nun verstärkt der mäßigende Einfluß der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer eingesetzt werden müßte.[23] Ähnlich hatte dies einen Tag zuvor auch Bronzen-Favereau, der für die Pfalz zuständige Militärgouverneur, in einem Schreiben an seinen Vorgesetzten, Gouverneur Hettier de Boislambert in Mainz, formuliert: Die KPD, so teilte er diesem mit, habe bei Pfaff die Sozialdemokraten aus allen wichtigen Positionen des Betriebsrates verdrängt. Die Militärregierung müsse daher verstärkt mit der SPD zusammenarbeiten, denn diese sei sich „ihrer Niederlage im Kampf gegen die kommunistische Agitation bei den Fabrikarbeitern wohl bewußt" und würde „alles unternehmen, um wieder die Oberhand zu gewinnen".[24]

Beweise für die Beteiligung der KPD an den Streiks bei Pfaff und Gehlen hatten die Franzosen freilich keine. Alles was der Kaiserslauterer Kreisdelegierte Vincens vorweisen konnte, war der äußerst vage Bericht eines Informanten der Sureté, der am Samstag, den 16. August, in der Warteschlange vor einem Lebensmittelgeschäft von der Frau des KPD-Stadtrates Oskar Brill gehört haben wollte, daß am kommenden Montag bei Pfaff ein Streik ausbrechen werde.[25]

---

22 Ebd.; Hinweise auf die angebliche Beteiligung der KPD auch in den Schreiben des Kreisdelegierten, Kaiserslautern v. 25.8.1947; der Section Travail, Koblenz v. 20.8.1947; der Direction du Travail, Koblenz v. 28.8.1947; der Direction des Affaires Administratives et Economiques, Neustadt v. 19.8.1947; des Service de l'Economie Générale et des Finances, Neustadt v. 25.8.1947, ebd.; es hat freilich den Anschein, als hätten die jeweils vorgesetzten Dienststellen die Hinweise ihrer nachgeordneten Abteilungen unkritisch und nur allzu gerne übernommen.

23 Ebd., Schreiben des Secrétariat Politique, Koblenz v. 20.8.1947.

24 Ebd., Schreiben v. Bronzen-Favereau an Hettier de Boislambert, Neustadt v. 19.8.1947; vgl. hierzu auch LATTARD (wie Anm. 3), S. 234-235.

25 Ebd., Schreiben des Kreisdelegierten, Kaiserslautern v. 25.8.1947 und der Direction du Travail, Koblenz v. 28.8.1947.

## Die Streiks im Mai 1947

In den folgenden Wochen entspannte sich die Situation ein wenig. Zwar war die Ernte des Jahres 1947 wegen des heißen Sommers, fehlender Düngemittel und unzureichender Maschinen die schlechteste seit Jahrzehnten und erreichte nicht einmal ein Drittel des Ertrags einer durchschnittlichen Vorkriegsernte. Durch die rigorose Erfassung aller vorhandenen Lebensmittel und die Hilfe der Amerikaner, die von August 1947 bis Juni 1948 mehr als 78.000 t Getreide nach Rheinland-Pfalz lieferten, gelang es der Regierung aber eine weitere Verschlechterung der Ernährungssituation abzuwenden. Von August bis Dezember 1947 stieg die Kalorienzahl der täglichen Lebensmittelrationen sogar von 800 bis 900 auf 1.300 bis 1.400 im Durchschnitt an, wenngleich große regionale Unterschiede und ein deutliches Land-Stadt-Gefälle, unter dem vor allem die größeren pfälzischen Industriestädte Frankenthal, Kaiserslautern, Ludwigshafen und Pirmasens zu leiden hatten, unübersehbar waren.[26]

Als im Januar 1948 die Ernte des Vorjahres aufgebraucht war, verschärfte sich die Lage allerdings erneut. Die Menschen lebten von nun an fast ausschließlich von der Hilfe der Amerikaner, die allein im Februar, März und April 1948 mehr als 4.000 t Getreide in die französische Besatzungszone lieferten und Tausende vor dem Verhungern retteten.[27] Wie dramatisch sich die Situation im Frühjahr 1948 zuspitzte, zeigen die Monatsberichte der pfälzischen Bürgermeister und Oberbürgermeister an die französische Militärregierung auf eindrucksvolle und zugleich beklemmende Weise. Nach dem Aufschwung des vergangenen Herbstes, der – so bescheiden er auch ausgefallen sein mochte – Hoffnungen auf eine dauerhafte Besserung geweckt hatte, wirkte sich nun die Verschlechterung der Lebensmittelversorgung um so verheerender aus. So notierte beispielsweise der Frankenthaler Oberbürgermeister Karl Breyer am 12. April: „Die für den Monat März vorgesehenen Rationen können zum größten Teil erst am Monatsende aufgerufen werden. Hülsenfrüchte, Teigwaren und Käse wurden bis heute noch nicht ausgegeben. Grundsätzlich kann gesagt werden, daß die Ernährungslage täglich schlechter wird. Die verteilten Einkellerungskartoffeln sind zum größten Teil aufgebraucht, die Brotrationen zu gering, um einen Ausgleich zu schaffen. Wenn nicht in allernächster Zeit eine Besserung eintritt, werden Hunger und Verzweiflung in den kommenden Monaten größer sein denn je".[28] Einen Monat später schrieb er: „Die

26 Vgl. ROTHENBERGER, Hungerjahre (wie Anm. 1), S. 179-208.

27 Ebd., S. 181 und S. 189-193.

28 Stadtarchiv Frankenthal, Best. III, Nr. 205/5: Monatsbericht/Berichtsabschnitt März 1948.

Ernährungsschwierigkeiten für die Gesamtbevölkerung sind auf einem Höhepunkt angelangt. Die allgemeine Körperschwäche äußert sich in einer Abnahme der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit der Betroffenen. Die Tuberkulose nimmt zu".[29] Und im Juni hieß es rückblickend auf den Mai: „Die Ernährungsschwierigkeiten sind soweit angestiegen, daß eine weitere Erhöhung derselben wohl kaum möglich erscheint. Die Fettstoffe wurden verspätet ausgeteilt, Käse, welcher für die Gesamternährung einen sehr wesentlichen Faktor bildet, seit ca. 2 Monaten überhaupt nicht, die Fleischration ist sehr gering und die Kartoffelvorräte der Bevölkerung sind ziemlich aufgebraucht".[30] Angesichts dieser dramatischen Entwicklung war es nicht verwunderlich, daß im Mai erneut spontane Streiks ausbrachen. Im Gegensatz zum Vorjahr, als die Streikbewegung auf Kaiserslautern beschränkt blieb und mit Pfaff und Gehlen nur zwei Betriebe erfaßte, breitete sie sich nun auf die ganze Pfalz aus. Ihr Schwerpunkt lag im vorderpfälzischen Industriezentrum Ludwigshafen-Frankenthal, das von der schweren Ernährungskrise im Frühjahr 1948 noch härter getroffen wurde als andere Teile der Region.

Der erste Streik brach in Ludwigshafen aus, wo am Morgen des 13. Mai mehrere Tausend Beschäftigte der BASF die Arbeit niederlegten und vor die Büros der französischen Direktoren zogen, die die unter französischer Verwaltung stehende Firma seit Juli 1945 leiteten. In einer Resolution forderten sie eine Erhöhung der Lebensmittelzuteilungen und die Einrichtung eines Kompensationsmarktes, auf dem zusätzliche Nahrungsmittel für die Beschäftigten der Firma eingetauscht werden sollten. Wie bei Pfaff und Gehlen war auch dieser Streik zunächst ohne Wissen und ohne die Unterstützung des Betriebsrates und der Gewerkschaften ausgebrochen. Er wurde erst beigelegt, als Ernst Lorenz, der in Personalunion Vorsitzender des Betriebsrates der BASF und des Ortsausschusses der Ludwigshafener Gewerkschaften war und die Vermittlung zwischen Firmenleitung und Streikenden übernommen hatte, den Arbeitern gegen Mittag mitteilte, daß ihre Forderungen von der Direktion „geprüft" würden.[31]

Der Ausstand der BASF-Arbeiter, der sich in Ludwigshafen wie ein Lauffeuer herumsprach, wirkte „wie ein Signal"[32], auf das viele gewartet hatten. Schon am nächsten Morgen brachen weitere Streiks aus: zunächst bei den Stadtwerken, dann bei den Straßenbahnern und schließlich in fast allen

29 Ebd., Monatsbericht/Berichtsabschnitt April 1948.

30 Ebd., Monatsbericht/Berichtsabschnitt Mai 1948.

31 Vgl. Seidl (wie Anm. 3), S. 337-337, und Lattard (ebenfalls wie Anm. 3), S. 240-241.

32 So die Formulierung von Lattard (wie Anm. 3), S. 240.

wichtigen Fabriken der Stadt. Um eine weitere Eskalation der Lage zu verhindern, beriefen die Gewerkschaftsführer und Betriebsratsvorsitzenden eine Vollversammlung aller Ludwigshafener Betriebsräte ein. Diese fand noch am Nachmittag statt und verabschiedete nach heftigen Diskussionen eine Resolution, in der die in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder aufgestellten Forderungen noch einmal präzisiert wurden: Erhöhung der Brot- und Fettrationen, rechtzeitige Ausgabe der aufgerufenen Lebensmittel, gerechte Verteilung der vorhandenen Vorräte und Aufhebung des Prioritätensystems, das die Höhe der Lebensmittelrationen für die einzelnen Beschäftigten regelte und von den meisten als ungerecht empfunden wurde.[33]

Die Hoffnung der Gewerkschaftsführer, die geglaubt hatten, mit dieser Resolution die Proteste unter Kontrolle gebracht zu haben, erwies sich freilich sehr schnell als Wunschdenken. Als eine Woche nach der Versammlung die geforderten und erhofften Zusatzrationen immer noch nicht verteilt worden waren, brachen erneut zahlreiche Streiks aus, ohne daß die Gewerkschaften oder Betriebsräte in der Lage gewesen wären sie zu verhindern. Sie übertrafen die vorhergehenden nicht nur an Dauer, sondern auch an Intensität und Radikalität. Ganz offensichtlich war die Geduld der Menschen, die nun schon seit mehr als zwei Jahren mit Versprechungen hingehalten wurden, endgültig erschöpft. Den Anfang machten am 19. Mai die Beschäftigten bei Grünzweig + Hartmann und bei der Knoll AG in Ludwigshafen. Zwar nahmen auch sie nach zwei Tagen die Arbeit wieder auf, drohten aber damit, erneut zu streiken, wenn ihre Forderungen, die sich weitgehend mit jenen der vorhergehenden Arbeitskämpfe deckten, nicht erfüllt würden.[34]

Einige Tage später griffen die Streiks von Ludwigshafen auch auf das zehn km entfernte Frankenthal über, wo die Situation ähnlich kritisch war wie in der Chemiestadt am Rhein. Der Frankenthaler Stadtrat hatte sich bereits am 14. Mai in einer Sondersitzung mit der katastrophalen Ernährungslage in der Stadt beschäftigt und in einer Resolution, die einstimmig verabschiedet und an die zuständigen Regierungsstellen in Neustadt und Koblenz geschickt wurde, auf die Dramatik der Lage hingewiesen. „Die Not hat den Höhepunkt erreicht! Die Katastrophe ist unvermeidlich, wenn nicht sofort Hilfe eintritt", so hieß es dort. „Die Kartoffeln, die Grundlage unserer Ernährung, sind aufgebraucht; Frühgemüse ist kaum zu haben, Käsezuteilung erfolgt seit März nicht mehr. Die Fettration für den Monat Mai steht noch aus. Die Fleischzuteilungen sind gering. Den Schwerarbei-

33 Vgl. Seidl (wie Anm. 3), S. 572, Anm. 30.
34 Ebd., S. 336-337.

tern konnten seit Januar die zugesicherten Kartoffeln nicht mehr zugeteilt werden. Täglich fahren Leute in die südwürttembergische Zone (sic!) und tauschen Gebrauchsgegenstände gegen Kartoffeln, die ihnen nicht selten unterwegs oder gar noch an der Endstation beschlagnahmt werden. In der Bevölkerung, insbesondere in den Arbeiterkreisen, erlahmt der Aufbauwille, nicht zuletzt, weil eben bekannt ist, dass in Gegenden der franz(ösischen) Zone es noch Kartoffeln in Überfluß gibt und wir hungern müssen. Der Stadtrat richtet deshalb an die Regierung die dringende Bitte, alle Maßregelungen zu ergreifen, die geeignet sind, noch in letzter Stunde eine Katastrophe zu vermeiden!"[35]

Am darauf folgenden Tag kam es zu einer Besprechung zwischen dem französischen Kreisdelegierten Rousselot und einer Delegation des Stadtrates. In deren Verlauf forderte Oberbürgermeister Breyer u.a. die Auslieferung der 6.000 Tonnen Mehl und der 600 Tonnen Zucker, die in der der Frankenthaler Zuckerfabrik lagerten. Rousselot lehnte dies allerdings ab, da Mehl und Zucker bereits zur Verteilung an die Mühlen und Bäckereien des Landkreises vorgesehen waren. Er sagte aber zu, sich bei der Militärregierung in Neustadt dafür einzusetzen, dass 50 bis 60 Tonnen Kartoffeln zur Linderung der größten Not an die Schwerstarbeiter in der Stadt ausgegeben würden.[36]

Trotz dieser Zusage legten die Beschäftigten in der Pumpenfabrik Klein, Schanzlin & Becker (KSB), dem größten Arbeitgeber der Stadt, am 20. Mai die Arbeit nieder. Anlaß war das unzureichende Essen in der Kantine. Der Verlauf des Streiks entsprach genau dem Muster der vorhergehenden Ausstände. Zunächst weigerten sich die Arbeiter einer einzelnen Abteilung – in diesem Falle der Montagehalle für Pumpen – die Arbeit aufzunehmen. Ihrem Beispiel folgten dann innerhalb kürzester Zeit fast alle anderen Werkstätten. Nur in der Gießerei, wo die am Morgen angeheizten Öfen ausgeräumt werden mussten, wurde weitergearbeitet. Als der Betriebsratsvorsitzende Heinrich Barié von der Arbeitsniederlegung erfuhr, informierte er sofort den französischen Kreisdelegierten. Dieser forderte ihn auf, alles in seiner Macht stehende zu tun, damit die Arbeiter die Produktion so schnell wie möglich wieder aufnähmen. Arbeitsniederlegungen, so machte er ihm deutlich, würden in keiner Weise zur Lösung der Ernährungsprobleme beitragen. In mehreren Betriebsversammlungen, in denen er gemeinsam mit Otto Merz, dem Vorsitzenden des Frankenthaler Gewerkschaftskartells, die

35 Stadtarchiv Frankenthal, Best. III/205/5: Monatsbericht von Oberbürgermeister Breyer v. 11.6.1948

36 AOFAA, Best. RP, Nr. 2532/4-5: Schreiben Délégué du Cercle de Frankenthal à Délégué pour le Gouvernement Militaire de la Province du Palatinat, 19.5.1948.

Arbeiter über die Haltung der Franzosen unterrichtete, gelang es Barié schließlich, ein Ende des Streiks und die Wiederaufnahme der Arbeit durchzusetzen.[37]

Am Morgen des 21. Mai traten auch die Arbeiter und Angestellten von Kühnle, Kopp & Kausch (KKK) und der Schnellpressenfabrik Albert in den Ausstand. Wie bei allen anderen bislang behandelten Streiks waren es erneut spontane Aktionen, über die weder die Gewerkschaften noch die Betriebsräte informiert worden waren. Auch die Ursachen der Streiks waren die gleichen: zu niedrige Lebensmittelrationen und die Verärgerung über das Ausbleiben versprochener Zusatzlieferungen.[38] Als die Werkmeister von KKK ihre Arbeiter aufforderten, den Streik zu beenden, erhielten sie immer wieder die gleiche Antwort, wie der französische Kreisdelegierte Rousselot in einem Bericht notierte: Man habe „wegen der schlechten Ernährung nicht mehr die Kraft zu arbeiten".[39]

Auf Anordnung von Rousselot fand daraufhin gegen 11 Uhr eine Besprechung zwischen den Betriebsräten sämtlicher Frankenthaler Fabriken, den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften und des Gewerkschaftskartells und Vertretern der Militärregierung statt, in deren Verlauf die Franzosen noch einmal ihre Position in aller Deutlichkeit zum Ausdruck brachten: Streiks und andere Protestaktionen würden die Lage der Bevölkerung nur verschlimmern und daher von der Militärregierung unter keinen Umständen geduldet werden. Als die Streikenden von ihren Betriebsräten am frühen Nachmittag über die Ergebnisse der Sitzung und die harte Haltung der Militärregierung informiert wurden, gaben sie schließlich nach und beendeten ihren Ausstand.[40]

## Die Streikwelle breitet sich aus

Zwar gelang es den Franzosen durch ihre unnachgiebige Haltung immer wieder, die Streiks nach kurzer Zeit zu beenden, die eigentlichen Ursache der Arbeitsniederlegungen – die sich drastisch verschlechternde Ernährungssituation – wurde dadurch aber nicht beseitigt. Es war also kein Wunder,

37 Ebd., ders. an dens., 21.5.1948

38 Vgl. ebd., Délégation du Cercle de Frankenthal: Compte-rendue de l'arrêt de travail du 21-5-48 à l'usine K.K.K. et à la Schnellpressenfabrik Frankenthal, 21.5.1948; Délégué du Cercle de Frankenthal à Délégué pour le Gouvernement Militaire de la Province du Palatinat, o.D.; ders. an dens., 21.5.1948; Le Commissaire de Sureté du Cercle de Frankenthal à Monsieur le Controleur de la Sureté de Neustadt, 21.5.1948

39 Ebd., Schreiben an Délégué pour le Gouvernement Militaire de la Province du Palatinat, 21.5.1948.

40 Ebd.

daß die Streikwelle nicht verebbte, sondern sich Ende Mai/Anfang Juni des Jahres weiter verstärkte und nun auch auf Städte und Betriebe übergriff, die bislang von Arbeitsniederlegungen noch nicht betroffen waren. Bereits am 25. Mai legten die Beschäftigten der KKK, der Schnellpressenfabrik Albert und der Pumpenfabrik Balcke in Frankenthal erneut die Arbeit nieder; am Tag darauf streikten die Arbeiter der Zelluloidfabrik in Speyer und am 1. Juni traten die Weber der Textilfabriken Marx, F. & L. Haas und Gebrüder Haas in Lambrecht in den Ausstand.[41] Streikdrohungen wurden aus den Steinbrüchen in Rammelsbach, der IBAG in Neustadt und der Eisenwerke in Kaiserslautern gemeldet.[42] Bei Marx in Lambrecht ging die Initiative zum Streik von den in der Fabrik beschäftigten Frauen aus, die nach der Mittagspause durch die Werkstätten zogen und ihre Kollegen aufforderten, die Maschinen nicht wieder anzuschalten.[43] Die Ausstände wurden zwar auch in diesen Fällen nach wenigen Stunden wieder abgebrochen, weil die Arbeiter einsehen mussten, „daß ein Kampf gegen Hunger nicht von unten, sondern von oben durchgeführt werden muss", wie es in einer Resolution des Betriebsrates der Zelluloidfabrik Speyer hieß;[44] die völlig unabhängig voneinander ausgebrochenen Streiks zeigten aber noch einmal in aller Deutlichkeit, wie groß die Unzufriedenheit und Protestbereitschaft der Arbeiter angesichts der katastrophalen Ernährungslage mittlerweile geworden war und wie wenig sie von den Betriebsräten und den Gewerkschaften kontrolliert werden konnte.

Ihren Höhepunkt erreichte die neue Streikwelle am 7. und 8. Juni, als in Ludwigshafen und Frankenthal nahezu alle Betriebe und Fabriken bestreikt wurden. Auslöser war eine Sonderzuteilung von 10 Pfund Kartoffeln an die Beschäftigten der BASF, deren Betriebsrat es nach dem Ausstand vom Mai von der Firmenleitung gestattet worden war, einen Kompensations-

41 Ebd., Schreiben an Délégué pour le Gouvernement Militaire de la Province du Palatinat, Frankenthal, 25.5.1948: Arrêt du Travail dans un atelier de la firme K.K.K. à Frankenthal; dass., Frankenthal, 25.5.1948: Cessation du travail dans les firmes Schnellpressenfabrik et Balcke à Frankenthal; Best. RP, Nr. 301/1: Délégué de la Province du Palatinat à Délégué Général de l'Etat Rhéno-Palatin, 27.5.1948: Grève dans la Celluloidfabrik à Spire; ders. an dens., 2.6.1948: Arret de travail dans les usines textiles de Lambrecht; Note à l'attention de M. le Secrétaire Général, 2.6.1948.

42 Ebd., Best. RP 301/1: Délégué du Cercle de Kusel à Délégué Général pour le Gouvernement Militaire de l'Etat Rhéno-Palatin, 26.5.1948; Délégué de la Province du Palatinat à Délégué Général de l'Etat Rhéno-Palatin, 4.6.1948: Menaces de grèves à la Firme IBAG à Neustadt; ders. an dens., 5.6.1948: Arret de travail à l'usine Eisenwerke Kaiserslautern.

43 Ebd., Délégué de la Province du Palatinat à Délégué Général de l'Etat Rhéno-Palatin, 2.6.1948: Arrêt de travail dans les usines textiles de Lambrecht.

44 Ebd., Abschrift einer Resolution des Betriebsrates der Celluloidfabrik Speyer, 1.6.1948.

markt einzurichten und auf diesem Wege zusätzliche Lebensmittellieferungen für die Mitarbeiter der Firma zu organisieren.[45] In der Bevölkerung von Ludwigshafen und Frankenthal hatte diese Sonderbehandlung der BASF durch die Franzosen große Unruhe ausgelöst. Als am 6. Juni immer noch nicht alle Rationen für den Mai verteilt worden waren und die nach den Streiks Mitte Mai zugesagten Zusatzlieferungen weiter ausblieben, war die Geduld der Menschen erneut erschöpft. Am Morgen des 7. Juni weigerten sich zunächst die Ludwigshafener Straßenbahner, die Arbeit aufzunehmen; kurz darauf trat das Personal der Rhein-Haardt-Bahn in den Ausstand, und gegen 10 Uhr wurde bekannt, daß auch die Arbeiter der Firma Halberg die Arbeit eingestellt hatten. Daraufhin fand um 11 Uhr eine Vollversammlung aller Ludwigshafener Betriebsräte statt, da zu befürchten stand, daß der Streik auch auf die anderen Fabriken der Stadt übergreifen würde. Im Gegensatz zu allen bisherigen Fällen entschieden sich die Betriebsratsvertreter diesmal aber dafür, den Ausstand zu unterstützen. Nach „erregter Aussprache"[46] beschlossen sie, in allen größeren Ludwigshafener Fabriken die Arbeit einzustellen und erst wieder aufzunehmen, wenn die im Mai zugesagten Zusatzrationen geliefert würden. Mit Ausnahme der BASF, deren Mitarbeiter ja bereits Zusatzlieferungen an Lebensmitteln erhalten hatten und deren Betriebsrat den Streik daher ablehnte, hielten sich nahezu alle Betriebe an diesen Beschluß. Gegen Mittag wurde nur noch in der Chemiefabrik am Rhein gearbeitet.

Auch die französische Militärbehörden stellte dieser Beschluß vor eine völlig neue Situation. Bislang hatten die Betriebsräte und Gewerkschaften immer dafür gesorgt, daß Streiks erst gar nicht ausbrachen (so im Mai in Neustadt, Kaiserslautern und Rammelsbach) oder, wenn dies doch geschah, daß sie so schnell wie möglich beendet wurden. Nun unterstützten die Betriebsräte zum ersten Mal die Streikbewegung und verliehen ihr damit natürlich erheblich mehr an Gewicht und Dynamik. Für die Militärregierung und die Gewerkschaften war es daher nicht so einfach wie im August 1947 oder im Mai 1948, „die Bewegung einzudämmen"[47]. Zwar weigerte sich der französische Kreiskommandant in einem ersten Gespräch mit Ernst Lorenz, dem Vorsitzenden des Ludwigshafener Gewerkschaftsausschusses, über die Forderungen der Streikenden überhaupt zu verhandeln, solange die Arbeit nicht wieder aufgenommen worden sei. Als er aber erkennen mußte, daß seine unnachgiebige Haltung in diesem Falle ohne Erfolg blieb

45 Vgl. Seidl (wie Anm. 3), S. 337-343, und Lattard (ebenfalls wie Anm. 3), S. 243-246.

46 Zit. nach Seidl (wie Anm. 3), S. 340.

47 Lattard (wie Anm. 3), S. 244.

und auch Oberregierungspräsident Bögler (SPD), den er um Vermittlung gebeten hatte, ein Ende des Streiks nicht erreichen konnte, stimmte er schließlich Gesprächen mit Vertretern der Gewerkschaften, des Betriebsrates der BASF, der sich ja dem Streik nicht angeschlossen hatte, und des Oberregierungspräsidiums zu, weigerte sich aber nach wie vor, direkt mit den Streikenden zu verhandeln.

Im Verlauf der Gespräche, die am Vormittag des 8. Juni stattfanden und auf französischer Seite vom Direktor für Wirtschaft und Finanzen geführt wurden, stellte die Militärregierung dann zwar eine Revision der Prioritätensystems, die Beteiligung deutscher Stellen bei der Verteilung von Lebensmitteln und die Reduzierung der Requisitionen für das französische Militär in Aussicht, hütete sich aber, konkrete Zusagen zu machen. Es überraschte daher niemand, daß die Betriebsräte diese Angebote als zu vage ablehnten und in einer weiteren Vollversammlung am Nachmittag die Fortsetzung des Streiks beschlossen. Erst als Bögler und mehrere Mitglieder der Landesregierung, die extra aus Koblenz zu dieser Sitzung angereist waren, „an die politische Vernunft" der Arbeiter appellierten und sie eindringlich darauf hinwiesen, „daß es unklug sei, durch Fortsetzen des Streiks die angebahnten Verhandlungen zu sabotieren und einer Verständigung jede Grundlage zu entziehen",[48] lenkten sie ein und stimmten einem Ende des Streiks zu. In einer Resolution präzisierten sie aber noch einmal ihre Forderungen: Einfuhr von Lebensmitteln, Beseitigung der Prioritäten, Beendigung der Requisitionen und Kontrolle der Lebensmittelverteilung durch deutsche Dienststellen und die Gewerkschaften. Die Skepsis an der Basis war aber nach wie vor groß. So akzeptierten die Beschäftigten von Raschig den Beschluß der Vollversammlung nur unter der Bedingung, daß die versprochenen Zusatzrationen bis Ende des Monats zugeteilt sein müßten.

Am 8. und 9. Juni wurden auch aus den Pumpenfabriken KSB und Balcke in Frankenthal[49] und der Textilfabrik Oehlert in Neustadt[50] Streiks gemeldet. Ihr Ausbruch war die direkte Konsequenz der Ludwigshafener

48 Zit. nach SEIDL (wie Anm. 3), S. 341.

49 AOFAA, Best. RP, Nr. 2532/4-5: Schreiben an Délégué pour le Gouvernement Militaire de la Province du Palatinat, 8.6.1948: Arrêt du travail à l'usine Balcke; Nr. 301/1; ders. an dens., 8.6.1948: Situation sociale à Frankenthal dans les journeés des 7 et 8 juin 1948; Nr. 2532/4-5, Commissaire de Sureté du Cercle de Frankenthal à Controleur de la Sureté-Brigade régionale de Neustadt, 8.6.1948: Grève à l'usine Balcke de Frankenthal; Nr. 301/1, Délégué de la Province du Palatinat à Délégué Général de l'Etat Rhéno-Palatin, 9.6.1948: Arret du Travail à l'usine Balcke le 8 juin 1948; Nr. 2534/4-5, KSB AG Frankenthal an Délégué du Cercle de Frankenthal, 9.6.1948.

50 Ebd.; Nr. 301/1, Délégué de la Province du Palatinat à Délégué Général de l'Etat Rhéno-Palatin, 9.6.1948: Arret du travail à l'usine de textiles Oehlert le 9 juin.

Ereignisse, die sich natürlich auch in Frankenthal und Neustadt sehr schnell herumgesprochen hatten. Im Gegensatz zu Ludwigshafen solidarisierten sich die Betriebsräte bei KSB, Balcke und Oehlert aber nicht mit den Streikenden, sondern versuchten ein rasches Ende der Arbeitsniederlegungen zu erreichen.

Über den Streik bei Balcke liegt ein längerer Bericht der Firmenleitung an die Militärregierung vor. In ihm heißt es u.a.: „Kurz nach 8.30 Uhr wurden wir durch unsere Obermeister davon verständigt, daß die Arbeiterschaft der mechanischen Abteilungen, und zwar: Dreherei, Werkzeugmacherei, Schlosserei und Schmiede, die Arbeit niedergelegt hätten. Als Grund wurde Erschöpfung angegeben. Um 8.45 Uhr erschien der Gießerei-Leiter unserer Fabrik und berichtete uns ebenfalls, daß auch die Gießerei mit Modellschreinerei die Arbeit aus dem gleichen Grunde eingestellt hätten. Unsere sofortige Rücksprache mit dem Betriebsrat ergab, daß sich dieser mit dem Verhalten der Belegschaft nicht solidarisch erklärte, sondern unseren Standpunkt der Nutzlosigkeit eines solchen Beginnens vollkommen teilte. Der Betriebsrat berichtete, daß es der Arbeiterschaft schwer falle, bei der augenblicklichen Ernährungslage körperliche Anstrengungen auf sich zu nehmen, er wolle jedoch versuchen, auf die Arbeiter einzuwirken, die Arbeit wieder aufzunehmen. In den mechanischen Abteilungen ist dies auch gelungen, so daß um 10 Uhr die mechanischen Abteilungen wieder geschlossen an der Arbeit waren, wogegen die Gießerei-Arbeiter es zunächst weiterhin ablehnten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es bedurfte erst mehrfacher Vorstellungen unsererseits sowie der Einschaltung des Frankenthaler Ortsausschusses der Gewerkschaften, die Gießerei-Arbeiter zur Arbeitsaufnahme zu bewegen. Nach der Mittagspause um 12.30 Uhr nahm sodann die Gießerei die Arbeit wieder auf. (...) Von der gesamten Arbeiterschaft von 240 Personen haben demnach 170 Arbeiter ausgesetzt. Bei den 70 nicht beteiligten Arbeitern handelte es sich namentlich um solche, die eine bestimmte Notstandsarbeit zu verrichten hatten. Die gesamten Ausfallstunden belaufen sich auf 284. Gemessen an dem gesamten monatlichen Stundensoll von 47 520 Stunden beträgt der Ausfall 0,6%. Wir haben unseren Betriebsrat nochmals auf die Ungesetzmäßigkeit einer solchen Aktion hingewiesen und haben mit aller Eindringlichkeit darauf aufmerksam gemacht, daß sich derartige Vorkommnisse nicht noch einmal wiederholen dürfen. Der Betriebsrat versicherte uns, daß er nach wie vor bereit sei, die Arbeitsdisziplin aufrecht zu erhalten, er würde sich bemühen, in diesem Sinne weiter auf die Arbeiterschaft einzuwirken".[51]

51 Ebd., Nr. 2534/4-5, Maschinenbau-Aktiengesellschaft Balcke an Militärregierung, 9.6.1948: Mehrstündige Arbeitsniederlegung am 8. Juni ds. Js.

## Fazit

Die Arbeitsniederlegungen in Ludwigshafen, Frankenthal und Neustadt vom 7., 8. und 9. Juni 1948 bildeten den Abschluß der großen Streikwelle, die im August 1947 mit dem Ausstand bei Pfaff in Kaiserslautern begonnen und auf ihrem Höhepunkt im Frühjahr 1948 fast alle wichtigen Betriebe der Region erfasst hatte. Insgesamt waren in den elf Monaten zwischen August 1947 und Juni 1948 über 20 Streiks ausgebrochen. In der Regel handelte es sich um spontane Aktionen, kurze und meist lokal begrenzte Arbeitsniederlegungen, entstanden aus einem Gefühl der Hoffnungslosigkeit, das die Menschen angesichts der ökonomischen Verhältnisse erfasst hatte. Es waren im Grunde unpolitische „Hungerrevolten",[52] hilflose Protestaktionen gegen die katastrophale Ernährungs- und Versorgungslage, „Demonstrationen der Verzweiflung",[53] die nur ein Ziel hatten: auf die Verelendung der Bevölkerung aufmerksam zu machen und der Militärregierung, den deutschen Verwaltungsstellen und den Gewerkschaften in aller Deutlichkeit vor Augen zu führen, dass es so nicht weitergehen könne. Sie unterschieden sich daher auch grundlegend von allen anderen Streiks, die es in Deutschland seit der Industrialisierung bis dahin gegeben hatte und in deren Mittelpunkt stets Forderungen nach höheren Löhnen, geringeren Arbeitszeiten, besseren Arbeitsbedingungen, mehr Mitbestimmung im Betrieb oder, wie beim Kapp-Putsch 1920, die Verteidigung der Republik und der parlamentarischen Demokratie gegen rechtsradikale Putschisten gestanden hatten. Konkrete politische Forderungen wurden nur ein einziges Mal laut, als im November 1946 die Teilnehmer der großen Hungerdemonstration in Ludwigshafen in einer Resolution die Aufhebung der Zonengrenzen forderten.[54] Aber auch dieser Appell hatte einen unmittelbaren Bezug zur eigentlichen Ursache der Demonstration und der wenig später ausbrechenden Streiks, da die Menschen überzeugt davon waren, dass die Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen einer der wichtigsten Gründe für die Ernährungskrise war und eine Beseitigung der Zonengrenzen die katastrophale Versorgungslage entscheidend verbessern würde.

Im Gegensatz zum Ruhrgebiet, wo die Protestaktionen gegen die Ernährungskrise häufig von den lokalen und regionalen Arbeitnehmerorganisationen unterstützt oder gar initiiert wurden, waren die Betriebsräte und Gewerkschaften in der Pfalz in keinem einzigen Fall direkt oder indirekt am Ausbruch der Streiks beteiligt. In allen Berichten der französischen

52 Christoph KLEßMANN/Peter FRIEDMANN, Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946-1948, Frankfurt/New York 1977, S. 74.

53 Ebd., S. 55.

54 Siehe oben S. XY

Militärbehörden kommt deutlich zum Ausdruck, dass sie in der Regel von den Arbeitsniederlegungen überrascht wurden und die Aktionen grundsätzlich missbilligten. So hatte der Vorsitzende der Textilarbeitergewerkschaft in Lambrecht, Ohler, noch am Abend vor Ausbruch des Streiks am 1. Juni 1948 einem französischen Offizier versichert, dass die Lage ruhig sei und Proteste nicht zu befürchten seien.[55] Die meisten Gewerkschaftsführer sahen in den Streiks aussichtslose und politisch gefährliche Aktionen, die nur „negative Auswirkungen" haben und den Interessen der Arbeiter schaden würden, wie dies Heinrich Barié, der Betriebsratsvorsitzende von KSB in Frankenthal, in Verhandlungen mit Streikenden Anfang Juni 1948 formulierte.[56] Erfolg hätten ihrer Meinung nach nur Arbeitsniederlegungen, die von den Gewerkschaften organisiert und koordiniert würden. Sie befürchteten zudem, dass es bei längeren wilden Streiks zu Konflikten mit den Besatzungsbehörden kommen und die Franzosen möglicherweise die bestehenden Betriebsräte auflösen und einzelne Gewerkschaftsorganisationen verbieten könnten – eine Entwicklung, die man unter allen Umständen verhindern wollte. Aus diesem Grunde setzten sich die Betriebsräte und Gewerkschaften in fast allen Fällen „mit großem Engagement" für die Beilegung der ausgebrochenen Streiks ein,[57] auch wenn sie die Motive der Streikenden verstanden und in ihrer täglichen Arbeit mit ebenso großem Einsatz und auf vielfältige Weise für eine Verbesserung der Ernährungslage kämpften. Unterstützt haben die Gewerkschaftsführer lediglich den Ausstand am 7. und 8. Juni 1948 in Ludwigshafen, da sie befürchten mussten, dass sich die Proteste über die ganze Stadt ausbreiten und sie selbst jede Kontrolle über deren weiteren Verlauf verlieren würden. „Keine wilden Streiks" – diese Schlagzeile, mit der die „Gewerkschaftszeitung" am 20. Mai 1948 erschien, fasst auf prägnante Weise die Haltung der Gewerkschaften und der meisten Betriebsräte in der Pfalz in jenen Monaten zusammen.[58]

Der Ausbruch der Streiks ohne vorherige Informationen der Betriebsräte und der Gewerkschaften war aber auch ein deutliches Indiz für die Unzufriedenheit der Beschäftigten mit der Arbeit ihrer Interessenvertreter, die ja ganz offensichtlich nicht in der Lage waren, das dringlichste Problem jener Wochen – die mangelnde Versorgung mit Lebensmitteln – zu lösen.

55 AOFAA, Best. RP, Nr. 301/1, Brozen-Favereau an Délégué de l'Etat Rhéno-Palatin, 2.6.1948: Arrêt de travail dans les usines textiles de Lambrecht.

56 Ebd., Nr. 2534/4-5, KSB Aktiengesellschaft an Délégué du Cercle de Frankenthal, 9.6.1948.

57 Ebd., Schreiben an Délégué pour le Gouvernement Militaire de la Province du Palatinat, 8.6.1948: Situation sociale à Frankenthal dans les journées des 7 et 8 juin 1948.

58 Gewerkschaftszeitung v. 20.5.1948.

„Eine ganze Reihe von Fakten lassen vermuten", so hieß es in einem Bericht über die Ereignisse bei KKK in Frankenthal an die Militärregierung in Neustadt am 21. Mai 1948, „dass die Gewerkschaftsführer und vor allem die Betriebsräte die Arbeiter nicht mehr vollständig unter Kontrolle haben. Diese werfen ihnen vor, sie würden weder in der Ernährungs- noch in der Lohnfrage konkrete Verbesserungen erzielen".[59] Wenige Wochen später berichtete Heinrich Barié von ähnlichen Entwicklungstendenzen bei KSB. In einem Gespräch mit dem französischen Kreisdelegierten musste er eingestehen, dass „die Arbeiter den Gewerkschaften und den Betriebsräten kein Vertrauen mehr entgegenbringen und ihnen vorwerfen, sie würden Versprechungen machen, die sie nicht hielten".[60] Als die streikenden Arbeiter bei KSB von ihrem Meister aufgefordert wurden, sich doch beim Betriebsrat über die geringen Lebensmittelrationen zu beschweren, hätten diese geantwortet, dass „Beschwerden erfolglos seien und keine Verbesserungen bringen würden".[61] Wie groß der Vertrauensverlust war, zeigte sich auch, als nach dem Ende der Streiks im Juni 1948 bei Balcke in Frankenthal und Oehlert in Neustadt unter den Arbeitern die Forderung laut wurde, wegen der mangelnden Unterstützung der Protestbewegung durch die Arbeitnehmerorganisationen geschlossen aus der Gewerkschaft auszutreten.[62]

Die Franzosen sahen in den Streiks der Jahre 1947 und 1948 zunächst nichts anderes als unerwünschte und ihrer Meinung nach unnötige und schädliche Störungen beim Wiederaufbau der Wirtschaft, der neben Rééducation und Föderalisierung der politischen Strukturen zu den zentralen Zielen ihrer Besatzungspolitik gehörte. Die sozialen Probleme, die Anlaß für den Ausbruch der Streiks waren, interessierten sie dagegen meist nur wenig. Bereits im August 1947 wurden die französischen Arbeitsoffiziere in einem Rundschreiben angewiesen, Arbeitsniederlegungen unter allen Umständen zu verhindern und ausgebrochene Streiks in Zusammenarbeit mit

59 AOFAA, Best. RP, Nr. 2534/4-5, Schreiben an Délégué pour le Gouvernement Militaire de la Province du Palatinat, 21.5.1948: Développements de l'agitation sociale en cessation – Arret du travail à l'usine K.K.K., fabrique de pompes, dans la matinée du 21-5-48.

60 Ebd., Schreiben an Délégué pour le Gouvernement Militaire de la Province du Palatinat, 6.6.1948: Arret du Travail à l'usine Balcke; vgl. auch ebd. Nr. 301/1, Chef de la Section Travail à Délégué pour le Gouvernement Militaire du Palatinat, Kaiserslautern, 20.8.1947, wo es heißt: „Wie beim Streik in Frankenthal, so scheint es, als hätten die Arbeiter die Sache begonnen, ohne den Betriebsrat zu informieren, sei es, weil sie diesen nicht informieren wollten oder weil sie kein Vertrauen in ihn hatten".

61 Ebd., Délégué du Cercle de Frankenthal à Délégué pour le Gouvernement Militaire de la Province du Palatinat, 21.5.1948: Arrêt du travail à l'usine K.S.B. dans l'après-midi du 20-5-1948.

62 Vgl Lattard (wie Anm. 3), S. 245, Anm. 84.

Gewerkschaften, Betriebsräten und Firmenleitungen so schnell wie möglich zu beenden.[63] Gleichzeitig intensivierte die Militärregierung den Kontakt zu den Gewerkschaften, um deren Einfluß auf die Arbeiter für die eigenen Ziele zu nutzen.[64] Verständnis für die Proteste der Bevölkerung hatten allenfalls einige örtliche Besatzungsoffiziere, die in ihrer täglichen Arbeit sehr viel direkter mit den Sorgen und Problemen der Menschen konfrontiert wurden als die Militärregierung in Baden-Baden.[65]

Da die Franzosen die soziale Notlage der Bevölkerung lange Zeit unterschätzten und daher die eigentlichen Ursachen der Streikwelle von 1947/48 nicht verstanden, vermuteten sie hinter den Arbeitsniederlegungen immer wieder kommunistische oder sozialdemokratische Agitatoren, die die Ernährungskrise für parteipolitische Zwecke ausnützen würden. So heißt es in einem Bericht der Sureté vom 8. Juni 1948 über den Streik bei Balcke in Frankenthal: „Auf den ersten Blick handelte es sich um einen Streik, der spontan ausgebrochen ist. Es besteht aber der Verdacht, dass er seit einiger Zeit angestiftet worden ist".[66] Konkrete Belege für ihre Behauptung konnten aber weder die Sureté in Frankenthal noch andere Dienststellen der Militärregierung vorlegen.

Die Haltung der Franzosen scheint sich erst geändert zu haben, als im Frühjahr 1948 für jedermann ersichtlich wurde, wie sehr sich die Ernährungslage zugespitzt hatte und wie groß die Verzweiflung der Menschen

63 Als Beispiel für viele: Schreiben an Délégué pour le Gouvernement Militaire de la Province du Palatinat, 21.5.1948: Développements de l'agitation sociale en cessation – Arret du travail à l'usine K.K.K., fabriques de pompes, dans la matinée du 21-5-48, in dem es heißt: „Der Betriebsrat wurde von der Militärverwaltung umgehend aufgefordert, die Arbeiter zu bewegen, die Arbeit wieder aufzunehmen". AOFAA, Best. RP, Nr. 2534/4-5.

64 Vgl. LATTARD (wie Anm. 3), S. 235-236.

65 Siehe oben S. 469.

66 AOFAA, Best. RP, Nr. 301/1: Sureté du Cercle de Frankenthal à Controleur de la Sureté-Brigade régionale de Neustadt, 8.6.1948: Grève à l'usine Balcke de Frankenthal; vgl. auch Nr. 2534/4-5: Schreiben an Délégué pour le Gouvernement Militaire de la Province du Palatinat, 21.5.1948, in dem auf „Elemente" hingewiesen wird, „plus ou moins clandestines, rattachés directement ou indirectement au KPD, qui ont pour mission d'exploiter chaque possibilité de mécontement, utiliseront peut-etre l'énervement plus ou moins spontane qui s'est développé ce jours derniers"; Sureté du Cercle de Frankenthal à Controleur de la Sureté-renseignements Généraux de Neustadt, 21.5.1948, dort heißt es lapidar: „Fomenteurs présumés: Fonctionnaires du KPD"; und Schreiben an Délégué pour le Gouvernement Militaire de la Province du Palatinat, 25.5.1948, wo es heißt: „Les responsables de cette manifestation seraient quelques éléments communistes qui encouragés par les incidents qui sont produits la semaine précédents, auraient voulu les renouveler dans un but politique".

geworden war – mochten nun kommunistische Agitatoren hinter den Protesten und Streiks stecken oder nicht. In einem Bericht der Abteilung „Arbeit" der Neustadter Militärregierung vom 18. Mai 1948 war nun zum ersten Mal davon die Rede, dass viele Forderungen der streikenden Arbeiter, wie die nach rechtzeitiger Zuteilung der Lebensmittel oder nach einer Reform des Prioritätensystems, berechtigt seien – eine Haltung, die sich in den darauf folgenden Wochen in den Reihen der Besatzungsoffiziere mehr und mehr durchsetzte und wohl auch von Gouverneur Hettier de Boislambert geteilt wurde.[67]

Im Herbst 1948 entspannte sich die Lage allerdings merklich. Eine überdurchschnittlich gute Ernte, deren Erträge doppelt so hoch waren wie 1947, die Lebensmittellieferungen im Rahmen des Marshallplanes und das Ende der französischen Requisitionen am 1. Oktober sorgten für eine spürbare Verbesserung der Versorgungslage.[68] Am 1. Dezember 1948 wurden die Lebensmittelrationen schließlich auf das Niveau der Bizone angehoben. Damit waren zwar nicht alle Probleme gelöst, hungern musste von nun an aber auch in der Pfalz niemand mehr und für die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben der Region standen wieder andere Fragen im Vordergrund. Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und die Regelung der betrieblichen Mitbestimmung – das waren die Themen, über die von nun an diskutiert wurde.

67 Vgl. Lattard (wie Anm. 3), S. 242.
68 Vgl. Rothenberger, Hungerjahre (wie Anm. 1), S. 209-215.

# Personenregister


Adenauer, Konrad 199,445,446
Altmann, Georges 342
Altmeier, Peter 8,28,119,131,134,170,209,220,287,354-356, 398,451
Ambros, Otto 441,443
Andersch, Alfred 303
Andres, Stefan 310
Anschütz, Hans 61,69,151f,155f,164
Arens, Hans 248f
Armand (franz. Militärregierung) 103

Back, Gustav 348
Baisch (Verleger) 217
Balmer (US-General) 69
Barié, Heinrich 476,477,483,484
Barth, Karl 56f,123,144,147
Barthel, Max 310
Basler, Hermann 322
Bassermann-Jordan (Weingutsbesitzer) 387
Bauer, Valentin 365
Baumann, Adolf 346,351
Baumgärtner, Fritz 401,404,410,413,418,423,424,425,428, 431,433
Bär, Johannes 254
Bärmann, Johannes 72,151-154-156f,159
Beck (Ökonomierat) 395
Becker, August 307
Becker, Jakob 100
Becker, Karl 330
Bender, Hans 308
Benz, Wolfgang 465
Benzino, Josef 387
Bergmann, Ulla 350
Bergsträsser, Ludwig 79
Bertram, Ludwig 393,396
Betram, Kurt 393
Best, Georg Jakob 318
Betsch, Roland 307
Betz, Adolf 212
Biese, Gerd 315
Bilabel, Heinrich 169
Birnbaum, Ernst 409
Bischoff, Oskar 306f

| | |
|---|---|
| Bissier, Julius | 318 |
| Bley, Adolf | 112,118 |
| Blumenfeld, K. | 332 |
| Boden, Wilhelm | 67,86ff,91ff,163,170,318 |
| Borchers, Heinrich | 348 |
| Born, Georg | 368 |
| Bornewasser, Franz Rudolph | 223 |
| Botigelli (Major) | 201 |
| Bouley, Jean-Claude | 18f,20,22,25,27,74,99,104,114ff,132,153, 157,159f,205,248,258,264,279,282,348, 351f,389,390,391 |
| Bourthoumieux, Charles | 153,160f |
| Böckler, Hans | 191,196 |
| Bögler, Franz | 84,115f,118-121,131,135,211,214, 317,357,360,366f,372f,376, 378-384,399,413,480 |
| Böhler, Wilhelm | 284 |
| Bökenkrüger, Wilhelm | 72 |
| Bösing, Wilhelm | 144 |
| Braun, Franz | 404 |
| Braun, Fritz | 191 |
| Braun, Hans | 184 |
| Brendel, Walter | 318 |
| Breier, Fritz | 129,146 |
| Brentano, Heinrich von | 62 |
| Breyer, Karl | 129,191,425,473,476 |
| Breyer, Robert | 467 |
| Brigaldino, Herold | 404 |
| Brill, Oskar | 404,421,472 |
| Brochowski, Albert von | 72 |
| Bronzen-Favereau, André | 19,27,84,93f,121,128,132,153,205, 217,224,250,264,282,472 |
| Buhl, Herbert | 378,382 |
| Bursch (Major) | 266-269 |
| Buschmann, Ernst | 424 |
| Bürckel, Josef | 56,77,123,143-146,278 |
| Campenhausen, Axel von | 241 |
| Candidus, August | 115 |
| Cappel, Julius | 266 |
| Carné, Marcel | 339 |
| Caspary, Carl | 145 |
| Cavael, Rolf | 318 |
| Chandon | 186,188 |
| Chargesheimer | 318 |
| Cocteau, Jean | 325 |

Colin-Reval, Marcel 324f,328
Coné, Clément 251
Croissant, Hermann 313f,316,318

Dahlem, Friedrich 352
Dahlgrün, Hans-Georg 72,154
Damian, Erwin 308,310f
Damm, Friedrich 349
Damm, Josef 49,113,116,234
Dautermann, Wilhelm 207
De Gaulle, Charles 74,79f,294f
Dell, Alfred 410
Denger, Oskar 308f
Dengler, Theobald 228
Deutsch-Einöder, Erni 308
Diehl, Lorenz 352
Diehl, Ludwig 142,243-245,247,251
Dieterle, Wilhelm 322
Dill, Otto 317
Ditscher, Otto 315,318
Dobbeck, Oswald 201,206
Dohr (Arzt aus Trier) 399
Doll, Hedwig 321,330,333
Doller, Ernst 161
Dornbach, Hans 318
Dorten, Adam 355
Döblin, Alfred 305,310,319
Dörner, Adolf 316f
Dörr, Christian 396
Dörr, Christoph 397f
DuBois, Josiah 442
Dürrfeld, Ernst 142

Eber, Elk 311
Eberhard, Otto 134,161,167
Eckhardt, Johannes 339
Eichenlaub, Otto 74f,201,204,208,279,284,294,351,
355,383,406
Eicke, Theodor 141
Eisner (Caritasdirektor) 227
Emanuel, Isidor Markus 229ff,233,242
Erhard, Ludwig 9,460
Ertel, Kurt Friedrich 310,318
Eschenberg, Theodor 41,294
Etzbach, Ernst 335
Euler (Ökonomierat) 396

Fanck, Arnold 322
Faulhaber, Michael 228
Faß, Ernst 418
Fay, Hans 311,316f
Fehn, Theodor 250
Feller, Willy 87,212,409,412,413,414,415,417,419,423,
424,425,426,428,430,433
Ferber, Eugen 393
Finck, Albert 210,290,350
Finck, Johannes 21,113,116,346,349-352
Fisch, Walter 418,426
Fischer, Karl 189f,361,365
Flake, Otto 303
Flunkert, Camille 201,205
Forsch, Hermann 104f
Forster, Cornelia 318
Frank, Edward 315
Franzreb, Friedrich 396
Freiberg, Arno 207,211,411,417,423,430
Frenzel, Max 421,423,428,433
Frick, Wilhelm 141
Friedrich, Heinz 318
Friedrich, Theodor 255f
Fuchs, Hans 69f
Fuchs, Johann 396
Furby (Directeur Général) 163

Gable, Jakob 191,350
Gaffey, Hugh 57,71
Gantenberg, Mathilde 346
Gauer, Emil 137,143
Gayring, Richard 207
Gänger, Willibald 312,315,317
Gehrein, Adolf 105
Geibel, Hermann 315
Gerhard, Reinhold 424
Gerloff, Hugo 404
Gerow, Leonard 57
Gienanth, Oskar Freiherr von 131
Gilles, Werner 315
Gläser (Kulturreferent/Neustadt) 313
Glässner, Heinrich 107ff
Gosselin, Jacques 299
Grass, Jakob 180
Graf, Karl 317
Graff, Ernst 404

| | |
|---|---|
| Grégoire, Henri | 299 |
| Greisinger, Wolfgang | 419,424,425 |
| Grieshaber, HAP | 315 |
| Gröning, Jean | 367,371f |
| Groß, Karl | 251 |
| Grosser, Alfred | 299 |
| Grün, Peter | 404 |
| Goebbels, Josef | 201,218 |
| Götz, Josef | 404 |
| Gümbel, Otto | 440 |
| | |
| Haberer, Hans | 29,87,91,120,3151,355 |
| Hahn, Carl | 158 |
| Harasin, Heinrich | 372 |
| Hartard, Bertram | 347,350 |
| Hartmann, Karl | 129 |
| Hauck, Theobald | 317 |
| Haueisen, Albert | 317 |
| Hausen, Edmund | 312 |
| Hasenzahl, Karl | 404 |
| Hauch, Hans | 426 |
| Haupt, Karl | 163 |
| Haussner (Generalvikar) | 224 |
| Hauth, Wilhelm | 396 |
| Hartmann, Richard | 397 |
| Hector (saarländischer Innenminister) | 107 |
| Heidelberg, Willi | 365 |
| Heim, Adolf | 73,170 |
| Heimerich, Hans | 60f,65-72f,78f-81-152,264f |
| Heinz, Franz Josef | 100,355 |
| Hellriegel, Ernst | 390,391,392 |
| Henk, Emil | 61,69,267f,277 |
| Henkels, Walter (i.e. „Richard von Leysiepen") | 214 |
| Hennen, Michael | 24,194 |
| Herbst, Eugen | 404 |
| Herbst, Lina | 404,430 |
| Herklotz, Luise | 211 |
| Hermans, Hubert | 95 |
| Hertel, Eugen | 113,207,364,371-374,378 |
| Hettier de Boislambert, Claude | 27,82,85,92f,95,134f,163,216,220,472,486 |
| Hettinger, Hans | 327 |
| Heuss, Theodor | 62,388,399 |
| Hilz, Franz | 347f |
| Hitler, Adolf | 196,214,388,442 |

| | |
|---|---|
| Hoffmann, Hans | 67,71-75,79,81,96f,117,146,152f |
| Hoffmann, Rudolf | 365 |
| d'Hone, Theodor | 393 |
| Hoover (Stadtkommandant) | 182 |
| Höffner, Theodor | 167f |
| Högner, Wilhelm | 228 |
| Hörhammer, Karl | 391,392 |
| Hullet, Alexander | 404 |
| Hussong, Hermann | 62,69,71f |
| Hück, Walter | 207 |
| Imbt, Richard | 143 |
| Jahn, Jakob | 348,350 |
| Janecek, Friedel | 424,425,426 |
| Janssen (Oberregierungsrat) | 135 |
| Jaspers, Karl | 59 |
| Jerratsch, Otto | 72,154 |
| Johann, Ernst | 205f |
| Junglas, Johannes | 133ff,138f |
| Juvin (Oberstleutnant) | 318 |
| Jutzi, Piel | 322 |
| Kahn, Alphonse | 410 |
| Kallmayer, Heinrich | 396 |
| Kanngießer, Josef | 325 |
| Kannengießer, Johann | 404 |
| Kaps, Paul | 207 |
| Karry, Fritz | 348 |
| Kauffungen, Kunz von | 206f |
| Kaul, Heinrich | 395,396,397 |
| Kausch, Fritz | 72,154 |
| Käutner, Helmut | 341 |
| Kelly (US-Oberst) | 268 |
| Kern, Ferdinand | 396 |
| Kern, Fritz | 365 |
| Kerrl, Hans | 250 |
| Kessler, Adolf | 317 |
| Kiefer, Otto | 390 |
| Kiesel, Charles Maria | 313,315,317f |
| Kilb, Ernst | 72,265,267f,270,274,277f |
| Kimmel (KPD-Beigeordneter) | 421 |
| Kleemann, Karl | 145 |
| Klein, Karl | 209 |
| Kleint, Boris H. | 318 |
| Klingel (Ausschussmitglied) | 397 |

Koch (Oberregierungsvizepräsident) 406
Koch, Carl Felix
74,81f,85,101f,104f,112,114f,116,118f,127f,
130f,154,251,294,441
Koch, Erich 144
Koch, Peter 317
Kohler, Heinrich 395,396,397
Kohlhage, Heinrich 129
Kopp, August 259
Köhler, Karl 258f,348
Kölsch, Kurt 304,306f,310
Koenig, Pierre-Marie 16,20,26ff,73,75,83,118f,121,137,152f,248,
252,255,257,298,388,389,451
Knittel, Christian 404
Kramer, Albert 209f
Krannich (BASF-Chemiker,
Leiter des Wirtschaftsamtes
Ludwigshafen) 314
Kranzbühler, Julius 397
Krauch, Carl 443
Krauth, August 391,392
Krämer, Alois 209,347-350
Kreuter, Karl 463
Kreuter, Philipp 371
Kreuzberg, Harald 302
Kriedemann, Herbert 374f
Kroneberger, Edmund 201,205
Krug, Jakob 365,368
Kuhn, Franz 421
Kuhn, Georg 432
Kuhn, Hans 315
Kummer, Fritz 397
Kunz, Ernst 318
Kuraner, Maxim 115,129,133,136,205,378,382,384,407
Krauß, Emil 155
Krüger, Fritz 162

Laffon, Emile 24f,73,83,85,94,125,131,153,224,249,270,
279f,389
Lahr, Karl 395
Landin, Harold 59,61,65,68,71,152 155
Lang, Engelbert 115,348
Langgässer, Elisabeth 308-310
Langlotz, Hermann 372,378,381
Laub, Hermann 404
Lauer, Georg 317

| | |
|---|---|
| Laur, Fritz | 404 |
| Lauscher, Albert | 346 |
| Lauth, Robert | 317 |
| Lämmel, Wilfried | 143 |
| Leard (US-Captain) | 368,277 |
| Le Maire, Hugo | 207f |
| Ledertheil, Erich | 212 |
| Lehmann, Christian | 155 |
| Leng, Reinhold | 390,391,392,395,396 |
| Lenk, Arthur | 205 |
| Leising, Hannes | 308 |
| Lenz, Richard | 364,369,371 |
| Lerch, Elisabeth | 350 |
| Levy (franz. Oberstleutnant) | 160 |
| Leyser, Ernst-Ludwig | 123,137,144,147 |
| Liebel (Gewerkschaftsfunktionär) | 431 |
| Liesenberg (Verleger/Neustadt) | 217 |
| Lind (Direktor/Kaisrslautern) | 470 |
| Lindenschmitt, Eugen | 396 |
| Lohmar (Kunstgewerkschaftler) | 318 |
| Lorenz, Ernst | 365,369,371f,378,445,445,474,479 |
| Lotz, Ernst | 283,352 |
| Ludwig, Adolf | 24,190-197,360,366,371-374,377f,380-382, 403,467 |
| Ludwig, Jutta | 302 |
| Luginsland, Peter | 304 |
| Luther, Martin | 393 |
| Luthringshauser, Jakob | 378 |
| Lücke, Paul | 234 |
| | |
| Machold, Paul | 61f,69 |
| Mages, Sepp | 317 |
| Magniez (Oberst) | 99,103,115,118,208,282,350 |
| Mall, Günter | 308 |
| Manderschied, Ludwig | 421,425,429,431 |
| Mann, Richard | 137,143 |
| Marais, Jean | 325 |
| Mariaux (Stadtkommissar) | 313 |
| Markscheffel, Günter | 211,375 |
| Marx, Karl | 412,413 |
| Marx-Mechler, Gerhard | 308,310 |
| Masloh, Alo | 107ff,112 |
| Matheis, Karl | 129 |
| Matrona, M. (Schwester) | 228 |
| Mattern (Kunstgewerkschaftler) | 318 |
| Mattes, Wilhelm | 61,69 |

Maurer (Oberlandesgerichtsrat) 161
Mehlem, Jakob 100
Mees, Philipp 363,378
Merkel, Hans 348
Migeot, Martin 398,399
Mitscherlich, Alexander 61-64,69
Moinard, Henri 298
Montsabert, de (franz. General) 30,71
Moreau, Jean Charles 298
Morlière (franz. General) 73
Mounier, Emmanuel 299
Mücklich, Ida 329,334
Müller, Adolf 115,352,390,392,393,397
Müller, Albert 158,191
Müller, Alex 208,364
Müller, Else 382
Müller, Emilie 433
Müller, Georg Johann 318
Müller, Herbert 113,115,120,201,205,212,402-410,412-419, 422-434
Müller, Herbert (Sohn) 418, 419
Müller, Hugo 109f,112
Müller, Jacob 396,399
Müller, Kurt 426,427,428
Müller, Richard 166
Müller, Rolf 312-316
Müller, Walter 432,433
Müller, Xaver 99f
Münster (franz. Oberleutnant) 101

Nadolny, Gerhard 155
Nagel, Michael 205f
Nau, Alfred 211
Neubronner, Carl 120,395,396,398
Neumann, Hermann 301
Neumayer, Fritz 396
Neupert, Philipp 396
Neureuther, Hans 67,73
Newman, James 58,60,68
Nickel, Robert 396
Niebergall, Otto 405,409,415,416,418,419,422,423,424,425, 426,427,430,431
Nord, Karl 363,365
Nuding, Hermann 431

Obé, Max 73,147

Obelode, Heinrich 335
Ohler (Gewerkschafts-
vorsitzender/Lambrecht) 483
Ohr, Heinrich 332
Ollivier (franz. Captain) 152
Opitz, Erich 103f,115
Orth, Eduard 347

Pallmann, Carl 49,349,391
Perron, Walter 217,317
Pfeiffer, Anton 114
Picasso, Pablo 300
Piephorn (Oberstleutnant) 267
Pius XI 236
Poliert (Fachausschuss-
mitglied/Kaiserslautern) 397
Potter (US-Captain) 155
Praml, Rudolf 213ff
Prinz, Wilhelm 419,422
Profit, Friedrich 113f,116,364-366,369-371,379
Purrmann, Hans 312,314f

Raab, Konrad 396
Rau, Heinrich 161,169
Rausch, Adolf 61,69
Rautenstrauch (Kommerzienrat) 397
Rebay, Hilla 318
Reetz, Hans 317
Reffert, Georg 404
Reichardt, Fritz 335
Reichert, Ludwig 317,350
Reidel, Theodor Karl
(i.e. „Gert Steller") 213,215
Reifenberg, Benno 297
Reifenberg, Jan 297
Reimann, Albert (Vater) 449
Reimann, Albert (Sohn) 449
Reimann, Max 415
Renard (franz. Kommandant) 270,277
Reinfrank, Hermann 432
Resch, Franz Xaver 206
Reuter, Willy 393
Riemenschneider, Alfred 213,216
Ritter, Martin 317
Ritterspacher, Ludwig 86,95,116,154,160,162,164,390,391
Riveau, Jean du 299

| | |
|---|---|
| Röhrig, Rudolf | 143 |
| Rognon (franz. Oberleutnant) | 100 |
| Rohr, Heinz | 207f,217ff |
| Rohr, Otto | 208 |
| Roland, Eugen | 245f,248f,251,254 |
| Roth, Ernst | 367,372,378 |
| Roth, Ignaz | 367,372,378 |
| Rothenberger, Karl-Heinz | 466 |
| Rousselot (franz. Kreisdelegierter) | 476,477 |
| Rovan, Joseph | 298f |
| Röck, Marika | 325 |
| Röder (Domvikar) | 224f |
| Rumetsch, Aenne | 365 |
| Runge (Bankdirektor/Kaiserslautern) | 397 |
| Rüb, Julius | 378,382 |
| | |
| Sallfeld, Martha | 308-310 |
| Sang, Bernhard | 366 |
| Sarres (Fachausschussmitglied/ Ludwigshafen) | 397 |
| Sartre, Jean-Paul | 300,325,334 |
| Sauerbrunn, August | 396 |
| Sauter, Hermann | 312,315,318 |
| Säuberlich, Karl | 396 |
| Schardt, Ferdinand | 370,378 |
| Scharpf, Rudolf | 311 |
| Schaub, Josef | 204-207,217 |
| Schäffer, Fritz | 228 |
| Schäffler (Stadtpfarrer) | 349 |
| Schätzel, Emil | 390,391,392 |
| Scheidt, Werner von | 309 |
| Scheuermann, Jakob | 366 |
| Schieder, Leo | 424 |
| Schlatter, Christian | 348 |
| Schlenz, Ludwig | 129 |
| Schlick, Josef | 352 |
| Schließmeyer, Jakob | 334f |
| Schmelcher, Willy | 145 |
| Schmidt, Friedrich | 378,381 |
| Schmitgen, Karl | 156,161 |
| Schmitt-Groß, Otto | 318 |
| Schmittlein, Raymond | 295,297f |
| Schmitz, Willi | 433 |
| Schnabel, Franz | 267 |
| Schneller, Rudolf | 72 |
| Schott, Arthur | 365 |

Schott, Friedrich 365,368-371,378,382
Schug, Erich 315,318
Schumacher, Kurt 22,196,198,211,369
Schuman, Robert 288
Schunk, Jakob 183
Schuster, Emil 310
Schwarz, Wolfgang 310
Schwarzbeck, Fritz 315
Schwitzgebel, Fritz 101,143,145
Schwitzgebel, Pauline 141
Schworm, Karl 307
Sebastian, Ludwig 222
Seib, Hugo V 205
Seiter, Wilhelm 347
Seitz, Gustav 315
Selbach, Paul 201,205
Setzer, Georg 364f
Semler, Wolfgang 206
Sender (Sprecher des „MRS") 107
Siegel, Karl 155,165
Siegle, Theo 313-315
Simon, Jakob 332
Sohl, Willi 315
Sommer (Verleger/Grünstadt) 217
Spitzer, Karl Philipp 317
Staab, Lina 309
Stabel, Peter 161,167
Staudte, Wolfgang 341
Steffan, Jakob 67,92
Stegerwald, Adam 348
Stein, Erwin 377
Steiner, Ägidius 397
Steiner, Karl 100-105,109,112,114f
Steinert, Otto 318
Steinlein (Regierungspräsident) 281
Steinlein, Wilhelm 67
Stempel, Hans 136,244-261,348
Sternberger, Dolf 61-64,69,204
Stichter, Hans 222,245-249,251,254
Stohr, Albert 290
Stöhr, Willy 56,263
Strasser, Hermann 181
Stritch, Samuel Alphons 228
Stubeneck (Polizeibeamter) 158
Sturm, Marcel 248f,252f,255,257,260f
Stübinger, Oskar 87,92,228

Summerer (Oberregierungsrat) 105,112
Süß, Georg 420
Süsterhenn, Adolf 84,170,283f,286,288-290,354-356
Swart, Hugo 61,69

Tasigny Lattre de (franz. General) 30
Theobald, Fritz 378,381
Thibault, Daniel 190
Thiem, Bettina 397
Thiery, Fritz 429
Thormaelen, Ludwig 318
Trampler, Rudolf 143
Tuteur, Paul 166

Ufer, Johannes 317
Ulbricht, Walter 407
Ungeheur, Josef 210
Unverzagt, Karl 318

Vacquerie, Picard de la 237
Venedy, Hans 65
Venedy, Michael 61,64f
Vincenes (franz. Lieutnant) 101
Vincens (franz. Colonel) 470
Voelcker, Leonhard 210,395,396,399
Vogt, Karl Anton 207,347,351
Vogtländer, Hans 378
Volbach (Professor am Kultusministerium) 318
Volkemer, Fritz 189,371f,378,381f
Vongerichten, Oskar 365
Vorhauer, Georg 317

Waldkirch (Verleger) 217,219
Wagner, Friedrich Wilhelm 361,427,467
Waldschmitt, Ludwig 318
Wallauer, Valentin 133
Walter, Ottmar 396
Walz, Ernst 61,69
Walzer, Martin 21,49,114, 349-352
Weber, Alfred 59,399
Weber, Georg 115
Weber, Otto 404
Weber, Robert 423
Weber, Tobias 352
Weber, Wilhelm 316f

| | |
|---|---|
| Weigmann, Günter | 301 |
| Weiler, Georg | 115,410 |
| Weindel, Philipp | 350 |
| Welsch, Heinrich | 145 |
| Wendel, Joseph | 25,81,136,222,224ff,228-232,234-238,241f, 277-279,282,294,347,349 |
| Wenz, Otto | 307 |
| Werbelow, Rolf | 308 |
| Wernz, Philipp | 156 |
| Wertheimer, Karl | 364 |
| Westermann, Ludwig | 401,404,421 |
| Wettstein (Apotheker/Kaiserslautern) | 317 |
| Wiesner, Louis A | 179f |
| Wildgruber, Albert | 428 |
| Wilhelmy, Heinz | 246,251 |
| Will, Edwin | 365 |
| Winter, Heinrich | 170 |
| Wipprecht, Hans | 205f |
| Wohlgemuth, Daniel | 313,317 |
| Wolf, Gerhard | 134-137 |
| Wolff, Gustav | 21,102,108,113-116,346-352,354 |
| Wunderlich, Fritz | 302 |
| Wurm, Theophilo | 244,249 |
| Wurster, Carl | 441,443 |
| Wünschel, Hans-Jürgen | 391,397,398 |
| | |
| Zahm, Hermann | 179 |
| Zapf, Franz | 115,390,391,392 |
| Zeiger, Ivo | 228 |
| Ziegler, Georg | 391,392 |
| Ziegler, Jakob | 29,350,352-355 |
| Zill, Gerhard Rudolf | 317 |
| Zimmek, Horst | 397 |
| Zimmermann, Carl | 72,86,404,365 |
| Zoller, Hertha | 397 |
| Zolnhofer, Fritz | 314f |
| Zuckmayer, Karl | 302 |
| Zutt, Wilhelm | 61,69 |
| Zutter, Peter | 397 |
| Zwißler (Generalmusikdirektor) | 302 |

# Ortsregister


| | |
|---|---|
| Aachen | 181f,184 |
| Alschbach | 230 |
| Alsenz | 393 |
| Altheim | 229 |
| Altrip | 230 |
| Annweiler | 52,184,469 |
| Aßweller | 230 |
| Auschwitz | 442 |
| | |
| Baden-Baden | 187,190,201,205,207,224,237,404,470,485 |
| Bad Bergzabern | 32,57,77,102,124,184,396 |
| Bad Dürkheim | 56,156,218,234f |
| Bad Kreuznach | 66,210,218 |
| Beeden | 230 |
| Berg | 229 |
| Berlin | 402,403,405 |
| Berlin-Ost | 407 |
| Biedesheim | 230 |
| Bliesmengen | 229 |
| Birkenfeld | 66,397 |
| Brücken | 230 |
| Bonn | 210 |
| Breitenbach | 393 |
| | |
| Chartres | 237 |
| Chicago | 228 |
| | |
| Dahn | 156,231,461 |
| Dannenfels | 388 |
| Dansenberg | 230 |
| Deidesheim | 100 |
| Diedesfeld | 112 |
| Diez | 136,165 |
| Dunzweiler | 393 |
| | |
| Edenkoben | 191 |
| Einsiedlerhof | 392 |
| Elmstein | 230 |
| Enkenbach | 398 |
| Erfenbach | 229,393 |
| Erfenstein | 36 |
| Eppstein | 229 |

Feilbingert 393
Frankenthal 5,7,53,147,150,156f,164,166,169,180f,185f,188,193,213,216ff,229,231,393,396,397,414,420,421,473,474,475,476,477,478,479,480,481,482,484,485
Frankenstein 423
Frankfurt 213,216,427
Freiburg 191
Freinsheim 393,397
Friedelsheim 395
Fulda 232
Fußgönheim 101

Germersheim 5,57,77,185,396,397
Gersheim 229
Gimmeldingen 396,397
Glan-Münchweiler 393
Gräfinthal 229
Gries 393
Großkarlbach 393
Großsteinhausen 229
Grünstadt 105,156,186,217,229
Guntersblum 390,392

Habkirchen 229
Hahnerhof 398,399
Hardenburg 398
Hassloch 396
Hauenstein 453,455,456,462,463
Hauptstuhl 393
Heckendalheim 230
Heidelberg 15,59,66,123
Herne 415,416
Herxheim 228
Heßheim 410
Hilst 229
Homburg 106,227,231
Homburg/Erbach 230

Idar-Oberstein 69,72,165
Ingelheim 211

Jägersburg 230
Jockgrim 229

Kaiserslautern 33,45,52,57f,100ff,114f,130,142,150,157,159,166,169, 183,207,217ff,227,388,193,203,208,212,217,231,390, 391,392,393,395,397, 398, 399,406,408,420,421,423,469, 471,472,473,474,478.479,482
Kapsweyer 229
Karlsruhe 218
Katzweiler 393
Kirchheimbolanden 109,156,159,185,217f,396
Klingenmünster 140
Koblenz 14,16,19,27,41,57,66f,74,79f,85,91f,134,162f,170,194, 209,216,221,397,418,424,468,472,475,480
Köln 221,240
Kronberg 228
Kröppen 229
Kusel 180,193,393,396,399,434

Ladenburg 437
Lambrecht 218,420,468,478,483
Landau 32,48,50f,53,57,77,102,114,129f,193,136f,150,157,159, 165,169,183ff,209,217f,229,231,396,397
Landau-Queichheim 231
Landstuhl 56,156,193,230,387,396
Laumersheim 393
Lemberg 461
Limburg 221,232,240
Ludwigshafen 5,7,32-37,45,47,49,51ff,130,141,156,164,181f,187f, 190,193,203f,212,217ff,229-232, 393,395,396,397, 401-405,407,409,414,419,420, 423-430,432-435,437, 439,445,448,450,451,467,468,473,474,475,478,479,480, 481,482
Ludwigshafen-Friesenheim 425
Ludwigshafen-Mundenheim 232
Ludwigshafen-Oppau 230,440
Lustadt 297

Mackenbach 142,392,393
Mainz 14,26f,30,157,159,164,169,211,214,221,223f,226,232, 236,412,418,426,428,472
Mannheim 66,78,437,468
Maximiliansau 227
Meckenheim 399
Medelsheim 230
Merzalben 230
Metz 145,237

Miesenbach 390,392,393,397
Montabaur 27, 221,398
Morlautern 230
Moskau 198
Morschheim 396
München 228
Münchweiler 453
Mußbach 210,395

Neualtheim 230
Neustadt 19,22,26,50,56,58,60,65,67,69f,75,78f,93,99f,104,115f, 118,123,128ff,132,134f,138,145,153f, 156,158-161,166, 179,182,185,189,191f,193,201,204,208,213,217,224f, 391,393,395,396,403,406,414,417,420,421,424,429,431, 468,471,472,475,476,478,479,480,481,482,484,486
Neuwied 209
Niedergailbach 230
Niederkirchen 393
Niederschlettenbach 230
Niederwürzbach 230
Nürnberg 442

Oberhilbersheim 395
Oberndorf 206
Olsbrücken 423
Oppenheim 159,395
Otterbach 396
Otterberg 109,424
Otterstadt 393

Petersberg 230,446
Pirmasens 33,141,143,156,164,183,187ff,191,193,206,212f,217f, 230f,396,397,399,414,420,453,454, 455,456,457,461, 467,473

Ramstein 393
Rammelsbach 52,230,478,479
Reinheim 230
Rheingönheim 230
Riedelberg 230
Rhodt 119
Rockenhausen 187,393,396,398
Rodalben 453

Saarbrücken 56,77,123,141f,144f,147
Saargemünd 56

| | |
|---|---|
| Schifferstadt | 205,434 |
| Schwedelbach | 397 |
| Scheighofen | 230 |
| Simten | 461 |
| Solingen | 421,423 |
| Speyer | 5,19,33,49,56ff,67,72,77,114,123,159,187,193,201,210, 212,221-232,234-237,239,398,403,413,420,426,429, 434,468,478 |
| St. Ingbert | 230 |
| Stammbach | 230 |
| Standenbühl | 108 |
| Steinfeld | 230 |
| Steinwenden | 392 |
| Straßburg | 237 |
| Stuttgart | 218 |
| Thaleischweiler | 453 |
| Trier | 14,16,19,27,41,57,66f,74,79f,136f,210,221,223,226, 398,399,415,416,418 |
| Ulmet | 109f,112 |
| Vinningen | 230 |
| Waldfischbach | 453 |
| Waldleinigen | 230 |
| Waldmohr | 393 |
| Weilerbach | 393 |
| Weingarten | 230 |
| Weisenheim am Sand | 393,396 |
| Weyher | 225 |
| Wittersheim | 230 |
| Wörth | 5,165 |
| Wolfstein | 36,393 |
| Worms | 159 |
| Zell | 193,387 |
| Zweibrücken | 7,32,145,150,154,156-159,162,164f,170,183,193,218, 230f,396,397,409,414,420,421 |

## Bildnachweis

Fotoarchiv des Instituts für pfälzische Geschichte und Volkskunde, Kaiserslautern: 30, 122, 262 (unten)

Fritz Hirschner, Dr.h.c. Peter Altmeier und das Werden von Rheinland-Pfalz. Aus dem Chaos zum Land mit Zukunft, Neuwied [ca. 1975]: 54

Ludwigshafen - Ein Jahrhundert in Bildern. Unsere Stadt im 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen, Bd. 25), hrsg. v. Stadtarchiv Ludwigshafen am Rhein, Ludwigshafen am Rhein [1999]: 452

Gerhard Herzog, Kurt Leppla, Gerd Rauland, Kaiserslautern. Die „goldenen" 50er Jahre, Fotos v. Max Bachem, Wieden 1994: 320

Dagmar Gilcher, Alles Theater. Szenen aus 133 Bühnenjahren in Kaiserslautern, Kaiserslautern 1995: 292 (oben)

Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Bd. 73), hrsg. v. Heinz-Günther Borck unter Mitarb. v. Dieter Kerber, Koblenz 1997: 76, 175, 200, 386, 400

Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz während der französischen Besatzung. März 1945 bis August 1949 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 6), bearb. v. Peter Brommer, Mainz 1985: 262

Stadtarchiv Landau: 292 (unten)

AOFAA, Commissariat pour le land Rhénanie-Palatinat, Services Presse-Information, Archives-Bibliothèques, C. 3065, p. 2, d. Problèmes du papier 1945/51: 220

Stadtarchiv Frankenthal: Titelfoto, 176

Stadtarchiv Ludwigshafen: 344

# Die Autoren

Dr. Hans Ammerich, geb. 1949, Studium der Geschichte, Germanistik und Theologie an der Universität Saarbrücken. Seit 1979 Leiter des Bistumsarchiv Speyer. Dozent am Bischöflichen Priesterseminar und Lehrbeauftragter an der Universität Landau.

Dr. Christophe Baginski, geb. 1968, Studium der Germanistik in Valenciennes und Lille. Seit 1999 Dozent für deutsche Sprache und Landeskunde an der Universität Valenciennes.

Dr. Klaus J. Becker, geb. 1963, Studium der Wirtschafts-, Sozial- und Neueren Geschichte und der Politischen Wissenschaften. Wiss. Angestellter des Stadtarchivs Ludwigshafen.

Dr. Günter Braun, geb. 1953, Studium der politischen Wissenschaften, Zeitgeschichte und Germanistik. Mitarbeiter des Zentrums für Europäische Sozialwissenschaften der Universität Mannheim.

Wolfgang Diehl, geb. 1940, Studium der Geschichte, Germanistik, Politischen Wissenschaften, Kunstgeschichte und Philosophie. Gymnasiallehrer im Ruhestand, Schriftsteller.

Prof. Dr. Hans Fenske, geb. 1936, Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Geographie. Emeritierter Professor an der Universität Freiburg.

Dr. Peter Gleber, geb. 1965, Studium der Geschichte und Politischen Wissenschaften. Historiker, lebt in Mannheim.

Eris J. Keim, geb. 1945, Studium der Geschichte und der Politischen Wissenschaften. Historiker, lebt in Grünstadt.

Dr. Anne Martin, geb. 1960, Studium der Geschichte, Politischen Wissenschaften und des Völkerrechts in Stuttgart und Bonn. Seit 1995 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zeitgeschichtlichen Forum der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Dr. Rainer Möhler, geb. 1961, Studium der Geschichte und Politikwissenschaft. Oberstudienrat im Hochschuldienst der Universität Saarbrücken.

Gerhard Nestler, geb. 1952, Studium der Politischen Wissenschaften, Zeitgeschichte und Anglistik. Leiter des Stadtarchivs Frankenthal.

Roland Paul, geb. 1951, Studium der Geschichte und Volkskunde. Stellvertretender Leiter des Instituts für pfälzische Geschichte und Volkskunde Kaiserslautern.

Dr. Christiane Pfanz-Sponagel, geb. 1964, Studium der Geschichte und Germanistik. Stellvertretende Leiterin des Stadtarchivs Freiburg i. Br.

Dr. Stephan Pieroth, geb. 1958, Studium der Mittleren und Neueren Geschichte, Philosophie, Germanistik und des Öffentlichen Rechts. Stellvertretender Leiter der Lokalredaktion der „Rheinpfalz" in Frankenthal.

Dr. Karl-Heinz Rothenberger, geb. 1937, Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Pädagogik. Akademischer Direktor im Ruhestand an der Universität Landau.

Stefan Schaupp, geb. 1968, Studium der Germanistik und Geschichte. Gymnasiallehrer in Landau.

Dr. Paul Warmbrunn, geb. 1953, Studium der Geschichte, Germanistik und Geographie. Stellvertretender Leiter des Landesarchivs Speyer.

Dr. Michael Wagner, geb. 1955, Studium der Geschichte, 1995 Habilitation an der Universität Gießen. Gymnasiallehrer in Lauterbach (Hessen).

Dr. Hans-Jürgen Wünschel, geb. 1947, Studium der Geschichte, Politischen Wissenschaften, Germanistik und Anglistik. Akademischer Direktor an der Universität Landau.

Dr. Hannes Ziegler, geb. 1953, Studium der Germanistik, Geschichte und Politologie. Gymnasiallehrer in Landau.

# Bestseller der Pfalzliteratur

Theo Schwarzmüller

## Die Pfalz

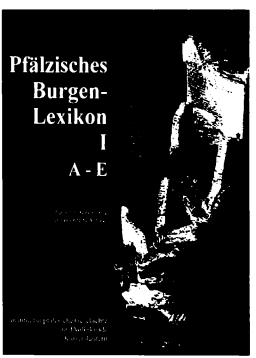
**Eine historische Fotoreise**

Von Speyer bis Zweibrücken, vom Donnersberg zur französischen Grenze: Eine historische Fotoreise durch den „Garten Deutschlands", führt zu bedeutenden Städten und Landschaften zwischen Rhein und Saar, Nahe und Wieslauter.
Dieser großformatige Bild- und Textband, den auch Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl als „einen großen Wurf" bezeichnet, präsentiert erstmals eine Auswahl aus der umfangreichen Fotosammlung der Pfalzbibliothek in Kaiserslautern.

120 Seiten, mit mehr als 200 Fotos, gebunden, durchgehend 4-farbig gedruckt,
ISBN 3-927754-46-3, 17,50 Euro

## Pfälzisches Burgenlexikon

Obwohl die Pfalz zweifellos zu den bedeutendsten Burgenlandschaften Europas zählt, mangelte es dennoch bisher an einem Inventar, das die mehr als 500 mittelalterlichen Burgen der Region erfasst. Mit den vorliegenden zwei von vier Bänden (Bd. III erscheint 2005) ist „ein vorzügliches, zukünftig unentbehrliches Handbuch zur pfälzischen Burgengeschichte im Entstehen" (Klaus Kremp, in: Die Bücherei).




Bisher zwei Bände (2002/2003), herausgegeben von Jürgen Keddigkeit u.a., 524/448 Seiten. Leinen mit Schutzumschlag.
Band I: ISBN 3-927754-51-X, 29,90 Euro
Band II: ISBN 3-927754-48-X, 29,00 Euro

BEZIRKS
VERBAND
PFALZ

INSTITUT FÜR PFÄLZISCHE
GESCHICHTE UND VOLKSKUNDE

Benzinoring 6, 67657 Kaiserslautern
Telefon: 0631 3647303
Fax: 0631 3609347
Internet: www.pfalzgeschichte.de
E-mail: info@institut.bv-pfalz.de

## Die Herausgeber:

Gerhard Nestler wurde am 2. Dezember 1952 in Pillnach bei Regensburg geboren. Nach dem Abitur, das er 1971 an dem Staatlich-Neusprachlich-Naturwissenschaftlichen Gymnasium (heute: Albert-Einstein-Gymnasium) in Frankenthal ablegte, studierte er Anglistik, Politikwissenschaft und Zeitgeschichte in Mannheim (1973-1981). In diese Zeit fiel auch seine praktische Tätigkeit als Assistent Teacher in Watford/Hertsfordshire. Staatsexamen 1981. 1981-1987 Assistent am Institut für Sozialwissenschaften an der Universität Mannheim. Seit 1988 Mitarbeiter, seit 1991 Leiter des Stadtarchivs in Frankenthal. Veröffentlichungen zur pfälzischen Zeitgeschichte und zur Frankenthaler Stadtgeschichte.

Hannes Ziegler wurde am 1. Januar 1953 in Landau/Pfalz geboren. Nach dem Abitur, das er 1973 am Eduard-Spranger-Gymnasium in Landau ablegte, und seiner Wehrdienstzeit studierte er Germanistik, Geschichte und Politologie an den Universitäten in Freiburg (1974-1976), Wien (1976) und Mainz (1976-1978). Erstes Staatsexamen 1979, Zweites Staatsexamen 1981. Referendarszeit in Mainz (1980/81). Promotion 1984. Gymnasiallehrer in Ludwigshafen, Neustadt und Landau. Studiendirektor am Otto-Hahn-Gymnasium in Landau. Veröffentlichungen zur pfälzischen Landesgeschichte.

| | |
|---|---|
| Anne Martin | Kulturelle Eigenständigkeit und nationale Orientierung. |
| Karl-Heinz Rothenberger | Hungerjahre. |
| Stefan Schaupp | Der Wiederaufbau der pfälzischen Verwaltung |
| Hans Fenske | Das Ringen um den Status der Pfalz 1945-1947 |
| Hans-Jürgen Wünschel | Der pfälzische Neoseparatismus nach dem Zweiten Weltkrieg |
| Rainer Möhler | Französische Entnazifizierungspolitik und der Verlauf der politischen Säuberung |
| Paul Warmbrunn | Zum Wiederaufbau der Justiz |
| Günter Braun | Gewerkschaftschaftlicher Wiederaufbau im Schatten der Not |
| Stephan Pieroth | Der Neuaufbau der Presse in der Pfalz ab 1945 |
| Hans Ammerich | Die katholische Kirche in der Pfalz nach 1945 |
| Christophe Baginski | Die Evangelische Kirche der Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg |
| Hannes Ziegler | Schulbeginn und Schulentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg |
| Wolfgang Diehl | Kultur nach 1945 |
| Peter Gleber | Nachkriegskino in der Pfalz |
| Anne Martin | Die Anfänge der CDU in der Pfalz |
| Eris J. Keim | Die pfälzische Sozialdemokratie |
| Roland Paul | Vom Sozialen Volksbund zur F.D.P.-Pfalz. |
| Klaus J. Becker | Der pfälzische Nachkriegskommunismus |
| Christiane Pfanz-Sponagel | Die Ludwigshafener Chemieindustrie 1945-1949 |
| Michael Wagner | Die südwestpfälzische Schuhindustrie in der Nachkriegszeit |
| Gerhard Nestler | Die Hungerstreiks in den Jahren 1947 und 1948 |

**ISBN 3-927754-52-8**
**ISSN 0936-7640**